

Haushalt 2026

Band 1



Impressum:

Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis
Kämmereiamt
Kurfürsten- Anlage 38 – 40
69115 Heidelberg

Telefon 06221 522 1235
Telefax 06221 522 9 1235

Landratsamt@rhein-neckar-kreis.de
www.rhein-neckar-kreis.de

INHALTSVERZEICHNIS

ab Seite

Teil I

Haushaltsplan des Rhein-Neckar-Kreises	6 - 458
A. Haushaltssatzung	7
B. Vorbericht	10
1. Eckdaten des Haushaltsplans	10
2. Allgemeine Informationen	13
3. Finanzielle Entwicklung	19
3.1 Ergebnis des Haushaltsjahres 2024	19
3.2 Entwicklung des Haushaltsjahres 2025	21
3.3 Grundlagen des Haushaltsjahres 2026	23
3.3.1 Finanzlage	23
3.3.2 Schwerpunkte des Haushaltsjahres	31
3.3.3 Aufbau des Haushaltes	36
3.3.4 Ergebnishaushalt	36
3.3.5 Finanzhaushalt	46
3.4 Übersicht über die Finanzplanung 2025 – 2029	53
4. Klimaschutzmaßnahmen des Kernhaushaltes und des EBVIT im Jahr 2026	54
C. Haushaltsplan	57
1. Budgetierungsregelungen zum Haushaltsplan	57
2. Gesamthaushalt	61
Gesamtergebnishaushalt	62
Gesamtfinanzhaushalt	64
Haushaltsquerschnitt der Teilhaushalte des Gesamtergebnishaushalts	66
Haushaltsquerschnitt der Teilhaushalte des Gesamtfinanzhaushalts	68
3. Teilhaushalte	
Übersicht Teilhaushalte und Zuständigkeit der Ausschüsse	69
Teilhaushalt 0 Steuerung und Wirtschaftsförderung	71
Budget 0.1 Rechnungsprüfungsamt	74
Budget 0.2 Büro des Landrats	79
Budget 0.3 Haupt- und Personalamt	88
Budget 0.5 Kämmerereiamt	98
Budget 0.6 Stabsstelle Wirtschaftsförderung	105
Teilhaushalt 1 Bildung	110
Budget 1.1 Amt für Schulen, Kultur und Sport	111

	<u>ab Seite</u>
Teilhaushalt 2 Soziales und Jugend	143
Budget 2.1 Sozialamt	146
Budget 2.2 Jugendamt	172
Budget 2.3 Versorgungsamt	190
Budget 2.4 Amt für Sozialplanung, Vertragswesen und Förderung	195
Teilhaushalt 3 Sicherheit und Ordnung	204
Budget 3.1 Rechtsamt	207
Budget 3.2 Ordnungsamt	213
Budget 3.3 Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz	230
Budget 3.4 Gesundheitsamt	239
Budget 3.5 Veterinäramt und Verbraucherschutz	246
Teilhaushalt 4 Umwelt und Technik	252
Budget 4.1 Baurechtsamt	255
Budget 4.2 Straßenverkehrsamt	262
Budget 4.3 Amt für Gewerbeaufsicht und Umweltschutz	269
Budget 4.4 Wasserrechtsamt	275
Budget 4.5 Amt für Straßen- und Radwegebau	280
Budget 4.6 Mobilitätsmanagement und Nahverkehr	308
Teilhaushalt 5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum	332
Budget 5.1 Kommunalrechtsamt	335
Budget 5.2 Vermessungsamt	341
Budget 5.3 Amt für Flurneuordnung	347
Budget 5.4 Amt für Landwirtschaft und Naturschutz	352
Budget 5.5 Kreisforstamt	359
Teilhaushalt 7 Allgemeine Finanzwirtschaft	364
Budget 7.1 Allgemeine Finanzwirtschaft	365
4. Stellenplan	379

ab Seite

D. Anlagen	389
1 Übersicht zu den Personalaufwendungen	390
2 a. Berechnung der Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)	395
b. Übersicht über die vorläufigen Steuerkraftsummen und die Kreisumlage	397
3 Verteilung der Sachkostenbeiträge auf die einzelnen Schulen	399
4 Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung der Liquidität	400
5 Übersicht über die verbindlich vorgegebenen Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit	401
6 Übersicht über den voraussichtlichen Stand der	
a. Schulden (einschließlich Kassenkredite)	404
b. Rückstellungen	407
c. Rücklagen	408
7 Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen	409
8 Verwaltungsinterne Leistungsverrechnungen	410
9 Finanzplan mit Investitionsprogramm 2025 – 2029	415
10 Abschreibungen, Auflösung von Zuweisungen und kalkulatorische Zinsen	442
11 Nachweis der Bürgschaftsübernahmen des Kreises	447
12 Übersicht über die Zuordnung der Produktbereiche und Produktgruppen zu den Teilhaushalten (§ 4 Abs. 5 GemHVO)	453

*ab Seite***Teil II****Strategische Ziele 2026: Strategieprozess 2026 ausgesetzt****1****Teil III****Wirtschaftsplan Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik
Rhein-Neckar-Kreis****1 - 42****Teil IV****Haushaltsplan der Freiherr von Ulner'schen Stiftung****1 - 34**

Glossar

1 - 8

Abkürzungsverzeichnis

1 - 7

Teil I

Rhein-Neckar-Kreis

Haushaltssatzung Haushaltsplan 2026



A. Haushaltssatzung 2026

Haushaltssatzung des Rhein-Neckar-Kreises für das Haushaltsjahr 2026

Aufgrund der §§ 19, 48 und 49 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg i.V. mit § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Kreistag am **16.12.2025** die folgende Haushaltssatzung für das **Haushaltsjahr 2026** beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der **Haushaltsplan** wird festgesetzt

1.	im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen	
1.1	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	897.272.129,86 €
1.2	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	887.887.305,73 €
1.3	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	9.384.824,13 €
1.4	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0,00 €
1.5	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0,00 €
1.6	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	0,00 €
1.7	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	9.384.824,13 €
2.	im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen	
2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	893.699.429,86 €
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	871.016.379,71 €
2.3	Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	22.683.050,15 €
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	3.663.200,00 €
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	14.626.400,00 €
2.6	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	-10.963.200,00 €
2.7	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	11.719.850,15 €
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	10.900.000,00 €
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	1.079.800,00 €
2.10	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	9.820.200,00 €
2.11	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	21.540.050,15 €

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf

10.900.000,00 €

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf

5.000.000,00 €

§ 4 Kassenkredite

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite** wird festgesetzt auf

177.000.000,00 €

§ 5 Kreisumlage

Der **Hebesatz der Kreisumlage** für das Haushaltsjahr 2026 nach § 35 FAG wird festgesetzt auf der Steuerkraftsummen der Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises.

32,75%

Heidelberg, den 16.12.2025



Stefan Dallinger
Landrat

B. Vorbericht

1. Eckdaten des Haushaltsplans

	2025	2026
Gesamtergebnishaushalt	in €	in €
Erträge	868.298.784	897.272.130
Aufwendungen	870.764.745	887.887.306
Ordentliches Ergebnis	-2.465.961	9.384.824
nachrichtlich: Abdeckung Fehlbetrag 2024		-7.663.519
Saldo zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	-12.601.290	-13.298.226
Gesamtfinanzhaushalt		
Zahlungsmittelbedarf/-überschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit	10.135.329	22.683.050
Saldo aus Investitionstätigkeit	-20.409.600	-10.963.200
+ Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten	17.950.000	10.900.000
- Auszahlung für die Tilgung von Krediten	-731.800	-1.079.800
Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes	6.943.929	21.540.050
Kreditemächtigung Kernhaushalt	17.950.000	10.900.000
Rückführung Verschuldung (-) /Nettoneuverschuldung (+)	17.218.200	9.820.200
Verpflichtungsermächtigungen	8.128.700	5.000.000
Schlüsselzuweisungen vom Land	74.198.000	93.437.800
Grunderwerbsteuererträge	36.000.000	43.500.000
Kreisumlage	379.027.300	396.205.000
Kreisumlagehebesatz	31,25%	32,75%
Nettoressourcenbedarf Soziale Hilfen	226.785.761	244.126.930
Nettoressourcenbedarf Kinder-, Jugend- und Familienhilfen	136.148.445	140.065.864
Nettoressourcenbedarf Schwerbehinderten-, Soz. Entschädigungsrecht	6.937.919	7.927.420
Personal- und Versorgungsaufwendungen	138.587.045	140.360.446
Verlustausgleich GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH	22.000.000	24.000.000
Auszahlungen für Investitionen , insbesondere für		
Erwerb von beweglichen Sachen des Anlagevermögens	3.018.400	2.701.600
Zuweisungen an den EBMT	0	0
Zuweis. an d. GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH	14.250.000	2.000.000
Förderung ÖPNV	4.174.000	3.039.600
Straßenbaumaßnahmen (einschl. Grunderwerb)	2.829.400	6.651.200

Das Wichtigste zum Haushalt 2026 im Überblick

- Es wird ein positives ordentliches Ergebnis von 9,4 Mio. € (2025: -2,5 Mio. €) ausgewiesen. Es ist geplant, damit den vorgetragenen Fehlbetrag des Jahres 2024 in Höhe von 7,7 Mio. € vollständig sowie den voraussichtlichen Fehlbetrag des Jahres 2025 in Höhe von 5,6 Mio. € anteilig mit 1,7 Mio. € auszugleichen.
*
- Die Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden im maßgeblichen Basisjahr 2024 verringern sich gegenüber dem Vorjahr um 3,1 Mio. € auf 1.209,8 Mio. €. Aufgrund einer Anhebung des Kopfbetrags und einer gestiegenen Einwohnerzahl ergeben sich gegenüber dem Vorjahr höhere Schlüsselzuweisungen (+19,2 Mio. €). Der Hebesatz für die Kreisumlage wurde um 1,50 %-Punkte auf 32,75 % erhöht.
*
- Der Nettoressourcenverbrauch für die Sozialen Hilfen (+17,3 Mio. €) und die Kinder-, Jugend- und Familienhilfen (+3,9 Mio. €) sowie für das Schwerbehindertenrecht und das Soziale Entschädigungsrecht (+1,0 Mio. €) steigt insgesamt um 22,3 Mio. € auf 392,1 Mio. €. Dies entspricht rd. 44 % am Gesamthaushalt.
*
- Im Budget des Ordnungsamtes wird im Bereich der Hilfen für Flüchtlinge und deren Unterbringung insgesamt von einem Nettoressourcenverbrauch in Höhe von 8,2 Mio. € ausgegangen. Dabei werden durchschnittlich 900 Leistungsempfänger (600 Flüchtlinge aus der Ukraine, 300 Flüchtlinge aus anderen Ländern) in den Gemeinschaftsunterkünften berücksichtigt.
*
- Zur Finanzierung des umfangreichen Investitionsprogramms (saldiert 10,9 Mio. €) stehen 22,7 Mio. € aus dem Ergebnishaushalt in Form des Zahlungsmittelüberschusses zur Verfügung.
*
- Der Finanzierungsbedarf aus Investitionstätigkeit beträgt im Jahr 2026 saldiert 10,9 Mio. €. An den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik sind keine Zuweisungen zur Finanzierung der Baumaßnahmen des Kreises vorgesehen. Der Eigenbetrieb hat einen Finanzierungsbedarf für Investitionen von 31,3 Mio. € (u. a. Baumaßnahmen Verwaltungsgebäude 11,6 Mio. €, Schulbaumaßnahmen 14,1 Mio. €, Allgemeines Grundvermögen 1,5 Mio. €, Beschaffungen IT 2,9 Mio. €, Beschaffungen Konzern IT 0,8 Mio. €), der vollständig durch Kreditaufnahmen, Zuwendungen Dritter und Eigenmittel finanziert wird. Die GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH erhält für ihre Investitionsmaßnahmen einen Zuschuss von 2,0 Mio. €. Für den Ausbau des ÖPNV werden Investitionszuschüsse von 3,0 Mio. € veranschlagt (insb. Ausbau Elsenz- und Schwarzbachtalbahn, S-Bahn 2. Stufe südl. Streckenabschnitt, S-Bahn Haltepunkt Sinsheim Stadion, Haltestelle Luisenstraße Weinheim), denen Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von den Gemeinden von 1,9 Mio. € gegenüberstehen. Für Straßenbaumaßnahmen (ohne Grunderwerb) wurde ein Betrag in Höhe von 6,4 Mio. € in den Haushaltsplan eingestellt (insb. Radwegeprogramm RNK, K4143 Ersatzneubau Lärmschutzwand Brühl, K4160 Erneuerung Grundwasserwanne Bammental, K 4178 Meckesheim – Beseitigung Bahnübergang).
*
- Es sind neue Kreditaufnahmen in Höhe von 10,9 Mio. € vorgesehen.
*
- Die Finanzplanung sieht für Ende 2029 eine Gesamtverschuldung (Kernhaushalt und Eigenbetrieb) in Höhe von 180,8 Mio. € vor.

Gemäß § 22 Abs. 2 GemHVO soll sich der planmäßige Bestand an liquiden Mitteln ohne Kassenkreditmittel in der Regel auf mindestens 2 % der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre belaufen. Die gesetzlich empfohlene Mindestliquidität (14,7 Mio. €) wird im Jahr 2025 mit einer prognostizierten Liquidität von -2,0 Mio. € um 16,7 Mio. € unterschritten. Auch in den Jahren 2026 bis 2028 wird die Mindestliquidität nicht erreicht. Erst zum Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2029 wird die Mindestliquidität wieder knapp überschritten.

Der Finanzplanung (2025 -2029) wurde ein Kreisumlagehebesatz von 31,25 % für das Jahr 2025, von 32,75 % für das Jahr 2026, von 34,75 % für das Jahr 2027, von 35,00 % für das Jahr 2028 und von 34,75 % für das Jahr 2029 zu Grunde gelegt.

Das Basiskapital wird durchgängig erhalten. Für das Jahr 2025 wird zum Stand 31.10.2025 (fortgeschrieben) davon ausgegangen, dass sich ein negatives ordentliches Ergebnis in Höhe von 5,6 Mio. € ergibt (s. Ziffer 3.2). Da keine Rücklage des ordentlichen Ergebnisses mehr zur Deckung dieses Fehlbetrags vorhanden ist, kann dieser Fehlbetrag gemäß § 24 Abs. 3 GemHVO längstens in die drei folgenden Haushaltsjahre vorgetragen werden. Daneben ist noch ein vorgetragener Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2024 in Höhe von 7,7 Mio. € durch Ergebnisüberschüsse der folgenden Jahre zu decken. Da die Finanzplanung im Jahr 2026 ein positives ordentliches Ergebnis von 9,4 Mio. € vorsieht, ist es möglich, den Fehlbetrag aus 2024 von 7,7 Mio. € vollständig zu decken und die restlichen 1,7 Mio. € für die teilweise Deckung des Fehlbetrags aus 2025 zu verwenden. Der restliche Fehlbetrag aus 2025 kann durch das geplante ordentliche Ergebnis 2027 in Höhe von +4,4 Mio. € vollständig gedeckt und zusätzlich noch 0,6 Mio. € der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses zugeführt werden. Auch in den Jahren 2028 und 2029 ist ein positives ordentliches Ergebnis geplant, das der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt wird.

2. Allgemeine Informationen

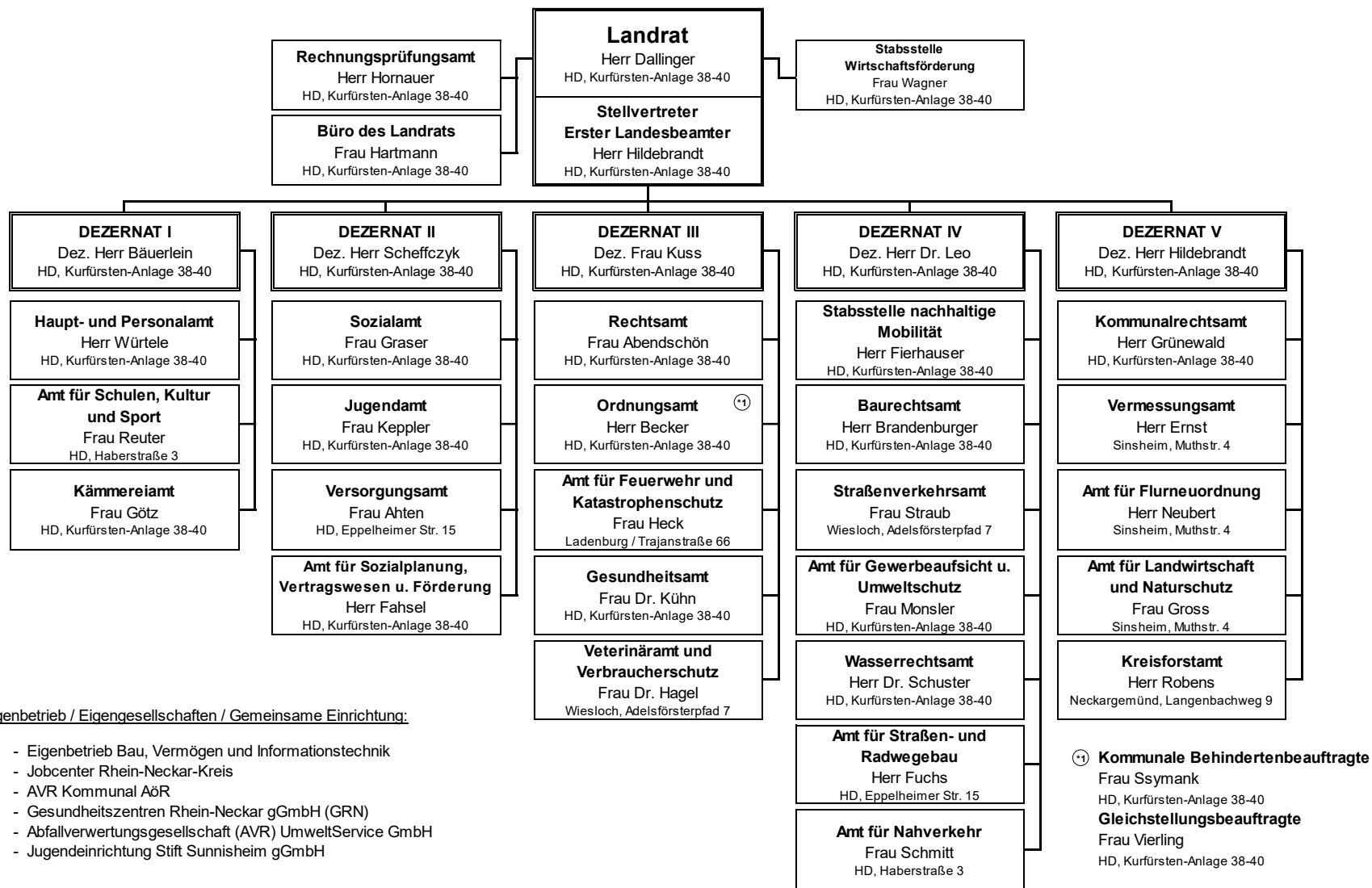
Landrat	Stefan Dallinger gewählt am 13.03.2018 auf die Dauer von 8 Jahren ab dem 01.05.2018	
Allgemeiner Stellvertreter	Erster Landesbeamter Stefan Hildebrandt	
Dezernent I	Ltd. Kreisverwaltungsdirektor Ulrich Bäuerlein	
Zahl der kreisangehörigen Gemeinden		54
davon Große Kreisstädte		6
Fläche		1.062 km²
Wohnbevölkerung nach		Einwohner
Volkszählung vom	27.07.1970	421.784
Fortschreibung vom	30.06.1980	460.837
Volkszählung 1987	30.06.1987	465.342
	30.06.2010	536.606
Zensus 2011	30.06.2011	524.164
Fortschreibung auf Basis Zensus 2011	30.06.2012	525.790
	30.06.2020	548.688
	30.06.2021	548.533
	30.06.2022	554.352
	30.06.2023	555.939
Zensus 2022	30.06.2024	558.142
Fortschreibung auf Basis Zensus 2022	30.06.2025	558.588
Bevölkerungsdichte		525 E/km²
Länge der Kreisstraßen	337,4 km	
Finanzstatistische Angaben	Jahr 2025¹	Jahr 2026
	- in € -	- in € -
Steuerkraftmesszahl Kreis	398.110.037	432.374.509
Bedarfsmesszahl Kreis	501.162.833	563.056.704
Schlüsselzahl Kreis	103.052.796	130.682.195
Steuerkraftsumme Kreis	1.300.175.833	1.332.862.569
Steuerkraftsumme Gemeinden	1.212.887.219	1.209.786.408

¹ Angaben für das HH-Jahr 2025: lt. Haushaltsplanung 2025

Angaben für das HH-Jahr 2026: lt. Fortschreibung Orientierungsdaten, Rundschreiben Landkreistag vom 11.11.2025

Zum Zeitpunkt der Erstellung des Haushaltsplans 2026 setzt sich der Kreistag wie folgt zusammen:

Name	Vorname	Titel	Name	Vorname	Titel
1 Albrecht	Jörg		53 Lorenz	Andreas	Dr.
2 Arns	Sabrina		54 Lutz	Juergen-Wolfgang	
3 Balling-Gündling	Christa		55 Marg	Andreas	Dr.
4 Bauer	Patrick Andreas		56 Marx	Frederike	
5 Becker	Hans		57 Meyer	Ralf Jochen	
6 Bergsträsser	Joachim		58 Müller-Bethke	Klaus	
7 Birkenmaier	Thomas		59 Nickel	Alois	
8 Bläß	Günter		60 Nümburg	Oliver	Dr.
9 Bösenacker	Joachim Thomas Ernst		61 Oberle	Inge	
10 Brandt	Maik		62 Oeldorf	Christoph	
11 Brümmer	Kai		63 Pfahl	Sieglinde	
12 Czink	Michael		64 Pöhl	René	Dr.
13 Daub-Verhoeven	Maria Elisabeth	Dr.	65 Proß	Guntram	
14 Dellbrügge	Rainer		66 Rehorst	Tobias	
15 Dellinger	Brigitte Karolina Rosa		67 Reichert	Peter	
16 Diehl	Andrea		68 Renschler	Matthias	
17 Döring	Jörn	Dr.	69 Riemensperger	Peter	
18 Eder	Wolfgang		70 Röderer	Jan-Peter	
19 Ehret	John		71 Schell	Peter	
20 Elkmann	Dirk		72 Schmidt	Renate	
21 Falter	Doris		73 Schmiedeberg	Claudia	Dr.
22 Faulhaber	David		74 Schmollinger	Ursula	Dr.
23 Felden	Claudia		75 Schröder	Elisabeth	
24 Fetznier	Torsten	Dr.	76 Schröder-Ritzrau	Andrea	Dr.
25 Fießner	Horst		77 Schumacher	Thomas	Dr.
26 Frey	Jan		78 Schuster	Jutta	
27 Fritsch	Giuseppe		79 Seemann	Bärbel	
28 Fröhrt	Ralf		80 Seithel	Peter	
29 Gebhard	Gerhard		81 Siesing	Marco	
30 Geißler	Stefan		82 Spanberger	Jens	
31 Göck	Ralf	Dr.	83 Spatz	Jan Mathias	
32 Günes	Hakan		84 Staab	Christiane	
33 Härdle	Adolf		85 Stauffer	Claudia	
34 Hege	Rainer		86 Tichy	Timo	
35 Heine	Justus		87 Till	Michael	
36 Herling	Michael		88 Volk	Frank	
37 Herold	Dietrich		89 Volk	Werner	
38 Horn	Gabi		90 Walter	Sabine	
39 Just	Manuel		91 Walther	Thorsten	
40 Karl	Holger		92 Wasow	Pascal	
41 Kaufmann	Malte	Dr.	93 Weibel	Karl	
42 Kaufmann	Samuel		94 Weisbrod	Stefan	
43 Kirgiane-Efremidou	Stella		95 Weisbrod	Wlfrid	
44 Klein	Sarina		96 Weiß	Frank	
45 Klett	Georg		97 Weiß	Petra	
46 Kolb	Karlheinz		98 Werner	Frank	
47 König	Florian		99 Würz	Christian	
48 Köpfe	Benjamin		100 Yildirim	Nezaket	
49 Krämer	Thorsten		101 Zachler	Thomas	
50 Labudda	Carsten	Dr.	102 Zeitler	Marcus	
51 Linse	Heimo		103 Zehensack	Richard	
52 Locher	Joachim		104 Zimmermann	Guntram	



Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis

74889 Sinsheim, Dietmar-Hopp-Straße 8

Einrichtungen der AVR Kommunal AöR

AVR Kommunal AöR
mit Betriebsstätten in

74889 Sinsheim, Dietmar-Hopp-Straße 8
69221 Dossenheim, Oberes Langgewann
69221 Dossenheim, Benzstraße 3
69168 Wiesloch, Bruchwiesen 8 - Abfallentsorgungszentrum
69168 Wiesloch, Parkstraße 6 - Erdaushub- u. Bauschuttdeponie
74889 Sinsheim, An der K 4281 - Abfallentsorgungszentrum
69493 Hirschberg, Lobdengaustraße 21 - Abfallumladeanlage
68775 Ketsch, An der Speyerer Landstraße - Abfallumladeanlage
74889 Sinsheim, An der K 4281 – Wertstoffsortieranlage
69412 Eberbach, Gewann Breitenstein - Erd- u. Bauschuttdeponie

AVR Gebäude Service GmbH

74889 Sinsheim, Dietmar-Hopp-Straße 8

Rhein-Neckar-Phosphor-Recycling
GmbH & Co. KG

74889 Sinsheim, Dietmar-Hopp-Straße 8

Einrichtungen der AVR UmweltService GmbH

AVR UmweltService GmbH

74889 Sinsheim, Dietmar-Hopp-Straße 8

AVR Energie GmbH
mit Betriebsstätten in

74889 Sinsheim, Dietmar-Hopp-Straße 8
74889 Sinsheim, an der K 4281 - Biomasseheizkraftwerk

AVR GewerbeService GmbH
mit Betriebsstätten in

74889 Sinsheim, Dietmar-Hopp-Straße 8
69126 Heidelberg, Hatschekstraße 15

AVR UmweltService Verwaltungs GmbH

74889 Sinsheim, Dietmar-Hopp-Straße 8

AVR BioGas GmbH
mit Betriebsstätten in

74889 Sinsheim, Dietmar-Hopp-Straße 8
74889 Sinsheim, An der K 4281 - Biogasanlage

Solarpark Lobbach 1 GmbH & Co. KG
mit Betriebsstätten in

74889 Sinsheim, Dietmar-Hopp-Straße 8
74931 Lobbach, Hauptstraße 38

Einrichtungen der GRN gGmbH

GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH

68723 Schwetzingen, Bodelschwinghstraße 10

GRN-Klinik Eberbach

69412 Eberbach, Scheuerbergstraße 3

GRN-Klinik Sinsheim

74889 Sinsheim, Alte Waibstadter Straße 2

GRN-Betreuungszentrum Sinsheim

74889 Sinsheim, Alte Waibstadter Straße 1

GRN-Klinik für Geriatrische Rehabilitation

74889 Sinsheim, Alte Waibstadter Straße 1

GRN-Klinikapotheke

74889 Sinsheim, Hauptstraße 165

GRN-Klinik Schwetzingen

68723 Schwetzingen, Bodelschwinghstraße 10

GRN-Klinik für Geriatrische Rehabilitation

68723 Schwetzingen, Bodelschwinghstraße 10/2

GRN-Seniorenzentrum Schwetzingen

68723 Schwetzingen, Bodelschwinghstraße 10/1

GRN-Klinik Weinheim

69469 Weinheim, Röntgenstraße 1

GRN-Betreuungszentrum Weinheim

69469 Weinheim, Röntgenstraße 5

GRN-Klinik für Geriatrische Rehabilitation

69469 Weinheim, Röntgenstraße 5

GRN-Service GmbH	68723 Schwetzingen, Bodelschwinghstraße 10
GRN Medizinische Versorgungszentren gGmbH mit Praxisstandorten in	68723 Schwetzingen, Bodelschwinghstraße 10 74889 Sinsheim, Alte Waibstadter Straße 2 b 69412 Eberbach, Scheuerbergstr. 3
GRN Medizinische Versorgungszentren Weinheim gGmbH mit Praxisstandort in	69469 Weinheim, Röntgenstraße 1 69469 Weinheim, Luisenstraße 23
BZG Bildungszentrum Rhein-Neckar GmbH	68168 Wiesloch, Heidelberger Straße 1a

Jugendeinrichtung Stift Sunnisheim gGmbH

Stift Sunnisheim	74889 Sinsheim, Stiftstraße 15

Schulen des Kreises**EBERBACH**

Theodor-Frey-Schule (gewerbliche und kaufmännische Schule)

HOCKENHEIM

Louise-Otto-Peters-Schule (hauswirtschaftliche - pflegerische - sozialpädagogische Schule)

SCHWETZINGEN

Ehrhart-Schott-Schule (gewerbliche Schule)

Carl-Theodor-Schule (kaufmännische Schule)

Comeniusschule (sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum Förderschwerpunkt geistige Entwicklung)

SINSHEIM

Friedrich-Hecker-Schule (gewerbliche Schule)

Max-Weber-Schule (kaufmännische Schule)

Albert-Schweitzer-Schule (hauswirtschaftliche – pflegerische - sozialpädagogische Schule)

Steinsbergschule (sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum Förderschwerpunkt geistige Entwicklung)

WEINHEIM

Hans-Freudenberg-Schule (gewerbliche Schule)

Johann-Philipp-Reis-Schule (kaufmännische Schule)

Helen-Keller-Schule (hauswirtschaftliche – pflegerische - sozialpädagogische Schule)

Maria-Montessori-Schule (sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum Förderschwerpunkt geistige Entwicklung) und Schulkindergarten für Geistigbehinderte und Körperbehinderte (Maria-Montessori-Kindergarten)

WIESLOCH

Hubert-Sternberg-Schule (gewerbliche Schule)

Johann-Philipp-Bronner-Schule (kaufmännische Schule)

Louise-Otto-Peters-Schule (hauswirtschaftliche – pflegerische - sozialpädagogische Schule)

LADENBURG

Martinsschule (sonderpädagogisches Bildungs- und Beratungszentrum Förderschwerpunkt körperliche und motorische Entwicklung)

3. Finanzielle Entwicklung

3.1 Ergebnis des Haushaltsjahres 2024

Die Verabschiedung des Haushaltsplans 2024 erfolgte in der Sitzung des Kreistags am 12.12.2023. Der Jahresabschluss 2024 wurde vom Kreistag am 22.07.2025 festgestellt. Folgende Eckdaten veranschaulichen die Entwicklung des Jahres 2024:

Eckdaten des Jahresabschlusses 2024			
Eckdaten des Jahresabschlusses	Plan - T€ -	Ergebnis - T€ -	Differenz -T€ -
Ergebnis der Ergebnisrechnung			
- Ordentliches Ergebnis	-26.523,8	-28.636,2	-2.112,4
- Sonderergebnis	0,0	-1.090,0	-1.090,0
Gesamtergebnis (ohne neue Haushaltsermächtigungen)	-26.523,8	-29.726,2	-3.202,4
Ergebnis der Finanzrechnung			
- Saldo der Ergebnisrechnung	-14.211,1	-6.799,9	7.411,2
- Saldo Investitionstätigkeit (ohne neue Haushaltsermächtigungen)	-19.258,4	-23.921,7	-4.663,3
- Saldo Finanzierungstätigkeit	17.368,2	14.968,3	-2.399,9
Haushaltsübertragungen			
- Ergebnishaushalt	0,0	3.854,1	3.854,1
- Finanzhaushalt Einzahlungen	0,0	2.177,2	2.177,2
- Finanzhaushalt Auszahlungen (ohne aktivierte Eigenleistungen)	0,0	31.359,1	31.359,1
Rücklagen	31.12.2023	31.12.2024	
Stand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	29.915,3	0,0	-29.915,3
Stand der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0,0	0,0	0,0
Stand Ergebnisrücklage vor Umbuchung Basiskapital	29.915,3	0,0	-29.915,3
Umbuchung Basiskapital	8.942,6	0,0	-8.942,6
Stand Ergebnisrücklage	20.972,7	0,0	-20.972,7
Stand der zweckgebundenen Rücklage	0,0	0,0	0,0
Fehlbeträge	31.12.2023	31.12.2024	
Fehlbetrag ordentl. Ergebnis	0,0	7.663,5	7.663,5
Fehlbetrag Sonderergebnis	0,0	1.090,0	1.090,0
Liquide Mittel	31.12.2023	31.12.2024	
	- Mio € -	- Mio € -	- Mio € -
Sichteinlagen, Banken, Barmittel	0,2	0,8	0,6
Geldanlagen	0,1	0,0	-0,1
Kassenkredite	-6,6	-11,0	-4,4
Summe	-6,3	-10,2	-3,9
Schuldenstand	31.12.2023	31.12.2024	
	- Mio € -	- Mio € -	- Mio € -
Schuldenstand Kernhaushalt	8,8	23,8	15,0
Schuldenstand EBVIT	82,8	85,3	2,5
Gesamtschuldenstand	91,6	109,1	17,5
Rückstellungen	31.12.2023	31.12.2024	
	- Mio € -	- Mio € -	- Mio € -
Stand der Rückstellungen	2,9	3,0	-0,1

Ergebnisrechnung

Ergebnishaushalt/-rechnung:	Plan 2024	Ergebnis 2024	Differenz
	- € -	- € -	- € -
Summe ordentliche Erträge	779.742.800,00	805.348.377,70	25.605.577,70
Summe ordentliche Aufwendungen	806.266.641,93	833.984.542,13	27.717.900,20
ordentliches Ergebnis	-26.523.841,93	-28.636.164,43	-2.112.322,50
Summe außerordentliche Erträge	0,00	84.833,20	84.833,20
Summe außerordentliche Aufwendungen	0,00	1.174.834,25	1.174.834,25
außerordentliches Ergebnis	0,00	-1.090.001,05	-1.090.001,05
Gesamtergebnis	-26.523.841,93	-29.726.165,48	-3.202.323,55
nachrichtlich:			
Haushaltsübertragungen nach 2025	0,00	3.854.100,00	-3.854.100,00
bereinigtes Ergebnis	-26.523.841,93	-33.580.265,48	-7.056.423,55

Finanzrechnung

Finanzhaushalt/-rechnung:	Plan 2024	Ergebnis 2024	Differenz
	- € -	- € -	- € -
Einzahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	775.872.000,00	801.581.259,29	25.709.259,29
Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit	790.083.081,90	808.381.195,91	18.298.114,01
Zahlungsmittelbedarf/-überschuss der Ergebnisrechnung	-14.211.081,90	-6.799.936,62	7.411.145,28
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	6.809.700,00	4.769.285,14	-2.040.414,86
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	26.068.100,00	28.691.027,93	2.622.927,93
Saldo aus Investitionstätigkeit	-19.258.400,00	-23.921.742,79	-4.663.342,79
nachrichtlich:			
Haushaltsübertragungen nach 2025			
Einzahlungen	0,00	2.177.200,00	2.177.200,00
Auszahlungen (ohne aktivierte Eigenleistungen)	0,00	31.359.100,00	-31.359.100,00
bereinigter Saldo aus Investitionstätigkeit	-19.258.400,00	-53.103.642,79	-33.845.242,79
Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten u.a.	17.900.000,00	18.750.000,00	850.000,00
Auszahlungen für die Tilgung von Krediten u.a.	531.800,00	3.781.747,64	3.249.947,64
Saldo aus Finanzierungstätigkeit	17.368.200,00	14.968.252,36	-2.399.947,64
Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes	-16.101.281,90	-15.753.427,05	347.854,85
haushaltsunwirksame Einzahlungen	0,00	931.283.862,98	931.283.862,98
haushaltsunwirksame Auszahlungen	0,00	914.990.979,92	-914.990.979,92
Saldo aus haushaltsunwirksamen Vorgängen	0,00	16.292.883,06	16.292.883,06

3.2 Entwicklung des Haushaltsjahres 2025

Die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan 2025 wurde vom Kreistag am 17.12.2024 beschlossen. Der Gesamtergebnishaushalt ist mit einem negativen ordentlichen Ergebnis von -2,5 Mio. € und einer Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes von +6,9 Mio. € geplant.

	2024	2025
	in €	in €
Gesamtergebnishaushalt		
Erträge	779.742.800	868.298.784
Aufwendungen	806.266.642	870.764.745
Ordentliches Ergebnis	-26.523.842	-2.465.961

Saldo zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen	-12.312.760	-12.601.290

Gesamtfinanzhaushalt

Zahlungsmittelbedarf/-überschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit	-14.211.082	10.135.329
Saldo aus Investitionstätigkeit	-19.258.400	-20.409.600
+ Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten	17.900.000	17.950.000
- Auszahlung für die Tilgung von Krediten	-531.800	-731.800
Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes	-16.101.282	6.943.929

Im Halbjahresbericht 2025 wurde die finanzielle Entwicklung der Budgets (Stand 30.06.2025) ausführlich dargestellt. Im Rahmen der Haushaltsberatungen 2026 wurde bei allen Budgetverantwortlichen zum 31.10.2025 eine weitere Hochrechnung zur Budgetentwicklung angefordert. Da der Landkreistag in einem Rundschreiben am 21.11.2025 die konkrete Umsetzung der Empfehlungen der Gemeinsamen Finanzkommission vom 07.11.2025 mitgeteilt hat, wurde die Hochrechnung zum 31.10.2025 entsprechend fortgeschrieben. Demnach wird sich das ordentliche Ergebnis gegenüber der Planung (-2,5 Mio. €) um voraussichtlich 3,1 Mio. € auf -5,6 Mio. € verschlechtern.

Nachdem bereits der Haushalt 2024 unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen erstellt werden musste, stellt auch das Jahr 2025 eine Herausforderung dar. Es kommen immer neue Aufgabenbereiche hinzu, die sich im Haushalt niederschlagen. Vor allem die Sozialkosten - insbesondere bei der Eingliederungshilfe - steigen unablässig an und nehmen einen großen Teil der Gesamtaufwendungen ein. Auch die GRN-Kliniken sind auf immer größer werdende Liquiditätshilfen durch den Kreis angewiesen.

Deshalb wurde bei der Haushaltsplanung 2025 erneut äußerst restriktiv verfahren und alle Ansätze kritisch hinterfragt. Mögliche Einsparpotentiale wurden detailliert geprüft und wenn möglich umgesetzt. Noch nicht begonnene Projekte oder Anschaffungen wurden zurückgestellt oder in die Folgejahre verschoben. Trotzdem können Deckungslücken immer schwieriger geschlossen werden.

Während man bei der Aufstellung des Haushalts 2025 im Herbst 2024 noch davon ausging, dass die Erträge aus der Grunderwerbsteuer nach Jahren des Baubooms aufgrund der konjunkturellen Lage nun einbrechen werden, zeichnet sich im Verlauf des Jahres hier ein positiver Trend ab. Diese Mehrerträge können zusammen mit den Nachzahlungen bei den Schlüsselzuweisungen 2024 die Mehrbedarfe bei den Sozialen Leistungen weitgehend kompensieren. Außerdem werden Mehrbedarfe beim Amt für Straßen- und Radwegebau (-2,2 Mio. €) aufgrund von Haushaltsübertragungen des Vorjahres sowie beim Budget Mobilitätsmanagement und Nahverkehr (-1,4 Mio. €) erwartet. Die negative Entwicklung in diesem Bereich ist auf geringere Fördermittel beim ÖPNV und höhere Aufwendungen bei der Schülerbeförderung zurückzuführen.

Die größten Abweichungen zu den Planansätzen zeichnen sich in den Budgets 2.1 - Sozialamt (-6,6 Mio. €), 2.2 - Jugendamt (-3,6 Mio. €) und 7.1 Allgemeine Finanzwirtschaft (+10,1 Mio. €) ab. Im Sozialamt werden höhere Transferleistungen bei verschiedenen Hilfearten wie z.B. der Hilfe zur Pflege, Hilfe zur Gesundheit und dem Eingliederungshilferecht nach dem SGB IX prognostiziert. Darüber hinaus ergeben sich geringere Erstattungen aus dem Soziallastenausgleich nach § 21 FAG. Der Mehrbedarf kann durch die aufgrund von Vakanzen und zeitlich verzögerten Stellenbesetzungen erwarteten Einsparungen bei den Personalaufwendungen etwas reduziert werden.

Im Budget des Jugendamtes steigen die Transferaufwendungen insbesondere bei den Hilfen zur Erziehung und der Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder nach § 35a SGB XIII. Ferner werden die für 2025 eingeplanten Erstattungen des Landes aus dem Belastungsausgleich als Folge der Reform des Unterhaltsvorschlusses voraussichtlich erst 2026 ausbezahlt.

Die positive Entwicklung der Erträge aus der Grunderwerbsteuer und höhere Schlüsselzuweisungen tragen maßgeblich zur Verbesserung der Budgets 7.1 bei. Aufwandsseitig verringern sich die Zinsaufwendungen für Finanzierungskredite aufgrund von geringeren Neuaufnahmen. Durch Einsparungen bei den Investitionszuweisungen an die GRN gGmbH kann auf einen Teil der Kreditermächtigungen für das Jahr 2025 verzichtet werden.

Im Finanzhaushalt wird sich der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit voraussichtlich um -16,6 Mio. € auf -37,0 Mio. € erhöhen. Hauptsächlich hierfür sind die beim Jahresabschluss 2024 im Finanzhaushalt gebildeten Haushaltsübertragungen von saldiert -29,2 Mio. € (Einzahlungen 2,2 Mio. €, Auszahlungen -31,4 Mio. €). Diese führen im Jahr 2025 zu einer Budgetverbesserung, soweit die übertragenen Mittel tatsächlich eingehen, bzw. einer Budgetverschlechterung, wenn die Mittel tatsächlich ausgezahlt werden. Dem Mehrbedarf aus Mittelübertragungen stehen Verbesserungen in verschiedenen Budgets von insgesamt 12,6 Mio. € gegenüber, die sich vor allem durch geringere Investitionszuschüsse an die GRN gGmbH für den Funktionsneubau bei der GRN Klinik Sinsheim ergeben haben.

Die bereinigten liquiden Eigenmittel werden gegenüber der Planung zum 31.12.2025 voraussichtlich um 7,0 Mio. € auf -2,0 Mio. € abnehmen. Dies resultiert im Wesentlichen darauf, dass die tatsächliche Kassenlage zum Jahresende 2024 mit -10,6 Mio. € bereinigten liquiden Eigenmitteln deutlich schlechter war, als bei der Aufstellung des Haushaltsplans 2025 angenommen (Plan: -1,0 Mio. €). Damit wird die gesetzlich vorgegebene Mindestliquidität von 14,7 Mio. €, die ein Indiz für die Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Kreises darstellt, um 16,7 Mio. € verfehlt. Eine Prognose der bereinigten liquiden Eigenmittel zum Jahresende 2025 ist jedoch äußerst schwierig, da sie von vielen nicht beeinflussbaren Faktoren abhängig ist. Bei der Prognose werden zwar alle der Verwaltung bekannten Informationen berücksichtigt; gleichwohl besteht ein gewisses Risiko im Hinblick auf den Zeitpunkt der tatsächlichen Zahlungseingänge des Landes beispielsweise in Zusammenhang mit den Flüchtlingen. Hierdurch kann es über den Jahreswechsel zu deutlichen Verschiebungen bei den liquiden Mitteln kommen.

Statt der geplanten Verschuldung von 149,5 Mio. € wird zum 31.12.2025 wahrscheinlich eine Verschuldung in Höhe von 127,5 Mio. € erreicht. Sowohl beim Rhein-Neckar-Kreis als auch beim EBVIT müssen die zur Verfügung stehenden Kreditermächtigungen aller Voraussicht nach nicht vollständig in Anspruch genommen werden. Ursächlich dafür sind zeitliche Verzögerungen bei der Umsetzung der investiven Projekte. Beim EBVIT ist vorgesehen, nicht in Anspruch genommene Kreditermächtigungen in Höhe von 11,1 Mio. € ins Folgejahr zu übertragen.

3.3 Grundlagen des Haushaltsjahres 2026

3.3.1 Finanzlage

3.3.1.1 Allgemeine wirtschaftliche Entwicklung

Die deutsche Wirtschaft steckt weiterhin in einer Krise. Das ifo Institut führt in seiner Konjunkturprognose vom 04.09.2025 dazu aus, dass die gesamtwirtschaftlichen Kapazitäten weiterhin nicht ausgelastet sind². Neben einer anhaltend schwachen Nachfrage nach Waren und Dienstleistungen verschlechtert sich auch die internationale Wettbewerbssituation deutscher Unternehmen und das Exportgeschäft. Der private Konsum erholt sich nur langsam.

Am 25.09.2025 haben die führenden Wirtschaftsforschungsinstitute im Auftrag des Bundeswirtschaftsministeriums erstmalig eine gemeinsame Konjunkturprognose veröffentlicht.³ Die Institute prognostizieren ein schwaches Wachstum des Bruttoinlandsprodukts (BIP) von 0,2 Prozent im laufenden Jahr. Im Jahr 2026 werde das BIP laut Prognose um 1,3 Prozent wachsen und im Jahr 2027 um 1,4 Prozent. Allerdings merken die Wirtschaftsforschungsinstitute kritisch an, dass diese Dynamik angesichts anhaltender struktureller Schwächen nicht von Dauer sei. Als Begründung für diese Annahme führen sie aus, dass die Wirtschaft zwar durch die geplanten hohen staatlichen Ausgaben für Infrastruktur und Rüstung in Fahrt komme, der Bund hierfür jedoch Rekordschulden aufnehmen müsse und dadurch die strukturellen Schwächen des Standorts nur kaschiert werden.

Die allgemeine gesamtdeutsche Entwicklung spiegelt sich auch bei den Kommunen in Baden-Württemberg wider. Bei den Landkreisen, Städten und Gemeinden verschlechtert sich die Haushaltslage dramatisch. Die meisten Kommunen können ihre Aufwendungen nicht mehr aus den laufenden Erträgen erwirtschaften und sind mit Liquiditätsproblemen konfrontiert. Die kommunalen Spitzenverbände warnen vor einer kommunalen Finanzkrise und fordern nachhaltige Reformen. Auch wenn sich die genauen Auswirkungen der Prognosen auf die kommunalen Finanzen noch nicht abschätzen lassen, ist bereits jetzt erkennbar, dass die Lage für die Kommunen sehr schwierig wird.

3.3.1.2 Rhein-Neckar-Kreis

Nachdem bereits die Haushalte 2024 und 2025 unter schwierigen wirtschaftlichen Bedingungen geplant werden mussten, stellt auch das Jahr 2026 eine Herausforderung dar. Es kommen immer neue Aufgabenbereiche hinzu, die sich im Haushalt niederschlagen. Vor allem die Sozialkosten - insbesondere bei der Eingliederungshilfe - steigen unablässig an und nehmen einen großen Teil der Gesamtaufwendungen ein. Auch die GRN-Kliniken sind auf immer größer werdende Liquiditätshilfen durch den Kreis angewiesen.

Deshalb wurde bei der Haushaltsplanung 2026 erneut restriktiv verfahren und alle Ansätze kritisch hinterfragt. Mögliche Einsparpotentiale wurden detailliert geprüft und wenn möglich umgesetzt. Noch nicht begonnene Projekte oder Anschaffungen wurden zurückgestellt oder in die Folgejahre verschoben. Trotzdem können Deckungslücken immer schwieriger geschlossen werden.

Die weitere Entwicklung wird maßgeblich davon abhängen, wie schnell sich die deutsche Wirtschaft wieder erholt und sich die Rahmenbedingungen verändern. Wichtig in diesem Zusammenhang wird sein, wie die neue Landesregierung 2026 die Diskrepanz zwischen wachsenden Aufgaben und fehlender Finanzausstattung bei den Landkreisen verbessert, damit sie auch in Zukunft handlungsfähig bleiben.

² www.ifo.de

³ Handelsblatt vom 26./27./28.09.2025

3.3.1.3 Haushaltserlass 2026

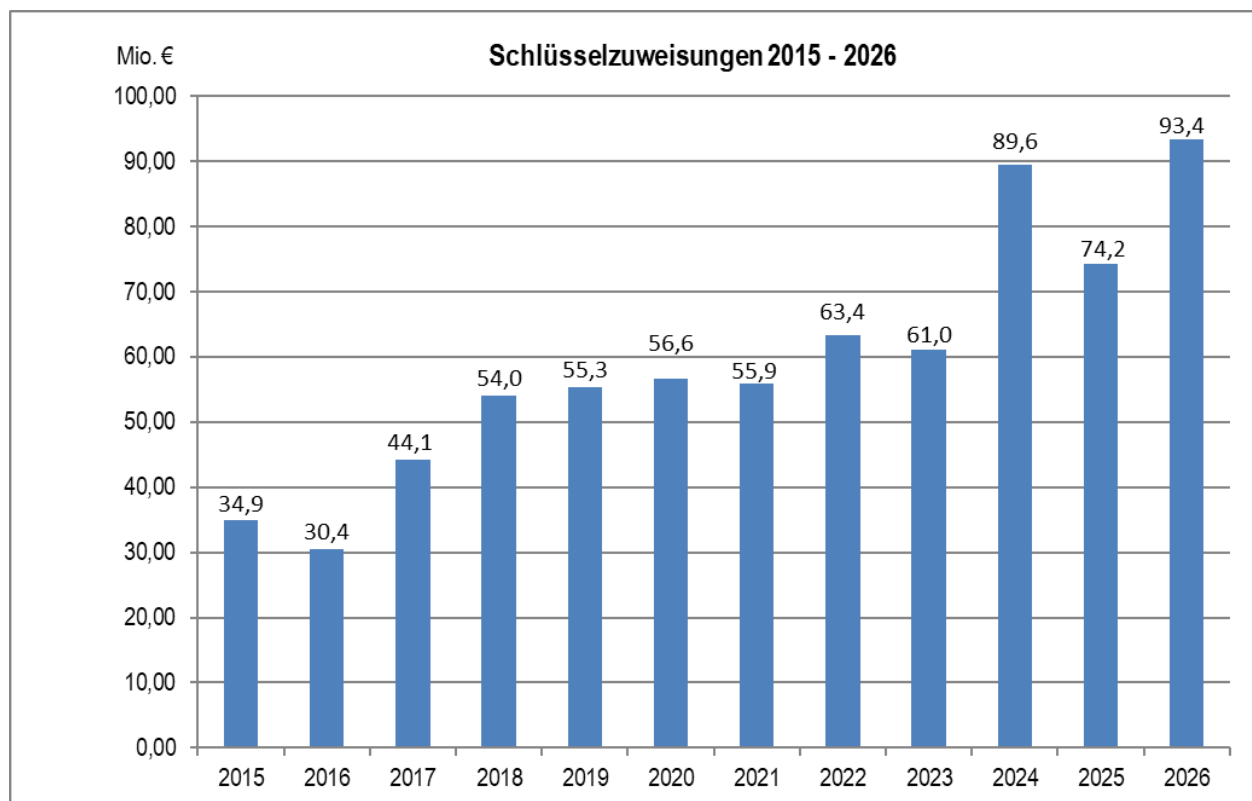
Am 26. Juni 2025 wurden die Orientierungsdaten des Ministeriums für Finanzen Baden-Württemberg und des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zur kommunalen Haushalt- und Finanzplanung in den Jahren 2026 ff. veröffentlicht (Haushaltserlass). Eine Fortschreibung erfolgte am 11. November 2025. Die Orientierungsdaten basieren auf Berechnungen des Ministeriums für Finanzen Baden-Württemberg und beruhen auf den Ergebnissen der Steuerschätzung vom Oktober 2025 sowie der Empfehlung der Gemeinsamen Finanzkommission vom 07. November 2025. Die Orientierungsdaten wurden für den Haushalt 2026 berücksichtigt.

Im Rhein-Neckar-Kreis hat sich die Wirtschaftskraft der kreisangehörigen Kommunen im Vergleich zum Vorjahr verringert. Die Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises reduzieren sich um 3,1 Mio. € auf 1.209,8 Mio. €, die des Landkreises erhöht sich um 32,7 Mio. € auf 1.332,9 Mio. €.

Schlüsselzuweisungen:

Die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft werden 2026 mit 93,4 Mio. € (Vorjahr 74,2 Mio. €) auf der Grundlage eines Kopfbetrags von 1.008 € je Einwohner (2025: 899 €) - bei einer Einwohnerzahl von 558.588 (Vorjahr: 557.467) - und einer Ausschüttungsquote von 71,5 % (Vorjahr: 72,0 %) veranschlagt. Sie fallen aufgrund der um 27,6 Mio. € höheren Schlüsselzahl des Kreises (Bedarfsmesszahl abzüglich Steuerkraftmesszahl) um 19,2 Mio. € höher aus als bei der Planung im Vorjahr.

Die Erträge aus den Schlüsselzuweisungen seit 2015 sind in der nachfolgenden Grafik dargestellt:



2025 und 2026 lt. Plan

Kreisumlage:

	Nachhaltige Finanzwirtschaft: Durch die Bereitstellung ausreichender Finanzierungsmittel bei begrenzter Verschuldung und bei gleichzeitiger Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden sichert der Rhein-Neckar-Kreis die finanzielle Handlungsfähigkeit des „Gesamtkonzerns Rhein-Neckar-Kreis“.

I. Grundsätzliches

Die Kreisumlage⁴ ist eine auf die verfassungsrechtliche Garantie des Selbstverwaltungsrechts der Landkreise in Art. 28 Abs. 2 Satz 3 sowie auf Art. 106 Abs. 6 Satz 6 Grundgesetz (GG) gestützte, von der gemeindlichen Finanzmasse abgeleitete Einnahmequelle der Kreise, deren Erhebung der alleinverantwortlichen Entscheidung der Kreise obliegt. Landesrechtliche Regelungen der Landkreisordnungen und der Finanzausgleichsgesetze ermächtigen die Kreise, ihren Finanzbedarf durch die Erhebung einer Kreisumlage zu decken.

In Baden-Württemberg regelt § 49 Abs. 2 der Landkreisordnung (LKrO) dass der Landkreis, soweit seine sonstigen Erträge und Einzahlungen nicht ausreichen, um seinen Finanzbedarf zu decken, von den kreisangehörigen Gemeinden nach den hierfür geltenden Vorschriften eine Umlage erheben kann (Kreisumlage).

Nach dem Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 29. Mai 2019 ist der Landkreis zur Einhaltung des Art. 28 Abs. 2 GG verpflichtet, nicht nur seinen eigenen Finanzbedarf, sondern auch den der umlagepflichtigen Gemeinden zu ermitteln und offenzulegen. Dabei⁵ geht es um die Entscheidung einer kommunalen Gebietskörperschaft über die Verteilung der finanziellen Mittel innerhalb des kommunalen Raumes zwischen Gemeinden und Landkreis. Die Festsetzung der Kreisumlage dient dem Ausgleich der im kommunalen Raum konkurrierenden finanziellen Interessen. Zudem kommt in ihr eine Ausgleichsfunktion im Verhältnis der umlagepflichtigen Gemeinden zum Ausdruck. Die ausgleichende Wirkung tritt bereits aufgrund der Erhebung an sich ein, da aufgrund gesetzlicher Vorgaben finanzstarke Gemeinden absolut einen größeren Teil ihrer Finanzkraft auf die Kreisumlage verwenden müssen als finanzschwächere Gemeinden.

Die Höhe der Kreisumlage ergibt sich aus nicht anderweitig gedeckten Ausgabeansätzen des Haushaltsplans, hängt also entscheidend vom Umfang der Aufgaben des einzelnen Landkreises, den Zielvorstellungen des Kreistags und nicht zuletzt von seiner Ausgaben-, Kredit- und Rücklagenpolitik ab, die allerdings im Vorfeld der Kreisumlagefestsetzung aus verfassungsrechtlichen Gründen bereits die Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Gemeinden zu berücksichtigen hat.

In Baden-Württemberg fließen die Gemeindeschlüsselzuweisungen als Ausdruck gemeindlicher Finanzkraft in voller Höhe in die Umlagegrundlagen der Kreisumlage ein. Der Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer wird dagegen nach dem Ist-Aufkommen bzw. einem bestimmten Prozentsatz (80 %) davon angesetzt. Die übrigen Einnahmen der Gemeinden bleiben außer Betracht.

Maßgebend sind die Einnahmen, die in die Ermittlung der Finanzkraft einer Gemeinde einbezogen werden, wie es auch bei der Ermittlung der Steuerkraftmesszahl für die Durchführung des kommunalen Finanzausgleichs der Fall ist. Durch die Nichteinbeziehung der örtlichen Verbrauchs- und Aufwandsteuern sowie die Einbeziehung der Grund- und Gewerbesteuer mit fiktiven Hebesätzen (Grundsteuer A 195 %, Grundsteuer B 185 %, Gewerbesteuer 290 % der Grundbeträge) wird der Steuerhoheit als maßgeblichem Element kommunaler Eigenverantwortung Rechnung getragen. Dadurch kommen die Einnahmen aufgrund höher festgesetzter Hebesätze in vollem Umfang der erhebenden Gemeinde zugute. Die Einkommensteuer und Umsatzsteueranteile fließen hingegen folgerichtig mit ihrem Ist-Aufkommen ganz oder weitgehend in die Steuerkraftmesszahl ein, da den Gemeinden insoweit kein Gestaltungsspielraum eingeräumt ist.

⁴ Quellen: Henneke Die Kreisumlagefestsetzung – Materiell-rechtliche Vorgaben – Verfahren – Höhe (2020)
Bundesverwaltungsgericht BVerwG, Urteil vom 29.05.2019 – 10 C 6.18
BeckOK KommunalR BW/Henkes LKrO § 49

⁵ Quelle wie ⁴

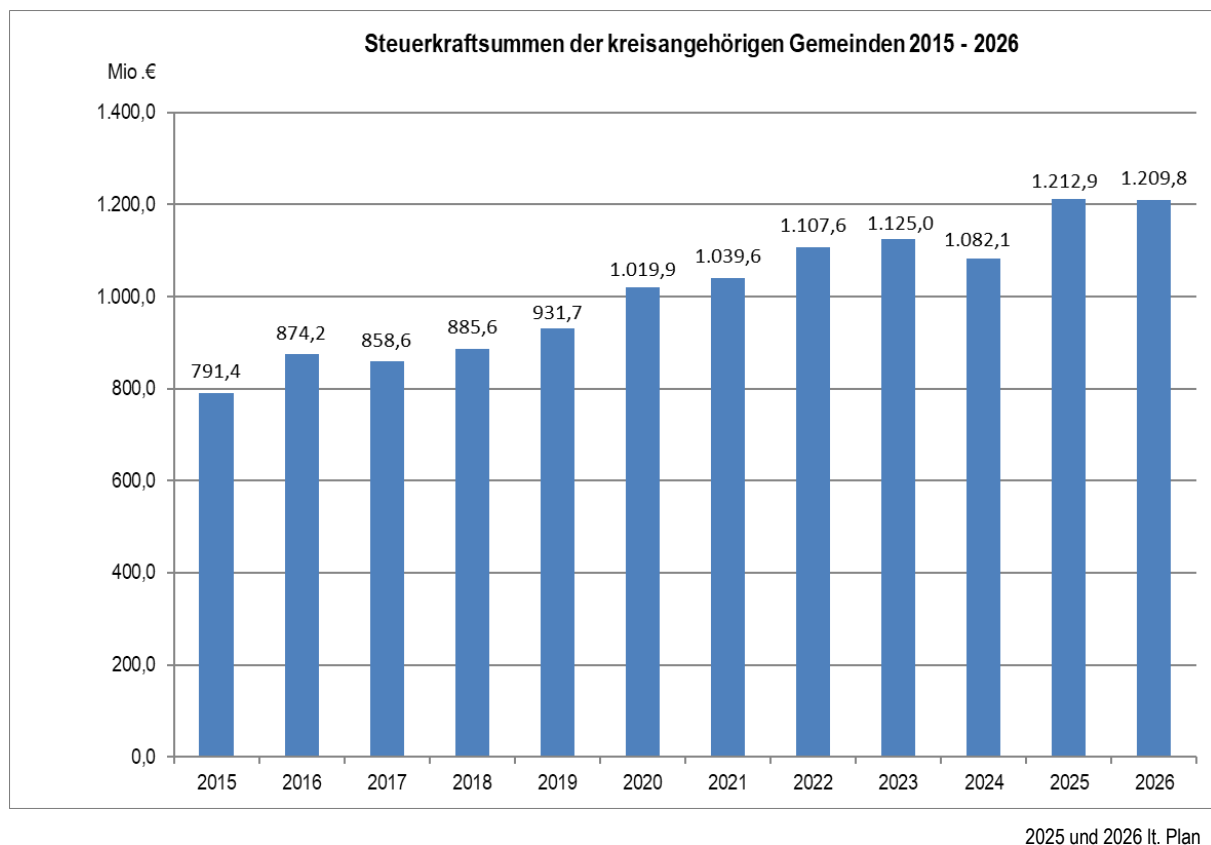
II. Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Kommunen

Die nachfolgende Übersicht zeigt die Entwicklung der Steuerkraftsummen, der Schlüsselzuweisungen und des Aufkommens aus der Kreisumlage:

Haushaltsansatz - in € -	2024	2025	2026
Steuerkraftsummen Gemeinden¹	1.081.817.523	1.212.887.219	1.209.786.408
darin enthalten Schlüsselzuweisungen Gemeinden des zweitvorangegangenen Jahres	280.502.472	276.013.916	298.219.908
Steuerkraftsumme Kreis	1.190.703.850	1.300.175.833	1.332.862.569
Schlüsselzuweisungen Kreis	92.240.400	74.198.000	93.437.800
Kreisumlage²	297.499.800	379.027.300	396.205.000

¹ Grundlage: Haushaltsplanung

² Hebesatz 27,50 % im Jahr 2024, 31,25 %, im Jahr 2025, 32,75 % im Jahr 2026



III. Festsetzung der Kreisumlage für das Haushaltsjahr 2026:

Die Festsetzung der Kreisumlage erfolgt auch unter dem Grundsatz: durch die Bereitstellung ausreichender Finanzierungsmittel bei begrenzter Verschuldung und bei gleichzeitiger Berücksichtigung der finanziellen Leistungsfähigkeit der Städte und Gemeinden sichert der Rhein-Neckar-Kreis die finanzielle Handlungsfähigkeit des „Gesamtkonzerns Rhein-Neckar-Kreis“. Der Kreis bildet eine Solidargemeinschaft mit allen 54 kreisangehörigen Städten und Gemeinden. Ausdruck und Verankerung findet diese Solidarität auch in der Kreisumlage, d.h. am Kreisanteil im kommunalen Steuerverbund und in den vom Kreistag getroffenen Entscheidungen über die Mittelverwendung. Der Finanzbedarf des Kreises wird daher auch bestimmt durch den Inhalt und das Ausmaß der Erfüllung freiwilliger, überörtlicher, ausgleichender oder ergänzender Aufgaben.

Um ein Gesamtbild über die Leistungsfähigkeit der Kommunen des Kreises zu erhalten, zieht das Kämmerereiamt den jeweils aktuellen Gemeindefinanzbericht des Kommunalrechtsamtes hinzu und wertet die Anlagen 16 der Kommunen zum Haushaltsplan (zuletzt Haushaltsplanung 2025) aus, in denen die Kennzahlen der mittelfristigen Finanzplanung zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit der kreisangehörigen Städte und Gemeinden abgebildet werden. Daraus ergibt sich eine Gesamtschau der Leistungsfähigkeit aller Kommunen im Kreis. Gleichwohl kann aber bei der Festsetzung der Kreisumlage nicht über differenzierte Kreisumlagehebesätze auf die Leistungsfähigkeit jeder einzelnen Kommune eingegangen werden, dies gibt das Finanzausgleichsgesetz in Baden-Württemberg nicht her. Allerdings bedeutet schon – wie oben ausgeführt – die Anwendung eines einheitlichen Hebesatzes auf die individuellen Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden eine Berücksichtigung der jeweiligen finanziellen Leistungsfähigkeit.

Im Vergleich zum Vorjahr sind die Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden im Landkreis in 2024, dem Basisjahr für die Berechnung der Kreisumlage 2026, von insgesamt 1.213 Mio. € um rd. 3 Mio. € auf 1.210 Mio. € zurückgegangen (-0,2 %). Eine genauere Betrachtung der Steuerkraftsummen zeigt jedoch, dass dieser negative Trend lediglich bei 11 Gemeinden eingetreten ist, von denen 2 Gemeinden einen besonders hohen Rückgang zu verzeichnen haben. Bei den restlichen 43 Gemeinden ist die Steuerkraftsumme gegenüber dem Vorjahr angestiegen. Die Steuerkraftsumme aller Gemeinden des Rhein-Neckar-Kreises liegt - trotz Rückgang - weiterhin an der Spitze aller Landkreise in Baden-Württemberg.

Auch die Haushaltsergebnisse der Städte und Gemeinden des Landkreises sind im Jahr 2024 größtenteils positiver ausgefallen als geplant. Bei 47 Gemeinden wurde gegenüber der Planung ein besseres ordentliches Ergebnis erzielt, bei 6 Gemeinden ein schlechteres Ergebnis und von 1 Gemeinde lag das Ergebnis bei der Erstellung des Gemeindefinanzberichts des Kommunalrechtsamtes nicht vor. Während die Städte und Gemeinden für das Jahr 2024 bei der Planung insgesamt von einem Ergebnis in Höhe von rd. -89,7 Mio. € ausgegangen sind, lag das tatsächlich erzielte Rechnungsergebnis des Jahres 2024 in Summe bei +59,9 Mio. €.

Die Haushaltsentwicklung des Landkreises stellt sich leider anders dar. Blickt man zurück auf das Jahr 2023, stand einem geplanten Ergebnis von -39,2 Mio. € ein tatsächliches Ergebnis von -61,0 Mio. € gegenüber. Trotzdem hat der Kreis im Haushaltsjahr 2024 bewusst zur weiteren Entlastung der kreisangehörigen Städte und Gemeinden erneut ein Defizit im Ergebnishaushalt von 26,5 Mio. € ausgewiesen. Auch diese Planung konnte leider nicht eingehalten werden und das Jahr 2024 wurde - trotz restriktiver Haushaltsführung - mit einem Ergebnis von -28,6 Mio. € abgeschlossen. Zum Ausgleich des negativen Ergebnisses musste die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses vollständig verwendet und ein Fehlbetrag von 7,7 Mio. € ausgewiesen werden. Dieser Fehlbetrag kann gemäß § 24 Abs. 3 GemHVO längstens in die drei folgenden Haushaltsjahre vorgetragen werden. Auch die Liquidität des Kreises nahm im Jahr 2024 immer weiter ab, sodass fast ganzjährig die Aufnahme von Kassenkrediten notwendig war. Zum 31.12.2024 wies die Bilanz bereinigte liquide Eigenmittel in Höhe von -10,6 Mio. € aus.

Diese negativen Voraussetzungen führten dazu, dass im Haushalt 2025 eine Erhöhung der Kreisumlage unumgänglich war, um die finanzielle Leistungsfähigkeit des Landkreises weiterhin sicherzustellen. In dem Haushaltsentwurf 2025 wurde ein Kreisumlagehebesatz von 32,75 % festgesetzt, der zu einem Kreisumlageaufkommen von rd. 397,2 Mio. € und zu einer Liquidität knapp über der Mindestliquidität geführt hätte. Aufgrund der ebenfalls sehr angespannten Finanzlage bei den Städten und Gemeinden im Rhein-Neckar-Kreis wurde für den endgültigen Haushalt letztlich ein Kreisumlagehebesatz von 31,25 % festgesetzt und damit auch die Solidarität des Landkreises mit seinen Städten und Gemein-

den zum Ausdruck gebracht. Das Regierungspräsidium hat den Haushalt 2025 zwar genehmigt, den Landkreis gleichzeitig aber dazu aufgefordert, „durch geeignete Maßnahmen die prognostizierte negative Entwicklung der Ertragslage und der Verschuldung abzuwenden, um seine stetige Aufgabenerfüllung auf Dauer sicherzustellen“.

Deshalb musste - wie bereits in den beiden Vorjahren - auch der Haushalt 2026 unter schwierigen wirtschaftlichen und finanziellen Rahmenbedingungen aufgestellt werden. Eine immer größer werdende Anzahl an Aufgaben muss von den Landkreisen ausgeführt werden und lässt die Kosten zur Finanzierung rasant ansteigen. Um dieser schwierigen Ausgangslage entgegenzuwirken, wurde auch bei der Aufstellung des Haushalts 2026 sehr restriktiv verfahren. Im Rahmen der Haushaltsplanung wurden sämtliche Ansätze kritisch hinterfragt, Einsparpotenziale geprüft und wenn möglich umgesetzt. Außerdem wurden noch nicht begonnene Projekte oder Anschaffungen zurückgestellt oder in die Folgejahre verschoben. Trotzdem sieht der Ergebnishaushalt 2026 gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung bei den Aufwendungen um 17,1 Mio. € auf 887,9 Mio. € vor. Hinzu kommt die Vorbelastung durch den Fehlbetrag des Jahres 2024 in Höhe von 7,7 Mio. €, der spätestens mit dem Haushalt 2027 ausgeglichen werden muss.

Wie auch vom Regierungspräsidium bei der Genehmigung des Haushalts 2025 gefordert, ist deshalb bei der Planung 2026 der Fokus darauf zu legen, wieder positive Ergebnisse im Ergebnishaushalt zu erwirtschaften, um den Bedarf des Kreises mit der Verfügbarkeit der Mittel in Einklang zu bringen. Hierzu ist es wichtig, Ergebnishaushalte aufzustellen, die möglichst ausgeglichen sind, um die Abschreibungen zu erwirtschaften und mit Zahlungsmittelüberschüssen die sehr angespannte Liquiditätslage wieder zu verbessern. Dies ist auch im Hinblick darauf notwendig, dass die aktuelle wirtschaftliche Entwicklung und geopolitische Lage nach wie vor mit Risiken und Unsicherheiten verbunden sind.

Dies führt dazu, dass für die Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes der rechnerisch zum Ausgleich des Ergebnishaushaltes notwendige Hebesatz von 32,0 % aus Liquiditätssicht nicht auskömmlich ist. Im Ergebnishaushalt wird ein deutlich positiveres ordentliches Ergebnis benötigt, um die Mindestliquidität zu erreichen und den vorgetragenen Fehlbetrag von 7,7 Mio. € im Jahr 2026 auszugleichen.

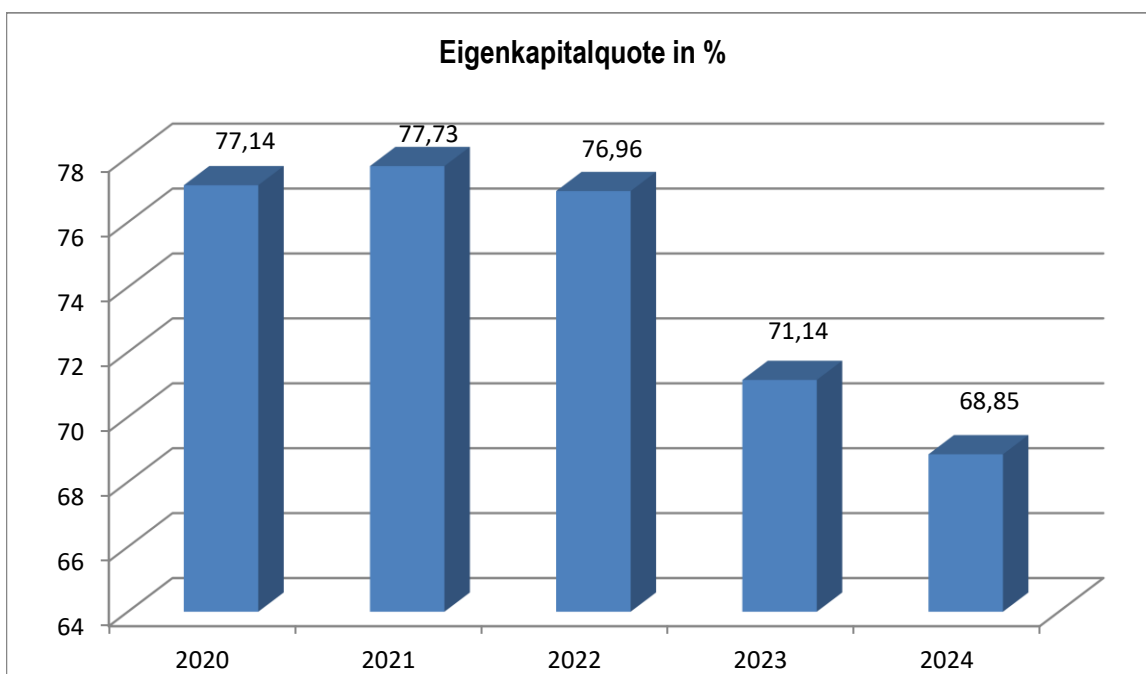
Bei einem Kreisumlagehebesatz von 32,75 % ergibt sich ein Kreisumlageaufkommen von 396,2 Mio. € und ein positives ordentliches Ergebnis von 9,4 Mio. €, das ausreichend ist, um den Fehlbetrag 2024 auszugleichen. Der Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts liegt dann bei 22,7 Mio. € und der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit bei 10,9 Mio. €. Der Finanzierungsmittelüberschuss aus Finanzierungstätigkeit beläuft sich aufgrund einer geplanten Kreditaufnahme von 10,9 Mio. € auf 9,8 Mio. €. Die bereinigten liquiden Eigenmittel liegen zum Jahresende bei 13,6 Mio. € und damit um 2,4 Mio. € unter der Mindestliquidität.

Nach alledem wird unter Abwägung der gleichberechtigten Interessen der kreisangehörigen Gemeinden und des Kreises der Kreisumlagehebesatz auf 32,75 % festgesetzt, was zu einem Kreisumlageaufkommen von rd. 396,2 Mio. € führt. Aus Sicht der Verwaltung ist die finanzielle Situation sowohl des Kreises als auch der kreisangehörigen Kommunen angemessen berücksichtigt und als ausgewogen anzusehen. Damit ist der Interessenausgleich zwischen dem Landkreis und den kreisangehörigen Städten und Gemeinden bei der Festsetzung des Kreisumlagehebesatzes 2026 gewährleistet.

Entwicklung des Eigenkapitals

Gemäß § 6 Nr. 3 GemHVO soll im Vorbericht des Haushalts die Entwicklung des Eigenkapitals absolut und relativ zur Bilanzsumme in den vorausgegangenen fünf Jahren dargestellt werden:

	Ist 2020 €	Ist 2021 €	Ist 2022 €	Ist 2023 €	Ist 2024 €
Eigenkapital	444.244.785	461.049.573	473.278.977	412.137.957	382.411.791
Basiskapital	341.984.884	357.501.835	382.327.844	391.165.311	390.075.310
Rücklagen	102.259.901	103.547.738	90.951.133	20.972.645	0
Fehlbeträge	0	0	0	0	-7.663.519
Bilanzsumme	575.884.267	593.155.767	615.002.207	579.324.351	555.447.745
Eigenkapitalquote in %	77,14	77,73	76,96	71,14	68,85



Das Haushaltsvolumen 2026 stellt sich im Vergleich zum Jahr 2025 wie folgt dar:

Planung	2025 Mio. €* 	2026 Mio. € 	Differenz Mio. €
Erträge Ergebnishaushalt	868,30	897,27	28,97
Aufwendungen Ergebnishaushalt	870,76	887,89	17,13
Gesamtergebnis	-2,46	9,38	11,84
Saldo zahlungsunwirksame Erträge/Aufwendungen	-12,60	-13,30	-0,70
Zahlungsmittelbedarf/ -überschuss	10,14	22,68	12,54
Einzahlungen Finanzhaushalt	22,07	14,56	-7,51
Auszahlungen Finanzhaushalt	25,26	15,71	-9,55
Veränderung Finanzierungsmittelbestand*	6,94	21,54	14,60

* Rundungsdifferenz

3.3.2 Schwerpunkte des Haushaltsjahres 2026

Personal- und Versorgungsaufwendungen

Für die Personal- und Versorgungsaufwendungen der Verwaltung und der Schulen wurden -ohne Rückersätze- für den Haushalt 2026 Gesamtaufwendungen von 140,4 Mio. € eingeplant (Vorjahr 138,6 Mio. €). Die Entwicklung der Personalaufwendungen wird in der Anlage 1 erläutert.

Teilhaushalt 0 Steuerung und Wirtschaftsförderung

Die ämterübergreifenden konsumtiven Aufwendungen für EDV und Telekommunikation werden beim Budget 0.5 des Kämmereiamtes bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen als Erstattungen an den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis (EBVIT) geplant und von dort im Rahmen der Internen Leistungsverrechnungen auf die einzelnen Ämter verteilt. Im Planjahr belaufen sich diese Erstattungen an den EBVIT für die IT und die Konzern-IT auf insgesamt rd. 18,2 Mio. €. Daneben werden die konsumtiven Aufwendungen, die an den Eigenbetrieb z. B. für die Nutzung spezieller EDV-Verfahren zu zahlen sind und direkt einzelnen Budgets zugeordnet werden können, verursachungsgerecht in den jeweiligen Budgets des Kernhaushaltes dargestellt.

Teilhaushalt 1 Bildung

Im Teilhaushalt 1 Bildung stehen ordentlichen Erträgen von rd. 27,7 Mio. € (+4,2 Mio. €) ordentliche Aufwendungen von 45,4 Mio. € (+2,7 Mio. €) gegenüber. Bei den Zuweisungen des Landes werden im Haushaltsplan 2026 Erträge aus Sachkostenbeiträgen in Höhe von 20,6 Mio. € (+1,7 Mio. €) veranschlagt. Im Rahmen des DigiPaktes 2.0 werden 2026 Erstattungen vom Land in Höhe von 2,6 Mio. € erwartet, die ergebnisneutral direkt im Budget 1.1 verbucht werden und über den Schulträger mit dem EBVIT abgerechnet werden. Die ordentlichen Aufwendungen werden hauptsächlich für die Unterhaltung und Substanzerhaltung der schulischen Einrichtungen des Rhein-Neckar-Kreises sowie für die IT-Ausstattung an den Schulen (u.a. DigiPakt 2.0) in der Trägerschaft des Rhein-Neckar-Kreises benötigt. Die Aufwendungen an den EBVIT für die Konzern-IT, die direkt im Budget Bildung veranschlagt werden, belaufen sich im Jahr 2026 auf rd. 1,3 Mio. € (+0,1 Mio. €).

Daneben werden im Finanzhaushalt rd. 1,4 Mio. € bereitgestellt, um durch kontinuierliche Investitionen in die technische Ausstattung den Anforderungen eines stetigen Wandels gerecht zu werden, damit die Schulen des Rhein-Neckar-Kreises auch künftig attraktive und bedarfsgerechte Angebote vorhalten können.

Teilhaushalt 2 Soziales und Jugend

Im Teilhaushalt 2 Soziales und Jugend wird insgesamt ein ordentliches Ergebnis von rd. -364,8 Mio. € prognostiziert. Im Vergleich zur Vorjahresplanung ergibt sich trotz restriktiver Planung zur Konsolidierung des Haushalts ein Mehrbedarf von rd. 18,6 Mio. € (Sozialamt: 13,9 Mio. €, Jugendamt: 3,3 Mio. €, Versorgungsamt: 0,7 Mio. €, Amt für Sozialplanung, Vertragswesen und Förderung: 0,7 Mio. €).

Die Aufwendungen für soziale Leistungen steigen durch landes- und bundespolitische Entwicklungen bzw. Gesetzesänderungen, Standarderhöhungen und die demografische Entwicklung überproportional an und liegen seit Jahren deutlich über den Produktivitätsfortschritten und Wachstumsraten, d. h. das strukturelle Delta zwischen Sozialaufwand und Refinanzierung steigt konjunkturunabhängig ständig an. Auf dieses strukturelle Defizit weisen die kommunalen Landesverbände seit Jahren hin. Deshalb bedarf es im Sozialbereich struktureller Verbesserungen von Bundes- oder Landesseite.

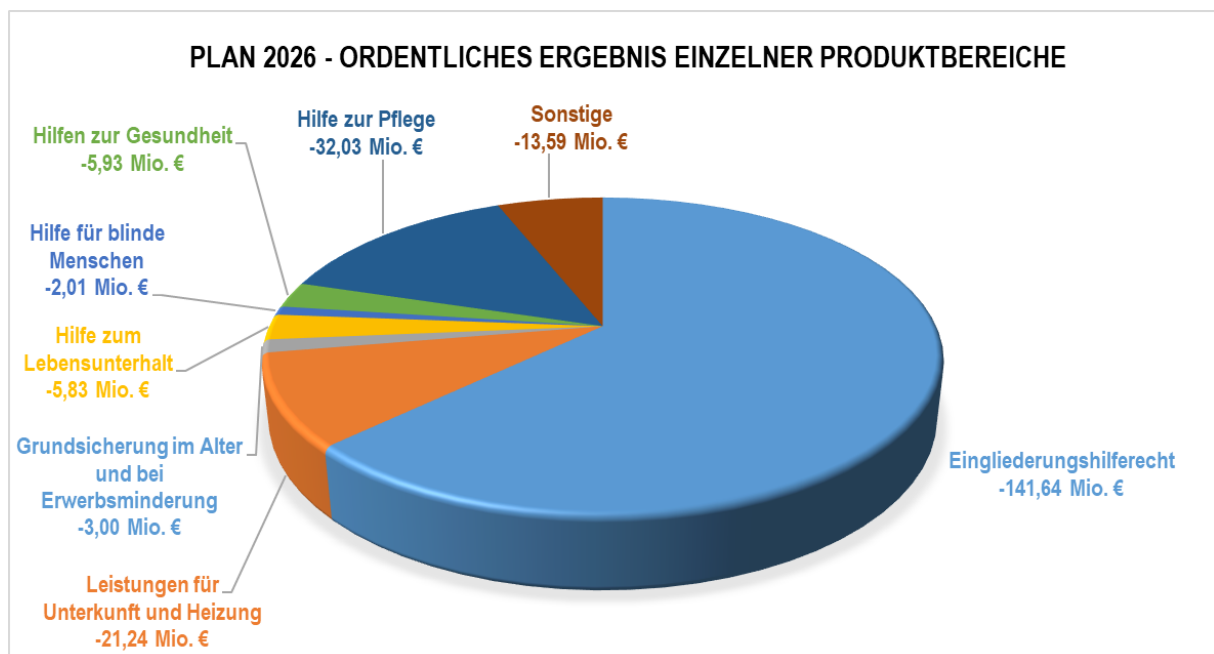
Ein erster richtiger Ansatz war die vom Bund ab 2020 beschlossene Erhöhung des Anteils an den Kosten der Unterkunft von rd. 50 % auf 75 %. Dieses Geld kommt direkt bei den Kreisen an. Im Jahr 2026 liegt die Bundesbeteiligung bei 72,5 %.

Das im Dezember 2016 verkündete Bundesteilhabegesetz (BTHG), das in vier zeitversetzten Reformstufen bis 2023 in Kraft trat, war eine der größten und umfangreichsten sozialpolitischen Neuregelungen der vergangenen Jahre. Das BTHG revolutioniert das Behindertenrecht und soll Menschen mit Behinderungen zu mehr Teilhabe und individueller Selbstbestimmung verhelfen. Sämtliche Angebote der Behindertenhilfe müssen in diesem Zuge unter einem für alle Beteiligten sehr hohen Aufwand inhaltlich und vergütungstechnisch auf die neuen Rahmenbedingungen umgestellt werden. Der Umstellungsprozess ist beim Rhein-Neckar-Kreis voraussichtlich zum 31.12.2025 abgeschlossen. Der Kreis geht weiterhin davon aus, dass das Land sich an seine gegebene Zusage hält und den BTHG-bedingten Mehraufwand im Rahmen der Konnexität erstattet. Für das Haushaltsjahr 2026 berücksichtigt die Verwaltung bei den Aufwendungen eine tarifliche Steigerung von 2,8 %, jedoch erst ab dem Monat Mai. Dies ist auf die restriktive Planung der Ansätze zurückzuführen.

Auch in der Kinder- und Jugendhilfe brachte die Reform ab 01.01.2020 die Anpassung gesetzlicher Bestimmungen des § 35a SGB VIII an die Eingliederungshilfe des SGB IX (Teil 2) mit sich. Seitdem ist im Jugendamt ein starker Fallzahlenanstieg bei den Teilhabeleistungen zu beobachten, so dass die Verwaltung hier ebenfalls mit höheren Aufwendungen rechnet.

Budget 2.1 Sozialamt

Die Zusammensetzung des geplanten ordentlichen Ergebnisses 2026 im Budget 2.1 bzw. die finanziellen Auswirkungen einzelner Schlüsselpositionen / Produktgruppen lassen sich am besten folgender Darstellung entnehmen:



Das geplante ordentliche Ergebnis für das Haushaltsjahr 2026 beträgt rd. -225,3 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich ein Mehrbedarf von rd. 13,9 Mio. €, der sich hauptsächlich in höheren Transferaufwendungen begründet. Die Transferaufwendungen sind geprägt durch Aufwendungen für soziale Leistungen an natürliche Personen in sowie außerhalb von Einrichtungen und Leistungen an natürliche Personen in besonderen Wohnformen. Hier prognostiziert die Verwaltung einen Mehrbedarf von rd. 13,4 Mio. € und somit einen Ansatz von insgesamt rd. 348,1 Mio. € (inkl. Leistungsbeteiligung des Kreises an den Kosten der Unterkunft).

Dieser beträchtliche Anstieg zeichnet sich in vielen Bereichen der Sozialhilfe ab und basiert auf der Hochrechnung des aktuellen Rechnungsergebnisses 2025 unter Berücksichtigung der höheren Leistungsentgelte für 2026 sowie einem anhaltenden, moderaten Anstieg der Fallzahlen.

Ein Mehrbedarf im Vergleich zur Vorjahresplanung ergibt sich insbesondere bei den Schlüsselpositionen Hilfe zur Pflege (+3,5 Mio. €), Leistungen für Unterkunft und Heizung (+1,3 Mio. €) und bei der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen nach SGB IX (+7,6 Mio. €).

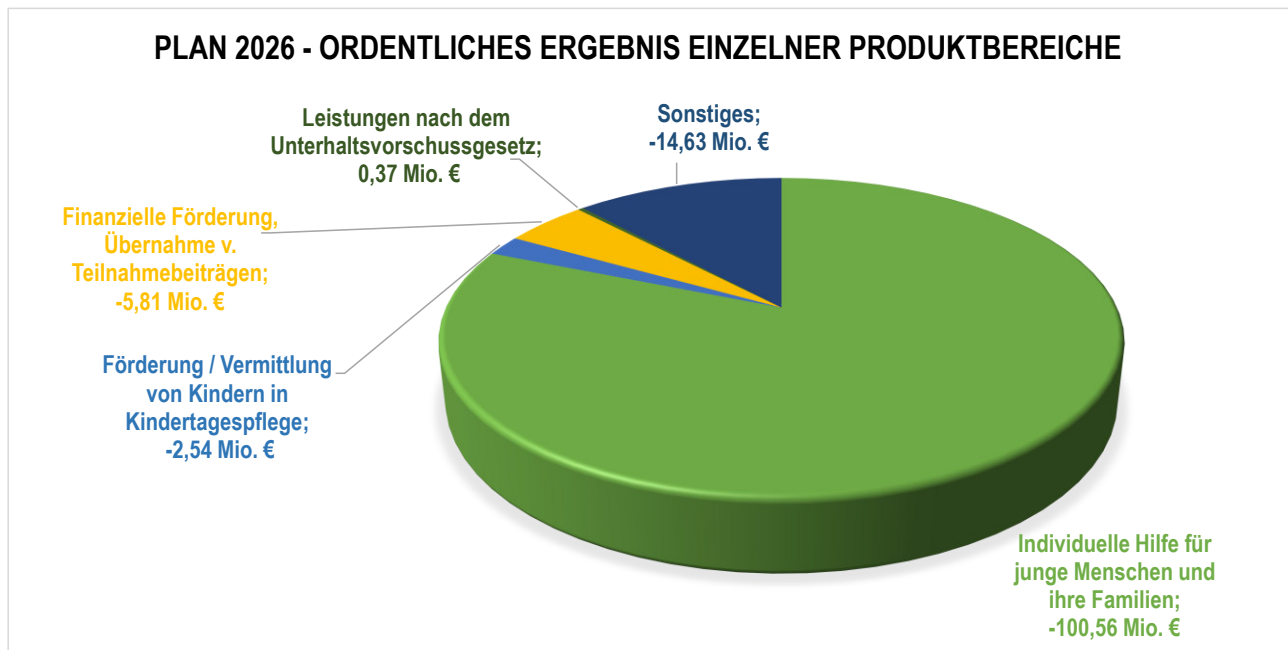
Im Bereich der Hilfe zur Pflege ist ein ordentliches Ergebnis von rd. -32,0 Mio. € geplant. Der Mehrbedarf, der sich gegenüber der Vorjahresplanung abzeichnet (rd. +3,5 Mio. €), ist auf höhere Transferaufwendungen zurückzuführen. Dieser Mehrbedarf resultiert aus Entgeltsteigerungen, die aus einem Anstieg der Pflegesätze und höheren Personalkosten aufgrund des Tariftreuegesetzes entstehen.

Mit dem voraussichtlichen Ergebnis von -141,6 Mio. € stellt die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen die finanziell bedeutendste Hilfeart des Budgets dar. Die Erhöhung des Ansatzes von rd. 7,6 Mio. € ist die Folge aus Entgeltsteigerungen und - im Vergleich zum Vorjahr - geringeren Erstattungen der BTHG bedingten Mehrkosten. Auf der Aufwandsseite sind die BTHG-bedingten Mehraufwendungen in der Höhe der Abschlagszahlungen des Landes eingeplant und somit haushaltsneutral dargestellt.

Budget 2.2 Jugendamt

Im Budget des Jugendamtes wird mit einem ordentlichen Ergebnis von rd. -123,2 Mio. € geplant. Im Vergleich zur Vorjahresplanung entsteht somit ein Mehrbedarf von rd. 3,3 Mio. €, der aus Mindererträgen in Höhe von rd. 0,5 Mio. € und Mehraufwendungen von rd. 2,8 Mio. € entsteht.

Das geplante ordentliche Ergebnis 2026 im Budget 2.2 bzw. die finanziellen Auswirkungen einzelner Schlüsselpositionen / Produktgruppen lassen sich am besten folgender Darstellung entnehmen:



Das Budget wird wesentlich durch die Schlüsselposition Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien geprägt. Mit einem anteiligen ordentlichen Ergebnis von -100,6 Mio. € (Vorjahr -99,0 Mio. €) stellt sie den Kernbereich der Jugendhilfe dar und beinhaltet sowohl stationäre als auch ambulante Hilfen, Hilfen zur Erziehung, Hilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfen für junge Volljährige.

Ebenfalls in dieser Schlüsselposition abgebildet werden die Aufwendungen und die Erstattungen des Landes für die Unterbringung Unbegleiteter Minderjähriger Ausländerinnen und Ausländer (UMA). Das Land fördert aufgrund der Erweiterung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) um § 29d die Integration und die Betreuung von UMA über die Kostenerstattung des § 89d SGB VIII hinaus, indem die Stadt- und Landkreise seit 2017 insgesamt 11 Mio. € jährlich erhalten. Auf den Kreis entfallen voraussichtlich Erträge von 0,5 Mio. € (wie im Vorjahr). Weiterhin erhält der Rhein-Neckar-Kreis Kostenerstattungen für die Unterbringung der UMA von rd. 13,0 Mio. € (-5,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr), denen Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Die Aufnahme der UMA im Rhein-Neckar-Kreis erfolgt somit haushaltsneutral.

Bei der Schlüsselposition Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz beträgt das für das Jahr 2026 prognostizierte Ergebnis rd. 370 T€. Gegenüber dem Vorjahr verschlechtert sich das ordentliche Ergebnis somit um rd. 180 T€ (2025: 550 T€). Der Mehrbedarf ist auf höhere Aufwendungen zurückzuführen. Gegenüber der Vorjahresplanung erhöhen sich die Ansätze um rd. 0,2 Mio. € auf nun insgesamt 15,95 Mio. €.

Teilhaushalt 3 Sicherheit und Ordnung

Budget 3.2 Ordnungsamt

Das Budget des Ordnungsamtes ist mehr denn je von den Entwicklungen im Asylbereich geprägt. Im Jahr 2025 sind die Flüchtlingszahlen aufgrund verschiedener politischer Entwicklungen zurückgegangen. Trotz der etwas gesunkenen Flüchtlingszahlen wird aufgrund des nicht absehbaren Endes des Ukraine-Krieges und der weiteren geopolitischen Entwicklungen für das Jahr 2026 von gleichbleibenden bzw. wieder leicht ansteigenden Flüchtlingszahlen bei den ukrainischen Flüchtlingen ausgegangen. Zusätzlich steht der in zwei Stufen kommende Wegfall des LEA-Privilegs (Landkreise mit einer Landeserstaufnahmeeinrichtung müssen weniger Flüchtlinge aufnehmen) an. Weiterhin ist eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes (FlüAG) erfolgt. Das Land Baden-Württemberg hat hierbei Änderungen bei den pauschalen Kostenerstattungen nach dem FlüAG beschlossen. Zukünftig setzen sich die Pauschalen für die Flüchtlinge in der vorläufigen Unterbringung aus einer Grundpauschale und einem kreisindividuellen Liegenschaftsanteil zusammen. Mit der Grundpauschale werden die Aufwendungen für den personellen und sächlichen Verwaltungsaufwand (Verwaltung Gemeinschaftsunterkünfte), für die Flüchtlingssozialarbeit (Betreuung Gemeinschaftsunterkünfte) sowie für die Leistungen und Krankenhilfe nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) erstattet. Diese Änderung ersetzt ab 2026 das bisherige System der pauschalen Kostenerstattung und der nachlaufenden Spitzabrechnung in den Produktbereichen Verwaltung, Betrieb und Betreuung Gemeinschaftsunterkünfte. Bei den liegenschaftlichen Aufwendungen wird den Stadt- und Landkreisen bis zum Jahr 2027 der Bedarf als nachlaufende Spitzabrechnung erstattet; dies allerdings ohne vorherige Kostenerstattung über eine Pauschale. Aus heutiger Sicht rechnet der Rhein-Neckar-Kreis mit 600 Flüchtlingen aus der Ukraine. Die mit der erwarteten Rücknahme des Rechtskreiswechsels bei den ukrainischen Flüchtlingen einhergehenden Veränderungen bei den Erträgen und Aufwendungen wurden bei der Planung bereits berücksichtigt. Daneben wird im Haushaltsjahr 2026 von 300 zugewiesenen Erstantragstellern aus anderen Herkunftsländern ausgegangen.

Für Flüchtlinge in der kommunalen Anschlussunterbringung, die Leistungen nach dem AsylbLG beziehen und im Rechtssinne nicht mehr vorläufig untergebracht sind, beteiligt sich das Land an den von den Leistungsträgern gezahlten Transferleistungen nach dem AsylbLG. Für das Haushaltsjahr 2026 plant der Rhein-Neckar-Kreis auf der Grundlage der Netto-Ist-Aufwendungen aus dem Rechnungsergebnis 2024 mit Erstattungen in Höhe von 6,8 Mio. €.

Teilhaushalt 4 Umwelt und Technik

Budget 4.5 Amt für Straßen- und Radwegebau

Das Amt für Straßen- und Radwegebau ist für alle Aufgaben zuständig, welche mit dem Bau, der Unterhaltung und Erhaltung der Kreisstraßen nebst Radwegen zusammenhängen. Des Weiteren obliegt ihm die Unterhaltung und Erhaltung der im Kreisgebiet liegenden Bundes- und Landestraßen. Für die Erfüllung dieser Aufgaben hat das Amt für Straßen- und Radwegebau im Haushaltsjahr 2026 rd. 20,4 Mio. € an ordentlichen Aufwendungen eingeplant.

Demgegenüber stehen Erträge von rd. 12,0 Mio. €, welche im Wesentlichen aus Zuweisungen und Erstattungen vom Land und Bund in Höhe von insgesamt 9,1 Mio. € bestehen.

Für investive Baumaßnahmen, dem Erwerb von Grundstücken sowie dem Erwerb von Fahrzeugen und Geräten für die Straßenmeistereien werden für 2026 im Finanzhaushalt insgesamt 7,2 Mio. € bereitgestellt.

Budget 4.6 Mobilitätsmanagement und Nahverkehr

Beim ordentlichen Ergebnis wird im Budget 4.6 von einem Mehrbedarf von rd. 1,3 Mio. € ausgegangen, der sich hauptsächlich bei den ordentlichen Aufwendungen der Schülerbeförderung ergibt. Hier ist bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen vor allem aufgrund der Anpassung von Ansätzen bei den Beförderungsleistungen mit Mehraufwendungen von rd. 1,4 Mio. € zu rechnen. Demgegenüber stehen Mehrerträge für die Schülerbeförderung von rd. 0,4 Mio. €, die vor allem aus den Erstattungen Sonderlastenausgleich Kreise FAG resultieren. Im Bereich ÖPNV wird gegenüber dem Vorjahr sowohl bei den Zuweisungen an Zweckverbände (+0,5 Mio. €) als auch bei den Zuschüssen an übrige Bereiche (+0,2 Mio. €) mit höheren Aufwendungen geplant, während für die Zuweisungen an Gemeinden mit Minderaufwendungen von rd. 0,5 Mio. € gerechnet wird.

Teilhaushalt 7 Allgemeine Finanzwirtschaft

Im Teilhaushalt 7 ist ein positives ordentliches Ergebnis von 512,0 Mio. € veranschlagt, so dass sich im Vergleich zum Vorjahr eine Verbesserung von rd. 37,5 Mio. € ergibt. Im Ergebnishaushalt werden im Wesentlichen die Leistungen des Finanzausgleichs, wie Schlüsselzuweisungen, Finanzzuweisungen, Grunderwerbsteuer, Kreisumlage sowie allgemeine Zuweisungen des Landes abgebildet. Im Jahr 2026 sind hierfür Erträge von 571,5 Mio. € eingeplant, was ein Plus von rd. 44,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr bedeutet und damit im Wesentlichen zu der positiven Entwicklung des Budgets beiträgt. Den Erträgen stehen Aufwendungen für die Umlage an den Kommunalverband Jugend und Soziales, den Ausgleich nach § 22 FAG (Status-Quo-Ausgleich) für die Übernahme von Aufgaben der Landeswohlfahrtsverbände sowie für die Finanzausgleichsumlage von insgesamt 32,4 Mio. € gegenüber (Mehrbedarf ggü. Vorjahr 5,9 Mio. €). Des Weiteren werden hier die Zuweisungen an die Freiherr von Ulnersche Stiftung, an die Stift Sunnisheim gGmbH, an die GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH (Betriebszuschuss 2026, Verlustausgleich 2025 und Notarzteinsatz) sowie die Kostenerstattung an den Eigenbetrieb Bau Vermögen und Informationstechnik für den Bereich des Allgemeinen Grundvermögens in Höhe von insgesamt rd. 25,3 Mio. € veranschlagt. Außerdem werden die Personalaufwendungen einschließlich Beihilfe- und Versorgungsumlage in Höhe von 0,1 Mio. € für die aktiven Beamten, die der GRN gGmbH zugewiesen sind, berücksichtigt. Auf der Ertragsseite sind Kostenerstattungen durch die GRN gGmbH in gleicher Höhe eingeplant. Daneben werden die Pensionslasten von 0,4 Mio. € für die Versorgungsempfänger der GRN gGmbH ausgewiesen, die der Rhein-Neckar-Kreis seit der Gründung der Gesellschaft übernimmt. Im Teilhaushalt 7 werden außerdem die Zuweisungen für die Betriebskostenumlage des Zweckverbandes High-Speed-Netz Rhein-Neckar von 0,6 Mio. € und Erträge aus der Finanzkostenumlage von 0,5 Mio. € eingeplant. Außerdem sind Kostenerstattungen im Bereich Tierkörperbeseitigung von 0,2 Mio. € veranschlagt. Darüber hinaus ist im Haushalt 2026 ein Ansatz in Höhe von 2,4 Mio. € für die Gewinnausschüttung der AVR UmweltService GmbH (2,2 Mio. €) und der AVR BioTerra GmbH & Co. KG (0,2 Mio. €) an den Kreis sowie Zinserträge insbesondere aus den an die Beteiligungsunternehmen gewährten Kassenkrediten oder Gesellschafterdarlehen von 0,9 Mio. € berücksichtigt. Demgegenüber stehen Zinsaufwendungen für Finanzierungs- und Kontokorrentkredite von 2,0 Mio. €.

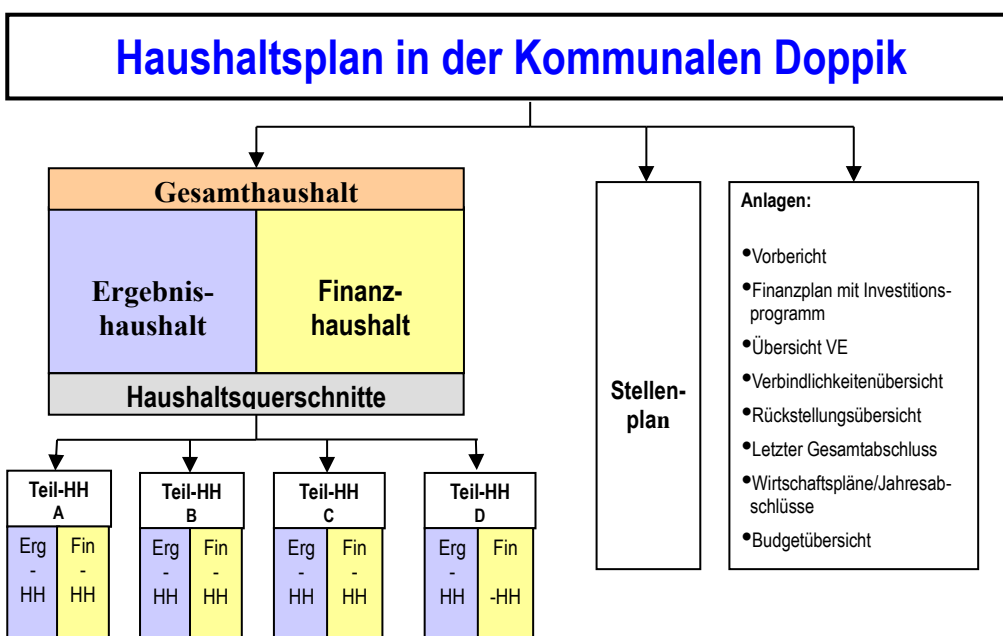
Im Finanzhaushalt werden Investitionszuweisungen an die GRN gGmbH für den Neubau bei der GRN Klinik Sinsheim von 2,0 Mio. € bereitgestellt. Außerdem ist die Gewährung eines Gesellschafterdarlehens an die GRN MVZ gGmbH von 0,2 Mio. € für den Erwerb eines urologischen Arztsitzes veranschlagt. Wie im Vorjahr erhält der Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik auch im Jahr 2026 aufgrund der angespannten Finanzlage des Kreises keine Zuweisungen zur Finanzierung von baulichen Maßnahmen einschließlich Grunderwerb und Biodiversität. Der EBVIT muss die im Wirtschaftsplan veranschlagten Investitionsvorhaben vollständig über Kredite oder über Eigenmittel finanzieren. Bei den Einzahlungen wurden die ordentlichen Tilgungen der gewährten Gesellschafterdarlehen mit 0,6 Mio. € eingeplant.

3.3.3 Aufbau des Haushalts

Nach § 4 Abs. 1 GemHVO ist der Gesamthaushalt in Teilhaushalte zu gliedern. Die Teilhaushalte sind produktorientiert zu bilden, entweder nach vorgegebenen Produktbereichen oder nach der örtlichen Organisation. Der Rhein-Neckar-Kreis hat sich für einen Aufbau des Haushaltsplans nach der örtlichen Organisation entschieden.

Jeder Teilhaushalt bildet (mindestens) eine Bewirtschaftungseinheit (Budget). Die Budgets sind jeweils einem Verantwortungsbereich zuzuordnen (§ 4 Abs. 2 Satz 1 und 2 GemHVO). In den Teilhaushalten sind zumindest die in der VwV vorgegebenen Produktgruppen darzustellen, zusätzlich sollen Schlüsselpositionen, die Leistungsziele und die Kennzahlen zur Messung der Zielerreichung dargestellt werden.

Der Aufbau des Haushaltsplans des Rhein-Neckar-Kreis gestaltet sich daher wie folgt:



- Diese Struktur kann um die optionale **Planbilanz** ergänzt werden
- Zusätzlich sollen **Schlüsselpositionen** und die zu erbringenden **Leistungsziele** dargestellt werden

Eine Übersicht über die gebildeten Teilhaushalte und Budgets einschließlich der Zuständigkeiten der beschließenden Ausschüsse ist auf Seite 69 (3. Teilhaushalte) des Haushaltsplans abgedruckt.

3.3.4 Ergebnishaushalt

Der Gesamthaushalt teilt sich in Gesamtergebnis- und Gesamtfinanzhaushalt auf. Er ist in 7 Teilhaushalte gegliedert. Im Gegensatz zum Gesamtergebnishaushalt weisen die Teil-Ergebnishaushalte neben den ordentlichen Erträgen und Aufwendungen noch das kalkulatorische Ergebnis aus. Hinsichtlich der Erträge und Aufwendungen aus internen Leistungsverrechnungen und der kalkulatorischen Kosten wird auf die Anlagen 8 und 10 verwiesen.

Die ordentlichen Erträge und Aufwendungen des Gesamtergebnishaushalts ergeben sich aus der nachfolgenden Übersicht. Erträge sind ohne Vorzeichen abgebildet, Aufwendungen ist ein Minus vorangestellt. Positive Ergebnisse enthalten demnach kein Vorzeichen, negative Ergebnisse ein Minus.

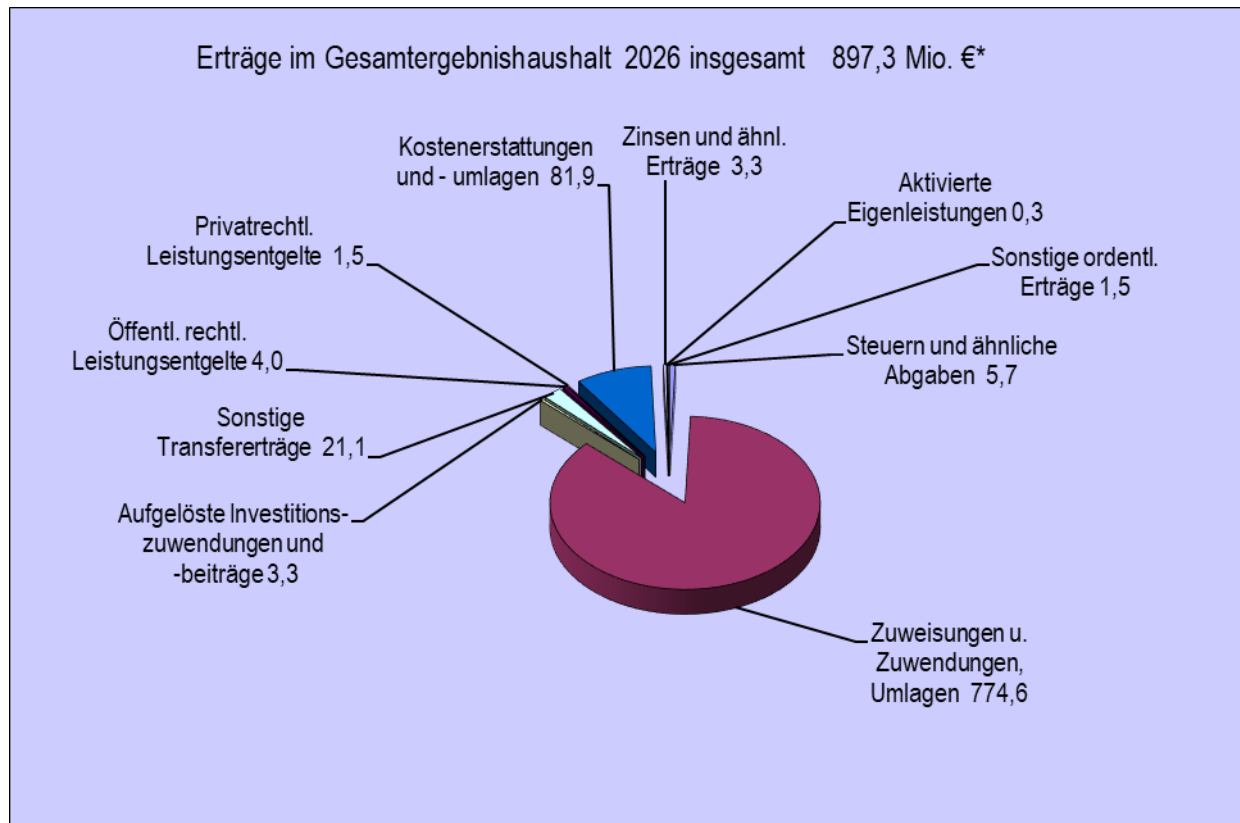
Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Planung 2025 in Mio. €* 	Planung 2026 in Mio. €* 	Differenz in Mio. €*
1 Steuern und ähnliche Abgaben	5,7	5,7	0,0
2 Zuweisungen u. Zuwendungen, Umlagen	715,5	774,6	59,1
3 Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	3,8	3,3	-0,5
4 Sonstige Transfererträge	20,5	21,1	0,6
5 Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	4,0	4,0	0,0
6 Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1,7	1,5	-0,2
7 Kostenerstattungen und Kostenumlagen	111,8	81,9	-29,9
8 Zinsen und ähnliche Erträge	3,6	3,3	-0,3
9 Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0,1	0,3	0,2
10 Sonstige ordentliche Erträge	1,5	1,5	0,0
11 Ordentliche Erträge	868,3	897,3	29,0
12 Personalaufwendungen	-138,6	-140,4	-1,8
13 Versorgungsaufwendungen	0,0	0,0	0,0
14 Aufwendungen für Sach-/ und Dienstleistungen	-64,5	-54,1	10,4
15 Abschreibungen	-16,8	-17,0	-0,2
16 Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2,0	-2,0	0,0
17 Transferaufwendungen	-503,9	-516,5	-12,6
18 Sonstige ordentliche Aufwendungen	-145,0	-157,9	-12,9
19 Ordentliche Aufwendungen	-870,8	-887,9	-17,1
20 Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	-2,5	9,4	11,9
21 Außerordentliche Erträge	0,0	0,0	0,0
22 Außerordentliche Aufwendungen	0,0	0,0	0,0
23 Veranschlagtes Sonderergebnis	0,0	0,0	0,0
24 Veranschlagtes Gesamtergebnis	-2,5	9,4	11,9
Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0,0	-9,4	-9,4
Fehlbetragsvortrag auf das ordentliche Ergebnis folgender Haushaltsjahre**	5,6	0,0	-5,6
Saldo zahlungsunwirksame Erträge u. Aufwendungen	-12,6	-13,3	-0,7
Zahlungsmittelbedarf/ -überschuss	10,1	22,7	12,6

*Rundungsdifferenz

**berücksichtigt ist der zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung (Stand 31.10.2025) prognostizierte Fehlbetrag 2025 i.H.v. 5.551 T€

Der Gesamtergebnishaushalt sieht im Jahr 2026 ein ordentliches Gesamtergebnis von 9,4 Mio. € vor. Gegenüber der Planung 2025 ist dies eine Verbesserung um 11,9 Mio. €. Durch den geplanten Überschuss beim ordentlichen Ergebnis ist es möglich, den Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2024 in Höhe von rd. 7,7 Mio. € vollständig sowie den prognostizierten Fehlbetrag aus dem Haushaltsjahr 2025 in Höhe von rd. 5,6 Mio. € anteilig zu decken.

Erträge im Gesamtergebnishaushalt



*Rundungsdifferenz

Ifd. Nr. 2 - Zuweisungen u. Zuwendungen, Umlagen

Als Zuweisungen gelten Mittelübertragungen innerhalb des öffentlichen Bereichs. Unter Zuwendungen sind Übertragungen aus dem übrigen Bereich an die Kommunen zu verstehen. Diese Position enthält u. a. die Schlüsselzuweisungen nach mangelnder Steuerkraft, die Finanzzuweisungen nach § 11 FAG für Aufgaben des übertragenen Wirkungskreises (Sonderbehördeneingliederung, Verwaltungsstrukturreform), für die Aufwendungen der Landkreise für das staatliche Landratsamt, die Zuweisung (Überlassung) der Verwaltungseinnahmen nach Kosten- und Gebührengesetzen, der Geldbußen und Verwarnungsgelder sowie den Landkreisen überlassene Gebühren und sonstige Erträge, die das Landratsamt als untere Verwaltungsbehörde festsetzt.

Ferner sind hier Zuweisungen und Zuschüsse für laufende Zwecke (Sachkostenbeitrag, Zuweisung für die Schülerbeförderung, Zuweisungen für die Unterhaltung von Straßen, den öffentlichen Personennahverkehr, für die Kosten der Ausbildung für den gehobenen Verwaltungsdienst, für die Kleinkindförderung) u.a. darzustellen.

Des Weiteren enthält die Position die Ausgleichsleistungen des Bundes nach § 46 a SGB XII für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsunfähigkeit, die laufenden Zuweisungen an die Stadt- und Landkreise zu den örtlichen Sozialhilfe-lasten (§ 21 FAG), die Zuweisung des Landes aus dem Aufkommen der Grunderwerbsteuer (§ 11 Abs. 2 FAG), die Kreisumlage und aufgabenbezogene Leistungsbeteiligungen, wie z.B. die Leistungsbeteiligung des Bundes nach § 46 Abs. 5 und 6 SGB II an den Kosten der Unterkunft und Heizung, die über die Länder den Kommunen zugewiesen werden.

	Mio. € 2025	Mio. € 2026	Mio. € Differenz
Zuweisungen im Rahmen des Finanzausgleichs (FAG):			
- Schlüsselzuweisungen	74,2	93,4	19,2
- Zuweisungen nach §§ 11 Abs. 1 FAG	8,9	8,9	0,0
- Zuweisungen nach §§ 11 Abs. 4 FAG	25,9	26,7	0,8
- Grunderwerbsteuer	36,0	43,5	7,5
Kreisumlage	379,0	396,2	17,2
Zuweisungen des Landes und Bundes im THH2 - Soziales u. Jugend	126,2	136,8	10,6
Zuweisungen des Landes für Anschlussunterbringung Flüchtlinge	7,9	6,8	-1,1
Sachkostenbeiträge Schulen	18,9	20,6	1,7
Zuweisungen des Landes für die Unterhaltung von Straßen	3,1	3,1	0,0
Zuweisungen des Landes für die Schülerbeförderung	5,9	5,9	0,0
Zuweisungen des Landes für den ÖPNV	3,5	3,4	-0,1
Gebühren der Unteren Verwaltungsbehörden	13,9	14,3	0,4
Bußgelder/Zwangsgelder	5,4	5,7	0,3
Sonstiges	6,7	9,3	2,6
Summe	715,5	774,6	59,1

Der Berechnung der Zuweisungen nach dem Finanzausgleichsgesetz wurden die Daten aus der Modellrechnung des Statistischen Landesamtes zum Finanzausgleich 2026 vom 10.11.2025 und die Fortschreibung der Orientierungsdaten des Ministeriums für Finanzen und des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung in den Jahren 2026 ff. vom 11.11.2025 (Haushaltserlass) zugrunde gelegt.

Schlüsselzuweisungen nach § 8 FAG

Die Schlüsselzuweisungen nach der mangelnden Steuerkraft werden 2026 mit 93,4 Mio. € (Vorjahr 74,2 Mio. €) auf der Grundlage eines Kopfbetrags von 1.008 € je Einwohner (2025: 899 €) bei einer Einwohnerzahl von 558.588 und einer Ausschüttungsquote von 71,5 % (Vorjahr: 72,0 %) veranschlagt. Sie fallen aufgrund der um 27,6 Mio. € höheren Schlüsselzahl (Bedarfsmesszahl abzüglich Steuerkraftmesszahl) des Kreises um 19,2 Mio. € höher aus als 2025.

Finanzzuweisungen nach § 11 Abs. 1 FAG

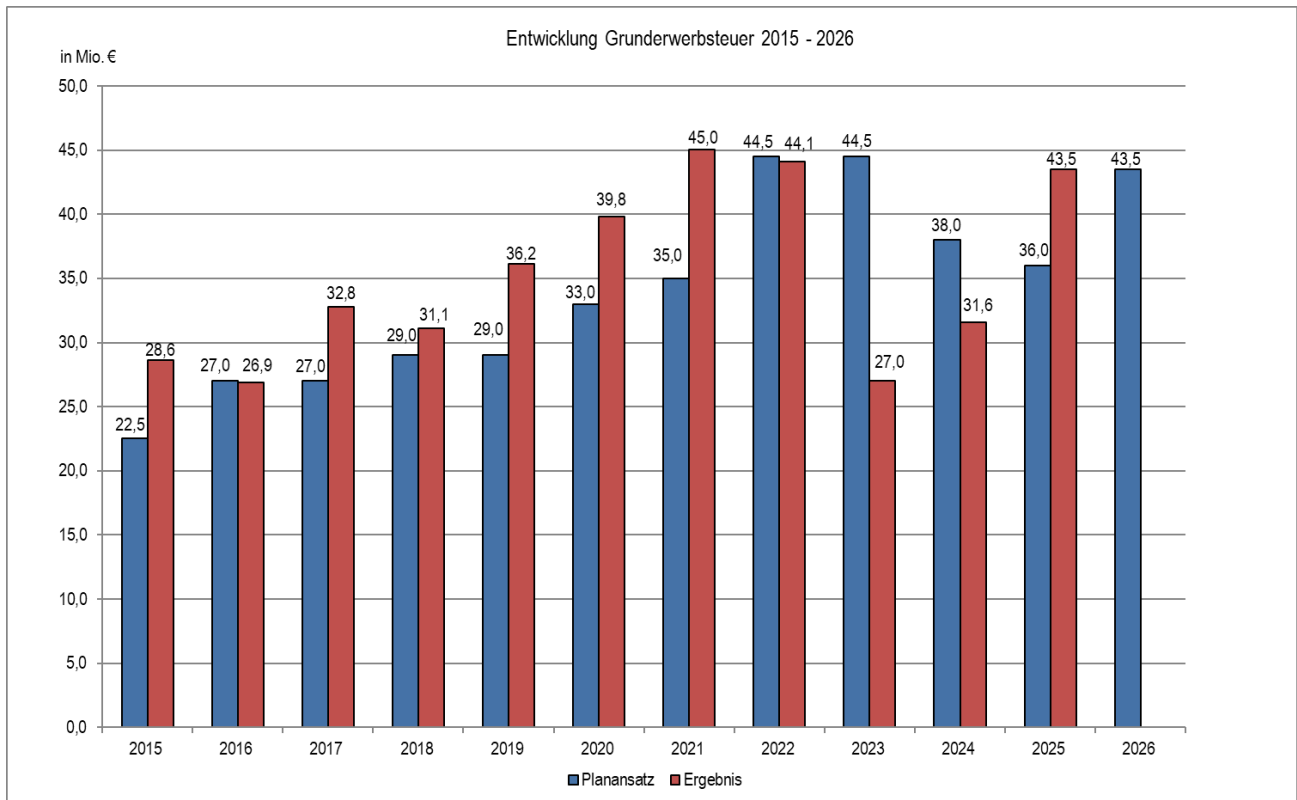
Der Zuweisungsbetrag des Landes für die Aufgabenerledigung der unteren Verwaltungsbehörde (§ 11 Abs. 1 FAG) beträgt auf der Grundlage der gegenüber dem Vorjahr unveränderten Kopfbeträge von 11,42 € (Einwohner Große Kreisstädte) bzw. 18,89 € (Einwohner Gemeinden) 8,9 Mio. € (Vorjahr: 8,9 Mio. €).

Finanzzuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG

Die Landkreise erhalten zum Ausgleich der ihnen zum 01.01.2005 durch das Verwaltungsstrukturreform-Gesetz übertragenen Aufgaben sowie für die Eingliederung der unteren Sonderbehörden im Jahr 1995 pauschale Zuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG. Bei der Berechnung der Zuweisung für das Jahr 2026 wird von einem Erstattungsbetrag des Landes von insgesamt 620,0 Mio. € ausgegangen. Der Anteil des Landkreises beträgt 4,304 % und somit rd. 26,7 Mio. € (Vorjahr: 25,9 Mio. €).

Grunderwerbsteuer

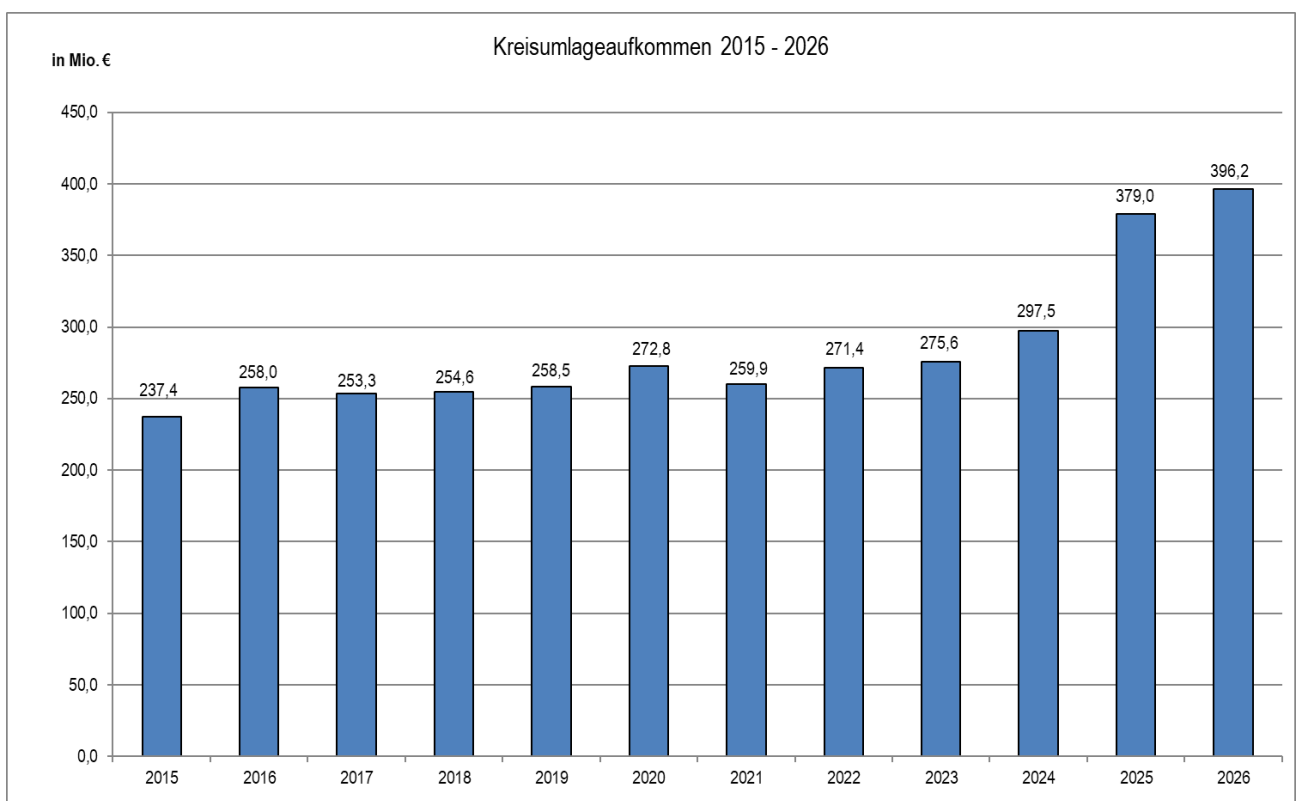
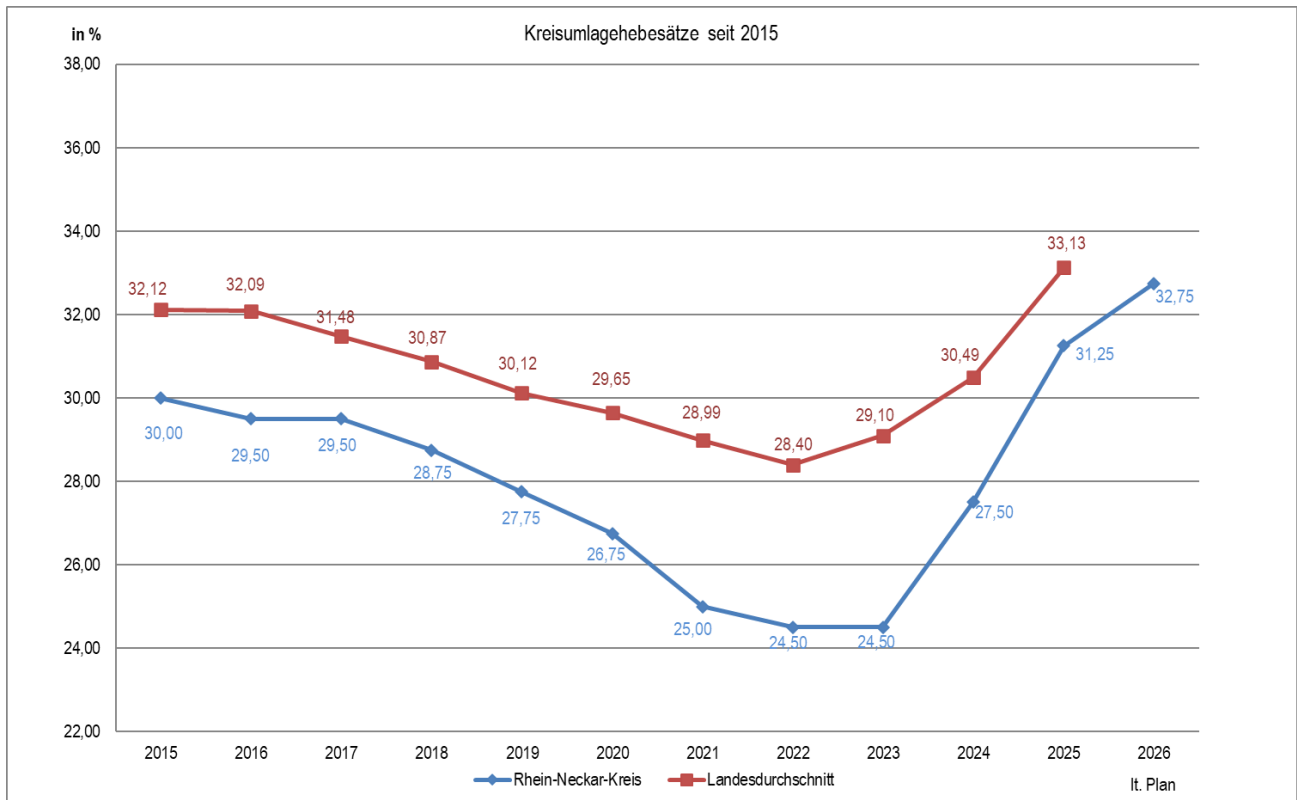
Der Anteil der Stadt- und Landkreise an der Grunderwerbsteuer beträgt unverändert 38,85 % (§ 11 Abs. 2 FAG). Nachdem in den Jahren 2023 und 2024 bei den Erträgen aus der Grunderwerbsteuer ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen war, ist im Jahr 2025 wieder eine positive Tendenz festzustellen. Zum Jahresende 2025 werden Erträge von 43,5 Mio. € und damit Mehrerträge gegenüber der Planung von 7,5 Mio. € prognostiziert. Für das Jahr 2026 wird ebenfalls mit einem Haushaltsansatz von 43,5 Mio. € geplant (+7,5 Mio. € gegenüber Vorjahr).



Kreisumlage

Die Kreisumlage ist die bedeutendste Einnahmequelle des Kreises. Sie bemisst sich nach den Steuerkraftsummen der Städte und Gemeinden des zweitvorangegangenen Jahres. Die Steuerkraftsummen im Rhein-Neckar-Kreis sind zwar weiterhin auf einem sehr hohen Niveau, haben sich aber nach einem Anstieg im Vorjahr nun vermindert. In dem für die Bemessung der Kreisumlage 2026 maßgeblichen Jahr 2024 ist ein Rückgang (ggü. dem Vorjahr) um 3,1 Mio. € auf 1.209,8 Mio. € zu verzeichnen. Die Steuerkraftsummen der Gemeinden setzen sich im Wesentlichen aus den Schlüsselzuweisungen nach dem FAG, dem Einkommensteueranteil, dem Umsatzsteueranteil, dem Anteil am Familienleistungsausgleich, der Gewerbesteuer und der Grundsteuer zusammen.

Für das Jahr 2026 wurde die Kreisumlage mit einem gegenüber dem Vorjahr um 1,50 Prozentpunkte höheren Hebesatz von 32,75 % angesetzt. Trotz sinkender Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden steigt das Aufkommen aus der Kreisumlage aufgrund der Anhebung des Hebesatzes um 17,2 Mio. € auf 396,2 Mio. € (siehe hierzu auch Ausführungen auf den Seiten 25 ff).



Da der Sozialbereich der größte Ausgabenblock im Kernhaushalt ist, wird in der folgenden Übersicht der Gesamtzuschuss für den Sozialbereich den Erträgen aus der Kreisumlage gegenübergestellt:

	Mio. € 2024	Mio. € 2025	Mio. € 2026
Erträge Kreisumlage	297,5	379,0	396,2
Nettoressourcenverbrauch Soziale Hilfen (Prod.-Bereich 31 / 32)	213,1	226,8	244,1
Nettoressourcenverbrauch Kinder-, Jugend- und Familienhilfen (PB 36)	128,5	136,1	140,1
Nettoressourcenverbrauch Schwerbehindertenrecht u. Soziales Entschädigungsrecht (PB 37)	6,4	6,9	7,9
Nettoressourcenverbrauch Sozialbereich*	348,0	369,8	392,1
Status-Quo-Ausgleich § 22 FAG (THH 7)	1,5	4,1	2,2
Umlage Kommunalverband Jugend und Soziales (THH 7)	2,9	3,0	3,0
abzgl. Zuweisungen Flucht und Migration § 29f FAG	-9,5	-3,0	-2,7
Gesamtzuschuss incl. Umlagen für den Finanzausgleich	342,9	373,9	394,6

*Rundungsdifferenz

Zuweisungen für den sozialen Bereich

Die Zuweisungen für den sozialen Bereich (Teilhaushalt 2) haben sich um 10,6 Mio. € auf rd. 136,8 Mio. € erhöht. Davon entfallen 119,9 Mio. € auf das Budget des Sozialamts, 16,2 Mio. € auf das Jugendamt und 0,7 Mio. € auf das Amt für Sozialplanung, Vertragswesen und Förderung.

Die Beteiligung des Bundes an den Kosten für die Grundsicherung im Alter und bei voller Erwerbsminderung (SGB XII) wird mit 54,0 Mio. € geplant (+1,5 Mio. €). Die Bundeserstattung des Barbetrags nach § 136a SGB XII ist mit 140 T€ veranschlagt (Vorjahr: 140 T€). Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II beläuft sich im Jahr 2026 auf 59,0 Mio. € (+3,3 Mio. €).

Im Rahmen des Finanzpakets des Landes zur Stabilisierung der Finanzlage der Kommunen erhält der Landkreis Zuweisungen für schulische Inklusion (Abrechnung der Jahre 2020-2025) und einmalige Zuweisungen für die Schulbegleitungen an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren. Zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion rechnet das Sozialamt mit Erträgen aus Zuweisungen des Landes in Höhe von rd. 6,8 Mio. € (+5,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr). Beim Jugendamt erhöht sich der Ansatz gegenüber dem Vorjahr um 3,9 Mio. € auf 5,0 Mio. €.

Landkreise, deren Sozialhilfenettoausgaben und Nettoausgaben für die Grundsicherung für Arbeitssuchende je Einwohnerin und Einwohner den Landkreisdurchschnitt übersteigen, erhalten jährlich Zuweisungen in Höhe von 40 Prozent des übersteigenden Betrages (Soziallastenausgleich nach § 21 FAG). Während hierfür im Jahr 2025 noch Zuweisungen in Höhe von 4,0 Mio. € eingeplant werden konnten, erhält der Rhein-Neckar-Kreis nach der Modellberechnung für das Jahr 2026 keine Zuweisungen im Rahmen des Soziallastenausgleichs.

Zuweisungen für die Anschlussunterbringung Flüchtlinge

Im Budget 3.2 werden im Bereich Flüchtlingswesen für die Anschlussunterbringung von geduldeten Flüchtlingen, die Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) beziehen und im Rechtssinne nicht mehr vorläufig untergebracht sind, Zuweisungen durch das Land in Höhe von 6,8 Mio. € eingeplant.

Sachkostenbeiträge für Schulen

Die Schulträger erhalten für jeden Schüler einen Beitrag zu den laufenden Schulkosten (Sachkostenbeitrag). Dies gilt nicht für Schüler, die eine Grundschule, die Klassen 1 bis 4 einer Gemeinschaftsschule oder eine Fachschule besuchen.

Die Höhe des Sachkostenbeitrags wird durch Rechtsverordnung (Schullastenverordnung) so bestimmt, dass ein angemessener Ausgleich der laufenden Schulkosten geschaffen wird. Der Sachkostenbeitrag kann für jede Schulart, jeden Schultyp, jede Schulstufe sowie für Schulen mit Voll- und Teilzeitunterricht verschieden hoch festgesetzt werden.

Aufgrund der vorliegenden Schülerzahlen (Stichtag 31.10.2024) ergibt sich ein Zuweisungsbetrag in Höhe von 20,6 Mio. € (+1,7 Mio. € ggü. Vorjahr, vgl. Budget 1.1).

Zuweisungen für Straßenbau (km-Pauschale)

Das Land stellt den Gemeinden und den Landkreisen zur Förderung der ihnen auf dem Gebiet des Verkehrs obliegenden Aufgaben einen prozentualen Anteil seines Aufkommens an der Kraftfahrzeugsteuer zur Verfügung. Die zur Verfügung gestellten Mittel werden im Verhältnis der Länge der in der Baulast der Landkreise befindlichen Straßen verteilt.

Der Zuweisungsbetrag wurde wie folgt ermittelt:

- Kreisstraßen ohne Ortsdurchfahrten (freie Strecken) 184,782 km x 7.600 € = 1.404.343 €
- Ortsdurchfahrten 57,716 km x 9.500 € = 548.302 €
- abgestufte Landesstraßen 86,543 km x 13.000 € = 1.125.059 €

Zuweisung Schülerbeförderung und ÖPNV

Die Landkreise erhalten für die Schülerbeförderungskosten pauschale Zuweisungen (§ 18 FAG). Bei einer Bemessungsgrundlage von 193,8 Mio. € und einem Anteil des Kreises von 3,019 % beträgt der Zuweisungsbetrag 5,9 Mio. €. Daneben erhalten die Stadt- und Landkreise Zuweisungen zur Förderung des Öffentlichen Personennahverkehrs (§ 28 FAG) von 0,5 Mio. € für 2026. Im Haushaltsplan 2021 wurden erstmalig die Erträge und Aufwendungen für die Regiobuslinien nicht mehr saldiert dargestellt, sondern brutto. In den Zuweisungen des Landes ist hierfür 2026 ein Ertrag in Höhe von 1,3 Mio. € geplant. Außerdem werden Zuweisungen nach § 15 ÖPNVG von 1,2 Mio. € erwartet (vgl. Budget 4.6). Neu aufgenommen wurden außerdem Zuweisungen des Landes in Höhe von 0,4 Mio. € für den On-Demand-Verkehr, die an die Gemeinden ausbezahlt werden.

Verwaltungsgebühren der unteren Verwaltungsbehörden

Die Gebührenerträge der unteren Verwaltungsbehörden werden sich 2026 wie folgt entwickeln:

Budget	Haushalt 2025 - € -	Haushalt 2026 - € -	Differenz - € -
0.5 Kämmeriamt	0	200	200
3.1 Rechtsamt	0	200	200
3.2 Ordnungsamt	2.062.500	2.047.000	-15.500
3.3 Amt für Feuerwehr und Kat.strophenschutz	100	100	0
3.4 Gesundheitsamt	245.700	210.000	-35.700
3.5 Veterinäramt und Verbraucherschutz	404.000	399.000	-5.000
4.1 Baurechtsamt	3.049.000	3.109.000	60.000
4.2 Straßenverkehrsamt	6.864.000	7.137.000	273.000
4.3 Amt für Gewerbeaufsicht und Umweltschutz	112.000	110.000	-2.000
4.4 Wasserrechtsamt	150.000	140.000	-10.000
4.6 Amt für Nahverkehr	28.500	24.500	-4.000
5.1 Kommunalrechtsamt	3.000	3.500	500
5.2 Vermessungsamt	1.000.000	1.100.000	100.000
5.4 Amt für Landwirtschaft und Naturschutz	25.300	25.300	0
5.5 Kreisforstamt	5.000	5.000	0
Summe	13.949.100	14.310.800	361.700

Bußgelder/Zwangsgelder

Für die Bußgelder und Zwangsgelder wird bei der Planung mit einer Zunahme von 0,3 Mio. € auf 5,7 Mio. € im Jahr 2026 gerechnet.

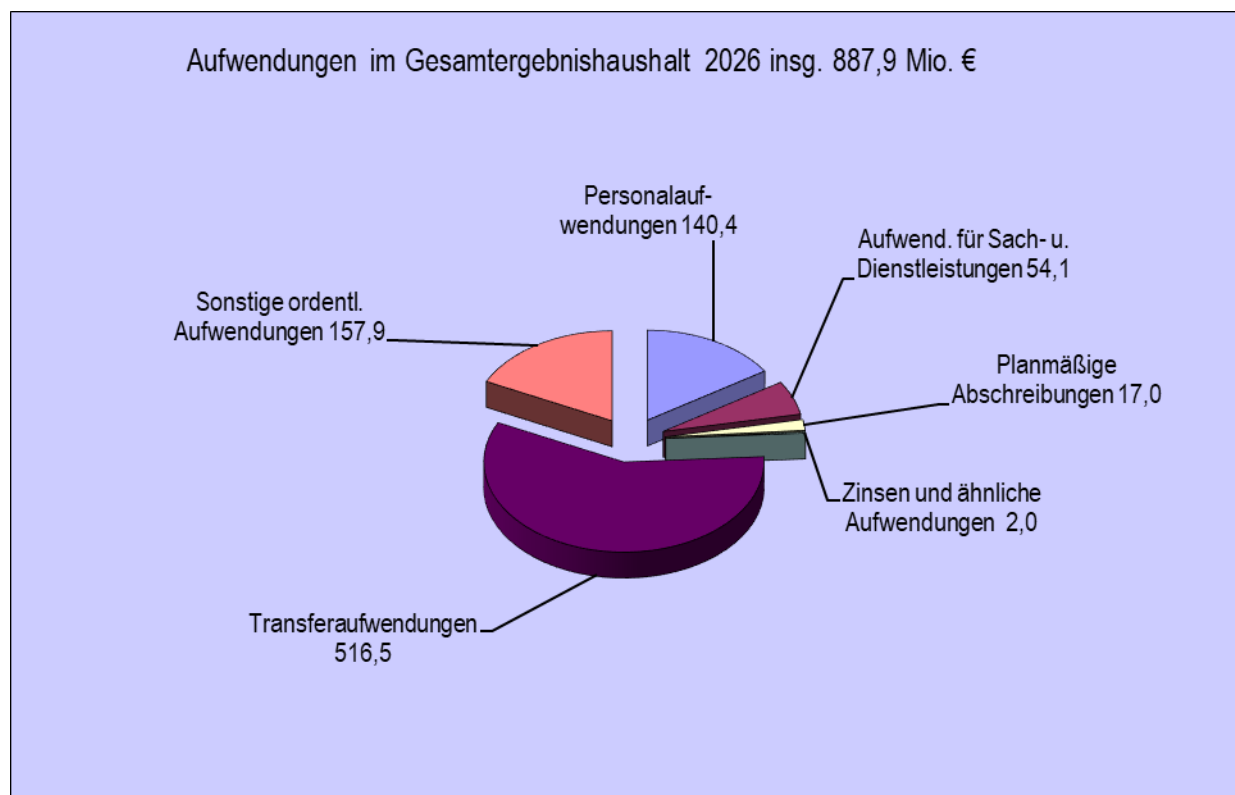
Ifd. Nr. 7 - Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Die Kostenerstattungen verteilen sich auf die Teilhaushalte wie folgt:

		Mio. €* 2025	Mio. €* 2026	Mio. €* Differenz
TH 0	insb. Erstatt. des Eigenbetriebs für die Leistungen des Kreises	2,3	2,6	0,3
TH 1	insb. Erstatt. der Partner Martinsschule Ladenburg u. Medienzentrum	3,5	3,7	0,2
TH 2	insb. Erstattungen des Landes und von Kommunen	54,2	42,4	-11,8
TH 3	insb. Erstattung des Landes für das Produkt Hilfe für Flüchtlinge			
	Verwaltung und Betrieb der Wohnheime und Gemeinschaftsunterkünfte	41,7	22,1	-19,6
TH 4	insb. Erstatt. im Budget Amt f. Straßen- u. Radwegebau für die Kreis-, Landes-, Bundesstraßen	7,8	8,7	0,9
TH 5	insb. Erstatt. im Budget Kreisforstamt für den Kommunal-, Privatwald	1,8	1,8	0,0
TH 7	insb. Erstatt. von GRN und Zweckverband High-Speed-Netz	0,6	0,6	0,0
		111,8	81,9	-29,9

*Rundungsdifferenz

Die Veränderung resultiert im Wesentlichen aus geringeren Erstattungen im TH2 für die BTHG-bedingten Mehraufwendungen von 9,0 Mio. € (2025: 15,9 Mio. €). Weitere Veränderungen ergeben sich beim Jugendamt bei der Kostenerstattung für die Unterbringung von Unbegleiteten Minderjährigen Ausländern (UMA). Hier plant die Verwaltung mit einem Rückgang der Erstattungen von 18,0 Mio. € auf 13,0 Mio. €. Darüber hinaus ergeben sich im TH 3 gegenüber dem Vorjahr geringere Erstattungen. Die Änderung des Systems der Kostenerstattung bei den Flüchtlingen in der vorläufigen Unterbringung (vgl. Budget 3.2) sowie sinkende Zugangszahlen bei den Flüchtlingen wurde bei der Planung bereits berücksichtigt und führen hauptsächlich zu dieser Veränderung.

Aufwendungen im Gesamtergebnishaushalt


lfd. Nr. 14 - Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Die Ansätze ergeben sich aus der nachfolgenden Tabelle:

	Mio. € 2025	Mio. € 2026	Mio. € Differenz
Mieten Verwaltungs- u. Schulgebäude, Gemeinschaftsunterkünfte	40,4	35,6	-4,8
Liegenschaftsbezogene Aufwendungen (Strom, Heizung, Abwasser, Sicherheitsdienst GUK)	10,6	6,2	-4,4
Unterhaltung und Wartung des bewegl. Vermögens	0,7	0,6	-0,1
Erwerb geringwertiges Vermögen bis 1 T€ im Einzelfall	2,7	1,5	-1,2
Betrieb und Unterhaltung v. Kreis-, Landes-, Bundesstraßen	4,0	3,9	-0,1
Aufwendungen für EDV-Verfahren	0,6	0,6	0,0
Lehr- und Lernmittel an den Schulen	1,0	1,0	0,0
Haltung von Fahrzeugen einschl. Leasing	1,8	1,7	-0,1
Sonstiges	2,7	3,0	0,3
Summe	64,5	54,1	-10,4

Die geringeren Aufwendungen ergeben sich hauptsächlich bei den Gemeinschaftsunterkünften für die Flüchtlinge. Aufgrund der rückläufigen Zugangszahlen in den Jahren 2024 und 2025 wurde damit begonnen, bestehende Unterkünfte mit hohen Miet- und Nebenkosten abzubauen. Hierdurch werden für das Jahr 2026 Einsparungen in diesem Bereich von 9,8 Mio. € erwartet.

lfd. Nr. 17 – Transferaufwendungen

	Mio. € 2025	Mio. € 2026	Mio. € Differenz
Transferleistungen Sozialamt (ohne Kosten d. Unterkunft)	252,9	262,0	9,1
Transferleistungen Jugendamt	143,4	144,6	1,2
Transferleistungen Sozialplanung, Vertragswesen und Förderung	9,9	10,4	0,5
Transferleistungen Ordnungsamt - Hilfe für Flüchtlinge	22,7	15,7	-7,0
Sonstige Fördermaßnahmen Sport und Kultur	0,9	0,9	0,0
Sonstige Fördermaßnahmen Gesundheitsamt	0,8	1,0	0,2
Transferleistungen - ÖPNV	18,4	18,6	0,2
FAG-Leistungen (Umlagen - FAG, KVJS, Soziallastenausgl. § 22 FAG)	26,4	32,4	6,0
Zuschuss GRN gGmbH (Verlustrausgleich, Betriebszuschuss, Notarzteinsatz)	22,5	24,5	2,0
Zuschuss Stift Sunnisheim gGmbH (Mietzuschuss Sporthalle)	0,1	0,1	0,0
Zuschuss Zweckverband High-Speed-Netz RNK (Betriebskostenumlage)	0,7	0,6	-0,1
Zuschuss AVR Kommunal AöR (Gewinnausschüttung AVR BioTerra)	0,0	0,2	0,2
Sonstiges	5,2	5,5	0,3
Summe	503,9	516,5	12,6

Im Budget des Sozialamtes führen steigende Fallzahlen und erwartete Erhöhungen der Entgelt- und Pflegesätze zu erheblichen Mehraufwendungen. Die Transferaufwendungen sind geprägt durch Aufwendungen für soziale Leistungen an natürliche Personen in und außerhalb von Einrichtungen sowie in besonderen Wohnformen in Höhe von insgesamt rd. 262,0 Mio. €. Gegenüber der Vorjahresplanung (252,9 Mio. €) bedeutet dies einen Mehraufwand von rd. 9,1 Mio. €.

Die um 7,0 Mio. € geringeren Transferaufwendungen im Ordnungsamt - Hilfe für Flüchtlinge - sind darauf zurück zu führen, dass die erwarteten Fallzahlen 2025 nicht erreicht wurden und die Planzahlen für 2026 entsprechend angepasst wurden.

Im TH 7 erhöhen sich die Transferaufwendungen für FAG-Leistungen im Vergleich zum Vorjahr um 6,0 Mio. € auf 32,4 Mio. €. Diese Abweichung ist hauptsächlich auf eine höhere Finanzausgleichsumlage nach § 1a FAG zurückzuführen.

Die Abweichungen sind in den einzelnen Budgets ausführlich erläutert.

3.3.5 Finanzhaushalt

Im Gesamtfinanzhaushalt des Kernhaushaltes werden insbesondere der Erwerb des beweglichen Vermögens der Verwaltung und der Schulen, die Baumaßnahmen bei den Kreisstraßen sowie die Investitionen beim öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die Zuweisungen an die Gesellschaften und den Eigenbetrieb des Kreises sowie die Ein- und Auszahlungen aus der Finanzierungstätigkeit (Kreditaufnahmen und Tilgung von Krediten) dargestellt. Für die Baumaßnahmen an den Verwaltungs- und Schulgebäuden, beim Allgemeinen Grundvermögen sowie für den Erwerb des Immateriellen Vermögens und der EDV-Hardware ist der Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik zuständig. Die Maßnahmen sind im Liquiditätsplan des Eigenbetriebs dargestellt.

Der Gesamtfinanzhaushalt wird im Jahr 2026 mit einer positiven Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes von voraussichtlich 21,5 Mio. € abschließen:

Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit (Ergebnishaushalt)	22,7 Mio. €
zzgl. Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3,7 Mio. €
abzgl. Auszahlungen für Investitionen u. Investitionsfördermaßnahmen	- 14,6 Mio. €
zzgl. Einzahlungen aus Kreditaufnahmen	10,9 Mio. €
abzgl. Auszahlung für die Tilgung von Krediten	-1,1 Mio. €
<u>Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes</u>	<u>21,5 Mio. €* </u>
*Rundungsdifferenz	

Wenn im Ergebnishaushalt ein Zahlungsmittelüberschuss erwirtschaftet werden kann, der größer ist als die ordentliche Tilgung, kann mit dieser sog. „freien Spitze“ in der Regel der verbleibende Finanzbedarf aus dem Saldo der Investitionstätigkeit anteilig gedeckt werden. Ohne diese freie Spitze müssen die Investitionen durch Kredite oder aus der Liquidität heraus finanziert werden. Da die Mindestliquidität zum 31.12.2024 weit unterschritten war und auch nach der Prognose zum Jahresende 2025 nicht erreicht wird, muss der Zahlungsmittelüberschuss dazu verwendet werden, Liquidität aufzubauen. Deshalb ist - trotz Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit - zur Finanzierung der Investitionen eine Kreditaufnahme notwendig.

Die positive Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes in Höhe von 21,5 Mio. € bedeutet, dass die bereinigten liquiden Eigenmittel in Höhe von -2,0 Mio. € (voraussichtlicher Stand zum 31.12.2025) um diesen Betrag zunehmen werden.

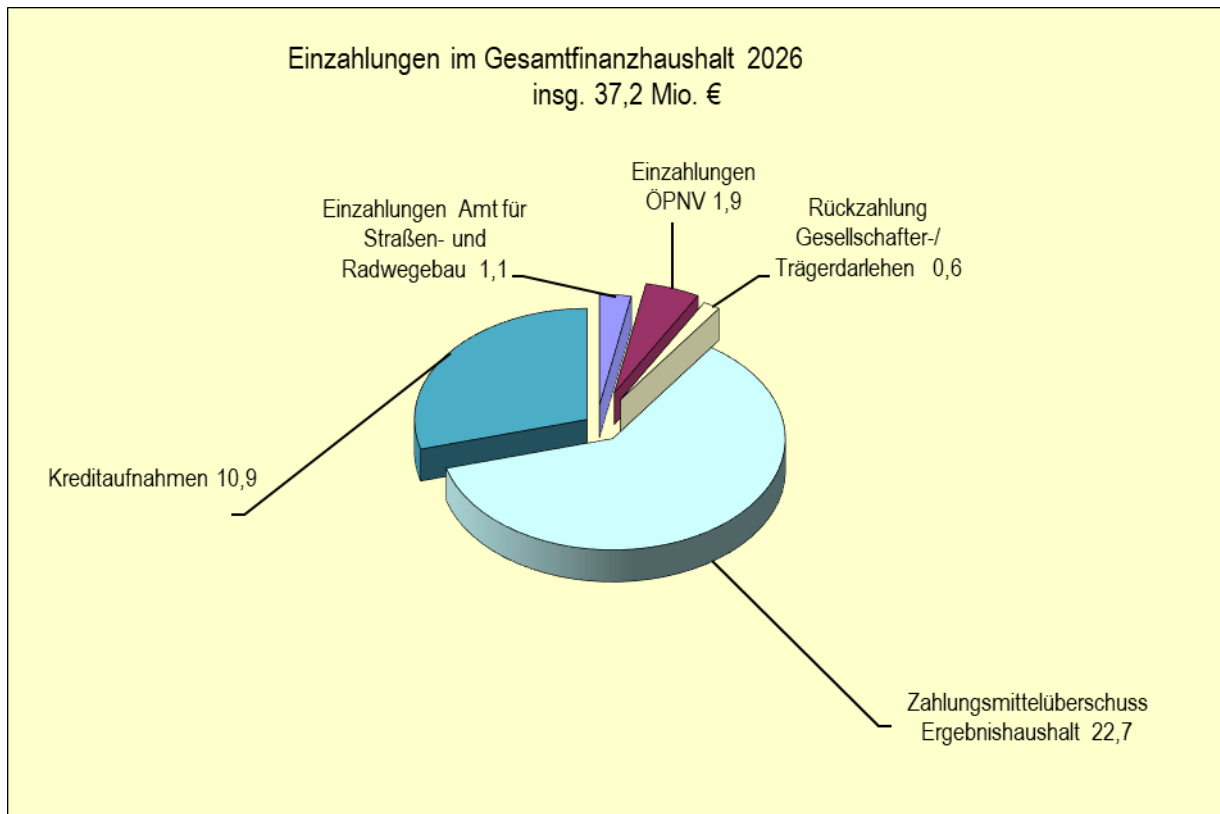
Gemäß § 89 GemO hat die Kommune die rechtzeitige Leistung der Auszahlungen sicherzustellen. Nach § 22 GemHVO müssen die liquiden Mittel für ihren Zweck rechtzeitig verfügbar sein. Durch die Verpflichtung zu einer Liquiditätsplanung in § 89 GemO wird klargestellt, dass Ziel dieser Rechtsnorm die Vermeidung von Kassenkrediten ist. Daneben ist in § 22 Abs. 2 GemHVO eine Mindestliquidität festgeschrieben. Der planmäßige Bestand an liquiden Mitteln ohne Kassenkreditmittel soll sich in der Regel auf mindestens 2 % der Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der letzten 3 dem Haushaltsjahr vorangehenden Jahre belaufen. Da die Mindestliquidität wiederum eine wichtige Steuerungsgröße zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit darstellt, ist sie Teil des Pflichtkennzahlenkatalogs (vgl. Anlage 5).

Die Liquiditätslage des Kreises in den Jahren 2025 bis 2029 wird sich voraussichtlich wie folgt entwickeln:

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Finanzhaushalt		Finanzplanung		
		2025	2026	2027	2028	2029
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5
1	Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn	758.093				
2a	+ Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresbeginn	0				
2b	+ Investmentzertifikate, Kapitalmarktpapiere, Geldmarktpapiere und sonstige Wertpapiere	0				
2c	+ Forderungen aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	20.416.570				
3a	- Bestand an Kassenkrediten zum Jahresbeginn	-10.988.004				
3b	- Verbindlichkeiten aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	-20.416.570				
4	= liquide Eigenmittel zum Jahresbeginn	-10.229.911				
5	- Auszahlungen aufgrund von übertragenen Ermächtigungen der Vorvorjahre	-35.213.200				
6	+ Einzahlungen aus nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen aus Vorvorjahr	0				
7	+ Einzahlungen aus übertrag. Ermächtigungen für Inv.-Zuwendungen, -Beiträge und ähnl. Entg. für Inv.-Tätigkeit aus Vorvorjahren (§ 21 Abs. 1, § 3 Nr. 18, 19 GemHVO)	2.177.200				
8	+/- veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands (§ 3 Nr. 36 GemHVO)	8.940.501	21.540.050	1.851.000	4.480.000	2.149.000
8a	+/- Zahlungsströme aus der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen und Impfen u.a.	12.447.115	-5.967.909	214.734	-2.985.765	-646.013
8b	+ Rückzahlung gewährter Kassenkredit	20.416.570	0	0	0	0
9	= voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende	-1.461.725	13.574.584	15.640.318	17.134.553	18.637.540
10	- davon: für zweckgebundene Rücklagen gebunden	0	0	0	0	0
11	- für sonstige bestimmte Zwecke gebunden	-535.832	0	0	0	0
12	= vorauss. liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel, zzgl. eingeplante Zahlungseingänge vorl. Unterbringung von Flüchtlingen u.a.	-1.997.557	13.574.584	15.640.318	17.134.553	18.637.540
13	nachrichtlich: voraussichtliche Mindestliquidität (§ 22 Abs. 2 GemHVO)	14.662.167	16.013.465	16.890.661	17.499.902	18.007.678

Nach derzeitigem Planungsstand wird die gesetzliche Mindestliquidität in den Jahren 2026 bis 2028 unterschritten und lediglich zum Ende des Finanzplanungszeitraums im Jahr 2029 geringfügig um 0,6 Mio. € überschritten.

Einzahlungen im Gesamtfinanzhaushalt



Von den Einzahlungen im Gesamtfinanzhaushalt entfallen 22,7 Mio. € auf den Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit, 3,6 Mio. € auf Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und 10,9 Mio. € auf Kreditaufnahmen.

• **Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit** **22,7 Mio. €**

Anders als im Ergebnishaushalt - dort werden zahlungswirksame und auch zahlungsunwirksame (ohne Einfluss auf die Liquidität) Erträge und Aufwendungen veranschlagt - werden im Finanzhaushalt die Zahlungsströme und somit die Veränderung der Liquidität dargestellt. In die Betrachtung der Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes fließt daher auch nur das zahlungswirksame Gesamtergebnis in Form des Zahlungsmittelbedarfs (bzw. -überschusses) ein.

Veranschlagtes Gesamtergebnis	9,4 Mio. €
<u>darin enthalten saldiert zahlungsunwirksame Erträge und Aufwendungen</u>	<u>-13,3 Mio. €</u>
Zahlungsmittelüberschuss	22,7 Mio. €

Die zahlungsunwirksamen Erträge und Aufwendungen stellen sich wie folgt dar:

Zahlungsunwirksame Erträge:

Aktiviert Eigenleistungen	0,3 Mio. €
<u>Auflösung empfangener Investitionszuschüsse und sonstiger Sonderposten</u>	<u>3,3 Mio. €</u>
Summe	3,6 Mio. €

Zahlungsunwirksame Aufwendungen:

Entnahme Rückstellungen Altersteilzeit / Sabbatical u.ä.	-0,2 Mio. €
<u>Abschreibungen</u>	<u>17,1 Mio. €</u>
Summe	16,9 Mio. €

• **Einzahlungen aus Investitionstätigkeit** **3,6 Mio. €**

Die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit setzen sich zusammen aus:

- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen und aus der Veräußerung von Sachvermögen (Straßen und Radwege)	1,1 Mio. €
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen (ÖPNV)	1,9 Mio. €
- Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen (Rückzahlung Darlehen)	0,6 Mio. €

Das Amt für Straßen- und Radwegebau erhält Investitionszuweisungen von 1,1 Mio. €. Davon entfallen 0,6 Mio. € auf Zuweisungen vom Bund und 0,5 Mio. € auf Zuweisungen vom Land. Verkaufserlöse für die Veräußerung von Sachvermögen werden in Höhe von 10 T€ eingeplant.

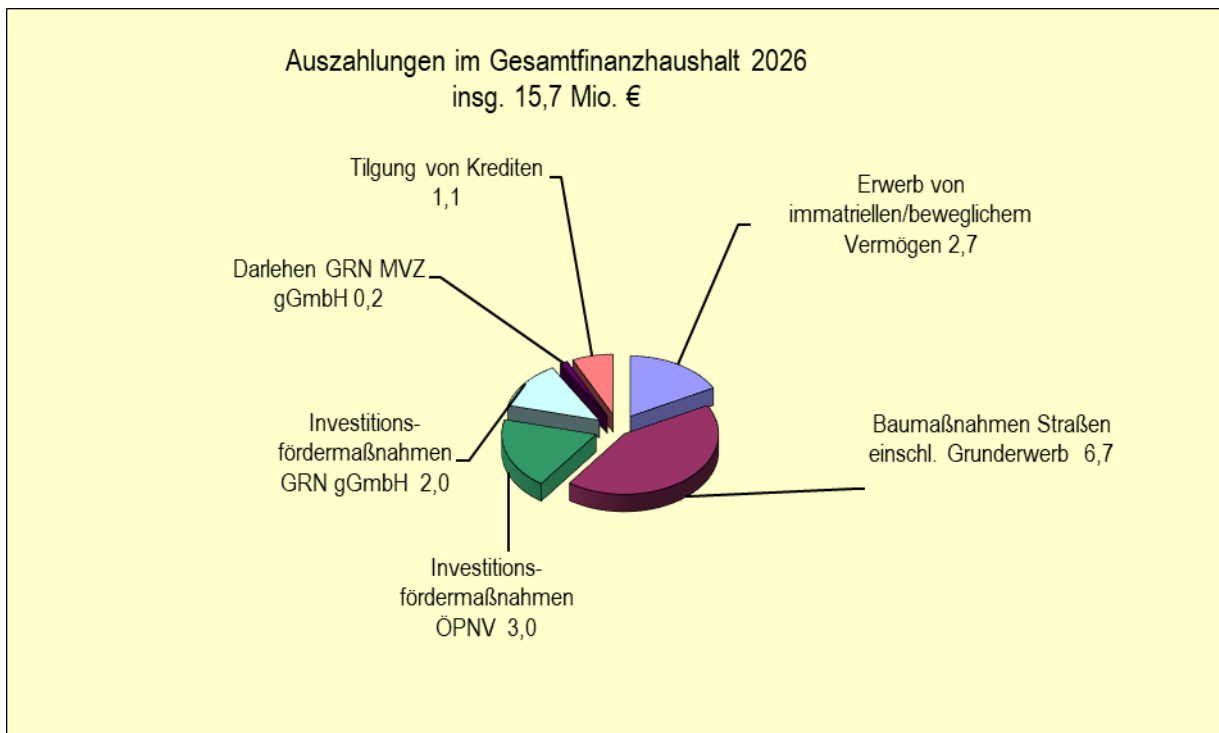
Für ÖPNV-Maßnahmen werden Investitionszuwendungen von Gemeinden von rd. 1,9 Mio. € veranschlagt u. a. für den Ausbau der Elsenz- und Schwarzbachtalbahn (1,3 Mio. €), für die S-Bahn 2. Stufe südlicher Streckenabschnitt (0,4 Mio. €) und für den S-Bahn Haltepunkt Sinsheim Stadion (0,1 Mio. €).

Bei den Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen in Höhe von 0,6 Mio.€ handelt es sich um die Rückzahlung bzw. Tilgung der an die GRN gGmbH, an die AVR Gruppe und an das PZN gewährten Darlehen.

• **Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit** **10,9 Mio. €**

Für die geplanten Investitionen und Investitionszuweisungen ist eine Kreditaufnahme über 10,9 Mio. € im Jahr 2026 vorgesehen.

Auszahlungen im Gesamtfinanzhaushalt



Von den Auszahlungen im Gesamtfinanzhaushalt (15,7 Mio. €) entfallen auf die Investitionstätigkeiten des Kreises 14,6 Mio. € und auf die Finanzierungstätigkeiten 1,1 Mio. €.

Baumaßnahmen Kreisstraßen einschließlich Grunderwerb

6,7 Mio. €

davon

Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0,3 Mio. €
Auszahlungen für Baumaßnahmen	6,4 Mio. €

Für Straßenbaumaßnahmen wurde ein Betrag von 6,4 Mio. € in den Haushaltsplan eingestellt. Die Schwerpunkte bilden dabei folgende Maßnahmen ($\geq 0,5$ Mio. €):

- Radwegeprogramm (1,1 Mio. €)
- K 4143 Ersatzneubau Lärmschutzwand Brühl (0,5 Mio. €)
- K 4160 Erneuerung Grundwasserwanne Bammental (0,6 Mio. €)
- K 4178 Meckesheim, Beseitigung Bahnübergang (1,0 Mio. € für Projektsteuerung und Generalplanung)

Auf die Einzeldarstellung der Maßnahmen im Budget 4.5 Amt für Straßen- und Radwegbau wird verwiesen.

Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem und beweglichem Sachvermögen (> 1 T€) 2,7 Mio. €

Die Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem (Feuerwehr und Katastrophenschutz) und beweglichem Vermögen verteilen sich auf folgende Bereiche:

	Mio. € 2025	Mio. € 2026	Mio. € Differenz
Verwaltung	0,7	0,1	-0,6
Schulen	1,4	1,4	0,0
Straßenmeistereien	0,5	0,5	0,0
Feuerwehr und Katastrophenschutz	0,6	0,7	0,1
Summe*	3,3	2,7	-0,6

*Rundungsdifferenz

Die Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem und beweglichem Sachvermögen reduzieren sich gegenüber 2025 um 0,6 Mio. €. Aufgrund der angespannten Finanzlage des Kreises wurden Neuanschaffungen in Folgejahre verschoben.

Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen 5,0 Mio. €

Die Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen betragen insgesamt 5,0 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr haben sie sich um 13,4 Mio. € verringert. Die Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen verteilen sich wie folgt:

	Mio. € 2025	Mio. € 2026	Mio. € Differenz
Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)	4,2	3,0	-1,2
Zuweisungen an die GRN gGmbH	14,2	2,0	-12,2
Zuweisungen an den Eigenbetrieb BVIT	0,0	0,0	0,0
Summe	18,4	5,0	-13,4

Für den ÖPNV wurde eine Fördersumme von rd. 3,0 Mio. € in den Haushaltsplan eingestellt. Die Schwerpunkte bilden dabei folgende Maßnahmen (≥ 0,3 Mio. €):

- S-Bahn 2. Stufe südlicher Streckenabschnitt (1,2 Mio. €)
- S-Bahn Haltepunkt Sinsheim Stadion (0,9 Mio. €)
- Haltestelle Luisenstraße Weinheim (0,5 Mio. €)

Die Investitionszuweisung an die GRN gGmbH beläuft sich im Jahr 2026 auf 2,0 Mio. €. Es handelt sich dabei um die restliche Zuweisung für den Neubau der GRN Klinik Sinsheim.

Der Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik erhält im Jahr 2026 zur Finanzierung seiner Investitionen keine Zuweisungen vom Kernhaushalt. Die Maßnahmen werden vollständig durch Eigenmittel oder Kredite finanziert.

Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen (Darlehen an die GRN MVZ gGmbH) 0,2 Mio. €

Die GRN MVZ gGmbH plant, einen urologischen Arztstuhl am Standort Sinsheim zu erwerben. Nach aktueller Schätzung werden hierfür 0,2 Mio. € benötigt, die als Gesellschafterdarlehen an die GRN MVZ gGmbH zur Verfügung gestellt werden.

Auszahlungen für die Tilgung von Krediten**1,1 Mio. €**

Die Tilgungsausgaben für Darlehen des Kernhaushaltes belaufen sich im Jahr 2026 auf rd. 1,1 Mio. €.

3.4 Übersicht über die Finanzplanung 2025 – 2029

Im Folgenden sind die wesentlichen Finanzkennzahlen im Finanzplanungszeitraum dargestellt

Kennzahlen Rhein-Neckar-Kreis		2024	2025	2026	2027	2028	2029
		Ergebnis Hochrechn. 31.10.2025					
Kernhaushalt:							
Kreisumlageaufkommen absolut	Mio.€	297,6	379,0	396,2	436,9	448,9	459,0
Kreisumlage je Einwohner	€	535	679	709	781	801	817
Schlüsselzuweisungen je EW	€	161	134	167	141	158	164
Kreisumlagehebesatz	%	27,50	31,25	32,75	34,75	35,00	34,75
Anteil Kreisumlage an den Erträgen des Ergebnishaushalts (ErgHH)	%	37,0	43,6	44,2	47,4	47,1	47,0
Steuerkraftmesszahl Kreis je EW	€	645	713	774	822	836	859
Steuerkraftsumme Kreis je EW	€	2.139	2.329	2.386	2.458	2.532	2.572
Gesamtergebnis im Ergebnishaushalt	Mio. €	-29,7	-5,6	9,4	4,4	5,0	7,2
Cash Flow Ergebnisrechnung (Verwaltungstätigkeit)	Mio. €	-6,8	19,5	22,7	17,9	18,9	21,3
Überschussquote (Anteil Cash Flow Ergebnisrechnung an den Erträgen des ErgHH)	%	-0,8	2,2	2,5	1,9	2,0	2,2
Veränderung Finanzierungsmittelbestand	Mio. €	-15,8	-11,7	21,5	1,9	4,5	2,1
Entwicklung bereinigte liquide Eigenmittel zum 31.12. (unter Berücksichtigung d. HHü u. d. lfd. Entwicklung)	Mio. €	-10,6	-2,0	13,6	15,6	17,1	18,6
Anteil Gesamtauszahlungen lfd. Verw.tätigk. in (Durchschnitt der 3 vorangegangenen Haushaltsjahre)	%	-1,6	-0,3	1,7	1,9	2,0	2,1
		2024	2025	2026	2027	2028	2029
		Ergebnis Hochrechn. 31.10.2025					
Kernhaushalt und EBVT:							
Kreditaufnahmen RNK und EBVT	Mio. €		26,0	49,2	5,0	18,9	18,1
Tilgungen gesamt	Mio. €		-7,6	-11,4	-8,7	-8,7	-9,2
Neuverschuldung (+)/Rückführung der Verschuldung (-)	Mio. €		18,4	37,8	-3,7	10,2	8,9
Schuldenstand zum 31.12.	Mio. €	109,1	127,5	165,3	161,6	171,8	180,8
Kreditfinanzierungsanteil	%			83,0	13,1	33,4	31,4
Finanzhaushalt RNK / Vermögensplan EBVT							
Fremdfinanzierungsanteil (Beteiligung Dritter)	%			9,5	20,4	18,8	19,7
Finanzhaushalt RNK / Vermögensplan EBVT							
Eigenfinanzierungsanteil	%			7,5	66,5	47,8	48,9
Finanzhaushalt RNK / Vermögensplan EBVT							

Die Grundlagen für die Finanzplanung sind in der Anlage 9 ausführlich dargestellt.

4. Klimaschutzmaßnahmen des Kernhaushaltes und des EBVIT im Jahr 2026

Die im Dezember 2021 einstimmig im Kreistag beschlossene Fortschreibung des Klimaschutzkonzeptes beinhaltet insgesamt 68 Maßnahmen aus zehn verschiedenen Handlungsfeldern, wie z.B. Energieversorgung, Sanieren und Bauen, Bildung und Konsum oder Land- und Forstwirtschaft. Allein diese Anzahl verdeutlicht, dass der Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe der Verwaltung darstellt. Neben der Geschäftsstelle Klimaschutz im Büro des Landrats sind auch viele weiteren Fachämter in den jeweiligen Dezernaten sowie der Eigenbetrieb Bau, Vermögen und IT (EBVIT) an der planerischen und operativen Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes beteiligt.

In ihrer Koordinierungsfunktion hat die Geschäftsstelle Klimaschutz in Zusammenarbeit mit dem Kämmereramt nachfolgende Übersicht der Klimaschutzmaßnahmen mit den im Haushalt 2026 veranschlagten Planansätzen erstellt. Dabei sind die Klimaschutzmaßnahmen der unteren Verwaltungsbehörden, die landesseitig finanziert und gefördert werden, nicht enthalten. Mittels dieser Zusammenstellung ist ersichtlich, dass im Jahr 2026 beim Kernhaushalt 2.239.510 € und beim EBVIT 4.833.968 € für den Klimaschutz eingeplant sind. Die Klimaschutzmaßnahmen wurden beim Kernhaushalt lediglich konsumtiv im Ergebnishaushalt veranschlagt. Beim EBVIT werden sie getrennt nach Erfolgsplan und Liquiditätsplan dargestellt.

4.1 Klimaschutzmaßnahmen des Kernhaushaltes

Büro des Landrats (Geschäftsstelle Klimaschutz):

Gesamtsumme: 1.149.810 €

Maßnahmen	Ergebnishaushalt
PV-Anlagen AEZ Sinsheim	4.500 €
Nutzersensibilisierung in der Verwaltung	10.000 €
Schulung Kom.EMS (zero)	7.000 €
Netzwerktreffen Klimaschutzbeauftragte	15.000 €
Teilnahme European Energy Award	9.500 €
Klimaschutz-Offensive	31.500 €
Regionale Klimakonferenz	45.000 €
Clusterbeitrag Energie und Umwelt	2.400 €
Klimawandelanpassung (Förderung des Landes Baden-Württemberg)	246.160 €
Best-Practice-Plattform	15.000 €
Landschaftserhaltungsverband RNK e.V.– grünes Klassenzimmer Streuobstpädagogen	5.000 €
Projekte in Zusammenarbeit mit der KliBA:	
Jahresbetrag an KliBA gGmbH	393.750 €
Durchführung von Bildungsprojekten zum Thema Energie und Klimaschutz an Schulen im RNK	150.000 €
Landesförderung KliBA zur Finanzierung der regionalen Energieagenturen	170.000 €
Fortschreibung CO ₂ Bilanzen RNK & Kommunen	45.000 €

Stabsstelle Wirtschaftsförderung:

Gesamtsumme: 156.900 €

Maßnahmen	Ergebnishaushalt
KLIMAfit Konvoi II	3.000 €
Mitgliedsbeitrag Green Industry Cluster	3.500 €
Finanzierung Naturpark / Geo-Naturpark	70.700 €
Verschiedene Infrastrukturmaßnahmen / Marketing nachhaltiger Tourismus	79.700 €

Dezernat I:
Gesamtsumme: 655.200 €

Maßnahmen	Ergebnishaushalt
Leasingraten e-Fahrzeuge (Amt 10)	355.200 €
Deutschlandticket / Jugendticket BW (Amt 10)	230.000 €
Dienstfahräder / Pedelecs / E-Scooter (u.a. für Wartung, Versicherung, usw.)	10.000 €
Recyclingpapier (Amt 10)	60.000 €

Dezernat IV:
Gesamtsumme: 277.600 €

Maßnahmen	Ergebnishaushalt
Radverkehrsförderung im Rhein-Neckar-Kreis (Stabsstelle nachhaltige Mobilität)	132.600 €
Kommunales Mobilitätsmanagement	75.000 €
Kosten für die Erstellung von standardisierten Bewertungen für Infrastrukturmaßnahmen auf der Schiene / Erweiterung des RNV-Netzes (Amt für Nahverkehr)	50.000 €
Kosten für die Erstellung einer Machbarkeitsstudie für eine Seilbahn am Bahnhof in Wiesloch/Walldorf (Amt für Nahverkehr)	20.000 €

Die allgemeine ÖPNV-Förderung des Kreises ist hier nicht miteingerechnet. Die Plansätze im Ergebnishaushalt sind im Budget des Amtes für Nahverkehr (Amt 45) für das Jahr 2026 erfasst: Zuweisungen an Gemeinden 10.310.000 € (Bus und Schiene), Zuweisung an übrige Bereiche 2.842.700 €.

Die Planansätze für das Jahr 2026 im Finanzhaushalt sehen vor: Einzahlungen 1.906.300 €, Auszahlungen 3.039.600 €, der Saldo aus Investitionstätigkeit liegt bei -1.133.300 €. Zum Dezember 2026 erfolgt die Neuvergabe der Linienbündel Wiesloch/Walldorf und Neckargemünd, in denen vorgesehen ist, teilweise den Einsatz von sauberen und emissionsfreien Fahrzeugen vorzugeben.

4.2 Klimaschutzmaßnahmen des EBVIT:

Gesamtsumme konsumtiv: 724.400 €
Gesamtsumme investiv: 4.109.568 €⁶

Maßnahmen	Erfolgsplan	Liquiditätsplan
Verwaltungsgebäude		
Heidelberg Kurfürsten-Anlage 40, Sanierung Gebäude A		178.300 €
Einbau einer Wärmepumpe (Ladenburg, ILS gGmbH)		302.400 €
Sanierung (Wiesloch Adelsförsterpfad)		287.300 €
Umsetzung Photovoltaik-Anlagen, Verwaltungsgebäude		285.000 €
Forstliche Maßnahmen im Kreiswald (63 ha)	24.400 €	
Schulen		
Sanierung Gebäude D, ZbS Schwetzingen		299.968 €
Einbau einer Wärmepumpe, ZbS Weinheim		890.000 €
Erneuerung der Lüftungsanlage, ZbS Wiesloch (Sporthalle)	700.000 €	
Einbau einer Wärmepumpe, SBBZ Ladenburg		747.600 €
Umsetzung Photovoltaik-Anlagen, Schulgebäude		960.000 €
Allgemeines Grundvermögen		
Umsetzung Photovoltaik-Anlagen, Allg. Grundvermögen		159.000 €
Maßnahmen, bei denen sich der Anteil der energetischen Sanierung nicht aus dem Gesamtansatz für 2026 gesondert herausstellen lässt:		
Sanierung Gebäude A, ZbS Sinsheim		7.865.597 €
Sanierung Gebäude D, ZbS Weinheim		885.146 €
Sanierung Gebäude F, ZbS Wiesloch		772.916 €

Gesamtsumme Kernhaushalt und EBVIT:
7.073.478 €

⁶ Hiervon ausgenommen sind die Klimaschutzmaßnahmen, die nicht von dem Gesamtansatz der energetischen Sanierung zu trennen sind.

C. Haushaltsplan

1. Budgetierungsregelungen

1.1 Grundlagen

Grundlagen dieser Budgetierungsregelungen sind die §§ 4, 18 bis 21 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO).

Der Gesamthaushalt wurde in Teilhaushalte gegliedert. Die Teilhaushalte wurden nach der Organisation produktorientiert gebildet und in einen Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt gegliedert (§ 4 Abs. 1 GemHVO).

Nach § 4 Abs. 2 GemHVO bildet jeder Teilhaushalt mindestens eine Bewirtschaftungseinheit. Beim Rhein-Neckar-Kreis wurden unterhalb der Teilhaushalte Budgets gebildet (vgl. Übersicht über die Teilhaushalte unter Ziffer D 3). Für jeden Teilhaushalt und für jedes Budget wurde ein Verantwortlicher benannt.

1.2 Finanzverantwortung für die Einhaltung der Budgets

Oberstes Ziel des Haushaltsvollzugs ist die wirtschaftliche Erfüllung der notwendigen Aufgaben im Rahmen der in den Budgets bereitgestellten Haushaltsmittel.

Die Budgetverantwortlichen haben dafür Sorge zu tragen, dass ihr Budget eingehalten wird. Insbesondere ist darauf zu achten, dass das im Teilergebnishaushalt ausgewiesene ordentliche Ergebnis grundsätzlich nicht überschritten wird. Im Teilfinanzhaushalt sind die veranschlagten Auszahlungen aus Investitionstätigkeit einzuhalten.

1.3 Deckungsfähigkeit

Ausgehend vom Grundsatz der Gesamtdeckung (vgl. § 18 Abs. 1 GemHVO) dienen die Erträge des Ergebnishaushalts insgesamt zur Deckung der Aufwendungen des Ergebnishaushalts und die Einzahlungen des Finanzhaushalts insgesamt zur Deckung der Auszahlungen des Finanzhaushalts.

Der Grundsatz der Gesamtdeckung erlaubt eine flexible Mittelbewirtschaftung. Mehrerträge bzw. Mehreinzahlungen stehen allgemein zur Abdeckung des Ressourcenverbrauchs bzw. der Auszahlungen zur Verfügung. Die Gesamtdeckung soll die finanzwirtschaftliche Gesamtsteuerung erleichtern.

Unter dem Vorbehalt, dass das geplante Gesamtergebnis nicht gefährdet ist und die Kreditaufnahmevorschriften beachtet werden, wird der Grundsatz der Gesamtdeckung wie folgt modifiziert:

1.3.1 Deckungsfähigkeit innerhalb der Budgets

Die Aufwendungen im Ergebnishaushalt, die zu einem Budget gehören, sind grundsätzlich gegenseitig deckungsfähig. Das gleiche gilt für die Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionstätigkeit im Finanzhaushalt (vgl. § 20 Abs. 1 und 3 GemHVO).

Abweichend von diesem Grundsatz werden folgende Festlegungen getroffen:

- 1.3.1.1 Die Deckungsfähigkeit in den Budgets beschränkt sich auf die ordentlichen Aufwendungen. Durch höhere ordentliche Erträge können höhere ordentliche Aufwendungen ausgeglichen werden.

- 1.3.1.2 Minderaufwendungen eines Budgets können zur Deckung von Auszahlungen im Finanzhaushalt des jeweiligen Budgets verwendet werden. Dies gilt nicht, wenn die Verbesserung aus geringeren Transferaufwendungen resultiert (Ausnahme: Sportförderung).
- 1.3.1.3 Bei Fördermaßnahmen dürfen die im Ergebnis- und Finanzhaushalt bereitgestellten Mittel nur für den festgelegten Zweck bzw. Bereich verwendet werden.
- 1.3.1.4 Im Budget 0.2 (Büro des Landrats) dürfen die für die Schlüsselposition Klimaschutz (Produkt 5610070103) im Ergebnis- und Finanzhaushalt bereitgestellten Mittel nur für den festgelegten Zweck verwendet werden. Mehraufwendungen beim restlichen Budget dürfen nicht durch Minderaufwendungen oder Mehrerträge bei der oben genannten Schlüsselposition ausgeglichen werden.
- 1.3.1.5 Im Budget 1.1 dürfen die Mittel für die Kultur im Kreis nur für diesen Zweck und nur in der veranschlagten Höhe verwendet werden.
- 1.3.1.6 Im Budget 1.1 ist der Erwerb von beweglichem Sachvermögen für die Kunstpflege nicht mit anderen Auszahlungen des Budgets gegenseitig deckungsfähig, da hier kein Sachzusammenhang besteht.
- 1.3.1.7 Im Budget 4.6 dürfen die für die Schlüsselposition Nachhaltige Mobilität (Produkt 5110140145) im Ergebnis- und Finanzhaushalt bereitgestellten Mittel nur für den festgelegten Zweck bzw. Bereich verwendet werden. Mehraufwendungen beim restlichen Budget dürfen nicht durch Minderaufwendungen oder Mehrerträge bei der oben genannten Schlüsselposition ausgeglichen werden.
- 1.3.1.8 Bei ÖPNV- und Straßenbaumaßnahmen (Budget 4.6 und Budget 4.5) dürfen die im Finanzhaushalt bereitgestellten Mittel nur für die jeweiligen Investitionsmaßnahmen verwendet werden.
- 1.3.1.9 Im Budget 4.6 (Amt für Nahverkehr) dürfen Minderaufwendungen im Teilergebnishaushalt nicht für Auszahlungen für Investitionsfördermaßnahmen im Finanzhaushalt verwendet werden.
- 1.3.1.10 Im Budget 7.1 (Allgemeine Finanzwirtschaft) sind die Auszahlungen an die Gesellschaften des Kreises, an den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis, an die Kommunalanstalt sowie an den Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar nicht mit anderen Auszahlungen gegenseitig deckungsfähig.

1.3.2 Deckungsfähigkeit über mehrere Budgets hinweg

Nach § 20 Abs. 2 GemHVO können Aufwendungen, die nicht nach § 20 Abs. 1 GemHVO deckungsfähig sind, für gegenseitig oder einseitig deckungsfähig erklärt werden, wenn sie sachlich eng zusammenhängen. Eine Bereitstellung über- oder außerplanmäßiger Mittel (vgl. § 84 GemO) bedarf es deshalb in folgenden Fällen nicht:

- 1.3.2.1 Die Personalaufwendungen (Kontengruppe 40) in den jeweiligen Budgets werden innerhalb des Kernhaushalts budgetübergreifend bis zu dem im Haushaltsplan veranschlagten Gesamtbetrag für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
Höhere Personalaufwendungen eines Budgets sind damit durch Einsparungen bei den veranschlagten Personalaufwendungen anderer Budgets gedeckt.
- 1.3.2.2 Aufwendungen aus internen Leistungsverrechnungen/-beziehungen und aus kalkulatorischen Kosten werden für gegenseitig deckungsfähig erklärt.
- 1.3.2.3 Aufwendungen für den Erwerb von geringwertigem Vermögen (bis 1 T€ netto im Einzelfall) und Aufwendungen für die Unterhaltung der Einrichtung in der Verwaltung dürfen bis zur Höhe des im Haushaltsplan veranschlagten Gesamtbetrages geleistet werden.
Im investiven Bereich dürfen die Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen (ab 1 T€ netto im Einzelfall) durch Einsparungen bei den entsprechenden Auszahlungen in anderen Budgets zum Budgetausgleich herangezogen werden.

1.4 Bewirtschaftungsbefugnis

Die Bewirtschaftungsbefugnis für die Budgets liegt beim jeweiligen Amt. Damit verbunden ist das Recht, im Rahmen der gesetzlichen sowie durch die Hauptsatzung einschließlich weiterer Zuständigkeitsregelungen geltenden Befugnisse, Forderungen des Kreises geltend zu machen bzw. Verbindlichkeiten zu begründen.

Abweichend hiervon werden folgende Ausnahmen festgelegt:

Die Bewirtschaftungsbefugnis für den Personalaufwand der Verwaltung liegt beim Haupt- und Personalamt. Die Budgetverantwortlichen werden im Hinblick auf ihre Finanzverantwortung in die personellen Entscheidungen in ihrem Zuständigkeitsbereich eingebunden und sind für die Personalaufwendungen in ihrem Budget rechenschaftspflichtig. Hierzu werden sie regelmäßig über die Personalkostenentwicklung sowie über Kostenfolgen von geplanten Personalmaßnahmen unterrichtet.

Die Bewirtschaftungsbefugnis für die internen Leistungsverrechnungen, die Abschreibungen und die kalkulatorische Anlagekapitalverzinsung liegt beim Kämmereramt.

Für den Erwerb des beweglichen Sachvermögens (ab 1 T€ netto im Einzelfall), des geringwertigen Vermögens (bis 1 T€ netto im Einzelfall) und für die Unterhaltung der Einrichtung in der Verwaltung (ohne Schulen, fachspezifische Bedarfe Feuerwehr und Katastrophenschutz sowie Straßenmeistereien) liegt die Bewirtschaftungsbefugnis beim Haupt- und Personalamt, soweit es sich nicht um Vermögensgegenstände der EDV handelt. Für die Vermögensgegenstände der EDV liegt die Bewirtschaftungsbefugnis beim Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik.

Sofern die Bewirtschaftungsbefugnis nicht beim Budgetverantwortlichen liegt, handelt es sich zwangsläufig um „gebundene Aufwendungen“. Einsparungen bei diesen Aufwendungen können für andere Zwecke des Budgets vom Budgetverantwortlichen nur mit Zustimmung des bewirtschaftenden Fachamtes verwendet werden. Im Gegenzug gehen höhere Aufwendungen in diesen Fällen nicht zu Lasten des Budgetverantwortlichen, d.h. diese bleiben bei der Prüfung der Übertragbarkeit von Ansätzen unberücksichtigt.

Die gesamte Finanzverantwortung der jeweiligen Budgetverantwortlichen für ihre Budgets wird dadurch im Kern nicht berührt, da diese (zumindest mittelbar) durch geeignete Maßnahmen (Veränderungen des Bedarfs hinsichtlich Personal, Sachmitteln, Investitionen u.a.) auf die finanzielle Entwicklung Einfluss nehmen können, obwohl sie diese Mittel nicht unmittelbar bewirtschaften.

Aufgrund der Aufgabenverlagerung wird die Bewirtschaftungsbefugnis für das Produkt 3210020145 (Fahrtkosten Werkstätten für Menschen mit Behinderung, SGB IX) auf das Amt für Nahverkehr erweitert.

1.5 Berichtswesen und Budgetcontrolling

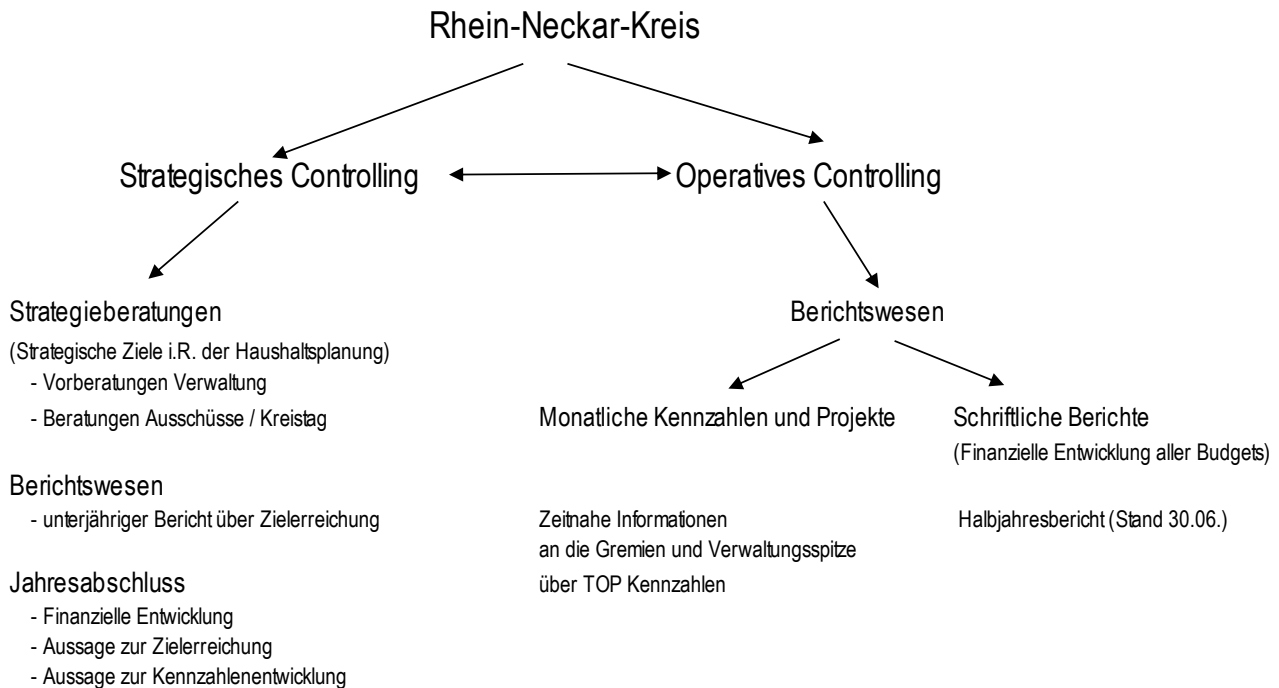
Die Budgetverantwortlichen haben zur Überwachung der Einhaltung der Budgets den Gremien des Kreistags und der Verwaltungsspitze über das Kämmereramt zu den vorgegebenen Terminen über die finanzielle Entwicklung und ggf. über die Maßnahmen zur Gegensteuerung zu berichten. Dies geschieht über ein monatliches operatives Controlling anhand von steuerungsrelevanten Finanzkennzahlen sowie eines Halbjahresberichtes zum 30.06. eines Jahres.

Die für das monatliche Controlling ausgewählten Kostenarten decken rd. 70 % des Haushaltsvolumens des Ergebnishaushalts ab, so dass anhand dieser Zahlen unterjährig eine verlässliche Prognose möglich ist. Die Ergebnisse dieser monatlichen Erhebungen werden für die Verwaltungsspitze aufbereitet und münden in die TOP Kennzahlen, die auch den Kreisräten über das Ratsinformationssystem bereitgestellt werden. Ergänzende mündliche Erläuterungen erfolgen in den jeweiligen Sitzungen des Verwaltungs- und Finanzausschusses.

Die Anzahl der schriftlichen Budgetberichte konnten dadurch auf einen unterjährigen Bericht reduziert werden. Im Halbjahresbericht (Stand 30.06.) werden zukünftig die finanziellen Entwicklungen aller Budgets beschreiben.

Das Kämmerereiamt nimmt das erforderliche Gesamtcontrolling wahr und veranlasst eventuell notwendige Maßnahmen zur Gegensteuerung bzw. bereitet solche für die Ausschüsse / den Kreistag (§ 28 GemHVO) vor. Das Kämmerereiamt ist dazu berechtigt, von dem Instrument der hauswirtschaftlichen Sperre (§ 29 GemHVO) Gebrauch zu machen.

Das folgende Schaubild bietet eine Übersicht über die einzelnen Bestandteile des Controllingkonzepts beim Rhein-Neckar-Kreis.



1.6 Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln

Gemäß § 21 Abs. 2 GemHVO werden alle Ansätze für ordentliche Aufwendungen und Auszahlungen eines Budgets grundsätzlich für übertragbar erklärt. Sie bleiben bis längstens zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres verfügbar.

Die Ansätze für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie die Ansätze für zweckgebundene investive Einzahlungen aus Investitionszuwendungen sowie aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit, deren Eingang sicher ist, bleiben gemäß § 21 Abs. 1 GemHVO bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar. Bei Baumaßnahmen und Beschaffungen bleiben die Ansätze längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann, verfügbar.

Die Übertragung von Ansätzen für ordentliche Aufwendungen wird davon abhängig gemacht, inwieweit eine Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses im jeweiligen Budget durch ein aktives Handeln des/der Budgetverantwortlichen erzielt werden konnte. Über die tatsächliche Übertragung der Mittel entscheiden die beschließenden Ausschüsse bzw. die Verwaltung nach den Vorgaben der Hauptsatzung und der Zuständigkeitsordnung (Landrat bzw. Dezernatsleitung I).

Werden dagegen mehr Mittel benötigt, die zu einem höheren Ressourcenverbrauch beim ordentlichen Ergebnis führen, werden diese auf die Budgets der Folgejahre angerechnet, sofern sie nicht auf unvertretbare Gegebenheiten zurückzuführen sind.



2. Gesamthaushalt 2026

Gesamtergebnishaushalt

lfd. Nr.		Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	6.988.164	5.700.000	5.700.000
2	+	Zuweisungen u. Zuwendungen, Umlagen	659.101.576	715.547.240	774.635.000
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	3.925.663	3.813.500	3.268.300
4	+	Sonstige Transfererträge	21.603.633	20.469.000	21.087.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	2.630.924	4.016.300	4.030.800
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.558.100	1.714.600	1.486.300
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	93.464.436	111.814.844	81.931.830
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	3.194.924	3.634.700	3.327.300
9	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	120.948	116.100	279.700
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	12.760.010	1.472.500	1.525.900
11	=	Ordentliche Erträge	805.348.378	868.298.784	897.272.130
12	-	Personalaufwendungen	128.461.998-	138.587.045-	140.360.446-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	58.657.062-	64.462.200-	54.067.800-
15	-	Abschreibungen	21.653.730-	16.780.000-	17.052.300-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.705.856-	2.001.600-	2.008.200-
17	-	Transferaufwendungen	478.087.075-	503.940.900-	516.485.300-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	145.418.821-	144.993.000-	157.913.260-
19	=	Ordentliche Aufwendungen	833.984.542-	870.764.745-	887.887.306-
20	=	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	28.636.164-	2.465.961-	9.384.824
21	+	Außerordentliche Erträge	84.833	0	0
22	-	Außerordentliche Aufwendungen	1.174.834-	0	0
23	=	Veranschlagtes Sonderergebnis	1.090.001-	0	0
24	=	Veranschlagtes Gesamtergebnis	29.726.165-	2.465.961-	9.384.824
25		Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0	0	9.384.824-
26		Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	0	0
27		Minderung des Basiskapitals nach Artikel 13 Absatz 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts	0	0	0
28		Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	20.972.645	0	0
29		Verwendung des Überschusses des Sonderergebnisses zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses	0	0	0
30		Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0	0	0
31		Verrechnung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0	0	0
32		Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0	0	0

lfd. Nr.	Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
		EUR	EUR	EUR
		1	2	3
33	Fehlbetragsvortrag auf das ordentliche Ergebnis folgender Haushaltsjahre	7.663.519	5.550.496	0
34	Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital	0	0	0
35	Verrechnung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis mit dem Basiskapital	1.090.001	0	0

* Bei den Personalaufwendungen ist im Jahr 2026 ein Erfahrungsabschlag in Höhe von 5,0 Mio. € enthalten.
Die Entwicklung der Personalaufwendungen insgesamt wird in Anlage 1 erläutert.

** Berücksichtigt ist der zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung (Stand 31.10.2025) prognostizierte Fehlbetrag 2025 in Höhe von 5.550.496 €.

Gesamtfinanzhaushalt

lfd. Nr.		Gesamtfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	6.988.164	5.700.000	5.700.000	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	667.210.285	715.547.240	774.635.000	0
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	18.125.929	20.469.000	21.087.000	0
4	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	2.622.742	4.016.300	4.030.800	0
5	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.586.101	1.714.600	1.486.300	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	99.833.449	111.814.844	81.931.830	0
7	+	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	2.402.837	3.634.700	3.327.300	0
8	+	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	2.811.752	1.440.200	1.501.200	0
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	801.581.259	864.336.884	893.699.430	0
10	-	Personalauszahlungen	128.511.312-	138.803.854-	140.541.820-	0
11	-	Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	59.122.496-	64.462.200-	54.067.800-	0
13	-	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	1.774.168-	2.001.600-	2.008.200-	0
14	-	Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	477.020.912-	503.940.900-	516.485.300-	0
15	-	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	141.952.308-	144.993.000-	157.913.260-	0
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	808.381.196-	854.201.554-	871.016.380-	0
17	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	6.799.937-	10.135.329	22.683.050	0
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	4.093.945	3.528.000	3.050.300	0
19	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	145.652	15.000	10.000	0
21	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	517.535	580.200	602.900	0
22	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	12.154	0	0	0
23	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.769.285	4.123.200	3.663.200	0
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	40.166-	60.000-	287.000-	0
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.490.417-	2.769.400-	6.364.200-	2.250.000-
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	5.095.834-	3.018.400-	2.701.600-	2.750.000-
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	610.900-	1.000-	201.000-	0
28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	20.444.042-	18.434.000-	5.049.600-	0
29	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	9.668-	250.000-	23.000-	0
30	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	28.691.028-	24.532.800-	14.626.400-	5.000.000-
31	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	23.921.743-	20.409.600-	10.963.200-	5.000.000-

lfd. Nr.		Gesamtfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
32	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	30.721.679-	10.274.271-	11.719.850	5.000.000-
33	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	18.750.000	17.950.000	10.900.000	0
34	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	3.781.748-	731.800-	1.079.800-	0
35	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	14.968.252	17.218.200	9.820.200	0
36	=	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	15.753.427-	6.943.929	21.540.050	5.000.000-
37		den voraussichtlichen Bestand an liquiden Eigenmitteln zum Jahresbeginn	6.283.628-	10.229.911-	1.997.557-	0
38		den voraussichtlichen Bestand an inneren Darlehen zum Jahresbeginn	0	0	0	0

Haushaltsquerschnitt Ergebnishaushalt

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Erträge aus Nutzungs- entgelten, Zuwendun- gen u. Umlagen, pri- vatrechtl. Leistungs- entgelte, Kostener- stattungen u.-umlagen	Sonstige Erträge	Personal- aufwen- dungen	Aufwen- dungen für Sach- und Dienstleis- tungen	Transfer- aufwen- dungen	Sonstige Aufwen- dungen	Erträge aus internen Leistun- gen	Aufwen- dungen für interne Leistun- gen	Kalkula- torische Kosten	Nettores- sourcen- bedarf / -über- schuss
		(KoGr 31, 33, 34)	(KoGr 30, 32, 35-37, 50)	(KoGr 40, 41)	(KoGr 42)	(KoGr 43)	(KoGr 44 – 47,51)	(KoGr 38)	(KoGr 48)		(Spalten 1 bis 9)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
11	Innere Verwaltung	3.854.997	326.902	18.807.114-	10.838.095-	301.400-	26.655.835-	64.452.966	15.760.001-	481.203-	4.208.783-
12	Sicherheit u. Ordnung	14.755.760	33.706	17.249.608-	611.914-	24.300-	5.779.320-	7.100	9.487.054-	36.103-	18.391.732-
1260	- davon Brandschutz	1.469.100	33.000	767.603-	47.654-	21.000-	2.731.555-	0	589.055-	22.900-	2.677.666-
21	Schulträgerauf- gaben	35.331.300	38.100	8.773.936-	23.596.634-	68.000-	24.565.693-	10.000	5.249.478-	336.418-	27.210.758-
25	Museen, Archiv	97.500	10.000	590.361-	14.345-	0	63.000-	0	315.588-	314-	876.108-
26	Theater, Konzerte, Musikschulen	0	0	91.607-	168-	416.400-	804-	0	50.809-	2-	559.791-
28	Sonstige Kulturpflege	0	3.000	558.681-	10.529-	24.400-	164.402-	0	284.510-	9.015-	1.048.537-
31	Soziale Hilfen	152.011.076	11.239.030	23.875.268-	13.209.691-	126.072.200-	92.784.788-	0	6.967.143-	21.300-	99.680.285-
3110	- davon Grundver- sorgung u. Hilfen nach SGB XII	54.312.514	4.115.815	6.075.031-	23.123-	104.356.000-	226.668-	0	1.993.837-	0	54.246.332-
3120	- davon Grund- sicherung für Arbeitssuchende nach SGB II	65.180.458	6.200.031	6.308.852-	1.061-	735.000-	91.394.481-	0	767.528-	0	27.826.434-
32	Förderung der Teilhabe von Menschen mit Behinderung	15.879.114	6.000.873	6.928.486-	24.865-	156.906.000-	178.866-	146.772	2.435.187-	0	144.446.645-
36	Kinder-, Jugend- u. Familienhilfe	45.643.673	9.803.000	25.884.042-	249.861-	152.288.000-	8.571.337-	0	8.519.170-	128-	140.065.864-
3630	- davon Hilfe für junge Menschen u. ihre Familien	19.898.658	3.302.265	18.807.841-	213.910-	117.033.800-	3.105.133-	0	5.861.791-	75-	121.821.626-
3650	- davon Förderung von Kindern in Tageseinrich- tungen u. in Tagespflege	14.971.358	300.284	2.182.287-	8.634-	16.948.500-	5.136.121-	0	740.855-	10-	9.744.765-
37	Schwerbehinder- tenrecht, soziales Entschädigungs- recht	250.000	800	4.476.373-	17.000-	0	1.129.055-	0	2.555.792-	0	7.927.420-
41	Gesundheitsdienst	1.512.400	0	5.092.524-	156.000-	26.819.000-	2.472.390-	22.600	2.991.961-	376.600-	36.373.474-
4110	- davon Krankenhäuser	73.900	0	518.992-	0	24.452.500-	1.864.900-	0	0	376.500-	27.138.992-

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Erträge aus Nutzungs-entgelten, Zuwendun- gen u. Um- lagen, pri- vatrechtl. Leistungs- entgelte, Kostener- stattungen u.-umlagen	Sonstige Erträge	Personal- aufwen- dungen	Aufwen- dungen für Sach- und Dienstleis- tungen	Transfer- aufwen- dungen	Sonstige Aufwen- dungen	Erträge aus internen Leistun- gen	Aufwen- dungen für interne Leistun- gen	Kalkula- torische Kosten	Nettores- sourcen- bedarf / -über- schuss
		(KoGr 31, 33, 34)	(KoGr 30, 32, 35-37, 50)	(KoGr 40, 41)	(KoGr 42)	(KoGr 43)	(KoGr 44 – 47,51)	(KoGr 38)	(KoGr 48)		(Spalten 1 bis 9)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
42	Sport u. Bäder	0	0	21.871-	35-	439.300-	49.569-	0	10.672-	2.301-	523.748-
51	Räumliche Planung u. Entwicklung	1.787.970	200	5.159.001-	77.805-	0	505.235-	143.000	2.829.311-	1.400-	6.641.581-
52	Bauen u. Wohnen	3.328.210	0	2.799.422-	9.706-	0	66.489-	300	1.249.124-	5-	796.236-
53	Ver- u. Entsorgung	500.000	3.083.600	0	0	861.600-	155.100-	0	0	56.100-	2.510.800
5370	- davon Abfallwirtschaft	0	3.083.600	0	0	215.500-	10.500-	0	0	0	2.857.600
54	Verkehrsflächen u. -anlagen, ÖPNV	16.190.200	470.200	9.255.703-	5.124.300-	18.605.700-	9.650.972-	479.100	2.370.849-	929.900-	28.797.924-
5470	- davon Verkehrsbetriebe / ÖPNV	4.635.300	0	542.980-	800-	18.605.700-	3.085.342-	0	268.057-	254.900-	18.122.479-
55	Natur- u. Landschaftspflege, Friedhofswesen	1.646.300	7.300	7.196.303-	109.000-	22.500-	363.129-	35.000	2.974.587-	1.000-	8.977.919-
5530	- davon Friedhofs- u. Bestattungs- wesen	0	0	1.192-	0	0	9-	0	230-	0	1.431-
56	Umweltschutz	741.130	89	2.719.343-	9.778-	0	1.357.680-	35.000	939.052-	111-	4.249.744-
57	Wirtschaft u. Tourismus	307.900	0	880.802-	8.076-	1.286.100-	450.297-	0	341.550-	0	2.658.925-
61	Allgemeine Finanzwirtschaft	571.514.700	903.100	0	0	32.350.400-	2.009.800-	0	0	0	538.057.600
6110	- davon Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	571.512.700	0	0	0	32.350.400-	0	0	0	0	539.162.300
6120	- davon sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	2.000	903.100	0	0	0	2.009.800-	0	0	0	1.104.700-
ORGA	Gesamtsumme	865.352.230	31.919.900	140.360.446-	54.067.800-	516.485.300-	176.973.760-	65.331.838	65.331.838-	2.251.900-	7.132.924

Haushaltsquerschnitt Finanzhaushalt

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Anteiliger veransch. Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Spalten 1-3)	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	anteiliger veransch. Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Spalten 1-3,5,6)	Verpflichtungsermächtigungen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung	50.260.203-	0	12.800-	50.273.003-	0	0	50.273.003-	305.000-
THH1	Bildung	14.587.328-	50.000	1.386.000-	15.923.328-	0	0	15.923.328-	650.000-
THH2	Soziales und Jugend	364.139.710-	0	0	364.139.710-	0	0	364.139.710-	0
THH3	Sicherheit und Ordnung	24.575.191-	0	739.000-	25.314.191-	0	0	25.314.191-	1.295.000-
THH4	Umwelt und Technik	30.167.390-	3.010.300	10.241.600-	37.398.690-	0	0	37.398.690-	2.750.000-
THH5	Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum	8.573.750-	0	46.000-	8.619.750-	0	0	8.619.750-	0
THH7	Allgemeine Finanzwirtschaft	514.986.622	602.900	2.201.000-	513.388.522	10.900.000	1.079.800-	523.208.722	0
ORGA	Gesamtsumme	22.683.050	3.663.200	14.626.400-	11.719.850	10.900.000	1.079.800-	21.540.050	5.000.000-



3. Übersicht über die Teilhaushalte



Teilhaushalt 0

Steuerung und Wirtschaftsförderung

Verantwortliche Dezernatsleitung:
Ulrich Bäuerlein

THH0 Steuerung und Wirtschaftsförderung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.033.834	565.800	850.700
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	5.704	3.600	9.600
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	173	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	14.932	15.500	14.200
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.929.950	2.271.166	2.624.720
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	193	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	293.279	299.900	323.400
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	3.278.065	3.155.966	3.822.620
12	-	Personalaufwendungen	17.340.059-	16.933.113-	15.721.358-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.652.603-	9.690.300-	10.749.000-
15	-	Abschreibungen	874.793-	833.600-	794.900-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	324-	700-	400-
17	-	Transferaufwendungen	1.306.743-	1.332.500-	1.483.600-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	19.565.235-	22.695.475-	25.839.890-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	46.739.756-	51.485.688-	54.589.148-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	43.461.691-	48.329.722-	50.766.529-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	49.985.136	57.094.222	60.384.281
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	11.756.041-	13.214.344-	14.021.386-
23	-	kalkulatorische Kosten	231.366-	165.200-	143.200-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	37.997.729	43.714.678	46.219.696
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	5.463.962-	4.615.044-	4.546.833-

THH0 Steuerung und Wirtschaftsförderung

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	3.276.764	3.148.066	3.808.720	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	44.914.764-	50.899.263-	54.068.923-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	41.638.000-	47.751.197-	50.260.203-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	44.730	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	8.055	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	52.785	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	48.896-	612.000-	12.800-	305.000-
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	48.896-	612.000-	12.800-	305.000-
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	3.889	612.000-	12.800-	305.000-
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	41.634.111-	48.363.197-	50.273.003-	305.000-

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_1	Rechnungsprüfungsamt

Budgetverantwortung: Herr A. Hornauer
Produktbereich: 11 Innere Verwaltung

Produktgruppen:	Produkte:
11.12 Steuerungsunterstützung und Controlling	1112010101 Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen (Standards)
11.13 Rechnungsprüfung	1113010101 Rechnungsprüfung Kernhaushalt
	1113010201 Rechnungsprüfung AVR Kommunal AöR
	1113010301 Rechnungsprüfung Freiherr von Ulner'sche Stiftung
	1113010501 Rechnungsprüfung Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis
	1113020101 Innenrevision AVR
	1113020201 Innenrevision Stift Sunnisheim
	1113020301 Innenrevision GRN
	1113020401 Rechnungsprüfung Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar

Produktgruppe: 11.12 Steuerung Rechnungsprüfungsamt
1112010101 Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen (Standards)

Auftragstyp:	Steuerungsleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage:	Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Erarbeitung / Weiterentwicklung von Grundsätzen, Rahmenregelungen und Standards (Handlungsrahmen) und deren Überwachung bzw. Durchsetzung für

- Technikunterstützte Informationsverarbeitung (TUI)
- Organisation
- Personalwirtschaft
- Finanzwirtschaft
- Zentrale Angelegenheiten des Kassen- und Rechnungswesens
- Corporate Identity
- Rechtswesen (Gesetzmäßigkeit der Verwaltung; einheitliche Rechtsanwendung)

Dazu gehören unter anderem folgende Regelungsbereiche: Leitbild, Qualitätsmanagement, betriebliches Vorschlagswesen, Vergabe von Dienstleistungen, Aufbau- und Ablauforganisation, Leistungsanreize, strategische Personalplanung, Budgetierung, Ressourcenbewirtschaftung, betriebswirtschaftliche Steuerung, kommunales Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen, Produkthaushalt, Zentrales Investitionsmanagement, Berichtswesen, kommunales Erscheinungsbild; Mitwirkung in der Bewertungskommission und in anderen Arbeitsgruppen

Produktgruppe: 11.13 Rechnungsprüfung
1113010101-020401 Rechnungsprüfung

Auftragstyp:	Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage:	GemO; GemPrO; Vereinbarungen mit den Gesellschaften des Rhein-Neckar-Kreises; Kreistagsbeschlüsse

Örtliche Prüfung Kernhaushalt, Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik, Freiherr von Ullrich'sche Stiftung, Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar und AVR Kommunal AöR

- Prüfung der Jahresabschlüsse
- Jährliche Kassenprüfungen, laufende Prüfung der Kassenvorgänge
- Prüfung des Nachweises der Vorräte und Vermögensbestände
- Prüfung der Anwendung finanzwirksamer DV-Programme

Prüfung und Bestätigung von Verwendungsnachweisen für Zuwendungen von Bund und Land; Prüfung der Organisation und Wirtschaftlichkeit der Verwaltung; Prüfung der Ausschreibungsunterlagen und des Vergabeverfahrens (VOB / VOL); Betätigungsprüfung

Innenrevision, Serviceleistung für

- GRN Gesundheitszentren (insbesondere Kassen- und Personalwesen)
- AVR Gesellschaften
- Stift Sunnisheim gGmbH

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Kosten (abzgl. ordentliche Erträge) der Rechnungsprüfung je EW aus der Produktgruppe 11.13	1,35 €	1,17 €	1,36 €
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	9,10	8,50	8,50
Beschäftigte			

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_1	Rechnungsprüfungsamt

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR 1	Ansatz 2025 EUR 2	Ansatz 2026 EUR 3
1 +	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2 +	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	0	0	0
3 +	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4 +	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5 +	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6 +	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7 +	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	168.933	239.000	244.400
8 +	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9 +	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10 +	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11 =	Anteilige ordentliche Erträge	168.933	239.000	244.400
12 -	Personalaufwendungen	781.610-	743.151-	843.620-
13 -	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14 -	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.865-	3.500-	3.500-
15 -	Abschreibungen	1.532-	0	0
16 -	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17 -	Transferaufwendungen	0	0	0
18 -	Sonstige ordentliche Aufwendungen	10.027-	10.545-	6.940-
19 =	Anteilige ordentliche Aufwendungen	796.034-	757.196-	854.060-
20 =	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	627.101-	518.196-	609.660-
21 +	Erträge aus internen Leistungen	775.143	710.274	810.794
22 -	Aufwendungen für interne Leistungen	158.972-	187.952-	200.063-
23 -	kalkulatorische Kosten	8-	0	0
24 =	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	616.164	522.322	610.731
25 =	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	10.937-	4.126	1.071

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_1	Rechnungsprüfungsamt

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
		Einzahlungs- und Auszahlungsarten	EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	137.661	239.000	244.400	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	793.448-	757.196-	854.060-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	655.787-	518.196-	609.660-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	655.787-	518.196-	609.660-	0

Erläuterungen:

Die Kostenerstattungen und -umlagen beinhalten die Erstattungen von Prüfungsleistungen für den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis, den Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar, die Freiherr von Ullrich'sche Stiftung, die GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH, die Jugendeinrichtung Stift Sunnisheim gGmbH sowie für die AVR Kommunal AöR und die AVR Gesellschaften.

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_2	Büro des Landrats

Budgetverantwortung: Frau S. Hartmann

Produktbereich: 11 Innere Verwaltung

Produktgruppen:	Produkte:
11.10 Steuerung	1110010103 Steuerung (Persönliche Referentin des Landrats) 1110010203 Kreistag, Ausschüsse 1110010303 Landrat und Dezernenten
11.11 Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung	1111010103 Geschäftsführung für den Kreistag und seine Ausschüsse
11.14 Zentrale Funktionen	1114060103 Repräsentation 1114090103 Agenda 2030 und Bildung nachhaltige Entwicklung 1114100103 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit
11.30 Medien- und Öffentlichkeitsarbeit	1130020103 Internet / Intranet, Präsentationen des Rhein-Neckar-Kreises 1130030103 Herausgabe von Print- und Non-Print Medien 1130040103 Werbung, Vermarktung, Ausschreibungen 1130050103 Medienarbeit

Produktbereich: 12 Sicherheit und Ordnung

Produktgruppe:	Produkte:
12.22 Einwohnerwesen / Bürgerservice	1222040103 Bürgerservice

Produktbereich: 56 Umweltschutz

Produktgruppe:	Produkte:
56.10 Umweltschutzmaßnahmen	5610070103 Klimaschutz

Produktgruppe: 11.10 Steuerung

1110010103 Steuerung (Persönliche Referentin des Landrats)

Auftragstyp:	Steuerungsleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage:	Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Persönliche Referentin des Landrats

1110010203 Kreistag, Ausschüsse

Auftragstyp:	Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage:	LKrO; Satzung über die Entschädigung ehrenamtlicher Tätigkeit

Kreistag, Ausschüsse; Aufwandsentschädigung für Kreisrätinnen und Kreisräte; Ehrungen für Kreistagsmitglieder

1110010303 Landrat und Dezernenten

Auftragstyp: Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage: LKrO; LBesO

Landrat (Personalkosten Landrat, Dezernenten, Sekretariat, Fahrer; Aufwandsentschädigung Erster Landesbeamter)

Produktgruppe: 11.11 Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung**1111010103 Geschäftsführung für den Kreistag und seine Ausschüsse**

Auftragstyp: Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage: LKrO

Organisation und Durchführung der Sitzungen; Abwicklung der Aufwandsentschädigungen; Angelegenheiten der Kommunalverfassung; Betreuung der Ratsmitglieder; Bearbeitung von Anträgen und Anfragen der Einwohner/-innen

Produktgruppe: 11.14 Zentrale Funktionen**1114060103 Repräsentation**

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Übernahme protokollarischer Aufgaben; Vorbereitung und Durchführung von Empfängen und Veranstaltungen für die Verwaltungsführung und die Dienststellen; Betreuung von Gästen, Kontaktpflege im Rahmen von Partnerschaften; Vornahme von kommunalen Ehrungen; Erstellung von Glückwunsch- und Kondolenzbriefen und sonstigem repräsentativen Briefverkehr für die Verwaltungsführung und damit zusammenhängenden Tätigkeiten; Koordination und Vertretung des Landrats bei Repräsentationsterminen; Beschaffung von Geschenken; Kontakte zu Kirchen, Vereinen, Verbänden, Institutionen, Europäischem Parlament, Parteien und Wählervereinigungen; Repräsentationen und Verfügungsmittel des Landrats

1114090103 Agenda 2030 und Bildung nachhaltige Entwicklung

Auftragstyp: Steuerungsleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Förderprogramm Koordination kommunaler Entwicklungspolitik (BMZ), Agenda 2030

Koordinierung Kommunaler Entwicklungspolitik; Bildung für nachhaltige Entwicklung; Förderung und Vernetzung von migrantischen, integrativen und entwicklungspolitischen Organisationen; Förderung und Vernetzung zivilgesellschaftlicher und kommunaler Akteurinnen und Akteure zur Umsetzung der Nachhaltigkeitsziele der Agenda 2030 der Vereinten Nationen

1114100103 Kommunale Entwicklungszusammenarbeit

Auftragstyp: Steuerungsleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Landesengagementstrategie Koalitionsvertrag des Landes Baden-Württemberg

Kommunale Anlaufstelle für Bürgerschaftliches Engagement; Stärkung des Bürgerschaftlichen Engagements; Vernetzung der Akteurinnen und Akteure; Initiierung und Unterstützung Bürgerschaftlichen Engagements; Demokratieförderung durch Bürgerschaftliches Engagement

Produktgruppe: 11.30 Medien und Öffentlichkeitsarbeit**1130020103 Internet / Intranet, Präsentationen des Rhein-Neckar-Kreises**

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Sitemanagement, Redaktion und Pflege; Screendesign, Administration und Anwenderbetreuung

1130030103 Herausgabe von Print- und Non-Print Medien

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Print- und Non-Print-Medien; Social Media, Beratung, Erarbeitung, Konzeption, Entwurf und Reinzeichnung; Redaktion, Ausschreibung, Druckvergabe; Veröffentlichung und Vertrieb; Darstellung der Belange der Kommunalverwaltung; Publikationen; Buchveröffentlichungen; Redaktion und Herstellung einer Mitarbeiterzeitung

1130040103 Werbung, Vermarktung, Ausschreibungen

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Beratung, Konzept, Formulierung, Gestaltung von Anzeigen; Entwicklung von Inhalten, Slogans, Bildauswahl, graphischen Konzeptionen, Layout und Reinzeichnung; Beschaffung von Werbemitteln

1130050103 Medienarbeit

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Fachliche Information der Medien durch Medieninformationen, Mediengespräche, laufende Kontakte; Einladungen zu offiziellen medienrelevanten Terminen; Organisation, Moderation und Nachbereitung von medienrelevanten Terminen und Pressekonferenzen; Vorbereitung von Pressemappen, Darstellung kommunalpolitischer Vorgänge, Reaktion auf unrichtige bzw. unvollständige Berichterstattung, Erstellung eines digitalen Pressespiegels; crossmediales Monitoring; Pressearchiv; Mitschnitt von Rundfunk- und Fernsehsendungen; Beratung der Verwaltungsspitze zu presserechtlichen und presserelevanten Fragen; Vermittlung von Medienkompetenz in der Verwaltung

Produktgruppe: 12.22 Einwohnerwesen / Bürgerservice**1222040103 Bürgerservice**

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Bereitstellung von Auskunft-, Beratungs- und weiteren Serviceleistungen als zentrale Anlaufstelle für den Bürger. Es handelt sich sowohl um Leistungen des Kreises für die Bürger als auch um Leistungen, die für andere Behörden erbracht werden.

Produktgruppe: 56.10 Umweltschutzmaßnahmen
5610070103 Klimaschutz

Auftragstyp: freiwillige Leistung

Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes; Prozesskoordination Klimaneutrale Kommunalverwaltung; Bilanzierung Klimaneutrale Kommunalverwaltung, Nutzersensibilisierung; Umsetzung EEA, Zusammenarbeit mit Kreiskommunen im Rahmen der Kooperationsvereinbarung zum Klimaschutz, CO₂-Bilanz, Umsetzung Marketing-Kampagne „Klimaschutz-Offensive“, Zusammenarbeit mit Partnern wie z.B. der KLiBA

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Anzahl der schriftlichen Pressemitteilungen	500	500	500
Kosten (abzgl. ordentliche Erträge) je Einwohner im Bereich „Öffentlichkeitsarbeit“	2,17 €	2,14 €	2,23 €

Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	3,00	3,00	3,00
Beschäftigte	11,50	13,50	11,50

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_2	Büro des Landrats

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	217.930	87.000	503.100
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	5.220	8.000	8.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	199.340	237.354	206.360
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.080	6.100	6.100
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	424.569	338.454	723.560
12	-	Personalaufwendungen	2.145.923-	2.643.195-	2.632.454-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	52.684-	106.600-	59.200-
15	-	Abschreibungen	24.519-	12.300-	11.100-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.884.420-	1.891.755-	2.151.940-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	4.107.545-	4.653.850-	4.854.694-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	3.682.976-	4.315.396-	4.131.134-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	3.055.226	3.599.851	3.819.564
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	727.553-	903.734-	999.440-
23	-	kalkulatorische Kosten	570-	300-	100-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	2.327.103	2.695.817	2.820.024
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.355.873-	1.619.579-	1.311.109-

THH0 Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_2 Büro des Landrats

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	334.474	338.454	723.560	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.051.742-	4.641.550-	4.843.594-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	3.717.268-	4.303.096-	4.120.034-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	3.717.268-	4.303.096-	4.120.034-	0

Erläuterungen:

Im Budget 0.2 Büro des Landrats werden sowohl die Geschäftsstelle Kreistag, die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit als auch der Klimaschutz finanziell abgebildet. Nach interner Umstrukturierung sind ab dem 01.01.2025 im Budget 0.2 zwei weitere Produkte angegliedert: Agenda 2030 und Bildung für nachhaltige Entwicklung sowie Bürgerschaftliches Engagement. Für das Haushaltsjahr 2026 plant die Verwaltung mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von rd. -4,3 Mio. €.

Auf der Ertragsseite ergeben sich Mehrerträge von rd. 385 T€ und somit ein Haushaltsansatz von insgesamt rd. 724 T€.

Bei den Zuweisungen und Umlagen sind im Vergleich zur Vorjahresplanung Mehrerträge von rd. 416 T€ zu verzeichnen. Mit der Neueinführung des Klimaschutzgesetzes (KlimaSchG) erhält der Kreis gem. §34c KlimaSchG für Maßnahmen der Klimawandelanpassung Landeszuweisungen von rd. 246 T€. Zudem plant die Verwaltung für die Finanzierung der regionalen Energieagenturen Zuweisungen von rd. 170 T€ ein. Diesen stehen Aufwendungen für entsprechende Klimaschutzmaßnahmen in derselben Höhe gegenüber (haushaltsneutral). Wie bereits im Vorjahr sind darüber hinaus Fördermittel des Landes für mehrere Personalstellen im Bereich Klimaschutz von rd. 87 T€ geplant.

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen verringert sich der Ansatz um rd. 31 T€ aufgrund einer geringeren Förderung der Personalkosten der Kommunalen Entwicklungspolitik.

Die ordentlichen Aufwendungen betragen für das Haushaltsjahr 2026 rd. 5,0 Mio. € (2025: 4,65 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Mehrbedarf von rd. 371 T€, der sich saldiert aus niedrigeren Personalaufwendungen (rd. -11 T€), geringeren Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen (rd. -48 T€), über Landeszuweisungen gedeckte Transferaufwendungen von rd. 170 T€ zur Finanzierung der regionalen Energieagenturen sowie höheren sonstigen ordentlichen Aufwendungen (rd. +260 T€) ergibt. Der Anstieg bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen ist im Wesentlichen auf höhere Geschäftsaufwendungen im Bereich Klimaschutz (rd. +190 T€), höhere Aufwendungen für ehrenamtlich Tätige (rd. + 26 T€) und Mehraufwendungen für die EDV-Verfahren (rd. +47 T€) zurückzuführen.

Für den Klimaschutz wurde eine Schlüsselposition gebildet. Diese wird im Folgenden näher betrachtet.

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_2	Büro des Landrats
561002-03	Umweltschutzmaßnahmen
5610070103	Klimaschutz

Ifd. Nr.	Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	217.930	87.000	503.100
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	29.476	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	92	89
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	247.406	87.092	503.189
12	-	Personalaufwendungen	358.905-	414.575-	414.658-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	595-	203-	1.196-
15	-	Abschreibungen	2.449-	2.251-	1.977-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.157.517-	1.076.701-	1.171.689-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	1.519.465-	1.493.730-	1.589.520-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.272.060-	1.406.637-	1.086.331-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	146.020-	166.739-	178.000-
27	-	kalkulatorische Kosten	90-	37-	18-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	146.110-	166.776-	178.018-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.418.170-	1.573.413-	1.264.349-

Erläuterungen:

Das ordentliche Ergebnis der Schlüsselposition Klimaschutz beträgt für das Jahr 2026 rd. -1,3 Mio. € (2025: -1,4 Mio. €). Für die Umsetzung von konsumtiven Maßnahmen des Klimaschutzes stehen Mittel in Höhe von rd. 1,2 Mio. € zur Verfügung (2025: 1,1 Mio. €).

Durch seine große Tragweite stellt der Klimaschutz eine Querschnittsaufgabe der Verwaltung dar, weshalb neben dem Referat Geschäftsstelle Klimaschutz im Büro des Landrats auch weitere Fachämter sowie der Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik (EBVIT) an der planerischen und operativen Umsetzung des Klimaschutzkonzeptes beteiligt sind. Demzufolge wird ein Großteil der Klimaschutzmittel in 2026 in den jeweiligen Budgets der Fachämter, getrennt nach Ergebnis- und Finanzhaushalt, und im Erfolgs- bzw. Liquiditätsplan des EBVIT veranschlagt. Eine Gesamtübersicht über die Klimaschutzmaßnahmen des Kernhaushaltes und des EBVIT im Jahr 2026 und die für die Umsetzung zur Verfügung gestellten Klimaschutzmittel sind unter Punkt 4 des Vorberichts aufgeführt.

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_3	Haupt- und Personalamt

Budgetverantwortung: Herr L. Würtele
Produktbereich: 11 Innere Verwaltung

Produktgruppen:	Produkte:
11.12 Steuerungsunterstützung / Controlling	1112010110 Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen (Standards) 1112010210 Geschäftsprozessoptimierung 1112020110 Ziel-, Leistungs- und Budgetvereinbarungen 1112030110 Vollzug des Ziel-, Leistungs- und Budgetplans (Controlling)
11.14 Zentrale Funktionen	1114030110 Gesamtpersonalrat 1114040110 Schwerbehindertenvertretung 1114050110 Datenschutz 1114110310 Inklusionsbeauftragte / Inklusionsbeauftragter
11.20 Organisation und EDV	1120010110 Organisationsberatung 1120030110 EDV im Personalwesen
11.21 Personalwesen	1121010110 Personalbedarfsdeckung 1121020110 Personalbetreuung 1121030110 Ausbildung 1121040110 Fortbildung (ämterübergreifend) 1121040210 Personalentwicklung 1121050110 Bezüge- und Entgeltabrechnung 1121060110 Freiwillige soziale Leistungen 1121060210 Kantinen 1121070110 Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Betriebliches Gesundheitsmanagement 1121080110 Aufwendungen für Gesamtverwaltung (Service)
11.23 Justizariat	1123050110 Abschluss, Verwaltung und Abwicklung v. Versicherungen
11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement, Technisches Immobilienmanagement	1124010110 Räumliche Infrastrukturplanung und Ausstattung
11.25 Grünanlagen, Werkstätten und Fahrzeuge	1125050110 Fahrzeuge 1125050210 Betreuung der Sonderfahrzeuge 1125050310 Sonstige Dienstleistungen Fuhrpark
11.26 Zentrale Dienstleistungen	1126010110 Zentrale Beschaffung 1126020110 Boten-, Zustell- und Postdienste 1126030110 Drucke 1126030210 Sonstige Dienstleistungen Druckerei 1126040210 Sonstige zentrale Dienstleistungen

Produktbereich: 12 Sicherheit und Ordnung

Produktgruppen:	Produkte:
12.22 Einwohnerwesen / Bürgerservice	1222040110 Bürgerservice und Einheitlicher Ansprechpartner
12.25 Sozialversicherung	1225010110 Bearbeitung von Sozialversicherungsangelegenheiten

Produktgruppe: 11.12 Steuerungsunterstützung / Controlling**1112010110 Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen (Standards)**

Auftragstyp: Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Erweiterung / Weiterentwicklung von Grundsätzen, Rahmenregelungen und Standards und deren Überwachung bzw. Durchsetzung für Personalwirtschaft, Hauptverwaltung und Organisation

1112010210 Geschäftsprozessoptimierung

Auftragstyp: Steuerungsleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Durchführung von Organisationsuntersuchungen, Beratung und Unterstützung bei daraus resultierenden Veränderungsprozessen; Verbesserung einzelner Geschäftsprozesse in der gesamten Verwaltung; Auswahl der Prozesse in Abstimmung mit den Organisationseinheiten; Istaufnahme, Visualisierung und Analyse der Geschäftsvorgänge; Aufzeigen von Verbesserungspotential; Entwicklung von Lösungen mit den Prozessbeteiligten in Arbeitsgruppen; Abstimmung von Lösungsalternativen mit Führungskräften und Auftraggebern; Begleitung während der Umsetzungsphase; Dokumentation und Evaluation; Unterstützung von Projekten und Moderation von Workshops und Arbeitsgruppen auf Anfrage der Fachämter

1112020110 Ziel-, Leistungs- und Budgetvereinbarungen

Auftragstyp: Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage: GemHVO

Ziel-, Leistungs- und Budgetvereinbarung für Personal
- Personalaufwendungen, Budgetabschätzungen und Haushaltsplan
- Zielvorgaben für Personal, Kunden- und Mitarbeiterzufriedenheit

1112030110 Vollzug des Ziel-, Leistungs- und Budgetplans (Controlling)

Auftragstyp: Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage: GemHVO; Kreistagsbeschluss

Zentrales Berichtswesen einschließlich Auswertung / Analyse und Handlungsempfehlungen für Steuerungsmaßnahmen (Verarbeitung und Auswertung von Personal- und Stellendaten)
- Personalkostencontrolling
- Budgetberichte zum Personalaufwand und den Erlösen
- Mitteilung an Budgetverantwortliche
- Berichtswesen über Zielerreichung im Personalwesen

Produktgruppe: 11.14 Zentrale Funktionen**1114030110 Gesamtpersonalrat**

Auftragstyp: Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage: LPersVG

Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Personalvertretungsrecht für die Gesamtverwaltung

1114040110 Schwerbehindertenvertretung

Auftragstyp: Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage: SGB IX

Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Schwerbehindertenvertretungsrecht für die Gesamtverwaltung

1114050110 Datenschutz

Auftragstyp: Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage: Anlage IV zur Kooperationsvereinbarung Informationstechnik (IT)

Erstattungen an die Gesundheitseinrichtung GRN gGmbH und dem EBVIT wegen der Inanspruchnahme des behördlichen Datenschutzbeauftragten für den Kernhaushalt und die kreiseigenen Schulen.

1114110310 Inklusionsbeauftragte / Inklusionsbeauftragter

Auftragstyp: Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage: SGB IX

Der Arbeitgeber bestellt eine Inklusionsbeauftragte bzw. einen Inklusionsbeauftragten, der/die ihn in Angelegenheiten schwerbehinderter Menschen verantwortlich vertritt; falls erforderlich, können mehrere Inklusionsbeauftragte bestellt werden. Der/die Inklusionsbeauftragte soll nach Möglichkeit selbst ein schwerbehinderter Mensch sein. Der/die Inklusionsbeauftragte achtet vor allem darauf, dass dem Arbeitgeber obliegende Verpflichtungen erfüllt werden.

Produktgruppe: 11.20 Organisation und EDV**1120010110 Organisationsberatung**

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan; LBG; Tarifvertrag

Beratung der Fachämter in Fragen der Aufbau- und Ablauforganisation; Pflege des Organisations- und Geschäftsverteilungsplans; Stellenbedarfsbemessung und -bewertung

1120030110 EDV im Personalwesen

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Verfahrenskosten des kommunalen Rechenzentrums (Komm.ONE) für das landeseinheitliche Verfahren dvv.personal; Betreuung und Weiterentwicklung der EDV im Personalwesen, insbesondere SAP HCM (SAP Human Capital Management) mit allen eingesetzten Komponenten

Produktgruppe: 11.21 Personalwesen**1121010110 Personalbedarfsdeckung**

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Personalgewinnung und Personaleinsatz; interne und externe Stellenausschreibungen; Bewerbervorauswahl; Durchführung von Auswahlgesprächen

1121020110 Personalbetreuung

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: LBG; Tarifverträge

Bearbeitung von Personalvorgängen; Beratung der Fachämter und der Mitarbeitenden in arbeits-, dienst- und personalrechtlichen Fragen; Konfliktmanagement; Personalführung

1121030110 Ausbildung

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilung; Kreistagsbeschluss

Personalbedarfsdeckung und Personalbetreuung der Auszubildenden; Durchführung der Ausbildung, insbesondere Vermittlung von Lerninhalten, ohne fachbereichsspezifische Ausbildungen (Forst, Vermessung, Landwirtschaft, Straßenwärter)

1121040110 Fortbildung (ämterübergreifend)

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: LBG; TVöD

Ermittlung des ämterübergreifenden Fortbildungsbedarfs; Planung, Organisation, Durchführung und finanzielle Abwicklung von Fortbildungsmaßnahmen

1121040210 Personalentwicklung

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: LBG; TVöD

Maßnahmen zur nachhaltigen Qualifizierung und Entwicklung der Mitarbeitenden (Verwaltungslehrgang 1 und 2; Programme für Nachwuchsführungskräfte und Führungskräfte etc.)

1121050110 Bezüge-und Entgeltabrechnung

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: LBG; Tarifverträge; Sozialversicherungsrecht; Steuerrecht; Zusatzversicherungsrecht

Berechnung und Anweisung der Bezüge für Beschäftigte, Beamte, Auszubildende, Versorgungsempfänger und Sonderleistungen (z. B. Reisekosten)

1121060110 Freiwillige soziale Leistungen

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss; Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Entwicklung, Ausgestaltung und Umsetzung freiwilliger sozialer Leistungen (z. B. Zuschuss des Arbeitgebers zum Betriebsausflug); Zuschuss des Arbeitgebers zum Jobticket; Abwicklung des Jobtickets; Beratung in Renten- und Versorgungsangelegenheiten usw. unter Berücksichtigung des gesellschaftlichen, rechtlichen und politischen Veränderungsprozesses und unter Wahrung der Personalvertretungsrechte sowie Mediation

1121060210 Kantinen

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Beschluss über den Betrieb einer Gemeinschaftseinrichtung

Verpachtung der Kantinen des Landratsamtes; Kosten im Zusammenhang mit der Beschaffung und Unterhaltung der Kantinenausstattung

1121070110 Arbeitsschutz, Arbeitsmedizin und Betriebliches Gesundheitsmanagement

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Arbeitsschutzvorschriften; BGV A2; Sozial- und Erziehungsdienst

Unterstützung, Beratung und Information des Arbeitgebers beim Arbeitsschutz und bei der Unfallverhütung durch Arbeitssicherheitskräfte in allen Fragen der Arbeitssicherheit und der ergonomischen Gestaltung der Arbeitsplätze

- Kosten Fachkraft für Arbeitssicherheit
- Betriebsärztliche Betreuung
- Gesundheitsmanagement
- Eingliederungsmanagement
- Brandschutz

1121080110 Aufwendungen für Gesamtverwaltung (Service)

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: FAG; Versorgungsansprüche; Kreistagsbeschluss; LBG; Tarifverträge

Aufwendungen für Gesamtverwaltung

- Kostenerstattung nach § 39 Abs. 18 FAG
- Kosten Versorgungsempfänger des Kreises
- Mitgliedsbeiträge an Verbände und Vereine
- Kosten für Beurlaubte und Mitarbeitende in Elternzeit
- Kosten für Mitarbeitende während der Freizeitphase der Altersteilzeit
- Kosten für außerplanmäßige Stellen, soweit diese keinem Fachbereich zuzuordnen sind

Produktgruppe: 11.23 Justizariat

1123050110 Abschluss, Verwaltung und Abwicklung von Versicherungen

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan; SGB VII; Satzung über die Unfallkasse Baden-Württemberg

Risikoanalyse, Abschluss und Verwaltung von Versicherungsverträgen unter Beteiligung der Fachbereiche; Geltendmachung von Versicherungsschutz; Bearbeitung von Ersatzansprüchen von Bediensteten; Umlage an die Unfallkasse Baden-Württemberg; Haftpflicht- und Eigenschadenversicherung

Produktgruppe: 11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement, Technisches Immobilienmanagement

1124010110 Räumliche Infrastrukturplanung und Ausstattung

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Sämtliche organisatorische Tätigkeiten, welche durch den Mieter durchzuführen bzw. zu veranlassen sind; Erhebung der Bedarfsanalyse sowie Erstellung von Belegungskonzepten im Rahmen der Raumplanung; Planung und Durchführung von Umzügen. Schnittstelle zum EBVIT und der Verwaltung.

Produktgruppe: 11.25 Grünanlagen, Werkstätten und Fahrzeuge

1125050110 Fahrzeuge

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Kosten im Zusammenhang mit dem Fuhrpark, Poolfahrzeuge (ohne Sonderfahrzeuge der Fachämter), Benzinkosten, Schadensabwicklung etc.

1125050210 Betreuung der Sonderfahrzeuge

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Kosten im Zusammenhang mit der Betreuung der Sonderfahrzeuge (Personalkosten für Schadensabwicklung, Unterhaltung etc., direkte Verbuchung der tatsächlichen Kosten bei den Produkten). Hierzu zählen alle Fahrzeuge außerhalb des Fuhrparkpools.

1125050310 Sonstige Dienstleistungen Fuhrpark

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Unter sonstige Dienstleistungen sind sämtliche Fahrdienste zu verstehen (Dienstleistungen für andere Ämter oder Dienstleistungen, welche nicht im Zusammenhang mit dem Fuhrpark stehen).

Produktgruppe: 11.26 Zentrale Dienstleistungen**1126010110 Zentrale Beschaffung**

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Kosten im Zusammenhang mit zentraler Beschaffung von Büroartikeln und Büroausstattung sowie zentraler Lagerverwaltung.

1126020110 Boten-, Zustell- und Postdienste

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Konzeption, Organisation und Durchführung der Postzustellung und des Postaustauschs; Postversandbearbeitung aller Sendungen für die Gesamtverwaltung, die durch Dritte oder eigenes Personal befördert werden; Umsetzung des Digitalisierungsprozesses des Postlaufs.

1126030110 Drucke

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Kosten im Zusammenhang mit der Fertigung von Drucken (Unterscheidung zu sonstigen Dienstleistungen im Bereich der Druckerei)

1126030210 Sonstige Dienstleistungen Druckerei

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Kosten im Zusammenhang mit der Gestaltung von Formularen, Flyern, Plakate etc. unter Einhaltung der Vorgaben des Corporate Design sowie den sonst. Dienstleistungen im Bereich der Druckerei (Binden, Lochen, Falzen, Kuvertieren), die nicht Farb- oder Schwarz-Weiß-Drucke sind.

1126040210 Sonstige zentrale Dienstleistungen

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Verwaltung der Sitzungssäle und Multifunktionsräume

Produktgruppe: 12.22 Einwohnerwesen / Bürgerservice
1222040110 Bürgerservice und Einheitlicher Ansprechpartner

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan; EU-Dienstleistungsrichtlinie

Bereitstellung von Auskunft-, Beratungs- und weiteren Serviceleistungen als zentrale Anlaufstelle für den Bürger. Es handelt sich sowohl um Leistungen des Kreises für die Bürger als auch um Leistungen, die für andere Behörden erbracht werden.
Kosten des Bürgerservices (Telefonvermittlung, Empfang); Koordination und Vertragsabwicklung der Leistungen des Einheitlichen Ansprechpartners (EA); Behördenrufnummer 115

Produktgruppe: 12.25 Sozialversicherung
1225010110 Bearbeitung von Sozialversicherungsangelegenheiten

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: § 93 SGB IV

Wahrnehmung der gesetzlichen Aufgaben des Versicherungsamtes nach § 93 SGB IV, insbesondere die Sachverhaltsklärung und Beratung

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Anzahl der 115 Anrufe	41.649	50.000	40.000
Anzahl der betreuten Mitarbeitenden	2.475	2.407	2.492
Anzahl der abgerechneten Personen	2.499	2.309	2.394
Anzahl der Auszubildenden	112	117	126
Anzahl der Jobtickets	559	539	607
Kosten (abzgl. ordentliche Erträge) je betreutem Mitarbeitenden im Bereich "Personalverwaltung" (Personalbetreuung, -bedarfsdeckung, EDV im Personalwesen, Fortbildung, Personalentwicklung, Betriebliches Gesundheitsmanagement, Organisationsberatung)	1.300,70 €	1.552,45 €	1.677,99 €
Kosten (abzgl. ordentliche Erträge) je abgerechnetem Mitarbeitenden im Bereich "Bezügeabrechnung"	169,73 €	215,85 €	240,81 €
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	44,91	40,88	44,96
Beschäftigte	47,22	49,61	45,03

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_3	Haupt- und Personalamt

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	40.956	47.100	62.300
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	5.704	3.600	9.600
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	9.565	7.500	2.700
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	966.137	1.213.719	1.503.220
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	10.020	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.032.382	1.271.919	1.577.820
12	-	Personalaufwendungen	10.195.225-	9.081.587-	7.598.843-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.542.426-	9.540.000-	10.649.900-
15	-	Abschreibungen	748.706-	734.600-	699.600-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.643.816-	3.880.745-	3.873.380-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	22.130.173-	23.236.932-	22.821.723-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	21.097.790-	21.965.013-	21.243.903-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	20.618.548	23.927.593	23.293.510
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	1.821.395-	2.365.081-	2.469.205-
23	-	kalkulatorische Kosten	230.310-	164.800-	143.000-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	18.566.844	21.397.712	20.681.305
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	2.530.947-	567.301-	562.598-

THH0 Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_3 Haupt- und Personalamt

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	1.024.656	1.268.319	1.568.220	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	21.458.607-	22.776.137-	22.370.169-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	20.433.952-	21.507.818-	20.801.949-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	44.730	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	8.055	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	52.785	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	31.765-	612.000-	12.800-	305.000-
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	31.765-	612.000-	12.800-	305.000-
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	21.020	612.000-	12.800-	305.000-
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	20.412.931-	22.119.818-	20.814.749-	305.000-

Erläuterungen:

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhen sich die ordentlichen Erträge insgesamt um rund 306 T€. Diese Entwicklung ist im Wesentlichen auf gestiegene Kostenerstattungen zurückzuführen. Insbesondere ist hier der Anstieg der Erstattungen des Eigenbetriebs Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis (EBVIT) zu nennen, der aus einer vermehrten Inanspruchnahme von Serviceleistungen des Haupt- und Personalamtes resultiert. Darüber hinaus wird der Planansatz für die Erstattungen von Arbeitgeberaufwendungen für Mutterschutz durch die Krankenkassen erhöht. Diese werden zentral im Budget des Haupt- und Personalamtes geplant, während die tatsächlichen unterjährigen Erstattungen verursachungsgerecht den Budgets der jeweiligen Fachämter zugeordnet werden.

Als Einsparvorgabe zur Konsolidierung des Haushalts werden die Personalaufwendungen pauschal um 5 Mio. € gekürzt (Vorjahr 4 Mio. €). Die Kürzung wird bei der Planung aus Vereinfachungsgründen zentral im Budget des Haupt- und Personalamtes in Abzug gebracht. Im Haushaltsvollzug erfolgt die Bewirtschaftung dezentral in den jeweiligen Budgets. Für nähere Erläuterungen wird auf die Anlage 1 verwiesen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen betreffen überwiegend die anfallenden Mietaufwendungen für die Verwaltungsgebäude in Höhe von 9,7 Mio. €, welche an den EBVIT zu entrichten sind. Der Haushaltsansatz erhöht sich gegenüber dem Vorjahr um rund 972 T€, was insbesondere auf die nunmehr ganzjährig einzuplanende Miete für das Verwaltungsgebäude in der Römerstraße 2 zurückzuführen ist.

Finanzhaushalt:

Die im Finanzhaushalt vorgesehenen Auszahlungen betreffen Investitionen für den Fuhrpark. Darüber hinaus werden Verpflichtungsermächtigungen in Höhe von 305 T€ für die Möblierung des Neubaus in der Römerstraße in Heidelberg gebildet.

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_5	Kämmereiamt

Budgetverantwortung: Frau A. Götz
Produktbereich: 11 Innere Verwaltung

Produktgruppen:	Produkte:
11.12 Steuerungsunterstützung / Controlling	1112010114 Grundsätze / Strategien Finanzwirtschaft 1112020114 Haushalts- und Finanzplanung 1112030114 Haushaltscontrolling / Jahresabschluss 1112040114 Beteiligungsmanagement
11.20 Organisation und EDV	1120030114 EDV im Finanzwesen
11.22 Finanzverwaltung, Kasse	1122010114 Gebührenkalkulation 1122010214 Anlagenbuchhaltung – beweglich 1122010314 Anlagenbuchhaltung – unbeweglich 1122010514 Haushalts- und betriebswirtschaftliche Dienstleistungen 1122020114 Aufgaben des Landkreises als Steuerschuldner 1122030114 Verwaltung der Freiherr von Ulner'schen Stiftung 1122060114 Buchhaltung und Zahlungsverkehr (Sonstiges) 1122060314 Buchhaltung und Zahlungsverkehr (Jugend- und Sozialhilfe) 1122070114 Zwangsweise Einziehung (Sonstiges) 1122070314 Zwangsweise Einziehung (Jugend- und Sozialhilfe) 1122070414 Forderungsmanagement 1122080114 Abwicklung von Geld- und Sachspenden

Produktgruppe: 11.12 Steuerungsunterstützung / Controlling
1112010114 Grundsätze / Strategien Finanzwirtschaft

Auftragstyp:	Steuerungsleistung
Auftragsgrundlage:	Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Erarbeitung / Weiterentwicklung von Grundsätzen, Rahmenregelungen und Standards (Handlungsrahmen) und deren Überwachung bzw. Durchsetzung für die Finanzwirtschaft, für zentrale Angelegenheiten des Kassen- und Rechnungswesens; strategisches Controlling

1112020114 Haushalts- und Finanzplanung

Auftragstyp:	Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage:	§§ 80, 85 GemO; GemHVO

Haushalts-, Finanz- und Investitionsplanung nach GemHVO; Ziel-, Leistungs- und Budgetvereinbarung; Aufstellung des Haushaltsplanentwurfes / Strategiebeschlusses; Leistungs- und Budgetplanung im Rahmen der Zieldimensionen; Auftragserfüllung, Wirtschaftlichkeit; Planung der Internen Leistungsverrechnungen sowie der kalkulatorischen Kosten, FAG, Kreisumlage

1112030114 Haushaltscontrolling / Jahresabschluss

Auftragstyp:	Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage:	§ 95 GemO; § 28 GemHVO

Zentrales Berichtswesen einschließlich Auswertung / Analyse und Handlungsempfehlungen für Steuerungsmaßnahmen

- Überwachung und Steuerung des Haushaltsvollzugs
- Rechenschaftsbericht zum Jahresabschluss
- Verarbeitung und Auswertung von Leistungs- und Betriebsdaten

Darlehens- und Schuldenverwaltung; Bewirtschaftung des Geld- und Kapitalvermögens; Erläuterung der Ergebnisse der Kosten- und Leistungsrechnungen, der Internen Leistungsverrechnungen sowie der kalkulatorischen Kosten; Bilanz

1112040114 Beteiligungsmanagement

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: § 102 ff GemO; EigBG; GmbHG

Prüfung der Möglichkeit der Ausgliederung, Privatisierung; Gründung, Verkauf, Auflösung, rechtliche Vorbereitung und Umsetzung (Gesellschaftsverträge etc.); Mitwirkung beim strategischen Controlling (Unternehmensleitbilder und -ziele, Abstimmung der Unternehmensziele mit den kommunalen Zielen); Wahrnehmung der Gesellschafterrechte; Abstimmung der Wirtschaftspläne und sonstigen Daten der Beteiligungen mit der Haushalts- und mittelfristigen Finanzplanung der Kommune; Steuerungsunterstützung der Budgets der Beteiligungen; Operatives Controlling durch Abweichungsanalysen, Informationsauswertungen und Steuerungsempfehlungen; regelmäßige Dokumentation der Beteiligungen u. a. durch Beteiligungsberichte gem. § 105 GemO; Vorbereitung und Begleitung der Umsetzung von Organ- und Kreistagsbeschlüssen; Europäisches Beihilferecht

Produktgruppe: 11.20 Organisation und EDV

1120030114 EDV im Finanzwesen

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: GemO; GemHVO; GemKVO

Betreuung der EDV-technischen Abwicklung des Finanzwesens; Anwendungsbetreuung und Schulungen; Integration und Schnittstellen; Berechtigungsverwaltung

Produktgruppe: 11.22 Finanzverwaltung, Kasse

1122010114 Gebührenkalkulation

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: § 4 Abs. 3 LGebG i. V. m. der Rechtsverordnung des Rhein-Neckar-Kreises; KAG

Kalkulation von Verwaltungs- und Benutzungsgebühren und Entgelten (LGebG, KAG u. a.); Durchführung von Plankostenrechnungen

1122010214 Anlagenbuchhaltung – beweglich

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: GemO; §§ 37, 38 GemHVO

Führen der Anlagenbuchhaltung; Zuweisungen und Zuschüsse des Kreises; Bilanz

1122010314 Anlagenbuchhaltung – unbeweglich

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: GemO; §§ 37, 38 GemHVO

Führen der Anlagenbuchhaltung (Tiefbau und stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen); Zuweisungen und Zuschüsse des Kreises; Bilanz

1122010514 Haushalts- und betriebswirtschaftliche Dienstleistungen

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: GemO; §§ 14, 16 GemHVO

Führen von Kosten- und Leistungsrechnungen (auch im Rahmen der Vergleichsringarbeit); sächliche Gemeinkosten; interne Leistungsverrechnungen; Stammdatenpflege (außer Geschäftspartner und Kreditoren)

1122020114 Aufgaben des Landkreises als Steuerschuldner

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: GemO; GemHVO; GemKVO; EigBG; GmbHG; UStG; GewStG; KStG

Aufbereitung, Prüfung, Abwicklung steuerlich relevanter Vorgänge und Erarbeitung der Steuererklärung (Umsatz-, Gewerbe-, Körperschaftsteuer); Beratung der Fachbereiche, Eigenbetriebe, Eigengesellschaften; Betreuung und Abwicklung von steuerlichen Außenprüfungen; Untersuchung steuerlicher Gestaltungsmöglichkeiten

1122030114 Verwaltung der Freiherr von Ulnerschen Stiftung

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Haushaltsplanung, Finanzplanung der Freiherr von Ulnerschen Stiftung; Steuerung des Vermögenseinsatzes; Budgetkontrolle; Rechnungslegung; Bearbeitung von Hilfeanträgen; Vermietung und Verpachtung von stiftungseigenen Gebäuden und Grundstücken

**1122060114 Buchhaltung und Zahlungsverkehr (Sonstiges) und
1122060314 Buchhaltung und Zahlungsverkehr (Jugend- und Sozialhilfe)**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: GemO; GemHVO; GemKVO

Personenkontenführung / Sachkontenführung Einzahlungen und Auszahlungen; Fertigung von Tages-, Zwischen- und Jahresabschlüssen; Sammlung und Aufbewahrung der Rechnungsunterlagen; Stammdatenpflege von Geschäftspartnern und Kreditoren; kassenmäßiger Abschluss; Durchführung der Abschlussbuchungen für die Haushaltsrechnung; Abwicklung unklarer und irrtümlicher Einzahlungen; zentrale DV-Erfassung; Annahme / Leistung von unbaren und baren Ein-/ Auszahlungen einschließlich Aufrechnungen; Planung und Gewährleistung der Kassenliquidität; Aufbewahrung und Beförderung von Zahlungsmitteln; Verwahrung von Wertgegenständen; Überwachung der Zahlstellen im Rahmen der Fachaufsicht; Leistungen für Dritte (z. B. fremde Kassengeschäfte)

**1122070114 Zwangsweise Einziehung (Sonstiges) und
1122070314 Zwangsweise Einziehung (Jugend- und Sozialhilfe)**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: GemO; GemHVO; GemKVO; LVwVG

Mahnungen, Beitreibung öffentlich-rechtlicher Geldforderungen; Einleitung der Zwangsvollstreckung privatrechtlicher Geldforderungen; Beitreibung von Geldforderungen für Dritte im Wege der Amts- bzw. Vollstreckungshilfe; Vorbereitung und Durchführung von Niederschlagung und Erlass (Haupt- und Nebenforderungen); Gewährung von Vollstreckungsaufschub und anderen Zahlungserleichterungen; Stundung; Festsetzung von Mahngebühren und Nebenforderungen

1122070414 Forderungsmanagement

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Erstellung verschiedener Statistiken und Kennzahlen zur Information an die Verwaltungsspitze und den Kreistag und zur Ermittlung von Grund- und Kennzahlen für den Haushaltsplan; Inkassoprozess (Schwachstellen identifizieren, Prozessoptimierung); Bereitstellung der Grundlagen für die jährliche Forderungsbewertung; Erarbeitung und laufende Fortschreibung eines Forderungsmanagementkonzeptes; laufende Optimierung des Ablaufes im Bereich „Zwangsweise Einziehung“ (inkl. Kommunikation mit Fachämtern)

1122080114 Abwicklung von Geld- und Sachspenden

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
 Auftragsgrundlage: GemO; GemHVO; GemKVO

Vereinnahmung von Geldspenden für Dritte und Weiterleitung; Entgegennahme und Prüfung von Sachspendenunterlagen; Ausstellung von Geld- und Sachspendenbescheinigungen; Vereinnahmung von Geldspenden an die eigene Körperschaft; Vorlagen an Verwaltungs- und Finanzausschuss sowie Anzeige an das Regierungspräsidium

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Bestand Bürgschaften			
- Anzahl:	76	71	85
- Volumen in T€:	133.476	150.798	132.094
Bestand Kredite Kernhaushalt (voraussichtlicher Stand zum 31.12.)			
- Anzahl: - Anzahl:	10	9	13
- Volumen in T€: - Volumen in T€:	23.807	41.025	39.308
- Zinsen je T€ Kreditvolumen	9,94	22,48	23,68
Bestand Kredite Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik (Verwaltung durch das Kämmereiamt über die Darlehensverwaltung)			
- Anzahl:	39	39	41
- Volumen in T€:	85.284	107.956	125.975
- Zinsen je T€ Kreditvolumen	25,30	27,57	25,71
Anzahl der Beteiligungen			
- unmittelbare Beteiligungen ab 50%:	4	4	4
- unmittelbare Beteiligungen unter 50%:	9	9	9
- mittelbare Beteiligungen ab 50%:	10	10	9
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	14,85	15,07	15,07
Beschäftigte	30,70	30,48	30,48

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_5	Kämmereiamt

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	219	0	200
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	173	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	561.723	578.293	650.740
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	193	0	0
9	+	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	278.304	293.800	317.300
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	840.612	872.093	968.240
12	-	Personalaufwendungen	3.409.713-	3.627.877-	3.723.692-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	51.631-	30.000-	28.300-
15	-	Abschreibungen	92.372-	82.200-	80.000-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	324-	700-	400-
17	-	Transferaufwendungen	180.400-	182.500-	197.500-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	13.656.950-	16.321.370-	19.337.775-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	17.391.390-	20.244.647-	23.367.667-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	16.550.778-	19.372.555-	22.399.427-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	25.471.770	28.787.421	32.396.539
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	8.710.106-	9.413.924-	9.996.897-
23	-	kalkulatorische Kosten	301-	0	100-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	16.761.363	19.373.497	22.399.542
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	210.585	942	115

THH0 Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_5 Kämmereiamt

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	758.919	867.793	963.940	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	16.321.897-	20.135.818-	23.314.296-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	15.562.978-	19.268.025-	22.350.356-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	17.131-	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	17.131-	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	17.131-	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	15.580.110-	19.268.025-	22.350.356-	0

Erläuterungen:

Gegenüber dem Vorjahr erhöhen sich die ordentlichen Erträge um insgesamt rd. 96 T€. Ursächlich hierfür sind im Wesentlichen höhere Kostenerstattungen und -umlagen wegen einer vermehrten Inanspruchnahme von Serviceleistungen des Kämmereramtes durch den EBVIT. Darüber hinaus werden bei den sonstigen ordentlichen Erträgen, insbesondere bei den Säumniszuschlägen und Mahngebühren, Mehrerträge erwartet.

Bei den Transferaufwendungen wird die Zahlung der Umlage an die Gemeindeprüfungsanstalt veranschlagt.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen beinhalten hauptsächlich Erstattungsanforderungen des EBVITs, Bereich IT. Die Aufwendungen für EDV werden zentral durch den EBVIT kalkuliert. Basierend darauf werden im Budget des Kämmereramtes die pauschal vom EBVIT angeforderten Erstattungen für die IT-Nutzung des Rhein-Neckar-Kreises über die beiden Abrechnungskostenstellen IT (Verwaltung und Schulen) und IT-Konzern in alle Budgets über die verwaltungsinternen Leistungsverrechnungen abgebildet. Diese Aufwendungen erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um rd. 2,7 Mio. €. Demgegenüber stehen Minderaufwendungen bei der Spitzabrechnung 2026 im Bereich IT-Schulen (Budget 1.1). In der Gesamtbetrachtung aller Budgets (Pauschalen und Spitzabrechnung) ergibt sich saldiert ein Mehraufwand für sämtliche IT-Leistungen des EBVITs von rd. 1,8 Mio. €.

Die pauschalen Erstattungen des Rhein-Neckar-Kreises an den EBVIT für die IT-Nutzung (u. a. PC, Telefonie, mobile Endgeräte) in Höhe von rd. 10,9 Mio. € verteilen sich im Haushaltsjahr 2026 wie folgt:

Erstattungen der Verwaltung:	rd. 8,8 Mio. €
Erstattungen der Schulen:	rd. 2,1 Mio. €.

Des Weiteren werden im Budget 0.5 pauschale Erstattungen für die Konzern-IT des Rhein-Neckar-Kreises an den EBVIT von rund 7,3 Mio. € veranschlagt.

Einzelne Kostenerstattungen an den EBVIT, z. B. für spezielle EDV-Verfahren, werden verursachungsgerecht in den ordentlichen Aufwendungen der einzelnen Budgets des Kernhaushalts veranschlagt. Im Budget des Kämmereramtes sind im Jahr 2026 Erstattungen an den EBVIT für EDV-Verfahren in Höhe von rd. 1 Mio. € geplant.

THH0 Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_6 Stabsstelle Wirtschaftsförderung**Budgetverantwortung: Frau D. Wagner****Produktbereich: 11 Innere Verwaltung**

Produktgruppe:	Produkt:
11.14 Zentrale Funktionen	1114070104 Europa

Produktbereich: 57 Wirtschaft und Tourismus

Produktgruppen:	Produkte:
57.10 Wirtschaftsförderung	5710010104 Wirtschaftsförderung
57.50 Tourismus	5750010104 Tourismus

Produktgruppe: 11.14 Zentrale Funktionen**1114070104 Europa**

Auftragstyp:	Steuerungsleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage:	Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Fachübergreifende Koordination, Moderation, Information und Beratung zu europäischen Angelegenheiten; Aufbau und Pflege von Kontaktstrukturen zu den für Europaangelegenheiten zuständigen staatlichen und nichtstaatlichen Stellen; Sichtung, Erschließung und Durchführung von EU-Förderprogrammen

Produktgruppe: 57.10 Wirtschaftsförderung**5710010104 Wirtschaftsförderung**

Auftragstyp:	Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage:	Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Beratung und Betreuung der Unternehmen im Kreis unter Beachtung der kommunalen Selbstverwaltungshoheit; regionale und überregionale Zusammenarbeit mit Städten; Gemeinden, der Metropolregion Rhein-Neckar, den Kammern als Interessensvertretungen der Wirtschaft und den weiteren Institutionen der Wirtschaftsförderung; Standortberatung; Maßnahmen zur Verbesserung der Standortfaktoren; Standortmarketing; Unterstützung und Mediation bei Genehmigungsverfahren; Verbesserung der Zusammenarbeit von Wirtschaft und Verwaltung; Bereitstellung der amtlichen Statistik

Auftragstyp:	Weisungsgebundene Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage:	ELR-Richtlinie

Abwicklung der Anträge auf Kreisebene des Entwicklungsprogramms Ländlicher Raum (ELR); Geschäftsstelle des Koordinierungsausschusses; Beteiligung des Rhein-Neckar-Kreises an der lokalen Aktionsgruppe (LEADER)

Produktgruppe: 57.50 Tourismus**5750010104 Tourismus**

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Stärkung des Tagungs- und Übernachtungstourismus; Steigerung des Bekanntheitsgrades der touristischen Attraktionen; verbesserte Wahrnehmung des Tourismus als Wirtschaftsfaktor; Optimierung der Abstimmung / Vernetzung über Gemeinde- und Landkreisgrenzen hinweg; Erhöhung der Lebensqualität für Einheimische und damit Verbesserung der Standortqualität; Interessenvertretung der touristischen Akteure; Unterstützung touristischer Akteure bei der Drittmittelgewinnung

Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	2,00	2,00	2,00
Beschäftigte	4,70	4,70	4,70

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_6	Stabsstelle Wirtschaftsförderung

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR 1	Ansatz 2025 EUR 2	Ansatz 2026 EUR 3
1 +	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2 +	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	774.729	431.700	285.100
3 +	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4 +	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5 +	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6 +	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	148	0	3.500
7 +	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	33.817	2.800	20.000
8 +	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9 +	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10 +	Sonstige ordentliche Erträge	2.875	0	0
11 =	Anteilige ordentliche Erträge	811.569	434.500	308.600
12 -	Personalaufwendungen	807.589-	837.302-	922.749-
13 -	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14 -	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.997-	10.200-	8.100-
15 -	Abschreibungen	7.665-	4.500-	4.200-
16 -	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17 -	Transferaufwendungen	1.126.342-	1.150.000-	1.286.100-
18 -	Sonstige ordentliche Aufwendungen	370.021-	591.060-	469.855-
19 =	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.314.614-	2.593.062-	2.691.004-
20 =	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.503.046-	2.158.562-	2.382.404-
21 +	Erträge aus internen Leistungen	64.448	69.083	63.874
22 -	Aufwendungen für interne Leistungen	338.014-	343.654-	355.781-
23 -	kalkulatorische Kosten	178-	100-	0
24 =	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	273.745-	274.671-	291.906-
25 =	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.776.790-	2.433.233-	2.674.311-

THH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
0_6	Stabsstelle Wirtschaftsförderung

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	1.021.055	434.500	308.600	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.289.070-	2.588.562-	2.686.804-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.268.015-	2.154.062-	2.378.204-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	1.268.015-	2.154.062-	2.378.204-	0

Erläuterungen:

Die ordentlichen Erträge betragen im Haushaltsjahr 2026 insgesamt rd. 309 T€ und sind bei den beiden Produkten Wirtschaftsförderung und Tourismus vorgesehen. Für Projekte der Wirtschaftsförderung (u. a. Smart Region „FREIRÄUME“) werden Zuweisungen von Bund und Land in Höhe von insgesamt rd. 150 T€ prognostiziert, während für die Förderung des Projektes WEITERSEHEN im Bereich des smarten, nachhaltigen Tourismus Zuweisungen des Bundes und des Landes in Höhe von rd. 135 T€ erwartet werden.

Die Transferaufwendungen beim Produkt Wirtschaftsförderung enthalten den Ansatz für die Zuweisungen an den Verband Region Rhein-Neckar. Die Verbandsumlage beläuft sich im Jahr 2026 auf rd. 1,3 Mio. € (+136 T€).

Die Reduzierung der sonstigen ordentlichen Aufwendungen um rd. 121 T€ gegenüber dem Vorjahr spiegelt sich hauptsächlich in den Geschäftsaufwendungen der beiden Produkte Wirtschaftsförderung und Tourismus wider und resultiert vor allem aus Maßnahmen zu Kostensenkungen, im Vorjahr abgeschlossener Projekte sowie Umplanungen.



Teilhaushalt 1

Bildung

Verantwortliche Dezernatsleitung:
Ulrich Bäuerlein

THH1
Bildung
Budgetverantwortung: Frau A. Reuter
Produktbereich: 11 Innere Verwaltung
Produktgruppen:

11.14 Zentrale Funktionen

11.26 Zentrale Dienstleistungen

11.30 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit

Produkte:

1114060112 Repräsentationen

1126040112 Zentrale Registratur
1126040212 Elektronische Schriftgutverwaltung

1130030112 Herausgabe von Print- und Non-Print-Medien

Produktbereich: 21 Schulträgeraufgaben
Produktgruppen:

21.20 Sonderpädagogische Bildungs- und
Beratungszentren und
Schulkindergärten

21.30 Berufsbildende Schulen

Produkte:

212003010112 Comeniuschule Schwetzingen
212003010212 Steinsberg Schule Sinsheim
212003010312 Maria-Montessori-Schule Weinheim
212003050412 Martinsschule Ladenburg

2130010112 Ehrhart-Schott-Schule Schwetzingen
2130010212 Friedrich-Hecker-Schule Sinsheim
2130010312 Hans-Freudenberg-Schule Weinheim
2130010412 Hubert-Sternberg-Schule Wiesloch
2130010512 Theodor-Frey-Schule Eberbach
2130020112 Carl-Theodor-Schule Schwetzingen
2130020212 Max-Weber-Schule Sinsheim
2130020312 Johann-Philipp-Reis-Schule Weinheim
2130020412 Johann-Philipp-Bronner-Schule Wiesloch
2130030212 Albert-Schweitzer-Schule Sinsheim
2130030312 Helen-Keller-Schule Weinheim
2130030412 Louise-Otto-Peters Schule Wiesloch
2130030612 Louise-Otto-Peters Schule Hockenheim

21.40 Schülerbezogene Leistungen

21.50 Sonstige schulische Aufgaben
und Einrichtungen

2140020212 Schulinternat Eberbach

2150010112 Öffentlichkeitsarbeit
2150020112 Jugendverkehrsschulen
2150030112 Zuschuss Graf-von-Galen-Schule
2150040112 Medienzentrum

Produktbereich: 25 Museen, Archiv, Zoo
Produktgruppe:

25.21 Archiv

Produkte:

2521010112 Pflege der Archivbestände
2521020112 Benutzerdienst
2521030112 Erforschung und Vermittlung der Orts- und
Landesgeschichte
2521040112 Beratungsleistungen

Produktbereich: 26 Theater, Konzerte, Musikschulen

Produktgruppe:	Produkt:
26.20 Musikpflege	2620040112 Förderung der Musik

Produktbereich: 28 Sonstige Kulturpflege

Produktgruppe:	Produkte:
28.10 Sonstige Kulturpflege	2810010112 Kulturförderung (sonst. Förderung ohne Musikförderung)
	2810020112 Kultur im Kreis
	2810020212 Eigene (Kultur-) Projekte, Kooperationen, Kulturpreise des Kreisarchivs

Produktbereich: 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Produktgruppe:	Produkt:
36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen	3620020112 Schulsozialarbeit an Berufsschulen im Rahmen des SGB VIII

Produktbereich: 42 Sport und Bäder

Produktgruppe:	Produkt:
42.10 Förderung des Sports	4210010112 Sportförderung

Produktgruppe: 11.14 Zentrale Funktionen
1114060112 Repräsentationen

Auftragstyp:	Steuerungsleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage:	Kreistagsbeschluss

Kontaktpflege im Rahmen der Städtepartnerschaften; Betreuung von Gästen

Produktgruppe: 11.26 Zentrale Dienstleistungen
1126040112 Zentrale Registratur

Auftragstyp:	Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage:	Maßgabe des Landesarchivgesetzes

Aufbau und Pflege der Zentralregistratur; Integration dezentraler Registraturen; Aktenausleihe; Aktenwiedervorlage; Überwachung der Aufbewahrungsfristen; Aktenaussonderung; Betreuung der aktuellen Zeitschriften und Reihen der Verwaltungsbücherei

1126040212 Elektronische Schriftgutverwaltung

Auftragstyp:	Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage:	Maßgabe des Landesarchivgesetzes

Organisatorische Betreuung und Pflege der Schriftgutverwaltungsverfahren; Beratung der Fachämter; Pflege und Fortschreibung des Aktenplans

Produktgruppe: 11.30 Presse- und Öffentlichkeitsarbeit**1130030112 Herausgabe von Print- und Non-Print-Medien**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Maßgabe des Landesarchivgesetzes

Betreuung von Buchreihen und Sonderveröffentlichungen; Beratung, Erarbeitung, Konzeption; Redaktion; Druckvergabe; Veröffentlichung; Eigenverlag des Rhein-Neckar-Kreises; Verkauf

Produktgruppe: 21.20 Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren und Schulkindergarten**212003010112 Comeniuschule Schwetzingen bis 212003050412 Martinsschule Ladenburg**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: § 28 Abs. 3 SchulG BW

Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebs durch Schaffung der sächlichen und personellen Voraussetzungen in Erfüllung der Aufgabe des örtlichen Schulträgers durch

- Wartung und Unterhaltung des beweglichen Vermögens der Einrichtung
- Beschaffung/Ausschreibung von beweglichem Inventar/Maschinen, Lehr- und Lernmitteln, Büromaterial
- Bereitstellung und Fortbildung der Schulverwaltungskräfte und Pflege-/Küchenpersonal
- Bereitstellung der Verpflegung gegen Entgelt einschl. des dazu notwendigen weiteren Personal- und Sachaufwands
- Öffentlichkeitsarbeit / Social Media / Beratung / Auskünfte
- Schulprojekte, Förderprojekte
- Durchführung von Veranstaltungen, Jubiläen
- Unterhaltung von Trainingswohnungen
- Zentrales Rechnungs- und Anweisungswesen
- Regionale Schulentwicklung, Übergang Schule in Ausbildung und Beruf, Projektbegleitung, Schulwesen mit digitaler Bildungsplattform / Bildungskompass Rhein-Neckar-Kreis
- Vorqualifizierungsjahr Arbeit / Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO)
- Ausbildungsvorbereitung inklusiv (AV-I) mit der Comeniuschule Schwetzingen
- Betriebskostenabrechnungen mit Umlandkommunen

Einnahme von Gebühren und Spenden; Betriebskostenabrechnung mit den Partnern der Martinsschule Ladenburg
Sicherstellung des Kindergartenbetriebs hinsichtlich der sonderpädagogischen Frühförderung unter Berücksichtigung der besonderen Bedürfnisse durch Schaffung der sächlichen und personellen Voraussetzungen

Produktgruppe: 21.30 Berufsbildende Schulen**2130010112 Ehrhart-Schott-Schule Schwetzingen bis 2130030612 Louise-Otto-Peters-Schule Hockenheim**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: § 28 Abs. 3 SchulG BW

Sicherstellung des Schul- und Unterrichtsbetriebs an den kommunalen gewerblichen, kaufmännischen und hauswirtschaftlichen Schulen und den entsprechenden Fachschulen durch Schaffung der sächlichen und personellen Voraussetzungen in Erfüllung der Aufgabe des örtlichen Schulträgers durch

- Wartung und Unterhaltung des beweglichen Vermögens der Einrichtung
- Beschaffung / Ausschreibung von beweglichem Inventar / Maschinen, Lehr- und Lernmitteln und Büromaterial
- Zentrales Rechnungs- und Anweisungswesen
- Bereitstellung und Fortbildung der Schulverwaltungskräfte
- Öffentlichkeitsarbeit / Social Media / Beratung / Auskünfte
- Schulprojekte, Förderprojekte
- Durchführung von Veranstaltungen, Jubiläen

- Regionale Schulentwicklung, Übergang Schule in Ausbildung, Studium und Beruf, Projektbegleitung, Schulwesen mit digitaler Bildungsplattform / Bildungskompass Rhein-Neckar-Kreis
- Vorqualifizierungsjahr Arbeit / Beruf mit Schwerpunkt Erwerb von Deutschkenntnissen (VABO)
- Ausbildungsvorbereitungen (AV, AV-I, AVdual)
- Generalistische Ausbildungen im Pflegebereich
- Lernfabrik 4.0 an diversen Schulen
- Kompetenzzentrum Übergang Schule Beruf Rhein-Neckar-Kreis

Erträge aus Gebühren und Spenden, Pachten Cafeterien und Mieten der kreiseigenen Sporthallen sowie Fachräumen

Produktgruppe: 21.40 Schülerbezogene Leistungen

2140020212 Schulinternat Eberbach

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

- Wartung und Unterhaltung des beweglichen Vermögens der Einrichtung
- Bereitstellung und Fortbildung der Schulverwaltungskräfte
- Zentrales Rechnungs- und Anweiswesen
- Abrechnungsverfahren Unterkunft und Verpflegung
- Ausschreibungen / Öffentlichkeitsarbeit / Beratung / Auskünfte
- Investitionen in die schulische Ausstattung, Bereitstellung von Lehr- und Lernmitteln und sonstigem Büromaterial
- Durchführung von Veranstaltungen, Jubiläen

Produktgruppe: 21.50 Sonstige schulische Aufgaben und Einrichtungen

2150010112 Öffentlichkeitsarbeit

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Information der am Schulleben Beteiligten über die Tätigkeiten und Ziele des Schulträgers sowie über bildungspolitische Maßnahmen des Landes durch

- Schulbericht, Blickpunkt Bildung
- Veranstaltungen
- Auskunft und Beratung zu allgemeinen schulischen Angelegenheiten im Einzelfall
- Schul-/ Schulartübergreifende Aktionen und Veranstaltungen
- Unterstützung, Information und Hilfeangebote durch die überregionale Homepage des Bildungskompasses sowie eines Instagram-Kanal

2150020112 Jugendverkehrsschulen

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

- Verkehrserziehung durch Jugendverkehrsschulen
- Unterhaltung und Betrieb der Jugendverkehrsschulfahrzeuge
- Bezuschussung der Jugendverkehrsschulen, darunter Übernahme KfZ-Versicherung, TÜV etc.

2150030112 Zuschuss Graf-von-Galen-Schule

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung

Bearbeitung der im Wesentlichen finanziellen Förderung von Schulen in anderer Trägerschaft (Graf-von-Galen-Schule)

2150040112 Medienzentrum

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Gesetz über die Versorgung der Schulen mit Filmen, Lichtbildern und Tonträgern

Ansaffung und Bereitstellung an Schulen und Vermietung an Dritte von datenschutzkonformen geeigneten Medien und Plattformen nach fachlichen und medienpädagogischen Gesichtspunkten; Pflege des Medienbestandes; Bereitstellung und Wartung von AV-Geräten, IT-Technik, Coding und Robotik; Weiterleitung defekter Geräte zur Reparatur; Beratung und Support von Schulen, Ämtern, Behörden und Vereinen usw. bei der Anschaffung und Nutzung von AV- und IT-Geräten, Unterrichtsmedien und Plattformen; technische Unterstützung im AV-Bereich bei Fortbildungs- und Informationsveranstaltungen; Durchführung von Fortbildungen zum Umgang und Einsatz von AV- und IT-Medien im Unterricht; Lernräume und Makerspaces zur Erprobung der AV- und IT-Medien für Schulen bereitstellen; Bekanntmachung und Bewerbung des Angebotes; Betriebskostenabrechnung mit der Stadt Heidelberg

Produktgruppe: 25.21 Archiv**2521010112 Pflege der Archivbestände**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Maßgabe des Landesarchivgesetzes

Mitwirkung und Beratung bei der Aktenordnung und -führung innerhalb der Gebietskörperschaft; Erfassung und Bewertung von kommunalen und staatlichen Unterlagen; Übernahme von kommunalem und staatlichem Archivgut in analoger und digitaler Form; Akquisition von nichtkommunalem Archivgut; Erschließung der Bestände; Verwahrung und Verwaltung der Bestände; Konservierung und Restaurierung der Bestände; Aufbau und Fortführung von Sammlungen; Aufbau und Fortführung von Verwaltungsbücherei und Präsenzbibliothek

2521020112 Benutzersdienst

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Maßgabe des Landesarchivgesetzes

Benutzerberatung und -betreuung; Vorlage von Archivgut (= Gesamtheit aller Informationsträger im Archiv); Bereitstellung von technischer Ausstattung und Einrichtung; Fertigung von analogen und digitalen Reproduktionen; Bearbeitung schriftlicher und telefonischer Anfragen; Gutachtertätigkeit

2521030112 Erforschung und Vermittlung der Orts- und Landesgeschichte

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Maßgabe des Landesarchivgesetzes

Eigene Forschung und Anregung von Forschungsprojekten; Ausarbeitungen zur Kreisgeschichte; Publikationen und Betreuung von Schriftenreihen, Sonderveröffentlichungen (Pflichtabgaben an Zentralbibliotheken), Ausstellungen und multimedialen Präsentationen; Führungen, Vorträge, Seminare u.a. archivpädagogische Angebote; Betreuung und Unterstützung von historischen Vereinen und Institutionen

2521040112 Beratung und Unterstützung

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Maßgabe des Landesarchivgesetzes

Beratung und Unterstützung bei der Aufbewahrung und Benutzung von Unterlagen (u.a. durch Fortbildungen) für Dritte (Private, Institutionen, Körperschaften); kommunale Archivpflege (nur Landkreise für Gemeinden)

Produktgruppe: 26.20 Musikpflege**2620040112 Förderung der Musik**

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

- Förderung von Jugendmusikschulen
- Förderung der Jungen Philharmonie Rhein-Neckar
- Förderung des RN Jazz-Orchester
- Förderung Blasmusiker, Jugend musiziert
- Förderung von Sängerkreisen
- Verleihung der Zelterplakette
- Förderung der Schwetzingen SWR-Festspiele

Produktgruppe: 28.10 Sonstige Kulturpflege**2810010112 Kulturförderung (sonstige Förderung ohne Musikförderung)**

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Mitgliedsbeiträge; Kunststiftung Baden-Württemberg; Erwerb von Grafiken, Bildern, Skulpturen

2810020112 Kultur im Kreis

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Durchführung der jährlichen Veranstaltungen im Rahmen von Kultur im Kreis

2810020212 Eigene (Kultur-) Projekte, Kooperationen, Kulturpreise des Kreisarchivs

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Maßgabe des Landesarchivgesetzes

In den Bereichen Literatur, Bildende Kunst, Darstellende Kunst, Film / Medien, Weiterbildung, Geschichte, Interkulturelles / Völkerverständigung, Wissenschaft, Interdisziplinäres, Kulturveranstaltungen in städtepartnerschaftlichen oder internationalen Beziehungen; Konzeption, Planung, Finanzierung, Organisation, Durchführung und Abwicklung von Veranstaltungen / Veranstaltungsreihen (auch in Kooperation mit Dritten) einschließlich Planung und Durchführung der Öffentlichkeitsarbeit und der Werbung

Produktgruppe: 36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen**3620020112 Schulsozialarbeit an Berufsschulen im Rahmen des SGB VIII**

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Förderung von jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind nach § 13 SGB VIII. Im Rahmen der Jugendhilfe werden ihnen lebensweltbezogene und lebenslagenorientierte sozialpädagogische Hilfen angeboten, die ihre schulische und berufliche Ausbildung, Eingliederung in die Arbeitswelt und ihre soziale Integration fördern. Dazu werden ihnen bei Bedarf Unterhaltssicherung und Krankenhilfe angeboten.

Schulsozialarbeit an der Martinsschule in Ladenburg zur Unterstützung und Beratung von Erziehungsberechtigten, der Schülerschaft oder des Kollegiums sowie Kontaktherstellung zu außerschulischen Netzwerkpartnerinnen und -partnern.

Produktgruppe: 42.10 Förderung des Sports
4210010112 Sportförderung

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
 Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Ideelle, materielle und finanzielle Förderung

- Förderung des Jugendsports
- Förderung der Sportkreisbüros
- Förderung von Ehrengaben für Sportveranstaltungen
- Förderung von Projekten der Sportkreise (z.B. Haifischprojekt)
- Förderung von nebenberuflichen Übungsleitern sowie Vereinsmanagerinnen und Vereinsmanagern
- Förderung des Sportstättenbaus einschließlich Investitionszuschüsse
- Organisation und Durchführung vom Fest des Sports
- Unterstützung des Abschlusses der Vereinbarungen zum Klimaschutz nach § 72a SGB

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Anzahl Schüler/innen			
- im körperbehinderten Bereich	256	256	246
- im geistig behinderten Bereich	362	362	395
- im gewerblichen Bereich	3.936	3.936	3.980
- im kaufmännischen Bereich	3.826	3.826	3.600
- im hauswirtschaftlich-sozialpädagogischen Bereich	2.550	2.550	2.319
Kostenaufwand je Schüler/in			
- im körperbehinderten Bereich	6.174,98 €	8.730,16 €	7.083,68 € ⁷
- im geistig behinderten Bereich	5.086,50 €	5.681,84 €	5.852,20 €
- im gewerblichen Bereich	1.749,07 €	2.179,86 €	1.929,99 €
- im kaufmännischen Bereich	867,50 €	1.333,64 €	891,60 €
- im hauswirtschaftlich-sozialpädagogischen Bereich	1.012,57 €	1.043,37 €	1.233,74 €
Anzahl der Entleihungen Bereich Medien	568	500	500
Anzahl der Entleihungen Bereich Geräte	1.840	1.500	1.500
Anzahl der Online-Distributions über Server SESAM – Anzahl Streams	58.218	30.000	60.000
Anzahl der Online-Distributions über Edupool – Anzahl Streams	23.734	30.000	25.000

Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	13,87	14,87	14,87
Beschäftigte	128,54	127,66	131,81

⁷ Kostenreduzierung aufgrund von höheren Zuweisungen vom Land auf Basis der neuen Schullastenverordnung zum 01.01.2026

THH1

Bildung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	19.194.702	19.355.400	23.611.500
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	315.265	207.200	86.700
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	2.496	2.500	2.000
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	494.160	292.100	290.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	3.542.363	3.552.890	3.665.451
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	174.277	55.200	51.100
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	23.723.263	23.465.290	27.706.751
12	-	Personalaufwendungen	9.436.527-	10.449.872-	11.055.484-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	22.598.337-	24.548.000-	23.696.300-
15	-	Abschreibungen	3.080.000-	2.962.300-	3.178.200-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	983.109-	1.125.100-	1.120.800-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.675.131-	3.656.665-	6.326.895-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	39.773.105-	42.741.937-	45.377.679-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	16.049.842-	19.276.647-	17.670.928-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	1.023.997	1.307.744	1.254.650
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	5.682.954-	6.342.780-	6.660.129-
23	-	kalkulatorische Kosten	382.946-	298.900-	348.100-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	5.041.903-	5.333.936-	5.753.579-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	21.091.745-	24.610.583-	23.424.507-

THH1

Bildung

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	23.275.556	23.246.090	27.612.151	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	37.306.313-	39.779.637-	42.199.479-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	14.030.757-	16.533.547-	14.587.328-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	44.700	53.000	50.000	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	25.000	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	12.154	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	81.854	53.000	50.000	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	1.318.947-	1.433.500-	1.386.000-	650.000-
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	1.580.318-	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	6.693-	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.905.958-	1.433.500-	1.386.000-	650.000-
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	2.824.105-	1.380.500-	1.336.000-	650.000-
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	16.854.862-	17.914.047-	15.923.328-	650.000-

Erläuterungen:

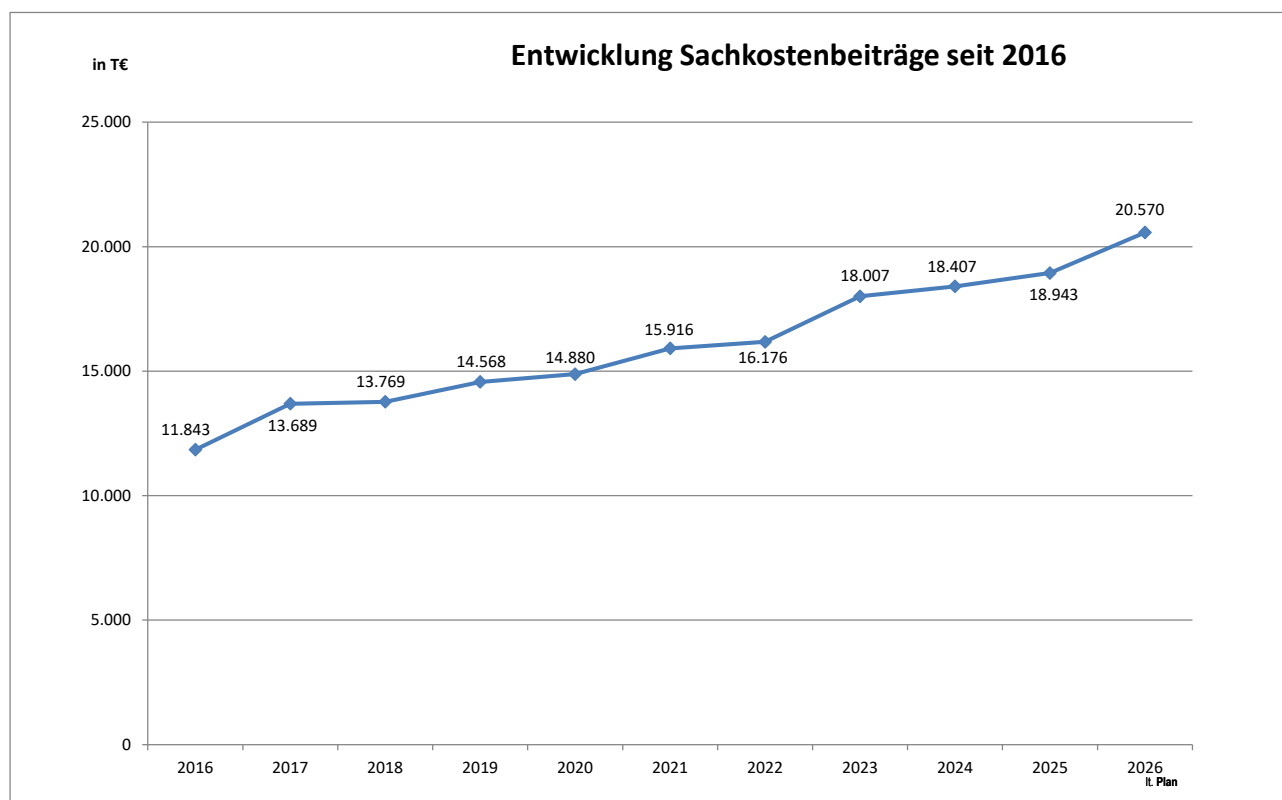
Der Teilhaushalt 1 Bildung weist im Haushaltsjahr 2026 ein ordentliches Ergebnis in Höhe von rd. -17,7 Mio. € aus. Die erwarteten ordentlichen Erträge belaufen sich auf insgesamt 27,7 Mio. €, während für den Betrieb und Unterhaltung der schulischen Einrichtungen des Rhein-Neckar-Kreises sowie des Kreisarchivs ordentliche Aufwendungen mit einer Gesamthöhe von 45,4 Mio. € erwartet werden.

Die wesentlichen ordentlichen Erträge, die sich überwiegend aus laufenden Zuwendungen, privatrechtlichen Leistungsentgelten sowie Kostenerstattungen und Kostenumlagen zusammensetzen, werden wie folgt näher erläutert:

Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen

An Zuweisungen des Landes werden im Haushaltsplan 2026 Erträge in Höhe von 23,6 Mio. € (+4,2 Mio. €) veranschlagt. Die Steigerung basiert zum einen auf den mit insgesamt 20,6 Mio. € (+1,7 Mio. €) höheren Sachkostenbeiträgen gegenüber dem Vorjahr aufgrund höheren Schülerzahlen bei den Berufsschulen in Teilzeit- und Vollzeitunterricht. Darüber hinaus erhöhen sich nach dem Entwurf der Schullastenverordnung 2026 sowohl bei den Berufsschulen als auch bei den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren die Pauschalen je Schüler und Schülerin im Vergleich zum Vorjahr. Hinsichtlich der Verteilung auf die einzelnen Schulen wird auf die Anlage 3 zum Haushaltsplan verwiesen.

Zum anderen werden für das Jahr 2026 zusätzliche Fördermittel vom Land aus dem DigiPakt 2.0 Schulen in Höhe von 2,6 Mio. € erwartet, die den weiteren Ausbau der Digitalisierung an den Schulen des Rhein-Neckar-Kreises unterstützen. Bei diesen Fördermitteln handelt es sich um ergebnisneutrale Erträge, die in voller Höhe an den EBVIT weitergeleitet werden (s.u. sonstige ordentliche Aufwendungen).



Privatrechtliche Leistungsentgelte

Darunter fallen vor allem Mieterlöse für die Nutzung der Sporthallen durch Vereine. Diese bewegen sich 2026 mit 0,1 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Des Weiteren werden bei den privatrechtlichen Entgelten Erträge für die Erstattung von Verpflegungskosten (Essensgelder Schüler) von 0,2 Mio. € eingeplant.

Kostenerstattungen und Kostenumlagen

Hier werden u.a. die Betriebskostenanteile für das Medienzentrum Heidelberg und für die Martinsschule Ladenburg veranschlagt, die von den Kommunalen Partnern zu übernehmen sind. Bei der Berechnung der Betriebskostenanteile wird der nicht gedeckte Aufwand der Einrichtung zu Grunde gelegt.

Der Anteil der Stadt Heidelberg für die Nutzung des Medienzentrums beläuft sich auf 23,9 %.

Bei der Martinsschule erfolgt die Aufteilung zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis, den Städten Heidelberg und Mannheim sowie dem Kreis Bergstraße anhand der jeweiligen (vorläufigen) Schülerzahlen. Im Haushalt 2026 wurden hieraus folgende Erträge veranschlagt:

- Medienzentrum	170 T€
- Martinsschule	2.700 T€
Summe	2.870 T€

Mit der Pflegeberufereform wurde ein völlig neues Finanzierungssystem zur Finanzierung der Pflegeausbildung eingeführt, welches sich auch auf die drei Pflegeschulen des Rhein-Neckar-Kreises auswirkt. Der Schullastenausgleich gemäß § 17 Finanzausgleichgesetz (FAG) findet für Schülerinnen und Schüler der generalistischen Pflegeausbildung (GP) keine Anwendung. Stattdessen erhält der Schulträger Erträge durch eine fondsbasierte Refinanzierung der schulischen Ausbildung aus Mitteln des Ausbildungsfonds Baden-Württemberg (AFBW) nach § 29 Pflegeberufegesetz (PflBG) in Verbindung mit § 1 Abs. 3 der ergänzenden Vereinbarung über Verfahrensregelungen bei der Finanzierung der Ausbildung nach dem PflBG in Baden-Württemberg. Für das Jahr 2026 sind Erträge über den AFBW in Höhe von 511 T€ sowie Erstattungen von den Trägern der praktischen Ausbildung (TpA's) von insgesamt 134 T€ geplant. Neben diesen Kostenerstattungen werden noch Zuweisungen vom Land für die GP (Schulraumförderung) in Höhe von 152 T€ erwartet.

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen

Gegenüber dem Vorjahr werden für Sach- und Dienstleistungen um rd. 0,9 Mio. € geringere Mittel in den Haushalt eingestellt. Hauptverantwortlich hierfür sind geringere Ansätze bei den Erstattungen an den Eigenbetrieb für den Erwerb von geringwertigem Vermögen IT-Schulen (-1,0 Mio. €). Diese Reduktion basiert überwiegend aufgrund einer Verschiebung des Ansatzes zu den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (s.u.) in Zusammenhang mit dem DigiPakt 2.0. Die Aufwendungen von insgesamt 23,7 Mio. € gliedern sich im Wesentlichen wie folgt:

- Mietaufwand an den Eigenbetrieb

Insgesamt setzt sich der Mietaufwand an den Eigenbetrieb aus den Bewirtschaftungs- und Unterhaltungsaufwendungen, den Abschreibungen, den anteiligen kalkulatorischen Zinsen und dem anteiligen Verwaltungsaufwand für die jeweiligen Objekte zusammen. Die Mietaufwendungen belaufen sich auf Basis der mit dem Eigenbetrieb vereinbarten festgeschriebenen Mietpreise im Jahr 2026 auf insgesamt 20,1 Mio. € und erhöhen sich somit um 0,3 Mio. €. Hauptverantwortlich hierfür sind die insgesamt gestiegenen Energie- und Unterhaltungskosten an den jeweiligen Schulzentren.

- Lehr- und Lernmittel

Die Lehr- und Lernmittel bewegen sich mit rd. 1,0 Mio. € im Jahr 2026 auf dem Niveau des Vorjahres.

- Unterhaltung des beweglichen Vermögens/Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände

Für die Unterhaltung des beweglichen Vermögens sowie den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen vom Fachamt direkt werden Mittel von rd. 0,8 Mio. € (+0,1 Mio.€) veranschlagt. Davon entfallen auf die Unterhaltung des beweglichen Vermögens 153 T€ und auf den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen 617 T€.

Des Weiteren sind in den Sach- und Dienstleistungen Aufwendungen veranschlagt, die mit dem EBVIT abgerechnet werden. Bei diesen Mitteln handelt es sich um den Erwerb von geringwertigem Vermögen IT-Schulen mit 379 T€ (-977 T€), Aufwendungen für EDV IT-Schulen i.H.v. 555 T€ (-35 T€), Mieten und Pachten IT-Schulen von 205 T€ (+43 T€) sowie für die Unterhaltung des bewegl. Vermögens IT-Schulen mit 15 T€ (-147 T€).

Für **Transferaufwendungen** werden im Haushaltsjahr 2026 erneut Mittel in Höhe von insgesamt 1,1 Mio. € bereitgestellt. Darin enthalten sind auch Mittel für Fördermaßnahmen Kultur (440,8 T€) und Sport (439,3 T€).

1.) Fördermaßnahmen

Budget	Produkt	Transferaufwendungen Kultur und Sport	Sachkonto	Plan 2025 in €	Plan 2026 in €	Differenz in €
1.1	2810010112	Kulturbüro Metropolregion	43180000	6.000	5.900	-100
	2810010112	Kunst- und Kulturpflege (allg.)	43182600	500	500	0
	2810020212	Kunst- und Kulturpflege (Kislau)	43182600	18.000	18.000	0
	2620040112	Kunst- und Kulturpflege (Musik)	43182600	108.000	108.000	0
	2620040112	Förd. von Jugendmusikschulen	43182601	270.000	280.000	+10.000
		Förd. Junge Philharmonie RN	43182602	19.600	21.600	+2.000
		Förd. RN Jazz-Orchester	43182603	6.800	6.800	0
	4210010112	Sportförderung – lauf. Zwecke	43184200	145.800	142.300	-3.500
		Sportförderung – Bauunterhaltung	43184201	54.000	54.000	0
		Sportförderung – nebenberufliche Übungsleiter	43184202	243.000	243.000	0
Summe		Transferaufwendungen Kultur und Sport		871.700	880.100	+8.400

2.) Sonstige Transferaufwendungen

Budget	Produkt	Sonstige Transferaufwendungen	Sachkonto	Plan 2025 in €	Plan 2026 in €	Differenz in €
1.1	2150010112	Zuschüsse an übrige Bereiche	43180000	5.000	8.000	+3.000
	2150010212	Jugendverkehrsschulen	43180000	13.000	0	-13.000
	3620020112	Schulsozialarbeit (AV-Dual, RÜM)	43180000	157.400	163.000	+5.600
	2150030112	Zuschuss Graf-von-Galen-Schule	43180000	10.000	5.000	-5.000
	212003010212	Steinsbergkindergarten Sinsheim	43180000	55.000	55.000	0
	3620020112	Schulsozialarbeit (kreiseigene Schulen)	43310000	13.000	9.700	-3.300
Summe		Sonstige Transferaufwendungen		253.400	240.700	-12.700
Summe		Transferaufwendungen insgesamt		1.125.100	1.120.800	-4.300

Transferaufwendungen Kultur und Sport:

Für die seit 2023 als einzelne freiwillige Leistung des Rhein-Neckar-Kreises projektierte Fördermaßnahme „Lernort Kislau“ werden 2026 erneut 18 T€ eingeplant.

Als anhaltende Maßnahme zur Haushaltskonsolidierung wurden bei den Fördermaßnahmen für Kultur und Sport im Wesentlichen die bereits im Jahr 2024 pauschal um 10 % gekürzten Ansätze beibehalten. Lediglich der Ansatz für die Sportförderung -laufende Zwecke- (-3,5 T€) sowie der Förderung der Jugendmusikschulen (+10 T€) und der Jungen Philharmonie Rhein-Neckar (+2 T€) wurden neu angepasst. Mit den Mitteln für laufende Zwecke sollen Jugendsportmaßnahmen (100 T€), Sportkreisbüros (18 T€) sowie Projekte der drei Sportkreise (9 T€) unterstützt werden. Des Weiteren werden erstmalig 10 T€ für die Finanzierung einer variablen FSJ-Stelle zur aktiven Unterstützung der Vereine in den drei Sportkreisen vorgesehen und 5 T€ werden für Zuschüsse zu Sportveranstaltungen, Ehrungen, Ehrenpreisen, etc. eingeplant. Im Vergleich zum Vorjahr entfallen die für 2025 einmalig bewilligten Fördermittel für das Haifisch-Schwimmprojekt im Sportkreis Heidelberg von 13,5 T€. Ausschlaggebend für die Steigerungen bei den Fördermitteln der Musik sind bei den Jugendmusikschulen gestiegene Personalkosten sowie höhere Musikerhonorare in Zusammenhang mit der Förderung der Jungen Philharmonie Rhein-Neckar.

Sonstige Transferaufwendungen:

Die Reduktion bei den sonstigen Transferaufwendungen basieren überwiegend auf einer neuen Zuordnung und Verbuchungsweise für die Jugendverkehrsschule (-13 T€). Die Mittel werden künftig über das Fuhrparkmanagement beim Budget 0.3 Haupt- und Personalamt verbucht. Der Ansatz für die Graf-von-Galen-Schule reduziert sich aufgrund rückläufiger erstattungspflichtiger Schüler um 5 T€.

Der Ansatz für den Zuschuss an die Lebenshilfe e.V. im Rahmen der übergebenen Trägerschaft des Steinsberg-Kindergartens in Sinsheim beläuft sich im Planjahr wiederum auf 55 T€. Mit diesem vertraglich vereinbarten Höchstbetrag soll im Rahmen einer nachgelagerten Spitzabrechnung ein eventuelles Defizit bei den laufenden Betriebsausgaben des Kindergartens abgedeckt werden. Die Defizitabdeckung wird nach fünf Jahren ab Betriebsbeginn evaluiert. Die Kürzung bei der Schulsozialarbeit um 3 T€ beruht auf der Umverteilung der Mittel auf Aus- und Fortbildungskosten für neue Mitarbeitende.

Bei den **sonstigen ordentlichen Aufwendungen** werden 2026 mit 6,3 Mio. € rd. 2,6 Mio. € mehr veranschlagt. Hauptverantwortlich hierfür sind Mehraufwendungen bei den Erstattungen an den EBVIT mit insgesamt 2,7 Mio. € (incl. Abschreibungen von rd. 0,1 Mio. €). Im Rahmen des DigiPaktes 2.0 werden 2026 Erstattungen vom Land in Höhe von 2,6 Mio. € erwartet, die vom Rhein-Neckar-Kreis als Schulträger direkt im Budget 1.1 vereinnahmt und ergebnisneutral an den EBVIT weitergeleitet werden. Mit diesen Fördermitteln wird der EBVIT den Auf- und Ausbau einer leistungsfähigen digitalen Bildungsinfrastruktur an den Schulen, die digitalisierungsbezogene Schul- und Unterrichtsentwicklung sowie die Initiative „Digitales Lehren und Lernen“ weiter vorantreiben.

In den sonstigen ordentlichen Aufwendungen sind darüber hinaus rd. 1,2 Mio. € für die anteiligen Prämienleistungen pro Schüler für die Schülerunfallversicherung bei der Unfallkasse Baden-Württemberg enthalten, die sich auf die einzelnen Schlüsselpositionen für die Schulen verteilen.

Für das Produkt Kultur im Kreis sind im Jahr 2026 Sachaufwendungen in Höhe von 75,7 T€ eingeplant. Der Minderaufwand gegenüber dem Jahr 2025 in Höhe von 25 T€ resultiert ausschließlich auf der im Jahr 2026 nicht stattfindenden Veranstaltung „Kultur am grünen Hang“ (Turnus alle zwei Jahre).

Finanzhaushalt:

Im Haushaltsjahr 2026 belaufen sich die Einzahlungen aus Investitionstätigkeit im Budget 1.1 auf insgesamt 50 T€, während für Auszahlungen Mittel in Höhe von rd. 1,4 Mio. € bereitgestellt werden.

Die jeweiligen Ein- und Auszahlungen verteilen sich im Jahr 2026 wie folgt:

Schule	lfd. Mittel in €	Sondermittel in €	Maßnahme Sondermittel	Gesamtsumme je Schule in €
Comeniusschule SW	11.000	19.500	Konvektomat	30.500
Steinsbergschule SI	9.000			9.000
Maria-Montessori-Schule WNH	8.000			8.000
Martinsschule Ldbg.	12.000	70.000	Pflegeliegen	82.000
Ehrhart-Schott-Schule SW	55.000	26.000 185.000 60.000 254.000	Kantenanleimmaschine Drehmaschinen Formatkreissäge Fräsmaschinen	580.000
Friedrich-Hecker-Schule SI	75.000	210.000	CNC-Fräsmaschine	285.000
Hans-Freudenberg-Schule WNH	60.000	24.000	Edu Trainer Universal (6 Stück)	84.000
Hubert-Sternberg-Schule WI	50.000	70.000	Licht-, Ton- und Medientechnik	120.000
Theodor-Frey-Schule EB	18.000			18.000
Carl-Theodor-Schule SW	18.000			18.000
Max-Weber-Schule SI	5.000			5.000
Johann-Philipp-Reis-Schule WNH	8.000			8.000
Johann-Philipp-Bronner-Schule WI	15.000			15.000
Albert-Schweitzer-Schule SI	15.000			15.000
Helen-Keller-Schule WNH	20.000			20.000
Louise-Otto-Peters-Schule WI	9.000			9.000
Louise-Otto-Peters-Schule HO	5.000			5.000
Kreisarchiv	8.000			8.000
Kunstgegenstände	17.500			17.500
Medienzentrum	28.000			28.000
Erwerb Amt 12 Sonstiges	21.000			21.000
Summe:	467.500	918.500		1.386.000

Mittel investiv insgesamt:
1.386.000
Saldo 2026: 1.336.000 (Saldo 2025: 1.380.500)
Einzahlungen investiv:
50.000

Verpflichtungsermächtigungen 2026:

Friedrich-Hecker-Schule SI	190.000	Neuausstattung Elektrolabor
Friedrich-Hecker-Schule SI	140.000	Laser Sinter Metalldrucker
Friedrich-Hecker-Schule SI	90.000	Breitbandschleifmaschine
Carl-Theodor-Schule SW	20.000	Umgestaltung Klassenräume
Martinsschule Ladenburg	210.000	Anschaffung Pflegeliegen
Gesamt:	650.000	

Die Einzahlungen von insgesamt 50 T€ ergeben sich aus Kostenanteilen der Kommunalen Partner Medienzentrum (6 T€) sowie bei der Martinsschule Ladenburg (44 T€)

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2120-12	Bereitstellung u. Betr. v. Sonderschulen
212003010112	Comenius Schule Schwetzingen

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR 1	Ansatz 2025 EUR 2	Ansatz 2026 EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.160.655	1.252.600	1.537.066
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	2.114	1.500	700
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	49.126	35.000	35.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	8	9
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	196	49	52
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.212.092	1.289.157	1.572.828
12	-	Personalaufwendungen	487.823-	595.302-	677.869-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	728.960-	570.950-	663.458-
15	-	Abschreibungen	106.757-	92.593-	88.939-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	173.400-	136.332-	170.210-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	1.496.940-	1.395.176-	1.600.476-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	284.848-	106.019-	27.649-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	215.691-	245.337-	263.689-
27	-	kalkulatorische Kosten	29.963-	24.199-	21.390-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	245.655-	269.536-	285.080-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	530.503-	375.555-	312.728-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon:			
- Unterhaltung des beweglichen Vermögens	4.610 €	2.500 €	2.500 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	5.561 €	5.000 €	5.000 €
- Lernmittel	15.382 €	17.000 €	17.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT.	638.200 €	455.000 €	533.500 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 19 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2120-12	Bereitstellung u. Betr. v. Sonderschulen
212003010212	Steinsberg-Schule Sinsheim

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	646.667	579.800	642.439
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	3.715	2.600	700
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	18.970	17.000	15.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	14.303	20.005	20.104
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	63.215	27	22
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	746.869	619.432	678.265
12	-	Personalaufwendungen	425.587-	417.279-	436.274-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	583.553-	811.758-	994.104-
15	-	Abschreibungen	67.970-	57.728-	160.468-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	55.000-	55.000-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	89.419-	72.197-	81.652-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	1.166.529-	1.413.962-	1.727.499-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	419.660-	794.530-	1.049.234-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	171.033-	181.573-	161.409-
27	-	kalkulatorische Kosten	34.665-	13.555-	77.338-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	205.698-	195.128-	238.747-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	625.358-	989.658-	1.287.981-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	2.767 €	1.500 €	3.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	1.713 €	2.000 €	2.000 €
- Lernmittel	6.771 €	8.500 €	8.500 €
- Mietaufw. an den EBVIT	528.400 €	719.700 €	926.800 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 10 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2120-12	Bereitstellung u. Betr. v. Sonderschulen
212003010312	Maria-Montessori-Schule Weinheim

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	693.857	746.800	901.080
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	1.934	1.400	600
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	29.425	26.000	21.200
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	36.132	5	5
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.300	829	1.930
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	762.648	775.034	924.815
12	-	Personalaufwendungen	498.648-	565.661-	617.014-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	565.533-	550.289-	576.631-
15	-	Abschreibungen	73.937-	65.653-	67.967-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	88.100-	77.230-	108.661-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	1.226.217-	1.258.833-	1.370.274-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	463.569-	483.798-	445.459-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	211.947-	239.290-	260.499-
27	-	kalkulatorische Kosten	5.654-	4.759-	4.952-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	217.601-	244.049-	265.451-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	681.170-	727.847-	710.910-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	12.189 €	3.000 €	4.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	4.454 €	3.000 €	3.500 €
- Lernmittel	7.222 €	8.000 €	8.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	481.300 €	456.700 €	485.100 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 10 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2120-12	Bereitstellung u. Betr. v. Sonderschulen
212003050412	Martinsschule Ladenburg

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.761.306	1.828.300	1.967.542
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	42.226	22.200	20.700
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	82.200	76.000	76.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.489.551	2.470.012	2.700.011
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	31.578	18.067	18.063
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	4.406.861	4.414.579	4.782.316
12	-	Personalaufwendungen	2.783.700-	3.105.294-	3.333.387-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.803.089-	2.078.605-	1.906.842-
15	-	Abschreibungen	268.586-	234.619-	200.262-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	316.958-	194.085-	271.795-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	5.172.334-	5.612.604-	5.712.287-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	765.473-	1.198.025-	929.971-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	17.000	10.000
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	729.913-	820.659-	783.907-
27	-	kalkulatorische Kosten	60.956-	43.437-	38.708-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	790.869-	847.096-	812.615-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.556.342-	2.045.121-	1.742.586-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	5.081 €	8.000 €	8.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	2.921 €	3.000 €	3.000 €
- Lernmittel	18.300 €	23.500 €	21.000 €
- Mietaufwand an den EBVIT	1.685.995 €	1.893.200 €	1.688.000 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 40 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbild. Schulen
2130010112	Ehrhart-Schott-Schule Schwetzingen

lfd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.097.358	1.025.100	1.239.129
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	20.584	19.200	10.700
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	72	100	100
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	6.390	1.600	1.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.500	34	39
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.836	1.699	1.728
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.129.740	1.047.734	1.252.697
12	-	Personalaufwendungen	197.029-	213.305-	199.418-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.525.851-	1.649.637-	1.531.867-
15	-	Abschreibungen	310.318-	296.333-	268.126-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	253.254-	221.753-	368.731-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.286.451-	2.381.028-	2.368.142-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.156.711-	1.333.294-	1.115.444-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	272.258-	309.570-	338.156-
27	-	kalkulatorische Kosten	28.424-	21.452-	18.789-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	300.682-	331.023-	356.946-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.457.393-	1.664.317-	1.472.390-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	56.303 €	34.500 €	50.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	6.663 €	6.000 €	6.500 €
- Lernmittel	90.788 €	120.000 €	115.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	1.186.300 €	1.253.000 €	1.235.000 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 35 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbld. Schulen
2130010212	Friedrich-Hecker-Schule Sinsheim

Ifd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.061.575	1.062.400	1.456.182
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	26.559	15.400	9.200
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	124	100	100
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.060	3.000	600
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	38	39
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	7.250	6.822	4.828
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.096.568	1.087.761	1.470.949
12	-	Personalaufwendungen	183.407-	196.443-	186.030-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.385.998-	1.626.908-	1.626.045-
15	-	Abschreibungen	350.685-	335.203-	379.641-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	221.295-	240.197-	517.834-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.141.385-	2.398.751-	2.709.550-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.044.816-	1.310.990-	1.238.601-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	245.653-	230.013-	229.370-
27	-	kalkulatorische Kosten	24.410-	20.680-	18.174-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	270.063-	250.693-	247.544-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.314.880-	1.561.683-	1.486.145-

zu Ifd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	20.452 €	18.000 €	19.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	3.495 €	6.000 €	6.000 €
- Lernmittel	64.467 €	95.000 €	85.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	1.117.800 €	1.276.200 €	1.344.000 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 56 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbild. Schulen
2130010312	Hans-Freudenberg-Schule Weinheim

lfd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.224.523	1.110.600	1.403.361
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	42.356	26.400	6.900
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	403	100	100
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	9.403	6.600	5.500
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.267	36	36
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	997	1.208	1.211
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.279.949	1.144.944	1.417.108
12	-	Personalaufwendungen	175.221-	188.348-	186.187-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.301.353-	1.296.389-	1.301.477-
15	-	Abschreibungen	339.763-	391.269-	451.732-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	217.178-	222.569-	354.133-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.033.515-	2.098.574-	2.293.529-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	753.566-	953.630-	876.421-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	295.228-	267.338-	290.813-
27	-	kalkulatorische Kosten	37.154-	36.480-	52.502-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	332.383-	303.818-	343.315-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.085.949-	1.257.448-	1.219.737-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	13.805 €	15.000 €	13.700 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	4.825 €	14.000 €	13.000 €
- Lernmittel	52.065 €	65.000 €	60.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	1.078.800 €	1.003.100 €	1.093.400 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 25 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbild. Schulen
2130010412	Hubert Sternberg-Schule Wiesloch

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.314.188	1.291.900	1.535.644
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	64.699	42.000	25.000
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	598	100	100
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	32.919	27.000	29.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	51	48
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	10.883	3.697	481
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.423.286	1.364.748	1.590.273
12	-	Personalaufwendungen	185.604-	204.018-	211.905-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.558.601-	2.253.836-	2.038.148-
15	-	Abschreibungen	331.841-	311.023-	274.802-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	278.861-	304.416-	452.638-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.354.907-	3.073.293-	2.977.493-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	931.621-	1.708.546-	1.387.219-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	263.657-	330.568-	342.731-
27	-	kalkulatorische Kosten	17.712-	14.165-	10.185-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	281.369-	344.733-	352.917-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.212.989-	2.053.278-	1.740.136-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	9.745 €	9.000 €	9.200 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	10.095 €	15.000 €	13.000 €
- Lernmittel	78.384 €	97.000 €	90.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	1.222.100 €	1.817.500 €	1.770.600 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 50 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbild. Schulen
2130010512	Theodor-Frey-Schule Eberbach

lfd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	721.942	722.800	968.130
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	7.510	1.800	1.000
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	45	200	200
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	3.369	3.600	3.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	26	24
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.227	1.852	1.839
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	735.093	730.278	974.194
12	-	Personalaufwendungen	203.831-	217.202-	221.956-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.118.181-	1.658.866-	1.714.084-
15	-	Abschreibungen	191.734-	176.750-	146.498-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	169.867-	185.631-	344.032-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.683.612-	2.238.448-	2.426.571-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.948.520-	1.508.170-	1.452.377-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	191.132-	287.428-	304.722-
27	-	kalkulatorische Kosten	11.206-	8.309-	5.840-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	202.338-	295.737-	310.563-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	2.150.857-	1.803.907-	1.762.940-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	8.017 €	9.000 €	7.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	7.801 €	9.000 €	8.500 €
- Lernmittel	45.687 €	50.000 €	50.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	1.914.500 €	1.364.700 €	1.537.500 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 45 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbild. Schulen
2130020112	Carl-Theodor-Schule Schwetzingen

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	2.250.380	2.225.100	2.916.191
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	1.394	800	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	128	200	200
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	26.762	15.000	17.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	66	60
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.126	1.384	1.350
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.280.790	2.242.550	2.934.802
12	-	Personalaufwendungen	220.304-	237.138-	247.015-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.027.570-	2.928.179-	2.138.061-
15	-	Abschreibungen	180.074-	186.966-	170.116-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	332.848-	379.567-	943.565-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.760.797-	3.731.848-	3.498.758-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	480.007-	1.489.298-	563.957-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	280.937-	281.161-	263.407-
27	-	kalkulatorische Kosten	26.269-	23.034-	19.008-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	307.207-	304.195-	282.415-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	787.214-	1.793.493-	846.371-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	396 €	5.000 €	4.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	20.937 €	30.000 €	25.000 €
- Lernmittel	76.089 €	96.000 €	90.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	1.672.700 €	2.041.100 €	1.884.300 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 27 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbild. Schulen
2130020212	Max-Weber-Schule Sinsheim

lfd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.123.226	1.095.800	1.336.203
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	1.633	1.100	200
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	68	100	100
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	20.685	15.000	15.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	35	31
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	875	301	277
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.146.487	1.112.335	1.351.811
12	-	Personalaufwendungen	159.937-	170.653-	177.679-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.433.913-	1.457.816-	1.242.221-
15	-	Abschreibungen	46.386-	60.720-	116.168-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	173.693-	201.612-	457.905-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	1.813.929-	1.890.801-	1.993.973-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	667.443-	778.466-	642.162-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	169.930-	204.187-	206.453-
27	-	kalkulatorische Kosten	4.281-	5.009-	3.774-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	174.211-	209.196-	210.226-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	841.653-	987.662-	852.389-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	9.732 €	3.000 €	5.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	11.804 €	13.000 €	13.000 €
- Lernmittel	60.777 €	54.000 €	55.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	1.162.300 €	1.151.900 €	1.044.100 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 26 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbild. Schulen
2130020312	Johann-Philipp-Reis Schule

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.061.244	1.066.700	1.380.128
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	34.719	25.000	1.200
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	125	200	100
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	61.347	35.000	40.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	33	34
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.058	692	695
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.159.492	1.127.625	1.422.156
12	-	Personalaufwendungen	162.814-	190.959-	195.337-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.170.756-	1.138.315-	1.164.044-
15	-	Abschreibungen	130.564-	133.058-	119.761-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	173.609-	195.720-	318.213-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	1.637.743-	1.658.052-	1.797.354-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	478.251-	530.427-	375.199-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	159.727-	213.093-	197.316-
27	-	kalkulatorische Kosten	6.127-	5.803-	4.078-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	165.854-	218.896-	201.394-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	644.105-	749.322-	576.592-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	2.141 €	4.500 €	3.500 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	5.873 €	9.000 €	8.500 €
- Lernmittel	35.440 €	30.000 €	35.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	941.900 €	925.500 €	1.010.700 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 33 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbild. Schulen
2130020412	Johann-Philipp-Bronner-Schule

lfd. Nr.		Schlüsselposition	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
		Ertrags- und Aufwandsarten	EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.304.492	1.263.200	1.619.663
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	7.442	6.600	2.700
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	108	200	200
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	41	39
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	5.726	435	424
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.317.768	1.270.475	1.623.026
12	-	Personalaufwendungen	162.648-	174.770-	177.591-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.471.535-	1.736.471-	1.647.408-
15	-	Abschreibungen	113.249-	98.291-	82.269-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	205.239-	235.154-	437.283-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	1.952.671-	2.244.686-	2.344.552-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	634.903-	974.211-	721.526-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	212.783-	208.333-	209.466-
27	-	kalkulatorische Kosten	6.396-	4.746-	3.414-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	219.179-	213.079-	212.880-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	854.081-	1.187.290-	934.406-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	2.390 €	5.000 €	4.500 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	5.430 €	7.000 €	7.000 €
- Lernmittel	35.972 €	35.000 €	36.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	1.224.500 €	1.427.300 €	1.408.900 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 33 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbild. Schulen
2130030212	Albert-Schweitzer-Schule Sinsheim

lfd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.113.961	1.216.100	1.360.752
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	6.014	1.500	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	251	200	200
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	24.000	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	129.921	146.031	145.032
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.247	1.679	1.684
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.276.393	1.365.510	1.507.668
12	-	Personalaufwendungen	213.172-	249.676-	253.253-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.236.280-	1.263.224-	1.311.259-
15	-	Abschreibungen	101.456-	94.405-	160.175-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	208.695-	184.178-	324.227-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	1.759.602-	1.791.483-	2.048.914-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	483.209-	425.973-	541.246-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	212.774-	205.292-	211.490-
27	-	kalkulatorische Kosten	8.340-	7.735-	6.670-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	221.114-	213.027-	218.160-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	704.323-	639.000-	759.406-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	3.905 €	4.500 €	4.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	12.233 €	15.000 €	15.000 €
- Lernmittel	41.217 €	58.000 €	50.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	1.058.000 €	1.025.800 €	1.090.300 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 53 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbild. Schulen
2130030312	Helen-Keller Schule Weinheim

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.375.460	1.356.600	1.579.887
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	32.953	21.400	800
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	300	200	100
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	48.000	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	334.112	386.036	298.044
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviere Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	4.361	1.707	1.755
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.795.186	1.765.942	1.880.585
12	-	Personalaufwendungen	204.038-	241.741-	244.598-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.583.172-	1.313.810-	1.576.407-
15	-	Abschreibungen	270.404-	247.165-	297.041-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	226.579-	208.660-	410.835-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.284.192-	2.011.375-	2.528.881-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	489.006-	245.433-	648.296-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	224.243-	187.240-	192.410-
27	-	kalkulatorische Kosten	50.885-	40.752-	40.158-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	275.128-	227.992-	232.568-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	764.134-	473.425-	880.864-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	2.468 €	5.500 €	5.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	11.518 €	14.000 €	13.000 €
- Lernmittel	53.410 €	60.000 €	56.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	1.354.100 €	995.100 €	1.324.000 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 33 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbld. Schulen
2130030412	Louise-Otto-Peters-Schule Wiesloch

lfd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	826.980	896.300	1.140.692
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	1.691	1.100	300
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	184	200	100
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	595-	27	29
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.272	1.159	1.165
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	830.533	898.787	1.142.285
12	-	Personalaufwendungen	258.294-	287.989-	293.260-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	918.221-	1.141.240-	1.165.979-
15	-	Abschreibungen	85.571-	87.497-	76.289-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	167.555-	161.437-	303.442-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	1.429.641-	1.678.163-	1.838.971-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	599.108-	779.376-	696.685-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	152.034-	180.025-	175.037-
27	-	kalkulatorische Kosten	5.389-	4.095-	2.857-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	157.423-	184.121-	177.894-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	756.532-	963.497-	874.579-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	2.497 €	4.000 €	3.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	6.685 €	8.000 €	8.000 €
- Lernmittel	32.999 €	35.000 €	30.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	806.100 €	967.900 €	1.040.700 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 35 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2130-12	Bereitst. u. Betr. v. berufsbild. Schulen
2130030612	Louise-Otto-Peters Schule Hockenheim

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	426.176	468.100	459.613
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	9.855	7.100	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	30	100	100
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	28.000	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	214.239	241.016	202.016
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.368	593	594
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	680.668	716.908	662.323
12	-	Personalaufwendungen	87.559-	117.669-	119.395-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	717.361-	607.109-	607.464-
15	-	Abschreibungen	48.248-	43.026-	58.344-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	85.151-	98.963-	154.944-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	938.318-	866.766-	940.147-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	257.651-	149.858-	277.823-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	72.490-	57.496-	60.120-
27	-	kalkulatorische Kosten	9.996-	8.188-	8.262-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	82.486-	65.684-	68.382-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	340.137-	215.542-	346.205-

zu lfd. Nr. 14:	2024	2025	2026
davon: - Unterhaltung des beweglichen Vermögens	1.383 €	1.000 €	1.000 €
- Lehr- und Unterrichtsmaterial	6.067 €	5.000 €	5.500 €
- Lernmittel	15.312 €	25.000 €	23.000 €
- Mietaufw. an den EBVIT	483.000 €	498.900 €	529.100 €

Für den Erwerb von geringwertigen Vermögensgegenständen bis 1 T€ wird ein Pauschalbetrag in Höhe von 7 T€ veranschlagt. Über die jeweilige Anschaffung entscheidet das Amt für Schulen, Kultur und Sport.

THH1	Bildung
1_1	Amt für Schulen, Kultur und Sport
2150-12	Sonst. schulische Aufgaben u. Einricht.
2150040112	Medienzentrum

Ifd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	11.299	0	0
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	7.868	10.100	6.000
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	30	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	9.872	4.500	4.500
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	174.731	160.000	170.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.198	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	204.998	174.600	180.500
12	-	Personalaufwendungen	310.909-	332.790-	347.148-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	139.304-	155.547-	203.011-
15	-	Abschreibungen	29.559-	23.112-	23.335-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.169-	23.542-	22.645-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	503.940-	534.991-	596.139-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	298.943-	360.391-	415.639-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	193.962-	235.216-	245.281-
27	-	kalkulatorische Kosten	556-	200-	311-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	194.518-	235.416-	245.592-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	493.461-	595.807-	661.231-



Teilhaushalt 2

Soziales und Jugend

Verantwortliche Dezernatsleitung:
Fabian Scheffczyk

THH2 Soziales und Jugend

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	6.988.164	5.700.000	5.700.000
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	121.251.216	126.221.100	136.839.500
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	20.578.916	19.515.000	20.415.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	2.256.488	3.653.000	3.653.000
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	660	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	41.860.099	54.169.200	42.389.800
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.417.863	7.800	6.400
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	194.353.408	209.266.100	209.003.700
12	-	Personalaufwendungen	47.334.929-	52.717.279-	54.539.365-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	722.593-	384.000-	403.300-
15	-	Abschreibungen	741.205-	666.800-	664.700-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	383.061.043-	406.159.200-	417.078.500-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	98.714.763-	95.595.490-	101.167.110-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	530.574.533-	555.522.769-	573.852.975-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	336.221.125-	346.256.669-	364.849.275-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	14.618.057-	17.032.143-	17.628.921-
23	-	kalkulatorische Kosten	4.103-	2.700-	2.000-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	14.622.160-	17.034.843-	17.630.921-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	350.843.285-	363.291.512-	382.480.196-

THH2 Soziales und Jugend

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	187.991.581	209.266.100	209.003.700	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	529.025.937-	554.799.896-	573.143.410-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	341.034.356-	345.533.796-	364.139.710-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	11.362-	5.600-	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	11.362-	5.600-	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	11.362-	5.600-	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	341.045.718-	345.539.396-	364.139.710-	0

THH2	Soziales und Jugend
2_1	Sozialamt

Budgetverantwortung: Frau K. Graser

Produktbereich: 11 Innere Verwaltung

Produktgruppe:

11.23 Rechtsabteilung

Produkte:

112304 Entscheidungen in Rechtssachen

Produktbereich: 31 Soziale Hilfen

Produktgruppen:

31.10 Grundversorgung und Hilfen
nach SGB XII

Produkte:

311001 Hilfe zur Pflege
311003 Hilfen zur Gesundheit
311004 Hilfen für blinde Menschen
311005 Hilfe zum Lebensunterhalt
311006 Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlagen
nach SGB XII
311007 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten
311008 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

31.20 Grundsicherung für Arbeitsuchende
nach SGB II

312001 Leistungen für Unterkunft und Heizung
312002 Kommunale Eingliederungsleistungen
312003 Einmalige Leistungen
312006 Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II

31.70 Betreuungsleistungen

317001 Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Betreuungsgesetz

31.80 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

318001 Gewährung von Wohngeld
318002 Soziale Vergünstigungen und Sozialpässe
318003 Schuldenregulierung im Rahmen der Insolvenzordnung
(Verbraucherinsolvenz)
318004 Hilfen zur Unterhaltssicherung
318005 Leistungen nach BAföG und AFBG
318007 Pflegestützpunkte nach § 7c SGB XI

31.90 Leistungen für Bildung und Teilhabe
nach § 6b BKGG

319001 Leistungen für Bildung und Teilhabe an
Kinderzuschlagsempfänger
319002 Leistungen für Bildung und Teilhabe an Wohngeldempfänger

Produktbereich: 32 Eingliederungshilferecht

Produktgruppe:

32.10 Leistungen nach Teil 2 SGB IX –
Eingliederungshilferecht

Produkt:

3210(20) Leistungen nach Teil 2 SGB IX - Eingliederungshilferecht
321000 Erträge / Erstattungen von/an andere(n) Träger(n)
321001 Medizinische Rehabilitation
321002 Teilhabe am Arbeitsleben
321003 Teilhabe an Bildung
321004 Soziale Teilhabe
321005 Eingliederungshilfe für Deutsche im Ausland

Produktgruppe: 11.23 Rechtsabteilung**112304 Entscheidungen in Rechtssachen**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB II; SGB XII

Widerspruchsbehörde; Klagen vor den Sozial- und Verwaltungsgerichten; Unterhaltsklagen vor den Zivilgerichten; Schiedsstellenverfahren SGB XII

Produktgruppe: 31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII**311001 Hilfe zur Pflege**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB XII

Sämtliche individuelle Leistungen nach dem SGB XII, welche die notwendige Pflege für den Hilfesuchenden sicherstellen, die Beschwerden des Hilfesuchenden erleichtern, sowie die Pflegebereitschaft der Pflegeperson erhalten; Beratung und Unterstützung von Leistungsberechtigten

Allgemeine Ziele:

Ermöglichung eines selbständigen und selbstbestimmten Lebens; Erhaltung der Pflegebereitschaft der Pflegepersonen; wirtschaftliche Sicherstellung der notwendigen Pflegeleistungen

311003 Hilfen zur Gesundheit

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB XII; SGB V; Lastenausgleichsgesetz (LAG)

Sämtliche Leistungen nach dem SGB XII:

- die den Eintritt einer Erkrankung oder eines sonstigen Gesundheitsschadens abwenden (einschl. Leistungen nach § 264 SGB V)
- die eine eigenverantwortliche Familienplanung ermöglichen
- die im Zusammenhang mit der Schwangerschaft oder der Entbindung stehen;

Sämtliche Leistungen nach dem SGB XII und dem § 276 LAG:

- die der Heilung, der Besserung oder der Linderung einer Krankheit dienen

Beratung und Unterstützung von Leistungsberechtigten

Allgemeine Ziele:

Erhaltung und Wiederherstellung der Gesundheit

311004 Hilfen für blinde Menschen

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB XII; Gesetz über die Landesblindenhilfe (BliHG)

Blindenhilfe nach § 72 SGB XII; Landesblindenhilfe; Blindenhilfe im Rahmen der Kriegsopferfürsorge; Beratung und Unterstützung von Leistungsberechtigten

Allgemeine Ziele:

Ausgleich der durch Blindheit bedingten Mehraufwendungen

311005 Hilfe zum Lebensunterhalt

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB XII

Sämtliche Leistungen nach dem SGB XII 3. Kapitel zur Sicherstellung des Lebensunterhalts und zur Förderung der Unabhängigkeit von sozialen Hilfen einschließlich der Leistungen für Bildung und Teilhabe nach §§ 34 f. SGB XII; Materielle und persönliche Hilfen für Personen bzw. Familien, denen der Verlust ihrer Wohnung droht (§ 36 SGB XII); Hilfen für Personen, die ihre Wohnung bereits verloren haben; Schuldnerberatung im Rahmen von § 11 SGB XII; Beratung, Aktivierung und Unterstützung von Leistungsberechtigten; Leistungen der psychosozialen Betreuung, Suchtberatung und einmalige Beihilfen im Rahmen der Leistungsgewährung nach SGB XII

Allgemeine Ziele:

Sicherung eines menschenwürdigen Lebens für Berechtigte; längerfristige Unabhängigkeit des leistungsberechtigten Personenkreises von der Sozialhilfe (Hilfe zur Selbsthilfe) durch Information und aktive Hilfe; Einhaltung und Prüfung des Nachrangprinzips; Vermeidung und Überwindung von Wohnungslosigkeit; Vermeidung und Überwindung von Überschuldung

311006 Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach SGB XII

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB XII

Hilfe zur Weiterführung des Haushalts nach § 70 SGB XII (Sämtliche Leistungen nach dem SGB XII, die der Sicherstellung der Versorgung von Haushaltsangehörigen dienen, wenn keiner der Haushaltsangehörigen die erforderliche Haushaltsführung übernehmen kann); Altenhilfe nach § 71 SGB XII; Hilfe in sonstigen Lebenslagen nach § 73 SGB XII; Bestattungskosten nach § 74 SGB XII; Beratung und Unterstützung von Leistungsberechtigten

Allgemeine Ziele:

Sicherstellung der Versorgung von Haushaltsangehörigen nach § 70 SGB XII; Vermeidung, Überwindung oder Milderung von altersbedingten Schwierigkeiten bzw. Erhalt der Möglichkeit, am Leben in der Gemeinschaft teilzunehmen

311007 Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB XII

Hilfe bei besonderen sozialen Schwierigkeiten nach §§ 67 ff SGB XII, z. B. Nichtsesshafte; Beratung und Unterstützung von Leistungsberechtigten

Allgemeine Ziele:

Gesellschaftliche Integration

311008 Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung

Auftragstyp: Weisungsgebundene Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB XII

Finanzielle Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhaltes im Alter und bei dauerhafter Erwerbsminderung nach SGB XII 4. Kapitel einschl. der Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 42 Nr. 3 SGB XII); Materielle und persönliche Hilfen für Personen bzw. Familien, denen der Verlust ihrer Wohnung droht (§ 36 SGB XII); Hilfen für Personen, die ihre Wohnung bereits verloren haben; Schuldnerberatung im Rahmen von § 11 SGB XII; Beratung, Aktivierung und Unterstützung von Leistungsberechtigten; Leistungen der psychosozialen Betreuung, Suchtberatung und einmalige Beihilfen im Rahmen der Leistungsgewährung nach SGB XII

Allgemeine Ziele:

Sicherung eines menschenwürdigen Lebens für Berechtigte; längerfristige Unabhängigkeit des leistungsberechtigten Personenkreises von der Sozialhilfe (Hilfe zur Selbsthilfe) durch Information und aktive Hilfe; Einhaltung und Prüfung des Nachrangprinzips; Vermeidung und Überwindung von Wohnungslosigkeit; Vermeidung und Überwindung von Überschuldung

Produktgruppe: 31.20 Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II**312001 Leistungen für Unterkunft und Heizung**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB II

Sämtliche Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende (SGB II) zur Sicherstellung des Lebensunterhaltes

- für eine angemessene Unterkunft und der damit verbundenen Heizungskosten (§ 22 Abs. 1 und 2 SGB II)
- einschließlich der evtl. erforderlichen Wohnungsbeschaffungskosten, Mietkautionen und Umzugskosten (§ 22 Abs. 6 SGB II) und
- materielle und persönliche Hilfen an Personen bzw. Familien, denen der Verlust ihrer Wohnung droht (§ 22 Abs. 8 SGB II)

Allgemeine Ziele:

Erhalt und Beschaffung einer angemessenen Wohnung für erwerbsfähige, hilfebedürftige Personen und deren Angehörigen;
Vermeidung von Wohnungslosigkeit

312002 Kommunale Eingliederungsleistungen

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB II

Betreuung minderjähriger oder behinderter Kinder oder häusliche Pflege von Angehörigen nach § 16a Nr. 1 SGB II:

Schaffung oder Förderung von Betreuungseinrichtungen für minderjährige oder behinderte Kinder oder Pflegebedürftige von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die allein für die Versorgung dieser Personen verantwortlich sind, soweit nicht die vorrangigen Leistungen des SGB XII in Anspruch zu nehmen sind;

Schuldnerberatung im Rahmen von § 16a Nr. 2 SGB II:

Sozialberatung und Betreuung ver- und überschuldeter Personen/Familien;

Die Schwerpunkte des Beratungsangebotes liegen neben finanziellen, rechtlichen und hauswirtschaftlichen Fragen vornehmlich in der psychosozialen Betreuung, in der persönlichen Beratung und in eventuell notwendigen pädagogisch-präventiven Hilfen; Strukturelle und einzelfallübergreifende Arbeit, z. B. Multiplikatorenschulung, Prävention, Aufklärung, Öffentlichkeitsarbeit, kollegiale Fallberatung, strukturelle Zusammenarbeit mit anderen Berufsgruppen/Institutionen;

Psychosoziale Betreuung nach § 16a Nr. 3 SGB II:

Leistungen zur Eingliederung in Arbeit werden nach §16 SGB II geregelt;

Im Gegensatz zu den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sollen Aktivitäten gefördert werden, die die Eingliederung fördern, damit Hilfebedürftigkeit beendet wird bzw. erst gar nicht auftritt;

Mögliche Leistungsangebote in der psychosozialen Betreuung:

Mitwirkung im Fallmanagement, Mitarbeit an der Eingliederungsvereinbarung, motivierende Gesprächsführung für unter 25jährige, Informationsvermittlung, Ressourcenorientierte Beratung, Motivationsarbeit und Stärkung der Selbsthilfepotenziale, Vermittlung zusätzlicher Beratungsangebote und Hilfen, Aufklärungsarbeit des Sozialdienstes;

Suchtberatung nach § 16a Nr. 4 SGB II:

Ermessensleistung zur Eingliederung in Arbeit. Im Gegensatz zu den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts sollen Aktivitäten gefördert werden, die die Eingliederung fördern, damit Hilfebedürftigkeit beendet wird bzw. erst gar nicht auftritt.

Allgemeine Ziele:

Integration in den Arbeitsmarkt; Unabhängigkeit der Leistungsberechtigten von Transferleistungen und öffentlichen Hilfen; dauerhafte Stabilisierung sowie Erreichen bzw. Erhalten der eigenständigen sozialen Handlungsfähigkeit; wirtschaftliche Sanierung bzw. Stabilisierung von ver- und überschuldeten Personen / Familien; einzelfallüberschreitende Prävention, Information und Aufklärung, z. B. durch Gewinnung von Multiplikatoren, Sensibilisierung der Öffentlichkeit zum kritischen Umgang mit modernen Finanzdienstleistungen und den eigenen finanziellen Möglichkeiten; Beseitigung von Vermittlungshemmnissen; Wiedererlangung der Vermittelbarkeit in das Erwerbsleben

312003 Einmalige Leistungen

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB II

Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gemäß § 24 Abs. 3 Satz 1 Nr. 1 und 2 SGB II für

- Erstaussstattungen für die Wohnung einschl. Haushaltsgeräten
- Erstaussstattung für Bekleidung und Erstaussstattungen bei Schwangerschaft und Geburt

Allgemeine Ziele:

Sicherung des in den Regelleistungen nicht enthaltenen Lebensunterhaltes auch für Berechtigte, die keine laufenden Leistungen nach dem SGB II erhalten

312006 Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB II

Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende gemäß § 28 Abs. 2 bis 7 SGB II für:

- Schulausflüge (bzw. KiTa-Ausflüge)
- Mehrtägige Klassenfahrten (bzw. KiTa-Ausfahrten) im Rahmen schulrechtlicher Bestimmungen
- Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf
- Schülerbeförderung
- Lernförderung
- Mittagsverpflegung
- Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Die o. g. Leistungen werden bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen neben dem Regelbedarf gewährt.

Allgemeine Ziele:

Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die nach dem SGB II leistungsberechtigt sind Ermöglichen des Zugangs zu Bildungs- und Teilhabeangeboten; Erhöhung der Chancengleichheit durch Schaffung der materiellen Basis für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Produktgruppe: 31.70 Betreuungsleistungen**317001 Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Betreuungsgesetz**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Bürgerliches Gesetzbuch (BGB); Betreuungsgesetz (BtG)

Gewinnung, Beratung und Unterstützung von ehrenamtlichen Betreuern, Berufsbetreuern sowie gemeinnützigen und freien Organisationen; Unterstützung der Vormundschaftsgerichte in Betreuungs- und Unterbringungsverfahren einschl. Planungsaufgaben; Führen von vormundschaftsgerichtlich angeordneten Betreuungen in Vermögensangelegenheiten, der Gesundheitsfürsorge, der Aufenthaltsbestimmung; Mitwirkung bei und Durchführung von angeordneten Unterbringungen; Unterschriftsbeglaubigung bei Vollmachten und Beratung von Bevollmächtigten; Vermittlung anderer Hilfen

Allgemeine Ziele:

Schutz der Betroffenen, persönliche Betreuung; Nutzung aller Möglichkeiten, die Krankheit oder Behinderung der Betreuten zu beseitigen, zu verbessern, ihre Verschlimmerung zu verhüten oder ihre Folgen zu mildern; Reduzierung von Betreuungen

Produktgruppe: 31.80 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**318001 Gewährung von Wohngeld**

Auftragstyp: Weisungsgebundene Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Wohngeldgesetz (WoGG)

Gewährung von einkommensabhängigem Wohngeld als Miet- und Lastenzuschuss

Allgemeine Ziele:
Wirtschaftliche Sicherung angemessenen und familiengerechten Wohnens durch Zuschüsse zu den Aufwendungen für Wohnraum

318002 Soziale Vergünstigungen und Sozialpässe

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Spenderwille

Gewährung von sozialen Vergünstigungen, z. B. Familienpass, Sozialpass, Beförderungsdienst für Menschen mit Behinderungen zusätzlich zur Eingliederungshilfe, Ermäßigungen im ÖPNV; Vermittlung von Spenden und Stiftungsmitteln

Allgemeine Ziele:
Milderung sozialer und wirtschaftlicher Nachteile durch Gewährung von Vergünstigungen bzw. durch Vermittlung von Spenden und Stiftungsmitteln in Notlagen

318003 Schuldenregulierung im Rahmen der Insolvenzordnung (Verbraucherinsolvenz)

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Insolvenzordnung (InsO); Psychosoziale Betreuung

Beratung, Unterstützung und Vertretung von Schuldnern bei der Schuldenbereinigung, insbesondere bei der außergerichtlichen Einigung mit den Gläubigern gemäß dem 9. Teil der Insolvenzordnung, inklusive psychosozialer Betreuung, soweit notwendig, bis zur Restschuldbefreiung; Ausstellung einer Bescheinigung bei Scheitern des außergerichtlichen Versuchs sowie Unterstützung des Schuldners bei Stellung des Eröffnungsantrages nach § 305 InsO inklusive Hilfe bei der Zusammenstellung der Unterlagen; ggf. Vertretung des Schuldners vor Gericht

Allgemeine Ziele:
Dauerhafte wirtschaftliche Sanierung bzw. Stabilisierung von ver- und überschuldeten Personen / Familien mit Hilfe von Insolvenzverfahren

318004 Hilfen zur Unterhaltssicherung

Auftragstyp: Weisungsgebundene Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Unterhaltssicherungsgesetz (USG)

Leistungen zur Sicherung des Unterhalts der freiwillig Wehrdienstleistenden und ihren Angehörigen

Allgemeine Ziele:
Sicherung des Lebensunterhalts der Leistungsberechtigten

318005 Leistungen nach Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG) u. Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz (AFBG)

Auftragstyp: Weisungsgebundene Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: BAföG; AFBG; Vereinbarung zwischen der Stadt Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis

Beratung und Antragsentscheidung über BAföG-Leistungen und Leistungen nach dem AFBG; Bearbeitung von Aktualisierungsanträgen, Stundungsanträgen, Vorausleistungsanträgen und Anträgen auf Vorabentscheidung zu §§ 7, 8 und 10 BAföG

Allgemeine Ziele:
Sicherung des Lebensunterhalts der Leistungsberechtigten

318007 Pflegestützpunkte nach § 7c SGB XI

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: SGB XI

Leistungen für Pflegestützpunkte zur wohnortnahen Beratung, Versorgung und Betreuung von Pflegebedürftigen und deren Angehörigen;

Pflegestützpunkte

- erteilen umfassende sowie unabhängige Auskunft und Beratung zu den Rechten und Pflichten nach dem Sozialgesetzbuch und zur Auswahl und Inanspruchnahme der bundes- oder landesrechtlich vorgesehenen Sozialleistungen und sonstigen Hilfsangebote
- koordinieren alle für die wohnortnahe Versorgung und Betreuung in Betracht kommenden gesundheitsfördernden, präventiven, kurativen, rehabilitativen und sonstigen medizinischen sowie pflegerischen und sozialen Hilfs- und Unterstützungsangebote einschließlich der Hilfestellung bei der Inanspruchnahme der Leistungen
- vernetzen aufeinander abgestimmte pflegerische und soziale Versorgungs- und Betreuungsangebote

Allgemeine Ziele:

Erleichterung der Inanspruchnahme geeigneter wohnortnaher Auskunfts-, Beratungs-, Koordinierungs- und Leistungsangebote rund um die Pflege, Versorgung und Betreuung von Pflegebedürftigen

Produktgruppe: 31.90 Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6b BKGG**319001 Leistungen für Bildung und Teilhabe an Kinderzuschlagsempfänger**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Bundeskindergeldgesetz (BKGG)

Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6b BKGG an Kinderzuschlagsempfänger für:

- Schulausflüge bzw. KiTa-Ausflüge
- Mehrtägige Klassenfahrten bzw. KiTa-Ausfahrten im Rahmen schulrechtlicher Bestimmungen
- Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf
- Schülerbeförderung
- Lernförderung
- Mittagsverpflegung
- Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Allgemeine Ziele:

Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, deren Eltern Kinderzuschlag nach § 6a BKGG beziehen; Ermöglichen des Zugangs zu Bildungs- und Teilhabeangeboten; Erhöhung der Chancengleichheit durch Schaffung der materiellen Basis für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

319002 Leistungen für Bildung und Teilhabe an Wohngeldempfänger

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: BKGG

Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 6b BKGG an Wohngeldempfänger für:

- Schulausflüge (bzw. KiTa-Ausflüge)
- Mehrtägige Klassenfahrten (bzw. KiTa-Ausfahrten) im Rahmen schulrechtlicher Bestimmungen
- Ausstattung mit persönlichem Schulbedarf
- Schülerbeförderung
- Lernförderung
- Mittagsverpflegung
- Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Allgemeine Ziele:

Förderung und Unterstützung von Kindern und Jugendlichen, die oder deren Eltern Wohngeld beziehen; Ermöglichen des Zugangs zu Bildungs- und Teilhabeangeboten; Erhöhung der Chancengleichheit durch Schaffung der materiellen Basis für Bildung und Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben

Produktgruppe: 32.10 Leistungen nach Teil 2 SGB IX - Eingliederungshilferecht**3210(20) Leistungen nach Teil 2 SGB IX - Eingliederungshilferecht**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB IX

Besondere Leistungen zur selbstbestimmten Lebensführung für Menschen mit Behinderungen; Gewährung der notwendigen Leistungen und Hilfen; Sicherstellen des Vorranges der offenen Hilfen; Förderung und Unterstützung ambulanter Dienste und sonstiger ambulanter Angebote; Beratung und Unterstützung von Leistungsberechtigten; Bereitstellung sozialer Dienstleistungen

Allgemeine Ziele:

Umsetzung der Ziele der UN-BRK (UN-Behindertenrechtskonvention); Vermeidung einer drohenden Behinderung; Beseitigung / Milderung einer vorhandenen Behinderung oder deren Folgen durch Bereitstellung und Sicherstellung ganzheitlicher und personenzentrierter Eingliederungsleistungen; soziale Inklusion und Förderung eines selbstbestimmten Lebens

321000 Erträge / Erstattungen von/an andere(n) Träger(n)

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB IX

Hinweise zur Verbuchung der Transferleistungen in der Eingliederungshilfe:

Im Hinblick auf die besondere Bedeutung der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX erfolgt deren Verortung auf Ebene der Produktgruppe (32.10). Eine Unterteilung in einzelne Ausgabenbereiche wird in den Produkten 32.10.01 bis 32.10.04 vorgenommen.

Die Statistik der Ausgaben und Einnahmen der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX sieht auch weiterhin keine Zuordnung der Erträge auf die verschiedenen Ausgaben vor. Um eine einheitliche und gebündelte Darstellung der Erträge zu gewährleisten, wurde hierzu das Produkt 32.10.00 eingeführt. Dasselbe gilt für die Verbuchung der Erstattungen von anderen Trägern bzw. an andere Träger.

Auf den detaillierten „Buchungsplan für den Sozialhaushalt“ wird insoweit verwiesen.

Im Unterschied zu den Transferleistungen ist bei den Personal- und Sachkosten sowie im Bereich der Zuschüsse und Freiwilligkeitsleistungen eine differenzierte Zuordnung der Einnahmen auf die einzelnen Ausgabenbereiche optional möglich.

321001 Medizinische Rehabilitation

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB IX

Kostenübernahmen für die medizinische Rehabilitation von Anspruchsberechtigten, insbesondere für:

- Behandlung durch Ärzte, Zahnärzte und Angehörige anderer Heilberufe, soweit deren Leistungen unter ärztlicher Aufsicht oder auf ärztliche Anordnung ausgeführt werden
- Früherkennung und Frühförderung für Kinder mit Behinderungen und von Behinderung bedrohte Kinder
- Bereitstellung von Arznei- und Verbandsmitteln
- Heilmittel einschließlich physikalischer, Sprach- und Beschäftigungstherapie
- Psychotherapie als ärztliche und psychotherapeutische Behandlung
- Belastungserprobung und Arbeitstherapie einschließlich medizinischer, psychologischer und pädagogischer Hilfen
- Rehabilitationssport und Funktionstraining in Gruppen
- Reisekosten
- Betriebs- oder Haushaltshilfe und Kinderbetreuungskosten

Allgemeine Ziele:

Behinderungen, chronische Krankheiten, Einschränkungen der Erwerbsfähigkeit oder Pflegebedürftigkeit abwenden, beseitigen, mindern, ausgleichen oder eine Verschlimmerung verhüten.

Die Leistungen werden in Teil 2 Kapitel 3 SGB IX definiert.

321002 Teilhabe am Arbeitsleben

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe

Auftragsgrundlage: SGB IX

Das Produkt umfasst die Förderung von:

- Leistungen im Arbeitsbereich anerkannter Werkstätten inkl. Arbeitsförderungsgeld
- Leistungen bei anderen Leistungsanbietern inkl. Arbeitsförderungsgeld
- Leistungen bei privaten und öffentlichen Arbeitgebern einschließlich Versorgung mit Gegenständen und Hilfsmitteln, die wegen der gesundheitlichen Beeinträchtigung zur Aufnahme oder Fortsetzung der Beschäftigung erforderlich sind

Allgemeine Ziele:

Erhaltung, Verbesserung oder (Wieder-)Herstellung der Erwerbsfähigkeit von Menschen mit Behinderungen oder von Behinderung bedrohter Menschen. Die Leistungen werden in Teil 2 Kapitel 4 SGB IX definiert.

321003 Teilhabe an Bildung

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe

Auftragsgrundlage: SGB IX

Das Produkt umfasst die Förderung von:

- Hilfen zur Schulbildung, insbesondere im Rahmen der Schulpflicht inkl. Unterstützung schulischer Ganztagesangebote und heilpädagogischer Maßnahmen, um den Schulbesuch zu ermöglichen/zu erleichtern
- Hilfen zum Besuch weiterführender Schulen, einschließlich der Vorbereitung hierzu
- Hilfen zur schulischen und hochschulischen Ausbildung oder Weiterbildung für einen Beruf einschließlich der Gegenstände und Hilfsmittel, die wegen der gesundheitlichen Beeinträchtigung erforderlich sind

Allgemeine Ziele:

Sicherstellung der Möglichkeit einer gleichberechtigten Wahrnehmung von Bildungsangeboten.

Die Leistungen werden in Teil 2 Kapitel 5 SGB IX definiert.

321004 Soziale Teilhabe

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe

Auftragsgrundlage: SGB IX

Die Förderung der sozialen Teilhabe beinhaltet insbesondere: Leistungen für Wohnraum; Assistenzleistungen; heilpädagogische Leistungen; Leistungen zur Betreuung in einer Pflegefamilie; Leistungen zum Erwerb und Erhalt praktischer Kenntnisse und Fähigkeiten; Leistungen zur Förderung der Verständigung; Leistungen zur Mobilität; Hilfsmittel; Besuchsbeihilfen

Allgemeine Ziele:

Ermöglichung oder Erleichterung einer gleichberechtigten Teilhabe am Leben in der Gemeinschaft sowie die Befähigung zu einer möglichst selbstbestimmten und eigenverantwortlichen Lebensführung.

Die Leistungen werden in Teil 2 Kapitel 6 SGB IX definiert.

321005 Eingliederungshilfe für Deutsche im Ausland

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe

Auftragsgrundlage: SGB IX

Leistungsgewährung nach § 101 SGB IX.

Auf die Erläuterungen im „Buchungsplan für den Sozialhaushalt“ wird insoweit verwiesen.

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Anzahl der laufenden Fälle der Hilfen zur Pflege	1.398	1.576	1.660
davon:			
- ambulante Hilfefälle	96	113	129
- stationäre Hilfefälle	1.302	1.459	1.531
Anzahl der Leistungen nach Teil 2 SGB IX – Eingliederungshilferecht	4.958	5.060	5.605
davon:			
- Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben	1.078	1.060	1.081
- Leistungen zur Teilhabe an Bildung	1.072	1.082	1.134
- Leistungen zur Sozialen Teilhabe	2.808	2.958	3.400
Anzahl der laufenden Fälle der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen und der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außerhalb und innerhalb von Einrichtungen – davon laufende Fälle:	6.052	6.117	6.255
- der Hilfe zum Lebensunterhalt außerhalb von Einrichtungen	432	447	429
- der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung außer- und innerhalb von Einrichtungen – davon laufende Fälle:	5.620	5.670	5.826
- der Grundsicherung bei Erwerbsminderung	2.439	1.857	1.832
- 65 Jahre und älter	3.181	3.329	3.504
Anzahl der laufenden Fälle nach § 41 Abs. 3a SGB XII außerhalb und innerhalb von Einrichtungen		484	490
Anzahl der Außenstellen	4	4	4
Stellenplan	2024	2025	2026⁸
Beamte	125,44	132,06	133,43
Beschäftigte	167,19	161,34	158,93

⁸ davon Jobcenter Rhein-Neckar-Kreis (Gemeinsame Einrichtung) : 73,00 (Beamte: 25,52 Beschäftigte: 47,48)

THH2 Soziales und Jugend
2_1 Sozialamt

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	6.988.164	5.700.000	5.700.000
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	108.531.708	113.558.100	119.956.200
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	11.004.099	10.045.000	10.615.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	10.593	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	12.465.580	23.644.900	17.090.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	15.420	4.000	2.600
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	139.015.564	152.952.000	153.363.800
12	-	Personalaufwendungen	20.856.882-	23.643.606-	24.371.763-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	128.995-	148.000-	143.300-
15	-	Abschreibungen	168.144-	101.500-	105.100-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	242.068.218-	252.855.200-	262.040.000-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	88.496.512-	87.623.880-	92.007.525-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	351.718.752-	364.372.186-	378.667.688-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	212.703.188-	211.420.186-	225.303.888-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	6.020.729-	6.778.842-	7.063.640-
23	-	kalkulatorische Kosten	412-	100-	0
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	6.021.141-	6.778.942-	7.063.640-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	218.724.329-	218.199.127-	232.367.529-

THH2 **Soziales und Jugend**
2_1 **Sozialamt**

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	137.351.729	152.952.000	153.363.800	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	351.601.734-	364.259.401-	378.536.317-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	214.250.006-	211.307.401-	225.172.517-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	214.250.006-	211.307.401-	225.172.517-	0

Erläuterungen:

Im Haushaltsjahr 2026 beträgt das voraussichtliche ordentliche Ergebnis rd. -225,3 Mio. € (2025: -211,4 Mio. €). Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies einen Mehrbedarf von rd. 13,9 Mio. €, der sich aus Mehrerträgen von rd. 0,4 Mio. € und Mehraufwendungen von rd. 14,3 Mio. € ergibt.

Die Steuern und ähnliche Abgaben umfassen die Wohngeldnettoentlastung des Landes aus dem Wegfall des Wohngeldes für Arbeitslosengeld II-Empfänger von rd. 5,7 Mio. €.

Bei den Zuweisungen und Umlagen sind im Vergleich zur Vorjahresplanung Mehrerträge in Höhe von rd. 6,4 Mio. € zu verzeichnen. Höhere Erträge ergeben sich insbesondere bei den Schlüsselpositionen Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+1,5 Mio. €), bei der Umsetzung der Leistungen der Grundsicherung für Arbeitssuchende nach dem SGB II (+3,3 Mio. €) und bei den Leistungen nach Teil 2 SGB IX – Eingliederungshilferecht (+5,5 Mio. €). Den Mehrerträgen stehen Mindererträge von insgesamt rd. 3,9 Mio. € bei den Zuweisungen aus dem Soziallastenausgleich nach § 21 FAG gegenüber. Nach Modellberechnung vom 10.11.2025 erhält der Rhein-Neckar-Kreis für das Jahr 2026 keine Zuweisungen.

Die sonstigen Transfererträge erhöhen sich um rd. 0,6 Mio. € auf 10,6 Mio. €. Sie beinhalten im Wesentlichen den Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen von insgesamt 1,8 Mio. € (-180 T€), übergeleitete Unterhaltsansprüche von insgesamt 0,75 Mio. € (-50 T€), Rückzahlungen gewährter Hilfen von insgesamt 4,3 Mio. € (+430 T€), Leistungen von Sozialleistungsträgern mit einer Summe von 3,6 Mio. € (+420 T€) und sonstige Ersatzleistungen 0,1 Mio. € (- 50 T€).

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen werden um rd. 6,6 Mio. € auf insgesamt rd. 17,1 Mio. € verringert. Die Erstattungen des Landes belaufen sich auf rd. 9,6 Mio. € (-7,0 Mio. €) und setzen sich aus den Erstattungen für die BTHG-bedingten Mehraufwendungen von rd. 9,0 Mio. € (2025: rd. 15,9 Mio. €), den Erstattungen für die Umsetzung des Wohngeld-Plus von rd. 0,4 Mio. € (analog 2025) als auch aus den Erstattungen infolge der Reform des Betreuungsgesetzes von rd. 0,2 Mio. € (2025: rd. 0,3 Mio. €) zusammen. Wie im Vorjahr geht die Verwaltung bei der Wahrnehmung der Aufgaben nach dem Betreuungsgesetz sowie bei der Gewährung von Wohngeld davon aus, dass die Aufwendungen im Rahmen der Konnexität erstattet werde. Daher sind im Jahr 2026 ebenfalls entsprechende zusätzliche Kostenerstattungen des Landes geplant. Darüber hinaus ergeben sich Kostenerstattungen des Jobcenters von voraussichtlich rd. 6,2 Mio. € (2025: 5,8 Mio. €). Diesen Erträgen stehen die vom Kreis an das Jobcenter zu zahlenden Leistungen des Kommunalen Finanzierungsanteils (KFA) in Höhe von 15,2 % der Verwaltungsaufwendungen des Jobcenters gem. § 46 Abs. 3 SGB II gegenüber, die bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen eingeplant sind (4,9 Mio. €). Sowohl die Kostenerstattungen als auch die Aufwendungen werden auf die Produkte der Produktgruppe Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II, insbesondere auf die Schlüsselposition Leistungen für Unterkunft und Heizung verteilt. Die Kostenerstattung der Pflegekassen für die Pflegestützpunkte wurde bei der Planung mit rd. 0,8 Mio. € berücksichtigt.

Der Ansatz für Personalaufwendungen wurde um 0,7 Mio. € auf rd. 24,4 Mio. € angehoben.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wurden im Vergleich zum Vorjahr um rd. 5 T€ reduziert, so dass sich für 2026 ein Ansatz in Höhe von rd. 140 T€ ergibt.

Bei den Transferaufwendungen ergeben sich Mehraufwendungen in Höhe von rd. 9,2 Mio. €. Demnach liegt der Ansatz für das Haushaltsjahr 2026 nun bei rd. 262,0 Mio. €. Die Transferaufwendungen sind geprägt durch Aufwendungen für soziale Leistungen an natürliche Personen in Einrichtungen von rd. 36,7 Mio. € (+ 3,4 Mio. €), soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen von rd. 218,2 Mio. € (+ 5,7 Mio. €) sowie soziale Leistungen an natürliche Personen in besonderen Wohnformen von rd. 7,1 Mio. € (+0,1 Mio. €). Die höheren Transferaufwendungen ergeben sich in Folge steigender Fallzahlen sowie zu erwartender Erhöhungen bei den Entgelt- und Pflegesätzen und führen zu Mehraufwendungen insbesondere bei der Schlüsselposition Leistungen nach Teil 2 SGB IX – Eingliederungshilferecht (+ 3,4 Mio. €), bei der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung (+1,8 Mio. €), bei der Hilfe zur Pflege (+3,2 Mio. €), bei der Hilfe zum Lebensunterhalt (+0,4 Mio. €) und der Bildung und Teilhabe nach dem Bundeskindergeldgesetz (+0,4 Mio. €).

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 4,4 Mio. € auf rd. 92,0 Mio. € und entfallen hauptsächlich auf die Aufwendungen bei den Leistungen für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitssuchende (86,0 Mio. €). Der vom Rhein-Neckar-Kreis an das Jobcenter zu erstattende Kommunale Finanzierungsanteil (KFA) von rd. 4,9 Mio. € ist ebenfalls bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen geplant.

Nach § 4 Abs. 2 GemHVO sollen in den Teilhaushalten neben den Leistungszielen und Kennzahlen auch Schlüsselpositionen dargestellt werden. Die Schlüsselpositionen stellen finanziell oder örtlich bedeutsame Einzelprodukte eines Budgets dar, die dieses wesentlich mitbestimmen. Im Budget des Sozialamts wurden folgende Schlüsselpositionen gebildet:

311001	Hilfe zur Pflege
311005	Hilfe zum Lebensunterhalt
311008	Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung
312001	Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende
3210(20)	Leistungen nach Teil 2 SGB IX – Eingliederungshilferecht

Die einzelnen Schlüsselpositionen werden im Folgenden näher betrachtet sowie im Anschluss daran weitere für das Budget relevante Produkte.

THH2	Soziales und Jugend
2_1	Sozialamt
3110-20	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII
311001	Hilfe zur Pflege

Ifd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	203	571.400	0
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	1.922.712	1.500.000	1.800.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	228	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	66.757	80.000	80.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	510	281	187
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.990.410	2.151.681	1.880.187
12	-	Personalaufwendungen	1.278.305-	1.324.209-	1.373.280-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.525-	5.188-	5.026-
15	-	Abschreibungen	36.868-	20.808-	15.366-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	28.452.807-	29.300.000-	32.480.000-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	57.524-	34.897-	36.922-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	29.830.029-	30.685.103-	33.910.594-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	27.839.619-	28.533.422-	32.030.407-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	396.084-	420.510-	447.461-
27	-	kalkulatorische Kosten	31-	7-	0
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	396.115-	420.517-	447.461-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	28.235.734-	28.953.939-	32.477.868-

Erläuterungen:

Das geplante ordentliche Ergebnis bei der Schlüsselposition Hilfe zur Pflege beträgt im Jahr 2026 rd. -32,0 Mio. € (2025: -28,5 Mio. €). Im Vergleich zur Vorjahresplanung ergibt sich somit ein Mehrbedarf in Höhe von rd. 3,5 Mio. €, der sich aus Mindererträgen von rd. 0,3 Mio. € sowie Mehraufwendungen von rd. 3,2 Mio. € ergibt.

Nach der Modellberechnung des Statistischen Landesamtes vom 10.11.2025 erhält der Rhein-Neckar-Kreis keine Zuweisungen aus dem Soziallastenausgleich nach § 21 FAG, was einen Minderertrag gegenüber dem Vorjahr von rd. 570 T€ darstellt.

Die sonstigen Transfererträge sind mit insgesamt 1,8 Mio. € eingeplant (+0,3 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr) und umfassen den Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb und innerhalb von Einrichtungen (720 T€), übergeleitete Unterhaltsansprüche (150 T€), Rückzahlung gewährter Hilfen (910 T€) sowie Leistungen von Sozialleistungsträgern (20 T€).

Auf der Aufwandsseite erhöhen sich die Transferaufwendungen im Vergleich zur Vorjahresplanung um 3,2 Mio. € auf insgesamt rd. 32,5 Mio. €. Der eingeplante Haushaltsansatz verteilt sich auf die Bereiche soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen (rd. 3,5 Mio. €) und soziale Leistungen an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen (29,0 Mio. €). Die höheren Aufwendungen sind auf Entgelt- (u.a. Tariftreuegesetz) und Fallzahlensteigerungen zurückzuführen.

THH2	Soziales und Jugend
2_1	Sozialamt
3110-20	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII
311005	Hilfe zum Lebensunterhalt (ab 2016)

Ifd. Nr.	Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	130.391	243.200	140.000
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	612.501	470.000	560.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	90	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	30.543	50.000	70.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	201	119	81
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	773.726	763.319	770.081
12	-	Personalaufwendungen	471.649-	531.248-	549.119-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.783-	2.192-	2.177-
15	-	Abschreibungen	10.871-	20.342-	15.159-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	5.840.528-	5.710.000-	6.020.000-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	15.987-	14.743-	15.993-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	6.340.820-	6.278.525-	6.602.447-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	5.567.094-	5.515.206-	5.832.367-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	156.082-	177.655-	193.817-
27	-	kalkulatorische Kosten	12-	3-	0
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	156.094-	177.658-	193.817-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	5.723.188-	5.692.864-	6.026.183-

Erläuterungen:

Das geplante ordentliche Ergebnis bei der Schlüsselposition Hilfe zum Lebensunterhalt liegt bei rd. -5,8 Mio. €. Somit ergibt sich im Vergleich zur Vorjahresplanung ein Mehrbedarf in Höhe von rd. 0,3 Mio. €. Grund für diese Entwicklung ist insbesondere die Erhöhung des Ansatzes der Transferaufwendungen (s. unten).

Nach der Modellberechnung des Statistischen Landesamtes vom 10.11.2025 erhält der Rhein-Neckar-Kreis keine Zuweisungen aus dem Soziallastenausgleich nach § 21 FAG, was einen Minderertrag gegenüber dem Vorjahr von rd. 100 T€ darstellt.

Die sonstigen Transfererträge sind mit insgesamt 560 T€ eingeplant (+90 T€ im Vergleich zur Vorjahresplanung) und beinhalten den Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen (130 T€), übergeleitete Unterhaltsansprüche (35 T€), Rückzahlung gewährte Hilfen (170 T€) und Leistungen von Sozialleistungsträgern (225 T€).

Der Ansatz für die Transferaufwendungen liegt für das Haushaltsjahr 2026 bei 6,0 Mio. € und wurde somit um rd. 0,3 Mio. € erhöht. Die Transferaufwendungen verteilen sich auf die Bereiche soziale Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen (3,5 Mio. €) und soziale Leistungen an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen (2,5 Mio. €). Bei den Ansätzen führen insbesondere steigende Fallzahlen zu den genannten Mehraufwendungen.

THH2	Soziales und Jugend
2_1	Sozialamt
3110-20	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII
311008	Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsm.

Ifd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	51.052.595	52.500.000	54.000.000
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	1.288.996	1.400.000	1.700.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	236	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	26.927	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	527	569	393
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	52.369.281	53.900.569	55.700.393
12	-	Personalaufwendungen	2.429.331-	2.787.066-	2.877.801-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.678-	10.502-	10.591-
15	-	Abschreibungen	5.839-	6.636-	30.772-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	52.295.374-	53.900.000-	55.700.000-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	42.359-	70.638-	77.803-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	54.777.581-	56.774.842-	58.696.967-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	2.408.300-	2.874.273-	2.996.574-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	409.448-	851.189-	942.908-
27	-	kalkulatorische Kosten	32-	14-	0
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	409.479-	851.203-	942.908-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	2.817.779-	3.725.476-	3.939.482-

Erläuterungen:

Das ordentliche Ergebnis der Schlüsselposition Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung liegt im Jahr 2026 voraussichtlich bei rd. -3,0 Mio. € und verschlechtert sich somit im Vergleich zur Vorjahresplanung um rd. 0,1 Mio. € (2025: rd. -2,9 Mio. €). Den Mehrerträgen in Höhe von rd. 1,8 Mio. € stehen Mehraufwendungen von rd. 1,9 Mio. € gegenüber.

Aufgrund des Gesetzes zur Stärkung der Finanzkraft der Kommunen beteiligt sich der Bund an den (Netto-) Aufwendungen für die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung seit 2014 mit 100 %.

Für das Jahr 2026 werden Zuweisungen aus der Beteiligung des Bundes an den Kosten der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung von 54,0 Mio. € erwartet. Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich hier Mehrerträge von rd. 1,5 Mio. €.

Bei den sonstigen Transfererträgen plant die Verwaltung mit einem Ansatz von 1,7 Mio. €. Im Vergleich zur Vorjahresplanung ergeben sich somit Mehrerträge von rd. 0,3 Mio. € (2025: 1,4 Mio. €). Die Transfererträge beinhalten den Ersatz von sozialen Leistungen innerhalb und außerhalb von Einrichtungen sowie in besonderen Wohnformen (110 T€), übergeleitete Unterhaltsansprüche (160 T€), Rückzahlung gewährter Hilfen (1.055 T€), Leistungen von Sozialleistungsträgern (370 T€) sowie sonstige Ersatzleistungen (5 T€).

Die Personalaufwendungen erhöhen sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 0,1 Mio. € auf insgesamt rd. 2,9 Mio. €.

Die Transferaufwendungen umfassen im Wesentlichen Leistungen an natürliche Personen außerhalb von Einrichtungen von 44,8 Mio. €, Leistungen an natürliche Personen innerhalb von Einrichtungen von 3,8 Mio. € und Leistungen an natürliche Personen in besonderen Wohnformen von 7,1 Mio. €. Somit ergibt sich insgesamt ein Ansatz von 55,7 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr ist ein Mehrbedarf bei den Transferaufwendungen in Höhe von rd. 1,8 Mio. € zu verzeichnen. Der Ansatz bei den Transferaufwendungen beinhaltet einen erwarteten Fallzahlenanstieg. Den Aufwendungen stehen aufgrund der 100-prozentigen Kostenerstattung vom Bund die oben genannten Erträge gegenüber.

THH2	Soziales und Jugend
2_1	Sozialamt
312001-20	Leistungen für Unterkunft und Heizung
312001	Leistungen für Unterkunft und Heizung

Ifd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	6.988.164	5.700.000	5.700.000
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	56.290.926	55.979.400	59.000.000
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	548.430	500.000	500.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	14	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.473.435	5.070.273	5.376.600
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	32	22	15
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	68.301.001	67.249.695	70.576.615
12	-	Personalaufwendungen	4.430.881-	5.054.762-	5.365.092-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	281-	413-	399-
15	-	Abschreibungen	34.052-	40.064-	40.029-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	82.869.041-	82.065.277-	86.411.152-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	87.334.255-	87.160.517-	91.816.672-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	19.033.254-	19.910.821-	21.240.058-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	499.412-	604.151-	631.318-
27	-	kalkulatorische Kosten	2-	1-	0
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	499.414-	604.151-	631.318-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	19.532.668-	20.514.973-	21.871.376-

Erläuterungen:

Bei der Schlüsselposition Leistungen für Unterkunft und Heizung plant die Verwaltung mit einem voraussichtlichen ordentlichen Ergebnis von rd. -21,2 Mio. € (2025: -19,9 Mio. €). Auf der Ertragsseite werden Mehrerträge in Höhe von rd. 3,4 Mio. € prognostiziert, wohingegen auf der Aufwandsseite Mehraufwendungen von rd. 4,7 Mio. € eingeplant wurden.

Die Steuern und ähnliche Abgaben beinhalten die Wohngeldnettoentlastung des Landes aus dem Wegfall des Wohngeldes für Arbeitslosengeld II –Empfänger von 5,7 Mio. € (analog 2025).

Bei den Zuweisungen und Zuwendungen plant die Verwaltung mit Mehrerträgen von rd. 3,0 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr. Für das Jahr 2026 erhält der Rhein-Neckar-Kreis lt. Modellberechnung vom 10.11.2025 keine Zuweisungen aus dem Soziallastenausgleich nach § 21 FAG, was einen Minderertrag von rd. 300 T€ darstellt. Die Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft ist mit 59,0 Mio. € eingeplant, was einen Mehrertrag gegenüber dem Vorjahr von rd. 3,3 Mio. € entspricht. Die Veränderungen sind auf die höheren Kosten der Unterkunft gemäß der Prognose des Jobcenters sowie der zum Zeitpunkt der Planung 2026 gültigen Bundesbeteiligung von 72,5 % zurückzuführen. Im Vergleich zur geplanten Quote des Vorjahres ergibt sich eine Steigerung um 0,4 %. Infolgedessen ist von einer höheren Bundesbeteiligung auszugehen. Die Entwicklung der Bundesbeteiligung in den letzten Jahren sowie deren Zusammensetzung lässt sich anhand folgender Übersicht veranschaulichen:

Bundesbeteiligung gemäß Bundesbeteiligungsfestlegungsverordnung - Baden-Württemberg

	2017	2018	2019	2020	2021	2022	2023	2024	2025	2026
Baden-Württemberg gesamt	52,6%	52,9%	52,1%	76,4%	74,4%	71,5%	71,5%	71,9%	72,1%	72,5%
Socketbetrag (§ 46 Abs. 6 SGB II)	31,6%	31,6%	31,6%	31,6%	31,6%	31,6%	31,6%	31,6%	31,6%	31,6%
Verwaltungskosten (§ 46 Abs. 7 SGB II) (1,2 %) incl. finanzieller Entlastung der Kommunen (§ 46 Abs. 7 SGB II)	7,4%	7,9%	3,3%	27,7%	26,2%	35,2%	35,2%	35,2%	35,2%	35,2%
Bildung und Teilhabe (§ 46 Abs. 8 SGB II)	4,5%	4,3%	4,6%	5,2%	4,7%	4,7%	4,7%	5,1%	5,3%	5,7%
Flüchtlingsbedingte KdU (§ 46 Abs. 9 SGB II) (bis 2021)	9,1%	9,1%	12,6%	11,9%	11,9%	-	-	-	-	
Summe	52,6%	52,9%	52,1%	76,4%	74,4%	71,5%	71,5%	71,9%	72,1%	72,5%

Die sonstigen Transfererträge beinhalten die „Rückzahlung gewährter Hilfen“ von insgesamt 0,5 Mio. € (unverändert), die sich im Wesentlichen aus Erstattungen von Leistungen für Unterkunft und Rückzahlungen von Mietkautionen zusammensetzen.

Die Kostenerstattungen und Kostenumlagen umfassen die Beträge, die das Jobcenter dem Rhein-Neckar-Kreis für die kommunalen Mitarbeitenden (Personal- und Sachkosten) im Rahmen der Umsetzung der Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II erstattet. Sowohl die Kostenerstattungen als auch die Aufwendungen werden anteilig auf die Produkte der Produktgruppe Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II, insbesondere auf die Schlüsselposition Leistungen für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende verteilt. Bei der Schlüsselposition wurden für 2026 anteilig rd. 5,4 Mio. € (insgesamt bei der Produktgruppe rd. 6,2 Mio. €) bei den Kostenerstattungen geplant. Im Gegenzug ist der Kreis nach § 46 Abs. 3 SGB II zur Leistung des Kommunalen Finanzierungsanteils (KFA) von 15,2 % der Verwaltungsaufwendungen des Jobcenters verpflichtet. Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen ist dafür bei der Schlüsselposition anteilig ein Ansatz von rd. 4,3 Mio. € (insgesamt bei der Produktgruppe rd. 4,9 Mio. €) vorgesehen.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen ergeben sich hauptsächlich aus der Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende. Diese stellen die eigentlichen Sozialleistungen dar. Die Aufwendungen werden nicht mehr direkt vom kommunalen Träger, sondern über das Jobcenter an die Leistungsempfänger ausgezahlt und sind deshalb nicht mehr als Transferaufwendungen, sondern bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen zu planen und zu bewirtschaften. Der Planansatz für die Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende wird bei der gesamten Produktgruppe aufgrund der Entwicklung der Inflationsrate sowie der Miet- und Energiekosten gegenüber dem Vorjahr von 77,9 Mio. € auf rd. 82,1 Mio. € erhöht. Nach der Prognose des Jobcenters ergeben sich bei der Schlüsselposition Leistungen für Unterkunft und Heizung dadurch anteilige Mehraufwendungen von rd. 4,2 Mio. €.

Die Rücknahme des Rechtskreiswechsels für neu einreisende Geflüchtete aus der Ukraine vom Bürgergeld in das AsylbLG wurde bei der Planung der Ansätze berücksichtigt.

Mit Zusammenführung der zuvor vom Rhein-Neckar-Kreis und den Agenturen für Arbeit Heidelberg und Mannheim erbrachten Leistungen der Grundsicherung (SGB II) und der Bildung der Gemeinsamen Einrichtung ergaben sich auch finanzielle Verknüpfungen zwischen Jobcenter und Rhein-Neckar-Kreis. Diese spiegeln sich in der Finanzplanung des Jobcenters und in der Haushaltsplanung des Kreises wider. Im Haushaltsplan des Kreises werden sie insbesondere im Budget des Sozialamtes aber auch in anderen Bereichen abgebildet und sind in der nachfolgenden Tabelle nachrichtlich zusammengestellt:

Jobcenter - Rhein-Neckar-Kreis
Produktgruppe 31.20 (Budget 2.1 und 2.4)
Grundsicherung für Arbeitsuchende nach SGB II (3120*)

		Haushaltsplan 2026	
		SGB II	Erstattungen von/an Jobcenter
+	Steuern und ähnliche Abgaben (Weitergabe Wohngeldnetto-Entlastung Land)	5.700.000 €	
+	Zuweisungen und Zuschüsse (Soziallastenausgleich, Leistungsbeteiligung des Bundes)	59.000.000 €	
+	Sonstige Transfererträge	500.000 €	
+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen, davon	6.180.000 €	
	Personalkostenerstattung durch das Jobcenter (GE)		6.135.000 €
	Erstattung von Serviceleistungen durch das Jobcenter (GE)		45.000 €
+	Sonstige ordentliche Erträge	31 €	
=	Ordentliche Erträge	71.380.031 €	6.180.000 €
-	Personalaufwendungen	-6.275.954 €	
-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-847 €	
-	Planmäßige Abschreibungen	-40.062 €	
-	Transferaufwendungen	-735.000 €	
-	Sonstige ordentliche Aufwendungen, davon	-91.353.717 €	
	Leistungsbeteiligung RNK	-86.030.000 €	
	Kommunaler Finanzierungsanteil (KFA)		-4.917.100 €
=	Ordentliche Aufwendungen	-98.405.580 €	-4.917.100 €
=	Ordentliches Ergebnis	-27.025.549 €	

THH2	Soziales und Jugend
2_1	Sozialamt
3210-20	Leis.n.Teil2 SGB IX-EingliederHilferecht
321000	Eingliederungshilfe für beh. Menschen

Ifd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.052.558	3.982.400	6.816.200
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	6.636.570	6.120.000	6.000.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	1.198	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.850.891	15.890.000	9.060.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.673	1.328	873
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	12.543.891	25.993.728	21.877.073
12	-	Personalaufwendungen	5.245.273-	6.435.306-	6.550.163-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	23.738-	24.509-	23.499-
15	-	Abschreibungen	12.994-	8.819-	1.712-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	143.985.816-	153.415.200-	156.770.000-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	560.250-	164.853-	172.625-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	149.828.070-	160.048.687-	163.517.999-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	137.284.179-	134.054.959-	141.640.926-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	2.207.392-	2.127.773-	2.238.870-
27	-	kalkulatorische Kosten	160-	33-	0
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	2.207.552-	2.127.806-	2.238.870-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	139.491.731-	136.182.764-	143.879.796-

Erläuterungen:

Das Eingliederungshilferecht ist mit einem voraussichtlichen ordentlichen Ergebnis von rd. -141,6 Mio. € (2025: -134,1 Mio. €) die finanziell bedeutendste Hilfeart im Teilhaushalt 2. Im Gegensatz zum Vorjahr werden auf der Ertragsseite Mindererträge von rd. 4,1 Mio. € erwartet und aufwandsseitig mit Mehraufwendungen von rd. 3,5 Mio. € geplant. Saldiert ergibt sich somit im ordentlichen Ergebnis eine Abweichung zum Planansatz des Vorjahrs von rd. 7,6 Mio. €.

Bei den Zuweisungen und Zuwendungen plant die Verwaltung mit einem Ansatz von rd. 6,8 Mio. €, was einer Steigerung von 2,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entspricht. Ursächlich hierfür ist insbesondere das mit dem Land ausgehandelte Finanzpaket, woraus das Sozialamt insgesamt rd. 5,5 Mio. € erhält. Diese Summe setzt sich zusammen aus einer abschließenden Nachzahlung für die Jahre 2020 bis 2025 für die kommunalen Aufwendungen der schulischen Inklusion von rd. 3,9 Mio. € und aus einer Einmalzahlung für die Schulbegleitungen an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren von rd. 1,6 Mio. €. Dem gegenüber stehen Mindererträge von rd. 2,7 Mio. €, da nach der Modellberechnung des Statistischen Landesamtes vom 10.11.2025 der Rhein-Neckar-Kreis für das Jahr 2026 keine Zuweisungen aus dem Soziallastenausgleich gem. § 21 FAG erhält.

Die sonstigen Transfererträge umfassen den Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen von rd. 0,8 Mio. €, übergeleitete Unterhaltsansprüche von rd. 0,4 Mio. €, die Rückzahlung gewährter Hilfen von rd. 1,7 Mio. €, sonstige Ersatzleistungen von 0,1 Mio. € und die Leistungen von Sozialleistungsträgern von rd. 3,0 Mio. €.

Mit Verabschiedung des Bundesteilhabegesetzes (BTHG) am 16.12.2016 erfolgte ein Paradigmenwechsel in der Eingliederungshilfe. Durch die Herauslösung der Aufgabe aus dem SGB XII handelt es sich bei der Eingliederungshilfe um eine neue Aufgabe für den vom Land zu bestimmenden Träger der Eingliederungshilfe. Sämtliche Veränderungen unterliegen daher der Konnexität. Für die Erstattung der BTHG bedingten Mehrkosten wurde ein Erstattungsbetrag von rd. 9,0 Mio. € bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen veranschlagt (2025: rd. 15,9 Mio. €).

Die geplanten Transferaufwendungen beinhalten die Sozialleistungen außerhalb von Einrichtungen von rd. 156,8 Mio. € (2025: 153,4 Mio. €). Die Mehraufwendungen in Höhe von rd. 3,4 Mio. € sind durch tarifliche Entgeltsteigerungen bedingt.

Die BTHG-bedingten Mehraufwendungen sind in der Höhe der Abschlagszahlungen des Landes eingeplant und haushaltsneutral dargestellt (9,0 Mio. €).

Weitere Produkte des Budgets 2.1

Im Folgenden werden weitere, für das Budget des Sozialamts relevante Produkte anhand ihrer anteiligen ordentlichen Ergebnisse dargestellt:

	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
311003 Hilfen zur Gesundheit			
Ordentliche Erträge	34.176	140.179	67.054
Ordentliche Aufwendungen	-6.473.623	-5.933.780	-5.942.368
Anteiliges ordentliches Ergebnis	-6.439.447	-5.793.601	-5.875.314

	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
311004 Hilfen für blinde Menschen			
Ordentliche Erträge	46.506	59.738	38.025
Ordentliche Aufwendungen	-1.977.332	-2.078.192	-2.027.481
Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.930.826	-2.018.454	-1.989.456

	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
311007 Hilfen zur Überwind. bes. soz. Schwierigkeiten			
Ordentliche Erträge	40.325	81.727	54.018
Ordentliche Aufwendungen	-1.861.493	-1.669.517	-1.870.165
Anteiliges ordentliches Ergebnis	-1.821.168	-1.587.790	-1.816.147

	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
312006 Leistungen für Bildung und Teilhabe nach § 28 SGB II			
Ordentliche Erträge	308.923	413.186	393.508
Ordentliche Aufwendungen	-3.494.960	-3.682.741	-3.809.370
Anteiliges ordentliches Ergebnis	-3.186.037	-3.269.555	-3.415.862

	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
319001 Leist. f. Bildung u. Teilhabe n. § 6b BKGG, Kinderzuschlagsempfänger			
Ordentliche Erträge	7.994	57	43
Ordentliche Aufwendungen	-914.266	-834.920	-1.131.793
Anteiliges ordentliches Ergebnis	-906.272	-834.863	-1.131.750

	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
319002 Leistungen f. Bildung u. Teilhabe n. § 6b BKGG, Wohngeldempfänger			
Ordentliche Erträge	4.932	57	43
Ordentliche Aufwendungen	-923.804	-884.921	-1.081.795
Anteiliges ordentliches Ergebnis	-918.871	-884.865	-1.081.752

THH2	Soziales und Jugend
2_2	Jugendamt

Budgetverantwortung: Frau S. Keppler

Produktbereich: 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Produktgruppen:	Produkte:
36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen	362001 Kinder- und Jugendarbeit 362002 Jugendsozialarbeit, Jugendsozialarbeit an Schulen i. R. SGB VIII
36.30 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	363001 Sozial- und Lebensberatung und Beratung vor Inanspruchnahme von Hilfe zur Erziehung 363002 Förderung der Erziehung in der Familie 363003 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschl. Krisenintervention 363004 Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren 363005 Beistandschaft / Amtsvormundschaft 363006 Einrichtungen für Hilfen für junge Menschen
36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege	365001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen 365002 Förderung / Vermittlung von Kindern in Tagespflege 365003 Finanzielle Förderung, Übernahme von Teilnahmebeiträgen
36.80 Kooperation und Vernetzung	368001 Kooperation und Vernetzung
36.90 Unterhaltsvorschussleistungen	369001 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

Produktgruppe: 36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen

362001 Kinder- und Jugendarbeit

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Kinder- und Jugendarbeit beinhaltet Angebote öffentlicher Träger, Verbände und anderer freier Träger im Rahmen der Jugendarbeit, der Förderung der Jugendverbände und des erzieherischen Kinder- und Jugendschutzes nach SGB VIII; Offene Kinder- und Jugendarbeit durch die Kommune und freie Träger z. B: Kinder- und Jugendkulturarbeit, außerschulische Kinder- und Jugendbildung, internationale Jugendbegegnung, Ferienmaßnahmen, Medienarbeit, erlebnisorientierte Projekte und Sport, mobile spielpädagogische Angebote, Jugendberatung, interkulturelle Arbeit, geschlechtsspezifische Angebote für Mädchen und Jungen; Förderung der verbandlichen Kinder- und Jugendarbeit

Allgemeine Ziele:

Bereitstellung erforderlicher Angebote zur Förderung der Entwicklung junger Menschen; Förderung der eigenverantwortlichen Tätigkeit von Jugendverbänden und Jugendgruppen; Schutz junger Menschen vor gefährdenden Einflüssen

362002 Jugendsozialarbeit, Jugendsozialarbeit in Schulen im Rahmen SGB VIII

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Förderung von jungen Menschen, die zum Ausgleich sozialer Benachteiligungen oder zur Überwindung individueller Beeinträchtigungen in erhöhtem Maße auf Unterstützung angewiesen sind, nach § 13 SGB VIII

Die Jugendsozialarbeit umfasst insbesondere:

- Jugendberufshilfe
- Mobile Jugendarbeit
- Schulsozialarbeit

Allgemeine Ziele:

Sicherstellung eigenständiger Existenzsicherung und sozialer Integration; Gewährleistung bedarfsgerechter Angebote im Rahmen der Jugendberufshilfe, Mobilen Jugendarbeit und Schulsozialarbeit; Abbau von Benachteiligungen; Kooperation und Vernetzung zwischen Kommune und Wirtschaft, Kammern, Arbeitsamt, Schule, öffentlichen und freien Trägern, Ehrenamtlichen

Produktgruppe: 36.30 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

363001 Sozial- und Lebensberatung und Beratung vor Inanspruchnahme von Hilfe zur Erziehung

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Sozial- und Lebensberatung, z. B.:

- Trennungs- und Scheidungsberatung
- Beratung Alleinerziehender
- allgemeine Familienberatung
- Beratung von Kindern und Jugendlichen

ggf. ohne Kenntnis der Personensorgeberechtigten

Beratung vor Inanspruchnahme von Hilfe zur Erziehung:

Beratung von Personensorgeberechtigten, Kindern und Jugendlichen vor einer Entscheidung über die Inanspruchnahme einer Hilfe unter Hinweis auf die möglichen Folgen für die Entwicklung des Kindes oder Jugendlichen

Allgemeine Ziele:

Schaffung oder Erhaltung positiver Lebensbedingungen für Familien und junge Menschen; Abklärung des Bedarfs unter umfassender Beteiligung der jungen Menschen und ihrer Familien und des sozialen Umfeldes (persönliche und / oder wirtschaftliche Hilfe)

363002 Förderung der Erziehung in der Familie

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Die allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie soll dazu beitragen, dass Mütter, Väter und andere Erziehungsberechtigte ihre Erziehungsverantwortung besser wahrnehmen und Konflikte in der Familie gewaltfrei lösen können.

Allgemeine Förderung der Erziehung in der Familie nach § 16 SGB VIII:

- Familienbildung durch Qualifizierung und Wissensvermittlung, Anregung, Begleitung, Unterstützung v. Familienselbsthilfeprojekten
- Angebote der Familienfreizeit und Familienerholung
- Analyse der Schwachstellen der sozialen Infrastruktur und Weitergabe dieser Erkenntnisse an die Sozial- und Jugendhilfeplanung

Gemeinsame Wohnformen für Mütter / Väter und Kinder nach § 19 SGB VIII:

Betreuung der Mütter oder Väter, die allein für ein Kind unter 6 Jahren zu sorgen haben, gemeinsam mit dem Kind in einer geeigneten Wohnform

Betreuung und Versorgung des Kindes in Notsituationen nach § 20 SGB VIII:

Unterstützung eines Elternteils bei der Betreuung und Versorgung des im Haushalt lebenden Kindes, wenn der Elternteil, der die überwiegende Betreuung des Kindes übernommen hat, für die Wahrnehmung dieser Aufgabe ausfällt

Allgemeine Ziele:

Bessere Wahrnehmung der Erziehungsverantwortung und Stärkung der Erziehungskompetenz von Müttern, Vätern und anderen Erziehungsberechtigten; Unterstützung bei der (gewaltfreien) Bewältigung von Konflikt- und Krisensituationen in der Familie, Unterstützung der Familie bei Notsituationen; Gewährleistung der Betreuung und Versorgung von Kindern im elterlichen Haushalt

363003 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisenintervention

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Hilfe zur Erziehung; Eingliederungshilfe für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche gemäß § 35a Abs. 3 i. V. m. Abs. 1 SGB VIII; Hilfe für junge Volljährige; Inobhutnahme

Die Ausgestaltung der Leistungen kann erfolgen durch: Erziehungsberatung, soziale Gruppenarbeit, Erziehungsbeistand / Betreuungshelfer, sozialpädagogische Familienhilfe, Erziehung in einer Tagesgruppe / Familienpflege, Vollzeitpflege, Heimerziehung, sonstige betreute Wohnformen, intensive sozialpädagogische Einzelbetreuung und weiteren Formen der Hilfe.

Allgemeine Ziele:

Förderung der individuellen und sozialen Entwicklung des jungen Menschen; Förderung der Erziehungskompetenz der Personensorgeberechtigten; Sicherung des Verbleibs der Kinder und Jugendlichen in der Familie oder Schaffung einer auf Dauer angelegten Lebensperspektive außerhalb der Familie; Unterstützung der Kinder und Jugendlichen bei der Bewältigung von individuellen Entwicklungsproblemen und Begleitung bei der schulischen Förderung; Abbau und Vermeidung von sozialen und materiellen Benachteiligungen

363004 Mitwirkung im gerichtlichen Verfahren

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII; JGG; AdVermiG

Das Produkt beinhaltet die Mitwirkung nach dem Jugendgerichtsgesetz (JGG), die Annahme als Kind, Adoptionsvermittlung und die Mitwirkung beim Familiengericht.

Allgemeine Ziele:

Angemessene Betreuung bei Gerichts- und Strafverfahren; Integration des Kindes in die neue Familie auf Dauer als eigenes Kind; Abwendung einer Gefährdung Minderjähriger durch die Einschaltung eines Gerichts

363005 Beistandschaft / Amtsvormundschaft

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Beistandschaft:

Beratung, Unterstützung und gesetzliche Vertretung neben dem alleinsorgeberechtigten Elternteil bei der Feststellung der Vaterschaft und der Geltendmachung und Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen; Führung der auf Antrag des alleinsorgeberechtigten Elternteils eingetretenen Beistandschaft für minderjährige Kinder

Beratung und Unterstützung ohne / außerhalb formelle(r) Beistandschaft:

Information, Beratung und Unterstützung der Anspruchsberechtigten nach § 18 Abs. 1, 2 und 4 SGB VIII bei der Ausübung der Personensorge und der Geltendmachung von Unterhaltsansprüchen; schriftliches Angebot einer umfassenden Beratung und Unterstützung an die Mutter unverzüglich nach der Geburt eines Kindes, wenn sie nicht mit dem Vater ihres Kindes verheiratet ist (§ 52a SGB VIII)

Amtsvormundschaft / Pflegschaft:

Beratung, Unterstützung, Begleitung, Betreuung und gesetzliche Vertretung in Ergänzung oder anstelle eines oder beider Elternteile als parteiliche Interessenvertretung des Kindes; Führung der vom Gericht angeordneten oder kraft Gesetzes eingetretenen Amtsvormundschaften durch Ausübung der gesamten Personen- und Vermögenssorge; Führung von angeordneten Pflegschaften durch Ausübung der Personen- und Vermögenssorge in dem vom Gericht festgelegten Umfang

Allgemeine Ziele:

Feststellung der Vaterschaft sowie Festsetzung und Realisierung des Unterhalts; Sicherung von Rechtspositionen; Ausübung der elterlichen Sorge im Interesse des Kindes

36300604 Einrichtungen für Hilfen zur Erziehung für junge Volljährige

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Bereitstellung von Einrichtungen der Hilfen für junge Menschen und ihre Familien; dazu gehören neben den Kosten für Errichtung, Unterhaltung und Betrieb der Einrichtungen auch die Aufwendungen für Personal

Allgemeine Ziele:

Deckung des Bedarfs an Räumlichkeiten, Einrichtungen und Unterkunftsplätzen im Rahmen der Hilfen für junge Menschen und ihre Familien

Produktgruppe: 36.50 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege**365001 Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Familienergänzende/-unterstützende Betreuung, Erziehung und Bildung von Kindern in unterschiedlichen Angebotsformen nach § 22a SGB VIII, z. B. Kinderkrippe, Kindergarten, Tageseinrichtungen mit altersgemischten Gruppen und Einrichtungen mit integrativen Gruppen in verschiedenen Betriebsformen, z. B. Halbtags- und Ganztagsgruppen, Gruppen mit verlängerten Öffnungszeiten, Hort, Hort an der Schule mit oder ohne Verpflegung; Interaktion Kindergarten - soziales Umfeld; Kooperation mit der Schule, kirchlichen und freien Trägern und Fachdiensten

Allgemeine Ziele:

Förderung der Entwicklung des Kindes zu einer eigenverantwortlichen und gemeinschaftsfähigen Persönlichkeit, durch:

- Altersgemäße sowie lebensweltorientierte Betreuung, Bildung und Erziehung der Kinder
- Geschlechtsbezogene Förderung von Mädchen und Jungen, Abbau von Geschlechtsstereotypen und Benachteiligungen
- Einbeziehung kultureller und religiöser Begebenheiten
- Förderung von behinderten und entwicklungsverzögerten Kindern

Familienentlastung / Unterstützung; Förderung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf; Zusammenarbeit mit den Eltern zum Wohle des Kindes

365002 Förderung / Vermittlung von Kindern in Kindertagespflege

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Angebote zur Betreuung, Bildung und Erziehung des Kindes nach § 23 SGB VIII durch:

- Vermittlung von Kindern zu geeigneten Tagespflegepersonen
- Förderung der Zusammenarbeit zwischen Tagespflegepersonen und Personensorgeberechtigten
- Werbung, Auswahl, Schulung, Beratung und Begleitung der Tagespflegepersonen
- Finanzierung der Kindertagespflege

Allgemeine Ziele:

Bedarfsgerechte Vermittlung von geeigneten Tagespflegepersonen; Förderung und Unterstützung von Zusammenschlüssen von Tagespflegepersonen

ansonsten wie Produkt 36.50.01

365003 Finanzielle Förderung, Übernahme von Teilnahmebeiträgen

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Übernahme von Teilnahme- bzw. Kostenbeiträgen nach § 90 Abs. 3 SGB VIII einschl. Prüfung der Voraussetzungen, und Festsetzung des Eigenanteils der Eltern / des Elternteils

Allgemeine Ziele:

Vermeidung unzumutbarer finanzieller Belastung von Eltern und ihren Kindern durch die Feststellung der zumutbaren Belastung unter Anwendung des Sozialhilferechts nach §§ 82 bis 85, 87, 88 und 92a SGB XII

Produktgruppe: 36.80 Kooperation und Vernetzung**368001 Kooperation und Vernetzung**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Leistungen, die über allgemeine Planungs- und Kooperationsleistungen der Produktgruppen 36.20 bis 36.50 hinausgehen. Dies können insbesondere sein: Intensivierung der Vernetzung im Sozialraum; Kooperation und Vernetzung insbesondere zwischen Trägern der Jugendhilfe und Sozialhilfe und anderen (vgl. § 80 SGB VIII, § 81 SGB VIII); Unterstützung von Selbsthilfe, bürgerschaftlichem Engagement und ehrenamtlicher Arbeit; Erschließung von Ressourcen im Jugendhilfebereich; Unterstützung und Initiierung von wohngebietsbezogenen Arbeitsgemeinschaften und Regionalkonferenzen; Wahrnehmen sozialer und struktureller Entwicklungen im Gemeinwesen; Initiierung / Durchführung von Projekten und Regelangeboten zu sozialen Problemen im Gemeinwesen; Beratung und Vermittlung bei Konflikten zwischen sozialen Gruppen; Bundesinitiative Netzwerk Frühe Hilfen und Familienhebammen

Allgemeine Ziele:

Identifikation der Bewohner / -innen mit ihrem Sozialraum; Schaffung und Erhaltung positiver Lebensbedingungen für jungen Menschen und ihre Familien sowie eines kinder- und familienfreundlichen Umfelds

Produktgruppe: 36.90 Unterhaltsvorschussleistungen**369001 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UVG)**

Auftragstyp: Weisungsgebundene Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: UVG

Bearbeitung von Anträgen im Rahmen des Unterhaltsvorschussgesetzes sowie Heranziehung der Unterhaltspflichtigen; Beratung von alleinerziehenden Elternteilen

Allgemeine Ziele:

Sicherstellung der Unterhaltsleistung und Realisierung möglicher Unterhalts- und Ersatzansprüche

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Anteil der unter 21-jährigen Einwohner des Rhein-Neckar-Kreises, die individuelle Jugendhilfen erhalten	3,41 %	3,12 %	3,20 %
Anzahl der unter 21-jährigen Einwohner des Rhein-Neckar-Kreises, die individuelle Jugendhilfen erhalten	3.826	3.500	3.600
- davon Anzahl der unter 21-Jährigen, die Hilfen nach § 35 a SGB VIII erhalten	1.340	1.160	1.300
- davon Anzahl der unter 21-Jährigen, die in stationären Maßnahmen untergebracht sind	384	400	419
Anzahl der laufenden Fälle, die Unterhaltsvorschussleistungen erhalten	3.484	3.430	3.700
Anzahl der Beistandschaften	1.288	1.350	1.300
Laufende Fälle der Jugendgerichtshilfe	919	1.180	1.100
Anzahl der Fälle von Ehe- und Lebensberatung durch den allgemeinen sozialen Dienst	1.600	1.600	1.700
Anzahl der familiengerichtlichen Verfahren allgemeiner sozialer Dienst	1.200	715	800
Anzahl unbegleiteter minderjähriger Ausländer (UMA)	227	200	200
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	65,37	68,65	69,03
Beschäftigte	197,20	196,93	199,23

THH2 **Soziales und Jugend**
2_2 **Jugendamt**

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	12.404.927	12.035.000	16.173.300
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	9.574.729	9.470.000	9.800.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	2.245.896	3.653.000	3.653.000
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	660	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	28.346.909	30.024.300	25.049.800
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.402.011	3.000	3.000
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	53.975.132	55.185.300	54.679.100
12	-	Personalaufwendungen	21.742.653-	23.790.412-	24.480.248-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	575.309-	195.500-	235.500-
15	-	Abschreibungen	542.521-	539.600-	537.900-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	132.674.532-	143.447.000-	144.589.500-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	9.219.205-	7.061.400-	8.008.775-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	164.754.220-	175.033.912-	177.851.923-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	110.779.087-	119.848.612-	123.172.823-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	6.439.315-	7.752.566-	7.754.294-
23	-	kalkulatorische Kosten	565-	200-	100-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	6.439.880-	7.752.766-	7.754.394-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	117.218.968-	127.601.378-	130.927.217-

THH2 **Soziales und Jugend**
2_2 **Jugendamt**

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	49.280.258	55.185.300	54.679.100	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	163.578.402-	174.470.819-	177.316.725-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	114.298.144-	119.285.519-	122.637.625-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	11.362-	5.600-	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	11.362-	5.600-	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	11.362-	5.600-	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	114.309.506-	119.291.119-	122.637.625-	0

Erläuterungen:

Das voraussichtliche ordentliche Ergebnis im Budget des Jugendamtes beträgt für das Haushaltsjahr 2026 rd. -123,2 Mio. €. Im Vergleich zur Vorjahresplanung entsteht ein Mehrbedarf von rd. 3,3 Mio. €, der aus Mindererträgen in Höhe von rd. 0,5 Mio. € und Mehraufwendungen von rd. 2,8 Mio. € entsteht.

Die ordentlichen Erträge für das Haushaltsjahr 2026 liegen bei rd. 54,7 Mio. €. Folgende Entwicklungen führen zu diesem Ergebnis:

Bei den Zuweisungen und Umlagen plant die Verwaltung mit einem Ansatz von rd. 16,2 Mio. €, was einer Steigerung von 4,2 Mio. € gegenüber dem Vorjahr entspricht. Ursächlich hierfür ist insbesondere das mit dem Land ausgehandelte Finanzpaket. Demnach erhält das Jugendamt zum einen eine abschließende Nachzahlung für die Jahre 2020 bis 2025 für die kommunalen Aufwendungen der schulischen Inklusion von rd. 3,3 Mio. € und zum anderen eine Einmalzahlung für die Schulbegleitungen an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren von rd. 0,6 Mio. €. Zusätzlich erhöhen sich die Landeszuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich für die Kleinkindbetreuung nach § 29c FAG um rd. 0,2 Mio. €.

Die sonstigen Transfererträge erhöhen sich um 300 T€ und sind somit mit einem Ansatz von rd. 9,8 Mio. € eingeplant.

Bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten liegt der Ansatz wie bereits im Vorjahr bei rd. 3,7 Mio. €.

Der Ansatz für die Kostenerstattungen und Kostenumlagen verringert sich im Vergleich zum Vorjahr um rd. 5,0 Mio. € auf insgesamt rd. 25,0 Mio. €. Diese Entwicklung ist auf geringere Kostenerstattungen für die Unterbringung von Unbegleiteten Minderjährigen Ausländern (UMA) bei der Schlüsselposition Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien zurückzuführen. Hier plant die Verwaltung mit Kostenerstattungen von rd. 13,0 Mio. € anstelle der im Vorjahr geplanten 18,0 Mio. €.

Die ordentlichen Aufwendungen wurden für das Haushaltsjahr 2026 mit rd. -177,8 Mio. € geplant (2025: -175,0 Mio. €). Der Mehrbedarf in Höhe von rd. 2,8 Mio. € gegenüber dem Vorjahr ist bei den folgenden Punkten zu verzeichnen:

Die Personalaufwendungen erhöhen sich um rd. 0,7 Mio. € und steigen somit auf rd. 24,5 Mio. € an.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen geht die Verwaltung von einem Mehrbedarf in Höhe von rd. 40 T€ aus. Somit liegt der Ansatz für das Haushaltsjahr 2026 bei rd. 235 T€. Hauptverantwortlich für die höheren Aufwendungen ist der Mietaufwand für die Räumlichkeiten des neu gegründeten Haus des Jugendrechts.

Der Ansatz der Transferaufwendungen erhöht sich voraussichtlich um rd. 1,1 Mio. € auf insgesamt 144,6 Mio. €. Um rd. 0,2 Mio. € erhöht sich der Ansatz bei der Schlüsselposition Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien. Bei der Schlüsselposition Förderung der Kindertagespflege sind Mehraufwendungen von rd. 0,4 Mio. € im Vergleich zur Vorjahresplanung zu verzeichnen. Des Weiteren ergeben sich höhere Aufwendungen bei der Finanzierung / Förderung und Übernahme von Teilnahmebeiträgen (+ 0,4 Mio. €) und bei der Schlüsselposition Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (+0,1 Mio. €). Genauere Entwicklungen hierzu können den Erläuterungen zu den entsprechenden Schlüsselpositionen entnommen werden.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen wurden im Vergleich zum Vorjahr um rd. 0,9 Mio. € auf insgesamt 8,0 Mio. € erhöht. Die Mehraufwendungen entstehen bei der Förderung der Kindertagespflege infolge der Erhöhung der laufenden Geldleistungen sowie aufgrund des im Jahr 2025 erwarteten Rechnungsergebnisses.

Im Folgenden werden die Schlüsselpositionen

- 363003 Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien
- 365002 Förderung/Vermittlung von Kindern in Tagespflege
- 365003 Finanzielle Förderung, Übernahme von Teilnahmebeiträgen
- 369001 Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz

näher betrachtet.

THH2	Soziales und Jugend
2_2	Jugendamt
363003-21	Individuelle Hilfen für junge Menschen
363003	Ind. Hilfen f. junge Mensch. u ihre Fam.

Ifd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.413.159	1.070.000	4.973.400
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	3.021.482	2.850.000	3.200.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	155	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	19.891.393	19.921.800	14.921.800
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	278	1.155	1.204
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	24.326.467	23.842.955	23.096.404
12	-	Personalaufwendungen	8.548.315-	9.639.546-	9.959.993-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	48.363-	48.042-	57.107-
15	-	Abschreibungen	38.326-	207.684-	215.685-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	100.499.207-	110.844.000-	111.039.000-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.367.074-	2.140.522-	2.385.505-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	112.501.286-	122.879.794-	123.657.290-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	88.174.819-	99.036.839-	100.560.886-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	2.495.879-	2.985.513-	3.111.023-
27	-	kalkulatorische Kosten	215-	77-	40-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	2.496.094-	2.985.590-	3.111.063-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	90.670.913-	102.022.429-	103.671.949-

Erläuterungen:

Die Schlüsselposition Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien stellt den Kernbereich der Jugendhilfe dar und ist die finanziell bedeutendste Hilfeart des Jugendamtes. Sie beinhaltet alle Erträge und Aufwendungen für Hilfen zur Erziehung, Hilfen für seelisch behinderte Kinder und Jugendliche sowie Hilfen für junge Volljährige. Die Jugendhilfemaßnahmen dieser Schlüsselposition umfassen sowohl stationäre als auch ambulante Hilfen des Jugendamtes. Das anteilige ordentliche Ergebnis bei der Individuellen Hilfe für junge Menschen und ihre Familien beträgt für das Jahr 2026 voraussichtlich rd. -100,6 Mio. €. Im Vergleich zur Vorjahresplanung ist hier eine Negativentwicklung von rd. 1,5 Mio. € zu verzeichnen.

Bei den Zuweisungen und Umlagen prognostiziert die Verwaltung Mehrerträge von rd. 3,9 Mio. € und somit einen Ansatz von rd. 5,0 Mio. € (2025: 1,1 Mio. €). Auf der Grundlage des Festsetzungsbescheides des Ministeriums für Kultus, Jugend und Sport Baden-Württemberg werden gem. § 2 des Gesetzes zum Ausgleich kommunaler Aufwendungen für die schulische Inklusion Zuweisungen des Landes in Höhe von rd. 0,5 Mio. € erwartet. Ergänzend hierzu erhält das Jugendamt eine abschließende Nachzahlung für die kommunalen Aufwendungen der schulischen Inklusion von rd. 3,3 Mio. €. Ferner leistet das Land eine Einmalzahlung für die Schulbegleitungen an den Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren von rd. 0,6 Mio. €. Aufgrund der Erweiterung des Finanzausgleichsgesetzes (FAG) um § 29d fördert das Land die Integration und die Betreuung von UMA über die Kostenerstattung des § 89d SGB VIII hinaus, indem die Stadt- und Landkreise seit 2017 insgesamt 11 Mio. € jährlich erhalten. Die Zuweisungen werden im Verhältnis der Einwohnerzahlen (zum Stichtag 30. Juni des Vorjahres) verteilt, so dass der Rhein-Neckar-Kreis mit Erträgen in Höhe von 0,5 Mio. € rechnen kann.

Die sonstigen Transfererträge ergeben sich aus dem Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen (Kostenbeiträge). Der Ansatz für das Haushaltsjahr 2026 erhöht sich um rd. 350 T€ auf nun insgesamt 3,2 Mio. €. Grund für die Erhöhung des Ansatzes ist das prognostizierte Rechnungsergebnis 2025.

Der Ansatz für die Kostenerstattungen und Kostenumlagen wird um 5,0 Mio. € reduziert und liegt somit bei rd. 14,9 Mio. €. Der Ansatz der Kostenerstattungen für die Unterbringung der UMA sinkt im Vergleich zur Vorjahresplanung um 5,0 Mio. € auf 13,0 Mio. €. Den Erträgen stehen Transferaufwendungen in gleicher Höhe gegenüber, sodass die Aufnahme der UMA im Rhein-Neckar-Kreis haushaltsneutral erfolgt. Grund für die Reduzierung des Ansatzes ist das prognostizierte Rechnungsergebnis 2025, das unter dem geplanten Haushaltsansatz 2025 liegt. Die übrigen Erstattungen i.H.v. 1,9 Mio. € sind gleichbleibend. Hier handelt es sich u.a. um Erstattungen anderer Jugendhilfeträger bei Übergang von Zuständigkeiten, um Kostenerstattungsfälle in der Vollzeitpflege nach § 86 Abs. 6 SGB VIII und um Kostenerstattungen für Inobhutnahmen nach § 87 SGB VIII (jeweils in Verbindung mit §§ 89ff, SGB VIII).

Die Personalaufwendungen erhöhen sich um rd. 0,3 Mio. € auf rd. 9,9 Mio. €.

Der Ansatz der Transferaufwendungen ändert sich im Vergleich zur Vorjahresplanung nur marginal, um 0,2 Mio. € auf rd. 111,0 Mio. €. Mehraufwendungen sind bei den Eingliederungshilfen nach § 35a SGB VIII zu verzeichnen. Diese sind auf Fallzahlen- sowie Entgeltsteigerungen im stationären sowie im teilstationären Bereich zurückzuführen (rd. +2,5 Mio. €). Ferner wurden Tarifsteigerungen von rd. 2,8 % (rd. +2,15 Mio. €) bei der Planung des Ansatzes berücksichtigt. Darüber hinaus plant die Verwaltung mit Mehraufwendungen von rd. 0,4 Mio. € aufgrund der Erweiterung der Kooperationsvereinbarung mit dem Caritasverband und der hierin vereinbarten Übertragung von Aufgaben des Pflegekinderdienstes in 100 Betreuungsfällen. Die Leistungen in der Vollzeitpflege nach § 33 SGB VIII sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 150 T€ gestiegen. Den Mehraufwendungen stehen niedrigere Aufwendungen bei der Unterbringung von UMA gegenüber (-5,0 Mio. €).

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen plant die Verwaltung mit einem Ansatz von rd. 2,4 Mio. € (2025: 2,1 Mio. €). Der Mehrbedarf von rd. 300 T€ ist insbesondere auf höhere Aufwendungen für die Erstattungen an Gemeinden zurückzuführen, die an das prognostizierte Rechnungsergebnis 2025 angepasst sind.

THH2	Soziales und Jugend
2_2	Jugendamt
365002-21	Förderung von Kindern in Tagespflege
365002	Förd/Vermit. Kindertagespflege (ab 2014)

Ifd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	10.026.590	10.000.000	10.234.900
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	2.243.496	3.650.000	3.650.000
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	23	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	151.529	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	41	172	175
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	12.421.680	13.650.172	13.885.075
12	-	Personalaufwendungen	1.097.072-	1.269.402-	1.334.413-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	4.325-	4.061-	5.198-
15	-	Abschreibungen	3.351-	30.848-	31.396-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	8.655.693-	9.600.000-	10.000.000-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	5.153.351-	4.402.291-	5.050.351-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	14.913.792-	15.306.602-	16.421.357-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	2.492.112-	1.656.430-	2.536.282-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	372.192-	443.447-	452.851-
27	-	kalkulatorische Kosten	32-	11-	6-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	372.224-	443.458-	452.857-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	2.864.337-	2.099.888-	2.989.139-

Erläuterungen:

Das voraussichtliche ordentliche Ergebnis der Schlüsselposition Förderung von Kindern in Tagespflege liegt für das Jahr 2026 bei rd. -2,5 Mio. €. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich somit ein Mehrbedarf von rd. 0,9 Mio. €. Dies ergibt sich saldiert aus Mehrerträgen von rd. 0,2 Mio. € und Mehraufwendungen von rd. 1,1 Mio. €.

Mit der Förderung des Landes in Höhe von 68 % der Betriebsausgaben der Kleinkinderbetreuung in Tageseinrichtungen und der Kindertagespflege erhält der Rhein-Neckar-Kreis Zuweisungen aus dem kommunalen Finanzausgleich für die Kleinkinderbetreuung nach § 29c FAG. Ausgehend von der Modellberechnung des Statistischen Landesamtes prognostiziert die Verwaltung für das Jahr 2026 eine Erstattung von 10,2 Mio. € (+0,2 Mio. € im Vergleich zum Vorjahr).

Der Ansatz der öffentlich-rechtlichen Entgelte entspricht dem des Vorjahres und liegt bei rd. 3,65 Mio. €. Hier werden die Elternbeiträge und Benutzungsgebühren ausgewiesen.

Die Personalaufwendungen erhöhen sich um rd. 65 T€ auf insgesamt 1,3 Mio. €.

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen plant die Verwaltung mit Mehraufwendungen von rd. 650 T€, die insbesondere bei den Erstattungen an übrige Bereiche zu verzeichnen sind. Die Erhöhung ist auf die Anpassung der laufenden Geldleistungen in der Kindertagespflege zurückzuführen.

THH2	Soziales und Jugend
2_2	Jugendamt
365003-21	Finanz. Förd. Übernahm. v. Teilnahmebeit
365003	Finanz. Förd. Übernahm. v Teilnahmebeitr.

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	964.661	965.000	965.000
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	300.054	300.000	300.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	12	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	111.206	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	21	86	95
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.375.953	1.265.086	1.265.095
12	-	Personalaufwendungen	406.879-	597.186-	696.717-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.162-	2.031-	2.830-
15	-	Abschreibungen	1.451-	15.424-	17.096-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	5.843.069-	5.890.000-	6.334.500-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	24.216-	22.645-	27.417-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	6.277.778-	6.527.286-	7.078.560-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	4.901.824-	5.262.200-	5.813.464-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	186.096-	221.723-	246.587-
27	-	kalkulatorische Kosten	16-	6-	3-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	186.112-	221.729-	246.590-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	5.087.937-	5.483.930-	6.060.054-

Erläuterungen:

Bei der Schlüsselposition Finanzierung, Förderung und Übernahme von Teilnahmebeiträgen liegt das voraussichtliche ordentliche Ergebnis für das Haushaltsjahr 2026 bei rd. -5,8 Mio. € (2025: rd. -5,3 Mio. €).

Der Ansatz der ordentlichen Erträge gleicht dem des Vorjahres und liegt somit bei rd. 1,3 Mio. €. Die Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen sind mit rd. 965 T€ eingeplant und die sonstigen Transfererträge mit rd. 300 T€.

Aufwandsseitig plant die Verwaltung mit Mehraufwendungen in Höhe von rd. 0,5 Mio. €.

Die Personalaufwendungen erhöhen sich um rd. 0,1 Mio. € auf insgesamt 0,7 Mio. €.

Bei den Transferaufwendungen prognostiziert die Verwaltung einen Mehrbedarf von rd. 0,4 Mio. €. Der Ansatz für das Jahr 2026 liegt somit bei rd. 6,3 Mio. €. Dies ist auf einen moderaten Fallzahlenanstieg von 5 %, gestiegene Beiträge der Tageseinrichtungen und die Einführung des Ganztagsförderungsgesetz (GaföG) zurückzuführen. Mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung für Kinder im Grundschulalter soll eine Betreuungslücke geschlossen werden, die entsteht, sobald die Kinder eingeschult werden. Dies führt zu einer voraussichtlichen Fallzahlensteigerung von mind. 20 %.

THH2	Soziales und Jugend
2_2	Jugendamt
3690-21	Unterhaltsvorschussleistungen
369001	Leist. nach d. Unterhaltsvorschussgesetz

Ifd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	71	0	0
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	6.153.768	6.200.000	6.200.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	29	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	7.980.176	10.100.000	10.125.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	51	213	222
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	14.134.095	16.300.213	16.325.222
12	-	Personalaufwendungen	1.464.668-	1.596.381-	1.669.602-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	5.380-	5.048-	6.586-
15	-	Abschreibungen	475.996-	38.344-	39.783-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	13.789.636-	14.000.000-	14.100.000-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	230.264-	106.297-	138.800-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	15.965.944-	15.746.070-	15.954.771-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.831.849-	554.143	370.451
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	462.987-	551.207-	573.818-
27	-	kalkulatorische Kosten	40-	14-	7-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	463.027-	551.222-	573.825-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	2.294.876-	2.921	203.374-

Erläuterungen:

Alleinerziehende, die keinen oder unregelmäßig Unterhalt von dem anderen Elternteil erhalten, haben für das in ihrem Haushalt lebende Kind bis zur Volljährigkeit Anspruch auf Unterhaltsvorschuss. Der Staat tritt damit als „Ausfallbürge“ für den eigentlich unterhaltspflichtigen Elternteil ein. Der Anspruch auf Unterhaltsvorschussleistungen hängt nicht vom Einkommen des alleinerziehenden Elternteils ab. Unterhaltsvorschussleistungen sind vorrangig gegenüber den SGB II-Leistungen, Wohngeld und Kinderzuschlag zu beantragen. Kinder und Jugendliche können bis zum vollendeten 18. Lebensjahr Unterhaltsvorschuss erhalten, wenn sie keine Leistungen nach SGB II beziehen oder durch die Unterhaltsleistung Hilfebedürftigkeit nach § 9 des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch vermieden werden kann oder der alleinerziehende Elternteil bei gleichzeitigem SGB II-Bezug über Einkommen von mindestens 600 € verfügt. Ist der unterhaltspflichtige Elternteil ganz oder teilweise leistungsfähig, wird er vom Staat in Höhe des gezahlten Unterhaltsvorschusses in Anspruch genommen.

Mit dem endgültigen Belastungsausgleich infolge der Reform des Unterhaltsvorschusses reduziert sich die kommunale Beteiligungsquote von 30 % auf 27 % der Kosten beim Unterhaltsvorschuss. Außerdem dürfen Die Stadt- und Landkreise 40 % der Erträge nach § 7 UVG (übergeleitete Unterhaltsansprüche) behalten.

Das voraussichtliche ordentliche Ergebnis der Schlüsselposition Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz beträgt für das Jahr 2026 rd. -1,7 Mio. €. Gegenüber dem Vorjahr verschlechtert sich das ordentliche Ergebnis somit um rd. 2,2 Mio. € (2025: 0,5 Mio. €). Dies ist auf Mindererträge von rd. 2,0 Mio. € sowie Mehraufwendungen von rd. 0,2 Mio. € zurückzuführen.

Der Ansatz der Transfererträge für das Haushaltsjahr 2026 gleicht dem des Vorjahres und liegt somit bei 6,2 Mio. €.

Bei den Kostenerstattungen des Landes prognostiziert die Verwaltung eine niedrigere Erstattung des Landes (-2,0 Mio. €), sodass sich in 2026 ein Ansatz von insgesamt 8,1 Mio. € ergibt. Im Vergleich zum Vorjahr entfällt die Einmalerstattung des Landes im Rahmen des Belastungsausgleichs (2,0 Mio. €), was der Grund für die Mindererträge ist. Der Ansatz für die Erstattungen anderer Jugendhilfeträger wird wie im Vorjahr beibehalten (0,1 Mio. €).

Aufwandsseitig erhöhen sich die Ansätze gegenüber der Vorjahresplanung um rd. 200 T€ auf nun insgesamt 15,95 Mio. €.

Der Ansatz der Personalaufwendungen steigt um rd. 70 T€ auf nun rd. 1,7 Mio. €.

Bei den Transferaufwendungen erhöht sich der Ansatz um 100 T€ auf insgesamt 14,1 Mio. €. Die Erhöhung des Ansatzes ist auf die Entwicklung der Fallzahlen und der Aufwendungen im Haushaltsjahr 2025 zurückzuführen.

Ferner erhöhen sich die sonstigen ordentlichen Aufwendungen um rd. 30 T€ auf 140 T€. Die Anpassung des Ansatzes ist auf die Hochrechnung zum 31.12.2025 zurückzuführen.

THH2 Soziales und Jugend
2_3 Versorgungsamt**Budgetverantwortung: Frau M. Ahten****Produktbereich: 37 Schwerbehindertenrecht und soziales Entschädigungsrecht**

Produktgruppen:	Produkte:
37.10 Schwerbehindertenrecht	371010122 Schwerbehindertenrecht
37.20 Soziales Entschädigungsrecht	3720010122 SED-Opferpensionen 3720020122 Soziales Entschädigungsrecht / SGB XIV

Produktgruppe: 37.10 Schwerbehindertenrecht**3710010122 Schwerbehindertenrecht**

Auftragstyp:	Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörden
Auftragsgrundlage:	SGB IX

Feststellungsverfahren nach dem Schwerbehindertenrecht; Ausstellung von Ausweisen, Beiblättern (einschließlich Wertmarken) und Streckenverzeichnissen; Nachprüfung der Verhältnisse; Abhilfeverfahren; Aufklärung und Beratung

Produktgruppe: 37.20 Soziales Entschädigungsrecht**3720010122 SED-Opferpensionen**

Auftragstyp:	Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörden
Auftragsgrundlage:	Drittes Gesetz zur Verbesserung rehabilitierungsrechtlicher Vorschriften für Opfer der politischen Verfolgung in der ehemaligen DDR i. V. m § 17 a StrRehaG

3720020122 Soziales Entschädigungsrecht / SGB XIV

Auftragstyp:	Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörden
Auftragsgrundlage:	14. Buch Sozialgesetzbuch (SGB XIV) – Soziale Entschädigung

Feststellung des Grund- und Leistungsanspruches; Berechnung der einzelnen Entschädigungsleistungen und deren laufenden Anpassungen; Versorgung und Betreuung des anspruchsberechtigten Personenkreises mit Leistungen der Krankenbehandlung, orthopädischen Versorgung sowie Teilhabe- und Fürsorgeleistungen.

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Anzahl der Verfahren Schwerbehindertenrecht (Erst- und Neufeststellung)	27.000	30.000	30.000
Anzahl der Anträge Nebengesetze Sonstiges Soziales Entschädigungsrecht	400	400	480
davon im Zuständigkeitsbereich:			
- des Rhein-Neckar-Kreises	240	240	320
- des Landkreises Schwäbisch Hall	35	35	35
- des Main-Tauber-Kreises	25	30	20
- des Neckar-Odenwald-Kreises	35	35	35
- des Ostalbkreises	50	60	70
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	19,90	16,65	15,65
Beschäftigte	38,10	43,10	44,10

THH2 Soziales und Jugend
2_3 Versorgungsamt

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	0	0	0
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	89	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	648.395	500.000	250.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	432	800	800
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	648.916	500.800	250.800
12	-	Personalaufwendungen	3.840.979-	4.240.770-	4.476.373-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.122-	33.000-	17.000-
15	-	Abschreibungen	4.013-	1.100-	200-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	9-	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	859.806-	892.055-	1.128.855-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	4.720.929-	5.166.925-	5.622.428-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	4.072.013-	4.666.125-	5.371.628-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	1.932.430-	2.271.794-	2.555.792-
23	-	kalkulatorische Kosten	42-	0	0
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.932.472-	2.271.794-	2.555.792-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	6.004.484-	6.937.919-	7.927.420-

THH2 **Soziales und Jugend**
2_3 **Versorgungsamt**

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	646.125	500.800	250.800	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	4.741.496-	5.165.825-	5.622.228-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	4.095.371-	4.665.025-	5.371.428-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	4.095.371-	4.665.025-	5.371.428-	0

Erläuterungen:

Im Haushaltsjahr 2026 ist ein ordentliches Ergebnis rd. -5,4 Mio. € (2025: rd. -4,7 Mio. €) veranschlagt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies ein Mehrbedarf von rd. 0,7 Mio. €, der sich aus Mindererträgen von rd. 250 T€ sowie Mehraufwendungen von rd. 450 T€ ergibt.

Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen plant die Verwaltung mit einem Haushaltsansatz von 250 T€ (-250 T€ im Vergleich zum Vorjahr). Die Erträge sind auf die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen zur Erstellung und Betreibung einer gemeinsamen Dienststelle „Versorgungsamt“ beim Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis mit den vier Landkreisen Schwäbisch Hall, Neckar-Odenwald-Kreis, Main-Tauber-Kreis und Ostalbkreis zurückzuführen. Die gemeinsame Dienststelle nimmt die Aufgaben nach dem Sozialen Entschädigungsrecht für die Vertragsparteien wahr und die damit verbundene Bearbeitung der laufenden Versorgungs- und Antragsfälle von Berechtigten. Das Landratsamt stellt das für die sachgerechte Erledigung der Aufgaben notwendige Personal zur Verfügung und sorgt für die nötige Sachausstattung. Im Gegenzug erstatten die Landkreise die ihnen jeweils anteilig zuzurechnenden personellen und sächlichen Aufwendungen für die erbrachten Leistungen. Die Mindererträge resultieren aus einer Anpassung der Erträge in Bezug auf die zu erwartenden rückläufigen Antragszahlen der Partnerlandkreise für das Haushaltsjahr 2026.

Die Personalaufwendungen erhöhen sich um rd. 236 T€ auf rd. 4,5 Mio. €. Dies ist insbesondere auf Tarifierungen zurückzuführen.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen vermindern sich im Vergleich zur Vorjahresplanung um rd. 16 T€. Bei den Aus- und Fortbildungskosten verringert sich der Ansatz um rd. 5 T€. Zudem wird bei dem Erwerb von geringwertigem Vermögen kein Ansatz geplant (2025: rd. 11 T€).

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen plant die Verwaltung mit Mehraufwendungen in Höhe von rd. 237 T€. Der Mehrbedarf ist im Wesentlichen auf höhere Kosten für Außengutachten (+100 T€), Kosten für Befundscheine (+120 T€) und Kosten für externe Gutachten (+10 T€) im Bereich des Sozialen Entschädigungsrecht zurückzuführen. Der Ansatz der Vordrucke erhöht sich um 7 T€. Somit liegt der Ansatz bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen für das Jahr 2026 bei insgesamt rd. 1,1 Mio. € (2025: rd. 0,9 Mio. €).

THH2	Soziales und Jugend
2_4	Amt f.Sozialplan.Vertragswes.u.Förderung

Budgetverantwortung: Herr J. Fahsel

Produktbereich: 31 Soziale Hilfen

Produktgruppen:	Produkte:
31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	31100123 Planung/ Vertragswesen/ Förderung Hilfe zur Pflege 31100723 Förderung Wohnungslosenhilfe
31.20 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II	31200223 Förderung Eingliederungsleistungen
31.60 Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege	31600123 Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege
31.70 Betreuungsleistungen	31700123 Förderung Betreuungsvereine
31.80 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	31800823 Beratung und Angebote für ältere Menschen

Produktbereich: 32 Eingliederungshilferecht

Produktgruppe:	Produkt:
32.10 Leistungen nach Teil 2 SGB IX – Eingliederungshilferecht	32100023 Planung/ Vertragswesen/ Förderung Eingliederungshilfe

Produktbereich: 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Produktgruppen:	Produkte:
36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen	36200123 Förderung Kinder- und Jugendarbeit 36200223 Planung/ Förderung Jugendsozialarbeit
36.30 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	36300623 Förderung Erziehungsberatung
36.50 Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege	36500223 Förderung Kindertagespflege
36.80 Kooperation und Vernetzung	36800123 Planung/ Vertragswesen/ Förderung Jugendhilfe

Produktgruppe: 31.10 Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII

31100123 Planung / Vertragswesen / Förderung Hilfe zur Pflege

Auftragstyp:	Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage:	SGB XII

Kreissenorenplanung; Abschluss von Pflegesatzvereinbarungen; Qualitätssicherung in der Pflege; Anerkennung, Förderung und Planung der Unterstützungsangebote im Alltag

31100723 Förderung Wohnungslosenhilfe

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB XII

Förderung der Wohnungslosenhilfe

Produktgruppe: 31.20 Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II**31200223 Förderung Eingliederungsleistungen**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB II

Förderung der Schuldnerberatung; Förderung der psychosozialen Betreuung

Produktgruppe: 31.60 Sonstige Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege**31600123 Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege**

Auftragstyp: Bedingte Pflichtaufgabe dem Grunde nach
Auftragsgrundlage: § 5 Abs. 3 Satz 2 SGB XII

Förderung der allgemeinen Lebensberatung; Förderung der Hilfe bei häuslicher Gewalt; Förderung der freien Wohlfahrtspflege; Förderung der Selbsthilfe; Förderung von sozialen Projekten

Produktgruppe: 31.70 Betreuungsleistungen**31700123 Förderung Betreuungsvereine**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: BGB; BtG

Förderung der Betreuungsvereine

Produktgruppe: 31.80 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**31800823 Beratung und Angebote für ältere Menschen**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB XII

Altenhilfefachberatung; Förderung der Wohnberatung; Förderung des Kreissenorenrats

Produktgruppe: 32.10 Leistungen nach Teil 2 SGB IX - Eingliederungshilferecht**32100023 Planung / Vertragswesen / Förderung Eingliederungshilfe**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB IX

Sozialplanung für Menschen mit Behinderung; Abschluss von Leistungs- und Vergütungsvereinbarungen; Qualitätssicherung in der Eingliederungshilfe; Förderung der Familienunterstützenden Dienste

Produktgruppe: 36.20 Allgemeine Förderung junger Menschen**36200123 Förderung Kinder- und Jugendarbeit**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Förderung des Kreisjugendrings; Förderung des Fanprojektes TSG 1899 Hoffenheim; Förderung des Kinder- und Jugendtelefons Wiesloch

36200223 Planung / Förderung Jugendsozialarbeit

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Förderung und Planung der Schulsozialarbeit; Förderung der Jugendberufshilfe

Produktgruppe: 36.30 Hilfen für junge Menschen und ihre Familien**36300623 Förderung Erziehungsberatung**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Förderung der Erziehungsberatung

Produktgruppe: 36.50 Tageseinrichtungen für Kinder und Kindertagespflege**36500223 Förderung Kindertagespflege**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB VIII

Förderung der Qualifizierung von Kindertagespflegepersonen

Produktgruppe: 36.80 Kooperation und Vernetzung
36800123 Planung / Vertragswesen / Förderung Jugendhilfe

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
 Auftragsgrundlage: SGB VIII

Jugendhilfeplanung; Planung der Kindertagesbetreuung; Abschluss von Leistungs- und Entgeltvereinbarungen; Qualitätssicherung und Qualitätsentwicklung in der Jugendhilfe; Förderung der Frühen Hilfen; Förderung von Projekten der Jugendhilfe

Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	3,0	4,50	4,50
Beschäftigte	7,50	6,75	6,75

THH2	Soziales und Jugend
2_4	Amt f.Sozialplan.Vertragswes.u.Förderung

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR 1	Ansatz 2025 EUR 2	Ansatz 2026 EUR 3
1 +	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2 +	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	314.581	628.000	710.000
3 +	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4 +	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5 +	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6 +	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7 +	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	399.215	0	0
8 +	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9 +	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10 +	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11 =	Anteilige ordentliche Erträge	713.796	628.000	710.000
12 -	Personalaufwendungen	894.415-	1.042.491-	1.210.980-
13 -	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14 -	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.167-	7.500-	7.500-
15 -	Abschreibungen	26.527-	24.600-	21.500-
16 -	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17 -	Transferaufwendungen	8.318.283-	9.857.000-	10.449.000-
18 -	Sonstige ordentliche Aufwendungen	139.241-	18.155-	21.955-
19 =	Anteilige ordentliche Aufwendungen	9.380.633-	10.949.746-	11.710.935-
20 =	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	8.666.837-	10.321.746-	11.000.935-
21 +	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
22 -	Aufwendungen für interne Leistungen	225.583-	228.941-	255.195-
23 -	kalkulatorische Kosten	3.084-	2.400-	1.900-
24 =	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	228.667-	231.341-	257.095-
25 =	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	8.895.504-	10.553.087-	11.258.030-

THH2
Soziales und Jugend
2_4
Amt f.Sozialplan.Vertragswes.u.Förderung

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	713.469	628.000	710.000	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	9.104.304-	10.903.851-	11.668.140-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	8.390.836-	10.275.851-	10.958.140-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	8.390.836-	10.275.851-	10.958.140-	0

Erläuterungen:

Die Zusammenführung der einzelnen Bereiche der Sozialplanung sowie die enge Verknüpfung der Planung mit dem Vertragswesen und der Förderung im sozialen Bereich im Amt für Sozialplanung, Vertragswesen und Förderung ermöglicht inhaltliche, finanzielle und fachbereichsübergreifende Synergieeffekte bei der Angebotsentwicklung und Angebotsfinanzierung der sozialen Einrichtungen und Dienste im Rhein-Neckar-Kreis. Die gebündelte Verortung aller Förderungen an einer Stelle ermöglicht zudem die Umsetzung einer einheitlichen Förderstrategie im Rhein-Neckar-Kreis.

Das ordentliche Ergebnis im Haushaltsjahr 2026 ist mit rd. -11,0 Mio. € (2025: rd. -10,3 Mio. €) veranschlagt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies ein Mehrbedarf von rd. 0,7 Mio. €, der sich saldiert aus Mehrerträgen in Höhe von rd. 0,1 Mio. € sowie Mehraufwendungen in Höhe von rd. 0,8 Mio. € ergibt.

Auf der Ertragsseite ergeben sich in 2026 Mehrerträge von 82 T€ und somit ordentliche Erträge in Höhe von rd. 710 T€ (2024: rd. 630 T€). Sie beinhalten die Landesförderung der Frühen Hilfen von rd. 230 T€, die Förderung des Landesprogramms STÄRKE von rd. 200 T€ sowie Landesförderungen in den Bereichen Planung / Förderung der Jugendsozialarbeit, Förderung der Kommunalen Pflegekonferenz und Förderung der Kindertagespflege von insgesamt rd. 170 T€. Ferner sind Förderungen für das Projekt Alt und Jung von rd. 60 T€ sowie Förderungen für das Präventionsnetzwerk Kinderarmut von rd. 50 T€ eingeplant.

Die ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich im Vergleich zur Vorjahresplanung um rd. 0,8 Mio. € auf insgesamt rd. 11,7 Mio. € (2025: 10,9 Mio. €) und finden sich im Wesentlichen bei den Transferaufwendungen als Aufwendungen für Förderleistungen der Sozial- und Jugendhilfe wieder. Mit insgesamt rd. 10,5 Mio. € stellen die Förderungen der Sozial- und Jugendhilfe eine bedeutende Größe im Budget des Amtes für Sozialplanung, Vertragswesen und Förderung dar. Im Vergleich zum Vorjahr ist der Ansatz um rd. 0,6 Mio. € gestiegen. Näheres hierzu kann der unten stehenden Übersicht zu den einzelnen Förderbereichen und den entsprechenden Erläuterungen entnommen werden.

Weiterhin plant die Verwaltung mit höheren Personalaufwendungen. Im Vergleich zum Vorjahr ergibt sich hier eine Abweichung von rd. 200 T€.

Die Förderungen im sozialen Bereich im Überblick:

Förderbereich (Produktnummer)	Plan 2025 in €	Plan 2026 in €	Differenz in €
Förderung der Unterstützungsangebote im Alltag (31100123)	124.000	124.000	0
Förderung der Wohnungslosenhilfe (31100723)	296.000	612.000	316.000
Förderung der Schuldnerberatung / Förderung der Psychosozialen Betreuung (31200223)	711.000	735.000	24.000
Förderung der allgemeinen Lebensberatung / Förderung der Hilfe bei häuslicher Gewalt / Förderung der freien Wohlfahrtspflege / Förderung der Selbsthilfe / Förderung von Alt und Jung / Förderung von Projekten (soziale Agenda) (31600123)	1.195.000	1.127.000	-68.000
Förderung der Betreuungsvereine (31700123)	126.000	126.000	0
Förderung der Wohnberatung / Förderung des Kreissenorenrats (31800823)	110.000	113.000	3.000
Förderung der Familienunterstützenden Dienste (32100023)	134.000	136.000	2.000
Förderung des Kreisjugendrings / Förderung des Fanprojektes TSG 1899 Hoffenheim / Förderung des Kinder- und Jugendtelefons Wiesloch (36200123)	352.000	359.000	7.000
Förderung der Schulsozialarbeit / Förderung der Jugendberufshilfe (36200223)	2.763.000	2.856.000	93.000
Förderung der Erziehungsberatung (36300623)	2.831.000	2.930.000	99.000
Förderung der Kindertagespflege (36500223)	592.000	614.000	22.000
Förderung der Frühen Hilfen / Landesprogramm STÄRKE / Förderung Projekt Präventionsnetzwerk Kinderarmut (36800123)	623.000	717.000	94.000
Summe	9.857.000 €	10.449.000 €	592.000 €

Auf Grundlage der „Leitsätze zur integrierten Sozialplanung für den Rhein-Neckar-Kreis“ und dem „Förderkonzept für den sozialen Bereich für den Rhein-Neckar-Kreis“ hat die Verwaltung für alle Förderungen im sozialen Bereich eine fachliche Konzeption erarbeitet. Die Konzeptionen der Fördermaßnahmen wurden in den jeweiligen Ausschüssen beschlossen, so dass sich nun alle Förderungen in fachlicher und finanzieller Hinsicht an einheitlichen Maßstäben orientieren.

In den Konzeptionen wurden die durch den Rhein-Neckar-Kreis zu finanzierenden Personalstellenanteile (ohne Sach- und Gemeinkosten) und Pauschalen für Sachkostenzuschüsse festgehalten. Dabei erfolgt die Finanzierung der Personalkosten in Form eines Festbetragszuschusses, welcher jährlich unter Berücksichtigung der tariflichen Entwicklung fortgeschrieben wird. Die Höhe des Festbetrags richtet sich im Wesentlichen nach den notwendigen fachlichen Qualifikationen des Personals und der sich hieraus ergebenden Eingruppierung nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst. Zudem werden die Arbeitgeberbruttopersonalkosten der Träger der Angebote in die Berechnung des Festbetrags miteinbezogen, so dass ggf. Durchschnittswerte gebildet werden.

Im Vergleich zum Vorjahr ergeben sich bei den Förderleistungen der Sozialhilfe Mehraufwendungen von rd. 277 T€. Dies entspricht einer prozentualen Steigerung von nahezu 10,27 %. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung sind höhere Aufwendungen bei der Förderung der Wohnungslosenhilfe. Hier steigt der Ansatz um rd. 316 T€ auf nun insgesamt 612 T€. Mit dem Beschluss zur Fortschreibung der Konzeption zur Wohnungslosenhilfe im Rhein-Neckar-Kreis im Ausschuss für Soziales am 03.07.2025 wurde die Verwaltung mit der Umsetzung beauftragt. Um gleiche Lebensverhältnisse für alle Einwohnerinnen und Einwohner im Rhein-Neckar-Kreis zu erlangen, legt das Fachamt den Fokus auf die Bereitstellung von Fachberatung, die Vermittlung verschiedener Hilfen und Unterstützungsangebote sowie auf die Zusammenarbeit bei Schnittstellen mit anderen Institutionen. Hierfür ist eine Aufstockung der Personalausstattung in den Fachberatungsstellen sowie den angegliederten Tagesstätten der Wohnungslosenhilfe notwendig. In diesem Zuge plant die Verwaltung mit vier zusätzlichen Vollzeitstellen, die von Seiten des Landes gefördert werden. Den Mehraufwendungen bei der Förderung der Wohnungslosenhilfe stehen Minderaufwendungen bei der Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege von rd. 70 T€ gegenüber. Dies ist auf die bisherigen Mittel der sozialen Agenda zurückzuführen, die nun im Rahmen eines neuen Projekts bei den Förderleistungen der Jugendhilfe verwendet werden (s. unten).

Bei den Förderleistungen der Jugendhilfe plant die Verwaltung mit einem Mehrbedarf von rd. 315 T€. Dies entspricht einer Abweichung von rd. 4,4 %. Eine wesentliche Änderung ergibt sich bei der Förderung und Planung der Schulsozialarbeit im Rhein-Neckar-Kreis. Durch die tarifliche Fortschreibung beim eingesetzten Personal ergeben sich Mehraufwendungen von rd. 83 T€. Zudem wird ab 2026 ein neues Projekt Präventionsnetzwerk Kinderarmut verfolgt. Dies führt zu höheren Aufwendungen im Vergleich zum Vorjahresansatz von rd. 93 T€ (Förderung der Frühen Hilfen). Darüber hinaus ergeben sich höhere Aufwendungen bei den Förderleistungen aufgrund der tariflichen Fortschreibung der Personalkosten. Die Berücksichtigung der tariflichen Entwicklung ist in den jeweiligen Konzeptionen des Rhein-Neckar-Kreises festgehalten.



Teilhaushalt 3

Sicherheit und Ordnung

Verantwortliche Dezernatsleitung:
Doreen Kuss

THH3 Sicherheit und Ordnung

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	19.938.340	14.038.540	13.088.900
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	52.283	93.300	80.600
4	+	Sonstige Transfererträge	1.024.716	954.000	672.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	371.090	360.000	365.000
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	298.711	974.800	856.900
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	32.986.960	41.699.888	22.138.959
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	472.831	287.700	287.600
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	55.144.932	58.408.228	37.489.959
12	-	Personalaufwendungen	22.820.752-	24.370.134-	23.555.806-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.880.495-	23.546.300-	13.785.000-
15	-	Abschreibungen	597.888-	1.383.900-	1.217.500-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	19.647.129-	27.080.000-	20.391.200-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	3.979.136-	4.272.415-	4.278.030-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	67.925.400-	80.652.749-	63.227.536-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	12.780.468-	22.244.521-	25.737.577-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	2.473.580	2.385.603	2.291.936
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	9.481.115-	10.037.863-	11.017.040-
23	-	kalkulatorische Kosten	40.913-	57.000-	51.600-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	7.048.448-	7.709.260-	8.776.704-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	19.828.917-	29.953.782-	34.514.281-

THH3 Sicherheit und Ordnung

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	84.354.587	58.314.928	37.409.359	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	67.428.166-	79.317.505-	61.984.550-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	16.926.421	21.002.578-	24.575.191-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	87.512	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	2.355	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	89.867	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.516.196-	359.000-	709.000-	1.295.000-
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	49.522-	10.000-	10.000-	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	250.000-	20.000-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.565.718-	619.000-	739.000-	1.295.000-
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	2.475.852-	619.000-	739.000-	1.295.000-
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	14.450.569	21.621.578-	25.314.191-	1.295.000-

THH3	Sicherheit und Ordnung
3_1	Rechtsamt

Budgetverantwortung: Frau H. Abendschön
Produktbereich: 11 Innere Verwaltung
Produktgruppen:
Produkte:

11.12 Steuerung Rechtsamt	1112010130 Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen
11.23 Rechtsangelegenheiten	1123020130 Allgemeine Rechtsberatung, rechtliche Gestaltung und außergerichtliche Vertretung in Rechtssachen
	1123030130 Gerichtliche Vertretung in Rechtssachen
11.26 Zentrale Dienstleistungen	1126010130 Zentrale Vergabestelle
	1126060130 Bearbeitung von Sonderordnungswidrigkeiten intern
	1126060230 Bearbeitung von Sonderordnungswidrigkeiten extern
	1126060330 Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten intern mobil
	1126060430 Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten extern
	1126060530 Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten intern stationär

Produktgruppe: 11.12 Steuerung Rechtsamt
1112010130 Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen

Auftragstyp:	Steuerungsleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage:	Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Erarbeitung / Weiterentwicklung von Grundsätzen, Rahmenregelungen und Standards (Handlungsrahmen) und deren Überwachung bzw. Durchsetzung für das Rechtswesen (Gesetzmäßigkeit der Verwaltung, einheitliche Rechtsanwendung)

Produktgruppe: 11.23 Rechtsangelegenheiten
1123020130 Allgemeine Rechtsberatung, rechtliche Gestaltung und außergerichtliche Vertretung in Rechtssachen

Auftragstyp:	Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage:	Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Mündliche und schriftliche Beratung; Gutachten; Stellungnahmen; Vertragsentwürfe und Entwurf von Rechtsvorschriften; Abschluss von Vergleichen; Weiterführung von rechtlich schwierigen Verfahren, Rechtsbehelfsverfahren

1123030130 Gerichtliche Vertretung in Rechtssachen

Auftragstyp:	Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage:	Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Prozessführung; Beauftragung von Anwälten in gerichtlichen Verfahren

Produktgruppe: 11.26 Zentrale Dienstleistungen**1126010130 Zentrale Vergabestelle**

Auftragstyp: Serviceleistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Durchführung von Vergabeverfahren

1126060130 Bearbeitung von Sonderordnungswidrigkeiten intern

Auftragstyp: Aufgaben der Unteren Staatlichen Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: OWiG; StPO; alle Bundesgesetze, soweit in den §§ 3 – 14 der Verordnung der Landesregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiZuVO) nichts anderes bestimmt ist

Zentrale Bearbeitung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Interesse zur Durchsetzung verwaltungsrechtlicher Bestimmungen aus der Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen nominierte Tatbestände in speziellen bußgeldbewehrten Rechtsnormen. Die Verstöße werden von den Fachämtern (intern) gemeldet. Die Bearbeitung und Ahndung erfolgt gegen Kostenerstattung vom Rechtsamt, die Bußgelder fließen dem jeweiligen Fachamt zu.

1126060230 Bearbeitung von Sonderordnungswidrigkeiten extern

Auftragstyp: Aufgaben der Unteren Staatlichen Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: OWiG; StPO; alle Bundesgesetze, soweit in den §§ 3 – 14 der Verordnung der Landesregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiZuVO) nichts anderes bestimmt ist

Zentrale Bearbeitung und Ahndung von Ordnungswidrigkeiten im öffentlichen Interesse zur Durchsetzung verwaltungsrechtlicher Bestimmungen aus der Verfolgung von Zuwiderhandlungen gegen nominierte Tatbestände in speziellen bußgeldbewehrten Rechtsnormen und gegen Auffangtatbestände in den allgemeinen / verfahrensrechtlichen Gesetzen, Gesetz über Ordnungswidrigkeiten (OWiG) und Landesgesetz über Ordnungswidrigkeiten (LOWiG). Die Verstöße werden von Polizeibehörden, Privatpersonen, dem Bundesamt für Soziale Sicherung Bonn, usw. gemeldet. Die hieraus resultierenden Bußgelder fließen dem Rechtsamt zu.

1126060330 Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten intern mobil

Auftragstyp: Aufgaben der Unteren Staatlichen Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: OWiG; StPO; StVG; StVO; StVZO

Zentrale Bearbeitung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten betreffend Einhaltung von Ge- und Verboten im fließenden Verkehr. Die Verstöße werden vom Fachamt (intern) gemeldet. Die Bearbeitung und Ahndung erfolgt gegen Kostenerstattung vom Rechtsamt, die Bußgelder fließen dem Straßenverkehrsamt zu.

1126060430 Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten extern

Auftragstyp: Aufgaben der Unteren Staatlichen Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: OWiG; StPO; StVG; StVO; StVZO

Zentrale Bearbeitung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten betreffend den ruhenden und fließenden Verkehr. Die Verstöße werden von Polizeibehörden und Gemeindeverwaltungen gemeldet. Die hieraus resultierenden Bußgelder fließen dem Rechtsamt zu.

1126060530 Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten intern stationär

Auftragstyp: Aufgaben der Unteren Staatlichen Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: OWiG; StPO; StVG; StVO; StVZO

Zentrale Bearbeitung und Ahndung von Verkehrsordnungswidrigkeiten betreffend Einhaltung von Ge- und Verboten im fließenden Verkehr. Die Verstöße werden vom Fachamt (intern) gemeldet. Die Bearbeitung und Ahndung erfolgt gegen Kostenerstattung vom Rechtsamt, die Bußgelder fließen dem Straßenverkehrsamt zu.

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Anzahl der Neufälle in den Bereichen Allgemeine Rechtsberatung, rechtliche Gestaltung und außergerichtliche Vertretung in Rechtssachen	633	590	680
Anzahl der Neufälle im Bereich gerichtliche Vertretung in Rechtssachen	117	110	130
Anzahl der neu eingegangenen Sonderordnungswidrigkeiten	2.080	2.300	2.300
Anzahl der neu eingegangenen Verkehrsordnungswidrigkeiten	108.554	130.000	100.000
Quote der gewonnenen Verfahren an den gerichtsanhängigen Verfahren	77 %	65 %	70 %
Quote der verlorenen Verfahren an den gerichtsanhängigen Verfahren	7 %	15 %	15 %
Quote der sonstigen Verfahren an den gerichtsanhängigen Verfahren	16 %	20 %	15 %
Kosten je Bußgeldfall	12,33 €	11,84 €	15,00 €
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	5,00	5,00	5,00
Beschäftigte	13,84	15,84	15,84

THH3 Sicherheit und Ordnung
3_1 Rechtsamt

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	716.934	780.000	953.200
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	4.804	3.584	3.359
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	721.739	783.584	956.559
12	-	Personalaufwendungen	1.351.707-	1.512.973-	1.500.229-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.240-	9.600-	9.000-
15	-	Abschreibungen	93-	0	0
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	67.259-	53.415-	52.805-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	1.421.299-	1.575.988-	1.562.034-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	699.560-	792.404-	605.474-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	1.925.169	2.049.877	1.980.446
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	824.327-	888.431-	932.872-
23	-	kalkulatorische Kosten	0-	0	0
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.100.842	1.161.446	1.047.574
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	401.282	369.042	442.099

THH3 Sicherheit und Ordnung
3_1 Rechtsamt

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	903.590	783.584	956.559	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.404.607-	1.575.988-	1.562.034-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	501.017-	792.404-	605.474-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	501.017-	792.404-	605.474-	0

Erläuterungen:

Im Budget 3.1 werden für das Haushaltsjahr 2026 Erträge in Höhe von rd. 1,0 Mio. € erwartet. Diese werden fast ausschließlich durch Bußgelder erzielt und haben sich gegenüber dem Vorjahr um 173 T€ erhöht.

Weiterhin ergeben sich gegenüber dem Vorjahr geringere ordentliche Aufwendungen in Höhe von ca. 14 T€. Diese resultieren überwiegend aus geringeren Personalaufwendungen von rd. 13 T€.

THH3	Sicherheit und Ordnung
3_2	Ordnungsamt

Budgetverantwortung: Herr S. Becker

Produktbereich: 11 Innere Verwaltung

Produktgruppen:

Produkte:

11.14 Zentrale Funktionen	1114080131	Kommunale Integrationsförderung für Menschen mit Migrationsgeschichte
	1114010131	Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb der Verwaltung
	1114020131	Gleichstellung von Frau und Mann externe Aufgabenwahrnehmung
	1114110131	Kommunale Behindertenbeauftragte
11.23 Justizariat	1123040131	Personenstandsaufsicht
11.31 Kommunalaufsicht	1131050131	Widersprüche in Selbstverwaltungsangelegenheiten der kreisangehörigen Gemeinden im Melde /Passwesen

Produktbereich: 12 Sicherheit und Ordnung

Produktgruppen:

Produkte:

12.20 Ordnungswesen	1220020131	Bearbeitung von Angelegenheiten der Gefahrenabwehr / Bearbeitung von Widersprüchen im Bereich der Kreispolizeibehörde
	1220020231	Heimaufsicht
	1220020331	Maßnahmen nach dem Unterbringungsgesetz
	1220030231	Jagdwesen
	1220030331	Erteilung eines Jagdscheins
	1220030431	Waffenaufbewahrungskontrollen
	1220030531	Waffenrecht
	1220030631	Sprengstoffrecht
	1220050131	Bearbeitung v. Gaststättenerlaubnissen
	1220070131	Sonstige gewerberechtliche Erlaubnisse
	1220080131	Überwachung von Gewerbebetrieben u. Veranstaltungen
	1220080231	Bewachungsgewerbe
12.22 Einwohnerwesen	1222050131	Staatsangehörigkeitswesen
	1222060131	Eingliederung von Spätaussiedlern
	1222080131	Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für EU/Nicht EU - Ausländer/-innen
	1222090131	Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für Asylbewerber/-innen
12.23 Personenstandswesen	1223090131	Behördliche Namensänderungen

Produktbereich: 31 Soziale Hilfen
Produktgruppen:
Produkte:

31.30 Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler

- 313001 Hilfen für Flüchtlinge
- 31300101 Leistungen in besonderen Fällen (§ 2 AsylbLG)
- 3130010110 Hilfe zum Lebensunterhalt (§ 2 AsylbLG)
- 3130010120 Leistungen nach dem 5. - 9. Kapitel des SGB XII (§ 2 AsylbLG)
- 3130010140 Ersätze / Rückzahlung gewährter Leistungen für Bildung und Teilhabe (§ 2 AsylbLG)
- 3130010141 Schul- und KiTa-Ausflüge (§ 2 AsylbLG)
- 3130010142 Mehrtätige Klassenfahrten (§ 2 AsylbLG)
- 3130010143 Schulbedarf (§ 2 AsylbLG)
- 3130010144 Schülerbeförderung (§ 2 AsylbLG)
- 3130010145 Lernförderung (§ 2 AsylbLG)
- 3130010146 Mittagsverpflegung (§ 2 AsylbLG)
- 3130010147 Soziale / kulturelle Teilhabe (§ 2 AsylbLG)
- 31300102 Grundleistungen (§ 3 AsylbLG)
- 3130010210 Sachleistungen (§ 3 AsylbLG)
- 3130010220 Wertgutscheine (§ 3 AsylbLG)
- 3130010230 Geldbetrag zur Deckung persönlicher Bedürfnisse (§ 3 AsylbLG)
- 3130010240 Grundleistungen nach § 3 Abs. 2 AsylbLG
- 3130010150 Ersätze / Rückzahlung gewährter Leistungen für Bildung und Teilhabe
- 3130010151 Schul- und KiTa-Ausflüge
- 3130010152 Mehrtätige Klassenfahrten
- 3130010153 Schulbedarf
- 3130010154 Schülerbeförderung
- 3130010155 Lernförderung
- 3130010156 Mittagsverpflegung
- 3130010157 Soziale / kulturelle Teilhabe
- 31300103 Leistungen bei Krankheit, Schwangerschaft, Geburt (§ 4 AsylbLG)
- 31300104 Arbeitsgelegenheiten (§ 5 AsylbLG)
- 31300105 Sonstige Leistungen (§ 6 AsylbLG)
- 3130010510 Sachleistungen (§ 6 AsylbLG)
- 3130010520 Geldleistungen (§ 6 AsylbLG)

31.40 Soziale Einrichtungen

- 3140080131 Verwaltung Übergangswohnheime
- 3140080231 Betrieb Übergangswohnheime
- 3140080331 Betreuung Übergangswohnheime
- 3140060131 Verwaltung Gemeinschaftsunterkünfte
- 3140060231 Betrieb Gemeinschaftsunterkünfte

31.80 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

- 3180090131 Flüchtlingssozialarbeit und Pflichtsprachangebote in der vorläufigen Unterbringung
- 3180090231 Kommunales Integrationsmanagement
- 3180100131 Kommunale Integrationsförderung für neuzugewanderte Flüchtlinge

Produktgruppe: 11.14 Zentrale Funktionen**1114080131 kommunale Integrationsförderung für Menschen mit Migrationsgeschichte**

Auftragstyp: weisungsfreie Pflichtaufgabe

Auftragsgrundlage: VwV Integrationsbeauftragte (IB), PartIntG

Integration als Querschnittsaufgabe; Vernetzung von und mit Akteurinnen und Akteuren in der Integrationsarbeit; Initiierung, Förderung und Unterstützung von Integrationsprojekten; Unterstützung der Chancengleichheit für Menschen mit Zuwanderungsgeschichte in der kommunalen Verwaltung und Politik (interkulturelle Öffnung der Kommunalverwaltung); Initiativen zum Abbau von Diskriminierung und zur Bekämpfung von Rassismus und Fremdenfeindlichkeit

1114010131 Gleichstellung von Mann und Frau innerhalb der Verwaltung

Auftragstyp: weisungsfreie Pflichtaufgabe

Auftragsgrundlage: ChancenG, AGG, VwV kommunale Gleichstellungsbeauftragte

Durchsetzung der Gleichstellung von Mann und Frau in allen Bereichen der Kommunalverwaltung; Ansprechpartnerin in Belangen der Chancengleichheit; Erstellung und Überprüfung der Erfüllung des Chancengleichheitsplans; Ansprechpartnerin im Rahmen des AGG

1114020131 Gleichstellung von Mann und Frau externe Aufgabenwahrnehmung

Auftragstyp: weisungsfreie Pflichtaufgabe

Auftragsgrundlage: ChancenG, AGG, VwV kommunale Gleichstellungsbeauftragte

Förderung und Durchsetzung der Gleichstellung von Mann und Frau in allen gesellschaftlichen Bereichen und auf allen gesellschaftlichen Ebenen; Informations- und Kontrollfunktion durch das Aufzeigen von Defiziten; Initiativfunktion durch Durchführung von Projekten und Aktivitäten

1114110131 kommunale Behindertenbeauftragte

Auftragstyp: Steuerungsleistung (weisungsfreie Pflichtaufgabe)

Auftragsgrundlage: L-BGG i.V.m. VwV kommunale Behindertenbeauftragte

Ombudsstelle für Menschen mit Behinderung und deren Angehörige; Wegweisende Beratung zum Thema Inklusion und soziale Leistungen; Netzwerkarbeit im Bereich Inklusion; Ermittlung von Bedarfen, Erwartungen und Interessen; Öffentlichkeitsarbeit für die Belange von Menschen mit Behinderung; Koordination der Umsetzung der Vorgaben aus dem L-BGG; Erarbeitung eines kommunalen Inklusionsplans mit bürgerschaftlicher Beteiligung

Produktgruppe: 11.23 Justizariat**1123040131 Personenstandsaufsicht**

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde

Auftragsgrundlage: PStG; AGPStG

Fachaufsicht über die Standesamtsbezirke im Rhein-Neckar-Kreis; örtliche Prüfung der Standesämter

Produktgruppe: 11.31 Kommunalaufsicht**1131050131 Widersprüche in Selbstverwaltungsangelegenheiten der kreisangehörigen Gemeinden im Melde-/ Passwesen**

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde

Auftragsgrundlage: MG; PaßG

Bearbeitung von Widersprüchen in Selbstverwaltungsangelegenheiten der kreisangehörigen Gemeinden im Bereich Melde-/ Passwesen und Kreispolizeibehörde.

Produktgruppe: 12.20 Ordnungswesen

1220020131 Bearbeitung von Angelegenheiten der Gefahrenabwehr / Bearbeitung von Widersprüchen im Bereich Kreispolizeibehörde

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: PolG; SammlG; VersammlG; Nichtraucherschutzgesetz; Kampfhundeverordnung etc.

Gewährleistung der Sicherheit und Ordnung durch präventive und repressive Maßnahmen, soweit es sich um Maßnahmen im Rahmen anderer Produkte handelt; Dazu zählen insbesondere Versammlungen, Demonstrationen, Aufzüge, Kriminalprävention, Sammlungswesen, Jugendschutz, Vereinsrecht, Nichtrauchergesetz, Hundeprüfungen gem. § 1 Abs. 4 PolVOgH, Beratung der kreisangehörigen Gemeinden im Rahmen des Ortpolizeirechts sowie Bearbeitung von Widersprüchen in Ortpolizeiangelegenheiten.

1220020231 Heimaufsicht

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: WTPG

Prüfung und Überwachung von stationären Einrichtungen und ambulant betreuten Wohngemeinschaften für volljährige Menschen mit Unterstützungs- und Vorsorgebedarf oder mit Behinderungen auf Einhaltung der heimrechtlichen Zulässigkeitsvoraussetzungen und Erfüllung der baulichen, personellen und sonstigen heimrechtlichen Anforderungen; Beratung von Trägern von stationären Einrichtungen oder Anbietern von ambulant betreuten Wohngemeinschaften bei der Planung und dem Betrieb derselben; Beratung von Bewohnern bzw. deren Vertretungen über ihre Rechte und Pflichten

1220020331 Maßnahmen nach dem Unterbringungsgesetz

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: UBG

Unterbringungsverfahren für psychisch Kranke

1220030231 Jagdwesen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: BJagdG; LJagdG

Aufgaben der unteren Jagdbehörde; Ablehnungen; Anordnungen; Bestellungen; Bestätigungen; sonstige jagdrechtlichen Vorgänge; Jagdaufsicht

1220030331 Erteilung eines Jagdscheins

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: BJagdG; LJagdG

Erteilung eines Jahresjagdscheines; Dreijahresjagdscheines; Tagesjagdscheines; Zweitfertigung eines Jagdscheines

1220030431 Waffenaufbewahrungskontrollen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: WaffnG

Überprüfung der Aufbewahrung von Waffen und Munition auf Einhaltung der Anforderungen des Waffengesetzes

1220030531 Waffenrecht

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: WaffnG

Maßnahmen zur Reduktion der potentiellen Gefahr, die durch die Existenz oder den Einsatz von Waffen für Dritte besteht

1220030631 Sprengstoffrecht

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: SprengG

Maßnahmen zur Reduktion der potentiellen Gefahr, die durch die Existenz oder den Einsatz von Sprengstoffen für Dritte besteht

1220050131 Bearbeitung von Gaststättenerlaubnissen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: GastG; GastVO

Erteilung einer Gaststättenerlaubnis (§ 2 GastG); befristeten Erlaubnis (§ 3 Abs. 2 GastG); Stellvertretererlaubnis (§ 9 GastG); vorläufigen Erlaubnis und vorläufigen Stellvertretererlaubnis (§ 11 GastG); Erteilung von Gestattungen (§ 12 GastG); regelmäßige Sperrzeitverkürzung (§ 12 GastVO); Erteilung einer Erlaubnis für die Beschäftigung von Personen (§ 13 Abs. 2 GastG); Verlängerung von Fristen (§§ 8 Satz 2, 9 Satz 2, 24 Abs. 1 Satz 3 GastVO); Antragsablehnung; Antragsrücknahme

1220070131 Sonstige gewerberechtliche Erlaubnisse

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: GewO

Erteilung einer Erlaubnis zum Betrieb einer Privatkankeanlage (§ 30 GewO); Erlaubnis zum Betrieb einer Spielhalle oder eines ähnlichen Unternehmens (§ 33 i GewO); Gestattung der Wiederausübung eines untersagten Gewerbes (§ 35 Abs. 6 GewO); Gestattung der Fortführung des Gewerbes (§ 46 GewO); Erteilung einer Stellvertretererlaubnis (§ 47 GewO); Fristverlängerung gem. § 49 Abs. 3 GewO; Erteilung einer Reisegewerbekarte (§§ 55, 55 d GewO); Zweitschrift der Reisegewerbekarte (§ 60 c Abs. 2 GewO); Erteilung einer Gewerbelegitimationskarte (§ 55 b Abs. 2 GewO); Festsetzung von Ausstellungen, Spezial- und Jahrmärkten sowie Volksfesten; Änderung und Aufhebung der genannten Festsetzungen; Ausnahmen nach dem Gesetz über Sonn- und Feiertage (§ 12 FTG); Antragsablehnung; Antragsrücknahme

1220080131 Überwachung von Gewerbebetrieben und Veranstaltungen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: GewO, GastG

Gewerbeuntersagung (§35 GewO); Erlaubniswiderrufe (§15 GastG, LVwVfG); Schließungsverfügung (§ 15 GewO); Auflagen und Anordnungen (§§ 5, 12 Abs. 3 GastG, 12 Satz 2 GastVO); Verbot des Ausschanks alkoholischer Getränke (§ 19 GastG); Beschäftigungsverbot (§ 21 GastG); Entgegennahme von Prüfungsberichten nach § 16 MaBV (gebührenfrei); Anordnungen zur Erfüllung der Prüfungspflicht nach der MaBV; Untersagung der Teilnahme an einer Veranstaltung (§ 70a GewO); Zwangsmittelandrohung und -festsetzung; Stellungnahmen, Amtshandlungen nach der Handwerksordnung; Zurückweisung und Zurücknahme eines Rechtsbehelfs; sonstige Leistungen nach der Gewerbeordnung bzw. nach dem Gaststättengesetz

1220080231 Bewachungsgewerbe

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: GewO

Vollzug des Bewachungsgewerberechts (§34 a GewO). Überwachung der Wachunternehmen und der bei diesen beschäftigten Personen.

Produktgruppe: 12.22 Einwohnerwesen**1222050131 Staatsangehörigkeitswesen**

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: STAG

Einbürgerung; Feststellung der Staatsangehörigkeit; Bearbeitung von Staatsangehörigkeitsausweisen

1222060131 Eingliederung von Spätaussiedlern

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: BVFG; HHG

Zweitfertigungen von Vertriebenenausweisen und Spätaussiedlerbescheinigungen; Amtshilfe für die Stiftung für ehemalige politische Häftlinge; Verwaltung von Projekt- und Betreuungsmitteln des Landes

1222080131 Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für EU/Nicht-EU-Ausländer/-innen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: AufenthaltsgG; AufenthaltsgVO; FreizügigkeitsG / EU

Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für EU-Ausländer; Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für Nicht-EU-Ausländer; Aufenthaltsbeendende Maßnahmen

1222090131 Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für Asylbewerber/-innen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: AufenthaltsgG; AufenthaltsgVO;

Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für Asylbewerber; Aufenthaltsbeendende Maßnahmen

Produktgruppe: 12.23 Personenstandswesen**1223090131 Behördliche Namensänderungen**

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: NamÄndG

Vornamensänderung; Familiennamensänderung; Familiennamensänderung von Kindern mit Beteiligung des Jugendamtes

Produktgruppe: 31.30 Hilfen für Flüchtlinge und Aussiedler**313001 Hilfen für Flüchtlinge**

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: AsylbLG

Versorgung von Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und Flüchtlingen mit Leistungsanspruch nach dem Asylbewerberleistungsgesetz, d.h. laufende Hilfe, Unterkunft und insbesondere die notwendige Krankenhilfe

Produktgruppe: 31.40 Soziale Einrichtungen**314006 Soziale Einrichtungen für Flüchtlinge und Asylbewerber/-innen (Vorläufige Unterbringung durch Stadt- und Landkreise)**

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: FlüAG; Eingliederungsgesetz

Soziale Einrichtungen (Gemeinschaftsunterkünfte) für Asylbewerber und Ausländer
Unter diesem Produkt sind alle Aufwendungen für die Verwaltung und den Betrieb von Einrichtungen abzubilden.

314008 Soziale Einrichtungen für Aussiedler/-innen und Ausländer/-innen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: FlüAG; Eingliederungsgesetz

Soziale Einrichtungen (Übergangwohnheime) für Aussiedler und Ausländer
Unter diesem Produkt sind alle Aufwendungen für die Verwaltung und den Betrieb von Einrichtungen abzubilden.

Produktgruppe: 31.80 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen**3180090131 Flüchtlingssozialarbeit und Pflichtsprachangebote in der vorläufigen Unterbringung**

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: FlüAG; Eingliederungsgesetz

Flüchtlingssozialarbeit nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz im Rahmen der vorläufigen Unterbringung; Verpflichtende Sprachangebote nach FlüAG; Soziale Betreuung und Förderung des Spracherwerbs der Betroffenen während der vorläufigen Unterbringung; Betreuung von Asylbewerbern, Bürgerkriegsflüchtlingen und in einer staatlichen Gemeinschaftsunterkunft lebenden Flüchtlingen mit Duldung; Betreuungsmaßnahmen für Jugendliche und Kinder; Vermittlung in Schulen, Kindergärten etc.; Beratung in verschiedensten Angelegenheiten; Kontakte zu anderen Behörden, wie Jugendamt, Agentur für Arbeit etc.

3180090231 Kommunales Integrationsmanagement

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: Pakt für Integration, VwV Integrationsmanagement 2023

Durchführung und Koordinierung des Integrationsmanagements für Flüchtlinge in der kommunalen Anschlussunterbringung; mit einem zielorientierten Case-Management anhand eines Integrationsplans soll der individuelle Integrationsprozess von Geflüchteten in Anschlussunterbringung unterstützt und auf eine Stärkung der Selbstständigkeit hingewirkt werden

3180100131 Kommunale Integrationsförderung für neuzugewanderte Flüchtlinge

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: VwV IB, PartIntG, FlüAG;

Koordinierungs- und Anlaufstelle für das ehrenamtliche Engagement in der Hilfe für Geflüchtete; Maßnahmen zur Integration neuzugewanderter Flüchtlinge, Beratungs- und Ombudsfunktion in Asyl- und Flüchtlingsfragen; Erarbeitung und Verbreitung von Fachinformationen; Veranstaltungen und Bildungsangebote zur Förderung der Integration neuzugewanderter Flüchtlinge

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Beanstandungsquote bei den Waffenaufbewahrungskontrollen	0,48 %	2,0 %	0,1 %
Anzahl der jährlich durchgeführten Waffenaufbewahrungskontrollen	207	320	200
Anzahl der Waffenbesitzer im Rhein-Neckar- Kreis (Stand 30.06.)	3.899	3.905	3.800
Anzahl der in Privatbesitz befindlichen Waffen im Rhein-Neckar-Kreis (Stand 30.06.)	29.285	29.367	29.700
Anzahl der erteilten Gaststättenerlaubnisse im Rhein-Neckar-Kreis ⁹	84	85	0
Anzahl der jahresdurchschnittlich in Gemeinschaftsunterkünften des Rhein-Neckar-Kreises vorläufig untergebrachten Flüchtlingen	1.859	1.800	1.000
Betreuungsschlüssel (Verhältnis Anzahl der Sozialarbeiter/Flüchtlinge)	1:95	1:90	1:90
Aufwendungen für Transferleistungen pro Flüchtling und Jahr	6.151 €	7.308 €	7.200 €
Anzahl der Gewerbeuntersagungen pro Jahr im Rhein-Neckar-Kreis	18	20	30
Anzahl der Einbürgerungen pro Jahr im Rhein-Neckar-Kreis	1.571	1.750	2.250
Zahl der am 30.06. eines Jahres registrierten ausländischen Mitbürger insgesamt	47.729	50.000	48.500
Gesamtkosten je überwachungspflichtigem Heim	6.383 €	6.692 €	7.300 €
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	41,07	43,47	44,67
Beschäftigte	119,73	115,33	111,13

⁹ Änderung der Datenbasis 2026

THH3 **Sicherheit und Ordnung**
3_2 **Ordnungsamt**

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	17.727.191	11.792.140	10.684.700
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	1.024.716	954.000	672.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	13	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	234.727	32.000	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	31.346.731	40.760.604	21.470.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	309.899	254.300	254.200
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	50.643.277	53.793.044	33.080.900
12	-	Personalaufwendungen	13.594.726-	14.590.796-	13.221.876-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.362.298-	22.894.900-	13.135.800-
15	-	Abschreibungen	307.498-	285.800-	268.000-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	17.536.363-	24.878.600-	18.003.700-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.221.479-	1.248.825-	1.279.705-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	53.022.364-	63.898.921-	45.909.081-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	2.379.087-	10.105.877-	12.828.181-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	509.867	301.225	282.590
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	4.097.940-	4.287.188-	4.842.125-
23	-	kalkulatorische Kosten	31.575-	24.000-	19.400-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	3.619.647-	4.009.963-	4.578.935-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	5.998.735-	14.115.840-	17.407.116-

THH3 **Sicherheit und Ordnung**
3_2 **Ordnungsamt**

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	79.538.646	53.793.044	33.080.900	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	52.856.510-	63.663.841-	45.660.318-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	26.682.136	9.870.797-	12.579.418-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.569-	25.000-	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.569-	25.000-	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	2.569-	25.000-	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	26.679.567	9.895.797-	12.579.418-	0

Erläuterungen:

Im Haushaltsjahr 2026 wird für das Budget 3.2 ein ordentliches Ergebnis in Höhe von -12,8 Mio. € geplant. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Ergebnisverschlechterung von rund 2,7 Mio. €, welche vorwiegend in der Schlüsselposition Flüchtlingswesen zu finden ist.

Von den Erträgen (insgesamt 33,1 Mio. €) entfallen auf den Bereich Hilfe für Flüchtlinge, Unterbringung und Integration von Flüchtlingen (Flüchtlingswesen) 31,4 Mio. €, auf die übrigen Bereiche des Ordnungsamts entfallen 1,7 Mio. €. Als Pflichtaufgabe seit 2025 neu zum Flüchtlingswesen hinzugekommen ist das kommunale Integrationsmanagement für Geflüchtete in der Anschlussunterbringung. Der Rhein-Neckar-Kreis erhält hier im Haushaltsjahr 2026 Erträge aus Fördermitteln des Landes in Höhe von ca. 1,9 Mio. €, denen Aufwendungen in fast gleicher Höhe gegenüberstehen.

Die Erträge der übrigen Bereiche des Ordnungsamts bestehend aus den Gebühren nach Bundesrecht und nach der Rechtsverordnung des Rhein-Neckar-Kreises bewegen sich mit voraussichtlich rund 1,3 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres. Während die gestiegenen Neuantragszahlen im Bereich Staatsangehörigkeit/Einbürgerung und die damit verbundene Zunahme der vollzogenen Einbürgerungen zu Mehrerträgen bei den Gebühren nach Bundesrecht (0,1 Mio. €) führen, reduzieren sich die Gebühren nach der Rechtsverordnung des Rhein-Neckar-Kreises im Bereich Heimaufsicht (Wegfall der Regelüberprüfungen) und Gaststättenrecht (Wegfall der Gaststättenerlaubnisse) um 0,1 Mio. €. Daneben liegen beim Referat für gesellschaftliche Integration Erstattungen des Landes in Höhe von ca. 0,4 Mio. € vor.

Die Aufwendungen des Budget 3.2 betragen insgesamt ca. 45,9 Mio. €. Für den Bereich Hilfe für Flüchtlinge Unterbringung und Integration von Flüchtlingen (Flüchtlingswesen) belaufen sich die Aufwendungen auf 37,5 Mio. €, auf das übrige Ordnungsamt entfallen ca. 8,4 Mio. €. Es handelt sich hierbei vorwiegend um Personalaufwendungen.

Aufgrund der hervorgehobenen Bedeutung wird der Bereich Flüchtlingswesen als Schlüsselpositionen nachfolgend näher erläutert.

3_2_25FLUE

Ordnungsamt Flüchtlinge

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	16.102.841	10.543.820	9.402.527
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	1.024.716	954.000	672.000
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	13	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	234.037	32.000	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	30.952.452	40.417.704	21.090.600
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	305.103	250.300	250.400
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	48.619.162	52.197.824	31.415.527
12	-	Personalaufwendungen	7.184.159-	7.772.112-	5.918.715-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	20.199.401-	22.842.133-	13.089.425-
15	-	Abschreibungen	292.389-	258.027-	245.224-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	17.285.452-	24.578.000-	17.562.600-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	501.001-	618.158-	654.483-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	45.462.403-	56.068.430-	37.470.446-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	3.156.759	3.870.606-	6.054.918-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	1.511.799-	1.592.427-	2.103.094-
27	-	kalkulatorische Kosten	31.422-	24.000-	19.400-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.543.222-	1.616.427-	2.122.494-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.613.537	5.487.034-	8.177.412-

Erläuterungen:

Das Budget des Ordnungsamtes ist wie in den vergangenen Jahren von den Entwicklungen im Asylbereich geprägt. In den Jahren 2024 und 2025 sind die Flüchtlingszahlen aufgrund verschiedener politischer Entwicklungen zurückgegangen. Trotz der in den Vorjahren etwas gesunkenen Flüchtlingszahlen wird aufgrund des nicht absehbaren Endes des Ukraine-Krieges und der weiteren geopolitischen Entwicklungen im nächsten Jahr von gleichbleibenden bzw. bei den ukrainischen Flüchtlingen wieder leicht ansteigenden Zahlen ausgegangen. Eine Rolle spielt hierbei auch der in zwei Stufen kommende Wegfall des LEA-Privilegs (Landkreise mit einer Landeserstaufnahmeeinrichtung müssen weniger Flüchtlinge aufnehmen). Dies allein wird bereits zu mehr Zuweisungen von Flüchtlingen an den Rhein-Neckar-Kreis führen.

Weiterhin ist eine Änderung des Flüchtlingsaufnahmegesetzes erfolgt und die Flüchtlingsaufnahmegesetz-Erstattungsverordnung wird eingeführt. Das Land Baden-Württemberg hat hierbei Änderungen bei den pauschalen Kostenerstattungen nach dem Flüchtlingsaufnahmegesetz (FlüAG) beschlossen. Diese Änderung ersetzt ab 2026 das bisherige System der pauschalen Kostenerstattung und der nachlaufenden Spitzabrechnung in den Produktbereichen Hilfe für Flüchtlinge, Verwaltung, Betrieb und Betreuung Gemeinschaftsunterkünfte (GUK). Zukünftig setzen sich die Pauschalen aus einer Grundpauschale und einem Liegenschaftsanteil zusammen. Mit der Grundpauschale werden die Aufwendungen für den personellen und sächlichen Verwaltungsaufwand (Verwaltung GUK), für die Flüchtlingssozialarbeit (Betreuung GUK) sowie für die Leistungen und Krankenhilfe nach dem AsylbLG erstattet. Diese Grundpauschale beträgt 2026 für Personen, die nicht nach dem AsylbLG leistungsberechtigt sind 4.530,80 € (kleine Pauschale) sowie für dem Grunde nach leistungsberechtigte Personen 10.910,27 € (große Pauschale) pro Jahr. Bei den liegenschaftlichen Aufwendungen wird den Stadt- und Landkreisen bis zum Jahr 2027 der Bedarf als nachlaufende Spitzabrechnung erstattet; dies allerdings ohne vorherige Kostenerstattung über eine Pauschale. Dies bedeutet, dass der Kreis für diese Aufwendungen vollumfänglich in Vorleistung treten muss. Frühestens im 2. Halbjahr kann eine Abschlagszahlung von 60 % für die in der 1. Jahreshälfte entstandenen Aufwendungen beim Land angefordert werden. Darüber hinaus birgt die Änderung der Kostenerstattung das Risiko, dass die Grundpauschale nicht ausreicht, um die Aufwendungen im Flüchtlingsbereich (Hilfe für Flüchtlinge, Verwaltung und Betreuung GUK) zu kompensieren.

Generell muss weiterhin unterschieden werden zwischen der vorläufigen Unterbringung in den Gemeinschaftsunterkünften (GUK) und der Anschlussunterbringung in den Kommunen des Kreises.

Vorläufige Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (Liegenschaften)

	Haushaltsjahr 2025	Haushaltsjahr 2026
Erträge		
Zuweisungen, Zuwendungen (u.a. Wohnheimgebühren)	800.500,00 €	750.500,00 €
Privatrechtliche Leistungsentgelte (Erträge aus Untervermietung)	32.000,00 €	0,00 €
Erstattungen vom Land für liegenschaftliche Aufwendungen	25.052.300,00 €	12.686.500,00 €
Erstattungen vom Land für liegenschaftliche Aufwendungen Objektablöse	0,00 €	1.000.000,00 €
Sonstige ordentliche Erträge (andere sonstige ordentliche Erträge)	250.000,00 €	250.000,00 €
Summe	26.134.800,00 €	14.687.000,00 €
Aufwendungen		
Personalaufwendungen	3.147.678,55 €	1.446.765,71 €
Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen	22.619.900,00 €	12.882.700,00 €
Planmäßige Abschreibungen	242.500,00 €	227.100,00 €
sonstige ordentliche Aufwendungen	124.700,00 €	130.500,00 €
Summe	26.134.778,55 €	14.687.065,71 €
ordentliches Ergebnis	21,45 €	-65,71 €

Bei den liegenschaftlichen Aufwendungen in der vorläufigen Unterbringung beinhalten die Zuweisungen und Zuwendungen Wohnheimgebühren in Höhe von 751 T€. Unter Berücksichtigung der Ergebnisse der Vorjahre und der aktuellen Belegung wird sich der Planansatz um 50 T€ verringern. Bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten werden keine Erträge mehr geplant, da die Untervermietung der Unterkünfte zum Ende des Jahres 2025 beendet wurde.

Die sonstigen ordentlichen Erträge betreffen vorwiegend eine Rückzahlung aus der Auflösung von Zuweisungen des Eigenbetriebs Bau, Vermögen und Informationstechnik an den Kernhaushalt des Rhein-Neckar-Kreises in Höhe von ca. 195 T€ und Erstattungen von Prozesskosten (ca. 50 T€).

Der Erstattungsbetrag vom Land Baden-Württemberg für die liegenschaftlichen Aufwendungen wird aus heutiger Sicht rund 11,7 Mio. € betragen. Die Höhe des Erstattungsbetrages ist insbesondere auf die Umstellung auf die geänderte pauschale Kostenerstattung sowie die im Vergleich zum Vorjahr deutlich gesunkenen Aufwendungen zurückzuführen. Zusätzlich zu diesem hochgerechneten Erstattungsbetrag des Landes kommen im Haushaltsjahr 2026 noch Erstattungen „Objektablöse“ aufgrund des Abbaus von Unterkünften in Höhe von 1,0 Mio. € hinzu. Das tatsächliche Abrechnungsverfahren erfolgt nach wie vor mit großen Zeitversatz. Bislang sind die Jahre bis einschließlich 2020 rechtskräftig abgeschlossen. Der Rhein-Neckar-Kreis nutzt die Möglichkeit, mittels vereinfachter Abrechnungsunterlagen eine erste Tranche in Höhe von 60 % abzurufen (Vorgriffsleistung). Dies wirkt sich zwar positiv auf die Liquidität des Landkreises aus. Gleichwohl bestehen durch die verzögerte Abrechnungspraxis des Landes immer noch offene Forderungen in Höhe von derzeit 14,4 Mio.€

Bei den ordentlichen Aufwendungen ergibt sich ein Minderbedarf von insgesamt rund -11,5 Mio. € gegenüber dem Vorjahr. Neben Personalminderaufwendungen in Höhe von 1,7 Mio. € werden sich auch die Sachaufwendungen deutlich reduzieren. Mit Beginn des Ukrainekrieges im Februar 2022 hat der Rhein-Neckar-Kreis viele Flüchtlinge in seine vorläufige Unterbringung aufgenommen. Aus diesem Grund sind die Personal- und Sachaufwendungen im Haushaltsjahr 2023 deutlich angestiegen. In den Haushaltsjahren 2024 und 2025 sind die Zuweisungszahlen von Flüchtlingen und Asylbewerbern zurückgegangen. Für das kommende Haushaltsjahr 2026 wird von in etwa gleichbleibenden Zugangszahlen im Bereich der FlüAG-Zugänge bzw. mit leicht steigenden Zugängen von Flüchtlingen aus der Ukraine gerechnet. Im Verlauf des Jahres 2025 wurde daher damit begonnen, die in den vergangenen Jahren aufgebauten Unterkünfte mit hohen Miet- und Nebenkosten abzubauen. Des Weiteren wurden nur Mietverhältnisse von bestehenden Unterkünften mit deutlich günstigeren Konditionen verlängert. Aufgrund dieser Maßnahmen werden im Jahr 2026 gegenüber dem Vorjahr Einsparungen bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von -9,8 Mio. € erwartet.

Vorläufige Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (Verwaltung und Betreuung)

	Haushaltsjahr 2025	Haushaltsjahr 2026
Erträge		
Sonstige Transfererträge	350.000,00 €	380.000,00 €
sonstige ordentliche Erträge	300,00 €	300,00 €
Erstattungen Land Verwaltungsaufwendungen Pauschale	2.348.000,00 €	1.134.600,00 €
Erstattungen vom Land Betreuungsaufwendungen Pauschale	1.438.900,00 €	695.400,00 €
Erstattungen Kranken und Leistungsaufwendungen Pauschale (Transferbereich)	11.490.300,00 €	5.545.000,00 €
Summe	15.627.500,00 €	7.755.300,00 €
Aufwendungen Betreuung und Verwaltung		
Personalaufwendungen	2.002.395,88 €	2.283.317,69 €
Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen	97.700,00 €	97.400,00 €
Transferaufwendungen	13.155.600,00 €	6.168.000,00 €
sonstige ordentliche Aufwendungen	371.800,00 €	389.300,00 €
Summe	15.627.495,88 €	8.938.017,69 €
ordentliches Ergebnis	4,12 €	-1.182.717,69 €

Bei der Verwaltung und Betreuung in der vorläufigen Unterbringung erhöhen sich die sonstigen Transfererträge (Erstattungen von sozialen Leistungen von Krankenkassen und der Familienkasse) aufgrund steigender Erstattungsansprüche für ukrainische Flüchtlinge um 30 T€.

Neben der leicht ansteigenden Anzahl an Flüchtlingen, die aus der Ukraine in den Rhein-Neckar-Kreis fliehen, ist die Anzahl der Flüchtlinge aus anderen Ländern (u.a. Afghanistan, Syrien und Irak) aktuell auf einem niedrigen Niveau. Aus heutiger Sicht rechnet der Rhein-Neckar-Kreis für die Aufnahme in der vorläufigen Unterbringung mit Erträgen aus den Pauschalen des Landes auf der Basis von ca. 600 Flüchtlingen aus der Ukraine. Daneben werden im Haushaltsjahr 2026 die Erträge aus den Pauschalen des Landes auf der Basis von 300 zugewiesenen Erstantragstellern aus anderen Ländern kalkuliert. Es wird sich zeigen, ob sich die angenommene Anzahl der Flüchtlinge vor dem Hintergrund der aktuellen Ereignisse als realistisch erweist. Die Transfererträge verringern sich trotz der zu erwartenden Rücknahme des Rechtskreiswechsels, da sich die Anzahl der Flüchtlinge insgesamt deutlich reduziert. Hinzu kommt noch der stufenweise Umstieg auf das neue Pauschalensystem. Die Erträge aus der pauschalen Kostenerstattung werden für das Jahr 2026 mit 7,4 Mio. € prognostiziert.

Besonders bemerkbar machen sich die derzeit niedrigeren Flüchtlingszahlen auch bei den Transferleistungen für die in den Gemeinschaftsunterkünften des Rhein-Neckar-Kreises vorläufig untergebrachten Leistungsempfänger. Im Vergleich zum Vorjahr werden Minderaufwendungen von -7,0 Mio. € bei den Transferaufwendungen prognostiziert.

Die Anzahl der in der vorläufigen Unterbringung befindlichen Leistungsempfänger wird bei jahresdurchschnittlich etwa 700 Personen (2025 1.800 Personen) liegen. Bei voraussichtlich ca. 700 Leistungsempfängern ergeben sich bei monatlichen Aufwendungen in Höhe von 520 € 4,4 Mio. € an Transferaufwendungen. Hinzu kommen Krankenaufwendungen in Höhe von 1,8 Mio. €. Nach der zu erwartenden Rücknahme des Rechtskreiswechsels bei den ukrainischen Flüchtlingen sind die Transferaufwendungen für diesen Personenkreis hier bereits mit eingeplant.

Bei der vorläufigen Unterbringung spiegelt sich auch die Änderung bei der pauschalen Kostenerstattung wider. Im Jahr 2026 erwartet die Verwaltung unter Berücksichtigung der neuen Pauschalen ein Defizit von 1,2 Mio.€, das von Rhein-Neckar-Kreis zu tragen ist. Im Vergleich dazu war das ordentliche Ergebnis 2025 aufgrund der auskömmlichen Kostenerstattung durch das Land ausgeglichen.

Auch bei den Aufwendungen ist in Anbetracht der verschiedenen Flüchtlingskrisen auf der Welt eine verlässliche Hochrechnung für das Jahr 2026 nur sehr schwer bzw. kaum möglich.

Anschlussunterbringung

	Haushaltsjahr 2025	Haushaltsjahr 2026
Erträge		
Zuweisungen, Zuwendungen , Umlagen	9.370.144,00 €	6.800.000,00 €
Sonstige Transfererträge	604.000,00 €	292.000,00 €
sonstige ordentliche Erträge	0,00 €	100,00 €
Summe	9.974.144,00 €	7.092.100,00 €
Aufwendungen Betreuung und Verwaltung		
Personalaufwendungen	2.603.250,76 €	2.112.159,66 €
Aufwendungen Sach- und Dienstleistungen	0,00 €	1.000,00 €
Transferaufwendungen	11.422.400,00 €	9.529.200,00 €
sonstige ordentliche Aufwendungen	63.000,00 €	63.000,00 €
Summe	14.088.650,76 €	11.705.359,66 €
ordentliches Ergebnis	-4.114.506,76 €	-4.613.259,66 €

Im Budget 3.2 werden für das Haushaltsjahr 2026 im Bereich Flüchtlingswesen -Anschlussunterbringung- Erträge in Höhe von ca. 7,1 Mio. € erwartet. Ein großer Anteil mit ca. 6,8 Mio. € entfällt hiervon auf Zuweisungen für laufende Zwecke vom Land für die Anschlussunterbringung. Das Land beteiligt sich seit dem Jahr 2017 an den angefallenen Aufwendungen für geduldete Flüchtlinge, die Leistungen nach dem AsylbLG beziehen und im Rechtssinne nicht mehr vorläufig untergebracht sind. Für die Zeit ab dem Jahr 2022 wurde zwischen dem Landkreistag Baden-Württemberg, dem Städtetag Baden-Württemberg und dem Land eine pauschale Kostenerstattung für die in der kommunalen Anschlussunterbringung geleisteten Transferleistungen nach AsylbLG auf Grundlage der Netto-Ist Aufwendungen der Leistungsträger vereinbart. Der Rhein-Neckar-Kreis plant für das Jahr 2026 auf der Grundlage der Netto-Ist-Aufwendungen aus dem Rechnungsergebnis 2025 mit Erstattungen in Höhe von 6,8 Mio. €.

Die sonstigen Transfererträge (Erstattungen von sozialen Leistungen von Krankenkassen und anderen Sozialleistungsträgern oder der Familienkasse) verringern sich um ca. 300 T€ auf 292 T€. Dies hängt mit niedrigeren Fallzahlen im Bereich der Anschlussunterbringung zusammen.

Die Aufwendungen im Bereich Flüchtlingswesen -Anschlussunterbringung- belaufen sich auf 11,7 Mio. €. Der größte Teil entfällt hierbei mit 9,6 Mio. € auf die Transferaufwendungen (1,8 Mio. € geringer als im Vorjahr). Die Anzahl der in der kommunalen Anschlussunterbringung befindlichen Leistungsempfänger wird bei jahresdurchschnittlich etwa 1000 Personen liegen. Bei voraussichtlich ca. 1000 Leistungsempfängern ergeben sich bei monatlichen Aufwendungen in Höhe von 650 € inkl. Kosten der Unterkunft Transferaufwendungen von 7,8 Mio. €. Hinzu kommen Krankenaufwendungen in Höhe von 1,8 Mio. €.

Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen, die planmäßigen Abschreibungen und die sonstigen ordentlichen Aufwendungen werden auf dem Niveau des Vorjahres bleiben.

Kommunales Integrationsmanagement

	Haushaltsjahr 2025	Haushaltsjahr 2026
Erträge		
Zuweisungen Zuwendungen	1.810.740,00 €	1.810.700,00 €
Summe	1.810.740,00 €	1.810.700,00 €
Aufwendungen		
Transferaufwendungen	1.865.400,00 €	1.865.400,00 €
Summe	1.865.400,00 €	1.865.400,00 €
ordentliches Ergebnis	-54.660,00 €	-54.700,00 €

Mit dem Erlass der VwV Integrationsmanagement 2023 zum 01.01.2025 wurde das kommunale Integrationsmanagement für Geflüchtete in der Anschlussunterbringung als Pflichtaufgabe auf die Stadt- und Landkreise übertragen. Der Rhein-Neckar-Kreis erhält hier im Haushaltsjahr 2026 Erträge aus Fördermitteln des Landes in Höhe von ca. 1,8 Mio. €, denen Aufwendungen in gleicher Höhe gegenüberstehen. Für das kommunale Integrationsmanagement für Geflüchtete in der Anschlussunterbringung werden Aufwendungen für Zuweisungen an die Gemeinden in Höhe von ca. 1,6 Mio. € und Zuweisungen an die Träger der freien Wohlfahrtspflege in Höhe von 0,2 Mio. € eingeplant.

THH3	Sicherheit und Ordnung
3_3	Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz

Budgetverantwortung: Frau S. Heck

Produktbereich: 11 Innere Verwaltung

Produktgruppe:	Produkte:
11.31 Widersprüche im Bereich Feuerwehr	1131050132 Bearbeitung von Widersprüchen im Bereich Feuerwehrwesen

Produktbereich: 12 Sicherheit und Ordnung

Produktgruppen:	Produkte:
12.60 Brandschutz / Integrierte Leitstelle	1260010132 Kreisbrandmeister 1260030132 Brandschutztechnische Beratung / Begehung zur Brandverhütung 1260050132 Brandmeldeanlagen / sonstige Dienstleistungen für Dritte 1260050232 Integrierte Leitstelle
12.70 Rettungsdienst	1270010132 Rettungsdienst
12.80 Katastrophenschutz / Führungs- und Lagezentrum RNK	1280010132 Katastrophenabwehr und Lagezentrum RNK 1280020132 Bevölkerungsschutz 1280030132 Führungs- und Lagezentrum

Produktgruppe: 11.31 Widersprüche im Bereich Feuerwehrwesen

1131050132 Bearbeitung von Widersprüchen im Bereich Feuerwehrwesen

Auftragstyp:	Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage:	FwG

Bearbeitung von Widersprüchen in Selbstverwaltungsangelegenheiten der kreisangehörigen Gemeinden in Feuerwehrangelegenheiten; Beratung der Gemeinden im Vorfeld

Produktgruppe: 12.60 Brandschutz / Integrierte Leitstelle

1260010132 Kreisbrandmeister

Auftragstyp:	Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage:	FwG

Rettung von Menschen und Tieren aus Brandgefahren und Notlagen; Bekämpfung von Bränden und deren Gefahren; Erhaltung von Sachwerten, welche die Umwelt schützen; Beseitigung von Gefahren, die durch Unglücksfälle, Explosionen oder Naturereignisse hervorgerufen worden sind; darüber hinaus auch Bekämpfung von allgemeinen Störungen der öffentlichen Sicherheit und Ordnung.

Die Brandbekämpfung und die technische Hilfeleistung erfordern die Beschickung von Einsatzstellen aufgrund des vorliegenden Meldebildes bzw. konkreter Nachforderungen mit nächststehenden, geeigneten Einsatzmitteln innerhalb der Hilfsfrist bei einem festgelegten Anteil der Einsätze mit der festgelegten Personalstärke, Tätigkeiten als Kreisbrandmeister, Grundsatzentscheidungen für das Amt, überörtliche Alarmplanungen.

Ausrückplanungen für die Feuerwehren im RNK; Rechtsaufsicht im Bereich Feuerwehrwesen; Beratung von Gemeinden, Anerkennung und Überwachung von Werkfeuerwehren; Aus- und Fortbildung von feuerwehrtechnischem Personal anderer Feuerwehren und Rettungsdienste in den Bereichen Feuerwehrentechnik, Katastrophenschutz, Durchführung der Z-Feu; Beratung von Gemeinden, Prüfung und Beratung zu Satzungen der Freiwilligen Feuerwehren; Funkgenehmigungen; Betreuung digitales Alarmierungssystem

1260030132 Brandschutztechnische Beratung / Begehung zur Brandverhütung

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: FwG i. V. m. Baurecht

Abgabe von Stellungnahmen an Dritte; Mitwirkung und Beratung Dritter aus brandschutzrechtlicher Sicht; brandschutztechnische Prüfung und Beurteilung eines Objekts zur Feststellung und Beseitigung brandgefährlicher Zustände (nicht gleichzusetzen mit der Brandverhütungsschau der Bauordnung)

1260050132 Brandmeldeanlagen / sonstige Dienstleistungen für Dritte

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: BGB

Betrieb der Empfangsanlage für Brandmeldungen; Wartungsverträge Brandmeldeanlage; sonstige Dienstleistungen Dritter; Funkanmeldungen / Funkgenehmigungen; Aufbau Digitales Sprechfunknetz

1260050232 Integrierte Leitstelle

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: FwG

Darstellung der Erträge und Aufwendungen, welche in Zusammenhang mit dem Betrieb der ILS Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis gGmbH anfallen; Abbildung der Abschreibungen für die vorfinanzierten Investitionen

Produktgruppe: 12.70 Rettungsdienst

1270010132 Rettungsdienst

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: RDG

Rettungsdienst umfasst Notfallrettung, Krankentransport sowie Sanitätswachdienste. Durchführung der einzelnen Aufgaben obliegt den beteiligten Hilfsorganisationen. Kommunale Aufgaben sind die Beteiligung im Bereichsausschuss sowie die Rechtsaufsicht über diesen Ausschuss. Ebenso können weitere organisatorische Maßnahmen zur Verbesserung der rettungsdienstlichen Versorgung (z.B. Einrichtung und Betrieb einer Smartphone-basierten Alarmierung von Ersthelfenden) durch den Landkreis übernommen werden.

Produktgruppe: 12.80 Katastrophenschutz / Führungs- und Lagezentrum RNK

1280010132 Katastrophenabwehr

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LKatSG BW

Die Katastrophenabwehr umfasst alle Maßnahmen des Einsatzes im Katastrophenfall einschließlich der Führung (Leitung des Einsatzstabes). Katastrophenabwehr ist auch die Bekämpfung von außerordentlichen Schadensereignissen, die sich im Spannungs- und Verteidigungsfall ergeben. Die Katastrophenabwehr umfasst auch die allgemeine Katastrophenschutzplanung, die Sonderplanungen, insbesondere die Notfallplanungen (§ 8a, § 30 LKatSG). Hierzu zählen auch die Bildung eines Verwaltungsstabes und die organisatorischen Vorbereitungen für das Krisenmanagement. Ferner umfasst das Produkt die Bereitstellung und Verwaltung (Mittelzuweisungen) von Fahrzeugen durch Bund und Land, die Entwicklung, Betreuung und Datenpflege der Software für den Katastrophenschutz, die Erfassung meldepflichtiger Personen sowie die Verwaltung von Schutzräumen.

1280020132 Bevölkerungsschutz

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: ZSKG

Bevölkerungsschutz umfasst alle Maßnahmen, die dem Schutz der Zivilbevölkerung im Verteidigungsfall und Spannungsfall einerseits und der allgemeinen Krisen- und Notfallversorgung andererseits dienen, als vorbereitende Maßnahmen sind Planungen im Rahmen der Ernährungsnotfallvorsorge, der Wassersicherstellung oder auch der Wirtschaftssicherstellung zu nennen, aber auch die Beratung der Bevölkerung sowie die Lagerung und Verwaltung von Berechtigungsscheinen. Weiter sind Manöverankündigungen durchzuführen. Im Bereich der zivil-militärischen Zusammenarbeit sind die neuen Strukturen der Bundeswehr durch die Integration der Bezirksverbindungskommandos in den Landkreis umzusetzen.

1280030132 Führungs- und Lagezentrum

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: KatSG BW

Arbeitsleistungen Führungs- und Lagezentrum (FLZ); Verwaltung der Räume des FLZ; Ergänzung, Ersatzbeschaffungen der EDV; Durchführung von Ausbildungen und Übungen im FLZ; Besetzung des FLZ im Katastrophenfall und bei Großschadenslagen und Betrieb mit dem Einsatzstab

Strukturzahlen¹⁰	2024	2025	2026
Durch Rettungsdienst betreute Einwohner des Rhein-Neckar-Kreises und der Stadt Heidelberg	713.804	713.896	714.200
Durch Feuerwehr betreute Einwohner des Rhein-Neckar-Kreises	558.142	558.432	558.588
Anzahl der Brandmeldeanlagen	812	827	831

Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	5,00	4,00	4,00
Beschäftigte	8,60	8,60	9,60

¹⁰ Fortgeschriebene Einwohnerzahl nach Zensus 2022

THH3
Sicherheit und Ordnung
3_3
Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	5.392	3.600	1.800
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	35.057	76.600	58.900
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	371.077	360.000	365.000
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	63.985	942.800	856.900
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	855.657	205.000	208.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	87.102	33.000	33.000
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.418.269	1.621.000	1.523.600
12	-	Personalaufwendungen	1.235.252-	1.213.740-	1.329.073-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	247.339-	271.200-	273.300-
15	-	Abschreibungen	234.601-	1.066.100-	915.900-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	10.000-	10.000-	21.000-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.846.274-	1.894.880-	2.024.890-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	3.573.466-	4.455.920-	4.564.163-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	2.155.196-	2.834.920-	3.040.563-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	671.754-	815.565-	935.021-
23	-	kalkulatorische Kosten	8.773-	32.900-	32.100-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	680.527-	848.465-	967.121-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	2.835.723-	3.683.385-	4.007.684-

THH3
Sicherheit und Ordnung
3_3
Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	1.327.958	1.544.400	1.464.700	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.063.210-	3.432.481-	3.648.263-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.735.252-	1.888.081-	2.183.563-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	4.510	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.510	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	2.429.564-	329.000-	697.000-	1.295.000-
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	10.000-	10.000-	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	250.000-	20.000-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.429.564-	589.000-	727.000-	1.295.000-
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	2.425.054-	589.000-	727.000-	1.295.000-
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	4.160.306-	2.477.081-	2.910.563-	1.295.000-

Erläuterungen:

Im Haushaltsjahr 2026 wird für das Budget 3.3 mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von -3,0 Mio. € gerechnet.

Darin enthalten sind neben den Erträgen und Aufwendungen des Amtes für Feuerwehr und Katastrophenschutz im Allgemeinen auch diejenigen, welche in Zusammenhang mit dem Betrieb der Integrierten Leitstelle Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis gGmbH für den Landkreis entstehen. Die Integrierte Leitstelle wird in gemeinsamer Trägerschaft vom DRK Kreisverband Rhein-Neckar-Heidelberg e.V., der Stadt Heidelberg und dem Rhein-Neckar-Kreis betrieben und finanziert. Erforderliche Investitionen am Standort Ladenburg hingegen werden durch den Rhein-Neckar-Kreis vorfinanziert und der ILS gGmbH auf Basis von separaten Mietverträgen zur Verfügung gestellt. Nach Ablauf der Abschreibungsdauer der einzelnen Vermögensgegenstände und der damit verbundenen Refinanzierung werden diese der Leitstelle unentgeltlich zur weiteren Nutzung überlassen. Weitere Ausführungen hierzu befinden sich bei der Schlüsselposition Integrierte Leitstelle.

Die ordentlichen Erträge im Budget 3.3 von rd. 1,5 Mio. € setzen sich im Wesentlichen aus öffentlich-rechtlichen und privatrechtlichen Leistungsentgelten sowie Kostenerstattungen zusammen. Bei den öffentlich-rechtlichen Entgelten wird aus dem Betrieb der Brandmeldeanlagen mit Erträgen von rd. 0,4 Mio. € gerechnet. An privatrechtlichen Mieterträgen sind für die an die Leitstelle vermieteten Gegenstände 0,9 Mio. € eingeplant. Von der ILS gGmbH werden insgesamt 0,2 Mio. € für eine voraussichtliche Rückzahlung für zu viel gezahlte Abschläge zur Finanzierung des laufenden Betriebes 2025 sowie die Erstattung der Personalaufwendungen für abgeordnete Mitarbeitende des Kreises erwartet.

Die ordentlichen Aufwendungen belaufen sich auf rd. 4,5 Mio. €. Darin enthalten sind u.a. 1,9 Mio. € an Erstattungen an die Integrierte Leitstelle gGmbH (Sonstige ordentliche Aufwendungen) zur Finanzierung des laufenden Betriebs und 0,9 Mio. € an Abschreibungen. Der Planansatz für Sach- und Dienstleistungen beläuft sich auf 0,3 Mio. € und wird vor allem zum Erwerb geringwertiger Vermögensgegenstände, zur Anmietung mehrerer Lagerhallen sowie zur Haltung von Fahrzeugen benötigt.

Für Transferaufwendungen werden im Haushaltsjahr 2026 Mittel in Höhe von 21 T€ für das Feuerwehrwesen bereitgestellt:

Budget	Fördermaßnahme	Sachkonto	Plan 2025 in €	Plan 2026 in €	Differenz in €
3.3	Feuerwehrwesen (Feuerwehrverband)	43181200	10.000	21.000	11.000
Summe			10.000	21.000	11.000

Für das Jahr 2026 ist neben dem jährlichen Zuschuss von 10.000 € an den Kreisfeuerwehrverband ein zusätzlicher Betrag von 11.000 € vorgesehen. Dieser soll den Kauf einer größeren Stückzahl von Spannungswarnern durch die überörtlich eingesetzten Feuerwehren ermöglichen. Mit diesen Geräten können überflutete Kellerräume und Industrieanlagen auf elektrische Gefahren geprüft und so die Einsatzkräfte an der Einsatzstelle geschützt werden.

Finanzhaushalt:

Die Einzahlungen und Auszahlungen des Budgets stellen sich wie folgt dar:

	Einzahlungen 2026	Auszahlungen 2026	
Investitionsauftrag	in €	in €	Maßnahme
I320030001 u. I320080001		204.000	Notstromaggregat
Erwerb Anlagevermögen		150.000	Digitales Alarmierungssystem (Hardware)
Amt 32		40.000	Ausstattung Katastrophenschutz
		30.000	Mobile Atemschutzübungsanlage (Planung)
		20.000	Gerätewagen Logistik (Planungskosten)
		10.000	Schwerlastregale
		8.000	Erweiterung System SaFe ¹¹
Summe Amt 32	0	462.000	
I320030002 u. I320080002		200.000	Hardwaretausch (Abschlussarbeiten)
Erwerb Anlagevermögen		20.000	Backup-Datensicherung (immateriell)
Integrierte Leitstelle		15.000	Smartboard
		15.000	Standfußlösung für vier Monitore
		5.000	zwei Laptops
Summe Integrierte Leitstelle	0	255.000	
I320070001	0	10.000	Förderung des Feuerwehrwesens und des Katastrophenschutzes
Investitionszuschüsse an Gemeinden und Gemeindeverbände			
Summe Zuschüsse	0	10.000	
Gesamtsumme	0	727.000	

Für das Jahr 2026 sind im Finanzhaushalt 1.295.000 € an **Verpflichtungsermächtigungen** für eine mobile Atemschutzübungsanlage vorgesehen.

¹¹ Satellitenkommunikation Feuerwehr

THH3	Sicherheit und Ordnung
3_3	Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz
1260-32	Brandschutz / Integrierte Leitstelle
1260050232	Integrierte Leitstelle

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR 1	Ansatz 2025 EUR 2	Ansatz 2026 EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	0	0	0
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	7.909	39.900	39.200
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	63.628	942.800	856.900
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	855.657	205.000	208.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	927.194	1.187.700	1.104.100
12	-	Personalaufwendungen	267.618-	266.761-	177.146-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	442-	621-	542-
15	-	Abschreibungen	51.365-	832.358-	765.938-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.688.134-	1.800.807-	1.860.734-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.007.559-	2.900.548-	2.804.360-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.080.365-	1.712.848-	1.700.260-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	21.606-	26.209-	27.538-
27	-	kalkulatorische Kosten	2.481-	23.803-	22.900-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	24.086-	50.013-	50.438-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.104.452-	1.762.860-	1.750.699-

Erläuterungen:

Bei der Schlüsselposition Integrierte Leitstelle werden alle Erträge und Aufwendungen, welche in Zusammenhang mit dem Betrieb der ILS Heidelberg/Rhein-Neckar-Kreis gGmbH anfallen, abgebildet.

Die ordentlichen Erträge belaufen sich auf 1,1 Mio. €. An privatrechtlichen Mieterträgen werden auf Grund abgeschlossener Mietverträge rd. 900 T€ erwartet. Für die voraussichtliche Rückzahlung der in 2025 zu viel gezahlten Abschläge sowie die Erstattung der Personalaufwendungen sind rd. 210 T€ eingeplant.

Für die ordentlichen Aufwendungen werden rd. 2,8 Mio. € veranschlagt. Hiervon entfallen 1,9 Mio. € auf die Erstattung des Kreises an die ILS gGmbH. Die restlichen Aufwendungen verteilen sich mit 0,8 Mio. € auf Abschreibungen sowie Personalaufwendungen mit rd. 0,2 Mio. €. Die zuletzt genannten Aufwendungen fallen für Mitarbeitende des Kreises an, welche zum einen als Disponent in der ILS gGmbH tätig sind und zum anderen als Schnittstelle zur Leitstelle fungieren. Die Aufwendungen für den zur ILS gGmbH abgeordneten Mitarbeitenden sind ergebnisneutral, da sie in gleicher Höhe von dieser erstattet werden. Die Minderung der Personalaufwendungen gegenüber dem Vorjahr ist darauf zurück zu führen, dass eine ehemals abgeordnete Mitarbeitende von der Position der Geschäftsführerin der ILS gGmbH in die Leitungsfunktion des Amtes für Feuerwehr und Katastrophenschutz gewechselt ist.

THH3	Sicherheit und Ordnung
3_4	Gesundheitsamt

Budgetverantwortung: Frau Dr. A. Kühn

Produktbereich: 41 Gesundheitsdienste

Produktgruppe:	Produkte:
41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege	4140010134 Gesundheitsförderung und Prävention 4140010234 Kommunale Gesundheitskonferenz 4140020134 Gesundheitsberichterstattung 4140030134 Epidemiologie 4140040134 Untersuchung/Beratung im Vorschulalter (Frühförderung) 4140050134 Gesundheitsmonitoring, Beratung von / in Einrichtungen 4140060134 Zahngesundheitsförderung 4140070134 Amtsärztliche Untersuchungen und Gutachten / Leichenschau 4140070234 Amtsärztliche Untersuchungen / Erstaufnahmeeinrichtung 4140080134 Sozialmedizinische und sozialpsychiatrische Beratung, Betreuung und Vermittlung von Hilfen für besondere Zielgruppen 4140080234 IBB-Stelle 4140090134 Allgemeiner Gesundheitsschutz, Belehrungen nach §§ 42 / 43 IfSG 4140090234 Praktisches Jahr im ÖGD 4140100134 Personenbezogener Infektionsschutz 4140110134 Hygieneüberwachung von Trinkwasser, Badewasser und Entsorgungseinrichtungen 4140120134 Umweltbezogene Kommunalhygiene, Umweltbezogene Gesundheitsberatung und Begutachtung

Produktgruppe: 41.40 Maßnahmen der Gesundheitspflege

4140010134 Gesundheitsförderung und Prävention

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG

Information und Öffentlichkeitsarbeit; Projektmanagement und Prozessbegleitung; Koordination der betreuten Netzwerke und Arbeitsgruppen (mit weiteren Kooperationspartnern); Qualifizierungsmaßnahmen.

4140010234 Kommunale Gesundheitskonferenz (KGK)

Auftragstyp: weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: ÖGDG, LGG

Geschäftsstelle für die Planung, Durchführung und Umsetzung der Kommunalen Gesundheitskonferenz als Informations- und Kommunikationsplattform (Netzwerk) von allen im gesundheitlichen Bereich tätigen Akteuren; Erfassung von lokalen gesundheitlichen Problemlagen; Bündelung von Themen sowie Entwicklung, Abstimmung, Umsetzung und Evaluierung von Maßnahmen mit dem Ziel der Verbesserung der Gesundheitsversorgung in der Region; Kommunale Suchtbeauftragte; Kommunales Netzwerk für Suchtprävention und Suchthilfe.

4140020134 Gesundheitsberichterstattung

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG

Beobachtung und Erfassung von Informationen zur gesundheitlichen Lage der Bevölkerung; Gesundheitsberichte; Informationsvermittlung; Öffentlichkeitsarbeit; gesundheitsbezogene Planung; Beratung von Gremien und Organisationen

4140030134 Epidemiologie

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG, IfSG

Erhebung; Auswertung und Beschreibung der gesundheitlichen Situation der Bevölkerung in der Region; Untersuchung von Krankheitshäufungen; Krebsregister und regionale Todesursachenstatistik

4140040134 Untersuchung / Beratung im Vorschulalter (Frühförderung)

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG

Beratung und Untersuchung von Kindern im Vorschulalter; Mitwirkung bei der Hilfeplanerstellung / Koordination von Maßnahmen

4140050134 Gesundheitsmonitoring, Beratung von und in Einrichtungen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG

Einschulungsuntersuchungen; Schulsprechstunde; Impfberatung und Impfprogramme

4140060134 Zahngesundheitsförderung

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG

Maßnahmen der Zahnprophylaxe (z. B. Untersuchungen, Gruppen- und Intensivprophylaxe); AG Zahngesundheit; unabhängige Patientenberatung

4140070134 Amtsärztliche Untersuchungen und Gutachten, Leichenschau

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG; BestattVO,

Untersuchungen nach dem Ausländerrecht; Gutachten für Sozialleistungsträger; sonstige gerichtliche Gutachten; Amtsärztliche Leichenschau; zahnärztliche Gutachten; sonstige Gutachten (Untersuchung in Prüfungsverfahren; Zeugnis zur Vorlage beim Finanzamt)

Ärztliche, zahnärztliche, psychiatrische und psychologische Zeugnisse; Stellungnahmen und Gutachten

- nach allgemeiner körperlicher, zahnärztlicher, psychiatrischer und psychologischer Untersuchung

- anhand vorliegender Unterlagen

im Auftrag von Behörden und Gerichten; amtsärztliche Leichenschau bei Antrag auf Feuerbestattung

4140070234 Amtsärztliche Untersuchungen / Erstaufnahmeeinrichtung

Durchführung der Gesundheitsuntersuchungen (Inaugenscheinnahmen), Koordination der Röntgenuntersuchungen und der Ausstellung von Gesundheitszeugnissen von Flüchtlingen am Standort Patrick-Henry-Village als Ankunftscenter (AZ) von Baden-Württemberg in Heidelberg

4140080134 Sozialmedizinische und sozialpsychiatrische Beratung, Betreuung und Vermittlung von Hilfen für besondere Zielgruppen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG, PsychKHG

Sozialmedizinische Präventionsberatung (AIDS und STI) einschließlich Untersuchung und Diagnostik; allgemeine sozialmedizinische und sozialpsychiatrische Beratung und Betreuung; Beratung von Menschen mit Behinderung; strukturelle Fortentwicklung des Hilfesystems; Förderung von sozialpsychiatrischen Diensten; Förderung von Tagesstätten für psychisch behinderte Menschen

4140080234 IBB-Stelle

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: PsychKHG

Betrieb der Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle (IBB-Stelle) mit dem Ziel, die Rahmenbedingungen für eine bedarfsgerechte psychiatrische Versorgung zu gewährleisten und die Rechte psychisch kranker Menschen zu stärken

4140090134 Allgemeiner Gesundheitsschutz, Belehrungen nach §§ 42 / 43 Infektionsschutzgesetz (IfSG)

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG; IfSG

Hygienische Beratung und Überwachung von Krankenhäusern, anderen Einrichtungen und ambulanten heilberuflichen Einrichtungen; Lebensmittelbelehrungen nach §§ 42, 43 IfSG; Mitwirkung bei der Heimaufsicht; Medizinalaufsicht; Planung von Szenarien zur Gefahrenabwehr bei besonderer Bedrohung durch biologische Stoffe

4140090234 Praktisches Jahr im ÖGD

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG

Teilnahme des Gesundheitsamtes an der klinisch-praktischen Ausbildung der Studierenden nach §§ 3 und 4 Approbationsordnung für Ärzte der Universität Heidelberg; Gewährung von monatlichen Aufwandsentschädigungen an die Studierenden im praktischen Jahr; Kostenübernahme für Medizindidaktische Schulungen von Fachärztinnen und Fachärzten; Erstattung von Reiskosten für Studierende; Abrechnung dieser Kosten mit dem Ministerium für Soziales, Gesundheit und Integration.

4140100134 Personenbezogener Infektionsschutz

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG, IfSG

Monitoring übertragbarer Krankheiten; Beratung und Untersuchung besonderer Personengruppen; Impfberatung und Impfungen

4140110134 Hygieneüberwachung von Trinkwasser, Badewasser und Entsorgungseinrichtungen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG; IfSG; BadegVO; TrinkwV

Hygienische Beratung und Überwachung von Trinkwasseranlagen, Frei- und Hallenbädern, Badegewässern, Einrichtungen der Abfallwirtschaft und Abwasserentsorgung

4140120134 Umweltbezogene Kommunalhygiene, Umweltbezogene Gesundheitsberatung

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ÖGDG

Fachliche Stellungnahmen z.B. zu Planungsvorhaben, Sanierungsmaßnahmen, Gesundheitsverträglichkeitsprüfung im Rahmen der Umweltverträglichkeitsprüfung; Beratung und fachliche Begutachtung bei umweltbezogenen Krankheiten

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Anzahl der Krankenhäuser ¹² (1 Universitätsklinikum und 19 öffentliche oder sonstige Krankenhäuser)	23	20	20
Anzahl der konzessionierten Praxiskliniken und operativ tätigen Arztpraxen	307	307	307
Anzahl der invasiv tätigen Arztpraxen	1.393	1.393	1.393
Anzahl der invasiv tätigen Zahnarztpraxen	400	400	400
Anzahl der invasiv tätigen Heilpraktiker ¹³	450	157	157
Anzahl der Bäderanlagen ¹⁴	117	105	115
Anzahl der zu überwachenden Trinkwasserversorgungsanlagen (ohne Hausinstallationen)	270	270	270
Anzahl der Vorschuleinrichtungen	615	615	615
 Anzahl der untersuchungspflichtigen Kinder (Einschulungsuntersuchungen im Bereich Gesundheitsmonitoring, Beratung von und in Einrichtungen)	 6.746	 6.710	 6.913
 Projekt- und Prozessberatungstage pro Jahr im Bereich Gesundheitsförderung / Prävention	 95	 95	 95
 Anzahl der Gutachten pro Jahr im Bereich Amtsärztliche Untersuchungen und Gutachten / Zeugnisse / Leichenschau	 615	 1.500	 600
 Anzahl der Beratungen im Bereich Sozialmedizinische und Sozialpsychiatrische Beratung, Betreuung, Vermittlung und strukturelle Weiterentwicklung von Hilfen für bestimmte Zielgruppen	 3.443	 3.400	 3.400
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	2,80	3,45	2,45
Beschäftigte	52,76	54,61	55,61

¹² Änderung der Datenbasis 2025

¹³ Änderung der Datenbasis 2025

¹⁴ Änderung der Datenbasis 2025

THH3 **Sicherheit und Ordnung**
3_4 **Gesundheitsamt**

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	946.249	1.013.800	1.000.200
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	11.520	11.500	11.500
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	740.885	699.900	426.800
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	75.778	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.774.433	1.725.200	1.438.500
12	-	Personalaufwendungen	4.051.005-	4.426.151-	4.573.532-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	68.589-	161.900-	156.000-
15	-	Abschreibungen	38.698-	21.500-	15.900-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	2.100.766-	2.191.400-	2.366.500-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	525.116-	759.165-	591.590-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	6.784.174-	7.560.116-	7.703.522-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	5.009.741-	5.834.916-	6.265.022-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	28.344	22.300	22.600
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	2.780.366-	2.870.645-	2.991.961-
23	-	kalkulatorische Kosten	397-	100-	100-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	2.752.419-	2.848.445-	2.969.461-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	7.762.160-	8.683.360-	9.234.483-

THH3 **Sicherheit und Ordnung**
3_4 **Gesundheitsamt**

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	1.990.299	1.713.700	1.427.000	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	7.011.332-	7.506.203-	7.655.209-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	5.021.033-	5.792.503-	6.228.209-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	5.000-	2.000-	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	49.522-	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	49.522-	5.000-	2.000-	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	49.522-	5.000-	2.000-	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	5.070.555-	5.797.503-	6.230.209-	0

Erläuterungen:

Im Haushaltsjahr 2026 wird für das Budget 3.4 ein ordentliches Ergebnis in Höhe von - 6,3 Mio. € ausgewiesen.

Die Erträge insgesamt belaufen sich auf ca. 1,4 Mio. €. Dabei bewegen sich die Zuweisungen, Zuwendungen und Umlagen mit 1,0 Mio. € auf dem Niveau des Vorjahres (ebenfalls 1,0 Mio. €). Darüber hinaus liegen Erträge aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen in Höhe von ca. 0,4 Mio. € (Vorjahr ca. 0,7 Mio. €) vor, welche ausschließlich im Bereich Patrick-Henry-Village (PHV) zu finden sind (s.u.).

Die ordentlichen Aufwendungen belaufen sich auf 7,7 Mio. € und haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,1 Mio. € bei den Personalaufwendungen erhöht. Die Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen belaufen sich wie im Vorjahr auf ca. 0,2 Mio. €. Die Transferaufwendungen für die Kreisförderung Suchtberatung sind aufgrund der Dynamisierung der Personal- und Sachaufwendungen und einer einmaligen Erhöhung der Kreisförderung Sozialpsychiatrische Dienste und Tagesstätten zur Erhaltung des bestehenden Angebotes um knapp 0,2 Mio. € gestiegen.

Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen verringern sich im Vergleich zum Vorjahr um ca. 0,2 Mio. €. Insbesondere sind die Geschäftsaufwendungen geringer, da im Haushaltsjahr 2026 deutlich weniger Gesundheitsuntersuchungen von Flüchtlingen (s.u.) geplant sind.

Seit vielen Jahren gibt es den Standort Patrick-Henry-Village als Bedarfsorientierte Landeserstaufnahmestelle für Flüchtlinge in Heidelberg und die damit zusammenhängenden Erträge und Aufwendungen. Da die Anzahl der Flüchtlinge aus der Ukraine und aus anderen Ländern im Jahr 2025 zurückgegangen ist, rechnet die Verwaltung für das Haushaltsjahr 2026 ebenfalls mit sinkenden Flüchtlingszahlen. Die geplanten Erträge und Aufwendungen für Gesundheitsuntersuchungen, Röntgenuntersuchungen und die Ausstellung der Gesundheitszeugnisse für Flüchtlinge verringern sich deshalb von 0,7 Mio.€ auf ca. 0,4 Mio. €. Bei den Aufwendungen handelt es sich um den Personal- und Sachmittelbedarf des Rhein-Neckar-Kreises für den Standort Patrick-Henry-Village. Dem Rhein-Neckar-Kreis liegt eine Kostenübernahmeerklärung des Landes Baden-Württemberg für die mit der Übertragung der Aufgabe entstehenden Kosten (insbesondere Kosten der Betriebsaufnahme, laufende Kosten der Kreisverwaltung, Kosten im Rahmen von Fremdvergaben) vor. Allerdings haben bereits erfolgte Abrechnungen mit dem Land Baden-Württemberg gezeigt, dass nicht alle Aufwendungen, die beim Produkt Patrick-Henry-Village verbucht werden, auch erstattungsfähig sind, was zu einem Defizit im ordentlichen Ergebnis bei dem Produkt Gesundheitsuntersuchungen Patrick-Henry Village in Höhe von ca.14 T€ führt.

Es handelt sich hierbei vorwiegend um allgemeine Aufwendungen, die auf den Vorkostenstellen des Amtes verbucht und dann im Rahmen der Kostenrechnung über verschiedene Schlüssel auf die Produkte des Fachamtes verteilt werden.

Arztärztliche Untersuchungen/ Erstaufnahmeeinrichtung PHV (4140070234)	Planung 2026
Erträge	
Erstattungen vom Land (pauschale Erstattung)	406.800,00 €
Summe	406.800,00 €
Aufwendungen	
Personalaufwendungen	236.521,38 €
laufende sonstige Sachaufwendungen (Material medizinisch und Verwaltung, Röntgenuntersuchung etc.)	184.651,53 €
Summe	421.172,91 €
Überdeckung/Unterdeckung	-14.372,91 €

THH3	Sicherheit und Ordnung
3_5	Veterinäramt und Verbraucherschutz

Budgetverantwortung: Frau Dr. D. Hagel

Produktbereich: 12 Sicherheit und Ordnung

Produktgruppe:	Produkte:
12.26 Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung, Ernährung und Verbraucherschutz	1226010135 Betriebskontrollen 1226020135 Probenahmen 1226030135 Überwachung der Fleischhygiene 1226030235 Überwachung der Geflügelfleischhygiene 1226030335 Ambulante Fleischhygieneüberwachung 1226040135 Tiergesundheit, Tierseuchenbekämpfung und Tierkörperbeseitigung einschließlich Veterinärkontrollrecht 1226050135 Tierarzneimittelüberwachung 1226060135 Allgemeiner Tierschutz 1226080135 Ernährungs- und Verbraucherinformation 1226090135 Sonstige Begutachtungen, Stellungnahmen u. Gutachten

Produktgruppe: 12.26 Veterinärwesen, Lebensmittelüberwachung, Ernährung und Verbraucherschutz

1226010135 Betriebskontrollen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LFGB; VO (EG) 852/2004

Überwachung von Produkten und Betrieben im Bereich Lebensmittel tierischer und nichttierischer Herkunft, Futtermittel und Bedarfsgegenstände / Tabak / Kosmetika (Zusammensetzung, Kennzeichnung, Aufmachung, Werbung, Handelsklassenüberwachung, einschließlich Rindfleischetikettierung); Erteilung von Genehmigungen, Anordnungen, Erlaubnissen, Zulassungen von Ausnahmen, Bewilligungen einschließlich Untersuchungen / Überprüfungen

1226020135 Probenahmen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LFGB; VO (EG) 852/2004

Durchführung von Probenahmen im Rahmen von überregionalen Überwachungsprogrammen (z. B. Lebensmittel-Monitoring, Koordiniertes Überwachungsprogramm -KÜP-) und aus besonderem Anlass; Entnahme und Transport von Lebensmittel- und Bedarfsgegenstände-Proben (Planproben oder andere Probenahmen auf Anforderung, beispielsweise durch die Regierungspräsidien und Chemisch-Veterinärische Untersuchungsämter); planmäßige Rückstandsuntersuchungen bei Lebensmitteln und Bedarfsgegenständen

1226030135 Überwachung der Fleischhygiene

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: VO (EU) 2017/625

Durchführung der VO (EU) 2017/625 mit besonderen Verfahrensvorschriften für die amtliche Überwachung von zum menschlichen Verzehr bestimmten Erzeugnissen tierischen Ursprungs (amtliche Kontrollen einschl. Verifizierungen, Überprüfungen, Probenahmen bei Lebensmittelunternehmen, die in der Gemeinschaft hergestellte Erzeugnisse tierischen Ursprungs in den Verkehr bringen)

1226030235 Überwachung der Geflügelfleischhygiene

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: VO (EG) 882/2004; 854/2004

Durchführung der Schlachtier- und Fleischuntersuchung einschließlich Hygieneüberwachung in Schlacht-, Zerlegungs- und Verarbeitungsbetrieben

1226030335 Ambulante Fleischhygieneüberwachung

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: VO (EU) 2017/625

Durchführung der Schlachtier- und Fleischuntersuchung einschließlich Hygieneüberwachung (Rückstandsuntersuchungen, BSE-Untersuchung, Trichinenuntersuchung); planmäßige Rückstandsuntersuchungen bei lebenden Tieren und Erzeugnissen tierischen Ursprungs

1226040135 Tiergesundheit, Tierseuchenbekämpfung und Tierkörperbeseitigung einschl. Veterinärkontrollrecht

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: VO (EU) 2016/429; ViehVerkV; VO (EG) 1069/2009; BmTierSSchV

Tiergesundheit, Tierseuchenbekämpfung, Tierisches Nebenprodukterecht, Ausstellen von amtstierärztlichen Handelszertifikaten im innergemeinschaftlichen und drittland-Waren-Verkehr sowie Ursprungs- und Gesundheitszeugnissen

1226050135 Tierarzneimittelüberwachung

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: TAMG; VO (EU) 2019/6

Überwachung des Verkehrs mit Tierarzneimitteln sowie Tierimpfstoffen

1226060135 Allgemeiner Tierschutz

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: TSchutzG; VO (EU) 2017/625; VO (EG) 2006/778

Tierschutzüberwachung gewerblicher und privater Tierhaltungen und Versuchstierhaltungen, Tiertransporte; Genehmigungsverfahren für Tierhaltungen nach dem Tierschutzgesetz

1226080135 Ernährungs- und Verbraucherinformation

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: Landwirtschafts- und Landeskultugesetz

Information, Schulung, Beratung von Einzelpersonen in ihrer Eigenschaft als Multiplikatoren, Lehrern, Erziehern, Hebammen, Angehörigen anderer Gesundheitsberufe, Verantwortlichen von Einrichtungen der Gemeinschaftsverpflegung, Gewerbetreibenden und Veranstaltern in Verbraucher-/ Ernährungsfragen und im Umgang mit Lebensmitteln

1226090135 Sonstige Begutachtungen, Stellungnahmen und Gutachten

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: VO (EU) 2017/625; VO (EG) 2006/778; PolG

Sonstige fachübergreifende Begutachtungen/Stellungnahmen (z.B. von auffällig gewordenen Hunden bzw. Verhaltenstest von Kampfhunden) und Gutachten

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Kostendeckungsgrad im Bereich "Fleischhygiene" (Produkte Überwachung der Geflügelfleischhygiene und ambulante Fleischhygieneüberwachung)	60 %	70 %	57 %
Quote der besuchten aufsichtspflichtigen Betriebe der Bereiche "Betriebskontrollen" und "Probenahmen"	33 %	40 %	30 %
Anzahl der Probenahmen pro Jahr	2.309	2.310	2.431
Anzahl der zu überwachenden Lebensmittelbetriebe	8.527	7.819	7.374
Anzahl der Rinderhaltungen u.a. (Equiden/Farmwild)	842	840	846
Anzahl der Tiere in Rinderhaltungen u.a. (Equiden/Farmwild)	16.423	16.938	16.580
Anzahl der Schweinehaltungen/kleine Klauentiere (Schafe/Ziegen)	461	472	475
Anzahl der Tiere in Schweinehaltungen/kleine Klauentierhaltungen	17.394	17.593	17.518
Anzahl der Geflügelhaltungen	1.502	1.481	1.518
Anzahl der Tiere in Geflügelhaltungen	153.271	150.979	154.800
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	24,25	24,25	24,50
Beschäftigte	7,45	7,45	7,45

THH3	Sicherheit und Ordnung
3_5	Veterinäramt und Verbraucherschutz

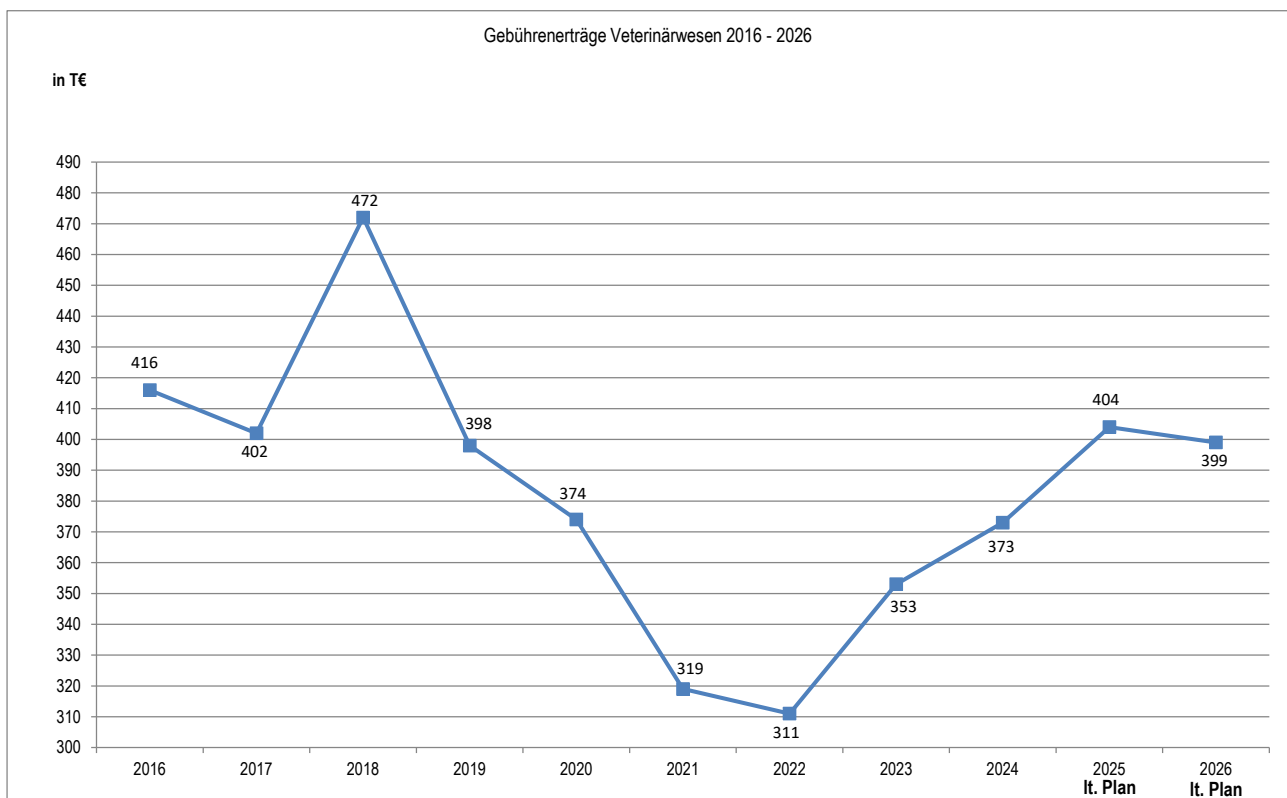
Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR 1	Ansatz 2025 EUR 2	Ansatz 2026 EUR 3
1 +	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2 +	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	542.574	449.000	449.000
3 +	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	5.705	5.200	10.200
4 +	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5 +	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6 +	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7 +	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	38.882	30.800	30.800
8 +	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9 +	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10 +	Sonstige ordentliche Erträge	52	400	400
11 =	Anteilige ordentliche Erträge	587.214	485.400	490.400
12 -	Personalaufwendungen	2.588.063-	2.626.474-	2.931.097-
13 -	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14 -	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	200.028-	208.700-	210.900-
15 -	Abschreibungen	16.999-	10.500-	17.700-
16 -	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17 -	Transferaufwendungen	0	0	0
18 -	Sonstige ordentliche Aufwendungen	319.008-	316.130-	329.040-
19 =	Anteilige ordentliche Aufwendungen	3.124.098-	3.161.804-	3.488.737-
20 =	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	2.536.884-	2.676.404-	2.998.337-
21 +	Erträge aus internen Leistungen	10.199	12.200	6.300
22 -	Aufwendungen für interne Leistungen	1.106.728-	1.176.034-	1.315.061-
23 -	kalkulatorische Kosten	168-	0	0
24 =	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.096.697-	1.163.834-	1.308.761-
25 =	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	3.633.580-	3.840.239-	4.307.098-

THH3	Sicherheit und Ordnung
3_5	Veterinäramt und Verbraucherschutz

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	594.094	480.200	480.200	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.092.507-	3.138.993-	3.458.726-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	2.498.413-	2.658.793-	2.978.526-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	83.002	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	2.355	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	85.357	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	84.064-	0	10.000-	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	84.064-	0	10.000-	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	1.293	0	10.000-	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	2.497.120-	2.658.793-	2.988.526-	0

Erläuterungen:

Die erwarteten ordentlichen Erträge (0,5 Mio. €) werden im Wesentlichen durch die Gebühren nach der Rechtsverordnung des Rhein-Neckar-Kreises mit einem Ansatz von 399 T€ erzielt. Der Planansatz reduziert sich damit gegenüber dem Vorjahr um 5 T€. Die erwarteten Erträge durch Bußgelder belaufen sich im Jahr 2026 erneut auf 30 T€. Die geplanten Zwangsgelder, die seit dem Jahr 2025 direkt in den jeweiligen Budgets verbucht werden, belaufen sich für das Veterinäramt im Planjahr auf 20 T€ (+5 T€). Für Trichinenproben sowie Entsorgungskosten bei den Verwahrstellen werden wieder Kostenerstattungen vom Land in Höhe von 31 T€ eingeplant.



Die ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich hauptsächlich auf Basis gestiegener Personalaufwendungen um 0,3 Mio. € auf insgesamt rd. 3,5 Mio. €.



Teilhaushalt 4

Umwelt und Technik

Verantwortliche Dezernatsleitung:
Dr. Christopher Leo

THH4 Umwelt und Technik

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	27.625.986	27.258.600	27.593.900
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	3.546.392	3.503.400	3.085.400
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	676	800	10.800
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	470.772	232.200	225.200
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	10.711.772	7.771.900	8.741.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	120.948	116.100	279.700
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	8.747.219	155.000	190.500
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	51.223.766	39.038.000	40.126.500
12	-	Personalaufwendungen	20.626.955-	22.858.798-	24.137.069-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.640.309-	5.472.500-	5.253.300-
15	-	Abschreibungen	8.495.249-	7.574.300-	8.174.900-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	19.223.622-	18.381.900-	18.605.700-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	18.411.835-	17.233.085-	18.943.170-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	73.397.971-	71.520.583-	75.114.139-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	22.174.205-	32.482.583-	34.987.639-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	992.156	1.002.229	1.210.499
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	8.845.748-	10.271.118-	10.878.847-
23	-	kalkulatorische Kosten	1.186.709-	978.000-	934.000-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	9.040.300-	10.246.889-	10.602.347-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	31.214.505-	42.729.471-	45.589.987-

THH4 Umwelt und Technik

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	37.695.002	35.402.500	36.748.900	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	61.534.866-	63.923.333-	66.916.290-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	23.839.865-	28.520.833-	30.167.390-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	3.917.003	3.475.000	3.000.300	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	110.242	15.000	10.000	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	4.027.245	3.490.000	3.010.300	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	40.166-	60.000-	287.000-	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.490.417-	2.769.400-	6.364.200-	2.250.000-
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	990.291-	538.300-	547.800-	500.000-
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	2.374.019-	4.174.000-	3.039.600-	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	2.975-	0	3.000-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	5.897.868-	7.541.700-	10.241.600-	2.750.000-
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	1.870.623-	4.051.700-	7.231.300-	2.750.000-
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	25.710.488-	32.572.533-	37.398.690-	2.750.000-

THH4	Umwelt und Technik
4_1	Baurechtsamt

Budgetverantwortung: Herr A. Brandenburger
Produktbereich: 51 Räumliche Planung und Entwicklung

Produktgruppe:	Produkte:
51.10 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung Verkehrsplanung und Stadterneuerung	5110050140 Bauleitplanung

Produktbereich: 52 Bauen und Wohnen

Produktgruppen:	Produkte:
52.10 Bauordnung	5210010140 Bauvoranfrage 5210020140 Baugenehmigungsverfahren 5210030140 Kenntnissgabeverfahren 5210040140 Abgeschlossenheitsbescheinigung nach WEG 5210050140 Verfahrensfreie Vorhaben 5210070140 Abnahme von fliegenden Bauten 5210080140 Brandverhütungsschau 5210080240 Dienstleistungen für Dritte 5210090140 Baukontrolle/ -überwachung 5210120140 Beratung Bauherr / Planer 5210130140 Vollzug von speziellen baurechtlichen Vorschriften im Zuge der Energiewende
52.20 Wohnungsbauförderung und Wohnungsversorgung	5220020140 Wohnungsbauförderung
52.30 Denkmalschutz und Denkmalpflege	5230020140 Denkmalschutzrechtliche Genehmigung

Produktgruppe: 51.10 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung
5110050140 Bauleitplanung

Auftragsstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: BauGB; BauNVO

Bauleitung / Baulandumlegung

Produktgruppe: 52.10 Bauordnung**5210010140 Bauvoranfragen**

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LBO; div. Rechtsvorschriften

Erteilung von Bescheiden über einzelne Fragen zur Zulässigkeit von Bauvorhaben im Vorfeld des Bauantrags; Klärung weiterer einzelner Fragen, ggf. inklusive Ausnahmen, Abweichungen, Befreiungen von öffentlich-rechtlichen Vorschriften; Übernahme von öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und sonstigen Verpflichtungen (Baulasten); Verlängerung von Bauvorbescheiden

5210020140 Baugenehmigungsverfahren

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LBO; div. Rechtsvorschriften

Planungsrechtliche und bauordnungsrechtliche Prüfung und Entscheidung über genehmigungspflichtige bauliche Anlagen, ggf. inklusive Ausnahmen, Abweichungen, Befreiungen von öffentlich-rechtlichen Vorschriften; Werbeanlagen; Übernahme von öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und sonstigen Verpflichtungen (Baulasten); Verlängerung von Baugenehmigungen; Bauabnahmen; Erteilung Abnahmebescheinigung (Schlussabnahme)

5210030140 Kenntnissgabeverfahren

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LBO; div. Rechtsvorschriften

Erteilung selbstständiger Bescheide über Abweichungen, Ausnahmen, Befreiungen auf Antrag des Bauherrn; Untersagung des Baubeginns / der Bauausführung; Übernahme von öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und sonstigen Verpflichtungen (Baulasten)

5210040140 Abgeschlossenheitsbescheinigung nach WEG

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: WoEigG

Prüfung der Abgeschlossenheit; Ausstellung von Abgeschlossenheitsbescheinigungen

5210050140 Verfahrensfreie Vorhaben

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LBO; div. Rechtsvorschriften

Prüfung der eingereichten Unterlagen; Erteilung selbstständiger Bescheide über Abweichungen, Ausnahmen, Befreiungen von öffentlich-rechtlichen Vorschriften auf Antrag, die nicht einer baurechtlichen vorgeschriebenen Genehmigung bedürfen; Übernahme von öffentlich-rechtlichen Verpflichtungen und sonstigen Verpflichtungen (Baulasten)

5210070140 Abnahme von fliegenden Bauten

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LBO; FliegBautenZuVO

Abnahme von fliegenden Bauten, § 69 Abs. 4 LBO

5210080140 Brandverhütungsschau

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: Verwaltungsvorschrift Brandverhütungsschau

Brandverhütungsschau (in bestimmten Zeitabständen stattfindende Sicherheitskontrollen von baulichen Anlagen gemäß den Verwaltungsvorschriften)

5210080240 Dienstleistungen für Dritte

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Vertragliche Vereinbarung

Dienstleistungen für Dritte (für Externe); Heranziehung von Sachverständigen im Brandschutz

5210090140 Baukontrolle/ -überwachung

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LBO; div. Rechtsvorschriften

Baukontrolle/ -überwachung; Anordnung im Rahmen des Baurechts § 47 Abs. 1 LBO

5210120140 Beratung Bauherr / Planung

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LBO; div. Rechtsvorschriften

Beantwortung von telefonischen, schriftlichen und persönlichen Anfragen zu allgemeinen bauordnungs- und bauplanungsrechtlichen Problemen außerhalb und innerhalb von Verfahren; Gewährung von Akteneinsicht.

5210130140 Vollzug von speziellen baurechtlichen Vorschriften im Zuge der Energiewende

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: EWärmeG; EEWärmeG

Wahrnehmung der den Kommunen mit dem EWärmeG BW und EEWärmeG Bund oder anderen spezialgesetzlichen Vorschriften übertragenen Aufgaben; Vollzug des EWärme G BW bei Austausch der Heizanlage; Überwachung und Überprüfung der Einhaltung der Nutzungs-, Nachweis- und Hinweispflichten

Produktgruppe: 52.20 Wohnungsbauförderung und Wohnungsversorgung**5220020140 Wohnungsbauförderung**

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: WoFG

Förderung des Baus und Erwerbs von Wohneigentum mit staatlichen und kommunalen Fördermitteln (zinsverbilligte Darlehen, Zuschüsse, Bürgschaften)

Produktgruppe: 52.30 Denkmalschutz und Denkmalpflege**5230020140 Denkmalschutzrechtliche Genehmigungen**

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: DSchG

Entscheidung über denkmalschutzrechtliche Genehmigung; Prüfung der denkmalschutzrechtlichen Zulässigkeit des Vorhabens und Entscheidung; Steuerbescheinigungen

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Kosten je Baurechtsfall (Bauvoranfrage, Baugenehmigungsverfahren, Kenntnisgabeverfahren, Verfahrensfreie Vorhaben, Denkmalschutz)	1.631,58 €	1.715,89 €	1.723,86 €
Kosten je durchzuführender Brandverhütungsschau	1.154,19 €	2.015,58 €	2.100,41 €
Anzahl der lfd. Baurechtsfälle (Bauvoranfragen, Baugenehmigungsverfahren, Kenntnisgabeverfahren, Verfahrensfreie Vorhaben, Denkmalschutz)	1.491	1.500	1.500
Anzahl der durchzuführenden Brandverhütungsschauen	227	150	150
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	12,00	14,10	14,10
Beschäftigte	21,25	18,75	18,75

THH4 Umwelt und Technik
4_1 Baurechtsamt

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	3.274.356	3.209.000	3.319.000
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	13.431	15.000	10.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	150	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	3.287.937	3.224.000	3.329.000
12	-	Personalaufwendungen	2.464.602-	2.684.021-	2.820.912-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	10.022-	10.000-	10.000-
15	-	Abschreibungen	4.977-	4.500-	2.600-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	65.341-	75.190-	66.880-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.544.942-	2.773.711-	2.900.392-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	742.995	450.289	428.608
21	+	Erträge aus internen Leistungen	889	300	300
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	1.186.041-	1.282.839-	1.290.689-
23	-	kalkulatorische Kosten	112-	0	0
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.185.264-	1.282.539-	1.290.389-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	442.269-	832.249-	861.781-

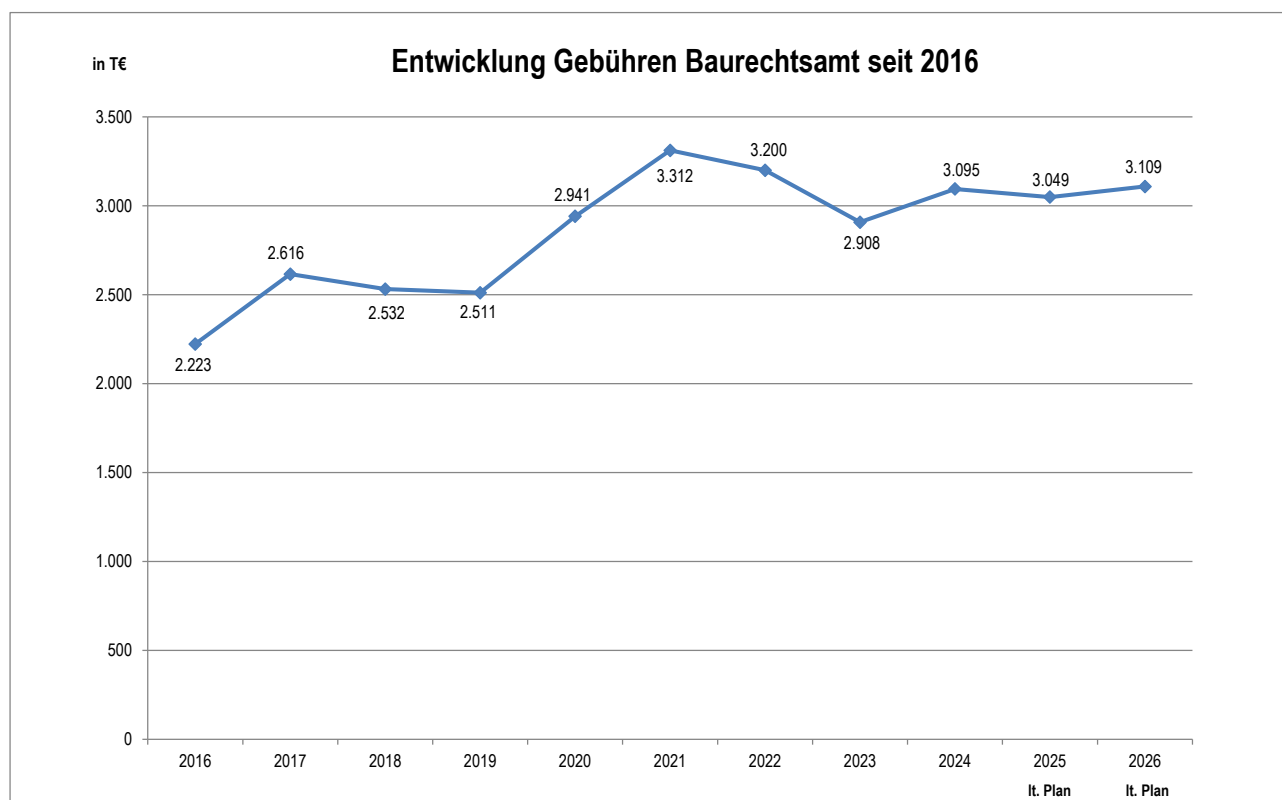
THH4 Umwelt und Technik
4_1 Baurechtsamt

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	3.295.208	3.224.000	3.329.000	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.517.089-	2.746.261-	2.874.843-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	778.119	477.739	454.157	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	778.119	477.739	454.157	0

Erläuterungen:

Die ordentlichen Erträge werden im Wesentlichen durch Zuweisungen, Zuwendungen und Umlagen in Höhe von 3,3 Mio. € geprägt. Hierbei handelt es sich um Gebührenerträge beim Produkt Baugenehmigungsverfahren in Höhe von 2,8 Mio. € und sonstigen Gebührenerträge von 0,3 Mio. €. Im Bereich der Baugenehmigungsverfahren werden die Baukosten zur Ermittlung der Gebühr herangezogen. Aufgrund der positiven Entwicklung im laufenden Jahr erhöhen sich die Gebührenerträge um rd. 0,1 Mio. €. Außerdem werden für Bußgelder im Jahr 2026 erneut 130 T€ einkalkuliert. Für die seit dem Jahr 2025 direkt in den jeweiligen Budgets verbuchten Zwangsgelder sind im Jahr 2026 80 T€ (+50 T€) vorgesehen.

Die nachfolgende Grafik verdeutlicht die Entwicklung der Gebühren seit 2016:



Die ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich auf Basis gestiegener Personalaufwendungen auf rd. 2,9 Mio. €.

THH4	Umwelt und Technik
4_2	Straßenverkehrsamt

Budgetverantwortung: Frau A. Straub

Produktbereich: 11 Innere Verwaltung

Produktgruppe:	Produkte:
11.26 Zentrale Dienstleistungen	1126040141 Zentrale Information

Produktbereich: 12 Sicherheit und Ordnung

Produktgruppe:	Produkte:
12.21 Verkehrswesen	1221010141 Verkehrslenkung und -regelung 1221020141 Verkehrsrechtliche Genehmigungen und Erlaubnisse 1221040141 Mobile Geschwindigkeitsmessungen 1221040241 Fahrtenbuchauflagen 1221040341 Stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen 1221050141 Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen Sinsheim 1221050241 Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen Weinheim 1221050341 Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen Wiesloch 1221060141 Zwangsvollstreckungsmaßnahmen 1221070141 Bearbeitung von Fahrerlaubnissen Sinsheim 1221070241 Bearbeitung von Fahrerlaubnissen Weinheim 1221070341 Bearbeitung von Fahrerlaubnissen Wiesloch 1221070741 Fahrlehrer und Fahrschulen 1221080141 Maßnahmen bei Fahrerlaubnissen Sinsheim 1221080241 Maßnahmen bei Fahrerlaubnissen Weinheim 1221080341 Maßnahmen bei Fahrerlaubnissen Wiesloch 1221090141 Güterbeförderung 1221100141 Zentraler Händlerservice

Produktgruppe: 11.26 Zentrale Dienstleistungen

1126040141 Zentrale Information

Auftragstyp: Serviceleistung (freiwillig)
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Bürgerservice (Telefonvermittlung, Empfang u.a.)

Produktgruppe: 12.21 Verkehrswesen

1221010141 Verkehrslenkung und -regelung

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: StVG; StVO

Sämtliche Maßnahmen mit Ausnahme der Überwachung, die vorbereitend, planend, anordnend oder ausführend zur Aufstellung oder Änderung von Verkehrszeichen und -einrichtungen führen und den Verkehr sichern sollen

1221020141 Verkehrsrechtliche Genehmigungen und Erlaubnisse

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: StVG; StVO

Sämtliche behördliche Genehmigungen und Anordnungen im Rahmen der StVO

1221040141 mobile Geschwindigkeitsmessungen

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: OWiG

Tätigkeiten zur Kontrolle der Einhaltung von Ge- und Verboten im fließenden Verkehr einschließlich Ahndung

1221040241 Fahrtenbuchauflagen

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: StVG; StVZO

Tätigkeiten zur Kontrolle der Einhaltung von Ge- und Verboten im fließenden Verkehr einschließlich Ahndung und Beseitigung der Verstöße

1221040341 stationäre Geschwindigkeitsmessenanlagen

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: OWiG

Tätigkeiten zur Kontrolle der Einhaltung von Ge- und Verboten im fließenden Verkehr einschließlich Ahndung

1221050141-341 Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen Sinsheim, Weinheim, Wiesloch

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: StVG; FZV; StVZO

Sämtliche Zulassungsvorgänge von Fahrzeugen für den öffentlichen Straßenverkehr am Schalter

1221060141 Zwangsvollstreckungsmaßnahmen

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: StVG; FZV

Zwangsstilllegungsmaßnahmen von Fahrzeugen

1221070141-341 Bearbeitung von Fahrerlaubnissen Sinsheim, Weinheim, Wiesloch

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: StVG; FeV

Zulassung von Personen im Straßenverkehr

1221070741 Fahrlehrer und Fahrschulen

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: FahrIG

Zulassung von geeigneten Personen zur Ausbildung von Fahrschülern (Erwerb einer Fahrerlaubnis); Überwachung der ordnungsgemäßen Ausübung der Fahrschulen

1221080141-341 Maßnahmen bei Fahrerlaubnissen Sinsheim, Weinheim, Wiesloch

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: StVG; FeV

Zulassung von Personen im Straßenverkehr; Eignungsüberprüfungen von Fahrerlaubnisinhabern und -bewerbern

1221090141 Güterbeförderung

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: GüKG

Erteilung von Lizenzen, Erlaubnissen und Fahrerbescheinigungen im gewerblichen Güterkraftverkehr sowie deren Überprüfung

1221100141 Zentraler Händlerservice

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: StVG; FZV; StVZO

Zulassungsvorgänge für Großkunden; sämtliche Zulassungsvorgänge, die über i-KFZ (internetbasierte Fahrzeugzulassung) abgewickelt werden

Strukturzahlen	2024	2025	2026

Fahrzeugbestand im RNK	480.132	475.370	480.132

Stellenplan	2024	2025	2026

Beamte	12,23	13,23	11,23
Beschäftigte	75,64	75,64	78,64

THH4	Umwelt und Technik
4_2	Straßenverkehrsamt

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR 1	Ansatz 2025 EUR 2	Ansatz 2026 EUR 3
1 +	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2 +	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	11.039.220	11.104.000	11.492.500
3 +	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4 +	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5 +	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6 +	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.870	2.500	2.500
7 +	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.505	0	0
8 +	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9 +	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10 +	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11 =	Anteilige ordentliche Erträge	11.043.595	11.106.500	11.495.000
12 -	Personalaufwendungen	5.683.152-	6.302.754-	6.681.630-
13 -	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14 -	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	103.367-	97.700-	101.800-
15 -	Abschreibungen	146.152-	141.500-	149.300-
16 -	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17 -	Transferaufwendungen	0	0	0
18 -	Sonstige ordentliche Aufwendungen	1.179.466-	1.368.235-	1.416.160-
19 =	Anteilige ordentliche Aufwendungen	7.112.137-	7.910.189-	8.348.890-
20 =	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	3.931.458	3.196.311	3.146.110
21 +	Erträge aus internen Leistungen	481.416	518.063	539.327
22 -	Aufwendungen für interne Leistungen	4.008.695-	4.834.315-	4.975.979-
23 -	kalkulatorische Kosten	6.320-	7.200-	4.000-
24 =	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	3.533.600-	4.323.452-	4.440.652-
25 =	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	397.858	1.127.141-	1.294.542-

THH4 Umwelt und Technik
4_2 Straßenverkehrsamt

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	11.035.521	11.106.500	11.495.000	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	6.743.840-	7.768.689-	8.199.590-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	4.291.681	3.337.811	3.295.410	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	288.711-	3.300-	6.000-	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	288.711-	3.300-	6.000-	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	288.711-	3.300-	6.000-	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	4.002.971	3.334.511	3.289.410	0

Erläuterungen:

Im Budget 4.2 werden für das Haushaltsjahr 2026 Erträge in Höhe von 11,5 Mio. € erwartet.

Die Gebühren für die Zulassung und Abmeldung von Fahrzeugen stellen mit 4,3 Mio. € weiterhin den höchsten Anteil an den Erträgen dar. Obwohl in den beiden letzten Jahren davon ausgegangen wurde, dass das preiswertere Online-Verfahren i-Kfz zur Fahrzeugzulassung vermehrt genutzt wird, bleibt der herkömmliche Anmeldeweg vor Ort weiterhin bevorzugt. Diese Entwicklung wurde in die Planung einbezogen, sodass eine Steigerung von 0,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr erwartet wird. Bei den Gebühren im Bereich Fahrerlaubnisse wird aufgrund des schleppenden Pflichtumtausches der seit 1999 unbefristet ausgestellten Kartenführerscheine von 1,8 Mio. € ausgegangen (Vorjahr 2,1 Mio. €). Die sonstigen Gebühren erhöhen sich im Vergleich zum Planungsjahr 2025 um 0,2 Mio. € auf insgesamt 1,0 Mio. €, bedingt durch eine zunehmende Zahl an Zwangsstillelegungen von Fahrzeugen zur Sicherstellung der Verkehrssicherheit und des Versicherungsschutzes gegen den Fahrzeughalter.

Die Gebühren teilen sich auf die einzelnen Bereiche des Budgets wie folgt auf:

	Ansatz 2025 in €	Ansatz 2026 in €
1. Gebühren Zulassung und Abmeldung		
1.1 Sinsheim	680.000	850.000
1.2 Weinheim	1.250.000	1.230.000
1.3 Wiesloch	1.200.000	1.350.000
1.4 Zentraler Händlerservice	400.000	850.000
Summe 1	3.930.000	4.280.000
2. Gebühren Fahrerlaubnisse		
2.1 Sinsheim	440.000	420.000
2.2 Weinheim	460.000	425.000
2.3 Wiesloch	1.140.000	950.000
2.4 Fahrlehrer/Fahrschulen	30.000	30.000
Summe 2	2.070.000	1.825.000
3. Sonstige Gebühren		
3.1 Verkehrsrechtliche Genehmigungen	390.000	390.000
3.2 Güterbeförderung	40.000	40.000
3.3 Zwangsvollstreckungsmaßnahmen	400.000	550.000
3.4 Fahrtenbücher	4.000	2.000
3.5 Zentrale Information	30.000	50.000
Summe 3	864.000	1.032.000
Summe Verkehrswesen	6.864.000	7.137.000

Bei den Bußgeldern (stationäre und mobile Geschwindigkeitsmessenanlagen) sind 4,4 Mio. € eingeplant. Auf Grund der Festlegung von Geschwindigkeitsbeschränkungen von 50 km/h auf 30 km/h an bestehenden stationären Anlagen wird gegenüber dem Vorjahr eine Steigerung von 0,1 Mio. € erwartet.

An ordentlichen Aufwendungen sind rd. 8,3 Mio. € eingeplant. Die Erhöhung von 0,4 Mio. € gegenüber dem Vorjahr beruht auf gestiegenen Personalaufwendungen (380 T€) sowie höheren Sonstigen ordentlichen Aufwendungen (40 T€). So sind bei den zuletzt genannten Aufwendungen für die Nutzung der EDV-Verfahren infolge von Preiserhöhungen eines Verfahransbieters höhere Erstattungen an den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik zu leisten.

Finanzhaushalt:

Für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen sind Auszahlungen von rd. 6 T€ eingeplant (Zubehör für Geschwindigkeitsmessung).

THH4
Umwelt und Technik
4_3
Amt für Gewerbeaufsicht und Umweltschutz
Budgetverantwortung: Frau B. Monsler
Produktbereich: 12 Sicherheit und Ordnung
Produktgruppe:
Produkte:

12.20 Ordnungswesen

1220030142 Sprengstoffrecht

Produktbereich: 52 Bauen und Wohnen
Produktgruppe:
Produkte:

52.10 Bauordnung

5210100142 Schornsteinfegerwesen

Produktbereich: 56 Umweltschutz
Produktgruppen:
Produkte:

56.10 Umweltschutzmaßnahmen

5610040142 Abfallrecht

5610050142 Immissionsschutzrechtliche Maßnahmen

56.20 Arbeitsschutz

5620010142 Technischer Arbeitsschutz

5620020142 Sozialer und organisatorischer Arbeitsschutz

Produktgruppe: 12.20 Ordnungswesen
1220030142 Sprengstoffrecht

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde

Auftragsgrundlage: SprengG

Genehmigungen zur Errichtung und zum Betrieb sowie zur wesentlichen Änderung von Sprengstofflagern nach § 17 SprengG, Maßnahmen zur Reduktion der potentiellen Gefahr, die durch die Existenz oder den Einsatz von Sprengstoffen für Dritte besteht

Produktgruppe: 52.10 Bauordnung
5210100142 Schornsteinfegerwesen

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde

Auftragsgrundlage: SchfHwG

Bestellung zum Bezirksschornsteinfegermeister (BSFM) nach § 10 Abs. 1 u. 3 SchfHwG; Aufhebung der Bestellung nach § 12 SchfHwG; Aufsichtsmaßnahmen nach § 21 Abs. 3 SchfHwG

Maßnahmen gegenüber dem Grundstückseigentümer / Anlagenbetreiber

- Beitreibung rückständiger Gebühren / Leistungsbescheid;
- Zutrittsverweigerung / Duldungsverfügung;
- Verfügung zur Mängelbeseitigung

Produktgruppe: 56.10 Umweltschutzmaßnahmen**5610040142 Abfallrecht**

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: KrWG; LKreiWiG sowie aufgrund dieser Gesetze erlassene Verordnungen

Anordnungen und sonstige Entscheidungen zur Durchführung des Kreislaufwirtschaftsgesetzes, des Landes-Kreislaufwirtschaftsgesetzes und der aufgrund dieses Gesetzes erlassenen Rechtsverordnungen; Plangenehmigung von Deponien, Zulassung des vorzeitigen Beginns; Maßnahmen zur Sammlung und Beförderung nach §§ 18 Abs. 2, 53, 54 KrWG Stellungnahmen zu förmlichen und nicht förmlichen Zulassungsverfahren anderer Träger (ausschließlich Belange des Abfallrechts)

5610050142 Immissionsschutzrechtliche Maßnahmen

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: BImSchG sowie aufgrund dieses Gesetzes erlassene Verordnungen und Verwaltungsvorschriften, EEG, TEHG

Genehmigung zur Errichtung, zum Betrieb und zur Änderung von Anlagen nach §§ 4, 8, 16 BImSchG; Genehmigungen für Steinbrüche; Zulassung des vorzeitigen Beginns nach § 8a BImSchG; Anzeigeverfahren nach § 15 BImSchG; Anordnungen nach § 17 BImSchG; fachtechnische und rechtliche Bearbeitung von Beschwerden; Bescheinigungen gem. § 27 Abs. 5 bzw. § 66 Abs. 1 4a EEG (2009); Genehmigung nach § 4 Abs. 1 TEHG

Produktgruppe: 56.20 Arbeitsschutz**5620010142 Technischer Arbeitsschutz**

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: ArbStättV; ÜAnIG; BetrSichV; ChemG; GefStoffV

Erlaubnis zu Montage, Installation, Betrieb, wesentlichen Veränderungen und Änderungen der Bauart oder Betriebsweise von Anlagen nach § 18 BetrSichV; Anordnungen nach § 27 Abs. 5 ÜAnIG; Verlangen einer sicherheitstechnischen Beurteilung und deren Vorlage nach § 19 Abs. 2 Satz 1 BetrSichV; Stellungnahmen zu förmlichen und nicht förmlichen Zulassungsverfahren anderer Träger (einschließlich Belange des Immissionsschutzes und des Abfallrechts); Anordnungen nach § 23 Abs. 1 und 1 a ChemG; Ausnahmen nach § 3 Abs. 3a ArbStättV; Maßnahmen nach § 19 GefStoffV

5620020142 Sozialer und organisatorischer Arbeitsschutz

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: JArbSchG; FpersG; LadÖG

Bewilligungen nach §§ 7 Abs. 5, 13 Abs. 3 Nr. 2, 15 Abs. 1 und 2 ArbZeitG; Feststellungen, Bewilligungen nach §§ 13 Abs. 3 Nr. 1 und 2, 15 Abs. 2 ArbZeitG; Anordnungen gemäß § 17 Abs. 2 ArbZeitG; Bewilligungen gemäß § 14 Abs. 6 und 7 JgdArbSchG; Bewilligungen gemäß §§ 6 Abs. 1, 27 Abs. 1,2 und 3 JgdArbSchG; Anordnungen nach § 4 Abs. 1 FpersG; Bewilligungen nach § 17 Abs. 8 LadÖG

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Gesamtkosten je Einwohner/-in im Bereich „Abfallrecht“	0,62 €	0,68 €	0,79 €
Gesamtkosten je Einwohner/-in im Bereich „Schornsteinfegerwesen“	0,20 €	0,22 €	0,25 €
Gesamtkosten je Betrieb im Bereich „Immissionsschutzrechtliche Maßnahmen“	26,64 €	30,28 €	35,53 €
Gesamtkosten je Beschäftigte/-r im Bereich „Technischer Arbeitsschutz“	2,75 €	3,01 €	2,11 €
Gesamtkosten je Beschäftigte/-r im Bereich „Sozialer und organisatorischer Arbeitsschutz“	3,95 €	4,30 €	2,98 €
Anzahl der Verfahren im Bereich "Abfallrecht"	25	40	35
Anzahl der Verfahren im Bereich "Schornsteinfegerwesen"	113	130	150
Anzahl der Verfahren im Bereich "Immissionsschutzrechtliche Maßnahmen"	23	25	25
Anzahl der Verfahren im Bereich "Technischer Arbeitsschutz"	5	150	80
Anzahl der Verfahren im Bereich "Sozialer und organisatorischer Arbeitsschutz"	346	350	350
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	16,63	16,63	17,63
Beschäftigte	5,75	5,75	4,75

THH4

Umwelt und Technik

4_3

Amt für Gewerbeaufsicht und Umweltschutz

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	275.549	219.500	222.500
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.107-	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	273.442	219.500	222.500
12	-	Personalaufwendungen	1.719.176-	1.838.353-	1.905.192-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	7.155-	7.500-	7.500-
15	-	Abschreibungen	7.881-	5.400-	4.900-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	40.103-	35.515-	34.420-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	1.774.315-	1.886.768-	1.952.012-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.500.873-	1.667.268-	1.729.512-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	31.051	35.100	35.000
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	528.459-	616.395-	627.859-
23	-	kalkulatorische Kosten	232-	100-	100-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	497.641-	581.395-	592.959-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.998.514-	2.248.663-	2.322.471-

THH4
Umwelt und Technik
4_3
Amt für Gewerbeaufsicht und Umweltschutz

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	199.928	219.500	222.500	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	1.757.197-	1.881.368-	1.947.112-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.557.268-	1.661.868-	1.724.612-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	1.557.268-	1.661.868-	1.724.612-	0

Erläuterungen:

Bei den Zuweisungen, Zuwendungen und Umlagen werden Erträge von insgesamt 223 T€ (+3 T€) veranschlagt. Hierbei handelt es sich um Gebührenerträge von 110 T€ (-2 T€) nach dem Kreislaufwirtschaftsgesetz für Genehmigungen und Erlaubnisse für das Befördern von Abfällen durch Dritte (z.B. Altreifen, Elektroschrott etc.). Des Weiteren werden, insbesondere für Verfahren nach dem Fahrpersonalrecht, Bußgelder in Höhe von 105 T€ (+5 T€) erwartet. Bei den Zwangsgeldern, die seit dem 01.01.2025 direkt in den jeweiligen Budgets gebucht werden, sind erneut ca. 8 T€ eingeplant.

Die ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich um 0,1 Mio. € auf rd. 2,0 Mio. €. Hauptverantwortlich hierfür sind höhere Personalaufwendungen mit insgesamt 1,9 Mio. €.

THH4	Umwelt und Technik
4_4	Wasserrechtsamt

Budgetverantwortung: Herr Dr. M. Schuster**Produktbereich: 55 Natur- und Landschaftspflege**

Produktgruppe:	Produkte:
55.20 Wasserrechtliche Maßnahmen	5520020143 Wasserrechtliche Maßnahmen

Produktbereich: 56 Umweltschutz

Produktgruppe:	Produkte:
56.10 Umweltschutzmaßnahmen	5610010143 Altlasten
	5610010243 Technische Erkundungen
	5610020143 Sonstige bodenschutzrechtliche Maßnahmen

Produktgruppe: 55.20 Wasserrechtliche Maßnahmen**5520020143 Wasserrechtliche Maßnahmen**

Auftragstyp:	Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage:	WHG; WG Baden-Württemberg

Das Produkt Wasserrechtliche Maßnahmen umfasst hauptsächlich die Durchführung der wasserrechtlichen Gestattungsverfahren. Dabei handelt es sich in der Regel um

- Planfeststellungsverfahren
- Plangenehmigungsverfahren
- Erlaubnisverfahren
- Genehmigungsverfahren

Die Durchführung der wasserrechtlichen Verfahren beinhaltet dabei auch die fachtechnische Beurteilung durch die Fachreferate 43.01, 43.02 und 43.03. Zu den wasserrechtlichen / wasserwirtschaftlichen Maßnahmen zählen u. a. aber auch die Gewässer- aufsicht sowie die Überwachung der kommunalen und industriellen Kläranlagen und der Umgang mit wassergefährdenden Stoffen.

Produktgruppe: 56.10 Umweltschutzmaßnahmen**5610010143 Altlasten**

Auftragstyp:	Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage:	BBodSchG; LBodSchAG

Das Produkt Altlasten umfasst die technische und verwaltungsrechtliche Abarbeitung der Grundwasserschadensfälle sowie der Altlasten. Die Tätigkeit reicht von der Auswertung und Beurteilung von Untersuchungs- und Erkundungsmaßnahmen über die Bewertung und Prüfung von Sanierungsmaßnahmen bis hin zur verwaltungsrechtlichen Durchsetzung.

5610010243 Technische Erkundungen

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: BBodSchG; LBodSchAG

Mit den technischen Erkundungen kommt der Rhein-Neckar-Kreis den gesetzlichen Aufgaben aus § 9 Abs. 1 Landesbodenschutz- und Altlastengesetz und § 9 Abs. 1 Satz 1 Bundesbodenschutzgesetz nach. Danach sind die Bodenschutz- und Altlastenbehörden zunächst einmal verpflichtet, altlastenverdächtige Flächen, schädliche Bodenveränderungen und Altlasten in einem Bodenschutz- und Altlastenkataster zu erfassen. Aufgrund dieser Erfassung sind die Bodenschutz- und Altlastenbehörden gehalten, geeignete Maßnahmen zur endgültigen Ermittlung des Sachverhaltes zu ergreifen. Dies bedeutet, dass die zuständigen Behörden eigene Erkundungsmaßnahmen auf den Verdachtsflächen durchführen.

5610020143 Sonstige bodenschutzrechtliche Maßnahmen

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: BBodSchG; LBodSchAG

Unter diesem Produkt sind hauptsächlich Stellungnahmen zum Schutz des Bodens sowie zur Erhaltung der natürlichen Bodenfunktion gemeint. Hierbei besteht die Verpflichtung, Eingriffe in den Naturhaushalt und damit auch in das Schutzgut Boden zu vermeiden, auszugleichen oder zu ersetzen. In der Regel werden Stellungnahmen zum Schutzgut Boden im Rahmen der Bauleitplanung erstellt, die darauf abzielen, den Boden als natürliche Lebensgrundlage und Lebensraum für Menschen, Tiere und Pflanzen sowie für Bodenorganismen zu erhalten bzw. Eingriffe in den Boden entsprechend auszugleichen.

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Gesamtkosten im Bereich „Wasserrechtlicher Maßnahmen“ je Einwohner/-in	3,90 €	4,04 €	4,41 €
Gesamtkosten im Bereich „Altlasten“ je Einwohner/-in (einschließlich Technischer Erkundungen)	1,27 €	1,23 €	1,27 €
Anzahl förmlicher Verfahren im Bereich „Wasserrechtlicher Maßnahmen“	35	36	32
Anzahl der Rechtsmittel-/ Klageverfahren im Bereich "Wasserrechtliche Maßnahmen"	9	3	5
Anzahl von Stellungnahmen zu bauordnungsrechtlichen und bauplanungsrechtlichen Verfahren	507	400	510

Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	13,50	13,50	13,50
Beschäftigte	11,90	11,90	11,90

THH4 Umwelt und Technik
4_4 Wasserrechtsamt

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	256.576	154.000	157.000
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	17.292	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	273.868	154.000	157.000
12	-	Personalaufwendungen	2.101.595-	2.225.105-	2.328.018-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	11.794-	7.000-	5.500-
15	-	Abschreibungen	5.726-	3.200-	3.000-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	172.509-	134.550-	173.060-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.291.624-	2.369.855-	2.509.578-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	2.017.756-	2.215.855-	2.352.578-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	23.265	23.000	10.000
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	718.224-	773.313-	814.015-
23	-	kalkulatorische Kosten	116-	100-	0
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	695.075-	750.413-	804.015-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	2.712.831-	2.966.269-	3.156.593-

THH4 Umwelt und Technik
4_4 Wasserrechtsamt

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	277.428	154.000	157.000	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.224.457-	2.366.655-	2.506.578-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.947.029-	2.212.655-	2.349.578-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	6.800-	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	6.800-	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	6.800-	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	1.947.029-	2.212.655-	2.356.378-	0

Erläuterungen:

Die ordentlichen Erträge basieren auf Zuweisungen und Zuwendungen, die hauptsächlich von Gebührenerträgen in Höhe von 140 T€ (-10 T€) geprägt werden. Bei den zu erwartenden Zwangsgeldern, die seit dem 01.01.2025 direkt in den jeweiligen Budgets verbucht werden, sind im Wasserrechtsamt Erträge in Höhe von 2 T€ (-2 T€) eingeplant. Hinzu kommen ergebnisneutrale (s.u.) Zuweisungen des Landes für technische Erkundungen (Grundwasser-Monitoring Heddesheim) in Höhe von 15 T€. Die entsprechenden Aufwendungen werden bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen geplant.

Die ordentlichen Aufwendungen, die sich im Planjahr überwiegend durch Steigerungen der Personalaufwendungen um 140 T€ erhöhen, werden außerdem hauptsächlich geprägt von:

Technische Erkundungen Heddesheim

Bei dieser Erkundungsmaßnahme handelt es sich um Altlastensanierungen, bei denen der Störer nicht mehr greifbar ist. Die Sanierung wird im Wege der unmittelbaren Ausführung durchgeführt. Dies bedeutet, dass die im Jahr 2026 voraussichtlich anfallenden Kosten von insgesamt 15 T€ vom Land gemäß § 52 LKrO erstattet werden.

Die Kosten für die technischen Erkundungen in Heddesheim sind ergebnisneutral.

Technische Erkundungen allgemein

Auf Grund gesetzlicher Vorgaben ist der Rhein-Neckar-Kreis zusätzlich verpflichtet, Verdachtsflächen auf eigene Kosten technisch erkunden zu lassen. Auf das Produkt Technische Erkundungen entfallen 2026 Aufwendungen in Höhe von 125 T€ (+25 T€). Die Erhöhung des Ansatzes ist auf zusätzlichen Maßnahmen in Weinheim zur Gefahrenerforschung auf altlastenverdächtigen Flächen im Hinblick auf PFAS (Per- und polyfluorierte Alkylsubstanzen) in Böden zurückzuführen.

THH4	Umwelt und Technik
4_5	Amt für Straßen- und Radwegebau

Budgetverantwortung: Herr M. Fuchs
Produktbereich: 54 Verkehrsflächen und -anlagen

Produktgruppen:	Produkte:	
54.20 Kreisstraßen	5420010144	Betrieb und Unterhaltung von Kreisstraßen (Gemeinschaftsaufwand)
	5420010244	Bereitstellung (Bau) von Kreisstraßen
	5420010344	Betrieb und Unterhaltung von Kreisstraßen (Direktaufwand)
54.30 Landesstraßen	5430010144	Betrieb und Unterhaltung von Landesstraßen (Gemeinschaftsaufwand)
	5430010244	Betrieb und Unterhaltung Landesstraßen (Direktaufwand)
54.40 Bundesstraßen	5440010144	Betrieb und Unterhaltung von Bundesstraßen (Gemeinschaftsaufwand)
54.50 Straßenreinigung und Winterdienst	5450010144	Straßenreinigung von Kreisstraßen (Gemeinschaftsaufwand)
	5450010244	Straßenreinigung von Landesstraßen (Gemeinschaftsaufwand)
	5450010344	Straßenreinigung von Bundesstraßen (Gemeinschaftsaufwand)
	5450020144	Winterdienst von Kreisstraßen (Gemeinschaftsaufwand)
	5450020244	Winterdienst von Landesstraßen (Gemeinschaftsaufwand)
	5450020344	Winterdienst von Bundesstraßen (Gemeinschaftsaufwand)

Produktgruppe: 54.20 Kreisstraßen

Der Rhein-Neckar-Kreis ist Eigentümer und Straßenbaulastträger der Kreisstraßen im Rhein-Neckar-Kreis. Aus diesen Eigenschaften ist das Amt für Straßen- und Radwegebau in diesem Bereich als kommunale Straßenbaubehörde tätig. Die Straßenbaulast umfasst nach dem Straßengesetz für Baden-Württemberg alle mit dem Bau und der Unterhaltung der Straßen zusammenhängenden Aufgaben. Demnach hat der Landkreis nach seiner Leistungsfähigkeit die Straßen in einem dem regelmäßigen Verkehrsbedürfnis genügenden und den allgemeinen Regeln des Straßenbaus entsprechenden Zustand zu bauen, zu unterhalten, zu erweitern oder sonst zu verbessern. Der Landkreis ist somit für die sichere, leistungsfähige, umweltverträgliche und wirtschaftliche Schaffung, Erhaltung sowie die Unterhaltung und den Betrieb der Kreisstraßeninfrastruktur verantwortlich.

5420010144 Betrieb und Unterhaltung von Kreisstraßen (Gemeinschaftsaufwand)

Auftragstyp:	Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage:	StrG-BW

Das Produkt umfasst die betriebliche Unterhaltung sowie kleinflächige Instandsetzungs- bzw. Ausbesserungsarbeiten an den Kreisstraßen. Dies sind insbesondere Arbeiten wie die Beseitigung von verkehrsgefährdenden Schäden an befestigten Flächen, Instandhaltung und Reinigung von Entwässerungseinrichtungen, Straßenausstattung und Ingenieurbauwerken. Weiter fallen darunter die Wartung und Instandhaltung von Verkehrsausstattungen wie z. B. Verkehrszeichen, Leit- und Schutzeinrichtungen sowie die Bereitstellung und Unterhaltung von Grünflächen an Kreisstraßen, insbesondere das Mähen und die Unterhaltungspflege an Gehölzen.

5420010244 Bereitstellung (Bau) von Kreisstraßen

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: StrG-BW

Das Produkt umfasst die Leistungen des Amtes für Straßen- und Radwegebau für die Planung und den Bau von Kreisstraßen. Dazu zählen insbesondere Grunderwerb, vorbereitende Untersuchungen, Erstellung von Planunterlagen, Durchführung des Ausschreibungsverfahrens, Bauleitung und Bauaufsicht für die Projekte sowie die Abrechnung der Maßnahmen und die Anforderung von Fremdmitteln. Die finanziellen Mittel zur Durchführung der Aufgaben werden vom Kreishaushalt im Rahmen des Finanzhaushaltes zur Verfügung gestellt, soweit keine Zuschüsse vom Land bzw. von Dritten erlangt werden können. Die Umsetzung dieser Aufgaben erfolgt soweit als möglich mit eigenem Personal, darüber hinaus durch die Beauftragung von Ingenieurbüros.

5420010344 Betrieb und Unterhaltung von Kreisstraßen (Direktaufwand)

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: StrG-BW

Das Produkt umfasst die den Kreisstraßen direkt zuordenbaren Aufwendungen für Instandhaltung und bauliche Unterhaltung. Insbesondere fallen hierunter die Beseitigung von verkehrsgefährdenden Schäden an befestigten Flächen, die Instandhaltung und Reinigung von Entwässerungsanlagen/ -einrichtungen sowie die Instandhaltung von Straßenflächen und Ingenieurbauwerken (Stützmauern, Tunnel etc.). Ebenfalls sind hierzu kleinflächige Bau- und Erhaltungsmaßnahmen zu rechnen. Weiter fallen darunter die Bereitstellung und der Betrieb von Verkehrsausstattungen wie Signalanlagen, Verkehrszeichen und Verkehrslenk- und Leitsystemen. Daneben umfasst das Produkt die Bereitstellung von Grünflächen und die Gehölzpflege in größerem Umfang.

Produktgruppe: 54.30 Landesstraßen

5430010144 Betrieb und Unterhaltung von Landesstraßen (Gemeinschaftsaufwand)

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörden
Auftragsgrundlage: StrG-BW

Bei der Unterhaltung der Landesstraßen in der Baulast des Landes erfüllt das Amt für Straßen- und Radwegebau in seiner Funktion als untere Verwaltungsbehörde staatliche Aufgaben. Die Produktbeschreibungen dieses Produktes entsprechen nach sinngemäßer Anwendung denen des Produktes 5420010144 Betrieb und Unterhaltung von Kreisstraßen (Gemeinschaftsaufwand) der Produktgruppe 54.20 Kreisstraßen.

5430010244 Betrieb und Unterhaltung von Landesstraßen (Direktaufwand)

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörden
Auftragsgrundlage: StrG-BW

Das Produkt umfasst die den Landesstraßen direkt zuordenbaren Aufwendungen für Instandhaltung und bauliche Unterhaltung. Die Produktbeschreibungen entsprechen nach sinngemäßer Anwendung denen des Produktes 5420010344 Betrieb und Unterhaltung von Kreisstraßen (Direktaufwand) der Produktgruppe 54.20 Kreisstraßen. Darüber hinaus ist für Erhaltungsmaßnahmen (Deckenerneuerungen) ebenso wie für den Neu-, Um- und Ausbau der Landesstraßen das Regierungspräsidium Karlsruhe zuständig. Erhaltungsmaßnahmen kleineren Umfangs werden in Abhängigkeit von den zur Bewirtschaftung durch die Landesverwaltung zugewiesenen Mitteln durch das Amt für Straßen- und Radwegebau durchgeführt.

Produktgruppe: 54.40 Bundesstraßen**5440010144 Betrieb und Unterhaltung von Bundesstraßen (Gemeinschaftsaufwand)**

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörden
Auftragsgrundlage: StrG-BW

Das Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis erfüllt als untere Verwaltungsbehörde für die Bundesstraßen in der Baulast der Bundesrepublik Deutschland staatliche Aufgaben. Diese umfassen nach dem Bundesfernstraßengesetz und dem Straßengesetz für Baden-Württemberg vollumfänglich die Aufgaben der betrieblichen Unterhaltung und Ausbesserungsarbeiten im Wege kleinflächiger Instandsetzungsarbeiten zur baulichen Unterhaltung.

Die weiteren Produktbeschreibungen dieses Produktes entsprechen nach sinngemäßer Anwendung denen des Produktes 5420010244 Betrieb und Unterhaltung von Landesstraßen (Direktaufwand) der Produktgruppe 54.20 Kreisstraßen. Darüber hinaus ist für Erhaltungsmaßnahmen (Deckenerneuerungen) ebenso wie für den Neu-, Um- und Ausbau der Bundesstraßen das Regierungspräsidium Karlsruhe zuständig. Erhaltungsmaßnahmen kleineren Umfangs werden in Abhängigkeit von den zur Bewirtschaftung durch die Landesverwaltung zugewiesenen Mitteln durch das Amt für Straßen- und Radwegebau durchgeführt.

Die Direktaufwendungen für die Bundesstraßen werden im Bundeshaushalt abgebildet und vom Amt für Straßen- und Radwegebau direkt aus der Bundeskasse bewirtschaftet.

Produktgruppe: 54.50 Straßenreinigung und Winterdienst**5450010144-344 Straßenreinigung von Kreisstraßen/Landesstraßen/Bundesstraßen (Gemeinschaftsaufwand)**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: StrG-BW

Das Produkt Straßenreinigung umfasst als Teil des Gemeinschaftsaufwandes die manuelle und maschinelle Beseitigung von Schmutz, Abfall und Wildwuchs nach eigenverantwortlich erstellten Reinigungsplänen angepasst an die örtlichen Gegebenheiten auf allen Verkehrsflächen, Geh- und Radwegen sowie öffentlichen Verkehrsflächen. Hierunter fallen u. a. die manuelle und maschinelle Beseitigung von Laub, Ölspurbeseitigungen und das Reinigen und Kehren der Verkehrsflächen.

5450020144-344 Winterdienst von Kreisstraßen/Landesstraßen/Bundesstraßen (Gemeinschaftsaufwand)

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: StrG-BW

Das Produkt umfasst als Teil des Gemeinschaftsaufwandes das manuelle und maschinelle Räumen und Streuen von Fahrbahnen, Geh- und Radwegen sowie sonstigen öffentlichen Verkehrsflächen nach eigenverantwortlich erstellten Winterdienstplänen.

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Kilometer-Straßennetz (Bund, Land, Kreis) gesamt	866,7 km	865,8 km	864,3 km
davon Kreisstraßen	339,8 km	339,7 km	337,4 km
davon Landesstraßen	330,0 km	329,4 km	330,0 km
davon Bundesstraßen	196,6 km	196,7 km	196,9 km
Anzahl betreuter Lichtsignalanlagen	275	275	274
davon Kreisstraßen	54	54	53
davon Landesstraßen	111	111	111
davon Bundesstraßen	110	110	110
Anzahl zu unterhaltender Ingenieurbauwerke gesamt	1.178	1.178	1.131
davon Kreisstraßen	335	335	305
davon Landesstraßen	483	483	486
davon Bundesstraßen	360	360	340
Anzahl betreuter Projekte im Kreisstraßenbau	13	14	16
Finanzvolumen (netto) dieser Projekte im Jahr	2,5 Mio. €	8,2 Mio. €	5,5 Mio. € ¹⁵
Unterhaltungskosten je Kilometer Straße (Gemeinschaftsaufwand)			
- Kreisstraßen	5.736 €	7.276 €	7.999 €
- Landesstraßen	7.306 €	9.351 €	10.277 €
- Bundesstraßen	11.347 €	12.705 €	15.275 €
Unterhaltungskosten je Kilometer Straße (Direktaufwand)			
- Kreisstraßen	5.815 €	7.568 €	5.894 €
- Landesstraßen	5.327 €	4.946 €	5.499 €
- Bundesstraßen	12.118 €	9.580 €	11.643 €
Radkilometer (Radwege bzw. kombinierte Geh- und Radwege) an			
- Kreisstraßen	58,4 km	58,4 km	58,2 km
- Landesstraßen	44,7 km	44,7 km	44,7 km
- Bundesstraßen	39,9 km	39,9 km	39,9 km
Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	16,50	16,50	16,50
Beschäftigte	90,18	90,04	90,04

¹⁵ vgl. Investitionsprogramm

THH4	Umwelt und Technik
4_5	Amt für Straßen- und Radwegebau

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR 1	Ansatz 2025 EUR 2	Ansatz 2026 EUR 3
1 +	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2 +	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	3.085.490	3.086.400	3.077.700
3 +	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	2.381.260	2.294.200	1.856.400
4 +	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5 +	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	676	800	10.800
6 +	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	455.471	214.700	212.700
7 +	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	8.211.168	5.951.800	6.397.300
8 +	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9 +	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	120.948	116.100	279.700
10 +	Sonstige ordentliche Erträge	8.245.336	155.000	190.500
11 =	Anteilige ordentliche Erträge	22.500.349	11.819.000	12.025.100
12 -	Personalaufwendungen	7.073.672-	8.188.402-	8.712.724-
13 -	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14 -	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	6.506.708-	5.346.900-	5.123.500-
15 -	Abschreibungen	5.463.805-	4.474.700-	5.000.500-
16 -	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17 -	Transferaufwendungen	0	0	0
18 -	Sonstige ordentliche Aufwendungen	2.720.539-	1.261.360-	1.565.130-
19 =	Anteilige ordentliche Aufwendungen	21.764.723-	19.271.362-	20.401.854-
20 =	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	735.626	7.452.362-	8.376.754-
21 +	Erträge aus internen Leistungen	325.851	284.500	479.100
22 -	Aufwendungen für interne Leistungen	1.574.709-	1.725.768-	2.102.792-
23 -	kalkulatorische Kosten	834.695-	685.200-	675.000-
24 =	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	2.083.552-	2.126.468-	2.298.692-
25 =	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.347.926-	9.578.830-	10.675.445-

THH4
Umwelt und Technik
4_5
Amt für Straßen- und Radwegebau

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	10.131.845	9.392.700	9.876.500	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	15.039.693-	14.796.662-	15.401.354-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	4.907.847-	5.403.962-	5.524.854-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	3.010.051	871.300	1.094.000	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	110.242	15.000	10.000	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	3.120.293	886.300	1.104.000	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	40.166-	60.000-	287.000-	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	2.490.417-	2.769.400-	6.364.200-	2.250.000-
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	701.581-	535.000-	535.000-	500.000-
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	2.975-	0	3.000-	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	3.235.138-	3.364.400-	7.189.200-	2.750.000-
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	114.846-	2.478.100-	6.085.200-	2.750.000-
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	5.022.693-	7.882.062-	11.610.054-	2.750.000-

Erläuterungen:

Im Haushaltsjahr 2026 wird für das Budget 4.5 mit einem ordentlichen Ergebnis in Höhe von -8,4 Mio. € gerechnet.

Die ordentlichen Erträge belaufen sich auf rd. 12,0 Mio. €.

Einen wesentlichen Anteil hieran haben die Zuweisungen, Zuwendungen und Umlagen sowie die aufgelösten Investitionszuweisungen in Höhe von zusammen 4,9 Mio. €. Dabei entfallen auf Zuweisungen des Landes für die Straßenunterhaltung 3,1 Mio. € und auf Erträge aus der Auflösung von empfangenen Zuweisungen 1,8 Mio. €.

Bei den Kostenerstattungen und -umlagen (rd. 6,4 Mio. €) entfallen 2,3 Mio. € auf Erstattungen vom Land und 2,2 Mio. € auf Erstattungen vom Bund für die Unterhaltung von Straßen. Die übrigen Erstattungen von rd. 1,9 Mio. € bestehen überwiegend aus Erstattungen des Landes für Direktaufwand Unterhaltung und Erhaltung, Zusatzmittel für Erhaltungsmaßnahmen sowie Erstattungen von übrigen Bereichen.

Die aktivierten Eigenleistungen werden innerhalb des Amtes für Straßen- und Radwegebau erbracht und sind nicht zahlungswirksam. Veranschlagt werden sie bei der jeweiligen Investitionsmaßnahme und stellen im Ergebnishaushalt einen Ertrag in gleicher Höhe dar. Sie sind von der Höhe der Ansätze der einzelnen Maßnahmen im Haushaltsjahr abhängig und variieren im Hinblick auf die jeweilige Maßnahme. Für das Jahr 2026 belaufen sich die aktivierten Eigenleistungen auf insgesamt 0,3 Mio. €.

Weitere Erträge sind bei den privatrechtlichen Leistungsentgelten (0,2 Mio. €) und sonstigen ordentlichen Erträgen (0,2 Mio. €) einschließlich der Auflösung sonstiger Sonderposten veranschlagt.

An ordentlichen Aufwendungen sind rd. 20,4 Mio. € für 2026 eingeplant.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen wird mit 5,1 Mio. € gerechnet. Sie setzen sich insbesondere zusammen aus Aufwendungen für die Unterhaltung und Erhaltung der Straßen in Höhe von 3,5 Mio. €, aus der Haltung von Fahrzeugen und den Mietkosten für Winterdienstfahrzeuge in Höhe von 0,9 Mio. €, sowie aus den besonderen Aufwendungen für Beschäftigte von 0,1 Mio. €.

Der Ansatz für die planmäßigen Abschreibungen beläuft sich auf 5,0 Mio. €.

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen (1,6 Mio. €) werden hauptsächlich Erstattungen an sonstige Bereiche (0,3 Mio. €) sowie Erstattungen an den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik (1,2 Mio. €) veranschlagt. Die Erstattungen an den Eigenbetrieb beinhalten überwiegend Kosten für die Miete und die Bewirtschaftung der Straßenmeistereien. Gegenüber dem Vorjahr haben sich diese aufgrund einer Neukalkulation um rd. 0,2 Mio. € erhöht.

Gemeinschaftsaufwand/Direktaufwand

In Baden-Württemberg wurde im Hinblick auf einen effizienteren Einsatz des Personals sowie der Fahrzeuge und Geräte die gemeinsame Unterhaltung der Bundes-, Landes- und Kreisstraßen vereinbart. Zur Straßenunterhaltung gehören die Streckenwartung, der eigentliche Unterhaltungsdienst, der Winterdienst sowie die hierfür erforderlichen Einrichtungen, Fahrzeuge und Geräte, deren Betrieb und Unterhaltung und alle dazu erforderlichen Personal- und Sachkosten. Die Arbeiten hierfür werden im operativen Geschäft von den Straßenmeistereien Neckarbischofsheim mit dem Stützpunkt Eberbach und Wiesloch mit dem Stützpunkt Weinheim wahrgenommen.

Die Straßenunterhaltungskosten sind in Direktaufwand und Gemeinschaftsaufwand unterteilt. Der Direktaufwand (z.B. Stromkosten für eine bestimmte Lichtsignalanlage, Umrüstung von Schutzplanken) kann dem betreffenden Straßenbaulastträger direkt zugeordnet werden und wird deshalb direkt auf dem entsprechenden Produkt verbucht. Der Gemeinschaftsaufwand (z. B. Treibstoff, Salz, Reparaturkosten für Fahrzeuge, sämtliche Personalkosten des Straßenbetriebsdienstes) ist dagegen nur sehr schwer oder überhaupt nicht dem einzelnen Straßenbaulastträger zuzuordnen. Diese Aufwendungen werden deshalb zunächst im Kreishaushalt beim Gemeinschaftsaufwand bestritten. Die Aufteilung dieser Kosten und der damit verbundene Ausgleich durch die einzelnen Straßenbaulastträger erfolgt nach dem Lohnstundenschlüssel (Anzahl der auf die einzelnen Straßengattungen geleisteten Arbeitsstunden).

Innerhalb des Gesamtbudgets 4.5 des Straßenbauamtes sind für den **Gemeinschaftsaufwand** folgende Erträge und Aufwendungen geplant:

<u>Erträge:</u>	<u>2025</u>	<u>2026</u>
Erstattungen vom Bund	2.106.800 €	2.076.600 €
Erstattungen vom Land	1.993.500 €	2.355.300 €
Zuweisungen Land nach § 25 FAG (Kilometerbeiträge)	1.789.500 €	1.801.600 €
Erstattungen von Versicherungen und Dritten	185.000 €	201.000 €
Sonstige ordentliche Erträge	100.000 €	120.000 €
Erträge aus Verkauf	17.000 €	15.000 €
Verrechnung Direktaufwand Landesstraßen	<u>164.000 €</u>	<u>195.000 €</u>
Summe Erträge	6.355.800 €	6.764.500 €

<u>Aufwendungen:</u>		
Personalaufwendungen	6.024.505 €	6.422.660 €
Unterhaltungsaufwendungen	1.455.200 €	1.319.500 €
Erstattungen an den EBVIT	666.900 €	834.200 €
Erstattungen an übrige Bereiche	<u>250.000 €</u>	<u>300.000 €</u>
Summe Aufwendungen	8.396.605 €	8.876.360 €

Die **Zuweisungen des Landes nach § 25 FAG** werden zur Deckung des laufenden Unterhaltungsaufwandes der Kreisstraßen (Gemeinschaftsaufwand und Direktaufwand Kreisstraßen) verwendet. Diese berechnen sich wie folgt:

freie Strecken	184,782 km x	7.600 €/km =	1.404.343 €
Ortsdurchfahrten	57,716 km x	9.500 €/km =	548.302 €
abgestufte Landesstraßen	86,543 km x	13.000 €/km =	<u>1.125.059 €</u>
			3.077.704 €

Die **Direktaufwendungen der Bundesstraßen** finden keinen Niederschlag im Kreishaushalt, da diese vom Amt für Straßen- und Radwegbau direkt aus Mitteln der Bundeskasse bewirtschaftet werden.

Für den **Direktaufwand der Landesstraßen** sind folgende Erträge und Aufwendungen im Gesamtbudget 4.5 enthalten:

<u>Erträge:</u>	<u>2025</u>	<u>2026</u>
Erstattungen vom Land	1.588.500 €	1.568.000 €
Erstattungen von Versicherungen und Dritten	140.000 €	145.000 €
Übrige Erstattungen und sonstige ordentliche Erträge	44.000 €	73.000 €
Benutzungsgebühren und ähnliche Entgelte	500 €	500 €
Summe Erträge	1.773.000 €	1.786.500 €
<u>Aufwendungen:</u>		
Unterhaltungsaufwendungen	1.609.000 €	1.591.500 €
Verrechnung Direktaufwand Landesstraßen	164.000 €	195.000 €
Summe Aufwendungen	1.773.000 €	1.786.500 €

Für den **Direktaufwand Kreisstraßen** beinhaltet das Gesamtbudget 4.5 folgende Erträge und Aufwendungen (vgl. Schlüsselposition Betrieb u. Unterhaltung von Kreisstraßen):

<u>Erträge:</u>	<u>2025</u>	<u>2026</u>
Zuweisungen Land FAG (Kilometerbeiträge)	1.296.900 €	1.276.100 €
Erstattungen von Versicherungen	50.000 €	44.000 €
Erstattungen von Gemeinden	40.000 €	40.000 €
Übrige Erträge (einschl. Verrechnung VKST Verwaltung)	76.330 €	85.821 €
Summe Erträge	1.463.230 €	1.445.921 €
<u>Aufwendungen:</u>		
Personalaufwand	345.102 €	344.872 €
Unterhaltungskosten d. Kreisstraßen/Brücken/Bauwerke	1.395.000 €	1.922.000 €
Sicherheits- und Deckenprogramm	500.000 €	0
Übrige Aufwendungen (einschl. Verrechnung VKST Verwaltung)	129.620 €	133.031 €
Summe Aufwendungen	2.369.722 €	2.399.903 €

Finanzhaushalt:

Im Budget 4.5 Amt für Straßen- und Radwegebau wird im Jahr 2026 mit einem Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit in Höhe von -6,1 Mio. € gerechnet. Dieser ergibt sich aus:

Einzahlungen aus Zuweisungen für Baumaßnahmen	759.000 €
Einzahlungen aus der Veräußerung von beweglichem Anlagevermögen	10.000 €
Einzahlungen aus Zuweisungen für den Erwerb von beweglichem AV	335.000 €
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	1.104.000 €
Auszahlungen für Erwerb von Grundstücken u. Gebäuden	287.000 €
Auszahlungen für Baumaßnahmen (davon inv. Deckenprogramm 1,2 Mio. €)	6.364.200 €
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem AV	538.000 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	7.189.200 €

Für das Jahr 2026 sind insgesamt 2.750.000 € an **Verpflichtungsermächtigungen** für folgende Maßnahmen im Finanzhaushalt vorgesehen:

– Erwerb von beweglichem Anlagevermögen	500.000 €
– Radwegeprogramm	1.000.000 €
– Neubau/Erneuerung Fußgängerfurten/-überwege	100.000 €
– Neubau/Erhaltung von Bauwerken (Brücken etc.)	150.000 €
– K 4178 Beseitigung Bahnübergang Meckesheim	1.000.000 €
	2.750.000 €

Die gesamten Maßnahmen des Amts für Straßen- und Radwegebau werden im Investitionsprogramm in der Anlage 9 unter Ziff. VII. aufgeführt.

Zusätzlich werden im Folgenden die Maßnahmen dargestellt, welche im Haushaltjahr 2026 geplante Ein- und Auszahlungen enthalten.

a. Grunderwerb **25.000 €**

Dieser Betrag ist zur Abwicklung diverser älterer Flurbereinigungsverfahren sowie kleinerer Vermessungsleistungen vorgesehen. Die weiteren Auszahlungen für Grunderwerb sind – sofern erforderlich – bei der jeweiligen Straßenbaumaßnahme aufgeführt.

b. Planungskosten **25.000 €**

Mittel zur grundlegenden Planung für Baumaßnahmen, deren endgültige Umsetzung noch nicht von den Gremien beschlossen wurde.

c. Maßnahmen aufgrund verkehrsrechtlicher Anordnung **25.000 €**

Sofern aufgrund der Feststellungen der Verkehrskommission (Polizei, Verkehrsbehörde, Amt für Straßen- und Radwegebau) Fußgängerüberwege, Signalanlagen, Markierungen, etc. verkehrsrechtlich angeordnet werden, sind diese entsprechend kurzfristig zur Herstellung der Verkehrssicherungspflicht umzusetzen.

d. Erneuerung diverser signalisierter Fußgängerfurten und Fußgängerüberwege **270.000 €**

In den kommenden Jahren müssen zahlreiche signalisierte Fußgängerfurten und -überwege erneuert werden, da aufgrund von zunehmender Alterung keine Ersatzteile mehr beschafft werden können. Die Erneuerung soll sukzessive und nach Dringlichkeit umgesetzt werden und dafür sind entsprechende Mittel bereitzustellen.

e. Einzelmaßnahmen

Erwerb bewegliches Anlagevermögen

Der Auszahlungsansatz für die Anschaffung von Fahrzeugen und Geräten der Straßenmeistereien beläuft sich auf 0,5 Mio. €. Der Bund beteiligt sich hieran mit rd. 0,3 Mio. €.

Neue Maßnahmen und Fortsetzungsmaßnahmen

lfd. Nr.		Investitions- maßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
		Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
			1	2	3	4	5	6	7
Radwegeprogramm Rhein-Neckar-Kreis									
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	0	0	7.000	2.583.385	536.300	759.000	0
6	=	Summe Einzahlungen	0	0	7.000	2.583.385	536.300	759.000	0
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	32.600-	25.341-	50.000-	50.000-	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	1.366.800-	775.287-	600.000-	1.062.000-	1.000.000-
13	=	Summe Auszahlungen	0	0	1.399.400-	800.628-	650.000-	1.112.000-	1.000.000-
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	1.392.400-	1.782.757	113.700-	353.000-	1.000.000-
15	-	Aktivierte Eigenleistungen	0	0	36.200-	42.882-	30.000-	50.600-	0
17	=	Saldo gesamt	0	0	1.428.600-	1.739.875	143.700-	403.600-	1.000.000-

Für 2026 sind Mittel für den Geh- und Radweg zwischen Leimen-Gauangelloch und Wiesloch-Schatthausen sowie eine pauschale Planungsrate für die Maßnahmen der zweiten Priorität der Radwegenetzkonzeption bereitgestellt.

lfd. Nr.	Investitions- maßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
Investives Deckenprogramm								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	14.300-	15.680-	170.000-	1.170.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	0	0	14.300-	15.680-	170.000-	1.170.000-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	0	0	14.300-	15.680-	170.000-	1.170.000-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	0	0	700-	800-	3.400-	83.500-	0
17	= Saldo gesamt	0	0	15.000-	16.480-	173.400-	1.253.500-	0

Im Jahr 2026 ist die grundhafte Erneuerung des Kreisverkehrsplatzes an der K 4155 (Leimen) vorgesehen. Darüber hinaus erfolgt ab 2026 eine Änderung bei der Buchungsweise von Sanierungen der Straßendeckschicht. Die Sanierung wird künftig ab einer Fläche von 250 m² investiv verbucht.

lfd. Nr.	Investitions- maßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
Erneuerung von Bauwerken (u.a. Brücken)								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	500.000	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	500.000	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.458.000-	0	0	0	0	108.000-	150.000-
13	= Summe Auszahlungen	1.458.000-	0	0	0	0	108.000-	150.000-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	958.000-	0	0	0	0	108.000-	150.000-
15	- Aktivierte Eigenleistungen	29.200-	0	0	0	0	2.200-	0
17	= Saldo gesamt	987.200-	0	0	0	0	110.200-	150.000-

Im Rahmen der regelmäßigen Bauwerkskontrollen wurde festgestellt, dass drei Brücken durch Ersatzneubauten zu ersetzen sind. Aufgrund von Synergieeffekten sollen Planung (2026/2027) und Bauausführung (2028) für die drei Neubauten zusammen vergeben werden.

lfd. Nr.	Investitions- maßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
K 4101 Entwässerung bei Mückenloch								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	300.000-	0	0	0	0	300.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	300.000-	0	0	0	0	300.000-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	300.000-	0	0	0	0	300.000-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	15.000-	0	0	0	0	15.000-	0
17	= Saldo gesamt	315.000-	0	0	0	0	315.000-	0

Die Entwässerung im Ortseingangsbereich von Neckargemünd-Mückenloch aus Richtung Lobbach-Waldwimmersbach muss neu geregelt werden, nachdem eine Anliegerin gegen die Stadt Neckargemünd und den Rhein-Neckar-Kreis Klage erhoben hat.

lfd. Nr.	Investitions- maßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
K 4143 Ersatzneubau Lärmschutzwand Brühl								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	600.000-	0	0	0	100.000-	500.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	600.000-	0	0	0	100.000-	500.000-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	600.000-	0	0	0	100.000-	500.000-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	12.000-	0	0	0	2.000-	10.000-	0
17	= Saldo gesamt	612.000-	0	0	0	102.000-	510.000-	0

Im Rahmen der regelmäßig durchgeführten Bauwerkskontrollen wurde festgestellt, dass der Lärmschutzwall einschließlich der Lärmschutzwand in der Ortsdurchfahrt Brühl nicht mehr standsicher ist und ein Neubau erforderlich wird.

lfd. Nr.	Investitions- maßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
K 4153 Vollausbau OD Sandhausen (3. BA)								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	320.000-	0	0	0	0	320.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	320.000-	0	0	0	0	320.000-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	320.000-	0	0	0	0	320.000-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	16.000-	0	0	0	0	16.000-	0
17	= Saldo gesamt	336.000-	0	0	0	0	336.000-	0

Die Gemeinde Sandhausen beabsichtigt, die Ortsdurchfahrt neu zu gestalten sowie die Ver- und Entsorgungsleitungen zu erneuern; daran muss sich der Rhein-Neckar-Kreis beteiligen.

lfd. Nr.	Investitionsmaßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächtigungsübertragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
K 4153 Ersatzneubau Rad- u. Wirtschaftswegbrücke Landgraben Sandhausen								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	50.000	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	50.000	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	310.000-	0	0	0	250.000-	60.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	310.000-	0	0	0	250.000-	60.000-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	310.000-	0	0	0	200.000-	60.000-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	15.500-	0	0	0	12.500-	3.000-	0
17	= Saldo gesamt	325.500-	0	0	0	212.500-	63.000-	0

Im Rahmen von weiteren Untersuchungen wurde festgestellt, dass neben dem Brückenoberbau auch die Widerlager erneuert werden müssen und hierfür weitere Finanzierungsmittel bereit zu stellen sind. Der Antrag auf Aufnahme in das Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz (LGVFG) wurde abgelehnt.

lfd. Nr.	Investitions- maßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
K 4155 Vollausbau OD St. Ilgen								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	150.000-	115.000-	0	0	0	35.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	150.000-	115.000-	0	0	0	35.000-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	150.000-	115.000-	0	0	0	35.000-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	7.500-	5.800-	0	0	0	1.700-	0
17	= Saldo gesamt	157.500-	120.800-	0	0	0	36.700-	0

Die von der Stadt Leimen durchgeführte Baumaßnahme wurde noch nicht schlussgerechnet. Für den verbleibenden Finanzierungsanteil des Rhein-Neckar-Kreises ist daher eine Neuveranschlagung erforderlich.

lfd. Nr.	Investitions- maßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
K 4155 Grunderneuerung zwischen Leimen - St. Ilgen								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	35.000	34.946	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	35.000	34.946	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.151.100-	812.331-	338.600-	0	0	338.600-	0
13	= Summe Auszahlungen	1.151.100-	812.331-	338.600-	0	0	338.600-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	1.116.100-	777.385-	338.600-	0	0	338.600-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	38.900-	38.900-	0	0	0	0	0
17	= Saldo gesamt	1.155.000-	816.285-	338.600-	0	0	338.600-	0

Die von der Stadt Leimen durchgeführte Baumaßnahme wurde noch nicht abgerechnet. Da der Restfinanzierungsanteil des Rhein-Neckar-Kreis aus haushaltsrechtlichen Gründen nicht erneut übertragen werden kann, ist für das Jahr 2026 eine Neuveranschlagung erforderlich.

lfd. Nr.	Investitions- maßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
K 4155 Vollausbau OD St. Ilgen (2. BA)								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	120.000-	0	0	0	0	120.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	120.000-	0	0	0	0	120.000-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	120.000-	0	0	0	0	120.000-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	6.000-	0	0	0	0	6.000-	0
17	= Saldo gesamt	126.000-	0	0	0	0	126.000-	0

Die von der Stadt Leimen durchgeführte Baumaßnahme wurde noch nicht abgerechnet. Für den Restfinanzierungsanteil des Rhein-Neckar-Kreises ist daher eine Neuveranschlagung notwendig.

lfd. Nr.	Investitionsmaßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächtigungsübertragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
K 4160 Vollausbau OD Bammental								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.291.400-	1.025.311-	0	303.700-	150.400-	115.600-	0
13	= Summe Auszahlungen	1.291.400-	1.025.311-	0	303.700-	150.400-	115.600-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	1.291.400-	1.025.311-	0	303.700-	150.400-	115.600-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	30.600-	17.400-	0	3.000-	7.500-	5.700-	0
17	= Saldo gesamt	1.322.000-	1.042.711-	0	306.700-	157.900-	121.300-	0

Nach Vorlage der Schlussrechnung durch die Gemeinde Bammental ist mit einer Schlusszahlung von rd. 266.000 € zu rechnen. Davon sind 115.600 € im Haushalt 2026 zu finanzieren.

lfd. Nr.	Investitionsmaßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächtigungsübertragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
K 4160 Erneuerung Grundwasserwanne Bammental								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	700.000-	340-	0	0	100.000-	600.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	700.000-	340-	0	0	100.000-	600.000-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	700.000-	340-	0	0	100.000-	600.000-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	35.000-	0	0	0	5.000-	30.000-	0
17	= Saldo gesamt	735.000-	340-	0	0	105.000-	630.000-	0

An dem ca. 47 Jahre alten Trogbauwerk müssen die Entwässerungseinrichtung und Pumpenanlagen infolge von Leistungsdefiziten, Undichtigkeiten und Abnutzung erneuert bzw. vergrößert werden. Der Baubeginn ist für 2026 vorgesehen; die Planung wurde im Jahr 2025 beauftragt.

lfd. Nr.	Investitions- maßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
K 4178 Meckesheim - Beseitigung Bahnübergang								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	10.333.300	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	10.333.300	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	500.000-	0	1.000.000-	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	13.000.000-	1.113.076-	90.900-	17.480-	500.000-	1.000.000-	1.000.000-
13	= Summe Auszahlungen	13.500.000-	1.113.076-	1.090.900-	17.480-	500.000-	1.000.000-	1.000.000-
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	3.166.700-	1.113.076-	1.090.900-	17.480-	500.000-	1.000.000-	1.000.000-
15	- Aktivierte Eigenleistungen	270.000-	18.794-	16.700-	400-	10.000-	20.000-	0
17	= Saldo gesamt	3.436.700-	1.131.870-	1.107.600-	17.880-	510.000-	1.020.000-	1.000.000-

Zur Beseitigung des schienengleichen Bahnübergangs in Meckesheim sind für das Jahr 2026 weitere Mittel für die externe Projektsteuerung und Generalplanung bereitzustellen.

lfd. Nr.	Investitions- maßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- €	Bisher finanziert (31.12.2024) €	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024 €	Ergebnis 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2026 €	VE 2026 €
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	1	2	3	4	5	6	7
K 4200 Neubau Engstellensignalisierung VSA 4571 Rainbach								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	150.000-	0	0	0	0	150.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	150.000-	0	0	0	0	150.000-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	150.000-	0	0	0	0	150.000-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	7.500-	0	0	0	0	7.500-	0
17	= Saldo gesamt	157.500-	0	0	0	0	157.500-	0

Die Verkehrssignalanlage Nr. 4571 in Neckargemünd-Rainbach muss erneuert werden, da altersbedingt keine Ersatzteile mehr verfügbar sind.

lfd. Nr.		Investitions- maßnahmen Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- €	Bisher finanziert (31.12.2024) €	Ermächti- gungsüber- tragungen aus 2024 €	Ergebnis 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2026 €	VE 2026 €
			1	2	3	4	5	6	7
K 4229 Kreisverbindungsstraße Weinheim - Laudenbach									
1	+	Einzahlungen aus Investitionszuwend- ungen	28.916.100	28.923.603	0	67.408	0	0	0
6	=	Summe Einzahlungen	28.916.100	28.923.603	0	67.408	0	0	0
7	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	4.501.800-	3.792.054-	52.100-	14.759-	0	212.000-	0
8	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	40.077.100-	40.189.352-	0	0	0	0	0
13	=	Summe Auszahlungen	44.578.900-	43.981.406-	52.100-	14.759-	0	212.000-	0
14	=	Saldo aus Investitionstätigkeit	15.662.800-	15.057.803-	52.100-	52.649	0	212.000-	0
15	-	Aktivierte Eigenleistungen	1.185.500-	1.232.304-	700-	100-	0	4.200-	0
17	=	Saldo gesamt	16.848.300-	16.290.107-	52.800-	52.549	0	216.200-	0

Im Rahmen des laufenden Flurbereinigungsverfahrens sind laut Auskunft der Flurbereinigungsbehörde für das Jahr 2026 Mittel für die Umsetzung des Wege- und Gewässerplans vorzusehen.

lfd. Nr.	Investitionsmaßnahmen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert (31.12.2024)	Ermächtigungsübertragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
K 4281 Neubau Sützmauer OD Daisbach								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
7	- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0
8	- Auszahlungen für Baumaßnahmen	165.000-	0	0	0	0	165.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	165.000-	0	0	0	0	165.000-	0
14	= Saldo aus Investitionstätigkeit	165.000-	0	0	0	0	165.000-	0
15	- Aktivierte Eigenleistungen	8.300-	0	0	0	0	8.300-	0
17	= Saldo gesamt	173.300-	0	0	0	0	173.300-	0

Die Baumaßnahme konnte aus personellen Gründen in den Jahren 2022 und 2023 nicht umgesetzt werden und ist daher nun für das Jahr 2026 vorgesehen. Unter Berücksichtigung inflationsbedingter Kostensteigerungen erfolgt eine Neuveranschlagung für 2026.

THH4	Umwelt und Technik
4_5	Amt für Straßen- und Radwegebau
5420-44	Kreisstraßen
5420010344	Betrieb u. Unterhalt. v. Kreisstr. (DA)

Ifd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.133.772	1.296.900	1.276.100
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	56.546	46.128	43.095
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	325	300	1.988
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	39.224	52.700	46.700
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	103.827	56.355	61.350
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	29.225	10.847	16.688
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.362.919	1.463.230	1.445.921
12	-	Personalaufwendungen	348.902-	345.102-	344.872-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.037.417-	1.964.421-	1.975.885-
15	-	Abschreibungen	2.391-	2.270-	2.110-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	39.665-	57.930-	77.036-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.428.376-	2.369.722-	2.399.903-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.065.457-	906.492-	953.982-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	108.765	116.845	280.443
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	224.085-	244.896-	274.737-
27	-	kalkulatorische Kosten	2.872	1.745	1.705
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	112.448-	126.306-	7.410
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.177.904-	1.032.798-	946.572-

Erläuterungen:

Für das Jahr 2026 wird mit ordentlichen Erträgen von insgesamt 1,4 Mio. € gerechnet. Diese bestehen fast ausschließlich aus Zuweisungen vom Land nach § 25 FAG, welche sich auf 1,3 Mio. € belaufen.

An ordentlichen Aufwendungen sind 2,4 Mio. € eingeplant. Davon entfallen 0,3 Mio. € auf Personalaufwendungen, 2,0 Mio. € auf Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen und 0,1 Mio. € auf Sonstige ordentliche Aufwendungen. Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen sind die Kosten für die Unterhaltung der Kreisstraßen (inklusive Ingenieurbauwerke) mit 1,6 Mio. €, die Kanalkostenbeiträge mit 0,3 Mio. € und die Ablösung von Unterhaltungslast mit 0,1 Mio. € veranschlagt. In den Kosten für die Unterhaltung der Kreisstraßen enthalten sind für 2026 u.a. Aufwendungen für Fahrbahnmarkierungen, die Umrüstung auf LED-Beleuchtung von diversen Fußgängerüberwegen sowie die Erneuerung der Technik von Verkehrssignalanlagen.

THH4	Umwelt und Technik
4_6	Mobilitätsmanagement und Nahverkehr

Budgetverantwortung: Frau S. Schmitt (Amt für Nahverkehr)
Herr P. Fierhauser (Stabsstelle Nachhaltige Mobilität)

Produktbereich: 12 Sicherheit und Ordnung

Produktgruppen:	Produkte:
12.21 Verkehrswesen	1221090145 Personenbeförderung/Gelegenheitsverkehr
12.70 Rettungsdienst	1270010145 Personenbeförderung/Krankentransport

Produktbereich: 21 Schulträgeraufgaben

Produktgruppe:	Produkte:
21.40 Schülerbezogene Leistungen	2140010145 Schülerbeförderung sonstige Schulträger
	2140010245 Schülerbeförderung kreiseigener Schulen

Produktbereich: 31 Soziale Hilfen

Produktgruppe:	Produkt:
32.10 Leistungen nach Teil 2 SGB IX - Eingliederungshilferecht	3210020145 Fahrtkosten Werkstätten für Menschen mit Behinderung (SGB IX)

Produktbereich: 51 Räumliche Planung und Entwicklung

Produktgruppe:	Produkt:
51.10 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung	5110140145 Nachhaltige Mobilität

Produktbereich: 54 Verkehrsflächen und –anlagen, ÖPNV

Produktgruppe:	Produkte:
54.70 ÖPNV	5470010145 ÖPNV-Linienverkehrsgenehmigungen
	5470010245 Mobilitätsplanung
	5470010345 ÖPNV-Förderung
	5470010445 ÖPNV-Verkehrsverbund

Produktgruppe: 12.21 Verkehrswesen

1221090145 Personenbeförderung/Gelegenheitsverkehr

Auftragstyp:	Weisungsgebundene Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage:	PBefG

Konzessionen für Taxen, Mietwagen, Mietomnibusse; Überwachung der Unternehmen auf Einhaltung des Personenbeförderungsgesetzes (PBefG) und Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr (BO-Kraft); OWI-Verfahren

Produktgruppe: 12.70 Rettungsdienst**1270010145 Personenbeförderung/Krankentransport**

Auftragstyp: Weisungsgebundene Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: RDG

Genehmigung von Krankentransporten mit Kraftfahrzeugen nach dem Rettungsdienstgesetz (RDG)

Produktgruppe: 21.40 Schülerbezogene Leistungen**2140010145 Schülerbeförderung sonstige Schulträger**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: § 18 FAG; Schülerbeförderungssatzung des Rhein-Neckar-Kreises

Schülerbeförderung der nicht in der Trägerschaft des Rhein-Neckar-Kreises befindlichen Schulen; Kreis als Kostenerstattungsträger: Vertragsgenehmigungen; Durchführung der Kostenerstattungen nach Kreissatzung sowie Widerspruchsbearbeitung; Abrechnung der JugendticketsBW

2140010245 Schülerbeförderung kreiseigener Schulen

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: § 18 FAG; Schülerbeförderungssatzung des Rhein-Neckar-Kreises

Organisation und Abwicklung der Schülerbeförderung der kreiseigenen Schulen; Abschluss und Abrechnung der Verträge mit Beförderungsunternehmen; Regelung des Einsatzes von Schülerfahrzeugen (Routenplanung, Festlegung Tageskilometer)

Produktgruppe: 32.10 Leistungen nach Teil 2 SGB IX - Eingliederungshilferecht**3210020145 Fahrtkosten Werkstätten für Menschen mit Behinderung (SGB IX)**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: SGB IX

Organisation der Beförderung von Menschen mit Behinderungen zu den Werkstätten einschl. Vergabe der Beförderungsleistungen und Vertragsmanagement

Produktgruppe: 51.10 Stadtentwicklung, Städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung**5110140145 Nachhaltige Mobilität**

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Erarbeitung und Koordination von Strategien und Konzepten zur Förderung nachhaltiger Mobilität für den Rhein-Neckar-Kreis mit besonderer Berücksichtigung von Nachhaltigkeit; fachliche Begleitung und Koordination von Projekten und Maßnahmen im Bereich der klimafreundlichen und nachhaltigen Mobilität; Beratung und Unterstützung der kreisangehörigen Gemeinden zur Erarbeitung von Mobilitätsstrategien sowie zur Umsetzung von Maßnahmen der nachhaltigen Mobilität; Erarbeitung und Initiierung konkreter Maßnahmen auf Grundlage der strategischen Mobilitätsplanung; Koordinierung der Radverkehrsnetze und Radverkehrsförderung; Beratung und Koordination zu Konzepten und Maßnahmen im Betrieblichen Mobilitätsmanagement; Vertretung von Interessen des Rhein-Neckar-Kreises und der kreisangehörigen Städte und Gemeinden bei wichtigen Verkehrsprojekten Dritter; Beratung der potentiellen öffentlichen, privaten und bürgerschaftlichen Akteure sowie die Vernetzung wichtiger Akteure auf dem Gebiet der nachhaltigen und klimafreundlichen Mobilität

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: KlimaG BW

Beratung und Unterstützung der kreisangehörigen Gemeinden zur Erarbeitung von Mobilitätsstrategien sowie zur Umsetzung von Maßnahmen der nachhaltigen Mobilität; fachliche Begleitung und Koordination von Projekten und Maßnahmen im Bereich der klimafreundlichen und nachhaltigen Mobilität

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Landesmobilitätsgesetz (LMG)

Koordinierung von Planung, Ausbau und Erhaltung der baulastübergreifenden Radverkehrsnetze in Abstimmung mit den kreiszugehörigen Gemeinden, dem Regierungspräsidium und angrenzenden Gebietskörperschaften; Unterstützung der kreiszugehörigen Gemeinden bei Planung, Ausbau und Erhaltung der in der Baulast der Gemeinden liegenden Abschnitte der Radverkehrsnetze; Koordination und Übermittlung von Infrastrukturdaten in das Radinfrastruktursystem des Landes (RadVIS)

Produktgruppe: 54.70 ÖPNV

5470010145 ÖPNV-Linienverkehrsgenehmigungen

Auftragstyp: Weisungsgebundene Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: PBefG; EU VO

Genehmigungen von Linienverkehr und Ruftaxi; Planfeststellungsverfahren nach dem PBefG; Vorbereitung und Durchführung von Vergabeverfahren; Abschluss von Verkehrsverträgen

5470010245 Mobilitätsplanung

Auftragstyp: Weisungsgebundene Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: ÖPNVG

Nahverkehrsplan RNK:
Aufstellung, Umsetzung, Fortschreibung nach §§ 11, 12 ÖPNVG BW; Kooperation mit Verbundunternehmen, Gemeinden, Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN); Vernetzung der verschiedenen Mobilitätsangebote

5470010345 ÖPNV-Förderung

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Förderung und Finanzierung des Linienverkehrs im Rhein-Neckar-Kreis (ÖPNV-Richtlinien); Förderung von Investitionsmaßnahmen im Rhein-Neckar-Kreis

5470010445 ÖPNV-Verkehrsverbund

Auftragstyp: Weisungsgebundene Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: ÖPNVG

Aufgabenträgersausschuss; Verkehrsprojekte; regionaler Nahverkehrsplan; Vergabestelle VRN; Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar (ZRN)

Strukturzahlen	2024	2025	2026
ÖPNV-Aufwanddeckungsfehlbetrag im Rhein-Neckar-Kreis ¹⁶	26,82 Mio. €	26,48 Mio. €	27,70 Mio. €
davon: - Schiene	9,28 Mio. €	9,35 Mio. €	6,47 Mio. €
- Bus	17,54 Mio. €	17,13 Mio. €	21,23 Mio. €

Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	10,00	10,00	10,00
Beschäftigte	9,50	9,50	9,50

¹⁶ Die Strukturzahlen beinhalten die ÖPNV-Kostenbeteiligung anderer ÖPNV-Aufgabenträger sowie die Regiobusse.

THH4	Umwelt und Technik
4_6	Mobilitätsmanagement und Nahverkehr

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR 1	Ansatz 2025 EUR 2	Ansatz 2026 EUR 3
1 +	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2 +	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	9.694.795	9.485.700	9.325.200
3 +	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	1.165.132	1.209.200	1.229.000
4 +	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5 +	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6 +	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7 +	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.480.807	1.820.100	2.343.700
8 +	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9 +	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10 +	Sonstige ordentliche Erträge	503.840	0	0
11 =	Anteilige ordentliche Erträge	13.844.574	12.515.000	12.897.900
12 -	Personalaufwendungen	1.584.758-	1.620.163-	1.688.592-
13 -	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14 -	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	1.263-	3.400-	5.000-
15 -	Abschreibungen	2.866.708-	2.945.000-	3.014.600-
16 -	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17 -	Transferaufwendungen	19.223.622-	18.381.900-	18.605.700-
18 -	Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.233.878-	14.358.235-	15.687.520-
19 =	Anteilige ordentliche Aufwendungen	37.910.229-	37.308.698-	39.001.412-
20 =	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	24.065.655-	24.793.698-	26.103.512-
21 +	Erträge aus internen Leistungen	129.685	141.266	146.772
22 -	Aufwendungen für interne Leistungen	829.620-	1.038.488-	1.067.514-
23 -	kalkulatorische Kosten	345.234-	285.400-	254.900-
24 =	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.045.169-	1.182.622-	1.175.641-
25 =	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	25.110.824-	25.976.320-	27.279.154-

THH4	Umwelt und Technik
4_6	Mobilitätsmanagement u. Nahverkehr

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	12.755.070	11.305.800	11.668.900	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	33.252.591-	34.363.698-	35.986.812-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	20.497.521-	23.057.898-	24.317.912-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	906.953	2.603.700	1.906.300	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	906.953	2.603.700	1.906.300	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	2.374.019-	4.174.000-	3.039.600-	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.374.019-	4.174.000-	3.039.600-	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	1.467.067-	1.570.300-	1.133.300-	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	21.964.588-	24.628.198-	25.451.212-	0

Erläuterungen:

Beim ordentlichen Ergebnis ist im Haushaltsjahr 2026 für das Budget 4.6 gegenüber dem Vorjahr mit einem Mehrbedarf von rd. 1,3 Mio. € zu rechnen.

Die ordentlichen Erträge verbessern sich um rd. 0,4 Mio. € auf rd. 12,9 Mio. €. Hauptsächlich für die Verbesserung sind Mehrerträge für den interkommunalen Sonderlastenausgleich nach dem FAG bei der Schülerbeförderung. Die Kostenerstattungen belaufen sich im Planjahr, u. a. aufgrund gestiegener Beförderungskosten, auf insgesamt rd. 1,9 Mio. €.

Die Landeszuweisungen für laufende Zwecke beim Produkt ÖPNV-Förderung beinhalten neben der Förderung für die vier Regiobuslinien (Sinsheim - Mosbach, Sinsheim - Walldorf, Speyer - Hockenheim - Walldorf - Wiesloch und Schwetzingen - Walldorf - Wiesloch) auch Mittelzuwächse im Rahmen des § 15 ÖPNVG (Finanzierung der kommunalen Aufgabenträger). Die Landeszuweisungen für den ÖPNV insgesamt belaufen sich im Planjahr 2026 auf rd. 3,4 Mio. €.

Im Budget Mobilitätsmanagement und Nahverkehr sind im Vergleich zum Vorjahr höhere ordentliche Aufwendungen von rd. 1,7 Mio. € einzuplanen. Während bei der Schlüsselposition ÖPNV Mehraufwendungen bei den Transferaufwendungen von rd. 0,2 Mio. € prognostiziert werden, ist vor allem bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen bei der Schülerbeförderung ein Mehrbedarf von rd. 1,4 Mio. € zu erwarten.

Es wird auf die Ausführungen zu den Schlüsselpositionen Nachhaltige Mobilität, Schülerbeförderung und ÖPNV verwiesen.

THH4	Umwelt und Technik
4_6	Mobilitätsmanagement und Nahverkehr
5110-45	Mobilitätsmanagement
5110140145	Nachhaltige Mobilität

Ifd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	25.202	121.100	76.500
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	1.428	1.400	1.300
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	107.110	104.200	208.700
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	133.740	226.700	286.500
12	-	Personalaufwendungen	344.738-	345.635-	376.866-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	788-	2.000-	3.000-
15	-	Abschreibungen	2.866-	2.625-	2.467-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	75.672-	325.020-	246.415-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	424.064-	675.280-	628.748-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	290.324-	448.580-	342.248-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	222.550-	254.697-	175.787-
27	-	kalkulatorische Kosten	40-	0	0
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	222.590-	254.697-	175.787-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	512.914-	703.277-	518.036-

zu Ifd. Nr. 2:

Fördermittel des Landes Baden-Württemberg

zu Ifd. Nr. 7:

Erstattungen vom Land gem. § 29 Klimaschutz- und Klimawandelanpassungsgesetz (KlimaG BW) und § 5 Landesmobilitätsgesetz (LMG)

zu lfd. Nr. 18:

Darunter

Rechts- und Beratungskosten:

177,0 T€

Mitgliedsbeitrag Arbeitsgemeinschaft Fahrrad- u. Fußverkehrsfreundl. Kommunen in Baden-Württemberg e. V.
(AGFK-BW e. V.):

3,8 T€

Geschäftsaufwendungen:

61,8 T€

214001 Schülerbeförderung

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	5.850.822	5.850.800	5.850.800
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	2.322.280	1.693.400	2.100.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	8.173.102	7.544.200	7.950.800
12	-	Personalaufwendungen	494.886-	475.165-	499.072-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	156-	400-	600-
15	-	Abschreibungen	662-	35-	146-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	14.002.550-	13.935.470-	15.364.865-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	14.498.254-	14.411.070-	15.864.682-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	6.325.152-	6.866.870-	7.913.882-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	285.443-	374.034-	396.843-
27	-	kalkulatorische Kosten	0-	0	0
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	285.443-	374.034-	396.843-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	6.610.595-	7.240.904-	8.310.725-

zu lfd. Nr. 2:

Zuweisungen vom Land im Rahmen des FAG

zu lfd. Nr. 7:

Schülerbeförderung kreiseigener Schulen:

Im Rahmen der Abrechnung der Beförderungskosten, insbesondere mit den Städten Heidelberg und Mannheim (Interkommunaler Sonderlastenausgleich nach § 18 Abs. 2 FAG), ist aufgrund gestiegener Beförderungskosten ein Ansatz in Höhe von 635 T€ (+175 T€) vorgesehen. Außerdem sind für Eigenanteile von Schülern rd. 50 T€ (+5 T€) eingestellt.

Schülerbeförderung sonstige Schulträger:	Ergebnis 2024	Plan 2025	Plan 2026
Eigenanteil v. kreisangehörig. Gemeinden	6.309 €	7.900 €	10.000 €
Sonderlastenausgleich Kreise FAG	1.501.168 €	1.100.000 €	1.300.000 €
Eigenanteil v. Trägern priv. Schulen	63.683 €	76.000 €	100.000 €
Erstattungen übrige. Bereiche	41.298 €	5.000 €	5.000 €
Erstattungen von AG-Aufw. Mutterschutz	2.840 €	0 €	0 €
Summe	1.615.298 €	1.188.900 €	1.415.000 €

Der Ansatz für die für den Sonderlastenausgleich Kreise FAG wurde aufgrund der vorliegenden Prognose angepasst.

zu lfd. Nr. 18:

Schülerbeförderung kreiseigener Schulen:

Für Schülerbeförderungskosten an kreiseigene Schulen, insbesondere SBBZ, werden im Haushaltsjahr 2026 Mittel von rd. 5,6 Mio. € (+1,0 Mio. €) veranschlagt. Mehrkosten ergeben sich hier durch höhere Schülerzahlen, mehr Außenklassen sowie die Mindestloohnerhöhung.

Schülerbeförderung sonstige Schulträger:	Ergebnis 2024	Plan 2025	Plan 2026
Linienverkehr	74.899 €	58.000 €	0 €
D-Ticket Jugend BW	296.826 €	356.000 €	370.000 €
Schülerbeförderung SBBZ	6.455.845 €	6.640.000 €	7.068.000 €
FAG-Ausgleich an andere Kreise	774.854 €	395.000 €	395.000 €
Kostenerstattung Stift Sunnisheim	731.877 €	935.000 €	935.000 €
Kostenerstattung an Gemeinden	1.124.153 €	950.000 €	1.012.900 €
Sonstige ordentliche Aufwendungen	986 €	870 €	1.265 €
Summe	9.459.440 €	9.334.870 €	9.782.165 €

Bedingt u. a. durch die Umwidmung der Grundschulförderklassen ab dem Schuljahr 2026/2027 wurde der Ansatz für die Kostenerstattung an die Gemeinden um rd. 63 T€ erhöht. Die Ansätze für die Schülerbeförderung SBBZ wurden aufgrund der vorliegenden Abrechnungen bzw. Prognosen entsprechend angepasst.

547001

ÖPNV

lfd. Nr.		Schlüsselposition Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	3.794.774	3.484.200	3.372.600
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	1.163.704	1.207.800	1.227.700
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	51.418	22.500	35.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	503.840	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	5.513.735	4.714.500	4.635.300
12	-	Personalaufwendungen	504.535-	525.027-	542.980-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	308-	800-	800-
15	-	Abschreibungen	2.863.180-	2.942.322-	3.011.902-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	19.223.622-	18.381.900-	18.605.700-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	149.965-	93.045-	73.440-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	22.741.611-	21.943.094-	22.234.822-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	17.227.875-	17.228.594-	17.599.522-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	194.018-	221.994-	268.057-
27	-	kalkulatorische Kosten	345.194-	285.400-	254.900-
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	539.212-	507.394-	522.957-
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	17.767.088-	17.735.988-	18.122.479-

Die Schlüsselposition ÖPNV besteht aus den vier Produkten ÖPNV-Linienverkehrsgenehmigungen, Mobilitätsplanung, ÖPNV-Förderung sowie ÖPNV-Verkehrsverbund.

zu lfd. Nr. 2:

Neben den Zuweisungen vom Land für die Regiobuslinien (rd. 2,5 Mio. €) ist bei den Zuweisungen vom Land erstmalig ein Ansatz i. H. v. 360 T€ für den On-Demand-Verkehr enthalten, der an die Gemeinden ausbezahlt wird und sich somit haushaltsneutral darstellt (s. lfd. Nr. 17).

zu lfd. Nr. 17:

Davon:

	Ergebnis 2024	Plan 2025	Plan 2026
Zuweisungen an Gemeinden u. Gemeindeverbände	11.887.324 €	10.800.000 €	9.950.000 €
Zuweisungen an Gemeinden (On-Demand-Verkehr)	0 €	0 €	360.000 €
Zuweisungen an Zweckverbände	4.739.197 €	4.952.700 €	5.453.000 €
Zuschüsse an übrige Bereiche	<u>2.597.101 €</u>	<u>2.629.200 €</u>	<u>2.842.700 €</u>
Summe	19.223.622 €	18.381.900 €	18.605.700 €

547001

ÖPNV

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	3.778.150	3.506.700	3.407.600	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	19.038.717-	19.000.772-	19.222.920-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	15.260.567-	15.494.072-	15.815.320-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	906.953	2.603.700	1.906.300	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	906.953	2.603.700	1.906.300	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	2.374.019-	4.174.000-	3.039.600-	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	2.374.019-	4.174.000-	3.039.600-	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	1.467.067-	1.570.300-	1.133.300-	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	16.727.634-	17.064.372-	16.948.620-	0

Finanzhaushalt:

Die gesamten ÖPNV-Fördermaßnahmen werden im Investitionsprogramm in der Anlage 10 unter Ziffer VII. aufgeführt.

Zusätzlich werden im Folgenden die Maßnahmen dargestellt, welche im Haushaltsjahr 2026 geplante Ein- und Auszahlungen enthalten.

lfd. Nr.	Investitions- übersicht	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert	Ermächtigungs- übertragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
S-Bahn Rhein-Neckar								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszu- wendungen	670.671	657.824	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	670.671	657.824	0	0	0	0	0
11	- Auszahlungen für Investitionsförde- rungsmaßnahmen	1.375.100-	1.347.898-	0	0	14.400-	14.400-	0
13	= Summe Auszahlungen	1.375.100-	1.347.898-	0	0	14.400-	14.400-	0
14	= Saldo aus Investitions-tätigkeit	704.429-	690.074-	0	0	14.400-	14.400-	0
17	= Saldo gesamt	704.429-	690.074-	0	0	14.400-	14.400-	0

Die Maßnahme ist abgeschlossen, aber noch nicht endgültig abgerechnet. Die zur Finanzierung der Schlussabrechnung notwendigen Mittel wurden bei der Planung des Haushalts 2026 erneut berücksichtigt.

lfd. Nr.	Investitions- übersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- €	Bisher finanziert €	Ermächtigungs- übertragungen aus 2024 €	Ergebnis 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2026 €	VE 2026 €
		1	2	3	4	5	6	7
Ausbau Elsenz-u.Schwarzbachtalbahn								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszu- wendungen	10.981.689	9.660.989	0	0	1.320.700	1.320.700	0
6	= Summe Einzahlungen	10.981.689	9.660.989	0	0	1.320.700	1.320.700	0
11	- Auszahlungen für Investitionsförde- rungsmaßnahmen	26.622.264-	26.411.638-	0	0	210.700-	195.700-	0
13	= Summe Auszahlungen	26.622.264-	26.411.638-	0	0	210.700-	195.700-	0
14	= Saldo aus Investitions-tätigkeit	15.640.575-	16.750.649-	0	0	1.110.000	1.125.000	0
17	= Saldo gesamt	15.640.575-	16.750.649-	0	0	1.110.000	1.125.000	0

Die Maßnahme ist baulich abgeschlossen. Aufgrund von noch auf Förderfähigkeit zu prüfenden Nachbewilligungsanträgen sind Kostenveränderungen möglich. Die zur Finanzierung des im Jahr 2014 beschlossenen Kostenstands notwendigen Mittel wurden bei der Planung des Haushalts 2026 erneut berücksichtigt.

lfd. Nr.	Investitions- übersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- €	Bisher finanziert €	Ermächtigungs- übertragungen aus 2024 €	Ergebnis 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2026 €	VE 2026 €
		1	2	3	4	5	6	7
Ausbau Bahnhof Otfersheim								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszu- wendungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
11	- Auszahlungen für Investitionsförde- rungsmaßnahmen	454.700-	330.000-	0	0	124.700-	124.700-	0
13	= Summe Auszahlungen	454.700-	330.000-	0	0	124.700-	124.700-	0
14	= Saldo aus Investitions-tätigkeit	454.700-	330.000-	0	0	124.700-	124.700-	0
17	= Saldo gesamt	454.700-	330.000-	0	0	124.700-	124.700-	0

Im Zusammenhang mit dem Bau einer Lärmschutzwand wurde der Ostbahnsteig als vorgezogene Maßnahme der 2. Stufe S-Bahn Rhein-Neckar gebaut. Die Maßnahme ist abgeschlossen. Die Schlussabrechnung ist noch nicht erfolgt. Die zur Finanzierung der Schlussabrechnung notwendigen Mittel wurden bei der Planung des Haushalts 2026 erneut berücksichtigt.

Ifd. Nr.	Investitions- übersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- €	Bisher finanziert €	Ermächtigungs- übertragungen aus 2024 €	Ergebnis 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2026 €	VE 2026 €
		1	2	3	4	5	6	7
S-Bahn 2. Stufe südl. Streckenabschnitt								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszu- wendungen	7.612.000	6.357.975	1.213.900	673.000	211.500	428.100	0
6	= Summe Einzahlungen	7.612.000	6.357.975	1.213.900	673.000	211.500	428.100	0
11	- Auszahlungen für Investitionsförde- rungsmaßnahmen	15.373.000-	12.715.949-	1.329.600-	1.346.000-	573.000-	1.171.400-	0
13	= Summe Auszahlungen	15.373.000-	12.715.949-	1.329.600-	1.346.000-	573.000-	1.171.400-	0
14	= Saldo aus Investitions- tätigkeit	7.761.000-	6.357.975-	115.700-	673.000-	361.500-	743.300-	0
17	= Saldo gesamt	7.761.000-	6.357.975-	115.700-	673.000-	361.500-	743.300-	0

Die Planung des Haushaltsansatzes für 2026 wurde an die aktuelle Projektentwicklung angepasst.

lfd. Nr.	Investitions- übersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- €	Bisher finanziert €	Ermächtigungs- übertragungen aus 2024 €	Ergebnis 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2026 €	VE 2026 €
		1	2	3	4	5	6	7
S-Bahn Haltepunkt Sinsheim Stadion								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszu- wendungen	2.417.900	1.599.675	0	0	128.800	128.800	0
6	= Summe Einzahlungen	2.417.900	1.599.675	0	0	128.800	128.800	0
11	- Auszahlungen für Investitionsförde- rungsmaßnahmen	4.836.000-	3.199.352-	0	0	947.100-	947.100-	0
13	= Summe Auszahlungen	4.836.000-	3.199.352-	0	0	947.100-	947.100-	0
14	= Saldo aus Investitions-tätigkeit	2.418.100-	1.599.678-	0	0	818.300-	818.300-	0
17	= Saldo gesamt	2.418.100-	1.599.678-	0	0	818.300-	818.300-	0

Die Maßnahme ist baulich abgeschlossen. Die Schlussabrechnung ist noch nicht erfolgt. Die zur Finanzierung der Schlussabrechnung notwendigen Mittel wurden bei der Planung des Haushalts 2026 erneut berücksichtigt.

Ifd. Nr.	Investitions- übersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- €	Bisher finanziert €	Ermächtigungs- übertragungen aus 2024 €	Ergebnis 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2026 €	VE 2026 €
		1	2	3	4	5	6	7
S-Bahn Rhein-Neckar 2. Stufe Bahnst. Heidelberg - Bruchsal								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszu- wendungen	1.306.000	1.177.094	0	100.000	128.700	28.700	0
6	= Summe Einzahlungen	1.306.000	1.177.094	0	100.000	128.700	28.700	0
11	- Auszahlungen für Investitionsförde- rungsmaßnahmen	2.612.000-	2.354.189-	0	200.000-	257.700-	57.700-	0
13	= Summe Auszahlungen	2.612.000-	2.354.189-	0	200.000-	257.700-	57.700-	0
14	= Saldo aus Investitions- tätigkeit	1.306.000-	1.177.095-	0	100.000-	129.000-	29.000-	0
17	= Saldo gesamt	1.306.000-	1.177.095-	0	100.000-	129.000-	29.000-	0

Die Planung des Haushaltsansatzes für 2026 wurde an die aktuelle Projektentwicklung angepasst. Der Wetterschutz am Haltepunkt St. Ilgen / Sandhausen wurde im Jahr 2024 gebaut und in zwei Teilzahlungen im Jahr 2024 und im Jahr 2025 abgerechnet.

lfd. Nr.	Investitions- übersicht	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert	Ermächtigungs- übertragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
Haltestelle Luisenstraße Weinheim								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszu- wendungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
11	- Auszahlungen für Investitionsförde- rungsmaßnahmen	1.502.500-	1.042.500-	0	0	460.000-	460.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	1.502.500-	1.042.500-	0	0	460.000-	460.000-	0
14	= Saldo aus Investitions-tätigkeit	1.502.500-	1.042.500-	0	0	460.000-	460.000-	0
17	= Saldo gesamt	1.502.500-	1.042.500-	0	0	460.000-	460.000-	0

Die Maßnahme ist baulich abgeschlossen. Die Schlussabrechnung ist noch nicht erfolgt. Die zur Finanzierung der Schlussabrechnung voraussichtlich notwendigen Mittel wurden bei der Planung des Haushalts 2026 erneut berücksichtigt.

lfd. Nr.	Investitions- übersicht	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich-	Bisher finanziert	Ermächtigungs- übertragungen aus 2024	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	€	€	€	€	€	€	€
		1	2	3	4	5	6	7
RNV-Ausbau Autobahnbrücke Eppelheim								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszu- wendungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
11	- Auszahlungen für Investitionsförde- rungsmaßnahmen	525.000-	524.000-	0	0	1.000-	1.000-	0
13	= Summe Auszahlungen	525.000-	524.000-	0	0	1.000-	1.000-	0
14	= Saldo aus Investitions-tätigkeit	525.000-	524.000-	0	0	1.000-	1.000-	0
17	= Saldo gesamt	525.000-	524.000-	0	0	1.000-	1.000-	0

Die Maßnahme ist baulich abgeschlossen. Die Schlussabrechnung ist noch nicht erfolgt. Die zur Finanzierung der Schlussabrechnung notwendigen Mittel wurden bei der Planung des Haushalts 2026 berücksichtigt.

Ifd. Nr.	Investitions- übersicht Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- €	Bisher finanziert €	Ermächtigungs- übertragungen aus 2024 €	Ergebnis 2024 €	Ansatz 2025 €	Ansatz 2026 €	VE 2026 €
		1	2	3	4	5	6	7
RNV Weinheim Händelstr.-Freiburger Str.								
1	+ Einzahlungen aus Investitionszu- wendungen	0	0	0	0	0	0	0
6	= Summe Einzahlungen	0	0	0	0	0	0	0
11	- Auszahlungen für Investitionsförde- rungsmaßnahmen	2.778.000-	0	92.000-	0	0	67.600-	0
13	= Summe Auszahlungen	2.778.000-	0	92.000-	0	0	67.600-	0
14	= Saldo aus Investitions- tätigkeit	2.778.000-	0	92.000-	0	0	67.600-	0
17	= Saldo gesamt	2.778.000-	0	92.000-	0	0	67.600-	0

Die Planung des Haushaltsansatzes für 2026 wurde an die aktuelle Projektentwicklung angepasst.



Teilhaushalt 5

Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum

Verantwortliche Dezernatsleitung:
Stefan Hildebrandt

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.230.896	1.035.300	1.135.800
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	278.863	200.000	100.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.850.112	1.759.000	1.798.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	9.396	7.500	7.500
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	3.369.267	3.001.800	3.041.300
12	-	Personalaufwendungen	10.229.529-	10.584.756-	10.831.985-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	162.725-	166.800-	180.900-
15	-	Abschreibungen	62.689-	60.100-	54.000-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	22.485-	22.500-	22.500-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	430.476-	599.370-	579.665-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	10.907.904-	11.433.526-	11.669.050-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	7.538.637-	8.431.726-	8.627.750-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	142.529	200.355	190.471
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	4.233.483-	5.091.905-	5.125.515-
23	-	kalkulatorische Kosten	3.937-	3.200-	2.400-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	4.094.890-	4.894.750-	4.937.444-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	11.633.527-	13.326.476-	13.565.194-

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	3.375.498	3.001.800	3.041.300	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	10.845.112-	11.373.426-	11.615.050-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	7.469.614-	8.371.626-	8.573.750-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	210.142-	70.000-	46.000-	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	210.142-	70.000-	46.000-	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	210.142-	70.000-	46.000-	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	7.679.756-	8.441.626-	8.619.750-	0

THH5	Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_1	Kommunalrechtsamt

Budgetverantwortung: Herr F. Grünwald
Produktbereich: 11 Innere Verwaltung

Produktgruppen:	Produkte:
11.14 Zentrale Funktionen	1114060150 Auszeichnungen und Ehrungen
11.31 Kommunalaufsicht	1131010150 Prüfung der Gesetzmäßigkeit
	1131020150 Überörtliche Prüfung
	1131030150 Prüfung und Weiterleitung von Anträgen auf Gewährung von Landes- und Bundeszuweisungen
	1131040150 Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstvorgesetzter und Oberste Dienstbehörde für Bürgermeister
	1131050150 Widersprüche in Selbstverwaltungsangelegenheiten der kreisangehörigen Gemeinden, Gemeindeverwaltungsverbände und Zweckverbände

Produktbereich: 12 Sicherheit und Ordnung

Produktgruppe:	Produkte:
12.10 Wahlen	1210030150 Wahlen und Abstimmungen

Produktbereich: 55 Natur- und Landschaftspflege, Friedhofswesen

Produktgruppe:	Produkte:
55.30 Friedhof und Bestattungswesen	5530030150 Aufgaben nach dem Gräbergesetz, Kriegsgräber

Produktgruppe: 11.14 Zentrale Funktionen
1114060150 Auszeichnungen und Ehrungen

Auftragstyp:	Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage:	OrdenG

Beantragung von Orden und Ehrenzeichen;
 Bearbeitung von Anträgen
 - zur Verleihung von Verdienstorden der Bundesrepublik Deutschland
 - zur Verleihung des Verdienstordens des Landes Baden-Württemberg
 - zur Verleihung von Jubiläumsurkunden an Bürgermeister
 - zur Auszeichnung kommunaler Bürgeraktionen

Produktgruppe: 11.31 Kommunalaufsicht**1131010150 Prüfung der Gesetzmäßigkeit**

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: GemO; GKZ; StiftG

Aufsichtsbehördliche Mitwirkungen und Entscheidungen bei

- der Verleihung des Rechts zur Führung von Wappen, Flaggen, Dienstsiegeln
- Gemeindegrenzänderungen, auch solche bei Gebietsreformen
- der Gründung und Auflösung von Zweckverbänden und Stiftungen
- Aufgaben- und Mitgliederänderungen von Zweckverbänden und Stiftungen
- der Mitwirkung nach dem Kirchensteuergesetz Baden-Württemberg
- anzeige-, vorlage- und genehmigungspflichtigen Satzungen, Beschlüssen, Verträgen sowie bei sonstigen Beschlüssen und Maßnahmen der Gemeinden, Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbände, Wasser- und Bodenverbände und Stiftungen

Bearbeitung von Aufsichtsbeschwerden; Erlass förmlicher Aufsichtsmaßnahmen (z. B. Beanstandung, Anordnung); Stellungnahmen zu Petitionen; Beratung; Vergabepflichtstelle für Bau-, Liefer- und Dienstleistungsaufträge

1131020150 Überörtliche Prüfung

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: GemO; GemHVO; GemPrO

Prüfung der Haushalts-, Kassen- und Rechnungsführung und der Vermögensverwaltung sowie ggf. der Wirtschaftsführung und des Rechnungswesens der Eigenbetriebe; Prüfung der Sonder- und Treuhandvermögen; Prüfung der Bauausgaben einschließlich Erledigung der Prüfungsfeststellungen bei Gemeinden bis 4. 000 Einwohner; Prüfung der Haushalts- und Rechnungsführung der Wasser- und Bodenverbände

Bei Gemeinden über 4.000 Einwohner sowie Verwaltungsgemeinschaften, Zweckverbänden und Stiftungen wird die Erledigung der Beanstandungen aus dem Prüfungsbericht der Gemeindeprüfungsanstalt Baden-Württemberg überwacht.

1131030150 Prüfung und Weiterleitung von Anträgen auf Gewährung von Landes- und Bundeszuweisungen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: Förderrichtlinien

Vollständigkeitsprüfung der Antragsunterlagen; gemeindefinanzielle Beurteilung; Prüfung von Verwendungsnachweisen; Prüfung der Förderanträge nach den jeweiligen Fachförderrichtlinien

1131040150 Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstvorgesetzter und Oberste Dienstbehörde für Bürgermeister

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: § 92 LBG

Dienstaufsichtsbeschwerden; Genehmigung von Nebentätigkeiten; Maßnahmen nach dem Landesdisziplinargesetz; Aussagegenehmigungen; Fahrtkostenpauschalierung; Umzugskostenvergütung; Ruhestandsversetzung; sonstige dienstrechtliche Regelungen

1131050150 Widersprüche in Selbstverwaltungsangelegenheiten der kreisangehörigen Gemeinden, Gemeindeverbände und Zweckverbände

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: § 68 VwGO

Bearbeitung von Widersprüchen in Selbstverwaltungsangelegenheiten der kreisangehörigen Gemeinden, der Gemeindeverbände, Zweckverbände und kommunalen Stiftungen; Fertigung von Vorbescheiden; Entscheidung über Aussetzungsanträge; Fertigung von Widerspruchsbescheiden

Produktgruppe: 12.10 Wahlen
1210030150 Wahlen und Abstimmungen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: EuWG; BWG; LWG; KomWG

Rechtliche, personelle und organisatorische Vorbereitung und Durchführung (soweit Aufgabe des Kreises) aller Europaparlaments-, Bundestags-, Landtags-, Kreistags-, Gemeinderats-, Ortschaftsrats- und Bürgermeisterwahlen, sonstigen Wahlen (zum Beispiel Ausländerbeiratswahl), von Volksabstimmungen; Soweit übertragen, auch die Funktion des Kreiswahlleiters und des stellvertretenden Kreiswahlleiters bei Europaparlaments-, Bundestags- und Landtagswahlen; Beratung der Gemeinden bei Einwohnerversammlungen, Einwohneranträgen und Bürgerentscheiden; Durchführung der Wahlprüfung bei allen Wahlen (außer Kreistagswahl); Entscheidung über wahlrechtliche Beschwerde- und Einspruchsverfahren (außer Kreistagswahl)

Produktgruppe: 55.30 Friedhofs- und Bestattungswesen
5530030150 Aufgaben nach dem Gräbergesetz, Kriegsgräber

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: GräbG

Mitwirkung des Landratsamts als untere Verwaltungsbehörde bei Maßnahmen der Gemeinden nach dem Gräbergesetz (z. B. Verlegung bzw. Zusammenlegung von Kriegsgräbern, Umbettungen, etc.)

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Quote der geplanten zu prüfenden Gemeinden zu den überprüfungspflichtigen Gemeinden	27 %	27 %	27 %
Anzahl der überprüfungspflichtigen Gemeinden	15	15	15
Gebührenerträge aus Widersprüchen	2.822 €	3.000 €	3.500 €

Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	6,50	6,50	6,50
Beschäftigte	1,50	1,50	1,50

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_1 Kommunalrechtsamt

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	2.822	3.000	3.500
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	34.646	15.000	23.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	37.468	18.000	26.500
12	-	Personalaufwendungen	722.315-	733.391-	775.862-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	2.504-	1.700-	1.700-
15	-	Abschreibungen	0	0	0
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	115.875-	53.445-	47.845-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	840.694-	788.536-	825.407-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	803.227-	770.536-	798.907-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	20.743	21.855	22.471
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	186.255-	220.671-	208.845-
23	-	kalkulatorische Kosten	0	0	0
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	165.512-	198.816-	186.374-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	968.739-	969.352-	985.280-

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_1 Kommunalrechtsamt

Ifd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	37.008	18.000	26.500	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	830.137-	788.536-	825.407-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	793.129-	770.536-	798.907-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	793.129-	770.536-	798.907-	0

Erläuterungen:

Im Haushaltsjahr 2026 wird für das Budget 5.1 ein ordentliches Ergebnis in Höhe von ca. - 799 T€ ausgewiesen. Die Erträge des Kommunalrechtsamts beinhalten Widerspruchsgebühren (3 T€) und Kostenerstattungen in Höhe von 23 T€ für die im Jahr 2026 stattfindenden Landtagswahlen.

Die ordentlichen Aufwendungen belaufen sich auf ca. 825 T€ (Vorjahr 789 T€) und beinhalten vorwiegend Personalaufwendungen. Die sonstigen ordentlichen Aufwendungen verringern sich um ca. 6 T€, insbesondere reduzieren sich die Aufwendungen für Bücher und Zeitschriften, da vermehrt auf günstigere Online-Printmedien zurückgegriffen wird.

THH5	Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_2	Vermessungsamt

Budgetverantwortung: Herr M. Ernst

Produktbereich: 51 Räumliche Planung und Entwicklung

Produktgruppe:	Produkte:
51.11 Flächen- und grundstücksbezogene Daten	5111010151 Führung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters nach § 4 VermG 5111010251 Qualitätssicherung und Übernahme der Fortführungsunterlagen 5111010351 Auskünfte / Auszüge / Erteilung von Bescheinigungen / Auswertungen 5111030151 Vermessungstechnische Ingenieurleistungen 5111040151 Bildung von Flurstücken 5111040251 Aufnahme von Gebäuden in das Liegenschaftskataster 5111040351 Grenzfeststellungen

Produktgruppe: 51.11 Flächen- und grundstücksbezogene Daten

5111010151 Führung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters nach § 4 VermG

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: VermG

Unter Führung und Erneuerung des Liegenschaftskatasters nach § 4 VermG in analoger und digitaler Form werden folgende Tätigkeiten verstanden

- Übernahme der Grundbuchdaten
- Berichtigung Liegenschaftskataster (Flurbereinigung)
- Übernahme Bodenschätzung (Nachschätzung)
- Übernahme von Veränderungen bei öffentlich-rechtlichen Festlegungen (Wald, Straße, Gewässer etc.)
- Vereinigungsanträge
- Eintrag Umlegungsvermerk, Flurbereinigungsvermerk, sonstige Vormerkungen
- Übernahme von Veränderungen in der Lagebezeichnung (Straße, Hausnummer)
- Stellungnahmen zu Bebauungsplänen etc.
- Mahnung von Fortführungsnachweisen (Verwaltungsakt)
- Modernisierung des Liegenschaftskatasters (ALKIS-Migration, Überführung von Grenzpunkten ins Landeskoordinatensystem UTM)
- Schließung von Dauerrissen
- Erfassung der Allegation des Flurbuchs
- Arbeiten im Lagefestpunktfeld (Raumbezugsysteme nach Lage und Höhe)
- Überführung von Koordinaten nach UTM

5111010251 Qualitätssicherung und Übernahme der Fortführungsunterlagen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: VermG

Unter Qualitätssicherung und Übernahme der Fortführungsunterlagen werden folgende Tätigkeiten verstanden

- Qualifizierung (Fortführung) der Punktdati, Grundrissdati und Automatisiertes Liegenschaftsbuch -ALB- (später ALKIS)
- ergänzende Arbeiten wie Bodenschätzung, öffentlich-rechtliche Festlegungen
- Prüfung der Fortführung
- Prüfung der Vermessungsschriften (Eignungsprüfung)
- Fortführungsentscheidung
- Bekanntgabe des Fortführungsnachweises (FN)
- Eignungsbescheinigungen für Baulandumlegung
- Festsetzung der Gebühren (Öffentlich bestellter Vermessungsingenieur, ÖbV)
- Erstellung des Gebührenbescheides
- Bearbeitung von Widersprüchen (ÖbV)

5111010351 Auskünfte / Auszüge / Erteilung von Bescheinigungen / Auswertungen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: VermG

Unter Auskünfte / Auszüge / Erteilung von Bescheinigungen / Auswertungen werden folgende Tätigkeiten verstanden

- Einsichtnahme (Bürger, Ingenieurbüros, ÖbV)
- Auskünfte, Auszüge (Bürger, Ingenieurbüros, ÖbV)
- Bescheinigungen (Entfernungsbescheinigungen)
- Beglaubigungen
- Auswertungen
- Festsetzung der Gebühren
- Erstellen des Gebührenbescheides
- Bearbeitung von Widersprüchen

5111030151 Vermessungstechnische Ingenieurleistungen

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Aufträge von anderen Ämtern des Landratsamtes

Entwurfs-, Bauvermessung und sonstige vermessungstechnische Ingenieurleistungen nach HOAI, insbesondere: Topographische Aufnahmen (Bestandsaufnahmen), Bebauungsplangrundlagenkarten, Lagepläne zum Baugesuch, Absteckung von Bauvorhaben, Bauwerksüberwachung, Koordinatenermittlung, Entfernungsbescheinigungen, Unterstützung anderer Fachämter bei nichtthoheitlichen Vermessungsarbeiten (z. B. Landwirtschaftsamt)

5111040151 Bildung von Flurstücken

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: VermG

Unter Bildung von Flurstücken werden folgende Tätigkeiten verstanden (einschließlich Vermessung langgestreckter Anlagen und Baulandumlegungen)

- Vorbereitung der Vermessung (ohne größere Umrechnung nach UTM)
- Ankündigung von Vermessungsarbeiten
- Vermessung einschließlich der Bestimmung und Herstellung einzelner Aufnahmepunkte (kein Netzentwurf)
- Nachholung der Abmarkung
- Ausarbeitung ohne Fortführung der Punkt- und Grundrissdati
- Entwurf zum Fortführungsnachweis (FN)
- Aufhebung von Fortführungsnachweisen
- Festsetzung der Gebühr
- Erstellung des Gebührenbescheides
- Fertigungsaussage
- Bearbeitung von Widersprüchen

5111040251 Aufnahme von Gebäuden für das Liegenschaftskataster

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: VermG

Unter Aufnahme von Gebäuden für das Liegenschaftskataster werden folgende Tätigkeiten verstanden

- Feststellung der noch aufzunehmenden Gebäude
- Vorbereitung der Vermessung
- Ankündigung der Vermessungsarbeiten
- Vermessung einschließlich der Bestimmung und Herstellung einzelner Aufnahmepunkte (kein Netzentwurf)
- Ausarbeitung ohne Fortführung der Punkt- und Grundrissdatei
- Entwurf zum Fortführungsnachweis (FN)
- Festsetzung der Gebühr
- Erstellen des Gebührenbescheides
- Fertigungsaussage
- Bearbeitung von Widersprüchen

5111040351 Grenzfeststellungen

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: VermG

Unter Grenzfeststellungen werden folgende Tätigkeiten verstanden

- Vorbereitung der Vermessung (ohne größere Umrechnung nach UTM)
- Ankündigung der Vermessungsarbeiten
- Vermessung einschließlich der Bestimmung und Herstellung einzelner Aufnahmepunkte
- Ausarbeitung ohne Fortführung der Punkt- und Grundrissdatei
- Festsetzung der Gebühr
- Aufstellen des Gebührenbescheides
- Fertigungsaussage
- Bearbeitung von Widersprüchen

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Anteil innerhalb vier Wochen übernommener Vermessungsanträge	95 %	90 %	95 %
Anzahl der Gebäudeaufnahmen	2.029	2.000	1.600
Anteil der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure an den erledigten Antragsvermessungen	90 %	88 %	88 %
Kostendeckungsgrad des Produktbereiches 51	37 %	27 %	30 %
Zahl der geführten Flurstücke	369.443	369.400	369.900
Zahl der Grundbuchbestände	318.779	316.700	319.800
Fläche des Dienstbezirks	1.062 km ²	1.062 km ²	1.062 km ²
Einwohner des Dienstbezirks	558.480	558.000	559.500

Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	44,20	44,20	44,20
Beschäftigte	11,46	11,46	11,46

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_2 Vermessungsamt

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	1.200.582	1.000.000	1.100.000
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	274.983	200.000	100.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	206.162	210.000	240.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.681.727	1.410.000	1.440.000
12	-	Personalaufwendungen	3.480.802-	3.777.648-	3.886.341-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62.253-	60.000-	59.900-
15	-	Abschreibungen	32.567-	32.500-	30.000-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	20.274-	190.375-	209.775-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	3.595.896-	4.060.523-	4.186.016-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.914.169-	2.650.523-	2.746.016-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	89.096	130.000	120.000
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	1.325.143-	1.592.511-	1.620.794-
23	-	kalkulatorische Kosten	2.019-	1.800-	1.400-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.238.067-	1.464.311-	1.502.194-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	3.152.236-	4.114.834-	4.248.210-

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_2 Vermessungsamt

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	1.691.742	1.410.000	1.440.000	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.556.396-	4.028.023-	4.156.016-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.864.655-	2.618.023-	2.716.016-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	145.430-	25.000-	41.000-	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	145.430-	25.000-	41.000-	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	145.430-	25.000-	41.000-	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	2.010.085-	2.643.023-	2.757.016-	0

Erläuterungen:

Die wesentlichen ordentlichen Erträge sind Vermessungsgebühren, die in den Zuweisungen, Zuwendungen und Umlagen enthalten sind und sich mit 1,1 Mio. € um 0,1 Mio. € über dem Ansatz des Vorjahres bewegen. Die sonstigen privatrechtlichen Leistungsentgelte reduzieren sich auf Basis rückläufiger Aufträge beim Zweckverband Highspeed-Netz Rhein-Neckar um 100 T€. Bei den Kostenerstattungen und Kostenumlagen werden wiederum Erträge vom Land für zusätzliche Auszubildende in Höhe von 140 T€ erwartet. Außerdem werden für die zu erwartenden Gebührenauffälle, die im Rahmen der unentgeltlich bereitzustellenden Open Data Informationen entstehen, zusätzliche Kostenerstattungen vom Land von insgesamt 80 T€ (+30 T€) vorgesehen. Für die Erstattungen vom Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik werden 2026 erneut Erträge in Höhe von 20 T€ veranschlagt.

Die ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich im Jahr 2026 um 0,1 Mio. € auf 4,2 Mio. €. Hauptverantwortlich hierfür sind Steigerungen bei den Personalaufwendungen von rd. 0,1 Mio. €.

Finanzhaushalt:

Im Budget 5.2 sind im Haushaltsjahr 2026 im Finanzhaushalt Auszahlungen für den Erwerb einer Performance Smart Antenne sowie einer FlexLine Totalstation in Höhe von 41 T€ ausgewiesen.

THH5	Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_3	Amt für Flurneuordnung

Budgetverantwortung: Herr A. Neubert

Produktbereich: 51 Räumliche Planung und Entwicklung

Produktgruppe:	Produkte:
51.12 Flurneuordnung für räumliche Planung und Entwicklung	5112010152 Flurneuordnung und Landentwicklung, Land- und Forstwirtschaft und Naturschutz 5112020152 Flurneuordnung zur Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen 5112030152 Flurneuordnung für eine ganzheitliche innerörtliche Strukturentwicklung 5112040152 Projektbezogene Entwicklungsplanung, Beratung und Moderation bei der Aufstellung von ländlichen Entwicklungskonzepten 5112050152 Freiwilliger Land- und Nutzungstausch 5112060152 Sicherstellung der Belange der Landentwicklung

Produktgruppe: 51.12 Flurneuordnung für räumliche Planung und Entwicklung

5112010152 Flurneuordnung und Landentwicklung, Land- und Forstwirtschaft und Naturschutz

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: §§ 1 ff FlurbG

Behördlich geleitete und finanziell geförderte Neugestaltung und Zusammenlegung von Eigentum an Grundstücken in ländlichen Gemeinden sowie Ordnung von damit verbundenen Rechten

5112020152 Flurneuordnung zur Umsetzung von Infrastrukturmaßnahmen

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: §§ 86, 87 FlurbG

Behördlich geleitete Verfahren zur schnellen Bereitstellung von Flächen für den Bau von Infrastruktureinrichtungen und zur Vermeidung von Nachteilen für die allgemeine Landeskultur, unter Vermeidung von Enteignung der Grundstückseigentümer

5112030152 Flurneuordnung für eine ganzheitliche innerörtliche Strukturentwicklung

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: §§ 1, 37 FlurbG

Behördlich geleitete und finanziell geförderte Neugestaltung von Ortslagen durch Zusammenlegung und Neuordnung von Eigentum an Grundstücken sowie Ordnung der rechtlichen Verhältnisse

5112040152 Projektbezogene Entwicklungsplanung, Beratung und Moderation bei der Aufstellung von integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: § 38 FlurbG; § 1 Abs. 2 des Gesetzes über die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes

Die projektbezogene Entwicklungsplanung bildet, unter Einbeziehung der vorhandenen Planungen (z. B. Bauleit- und Straßenplanung), die Grundlage für konkrete Planungen und Maßnahmen von Gemeinden, Landkreisen und Verbänden. In moderierten Prozessen zur Aufstellung von integrierten ländlichen Entwicklungskonzepten erfolgt die Unterstützung und finanzielle Förderung einer nachhaltigen Entwicklung des ländlichen Raumes.

5112050152 Freiwilliger Land- und Nutzungstausch

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: §§ 103a -103k FlurbG; Richtlinie des MLR zur Förderung der Flurneuordnung und Landentwicklung

Freiwilliger Tausch von Eigentums- und Pachtflächen. Der Tausch von Eigentumsflächen erfolgt auf der Grundlage des Flurbereinigungsgesetzes. Der Tausch von Pachtflächen wird durch Abschluss von langfristigen Pachtverträgen geregelt, dabei bleiben die Eigentumsverhältnisse an den Grundstücken unverändert.

5112060152 Sicherstellung der Belange der Landentwicklung

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: §§ 34,37,38 FlurbG

Beteiligung als Träger öffentlicher Belange an Planungen im ländlichen Raum; Vertretung der Belange der Landentwicklung gegenüber anderen Trägern öffentlicher Belange; Abstimmung von vorliegenden Planungen mit den Zielen der Landentwicklung

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Geplante bzw. geleistete Arbeitswerte des Grund- und Poolteams	241	350	450
Kosten je Arbeitswert (gewichtete Verfahrensfläche) des Grund- und Poolteams	5.865 €	5.029 €	3.898 €
Anzahl der laufenden Flurneuordnungsverfahren	14	12	12
Fläche der laufenden Flurneuordnungsverfahren in Hektar	5.818	5.090	5.090

Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	1,00	1,00	1,00
Beschäftigte	8,50	8,50	8,50

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_3 Amt für Flurneuordnung

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	0	0	0
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	67.583	58.000	53.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	200	200
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	67.583	58.200	53.200
12	-	Personalaufwendungen	612.285-	751.094-	769.338-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	18.357-	13.600-	14.300-
15	-	Abschreibungen	2.207-	1.300-	500-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	7.822-	41.345-	11.050-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	640.671-	807.339-	795.188-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	573.089-	749.139-	741.988-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	7.785	23.000	23.000
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	772.692-	941.624-	958.823-
23	-	kalkulatorische Kosten	60-	0	0
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	764.967-	918.624-	935.823-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.338.056-	1.667.763-	1.677.812-

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_3 Amt für Flurneuordnung

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	63.346	58.200	53.200	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	638.842-	806.039-	794.688-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	575.496-	747.839-	741.488-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	575.496-	747.839-	741.488-	0

Erläuterungen:

Die ordentlichen Erträge werden gemäß der öffentlich-rechtlichen Vereinbarung zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und dem Land Baden-Württemberg, hier dem Landesamt für Geoinformation und Landentwicklung, überwiegend von Kostenerstattungen zum Ausgleich der sächlichen Verwaltungsaufwendungen für das Poolteam geprägt. Hierbei handelt es sich um Pauschalleistungen pro Vollzeitäquivalent, die anteilig zur jeweiligen Quartalsmitte vom Land an den Kreis überwiesen werden. Aufgrund des derzeit reduzierten Personalbestandes beim Poolteam sind im Plan 2026 mit insgesamt 53 T€ um 5 T€ geringere Erträge gegenüber dem Vorjahr veranschlagt.

Mit insgesamt 0,8 Mio. € bewegen sich die ordentlichen Aufwendungen auf dem Niveau des Vorjahres.

THH5	Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_4	Amt für Landwirtschaft u. Naturschutz

Budgetverantwortung: Frau N. Gross

Produktbereich: 55 Natur- und Landschaftspflege

Produktgruppen:	Produkte:
55.10 Öffentliches Grün / Landschaftsbau	5510010153 Obst- und Gartenbauberatung
55.40 Naturschutz und Landschaftspflege	5540020153 Natur-/ artenschutzrechtliche Zulassungen und Stellungnahmen
	5540020253 Schutzgebiete, Artenschutz, Vollzug
	5540020353 Entwicklung von Natur und Landschaft
55.51 Landwirtschaft	5551010153 Verwaltungsverfahren zu Förder- und Ausgleichsleistungen
	5551020153 Kontrollen der Förder- und Ausgleichsleistungen einschl. Cross Compliance (CC) u. Konditionalität
	5551030153 Koordination von Beratung und berufsbezogener Erwachsenenbildung
	5551040153 Berufsbildung im Agrarbereich
	5551050153 Fachtechnische Bildung
	5551060153 Agrarstruktur und Landschaftsbildung
	5551070153 Landwirtschaftliche Betriebsentwicklung
	5551090153 Umweltgerechte Erzeugung pflanzlicher Produkte
	5551100153 Art-/ umweltgerechte Erzeugung tierischer Produkte
	5551130153 Vermarktungsförderung

Produktgruppe: 55.10 Öffentliches Grün / Landschaftsbau

5510010153 Obst- und Gartenbauberatung

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LLG; KleinG

- Beratung von Erwerbsobstbaubetrieben, Obst- und Gartenbauvereinen, Gemeinden, Privatpersonen
- Durchführung von fachlichen Fortbildungen im Obst- und Gartenbau
- Förderung bürgerschaftlicher Aktivitäten
- Fachliche Gutachten und Stellungnahmen

Produktgruppe: 55.40 Naturschutz und Landschaftspflege

5540020153 Natur-/artenschutzrechtliche Zulassungen und Stellungnahmen

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: BNatSchG/NatSchG/EU-Verordnung

- Erteilung oder Versagen des Benehmens bzw. Einvernehmens von Erlaubnissen, Befreiungen, Ausnahmen, Anordnungen (auch Eingriffsregelung), Genehmigungen im Rahmen der Anhörung sowie in eigener Zuständigkeit, z. B. Genehmigungsverfahren nach § 24 NaturSchG
- Stellungnahmen als Träger öffentlicher Belange bei förmlichen und nicht förmlichen Verfahren, z. B. (Bau)voranfragen, Bauleitplanung, Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) - oder Natura 2000 - Vorprüfungen bzw. entsprechende Verträglichkeitsprüfungen, Vorkaufsrecht, schriftliche Beratung etc.
- Weitergabe von Daten und Unterlagen an Dritte (z. B. Planungsbüros)

5540020253 Schutzgebiete, Artenschutz, Vollzug

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: BNatSchG/NatSchG/EU-Verordnung

- Gebiets-, Biotop- und Objektschutz: Ausweisung, Planerstellung, Würdigung, Rechtsverfahren, Öffentlichkeitsbeteiligung
- Überwachung / Kontrolle in und außerhalb von Schutzgebieten, Ausgleichsmaßnahmen, Eingriffen im Artenschutz: Einzelhandel, Zirkusse, Aussteller, Vereine und Privatpersonen
- Maßnahmen innerhalb eines eigenen naturschutzrechtlichen Verfahrens (ansonsten unter Produkt 5540020144) zur Gefahrenabwehr und zur Beseitigung bereits eingetretener Schäden durch förmliche Anordnungen oder Veranlassung zu freiwilligem Handeln im Artenschutz: Beschlagnahme, Einziehung, Unterbringung, tierärztliche Versorgung, Zwangsvollstreckung und Bußgeldangelegenheiten (Einleitung Owi-Verfahren, Stellungnahmen)
- Ehrenamtlicher Naturschutz

5540020353 Entwicklung von Natur und Landschaft

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: BNatSchG/NatSchG/EU-Verordnung

- Maßnahmen zur Erhaltung, Entwicklung und Sanierung der für Boden, Flora und Fauna wichtigen Flächen: Erarbeitung und Durchführung von Pflege- und Schutzmaßnahmen; Konzepte zum Schutz von besonders gefährdeten Gebieten und Arten
- Förderprogramme Landschaftspflegeberichtlinie (LPR) und Förderprogramm für Agrarumwelt, Klimaschutz und Tierwohl (FAKT), Landschaftspflegeinformationssystem (LaIS)

Produktgruppe: 55.51 Landwirtschaft**5551010153 Verwaltungsverfahren zu Förder- und Ausgleichsleistungen**

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: EU-Verordnung

- Antragsabwicklung bis zur Bescheidung
- Widerspruchsprüfung
- Rückforderung bei Verstößen

5551020153 Kontrollen der Förder- und Ausgleichsleistungen einschl. Cross Compliance (CC) und Konditionalität

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: EU-Verordnung

Vor-Ort-Kontrollen im Bereich EU-Flächenprämien; Kontrolle der Einhaltung der Bestimmungen zu Cross Compliance; Koordination der Kontrollaufgaben verschiedener Kontrollbehörden

5551030153 Koordination von Beratung und berufsbezogener Erwachsenenbildung

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LLG

- Koordination, Planung und Evaluierung von Beratung und berufsbezogener Erwachsenenbildung
- Beratungsdienst für Rindvieh und Futterbau (BRF): fachtechnisches Vorstandsmitglied und Geschäftsführer
- Zusammenarbeit mit anderen Bildungseinrichtungen
- Geschäftsführung: Verein für Landwirtschaftliche Fachbildung (VLF) Ladenburg-Sinsheim

5551040153 Berufsbildung im Agrarbereich

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LLG; Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen im Agrarbereich

Ausbildungsberatung in den Berufen der Land- und Hauswirtschaft; Organisation und Durchführung der Zwischen- und Abschlussprüfungen; Mitwirkung bei der Meisterprüfung in den landwirtschaftlichen und hauswirtschaftlichen Berufen; Überwachung der praktischen Ausbildung

5551050153 Fachtechnische Bildung

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LLG

Unterrichtserteilung an Fachschulen für Land- und Hauswirtschaft in Voll- und Teilzeitform einschließlich Vor- und Nachbereitung und Betreuungsaufwand

5551060153 Agrarstruktur und Landschaftsentwicklung

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LLG

Maßnahmen nach dem Landwirtschafts- und Landeskultugesetz (LLG): Aufforstungsgenehmigung, Gestattung nach § 27 Abs. 3 LLG, landwirtschaftlich nutzbare Grundstücke dem natürlichen Bewuchs zu überlassen
Fortschreibung Flurbilanz; Stellungnahmen zu raumbedeutsamen Planungen als Träger öffentlicher Belange; Umsetzung der Landschaftspflegelinie; Genehmigungsverfahren nach ASVG, Grundstückverkehrsgesetz und Landpachtverkehrsgesetz

5551070153 Landwirtschaftliche Betriebsentwicklung

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: LLG

Umstellungsberatung der Landwirte bei schwierigen unternehmerischen Entscheidungen; Beratung der Landwirtschaftsfamilien zur Erzielung von Einkommensalternativen mittels Betriebsanalysen, Kalkulationen und Planungen; Funktionsüberprüfung und Beratung bei der Entwurfsplanung von landwirtschaftlichen Bauten; Beratung bei der Mechanisierung, alternativen Einkommenserzielung einschließlich Haushaltsökonomik und innovativen Projekten für Frauen im ländlichen Raum; Vorbereitung und Abwicklung von einzelbetrieblichen Fördermaßnahmen einschließlich Maßnahmen und Entwicklungsplan ländlicher Raum (MEPL)

5551090153 Umweltgerechte Erzeugung pflanzlicher Produkte

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
Auftragsgrundlage: PflSchG; DüngMG; WG; diverse Verordnungen

- Vollzug DüngVO
- Pflanzenschutz, Pflanzenschutzdienst
- Beratung, Aufklärung und Schulung in Produktion und Marktorientierung
- Extensivierungsmaßnahmen
- Ökologischer Landbau
- Mitwirkung bei Qualitätskontrollen und Durchführung von Marktordnungsmaßnahmen
- Versuchswesen inklusive Pilotprojekte
- Produktionsbezogener Bodenschutz
- Vollzug KlärschlammVO und BioabfallVO
- Wasserschutzgebietsberatung incl. Verwaltungsverfahren
- Saatguterzeugung und Saatgutverkehr
- Beratung Biodiversität

5551100153 Art-/ umweltgerechte Erzeugung tierischer Produkte

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: TierSchG; diverse Verordnungen

Beratung, Aufklärung und Schulung der Landwirte in Produktion; Empfehlungen zu Haltungssystemen; Beratung in Managementfragen; Emissions- und Stallklimadienst; Umsetzung tier- und produktionsbezogener Hygienemaßnahmen inklusive Milchhygiene; Mitwirkung bei Qualitätskontrollen und Durchführung von Marktordnungsmaßnahmen inklusive Abwicklung von Milchreferenzübertragungen nach Milchgarantiemengenverordnung

5551130153 Vermarktungsförderung

Auftragstyp: Aufgabe der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörde
 Auftragsgrundlage: MarktstrG

Direktvermarktung; Regionalvermarktung; Gläserne Produktion; Vermarktungsinitiativen

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Anzahl der „gemeinsamen Anträge“ des Vorjahres	840	878	874
Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe > 2 ha im Dienstbezirk der Unteren Landwirtschaftsbehörde - ULB - (Rhein-Neckar-Kreis, Mannheim, Heidelberg)	886	840	840
Landwirtschaftlich genutzte Fläche im Dienstbezirk der ULB (in ha)	47.090	46.524	47.021
Schutzgebietsfläche nach Naturschutzrecht im Rhein-Neckar-Kreis (in ha)	43.479	43.479	43.479
Verwaltungs-, Beratungs- und Kontrollkosten			
a) je landwirtschaftlicher Betrieb > 2 ha im Dienstbezirk der ULB	3.516,35 €	4.039,13 €	4.166,74 €
b) je ha Landwirtschaftsfläche im Dienstbezirk der ULB	65,16 €	72,93 €	74,44 €
davon Verwaltungs- und Kontrollkosten je „Gemeinsamer Antrag“	2.536,03 €	2.641,66 €	2.718,61 €
Kosten der Unteren Naturschutzbehörde je ha Schutzgebietsfläche im Rhein-Neckar-Kreis	32,41 €	35,32 €	36,05 €

Stellenplan	2024	2025	2026
Beamte	15,26	16,36	16,36
Beschäftigte	21,97	23,07	21,97

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_4 Amt für Landwirtschaft u. Naturschutz

Ifd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	22.275	27.300	27.300
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.142	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	89.767	101.000	110.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktivierte Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	2.035	2.300	2.300
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	115.219	130.600	139.600
12	-	Personalaufwendungen	3.041.378-	3.165.038-	3.307.686-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	16.733-	26.500-	28.000-
15	-	Abschreibungen	27.911-	26.300-	23.500-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	22.485-	22.500-	22.500-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	117.584-	123.550-	125.450-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	3.226.091-	3.363.888-	3.507.136-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	3.110.872-	3.233.288-	3.367.536-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	22.409	24.000	24.000
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	1.365.457-	1.630.307-	1.633.057-
23	-	kalkulatorische Kosten	1.858-	1.400-	1.000-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	1.344.906-	1.607.707-	1.610.057-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	4.455.778-	4.840.995-	4.977.592-

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_4 Amt für Landwirtschaft u. Naturschutz

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	116.108	130.600	139.600	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	3.213.904-	3.337.588-	3.483.636-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	3.097.795-	3.206.988-	3.344.036-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	64.712-	0	3.000-	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	64.712-	0	3.000-	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	64.712-	0	3.000-	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	3.162.507-	3.206.988-	3.347.036-	0

Erläuterungen:

Die ordentlichen Erträge werden u.a. von Gebührenerträgen von 25,3 T€ (veranschlagt bei Zuweisungen, Zuwendungen und Umlagen) geprägt. Wesentliche Gebührenerträge werden im Rahmen der Sachkunde-Verordnung erzielt. Danach werden Anträge auf Ausstellung eines Ausweises zur Sachkunde im Pflanzenschutz von den jeweiligen Landratsämtern bearbeitet und erstellt. Des Weiteren werden für das Projekt Natura 2000 Kostenerstattungen vom Land in Höhe von 110 T€ (+9 T€) erwartet.

Die ordentlichen Aufwendungen erhöhen sich um 0,1 Mio. € auf insgesamt 3,5 Mio. €. Hauptverantwortlich hierfür sind Steigerungen bei den Personalaufwendungen (+0,1 Mio. €).

Bei den Transferaufwendungen handelt es sich um Fördermaßnahmen für die Obst- und Gartenbauvereine. Der Zuschuss wird für das Jahr 2026 erneut mit 22,5 T€ festgesetzt.

THH5	Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_5	Kreisforstamt

Budgetverantwortung: Herr M. Robens

Produktbereich: 55 Natur- und Landschaftspflege, Friedhofswesen

Produktgruppen:	Produkte:
55.50 Forstwirtschaft	55500254 Dienstleistungen für Wald und Gesellschaft – ökologische Funktion 55500354 Dienstleistungen für Wald und Gesellschaft – soziale Funktion 5550040254 Dienstleistungen für Dritte – Kommunalwald 5550040354 Dienstleistungen für Dritte – Privatwald 5550040454 Dienstleistungen für Dritte – Sonstiges 5550040654 Dienstleistungen für Dritte – Holzverkauf 5550050154 Hoheitliche Aufgaben als Untere Verwaltungsbehörde

Produktgruppe: 55.50 Forstwirtschaft
55500254 Dienstleistungen für Wald und Gesellschaft – ökologische Funktion

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörden
Auftragsgrundlage: § 65 – 75 LWaldG

Beratung sowie Unterstützung Dritter bei landschaftsbezogenen Maßnahmen

55500354 Dienstleistungen für Wald und Gesellschaft – soziale Funktion

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörden
Auftragsgrundlage: § 65 LWaldG

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE); zukunftsorientierte an der Nachhaltigkeit orientierte Waldpädagogik

5550040254 Dienstleistungen für Dritte - Kommunalwald

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörden
Auftragsgrundlage: § 65, § 47, § 48 LWaldG

Forsttechnische Betriebsleitung und forstlicher Reviervdienst, jeweils mit Planung, Vorbereitung, Leitung und Überwachung sämtlicher Betriebsarten; Vergabe von Forstbetriebsarbeiten, Beschaffung von Material und Geräten

5550040354 Dienstleistungen für Dritte – Privatwald (Betreuungsleistungen)

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörden
Auftragsgrundlage: § 65, § 55 LWaldG

Beratung der Privatwaldbesitzer (gesetzliche Pflichtaufgabe); Betreuung mit vertraglicher Übernahme von forstbetrieblichen Maßnahmen; technische Hilfe im Kleinprivatwald gegen Kostenersatz; vertragliche Übernahme der forsttechnischen Betriebsleitung

5550040454 Dienstleistungen für Dritte - Sonstiges

Auftragstyp: Freiwillige Aufgabe
Auftragsgrundlage: Vertragliche Vereinbarung; Auftragsvergabe

Dienstleistungen außerhalb des Waldes sowie Sonderaufgaben; Geschäftsführung der Forstbetriebsgemeinschaften

5550040654 Dienstleistungen für Dritte - Holzverkauf

Auftragstyp: Freiwillige Aufgabe
Auftragsgrundlage: Öffentlich-rechtliche Vereinbarung nach § 25 GKZ

Organisation und Durchführung des Holzverkaufs für den Körperschafts- und Privatwald

5550050154 Hoheitliche Aufgaben als untere Verwaltungsbehörde

Auftragstyp: Aufgaben der Staatlichen Unteren Verwaltungsbehörden
Auftragsgrundlage: § 71 LWaldG

Genehmigungen nach LWaldG

Strukturzahlen	2024	2025	2026

Anzahl der Hektar Forstbetriebsfläche für den

– kommunalen Wald	22.535	22.535	22.535
– privaten Wald	5.200	5.200	5.200

Stellenplan	2024	2025	2026

Beamte	20,00	20,00	21,00
Beschäftigte	6,00	6,00	3,85

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_5 Kreisforstamt

lfd. Nr.	Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR 1	EUR 2	EUR 3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	5.217	5.000	5.000
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	2.739	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	1.451.955	1.375.000	1.372.000
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	7.361	5.000	5.000
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	1.467.271	1.385.000	1.382.000
12	-	Personalaufwendungen	2.372.749-	2.157.585-	2.092.759-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	62.878-	65.000-	77.000-
15	-	Abschreibungen	3-	0	0
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	168.921-	190.655-	185.545-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	2.604.550-	2.413.240-	2.355.304-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	1.137.279-	1.028.240-	973.304-
21	+	Erträge aus internen Leistungen	2.496	1.500	1.000
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	583.935-	706.793-	703.996-
23	-	kalkulatorische Kosten	0	0	0
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	581.439-	705.293-	702.996-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	1.718.718-	1.733.533-	1.676.300-

THH5 Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum
5_5 Kreisforstamt

lfd. Nr.	Teilfinanzhaushalt		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten		EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	1.467.295	1.385.000	1.382.000	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	2.605.833-	2.413.240-	2.355.304-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	1.138.539-	1.028.240-	973.304-	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	45.000-	2.000-	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	45.000-	2.000-	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	45.000-	2.000-	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	1.138.539-	1.073.240-	975.304-	0

Erläuterungen:

Das geplante ordentliche Ergebnis reduziert sich im Vergleich zum Vorjahr um 55 T€ auf rd. -1,0 Mio. €.

Hauptsächlich für die Reduzierung sind im Vergleich zum Vorjahr um rd. 65 T€ gesunkene Personalkosten aufgrund von Personalveränderungen.

Die Kostenerstattungen und -umlagen betragen 1,4 Mio. €. Sie beinhalten im Wesentlichen die Erstattungen von Gemeinden für die Übernahme des forstlichen Revierdienstes (Kommunalwaldbetreuung) in Höhe von 0,7 Mio. €, die nach gesetzlichen Vorgaben zu Gestehungskosten kalkuliert wurden, sowie den Mehrbelastungsausgleich des Landes für die Erfüllung der besonderen Allgemeinwohlverpflichtung von rd. 0,3 Mio. € und Erstattungen für die Organisation und Durchführung des Holzverkaufs für den Körperschafts- und Privatwald von 0,4 Mio. €.



Teilhaushalt 7

Allgemeine Finanzwirtschaft

Verantwortliche Dezernatsleitung:
Ulrich Bäuerlein

THH7 Allg. Finanzwirtschaft
Budgetverantwortung: Frau A. Götz
Produktbereich: 11 Innere Verwaltung

Produktgruppen:	Produkte:
11.22 Finanzverwaltung Kasse	1122030214 Zuschuss an die Freiherr von Ulner'sche Stiftung
11.24 Gebäudemanagement, Techn. Immobilienmanagement	1124020214 Zuschuss an den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik

Produktbereich: 12 Sicherheit und Ordnung

Produktgruppe:	Produkte:
12.26 Verbraucherschutz, Lebensmittelüberwachung Veterinärwesen und Ernährung	1226040314 Tierkörperbeseitigung

Produktbereich: 36 Kinder-, Jugend- und Familienhilfe

Produktgruppe:	Produkte:
36.30 Hilfe für junge Menschen und ihre Familien	3630060114 Zuschuss an die Stift Sunnisheim gGmbH

Produktbereich: 41 Gesundheitsdienste

Produktgruppe:	Produkte:
41.10 Krankenhäuser	4110010114 Zuschuss an die GRN gGmbH 4110010214 Notarzteinsatz

Produktbereich: 53 Ver- und Entsorgung

Produktgruppen:	Produkte:
53.60 Telekommunikationseinrichtungen	5360010114 Leitungsgebundene Breitbandinfrastruktur
53.70 Abfallwirtschaft	5370160114 Zuschuss an die AVR Kommunal AöR 5370160214 BgA Betriebsaufspaltung Deponie

Produktbereich: 61 Allgemeine Finanzwirtschaft

Produktgruppen:	Produkte:
61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen	6110010114 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen
61.20 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	6120010114 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Produktgruppe: 11.22 Finanzverwaltung, Kasse**1122030214 Zuschuss an die Freiherr von Ulners'sche Stiftung**

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Organisations- und Geschäftsverteilungsplan

Darstellung der Betriebskostenzuschüsse an die Freiherr von Ulners'sche Stiftung

Produktgruppe: 11.24 Gebäudemanagement, Technisches Immobilienmanagement**1124020214 Zuschuss an den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: GemO; § 40 GemHVO

Darstellung der Abschreibungen für Investitionszuschüsse an den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik sowie die Kostenerstattung für das Allgemeine Grundvermögen

Produktgruppe: 12.26 Verbraucherschutz, Lebensmittelüberwachung, Veterinärwesen und Ernährung**1226040314 Tierkörperbeseitigung**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: TierKBG

Überwachung der Beseitigung von Tierkörpern (inklusive eventuell erforderlicher Maßnahmen)

Produktgruppe: 36.30 Hilfe für junge Menschen und ihre Familien**3630060114 Zuschuss an die Stift Sunnisheim gGmbH**

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Abbildung des Verlustausgleichs, der Betriebskostenzuschüsse und der Abschreibungen für Investitionszuschüsse an die Jugendeinrichtung Stift Sunnisheim gGmbH

Produktgruppe: 41.10 Krankenhäuser**4110010114 Zuschuss an die GRN gGmbH**

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Abbildung des Verlustausgleichs, der Betriebskostenzuschüsse und der Abschreibungen für Investitionszuschüsse an die GRN Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH
Abbildung der Personalaufwendungen (einschließlich Pensionslasten) für zugewiesene Bedienstete und der Erstattung der Personalkosten

4110010214 Notarzteininsatz

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Abbildung der Fördermaßnahme Notarzteininsatz

Produktgruppe: 53.60 Telekommunikationseinrichtungen**5360010114 Leitungsgebundene Breitbandinfrastruktur**

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Betrieb und Bereitstellung von Glasfaser-Breitbandinfrastruktur

Produktgruppe: 53.70 Abfallwirtschaft**5370160114 Zuschuss an die AVR Kommunal AöR**

Auftragstyp: Freiwillige Leistung
Auftragsgrundlage: Kreistagsbeschluss

Abbildung der Zuschüsse an die AVR Kommunal AöR

5370160214 BgA Betriebsaufspaltung Deponie

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: GemO; GemHVO; GemKVO; GmbHG; UStG; GewStG; KStG

Abbildung steuerlich relevanter Buchungsvorgänge für den BgA Betriebsaufspaltung Deponie

Produktgruppe: 61.10 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen**6110010114 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: §§ 11, 22 FAG; VRG; EWG; § 49 LKrO; GemO

Darstellung von Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) einschließlich Kreisumlage und Grunderwerbsteuer

Produktgruppe: 61.20 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**6120010114 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft**

Auftragstyp: Weisungsfreie Pflichtaufgabe
Auftragsgrundlage: GemO; GemHVO; GemKVO

Zinserträge aus Geldanlagen und Ausleihungen; Zinserträge für gewährte Kassenkredite an verbundene Unternehmen; Avalprovisionen für verbürgte Darlehen der Beteiligungsgesellschaften; Zwangsgelder der Unteren Verwaltungsbehörden und in Selbstverwaltungsangelegenheiten; sowie Erträge aus der Gewinnausschüttung von verbundenen Unternehmen; Zinsaufwendungen für Darlehen und Kassenkredite; Negativzinsen/Verwarentgelt, Verzinsung Girokonto Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Kreisumlage je Einwohner	535,20 €	680,61 €	709,30 €
Schlüsselzuweisungen je Einwohner	161,12 €	133,25 €	167,27 €
Gesamtverschuldung Konzern Rhein-Neckar-Kreis (Mio. €) ¹⁷	237,6	279,8	288,8

¹⁷ Verschuldung AVR Bio Terra GmbH & Co. KG entsprechend Beteiligungsanteil RNK (51 %)

THH7 Allg. Finanzwirtschaft

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	468.826.601	527.072.500	571.514.700
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	6.020	6.000	6.000
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	583.180	590.800	573.900
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	3.194.732	3.634.700	3.327.300
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.645.144	659.400	659.400
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	474.255.677	531.963.400	576.081.300
12	-	Personalaufwendungen	673.246-	673.093-	519.378-
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	654.300-	0
15	-	Abschreibungen	7.801.906-	3.299.000-	2.968.100-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.705.532-	2.000.900-	2.007.800-
17	-	Transferaufwendungen	53.842.944-	49.839.700-	57.783.000-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	642.245-	940.500-	778.500-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	64.665.874-	57.407.493-	64.056.778-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	409.589.803	474.555.907	512.024.522
21	+	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	0	0	0
23	-	kalkulatorische Kosten	913.113-	759.900-	770.600-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	913.113-	759.900-	770.600-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	408.676.690	473.796.007	511.253.922

THH7 Allg. Finanzwirtschaft

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	461.612.271	531.957.400	576.075.300	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	57.326.037-	54.108.493-	61.088.678-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	404.286.234	477.848.907	514.986.622	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	517.535	580.200	602.900	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	517.535	580.200	602.900	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	610.900-	1.000-	201.000-	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	16.440.183-	14.250.000-	2.000.000-	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	17.051.083-	14.251.000-	2.201.000-	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	16.533.548-	13.670.800-	1.598.100-	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	387.752.686	464.178.107	513.388.522	0

Erläuterungen:

1. Ergebnishaushalt:

Im Teilhaushalt 7 ist ein positives ordentliches Ergebnis von 512,0 Mio. € ausgewiesen. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies eine Verbesserung um 37,5 Mio. €. Den Mehrerträgen aus der Kreisumlage (+17,2 Mio. €), den Schlüsselzuweisungen (+19,2 Mio. €), den Finanzzuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG (+0,8 Mio. €) und der Grunderwerbsteuer (+7,5 Mio. €) stehen geringere Zinserträge für gewährte Kassenkredite (-0,8 Mio. €) gegenüber. Auf der Aufwandsseite sind um 2,0 Mio. € höhere Zuweisungen für die Verlustabdeckung 2025 der Gesundheitseinrichtungen Rhein-Neckar gGmbH (GRN gGmbH) veranschlagt. Außerdem erhöhen sich die im Rahmen des Finanzausgleichs zu leistenden Umlagen um 5,9 Mio. €.

Die Erträge (576,1 Mio. €) und Aufwendungen (64,1 Mio. €) des Teilhaushalts 7 stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

ordentliche Erträge:

• Leistungen im Rahmen des Finanzausgleiches nach dem FAG einschl. Kreisumlage, allgemeine Zuweisungen des Landes, Grunderwerbsteuer und Bußgelder		571.514.700 €
• Aufgelöste Investitionszuwendungen		6.000 €
• Kostenerstattungen von verbundenen Unternehmen		573.900 €
- insbesondere Personalkostenerstattungen GRN gGmbH	73.900 €	
- Erstattung Überschuss Finanzkostenumlage Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar	500.000 €	
• Finanzerträge		3.327.300 €
- Zinsen (von Kreditinstituten und verbundenen Unternehmen)	903.100 €	
- Gewinnausschüttung AVR UmweltService GmbH	2.208.700 €	
- Gewinnausschüttung AVR BioTerra GmbH und Co. KG	215.500 €	
• Steuererstattungen (sonstige ordentliche Erträge)		659.400
Summe ordentliche Erträge		576.081.300 €

ordentliche Aufwendungen:

• Personalaufwendungen (für an die GRN gGmbH zugewiesene Beamte einschließlich Pensionslasten für Versorgungsempfänger)		519.378 €
• Planmäßige Abschreibungen für die Investitionszuweisungen an die GRN gGmbH, den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik (EBVIT) und den Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar		2.968.100 €
• Zinsaufwendungen / Bankgebühren		2.007.800 €
• Transferaufwendungen		57.783.000 €
davon		
Aufwendungen im Rahmen des FAG	32.350.400 €	
Zuweisungen an die Freiherr von Ulner'sche Stiftung	65.400 €	
Zuweisungen an die Jugendeinrichtung Stift Sunnisheim gGmbH (Mietzuschuss Sporthalle)	49.800 €	

Zuweisungen an die GRN gGmbH		
- Betriebszuschuss 2026	400.000 €	
- Verlustausgleich 2025	24.000.000 €	
- für den Notarzteinsatz	52.500 €	
Zuweisungen an den Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar (Betriebskostenumlage)	646.100 €	
Zuweisungen an die AVR Kommunal AöR	215.500 €	
Umlage an den Zweckverband Tierkörperbeseitigung	3.300 €	
• Sonstige ordentliche Aufwendungen		778.500 €
- Kostenerstattung an den EBVIT für das Allgemeine Grundvermögen einschl. Biodiversität	563.000 €	
- Kostenerstattung Tierkörperbeseitigung für die Entsorgung von Tieren und Tierkörperteilen	205.000 €	
- Rechts- und Beratungskosten (Steuerberater BgA Abfall)	10.500 €	
Summe ordentliche Aufwendungen		64.056.778 €

2. Finanzhaushalt:

Im Vergleich zum Vorjahr ist im Finanzhaushalt 2026 ein um 12,1 Mio. € geringerer Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit von 1,6 Mio. € veranschlagt. Den Einzahlungen von 0,6 Mio. € (unverändert ggü. Vorjahr) stehen Auszahlungen von 2,2 Mio. € (-12,1 Mio. € ggü. Vorjahr) gegenüber.

Ursächlich hierfür sind geringere Investitionszuweisungen an die GRN gGmbH für den Funktionsneubau bei der GRN Klinik Sinsheim. Hier ist im Jahr 2026 lediglich eine Restzahlung des Kreises in Höhe von 2,0 Mio. € veranschlagt. Darüber hinaus sind im Haushaltsplan 2026 aufgrund der angespannten Finanzlage des Kreises erneut keine Investitionszuweisungen an den EBVIT zur Finanzierung von baulichen Maßnahmen an den kreiseigenen Liegenschaften berücksichtigt. Die im Wirtschaftsplan des EBVIT veranschlagten Investitionsvorhaben müssen neben den erhaltenen Zuweisungen von Dritten über Kredite oder Eigenmittel finanziert werden.

Im Einzelnen ergibt sich für den Finanzhaushalt 2026 folgende Übersicht:

Einzahlungen

• Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzvermögen		602.900 €
davon		
- Tilgung Gesellschafterdarlehen AVR BioTerra GmbH & Co.KG	283.300 €	
- Tilgung Gesellschafterdarlehen GRN gGmbH	219.600 €	
- Tilgung Darlehen Psychiatrisches Zentrum Nordbaden	100.000 €	

Summe Einzahlungen **602.900 €**

Auszahlungen

• Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen		201.000 €
- Kapitaleinlage BGV	1.000 €	
- Gesellschafterdarlehen GRN MVZ gGmbH (Erwerb urologischer Arztsitz)	200.000 €	
• Auszahlungen für Investitionszuweisungen (anteilige Finanzierung (Funktionsneubau bei der GRN Klinik Sinsheim)		2.000.000 €

Summe Auszahlungen **2.201.000 €**

THH7	Allg. Finanzwirtschaft
7_1	Allgemeine Finanzwirtschaft
6110-14	Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen
6110010114	Steuern, allg. Zuweisungen und Umlagen

Ifd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	468.614.180	527.070.500	571.512.700
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	468.614.180	527.070.500	571.512.700
12	-	Personalaufwendungen	0	0	0
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
15	-	Abschreibungen	0	0	0
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	28.551.733-	26.410.600-	32.350.400-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	28.551.733-	26.410.600-	32.350.400-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	440.062.447	500.659.900	539.162.300
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	0	0	0
27	-	kalkulatorische Kosten	0	0	0
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	440.062.447	500.659.900	539.162.300

Erläuterungen:

Die Erträge und Aufwendungen aus dem Finanzausgleich (FAG)¹⁸ im engeren Sinne einschließlich Grunderwerbsteuer und Zuweisungen für Flucht und Migration nach § 29f FAG betragen für das Jahr 2026 saldiert rd. **539,2 Mio. €** und stellen sich im Vergleich zum Vorjahr wie folgt dar:

	2025 in €	2026 in €	Differenz in €
Erträge FAG			
Schlüsselzuweisungen	74.198.000	93.437.800	19.239.800
Erstattung Baurechtsbehörden EWG	55.000	55.000	0
Finanzzuweisungen nach § 11 Abs. 1 FAG für Untere Verwaltungsbehörden	8.895.200	8.913.200	18.000
Finanzzuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG für Eingliederung Sonderbehörden zum 01.07.1995 und 01.01.2005	25.880.000	26.684.800	804.800
Zuweisungen Flucht und Migration nach § 29f FAG	3.015.000	2.716.900	-298.100
Kreisumlage (Hebesatz 2026: 32,75 %)	379.027.300	396.205.000	17.177.700
Grunderwerbsteuer (Kreisanteil)	36.000.000	43.500.000	7.500.000
Summe Erträge	527.070.500	571.512.700	44.442.200
Aufwendungen FAG			
Kommunalverband Jugend und Soziales	-2.981.100	-2.977.600	3.500
Status-Quo-Ausgleich gemäß § 22 FAG	-4.138.700	-2.173.000	1.965.700
FAG-Umlage	-19.290.800	-27.199.800	-7.909.000
Summe Aufwendungen	-26.410.600	-32.350.400	-5.939.800
Saldo	500.659.900	539.162.300	38.502.400

Die Ansätze für die Zuweisungen und Umlagen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) wurden auf den nachfolgenden Grundlagen ermittelt:

- vorläufige Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden (Veröffentlichung vom 31.10.2025)
- Fortschreibung der Orientierungsdaten des Ministeriums für Finanzen und des Ministeriums des Inneren, für Digitalisierung und Kommunen zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung in den Jahren 2026 ff. vom 11.11.2025
- Modellrechnung des Statistischen Landesamtes vom 10.11.2025 zu den Leistungen im kommunalen Finanzausgleich

¹⁸ Die Berechnung der FAG-Leistungen ergibt sich aus **Anlage 2a** zum Haushaltsplan

- **Schlüsselzuweisungen**

Die Schlüsselzuweisungen erhöhen sich gegenüber dem Ansatz des Jahres 2025 um rd. 19,2 Mio. €. Ursächlich hierfür ist eine um 27,6 Mio. € höhere Schlüsselzahl von 130,7 Mio. € bei einer Ausschüttungsquote von 71,5 %. Die Schlüsselzahl ergibt sich aus der Bedarfsmesszahl abzüglich der Steuerkraftmesszahl. Bei der Bedarfsmesszahl ergibt sich ein Plus von 61,9 Mio. €, das im Wesentlichen auf eine deutliche Anhebung des Kopfbetrages um 109 € auf 1.008 € zurückzuführen ist. Gleichzeitig steigt die Steuerkraftmesszahl des Landkreises um 34,3 Mio. €. Die detaillierte Berechnung ergibt sich aus Anlage 2a zum Haushaltsplan.

93.437.800 €
- **Allgemeine Zuweisungen Land**

Die Unteren Baurechtsbehörden sind seit dem 01.01.2008 zuständig für den Vollzug des Erneuerbare-Wärme-Gesetzes Baden-Württemberg. Das Land stellt den Kommunen für die zusätzlichen Personalaufwendungen seit dem Jahr 2009 einen finanziellen Ausgleich zur Verfügung. Der Anteil am landesweiten Kostenausgleich bestimmt sich für die jeweilige Untere Baurechtsbehörde nach der Einwohnerzahl ihres Zuständigkeitsbereichs. Unter Berücksichtigung der tatsächlichen Zahlungen für das Jahr 2025 wird im Haushalt 2026 ein gegenüber dem Vorjahr unveränderter Ansatz veranschlagt.

55.000 €
- **Finanzzuweisungen nach § 11 Abs. 1 FAG**

Die Berechnung der Finanzzuweisungen für die Unteren Verwaltungsbehörden erfolgt auf der Grundlage der gesetzlich festgelegten Kopfbeträge. Hierbei wurde für die Einwohner der Großen Kreisstädte und der Verwaltungsgemeinschaften ein Betrag von 11,42 € und für die Einwohner der übrigen Gemeinden ein Betrag von 18,89 € festgesetzt.

8.913.200 €
- **Finanzzuweisungen nach § 11 Abs. 4 FAG**

Hierbei handelt es sich um Zuweisungen sowohl für die zum 01.07.1995 eingegliederten Unteren Sonderbehörden als auch für die durch das Verwaltungsstruktur-Reformgesetz (VRG) zum 01.01.2005 übertragenen Aufgaben. Für 2026 wurden Zuweisungen von landesweit 620,0 Mio. € (Vorjahr: 601,3 Mio. €) zu Grunde gelegt. Bei einem Anteil des Kreises von 4,304 % ergibt sich ein gegenüber dem Vorjahr um 0,8 Mio. € höherer Zuweisungsbetrag.

26.684.800 €
- **Zuweisungen für Flucht und Migration nach § 29f FAG**

Mit diesen Zuweisungen unterstützt das Land die kommunale Aufgabenerfüllung im Bereich Flucht und Migration. Das Land beteiligt sich an den Kosten mit einer einmaligen Pauschale von 3.750 € je Asylneuantrag. Die jährliche Fördersumme beträgt auf der Grundlage der Modellrechnung des statistischen Landesamtes voraussichtlich 82 Mio. € und wird im Verhältnis der Einwohnerzahlen an die Stadt- und Landkreise verteilt. Der Anteil des Rhein-Neckar-Kreises beträgt 4,97 %. Ein Drittel der erhaltenen Zuweisungen leiten die Landkreise an die kreisangehörigen Gemeinden weiter.

2.716.900 €
- **Kreisumlage**

Im Vergleich zum Vorjahr sind die vorläufigen Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Städte und Gemeinden geringfügig um 3,1 Mio. € auf 1.209,8 Mio. € gesunken. Außerdem wird ggü. dem Vorjahr ein um 1,5 %-Punkte höherer Kreisumlagehebesatz von 32,75 % berücksichtigt. Dies führt zu einem Anstieg des Kreisumlageaufkommens um 17,2 Mio. €.

396.205.000 €

Die Berechnung der Kreisumlage ergibt sich aus der Anlage 2a; die Verteilung auf die kreisangehörigen Gemeinden aus der Anlage 2b.

- **Grunderwerbsteuer** **43.500.000 €**
Nach deutlichen Einbrüchen bei der Grunderwerbsteuer in den Jahren 2023 und 2024 zeichnet sich in den ersten 10 Monaten des Jahres 2025 wieder eine positive Entwicklung des Grunderwerbsteueraufkommens ab. Bis einschließlich Oktober konnten Erträge von 36,7 Mio. € vereinnahmt werden und damit 6,7 Mio. € mehr als bei der Haushaltsplanung angenommen. Berücksichtigt sind hierbei auch sehr hohe einmalige Erträge aus dem Verkauf eines Geschäftsgrundstücks im Kreisgebiet. Landesweit ist eine ähnliche Entwicklung zu beobachten. In den Monaten Januar bis Oktober 2025 ergibt sich beim Aufkommen aus der Grunderwerbsteuer im Vergleich zum Vorjahreszeitraum ein Anstieg um 19,0 %. Für die Monate November und Dezember erwartet die Verwaltung, dass sich der positive Trend fortsetzt. Unter Berücksichtigung dieser Entwicklungen wird im Plan 2026 ein Ansatz von 43,5 Mio. € veranschlagt (+7,5 Mio. € ggü. Vorjahr).
- **Umlage an den Kommunalverband Jugend und Soziales (KVJS)** **2.977.600 €**
Mit dem Gesetz zur Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände im Rahmen des VRG (Artikel 177) wurden ab 2005 die bisher von den Landeswohlfahrtsverbänden wahrgenommenen Aufgaben an die Stadt- und Landkreise und den KVJS übertragen. Für 2026 wird eine nahezu unveränderte Umlage an den KVJS in Höhe von 3,0 Mio. € eingeplant. Die Umlage basiert auf den vom KVJS im September 2025 für die Haushaltsplanung 2026 mitgeteilten Daten zum Hebesatz (0,112 %) und Kopfbetrag (2,658 €).
- **Soziallastenausgleich nach § 22 FAG (Status-Quo-Ausgleich)** **2.173.000 €**
Nach § 22 FAG erfolgt ein Ausgleich für die Übernahme von Aufgaben der Landeswohlfahrtsverbände. Danach werden ab 2005 die den Stadt- und Landkreisen durch die Auflösung der Landeswohlfahrtsverbände entstehenden Be- und Entlastungen zwischen den Stadt- und Landkreisen aufkommensneutral ausgeglichen. Hierbei wird ein Vergleich zwischen den ursprünglichen Zweckausgaben vor der Auflösung, den jeweiligen ersparten Umlagen und den Erhöhungen bei den Schlüsselzuweisungen angestellt. Ergibt sich hieraus ein negativer Saldo, muss der Landkreis den ausgewiesenen Betrag an den Finanzausgleich abführen. Für das Jahr 2026 wird unter Berücksichtigung der Modellrechnung zum Status-Quo-Ausgleich vom 03.11.2025 ein Ansatz von 2,2 Mio. € eingestellt. Gegenüber dem Vorjahr bedeutet dies ein Rückgang um 2,0 Mio. €.
- **Finanzausgleichsumlage** **27.199.800 €**
Die Zahlungen des Landkreises (FAG-Umlage) werden im Vergleich zum Vorjahr voraussichtlich um 7,9 Mio. € höher ausfallen. Die Basiszahlen zur Berechnung der FAG-Umlage sind die Schlüsselzuweisungen für das zweitvorangegangene Jahr (91,5 Mio. €) und das Ist-Aufkommen der Grunderwerbsteuer (31,6 Mio. €). Bei den Schlüsselzuweisungen ist ein Plus von 32,5 Mio. € und bei der Grunderwerbsteuer von 3,3 Mio. € zu verzeichnen, so dass sich bei einem unveränderten FAG-Umlagesatz von 22,1 % der dargestellte Mehraufwand errechnet.

THH7	Allg. Finanzwirtschaft
7_1	Allgemeine Finanzwirtschaft
6120-14	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft
6120010114	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Ifd. Nr.	Schlüsselposition		Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
	Ertrags- und Aufwandsarten		EUR	EUR	EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	212.421	2.000	2.000
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	1.354.107	1.606.400	903.100
9	+	Aktiviert Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	851.144	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	2.417.672	1.608.400	905.100
12	-	Personalaufwendungen	0	0	0
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
15	-	Abschreibungen	4.322.072-	3.000-	2.000-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	1.705.532-	2.000.900-	2.007.800-
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	277	0	0
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	6.027.327-	2.003.900-	2.009.800-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	3.609.655-	395.500-	1.104.700-
21	=	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
24	=	Aufwendungen für interne Leistungen	0	0	0
27	-	kalkulatorische Kosten	0	0	0
28	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	0	0	0
29	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	3.609.655-	395.500-	1.104.700-

Erläuterungen:

Bei der Schlüsselposition Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft wurden im Haushalt 2026 Erträge von 0,9 Mio. € und Aufwendungen von 2,0 Mio. € eingeplant.

Die Zinserträge und Zinsaufwendungen wurden unter Berücksichtigung der aktuellen Zinsentwicklungen kalkuliert. Die Zinserträge aus den an die Eigengesellschaften gewährten Darlehen sowie die Erträge aus Avalprovisionen für verbürgte Darlehen wurden auf der Grundlage der Zins- und Tilgungspläne veranschlagt. Die Zinserträge für gewährte Kassenkredite reduzieren sich im Vergleich zum Vorjahr um 0,8 Mio. €. Ursächlich hierfür ist sowohl ein geringerer Zinssatz durch die Absenkung des Leitzinses der EZB als auch ein deutlicher Rückgang der gewährten Kassenkredite.

Im Einzelnen ergibt sich nachfolgende Übersicht:

• Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	
- Bußgelder (Untere Verwaltungsbehörden)	2.000 €
• Zinsen und ähnliche Erträge	
- Zinserträge für Kassenkredite zur Liquiditätssicherung verbundener Unternehmen	450.000 €
- Zinserträge Avalprovisionen GRN gGmbH, AVR Umweltservice GmbH und AVR BioTerra GmbH & Co. KG	190.700 €
- Zinserträge Darlehen AVR Gruppe	157.200 €
- Zinserträge Darlehen GRN gGmbH	55.100 €
- Zinserträge von Kreditinstituten	50.100 €
Summe ordentliche Erträge	905.100 €

Bei den Aufwendungen sind gegenüber dem Vorjahr weitgehend unveränderte Ansätze eingeplant. Aufgrund der geringen Liquidität des Kreises geht die Verwaltung davon aus, dass auch im Jahr 2026 zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit des Kreises Kassenkredite in Anspruch genommen werden müssen, so dass bei den Zinsaufwendungen für Kontokorrentkredite bzw. das Kreditmanagementkonto ein ggü. dem Vorjahr unveränderter Ansatz von 1,0 Mio. € veranschlagt ist.

Die ordentlichen Aufwendungen stellen sich wie folgt dar:

• Abschreibungen	
- Abschreibung auf Forderungen (Niederschlagung)	2.000 €
• Zinsen und ähnliche Aufwendungen	
- Zinsaufwand für Kreditaufnahmen	930.800 €
- Zinsaufwand für Kreditmanagementkonto / Kontokorrentkredite	1.002.000 €
- Aufwand für Bankgebühren	75.000 €
Summe ordentliche Aufwendungen	2.009.800 €



4. Stellenplan 2026

Teil A: Beamte

Laufbahngruppe	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen					nachrichtlich		
		insges.	mit Zulage	Sonder- Schl.	Leer- stellen	Stellen 2025	tat. bes. am 30.06.2025	Vermerke, Erläuterungen	
I. Kreisverwaltung									
Höherer Dienst	B 8	1,00				1,00	1,00	am 30.06.2025: beurlaubt: 20 davon Elternzeit: 16	
	B 2	2,00				2,00	1,00		
	A 16	5,00			1,00	4,00	4,00		
	A 15	14,00			1,00	16,00	9,87		
	A 14	14,76			1,00	14,76	12,76		
	A 13	12,00			2,00	12,00	5,85		
Gehobener Dienst	A 13	41,51				39,43	34,40	abgeordnet/ zugewiesen: 2 (davon 1 GRN gGmbH und 1 ILS gGmbH)	
	A 12	112,61			12,00	110,61	73,54		
	A 11	190,18				190,35	132,31		
	A 10	112,18			2,00	107,41	72,08		
Mittlerer Dienst	A 11	6,00			1,00	6,00	6,00		
	A 10	46,18				49,83	50,38		
	A 9	23,23				22,98	14,90		
	A 8	2,00				2,00	6,85		
Insgesamt		582,65			20,00	578,37	424,95		
II. Sondervermögen mit Sonderrechnungen									
Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik									
Höherer Dienst	B 2	1,00				1,00	1,00	am 30.06.2025: beurlaubt: 1 davon Elternzeit: 1	
	A 16								
	A 15								
	A 14	3,00				3,00	2,00		
	A 13								
Gehobener Dienst	A 13	4,00				4,00	3,00		
	A 12	1,00				1,00	1,00		
	A 11	3,00				3,00	3,00		
	A 10								
Insgesamt		12,00				12,00	10,00		
Insgesamt (AI und AII)		594,65			20,00	590,37	434,95		

Teil B: Beschäftigte

Entgeltgruppe bzw. Sondertarif	Zahl der Stellen				nachrichtlich	
	insges.		darunter	Stellen 2025	tat. bes. am ^{*1} 30.06.2025	Vermerke/ Erläuterungen
Kreisverwaltung						
E15	1,50			0,50	2,50 ^{*2}	^{*1} einschließlich vorübergehende Beschäftigungen für Flüchtlingskrise und UMA ^{*2} davon 2,0 außer-tarifliches Entgelt
E14	2,75			2,75	3,65	
E13	3,00			3,50	4,00	
E12	11,00			8,50	19,06	
E11	52,35			53,35	68,88	
E10	40,21			39,21	61,37	
E9c	90,21			97,66	126,94	
E9b	52,67			50,68	58,46	
E9a	200,35			165,34	188,90	
E8	44,61			75,53	58,77	
E7	54,37			50,37	55,31	
E6	132,58			91,46	134,48	
E1-5	102,17			153,24	127,80	
P14	0,86			0,86	0,86	zus. besch. am 30.06.2025:
P12	0,82			0,82	0,82	
P11						
P7	8,98			8,98	10,26	
S18	4,00			4,00	4,00	geringf. Beschäftigte: 1
S17	27,35			27,68	29,06	
S15	7,00			5,75	5,25	Freiwilliges soziales Jahr: 12
S14	83,72			83,72	86,62	
S13						
S12	126,68			129,68	120,82	
S11 / S11B	2,75			2,75	7,47	
S8 / S8B						
S4	43,74			40,23	45,37	beurlaubt 73 davon Elternzeit 55
Arbeiter	0,35			0,35	0,35	
insgesamt	1.094,02			1.096,91	1.221,00	

Stellen Kernverwaltung und Schulen					
Teil A+Teil B (ohne Sondervermögen)	1.676,67		1.675,28	1.645,94	
Stellen insgesamt					
Teil A+Teil B	1.688,67		1.687,28	1.655,94	

Teil C: - nachrichtlich - Aufteilung der Stellen auf die Teilhaushalte

I. Beamte

Teilhaushalt	Landrat	höherer Dienst					gehobener Dienst				mittlerer Dienst				Summe
	B 8	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 11	A 10	A 9	A 8	
Budget															
<u>Teilhaushalt 0</u>															
0.1 Rechnungsprüfungsamt				1,00	1,00		1,00	5,50							8,50
0.2 Büro des Landrats			1,00		1,00				1,00						3,00
0.3 Haupt- u. Personalamt	1,00	2,00	1,00	2,00		4,00	2,83	10,00	16,63	4,50			1,00		44,96
0.3 Leerstellen			1,00	1,00	1,00	2,00		12,00		2,00	1,00				20,00
0.5 Kämmereramt			1,00	1,00			2,73	1,00	8,34				1,00		15,07
0.6 Stabsstelle Wirtschaftsförderung				1,00		1,00									2,00
Teilhaushalt 0 - Steuerung und Wirtschaftsförderung	1,00	2,00	4,00	6,00	3,00	7,00	6,56	28,50	25,97	6,50	1,00		2,00		93,53
<u>Teilhaushalt 1</u>															
1.1 Amt für Schulen, Kultur und Sport				1,00	1,76	1,00	1,00	3,11	6,00					1,00	14,87
Teilhaushalt 1 - Bildung				1,00	1,76	1,00	1,00	3,11	6,00					1,00	14,87
<u>Teilhaushalt 2</u>															
2.1 Sozialamt			1,00		1,00	3,00	6,00	9,12	42,85	42,19		2,75			107,91
2.1 Jobcenter Rhein-Neckar-Kreis							2,00	4,00	5,46	14,06					25,52
2.2 Jugendamt					1,00		3,00	4,50	30,59	28,44			0,50		68,03
2.3 Versorgungsamt					1,00		1,00	1,00	7,70			3,45	1,50		15,65
2.4 Amt für Sozialplanung, Vertragswesen und Förderung				1,00	1,00			2,50							4,50
Teilhaushalt 2 - Soziales und Jugend			1,00	1,00	4,00	3,00	12,00	21,12	86,60	84,69		6,20	2,00		221,61
<u>Teilhaushalt 3</u>															
3.1 Rechtsamt				1,00		1,00		2,00					1,00		5,00
3.2 Ordnungsamt				1,00	1,00		1,00	8,38	10,65	15,99		5,65		1,00	44,67
3.3 Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz					1,00		1,00	1,00				1,00			4,00
3.4 Gesundheitsamt							0,95		1,00	0,50					2,45
3.5 Veterinär- und Verbraucherschutz							2,00	1,00	4,25		2,00	11,25	4,00		24,50
Teilhaushalt 3 - Sicherheit und Ordnung				2,00	2,00	1,00	4,95	12,38	15,90	16,49	2,00	17,90	5,00	1,00	80,62

Teilhaushalt Budget	Landrat	höherer Dienst					gehobener Dienst				mittlerer Dienst				Summe
	B 8	B 2	A 16	A 15	A 14	A 13	A 13	A 12	A 11	A 10	A 11	A 10	A 9	A 8	
Teilhaushalt 4															
4.1 Baurechtsamt				1,00			3,00	4,00	5,60	0,50					14,10
4.2 Straßenverkehrsamt				1,00	1,00		1,00	1,00	4,00				3,23		11,23
4.3 Amt für Gewerbeaufsicht und Umweltschutz							2,00	12,00	2,00	1,00		0,63			17,63
4.4 Wasserrechtsamt							3,00	2,75	7,75						13,50
4.5 Amt für Straßen- und Radwegebau					1,00		2,00	5,50	1,00		3,00	3,00	1,00		16,50
4.6 Amt für Nahverkehr				1,00	1,00			2,00	3,50	2,50					10,00
4.6 Stabsstelle nachhaltige Mobilität															
Teilhaushalt 4 - Umwelt und Technik				3,00	3,00		11,00	27,25	23,85	4,00	3,00	3,63	4,23		82,96
Teilhaushalt 5															
5.1 Kommunalrechtsamt				1,00	1,00			4,50							6,50
5.2 Vermessungsamt							2,00	9,75	6,00			16,45	10,00		44,20
5.3 Amt für Flurneuordnung							1,00								1,00
5.4 Amt für Landwirtschaft und Naturschutz							2,00	1,00	10,86	0,50		2,00			16,36
5.5 Kreisforstamt							1,00	5,00	15,00						21,00
Teilhaushalt 5 - Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum				1,00	1,00		6,00	20,25	31,86	0,50		18,45	10,00		89,06
Teilhaushalt 7															
7.1 Allgemeine Finanzwirtschaft															
Teilhaushalt 7 - Allgemeine Finanzwirtschaft															
Summe Verwaltung und Schulen	1,00	2,00	5,00	14,00	14,76	12,00	41,51	112,61	190,18	112,18	6,00	46,18	23,23	2,00	582,65
Eigenbetrieb Bau, Vermögen u. Informationstechnik															
Eigenbetrieb Bau, Vermögen u. Informationstechnik Leerstellen		1,00			3,00		4,00	1,00	3,00						12,00
Eigenbetrieb Bau, Vermögen u. Informationstechnik		1,00			3,00		4,00	1,00	3,00						12,00
Summe Verwaltung, Schulen und Sondervermögen	1,00	3,00	5,00	14,00	17,76	12,00	45,51	113,61	193,18	112,18	6,00	46,18	23,23	2,00	594,65



Teil C: - nachrichtlich - Aufteilung der Stellen auf die Teilhaushalte

II. Beschäftigte

Entgeltgruppe bzw. Sondertarif														Pflege				Sozial- und Erziehungsdienst							Arbeiter	Summe
	E15	E14	E13	E12	E11	E10	E9c	E9b	E9a	E8	E7	E6	E1-5	P14	P12	P11	P7	S18	S17	S15	S14	S12	S11/ S11B	S4		
Budget	Teilhaushalt																									
Teilhaushalt 0																										
0.1 Rechnungsprüfungsamt																										11,50
0.2 Büro des Landrats			2,00	2,00	5,00		1,00	1,00	0,50										0,67							45,03
0.3 Haupt- u. Personalamt					2,50	4,00	10,79	2,38	9,86	3,86	0,50	4,97	5,50													30,48
0.3 Leerstellen																										4,70
0.5 Kämmereramt					1,00	3,00	0,75	0,60	18,38	4,75		1,50	0,50													
0.6 Stabsstelle Wirtschaftsförderung				1,00	3,10	0,60																				
Teilhaushalt 0 - Steuerung und Wirtschaftsförderung			2,00	3,00	11,60	7,60	12,54	3,98	28,74	8,61	0,50	6,47	6,00						0,67							91,71
Teilhaushalt 1																										
1.1 Amt für Schulen, Kultur und Sport					4,75	2,64	2,00	0,75	4,37	6,16	0,87	30,54	15,79	0,86	0,82		8,98		0,88			8,31		43,74	0,35	131,81
Teilhaushalt 1 - Bildung					4,75	2,64	2,00	0,75	4,37	6,16	0,87	30,54	15,79	0,86	0,82		8,98		0,88			8,31		43,74	0,35	131,81
Teilhaushalt 2																										
2.1 Sozialamt					1,00	3,00	8,80		19,59	5,25		4,47	9,29						2,00			58,05				111,45
2.1 Jobcenter Rhein-Neckar-Kreis				1,00		1,55	39,92	0,11	1,60		0,50	2,80														47,48
2.2 Jugendamt	1,00					1,00	5,00	2,00	16,93			3,50	14,17					4,00	22,05	3,00	83,72	43,86				200,23
2.3 Versorgungsamt	0,50	1,75		1,00		3,25	2,75	1,00	23,45			1,00	8,40									1,00				44,10
2.4 Amt für Sozialplanung, Vertragswesen und Förderung				1,00	4,00	1,00						0,75														6,75
Teilhaushalt 2 - Soziales und Jugend	1,50	1,75		2,00	6,00	9,80	56,47	3,11	61,57	5,25	0,50	12,52	31,86					4,00	24,05	3,00	83,72	102,91				410,01
Teilhaushalt 3																										
3.1 Rechtsamt							1,00	2,00	2,00	8,99			1,85													15,84
3.2 Ordnungsamt				2,00	4,00	3,20	9,20	17,62	22,63	3,70	5,90	6,90	17,48						1,00	4,00		13,50				111,13
3.3 Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz					1,00	3,00	2,00	1,00	1,10	1,00			0,50													9,60
3.4 Gesundheitsamt					3,00	1,50	1,00	17,96	8,75			11,25	6,69						0,75			1,96	2,75			55,61
3.5 Veterinäramt und Verbraucherschutz						1,00	0,50	0,50		2,00		1,75	1,70													7,45
Teilhaushalt 3 - Sicherheit und Ordnung				2,00	8,00	8,70	13,70	39,08	34,48	15,69	5,90	19,90	28,22						1,75	4,00		15,46	2,75			199,63

Entgeltgruppe bzw. Sondertarif														Pflege				Sozial- und Erziehungsdienst							Arbeiter	Summe
	E15	E14	E13	E12	E11	E10	E9c	E9b	E9a	E8	E7	E6	E1-5	P14	P12	P11	P7	S18	S17	S15	S14	S12	S11/ S11B	S4		
Budget																										
Teilhaushalt																										
Teilhaushalt 4																										
4.1 Baurechtsamt				1,00	5,00			3,75	2,30			5,70	1,00													18,75
4.2 Straßenverkehrsamt						1,00	4,00		24,54	0,50	40,60	1,00	7,00													78,64
4.3 Amt für Gewerbeaufsicht und Umweltschutz							1,00				1,00	1,00	1,75													4,75
4.4 Wasserrechtsamt			1,00	1,00	4,00	1,00		1,00		2,90			1,00													11,90
4.5 Amt für Straßen- und Radwegebau					3,00			1,00	28,00	3,50	3,00	49,99	1,55													90,04
4.6 Amt für Nahverkehr						1,00	0,50		1,00	1,00	2,00															5,50
4.6 Stabsstelle nachhaltige Mobilität		1,00		1,00	2,00																					4,00
Teilhaushalt 4 - Umwelt und Technik		1,00	1,00	3,00	14,00	3,00	5,50	5,75	55,84	7,90	46,60	57,69	12,30													213,58
Teilhaushalt 5																										
5.1 Kommunalrechtsamt										1,00		0,50														1,50
5.2 Vermessungsamt									1,00			2,46	8,00													11,46
5.3 Amt für Flumeuordnung					1,00	4,00		2,50				1,00														8,50
5.4 Amt für Landwirtschaft und Naturschutz				1,00	7,00	4,47		8,00				1,50														21,97
5.5 Kreisforstamt								3,85																		3,85
Teilhaushalt 5 - Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum				1,00	8,00	8,47		15,35	1,00			5,46	8,00													47,28
Teilhaushalt 7																										
7.1 Allgemeine Finanzwirtschaft																										
Teilhaushalt 7 - Allgemeine Finanzwirtschaft																										
Summe Verwaltung und Schulen	1,50	2,75	3,00	11,00	52,35	40,21	90,21	52,67	200,35	44,61	54,37	132,58	102,17	0,86	0,82		8,98	4,00	27,35	7,00	83,72	126,68	2,75	43,74	0,35	1.094,02

**Teil D: - nachrichtlich - Ehrenbeamte, sowie Beamte auf Widerruf,
sonstige Nachwuchskräfte und informatorisch Beschäftigte**
I. Ehrenbeamte

Bezeichnung	Aufwandsentschädigung pro Person	Zahl 2026	Vorgesehen 2025	Beschäftigt am 30.06.2025	Erläuterungen
Kreisbrandmeister		0,00	0,00	0,00	
stellv. Kreisbrandmeister	3.600,00 €	4,00	4,00	4,00	
Unterkreisführer	900,00 €	7,00	7,00	7,00	
Insgesamt		11,00	11,00	11,00	

II. Beamte auf Widerruf, sonstige Nachwuchskräfte und informatorisch Beschäftigte

Bezeichnung	Art der Vergütung / Besoldungsgruppe	Zahl 2026	Vorgesehen 2025	Beschäftigt am 30.06.2025	Erläuterungen
Fleischkontrolleure	Stückverg.	19,00	19,00	11,00	
Praktikanten	fester Satz	25,00	25,00	4,00	
Auszubildende in öffentlich-rechtlichen Ausbildungsverhältnissen / Oberinspektor- bzw. Hauptsekretäranwärter und sonstige Beamte auf Widerruf	Ausbildungsvergütung / Anwärterbezüge	126,00	117,00	51,00	
Insgesamt		170,00	161,00	66,00	

Zusammenstellung

Teilhaushalt		Beamte	Beschäftigte	zusammen
Budget				
<u>Teilhaushalt 0</u>				
0.1	Rechnungsprüfungsamt	8,50	0,00	8,50
0.2	Büro des Landrats	3,00	11,50	14,50
0.3	Haupt- u. Personalamt	44,96	45,03	89,99
0.3	Leerstellen	20,00	0,00	20,00
0.5	Kämmereiamt	15,07	30,48	45,55
0.6	Stabsstelle Wirtschaftsförderung	2,00	4,70	6,70
Teilhaushalt 0 - Steuerung und Wirtschaftsförderung		93,53	91,71	185,24
<u>Teilhaushalt 1</u>				
1.1	Amt für Schulen, Kultur und Sport	14,87	131,81	146,68
Teilhaushalt 1 - Bildung		14,87	131,81	146,68
<u>Teilhaushalt 2</u>				
2.1	Sozialamt	107,91	111,45	219,36
2.1	Jobcenter Rhein-Neckar-Kreis	25,52	47,48	73,00
2.2	Jugendamt	68,03	200,23	268,26
2.3	Versorgungsamt	15,65	44,10	59,75
2.4	Amt für Sozialplanung, Vertragswesen und Förderung	4,50	6,75	11,25
Teilhaushalt 2 - Soziales und Jugend		221,61	410,01	631,62
<u>Teilhaushalt 3</u>				
3.1	Rechtsamt	5,00	15,84	20,84
3.2	Ordnungsamt	44,67	111,13	155,80
3.3	Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz	4,00	9,60	13,60
3.4	Gesundheitsamt	2,45	55,61	58,06
3.5	Veterinäramt und Verbraucherschutz	24,50	7,45	31,95
Teilhaushalt 3 - Sicherheit und Ordnung		80,62	199,63	280,25

Teilhaushalt		Beamte	Beschäftigte	zusammen
Budget				
<u>Teilhaushalt 4</u>				
4.1	Baurechtsamt	14,10	18,75	32,85
4.2	Straßenverkehrsamt	11,23	78,64	89,87
4.3	Amt für Gewerbeaufsicht und Umweltschutz	17,63	4,75	22,38
4.4	Wasserrechtsamt	13,50	11,90	25,40
4.5	Amt für Straßen- und Radwegebau	16,50	90,04	106,54
4.6	Amt für Nahverkehr	10,00	5,50	15,50
4.6	Stabsstelle nachhaltige Mobilität	0,00	4,00	4,00
Teilhaushalt 4 - Umwelt und Technik		82,96	213,58	296,54
<u>Teilhaushalt 5</u>				
5.1	Kommunalrechtsamt	6,50	1,50	8,00
5.2	Vermessungsamt	44,20	11,46	55,66
5.3	Amt für Flurneuordnung	1,00	8,50	9,50
5.4	Amt für Landwirtschaft und Naturschutz	16,36	21,97	38,33
5.5	Kreisforstamt	21,00	3,85	24,85
Teilhaushalt 5 - Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum		89,06	47,28	136,34
<u>Teilhaushalt 7</u>				
7.1	Allgemeine Finanzwirtschaft	0,00	0,00	0,00
Teilhaushalt 7 - Allgemeine Finanzwirtschaft		0,00	0,00	0,00
Summe Verwaltung und Schulen		582,65	1.094,02	1.676,67

D. Anlagen zum Haushaltsplan

- 1 Übersicht über die Personalaufwendungen
- 2
 - a. Berechnung der Leistungen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)
 - b. Übersicht über die vorläufigen Steuerkraftsummen und die Kreisumlage
- 3 Verteilung der Sachkostenbeiträge auf die einzelnen Schulen
- 4 Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung der Liquidität
- 5 Übersicht über die verbindlich vorgegebenen Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit
- 6 Übersicht über den voraussichtlichen Stand der
 - a. Schulden (einschließlich Kassenkredite)
 - b. Rückstellungen
 - c. Rücklagen
- 7 Übersicht über die Verpflichtungsermächtigungen
- 8 Verwaltungsinterne Leistungsverrechnungen
- 9 Finanzplan mit Investitionsprogramm 2025 – 2029
- 10 Abschreibungen, Auflösung von Zuweisungen und kalkulatorische Kosten
- 11 Nachweis der Bürgschaftsübernahmen des Kreises
- 12 Übersicht über die Zuordnung der Produktbereiche und Produktgruppen zu den Teilhaushalten (§ 4 Abs. 5 GemHVO)

Anlage 1

**Übersicht über die
PERSONALAUFWENDUNGEN
2026**

Übersicht zu den Personalaufwendungen 2026

Im Vergleich zum Rechnungsergebnis 2024 und dem Haushaltsansatz 2025 wird von folgender Entwicklung der Personalaufwendungen der Verwaltung und der Schulen im Jahr 2026, einschließlich der Personalkostenrückersätze an das Land, ausgegangen:

	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
Personalaufwendungen (Mio. €) einschl. Rückerstattungen an das Land	128,7	138,8	140,6

Die Planung wurde auf Basis des Haushaltsansatzes 2025, einer Hochrechnung der prognostizierten Tarifänderungen und Umlagen, besoldungsrechtlichen Vorgaben sowie Veränderungen des Stellenplans ermittelt.

Der Personalaufwand berechnet sich wie folgt:

	in Mio. €
Grundlage rechnerisch ermittelter Haushaltsansatz 2025 ohne pauschale Kürzung ¹⁹	142,8
Veränderungen des Stellenplans sowie vorübergehende Bedarfe	- 1,3
davon Flüchtlingskontext -1,5 Mio. €	
davon sonstige Bereiche 0,2 Mio. €	
Tarif- und Besoldungserhöhung einschließlich Lohnnebenkosten und Versorgungsaufwendungen sowie sonstige Veränderungen	4,1
Ermittelter rechnerischer Personalaufwand 2026	<u>145,6</u>
Einsparvorgabe	- 5,0
Haushaltsansatz 2026	<u>140,6</u>

Weitere Haushaltsentscheidungen: (im Planansatz bereits enthalten)	in Mio. €
Neue Ausbildungsplätze 2026	0,5
Beförderungen entsprechend den Beförderungsrichtlinien	0,1
Leistungsprämie Beamtinnen und Beamte (gemäß § 76 Landesbesoldungsgesetz Baden-Württemberg)	0,2

¹⁹ Der rechnerisch ermittelte Ansatz von 142,8 Mio. € wurde um 4,0 Mio. € pauschal gekürzt, so dass der tatsächliche Ansatz 2025 138,8 Mio. € beträgt.

I. Änderungen der Grundlagen / Entwicklungen:

Die Personalaufwendungen einschließlich der Rückersätze steigen gegenüber dem Haushaltsansatz 2025 um 1,8 Mio. € auf 140,6 Mio. € an. Dies entspricht einer Erhöhung von 1,3 %.

Für nicht steuerbare Tarif- und Besoldungserhöhungen, Mehrbedarf bei Umlagen oder bei den Aufwendungen für Zuführung bzw. Auflösung von Rückstellungen für Altersteilzeitfälle sowie sonstige Veränderungen (strukturelle Veränderungen der Personalaufwendungen, wie das Aufsteigen in den Entwicklungsstufen, tarifliche Höhergruppierungen, etc.) werden insgesamt 4,1 Mio. € benötigt.

Für die Tarifbeschäftigten sind entsprechend der Tarifeinigung 2025 für den öffentlichen Dienst (TVöD VKA) im Plansatz Erhöhungen von 2,8 % ab 01.05.2026 eingerechnet. Bei den Beamtinnen und Beamten wurde eine Steigerung der Dienst- und Versorgungsbezüge von 3 % ab 01.11.2026 prognostiziert. Ferner sind die Erhöhungen mit einer Zunahme der Lohnnebenkosten wie beispielsweise der Sozialversicherungsbeiträge und der Zusatzversorgung verbunden.

Die Rückstellungen für Altersteilzeit und Sabbaticals sowie die Umlagen an den Kommunalen Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW) für Versorgung und Beihilfe der Versorgungsempfängerinnen und -empfänger sowie Versorgungslastenteilung sind im Personalaufwand mit einem Mehrbedarf von rd. 0,5 Mio. € berücksichtigt. Einmalige Ausgleichszahlungen für die Versorgungslast der Beamtinnen und Beamten, welche den Dienstherrn gewechselt haben, fließen in die Abrechnung mit dem KVBW ein und machen den Ansatz schwer kalkulierbar.

Bei der Kalkulation des Planansatzes für die Gesamtpersonalaufwendungen wurde eine Einsparvorgabe von insgesamt 5,0 Mio. € berücksichtigt. Die Einsparvorgabe ist zentral im Budget 0.3 Haupt und Personalamt veranschlagt und macht etwa 3,43 % für die Personalaufwendungen jedes Budgets aus.

II. Haushaltsentscheidungen

• Stellenplanveränderungen

Im Stellenplan 2026 sind insgesamt 1.676,67 Stellen ausgewiesen.

Saldiert betrachtet erhöht sich der Stellenplan um 1,39 Stellenanteile (STA).

Etwa 6 STA sind nahezu vollständig finanziert. Rund 10 zusätzliche STA sind aufgrund gesetzlicher Vorgaben oder Änderungen bzw. zur Sicherstellung der rechtmäßigen Aufgabenerledigung erforderlich. Demgegenüber steht ein Stellenabbau in vergleichbarer Höhe, so dass der Stellenplan saldiert betrachtet lediglich 1,39 STA zusätzlich enthält.

Gegenüber dem Vorjahr verringert sich der Personalaufwand für personelle Ressourcen mit Flüchtlingskontext um rund 1,5 Mio. €.

Bei der Ermittlung des Aufwands wurde bei vakanten Stellen grundsätzlich mit niedrigen Werten gerechnet. Bei neuen Stellen wurde überwiegend von einer Besetzung zum 01.04. ausgegangen.

• Ausbildungskosten

Im Planansatz für den Personalaufwand sind für die Einstellung von insgesamt 52 neuen Auszubildenden bzw. Studierenden in 14 Ausbildungsberufen bzw. Dualen Studiengängen rund 0,5 Mio. € enthalten. Des Weiteren sind 9 Auszubildende bzw. Studierende in 7 Ausbildungsberufen bzw. Dualen Studiengängen im Bereich des Eigenbetriebs Bau, Vermögen und Informationstechnik vorgesehen. Der Aufwand ist im dortigen Planansatz veranschlagt.

• Beförderungen

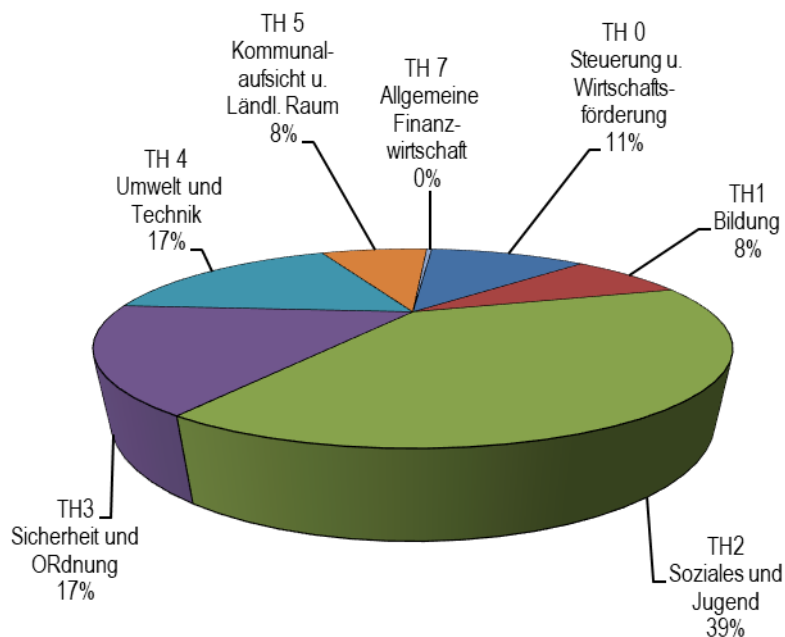
Für Beförderungen von Beamtinnen und Beamten des Kreises sind 0,1 Mio. € erforderlich, die in den Personalaufwand einkalkuliert sind.

- **Leistungsprämie Beamtinnen und Beamte**

Für die Gewährung von Leistungsprämien an Beamtinnen und Beamte nach § 76 Landesbesoldungsgesetz (LBeGBW) waren analog der tarifrechtlichen Regelungen ehemals 2 % der Grundgehälter der Beamtinnen und Beamten vorgesehen. Für das Haushaltsjahr 2026 wird der Gesamtbetrag wiederum halbiert, so dass sich ein reduzierter Planansatz in Höhe von 0,2 Mio. € ergibt.

III. Verteilung der Personalaufwendungen

Nach den obigen Angaben werden für die Personalaufwendungen der Verwaltung einschließlich der Rückersätze 140,6 Mio. € eingeplant. Die prozentuale Aufteilung der Aufwendungen auf die einzelnen Teilhaushalte und Budgets ist dem folgenden Schaubild und der angefügten Tabelle zu entnehmen.



Budget	Haushaltsplan 2025			Haushaltsplan 2026			Differenz	
	Personal- aufwand Euro	Rückerst. § 39 FAG Euro	Gesamt Euro	Personal- aufwand Euro	Rückerst. § 39 FAG Euro	Gesamt Euro	+/- Euro	+/- %
0.1 Rechnungsprüfungsamt	743.151	0	743.151	843.620	0	843.620	100.469	13,52%
0.2 Büro des Landrats	2.643.195	0	2.643.195	2.632.454	0	2.632.454	-10.741	-0,41%
0.3 Haupt- und Personalamt	9.081.587	52.400	9.133.987	7.598.843	55.000	7.653.843	-1.480.144	-16,20%
0.5 Kämmereiamt	3.627.877	0	3.627.877	3.723.692	0	3.723.692	95.814	2,64%
0.6 Stabsstelle Wirtschaftsförderung	837.302	0	837.302	922.749	0	922.749	85.447	10,21%
0 Summe TH Steuerung und Wirtschaftsförderung	16.933.113	52.400	16.985.513	15.721.358	55.000	15.776.358	-1.209.154	-7,12%
1.1 Amt für Schulen, Kultur und Sport	10.449.872	0	10.449.872	11.055.484	0	11.055.484	605.612	5,80%
1 Summe TH Bildung	10.449.872	0	10.449.872	11.055.484	0	11.055.484	605.612	5,80%
2.1 Sozialamt	23.643.606	0	23.643.606	24.371.763	0	24.371.763	728.158	3,08%
2.2 Jugendamt	23.790.412	0	23.790.412	24.480.248	0	24.480.248	689.836	2,90%
2.3 Versorgungsamt	4.240.770	0	4.240.770	4.476.373	0	4.476.373	235.603	5,56%
2.4 Amt für Sozialplanung, Vertragswesen und Förderung	1.042.491	0	1.042.491	1.210.980	0	1.210.980	168.489	16,16%
2 Summe TH Soziales und Jugend	52.717.279	0	52.717.279	54.539.365	0	54.539.365	1.822.086	3,46%
3.1 Rechtsamt	1.512.973	0	1.512.973	1.500.229	0	1.500.229	-12.744	-0,84%
3.2 Ordnungsamt	14.590.796	0	14.590.796	13.221.876	0	13.221.876	-1.368.921	-9,38%
3.3 Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz	1.213.740	0	1.213.740	1.329.073	0	1.329.073	115.333	9,50%
3.4 Gesundheitsamt	4.426.151	0	4.426.151	4.573.532	0	4.573.532	147.381	3,33%
3.5 Veterinäramt und Verbraucherschutz	2.626.474	218.000	2.844.474	2.931.097	230.000	3.161.097	316.622	11,13%
3 Summe TH Sicherheit und Ordnung	24.370.134	218.000	24.588.134	23.555.806	230.000	23.785.806	-802.328	-3,26%
4.1 Baurechtsamt	2.684.021	0	2.684.021	2.820.912	0	2.820.912	136.892	5,10%
4.2 Straßenverkehrsamt	6.302.754	0	6.302.754	6.681.630	0	6.681.630	378.876	6,01%
4.3 Amt für Gewerbeaufsicht und Umweltschutz	1.838.353	0	1.838.353	1.905.192	0	1.905.192	66.840	3,64%
4.4 Wasserrechtsamt	2.225.105	0	2.225.105	2.328.018	0	2.328.018	102.913	4,63%
4.5 Amt für Straßen- und Radwegebau	8.188.402	0	8.188.402	8.712.724	0	8.712.724	524.322	6,40%
4.6 Mobilitätsmanagement und Nahverkehr	1.620.163	0	1.620.163	1.688.592	0	1.688.592	68.430	4,22%
4 Summe TH Umwelt und Technik	22.858.798	0	22.858.798	24.137.069	0	24.137.069	1.278.272	5,59%
5.1 Kommunalrechtsamt	733.391	0	733.391	775.862	0	775.862	42.471	5,79%
5.2 Vermessungsamt	3.777.648	0	3.777.648	3.886.341	0	3.886.341	108.693	2,88%
5.3 Amt für Flurneuordnung	751.094	0	751.094	769.338	0	769.338	18.244	2,43%
5.4 Amt für Landwirtschaft und Naturschutz	3.165.038	0	3.165.038	3.307.686	0	3.307.686	142.647	4,51%
5.5 Kreisforstamt	2.157.585	0	2.157.585	2.092.759	0	2.092.759	-64.827	-3,00%
5 Summe TH Kommunalaufsicht und Ländl. Raum	10.584.756	0	10.584.756	10.831.985	0	10.831.985	247.229	2,34%
7.1 Allgemeine Finanzwirtschaft	673.093	0	673.093	519.378	0	519.378	-153.715	-22,84%
7 Summe TH Allgemeine Finanzwirtschaft	673.093	0	673.093	519.378	0	519.378	-153.715	-22,84%
Summe Gesamthaushalt	138.587.045	270.400	138.857.445	140.360.446	285.000	140.645.446	1.788.001	1,29%

Anlage 2a

Berechnung des Finanzausgleichs 2026		in €		
		Haushalt 2025 Spalte 2	Haushalt 2026 Spalte 3	Unterschied Spalte 2 zu 3
1.0	Vorläufige Steuerkraftsumme			
1.1	Vorläufige Steuerkraftsumme der kreisangehörigen Gemeinden	1.212.887.219	1.209.786.408	-3.100.811
1.2	Grunderwerbsteuer des zweitvorangegangenen Jahres	28.300.725	31.572.273	3.271.548
1.3	Zuweisungen des zweitvorangegangenen Jahres	58.987.889	91.503.888	32.515.999
1.4	Vorläufige Steuerkraftsumme des Landkreises	1.300.175.833	1.332.862.569	32.686.736
2.0	Vorläufige Steuerkraftmesszahl			
2.1	Steuerkraftsummen der kreisangeh. Gemeinden x gewogener Landesdurchschnitt der Kreisumlagehebesätze (in Prozent) in 2025	1.212.887.219 30,49	1.209.786.408 33,13	-3.100.811 2,64
		369.809.313	400.802.236	30.992.923
2.2	Grunderwerbsteuer des zweitvorangegangenen Jahres	28.300.725	31.572.273	3.271.548
2.3	Vorläufige Steuerkraftmesszahl	398.110.037	432.374.509	34.264.472
3.0	Vorläufige Bedarfsmesszahl			
3.1	Einwohnerzahl nach § 10 FAG	557.467	558.588	1.121
3.2	x Kopfbetrag	899,00	1.008,00	109,0
3.3	Vorläufige Bedarfsmesszahl	501.162.833	563.056.704	61.893.871
4.0	Vorläufige Schlüsselzahl			
	Bedarfsmesszahl	501.162.833	563.056.704	61.893.871
	./. Steuerkraftmesszahl	398.110.037	432.374.509	34.264.472
	Schlüsselzahl	103.052.796	130.682.195	27.629.399,1
5.0	Schlüsselzuweisungen			
	bei einer vorläufigen Ausschüttung von %	72,0	71,50	-0,50
	Schlüsselzuweisungen	74.198.000	93.437.800	19.239.800

Berechnung des Finanzausgleichs 2026		in €		
		Haushalt 2025 Spalte 2	Haushalt 2026 Spalte 3	Unterschied Spalte 2 zu 3
6.0 Zuweisung nach Einwohnerzahl				
6.1 Einwohner der Großen Kreisstädte und Verw. Gemeinschaften x Kopfbeträge		218.917 11,42	219.358 11,42	440 0,00
		2.500.000	2.505.100	5.100
6.2 Einwohner der übrigen Gemeinden x Kopfbeträge		338.550 18,89	339.230 18,89	681 0,00
		6.395.200	6.408.100	12.900
Finanzzuweisung (§ 11 Abs. 1 FAG)		8.895.200	8.913.200	18.000
7.0 Finanzzuweisung nach § 11 Abs. 4 FAG				
pauschale Zuweisungen für Eingliederung der Sonderbehörden / VRG 620 Mio. € x 4,304%		25.880.000	26.684.800	804.800
8.0 Kreisumlage				
Steuerkraftsumme der kreisangehörigen Gem. x Hebesatz in Prozent		1.212.887.219 31,25	1.209.786.408 32,75	-3.100.811 1,50
Kreisumlage		379.027.300	396.205.000	17.177.700
9.0 Sonstige Umlagen nach dem FAG				
9.1 Umlage Kommunalverband Jugend u. Soziales				
Steuerkraftsumme des Landkreises x Hebesätze in Prozent		1.300.175.833 0,116	1.332.862.569 0,112	32.686.736 -0,004
		1.508.200	1.492.800	-15.400
Einwohnerzahl nach § 10 FAG €/Einwohner		557.467 2,642	558.588 2,658	1.121 0,016
		1.472.900	1.484.800	11.900
Kommunalverbandsumlage gesamt		2.981.100	2.977.600	-3.500
9.2 § 22 FAG Status-Quo-Ausgleich		4.138.700	2.173.000	-1.965.700
Sonst. Umlagen insgesamt		7.119.800	5.150.600	-1.969.200
10.0 Finanzausgleichsumlage				
10.1 Zuweisungen für das zweit/orangegangene Jahr		58.987.889	91.503.888	32.515.999
10.2 Grunderwerbsteuer des zweit/orangegangenen Jahres (Ist-Ergebnis)		28.300.725	31.572.273	3.271.548
		87.288.614	123.076.161	35.787.547
x Umlagesatz in Prozent		22,10	22,10	0
FAG-Umlage		19.290.800	27.199.800	7.909.000
Saldo Finanzausgleich		461.589.900	492.890.400	31.300.500

Anlage 2b

Übersicht über die Steuerkraftsummen und die Kreisumlage im Jahr 2026

Gemeinde	Einwohner 30.06.2025	Steuerkraftsumme absolut EUR	je Einwohner EUR	Kreisumlage				
				absolut 2026 EUR	absolut 2025 EUR	Unterschied EUR	je EW 2026 EUR	je EW 2025 EUR
Altlußheim	6.299	12.200.313	1.936,87	3.995.603	3.357.001	638.601	634,32	523,22
Angelbachtal	5.244	8.634.006	1.646,45	2.827.637	2.500.954	326.683	539,21	475,83
Bammental	6.293	10.167.881	1.615,74	3.329.981	3.626.991	-297.010	529,16	552,56
Brühl	14.358	25.944.834	1.806,99	8.496.933	7.003.846	1.493.088	591,79	492,08
Dielheim	9.053	15.405.975	1.701,75	5.045.457	4.813.404	232.053	557,32	526,46
Dossenheim	12.613	22.384.232	1.774,70	7.330.836	6.884.370	446.466	581,21	547,20
Eberbach	14.737	26.266.230	1.782,33	8.602.190	7.691.929	910.261	583,71	524,80
Edingen-Neckarh.	14.609	24.763.071	1.695,06	8.109.906	7.143.058	966.848	555,13	500,49
Epfenbach	2.428	3.780.056	1.556,86	1.237.968	1.218.309	19.660	509,87	501,77
Eppelheim	15.551	25.103.831	1.614,29	8.221.505	7.310.591	910.913	528,68	473,51
Eschelbronn	2.764	6.561.917	2.374,07	2.149.028	1.345.478	803.550	777,51	484,16
Galberg	2.484	3.920.636	1.578,36	1.284.008	1.081.922	202.086	516,91	431,73
Heddesbach	484	746.397	1.542,14	244.445	194.113	50.332	505,05	416,55
Heddesheim	12.333	21.738.604	1.762,64	7.119.393	5.955.399	1.163.994	577,26	493,98
Heiligkreuzsteinach	2.600	4.190.649	1.611,79	1.372.438	1.230.501	141.937	527,86	471,82
Helmstadt-Bargen	3.896	6.399.404	1.642,56	2.095.805	1.760.111	335.694	537,94	449,93
Hemsbach	11.813	20.473.938	1.733,17	6.705.215	6.006.697	698.518	567,61	507,15
Hirschberg	9.577	19.827.159	2.070,29	6.493.395	5.840.165	653.229	678,02	596,48
Hockenheim	21.687	40.219.398	1.854,54	13.171.853	13.273.880	-102.027	607,36	614,56
Ilvesheim	9.273	16.191.030	1.746,04	5.302.562	4.698.773	603.789	571,83	506,12
Ketsch	13.139	22.834.406	1.737,91	7.478.268	7.004.004	474.264	569,17	534,33
Ladenburg	12.868	17.271.407	1.342,20	5.656.386	7.163.198	-1.506.812	439,57	562,04
Laudenbach	6.624	9.960.035	1.503,63	3.261.911	3.299.108	-37.196	492,44	503,68
Leimen	26.783	52.603.954	1.964,08	17.227.795	15.140.524	2.087.271	643,24	555,19
Lobbach	2.346	4.271.745	1.820,86	1.398.996	1.208.246	190.751	596,33	516,34
Malsch	3.444	5.163.472	1.499,27	1.691.037	1.638.948	52.089	491,01	467,47
Mauer	4.075	7.391.369	1.813,83	2.420.673	2.137.698	282.976	594,03	518,73
Meckesheim	5.329	13.248.752	2.486,16	4.338.966	2.859.027	1.479.940	814,22	545,30
Mühlhausen	8.748	15.808.213	1.807,07	5.177.190	4.145.716	1.031.474	591,81	471,00
Neckarbischofsheim	4.205	7.250.224	1.724,19	2.374.448	2.360.882	13.567	564,67	558,13
Neckargemünd	13.295	24.650.400	1.854,11	8.073.006	7.540.162	532.844	607,22	554,42
Neidenstein	1.762	3.035.221	1.722,60	994.035	887.839	106.196	564,15	507,92
Neulußheim	7.176	12.280.742	1.711,36	4.021.943	3.487.070	534.873	560,47	486,75
Nußloch	11.401	22.861.973	2.005,26	7.487.296	6.084.485	1.402.811	656,72	536,55
Ofersheim	12.262	20.980.544	1.711,02	6.871.128	6.233.423	637.705	560,36	510,02
Plankstadt	10.665	19.112.085	1.792,04	6.259.208	5.732.655	526.553	586,89	537,67
Rauenberg	8.706	14.793.272	1.699,20	4.844.797	4.379.526	465.271	556,49	504,09
Reichartshausen	2.139	3.557.852	1.663,32	1.165.197	811.464	353.732	544,74	377,25
Reilingen	8.468	14.326.559	1.691,85	4.691.948	4.308.706	383.242	554,08	518,75
Sandhausen	15.328	27.173.033	1.772,77	8.899.168	7.784.120	1.115.048	580,58	506,58
Sankt Leon-Rot	13.973	22.713.341	1.625,52	7.438.619	14.671.278	-7.232.659	532,36	1.052,91
Schönau	4.330	6.995.031	1.615,48	2.290.873	1.897.721	393.152	529,07	431,99
Schönbrunn	2.865	4.639.931	1.619,52	1.519.577	1.335.894	183.684	530,39	459,07
Schriesheim	15.144	27.473.343	1.814,14	8.997.520	7.717.691	1.279.829	594,13	505,85
Schwetzingen	22.058	40.641.187	1.842,47	13.309.989	12.088.995	1.220.994	603,41	554,01
Sinsheim	36.987	76.991.039	2.081,57	25.214.565	20.981.678	4.232.887	681,71	568,82
Spechbach	1.748	2.841.207	1.625,40	930.495	795.035	135.461	532,32	446,15
Waibstadt	5.835	9.940.694	1.703,63	3.255.577	2.888.012	367.566	557,94	504,46
Walldorf	16.140	228.163.553	14.136,53	74.723.564	81.474.155	-6.750.591	4.629,71	5.110,66
Weinheim	45.934	93.001.114	2.024,67	30.457.865	29.520.306	937.559	663,08	652,28
Wiesenbach	3.205	4.771.728	1.488,84	1.562.741	1.539.836	22.905	487,59	494,65
Wiesloch	27.769	49.092.406	1.767,89	16.077.763	14.490.959	1.586.804	578,98	531,86
Wilhelmsfeld	3.337	5.045.913	1.512,11	1.652.537	1.421.329	231.208	495,22	432,67
Zuzenhausen	2.404	3.981.103	1.656,03	1.303.811	1.060.078	243.734	542,35	452,44
Summe / Durchschnitt	558.588	1.209.786.408	2.165,79	396.205.049	379.027.256	17.177.793	709,30	680,61

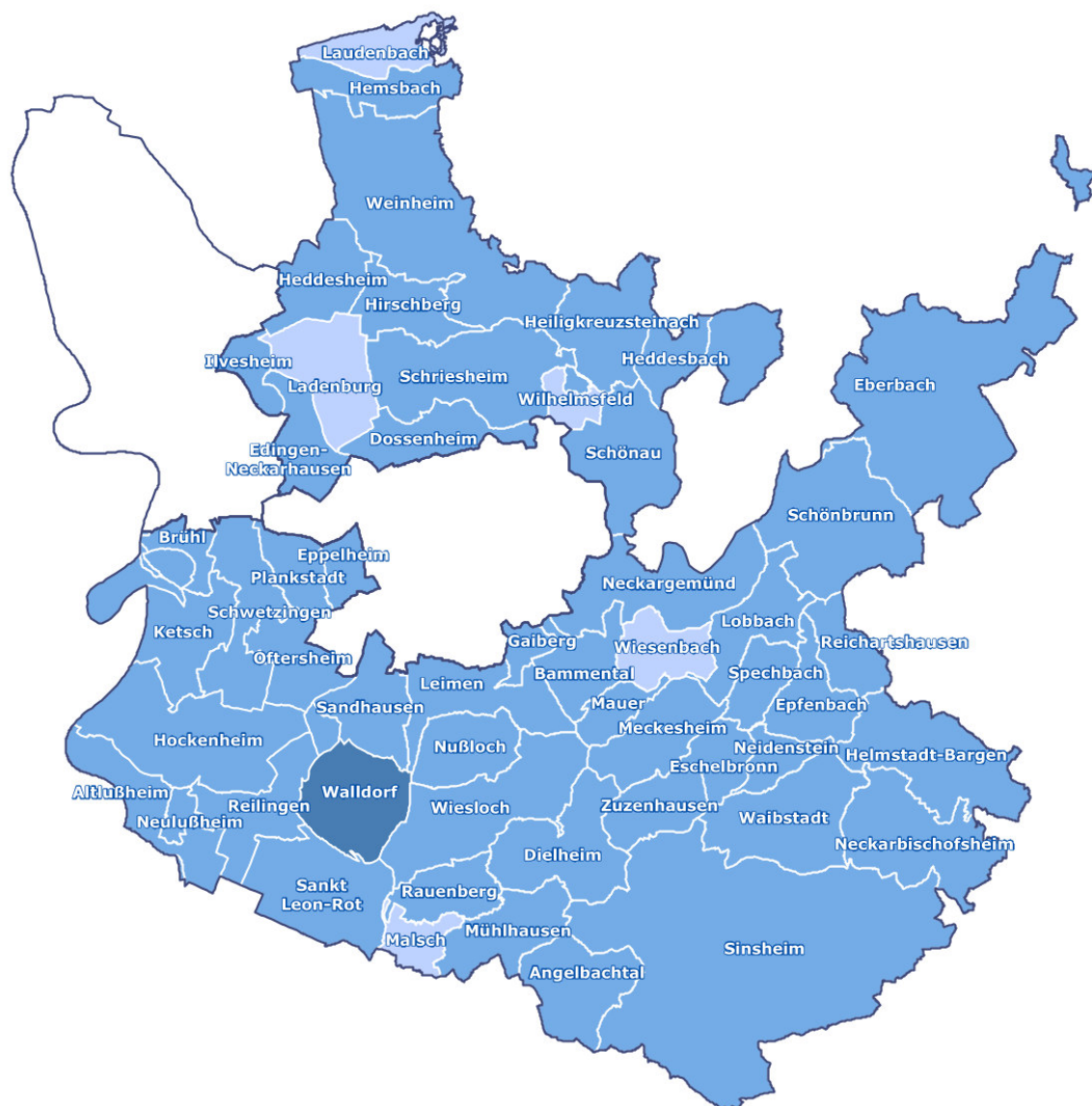
1. vorläufige Steuerkraftsummen Gemeinden: Stand: 31.10.2025 (Veröffentlichung Stat. Landesamt BW)

2. Hinweis zur Kreisumlage 2026 vorläufig: Hebesatz 32,75 %

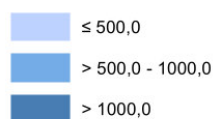
3. Hinweis zu Kreisumlage 2025 absolut und je Einwohner: lt. Planung

4. Einwohnerzahlen zum 30.06.2025 (Zensus 2022) lt. Veröffentlichung Stat. Landesamt BW

Kreisumlage der Kreismunicipalitäten 2026



Kreisumlage 2026 (€ /Einwohner)



Kartographie:

EBVIT, GB Informationstechnik, SG Umwelt- und Geoinformation

Geobasisdaten, © LGL-BW 2025

Fachdaten, © Rhein-Neckar-Kreis 01/2026

Anlage 3

Verteilung der Sachkostenbeiträge auf die einzelnen Schulen

Schule	Produkt	Sachkonto	Vollzeit (VZ) / Teilzeit (TZ)	Schülerzahlen *)	Betrag **)	Berechnungssumme	HH-Ansatz 2026
Comenius-Schule, Schwetzingen	212 00 30 10 112	31410000	geitsige Entwicklung	201	7.514,00 €	1.510.314,00 €	1.510.300,00 €
Steinsberg-Schule + Kiga, Sinsheim	212 00 30 10 212	31410000	geitsige Entwicklung	84	7.514,00 €	631.176,00 €	
			Gesamt:	84	7.514,00 €	631.176,00 €	631.200,00 €
Maria-Montessori-Schule + Kiga, Weinheim	212 00 30 10 312	31410000	geitsige Entwicklung	110	7.514,00 €	826.540,00 €	
			körperl. / motor. Entw.	6	7.968,00 €	47.808,00 €	
			Gesamt:	116	15.482,00 €	874.348,00 €	874.300,00 €
Martinsschule Ladenburg (Neub.)	212 00 30 50 412	31410000	körperl. / motor. Entw.	240	7.968,00 €	1.912.320,00 €	1.912.300,00 €
Ehrlart-Schott-Schule, Schwetzingen	213 00 10 112	31410000	TZ	309	812,00 €	250.908,00 €	
			VZ	421	2.035,00 €	856.735,00 €	
			Gesamt:	730	2.847,00 €	1.107.643,00 €	1.107.600,00 €
Friedrich-Hecker-Schule, Sinsheim	213 00 10 212	31410000	TZ	410	812,00 €	332.920,00 €	
			VZ	436	2.035,00 €	887.260,00 €	
			Gesamt:	846	2.847,00 €	1.220.180,00 €	1.220.200,00 €
Hans-Freudenberg-Schule, Weinheim	213 00 10 312	31410000	TZ	282	812,00 €	228.984,00 €	
			VZ	511	2.035,00 €	1.039.885,00 €	
			Gesamt:	793	2.847,00 €	1.268.869,00 €	1.268.900,00 €
Hubert-Sternberg-Schule, Wiesloch	213 00 10 412	31410000	TZ	680	812,00 €	552.160,00 €	
			VZ	397	2.035,00 €	807.895,00 €	
			Gesamt:	1.077	2.847,00 €	1.360.055,00 €	1.360.100,00 €
Theodor-Frey-Schule, Eberbach (gewerbl.+kaufm. Bereich)	213 00 10 512	31410000	TZ	242	812,00 €	196.504,00 €	
			VZ	292	2.035,00 €	594.220,00 €	
			Gesamt:	534	2.847,00 €	790.724,00 €	790.700,00 €
Carl-Theodor-Schule, Schwetzingen	213 00 20 112	31410000	TZ	310	812,00 €	251.720,00 €	
			VZ	1009	2.035,00 €	2.053.315,00 €	
			Gesamt:	1.319	2.847,00 €	2.305.035,00 €	2.305.000,00 €
Max-Weber-Schule, Sinsheim	213 00 20 212	31410000	TZ	232	812,00 €	188.384,00 €	
			VZ	447	2.035,00 €	909.645,00 €	
			Gesamt:	679	2.847,00 €	1.098.029,00 €	1.098.000,00 €
Johann-Philipp-Reis-Schule, Weinheim	213 00 20 312	31410000	TZ	217	812,00 €	176.204,00 €	
			VZ	528	2.035,00 €	1.074.480,00 €	
			Gesamt:	745	2.847,00 €	1.250.684,00 €	1.250.700,00 €
Johann-Philipp-Bronner-Schule, Wiesloch	213 00 20 412	31410000	TZ	283	812,00 €	229.796,00 €	
			VZ	574	2.035,00 €	1.168.090,00 €	
			Gesamt:	857	2.847,00 €	1.397.886,00 €	1.397.900,00 €
Albert-Schweitzer-Schule, Sinsheim	213 00 30 212	31410000	TZ	120	812,00 €	97.440,00 €	
			VZ	519	2.035,00 €	1.056.165,00 €	
			Gesamt:	639	2.847,00 €	1.153.605,00 €	1.153.600,00 €
Helen-Keller-Schule, Weinheim	213 00 30 312	31410000	TZ	253	812,00 €	205.436,00 €	
			VZ	559	2.035,00 €	1.137.565,00 €	
			Gesamt:	812	2.847,00 €	1.343.001,00 €	1.343.000,00 €
Louise-Otto-Peters-Schule, Wiesloch - Außenstelle-	213 00 30 412	31410000	TZ	185	812,00 €	150.220,00 €	
			VZ	416	2.035,00 €	846.560,00 €	
			Gesamt:	601	2.847,00 €	996.780,00 €	996.800,00 €
Louise-Otto-Peters-Schule, Hockenheim	213 00 30 612	31410000	TZ	159	812,00 €	129.108,00 €	
			VZ	108	2.035,00 €	219.780,00 €	
			Gesamt:	267	2.847,00 €	348.888,00 €	348.900,00 €

*) Schülerzahlen lt. Amtlicher Schulstatistik 2024/2025 vom 15.10.2024

**) Sachkostenbeiträge lt. Entwurf Schullastenverordnung 2026

Summen:

Gesamt:	10.540
TZ	3.682
VZ	6.217
geitsige Entwicklung	395
körperl. / motor. Entw.	246

20.569.537,00 €	20.569.500,00 €
2.989.784,00 €	
12.651.595,00 €	
2.968.030,00 €	
1.960.128,00 €	

Anlage 4
Übersicht über die voraussichtliche Entwicklung der Liquidität

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Finanzhaushalt		Finanzplanung		
		2025	2026	2027	2028	2029
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5
1	Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn	758.093				
2a	+ Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresbeginn	0				
2b	+ Investmentzertifikate, Kapitalmarktpapiere, Geldmarktpapiere und sonstige Wertpapiere	0				
2c	+ Forderungen aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	20.416.570				
3a	- Bestand an Kassenkrediten zum Jahresbeginn	-10.988.004				
3b	- Verbindlichkeiten aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen	-20.416.570				
4	= liquide Eigenmittel zum Jahresbeginn	-10.229.911				
5	- Auszahlungen aufgrund von übertragenen Ermächtigungen der Vorvorjahre	-35.213.200				
6	+ Einzahlungen aus nicht in Anspruch genommenen Kreditermächtigungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen aus Vorvorjahr	0				
7	+ Einzahlungen aus übertrag. Ermächtigungen für Inv.-Zuwendungen, -Beiträge und ähnl. Entg. für Inv.-Tätigkeit aus Vorvorjahren (§ 21 Abs. 1, § 3 Nr. 18, 19 GemHVO)	2.177.200				
8	+/- veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands (§ 3 Nr. 36 GemHVO)	8.940.501	21.540.050	1.851.000	4.480.000	2.149.000
8a	+/- Zahlungsströme aus der vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen und Impfen u.a.	12.447.115	-5.967.909	214.734	-2.985.765	-646.013
8b	+ Rückzahlung gewährter Kassenkredit	20.416.570	0	0	0	0
9	= voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende	-1.461.725	13.574.584	15.640.318	17.134.553	18.637.540
10	- davon: für zweckgebundene Rücklagen gebunden	0	0	0	0	0
11	- für sonstige bestimmte Zwecke gebunden	-535.832	0	0	0	0
12	= vorauss. liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel, zzgl. eingeplante Zahlungseingänge vorl. Unterbringung von Flüchtlingen u.a.	-1.997.557	13.574.584	15.640.318	17.134.553	18.637.540
13	nachrichtlich: voraussichtliche Mindestliquidität (§ 22 Abs. 2 GemHVO)	14.662.167	16.013.465	16.890.661	17.499.902	18.007.678

Anlage 5
Übersicht über die verbindlich vorgegebenen Kennzahlen zur Beurteilung der finanziellen Leistungsfähigkeit

Kennzahl 1	Einheit 2	Ergebnis 2024 3	Planung 2025 4	Planung 2026 5	Planung 2027 6	Planung 2028 7	Planung 2029 8
ERTRAGSLAGE							
1 ordentliches Ergebnis							
absoluter Betrag	€	-28.636.164	-2.465.961	9.384.824	4.425.408	5.015.730	7.233.195
Betrag je Einwohner	€/EW	-52	-4	17	8	9	13
Aufwandsdeckungsgrad	%	96,57%	99,72%	101,06%	100,48%	100,53%	100,75%
1.1 Steuerkraft - netto -							
absoluter Betrag	€	153.661.365	143.652.500	168.706.800	156.824.200	165.184.800	175.301.500
Betrag je Einwohner	€/EW	276	257	302	281	296	314
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	18,42%	16,50%	19,00%	17,10%	17,43%	18,07%
1.2 Betriebsergebnis - netto -							
absoluter Betrag	€	-182.297.530	-146.118.461	-159.321.976	-152.398.792	-160.169.070	-168.068.305
Betrag je Einwohner	€/EW	-328	-262	-285	-273	-287	-301
Anteil an ordentlichen Aufwendungen	%	-21,86%	-16,78%	-17,94%	-16,62%	-16,90%	-17,33%
2. Sonderergebnis							
absoluter Betrag	€	-1.090.001	0	0	0	0	0
3. Gesamtergebnis							
absoluter Betrag	€	-29.726.165	-2.465.961	9.384.824	4.425.408	5.015.730	7.233.195
FINANZLAGE							
4. Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit ²⁾							
absoluter Betrag	€	-6.799.937	10.135.329	22.683.050	17.863.800	18.911.800	21.323.000
Betrag je Einwohner	€/EW	-12	18	41	32	34	38
5. Mindestzahlungsmittelüberschuss							
absoluter Betrag	€	531.748	731.800	1.079.800	1.401.500	1.468.100	1.800.400
6. Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel							
absoluter Betrag	€	-7.331.684	9.403.529	21.603.250	16.462.300	17.443.700	19.522.600
Betrag je Einwohner	€/EW	-13	17	39	29	31	35
7. Soll-Liquiditätsreserve (§ 22 Abs. 2 GemHVO)							
absoluter Betrag	€	13.476.451	14.662.167	16.013.465	16.890.661	17.499.902	18.007.678
8. voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende ³⁾							
absoluter Betrag	€	-10.229.911	-1.461.725	13.574.584	15.640.318	17.134.553	18.637.540
KAPITALLAGE							
9. Eigenkapital							
absoluter Betrag	€	382.411.791					
9.1 Basiskapital (§ 61 Nr. 6 GemHVO)							
absoluter Betrag	€	390.075.310					
9.2 Eigenkapitalquote							
Verhältnis Eigenkapital zu Bilanzsumme	%	68,85%					
9.3 Fremdkapitalquote							
Verhältnis Fremdkapital zu Bilanzsumme	%	31,15%					
10. Anlagendeckung							
Verhältnis langfr. Kapital zu langfr. Vermögen	%	218,26%					
11. Verschuldung							
absoluter Betrag	€	34.794.965					
Betrag je Einwohner	€/EW	63					
11.1 Nettoneuverschuldung							
absoluter Betrag	€	14.968.252	17.218.200	9.820.000	599.000	7.532.000	5.200.000

²⁾ § 3 Nr. 17 GemHVO

³⁾ vgl. Zeile 9 in Anlage 4

Das Innenministerium Baden-Württemberg hat zu den vorgegebenen Kennzahlen folgende Erläuterungen auf seiner Internetseite (www.im.baden-wuerttemberg.de) veröffentlicht:

I. Kennzahlen zur Ertragslage

1. Ordentliches Ergebnis

Das ordentliche Ergebnis liefert das Ergebnis der ordentlichen Geschäftstätigkeit. Es spiegelt wider, ob der Ressourcenverbrauch vollständig erwirtschaftet wurde. Zur Bewertung des ordentlichen Ergebnisses werden drei Kennzahlen ermittelt. Die absolute Zahl, die absolute Zahl je Einwohner und der Aufwandsdeckungsgrad, der zeigt, welcher Prozentsatz der ordentlichen Aufwendungen gedeckt werden konnte. Zur genaueren Untersuchung des ordentlichen Ergebnisses werden weitere Bedarfskennzahlen ausgewertet.

zusätzliche Bedarfskennzahlen:

1.1 Steuerkraft - netto -

Die Steuerkraft - netto - zeigt, in welcher Höhe steuerkraftabhängige, bereinigte Erträge zur Finanzierung der kommunalen Aufgaben zur Verfügung stehen. Die steuerkraftabhängigen Erträge werden um den Betrag der steuerkraftabhängigen Umlagen bereinigt. Für die Berechnung stehen drei Kennzahlen zur Verfügung. Neben der absoluten Zahl und der absoluten Zahl je Einwohner wird noch der Finanzierungsanteil an den ordentlichen Aufwendungen ermittelt.

1.2 Betriebsergebnis - netto -

Das Betriebsergebnis - netto - zeigt an, welcher Teil der Aufwendungen für die kommunale Aufgabenerfüllung nicht aus betrieblichen Erträgen gedeckt werden kann und somit aus dem steuerkraftabhängigen Ergebnis zu finanzieren ist. Es werden die absolute Zahl, die absolute Zahl je Einwohner und der Anteil des Betriebsergebnisses an den ordentlichen Aufwendungen ermittelt.

2. Sonderergebnis

Im Sonderergebnis werden vermögensverzehrende oder vermögensmehrende Vorgänge abgebildet, die außerhalb der gewöhnlichen Geschäfts- und Verwaltungstätigkeit anfallen. Ein positives Sonderergebnis steht zur Deckung von Fehlbeträgen zur Verfügung.

3. Gesamtergebnis

Das Gesamtergebnis ergibt sich aus der Addition des ordentlichen Ergebnisses und des Sonderergebnisses.

II. Kennzahlen zur Finanzlage

4. Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts/der Ergebnisrechnung

Der Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts/der Ergebnisrechnung zeigt die Höhe der durch die laufende Verwaltungstätigkeit erwirtschafteten finanziellen Mittel. Diese Mittel stehen der Kommune zur Finanzierung von Investitionen, zur Tilgung von Verbindlichkeiten oder zur Bildung einer Liquiditätsreserve zur Verfügung. Der Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts/der Ergebnisrechnung wird als absolute Zahl und als absolute Zahl je Einwohner dargestellt.

5. Mindestzahlungsmittelüberschuss

Der Mindestzahlungsmittelüberschuss ergibt sich aus der Summe der Tilgungsleistungen (Anleihen, Investitionskredite, Wertpapierschulden) ohne Umschuldungen und Sondertilgungen. Wird der Mindestzahlungsmittelüberschuss erreicht, gelingt es der Kommune, ihren jährlichen Schuldendienst zu leisten.

6. Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel

Die Nettoinvestitionsfinanzierungsmittel sind die Mittel, die vom Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts/der Ergebnisrechnung nach Abzug des Mindestzahlungsmittelüberschusses zur Finanzierung von Investitionen verbleiben.

7. Soll-Liquiditätsreserve (§ 22 Abs. 2 GemHVO)

Zur Sicherstellung der Leistungsfähigkeit einer Kommune sollen zwei vom Hundert der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von der Kommune als Liquiditätsreserve vorgehalten werden.

8. Voraussichtliche Liquidität zum Jahresende

Zur Vermeidung von Kassenkrediten und zur Sicherstellung der Zahlungsfähigkeit einer Kommune werden die liquiden Mittel zum Ende des Haushaltsjahres oder des Planungsjahres ermittelt. Es kann transparent gemacht werden, ob für folgende Jahre noch ein Liquiditätspolster vorhanden ist.

III. Kennzahlen zur Kapitallage

9. Eigenkapital

Das Eigenkapital setzt sich aus dem Basiskapital, der zweckgebundenen Rücklage, den Ergebnismrücklagen und Fehlbeträgen des aktuellen Jahres sowie der Vorjahre zusammen. Es spiegelt wider, welche Beträge des Vermögens auf der Aktivseite mit eigenen Mitteln finanziert wurden. Für das Eigenkapital werden weitere Bedarfskennzahlen dargestellt.

zusätzliche Bedarfskennzahlen:

9.1 Basiskapital

Das Basiskapital ist eine rechnerische Größe. Es stellt die Differenz zwischen Vermögen und Abgrenzungsposten der Aktivseite sowie Rücklagen, Sonderposten, Rückstellungen, Verbindlichkeiten und Rechnungsabgrenzungsposten der Passivseite der Bilanz dar. Fehlbeträge können, wenn sie nicht gedeckt werden können, mit dem Basiskapital verrechnet werden. Das Basiskapital darf nicht negativ werden (§ 25 Abs. 3 S. 2 GemHVO).

9.2 Eigenkapitalquote

Die Eigenkapitalquote gibt den Anteil des Eigenkapitals am Gesamtkapital und somit auch am Gesamtvermögen an.

9.3 Fremdkapitalquote

Die Fremdkapitalquote gibt den Anteil des Fremdkapitals am Gesamtkapital und somit auch am Gesamtvermögen an.

10. Anlagendeckung

Gemäß der sog. "Goldenen Bilanzregel" soll langfristiges Vermögen auch langfristig finanziert sein. Der ermittelte Wert sollte 100% oder mehr betragen.

11. Verschuldung

Die Verschuldung stellt Rückzahlungsverpflichtungen (Verbindlichkeiten) aus Anleihen, Kreditaufnahmen und ihnen wirtschaftlich gleichkommenden Vorgängen sowie aus der Aufnahme von Kassenkrediten (§ 52 Abs. 4 Nr. 4.1 bis 4.3) gemäß § 61 Nr. 38 GemHVO dar. Sie wird als absolute Zahl sowie als absolute Zahl je Einwohner (Pro-Kopf-Verschuldung) dargestellt. Für die Verschuldung wird zusätzlich eine Bedarfskennzahl ausgewertet.

zusätzliche Bedarfskennzahlen:

11.1 Nettoneuverschuldung

Die Nettoneuverschuldung stellt den Saldo aus Kreditaufnahmen und Kredittilgungen eines laufenden Jahres dar. Aus ihr wird ersichtlich, ob sich die Verschuldung in einem Jahr erhöht oder verringert hat.

Anlage 6a

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Schulden (einschl. Kassenkredite)

Art der Schulden	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres TEUR	voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres TEUR
1.1 Anleihen		
1.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen		
1.2.1 <i>Bund</i>		
1.2.2 <i>Land</i>		
1.2.3 <i>Gemeinden und Gemeindeverbände</i>		
1.2.4 <i>Zweckverbände und dergleichen</i>		
1.2.5 Kreditinstitute	29.488	39.308
1.2.6 sonstige Bereiche		
1.3 Kassenkredite	10.000	0
1.4. Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
1. Voraussichtliche Gesamtschulden Kernhaushalt	39.488	39.308

Nachrichtlich:

Schulden der Sondervermögen mit Sonderrechnung (Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik)

2.1 Anleihen		
2.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	98.045	125.975
2.3 Kassenkredite		
2.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
2. Voraussichtliche Gesamtschulden Sondervermögen mit Sonderrechnung	98.045	125.975

Gesamtschulden von Kernhaushalt und Sondervermögen mit Sonderrechnung

3.1 Anleihen		
3.2 Verbindlichkeiten aus Krediten für Investitionen	127.533	165.283
3.3 Kassenkredite	10.000	0
3.4 Verbindlichkeiten aus kreditähnlichen Rechtsgeschäften		
Zwischensumme 3.1 + 3.2 + 3.3. + 3.4		
abzüglich Schulden zwischen Kernhaushalt und Sondervermögen mit Sonderrechnung		
3. Konsolidierte Gesamtschulden	137.533	165.283

Schuldennachweis Kernhaushalt

2026

Zusammenstellung

Bereich	ursprünglich in EUR	Stand 01.2025 in EUR	Stand 01.2026 in EUR	Zinsen in EUR	Tilgung in EUR	Neuaufnahme in EUR	Sondertilgung in EUR	Stand 01.2027 in EUR
Sonstiger Öffentlicher Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige öffentliche Sonderrechnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kreditmarkt	60.040.217,14	23.806.961,30	22.850.187,10	602.244,85	831.787,89	0,00	0,00	22.018.399,21
Gesamtsumme	60.040.217,14	23.806.961,30	22.850.187,10	602.244,85	831.787,89	0,00	0,00	22.018.399,21
geplante Kreditaufnahme (Vorjahr/e)		0,00	0,00	232.330,00	248.000,00	0,00	0,00	6.390.000,00
geplante Kreditaufnahme (neu)		0,00	6.638.000,00	96.250,00	0,00	10.900.000,00	0,00	10.900.000,00
geplante Vorfälligkeitsentschädigung				0,00				
Gesamtsumme (incl. Kreditaufn.)	60.040.217,14	23.806.961,30	29.488.187,10	930.824,85	1.079.787,89	10.900.000,00	0,00	39.308.399,21

Schuldennachweis Kernhaushalt

2026

*) R = Ratendarlehen/A = Annuitätendarlehen

**) j=jährl./h=halbjährl./v=viertelj./m=monatl.

Kreditmarkt

Lfd. Nr.	Gläubiger	Darl. Nr.	fest bis im Jahr	Datum d. Aufnahme	Datum Ende	Art d. Darl. (*)	Anfängl. Tilgungs. %	Zinssatz in %	1.Zins-zahlung	1.Tilgungs-zahlung	Zahlungs-weise **)	ursprünglich in EUR	Stand 01.2025 in EUR	Stand 01.2026 in EUR	Zinsen in EUR	Tilgung in EUR	Neuaufnahme in EUR	Sondertilgung in EUR	Stand 01.2027 in EUR	
1	L-Bank	000012	30.10.2061	01.01.2000	30.10.2061	A	1,385	0,500	30.04.2000	30.04.2000	h	125.265,05	79.101,62	77.132,51	383,19	1.978,97	0,00	0,00	75.153,54	
2	L-Bank	000020	30.10.2055	01.01.2000	30.10.2055	A	1,561	0,500	30.04.2000	30.04.2000	h	100.428,00	58.712,13	56.932,73	282,43	1.788,31	0,00	0,00	55.144,42	
3	L-Bank	000039	30.10.2055	01.01.2000	30.10.2055	A	1,561	0,500	30.04.2000	30.04.2000	h	89.269,34	52.188,55	50.606,86	251,05	1.589,61	0,00	0,00	49.017,25	
4	Investitionsbank Schlesw.-Holst.	135	fest	01.08.2006	2016	A	8,250	3,885	30.10.2006	30.10.2006	v	7.500.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
5	Commerzbank AG	136	fest	08.12.2006	2011	R	5,000	3,710	31.12.2006	31.03.2007	v	2.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
6	LB Baden-Württemberg	140	fest	30.05.2006	2013	A	12,680	3,070	30.08.2006	30.08.2006	v	750.959,20	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
7	LB Baden-Württemberg	141	fest	30.05.2006	2014	R	15,800	3,650	30.11.2006	30.11.2006	h	2.352.405,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
8	HSB Nordbank AG	145		01.10.2019	30.12.1998	2019	A	3,000	4,442	30.03.1999	30.03.1999	v	3.885.818,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	Eurohypo	146		30.09.2019	01.03.1999	2019	A	3,000	4,473	30.06.1999	30.06.1999	v	1.813.552,30	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Bremer Landesbank	147	fest	02.08.1999	2018	A	3,000	5,210	30.09.1999	30.09.1999	v	2.496.126,96	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	HSB Nordbank AG	148		31.12.2018	15.02.2000	2018	A	3,000	5,905	30.06.2000	30.06.2000	v	1.636.134,02	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
12	L-Bank	149	fest	28.12.2006	2027	R	5,260	3,400	15.02.2007	15.08.2008	h	3.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	L-Bank	150	fest	28.12.2006	2027	R	5,260	3,400	15.02.2007	15.08.2008	h	1.399.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	L-Bank	151	fest	28.12.2006	2027	R	5,260	3,400	15.02.2007	15.08.2008	h	600.500,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	Dexia Kommunalbank	152		30.09.2018	30.11.2009	2018	A	0,000	3,825	30.12.2009	30.12.2009	v	1.499.218,01	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	L-Bank	153	fest	25.11.2010	2021	R	1,000	2,630	15.02.2011	15.05.2012	v	4.777.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	L-Bank	000047		15.02.2026	13.01.2016	15.02.2026	R	0,230	15.02.2016	15.05.2017	v	1.500.000,00	208.323,00	41.655,00	23,95	41.655,00	0,00	0,00	0,00	0,00
18	N26	000055		15.02.2031	15.02.2021	15.02.2031	R	0,000	15.05.2021	15.05.2021	v	2.514.040,00	1.571.140,00	1.319.700,00	0,00	251.440,00	0,00	0,00	1.068.260,00	
19	KfW	100017		30.12.2033	20.07.2023	30.09.2053	R	10,000	3,070	30.09.2023	30.03.2028	v	3.250.000,00	3.250.000,00	3.250.000,00	99.775,00	0,00	0,00	3.250.000,00	
20	Sparkasse	100025		30.12.2033	20.07.2023	30.06.2053	R	3,330	3,340	15.11.2023	15.11.2028	v	3.250.000,00	3.087.496,00	2.979.160,00	98.147,03	108.336,00	0,00	0,00	2.870.824,00
21	Commerzbank AG	0101501		30.12.2044	02.12.2024	30.12.2044	R	2,850	30.12.2024	30.03.2025	v	5.000.000,00	5.000.000,00	4.750.000,00	132.703,13	250.000,00	0,00	0,00	4.500.000,00	
22	KfW	0101536		30.12.2034	06.12.2024	30.12.2054	R	2,570	30.03.2024	30.03.2025	v	5.250.000,00	5.250.000,00	5.250.000,00	134.925,00	0,00	0,00	5.250.000,00		
23	UNI Credit	0101544		30.12.2034	06.12.2024	30.12.2054	R	2,710	30.12.2024	30.03.2025	v	5.250.000,00	5.250.000,00	5.075.000,00	135.754,07	175.000,00	0,00	0,00	4.900.000,00	
Summe												60.040.217,14	23.806.961,30	22.850.187,10	602.244,85	831.787,89	0,00	0,00	22.018.399,21	

Anlage 6b
Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rückstellungen

Art	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres TEUR
1. Rückstellungen gemäß § 41 Abs. 1 GemHVO	2.769
1.1 Lohn- und Gehaltsrückstellungen	742
1.2 Unterhaltsvorschussrückstellungen	2.027
1.3 Stilllegungs- und Nachsorgerückstellungen für Abfalldeponien	0
1.4 Gebührenüberschussrückstellungen	0
1.5 Altlastensanierungsrückstellungen	0
1.6 Rückstellungen für drohende Verpflichtungen aus Bürgschaften und Gewährleistungen	0
2. Weitere Rückstellungen gemäß § 41 Abs. 2 GemHVO	0
2.1 Rückstellungen für anhängige Gerichtsverfahren	0
Rückstellungen gesamt	2.769

Anlage 6c
Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen

Art	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres
	TEUR	TEUR
1. Ergebnismrücklagen	0	0
1.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	0
1.2 Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0	0
2. Zweckgebundene Rücklagen	0	0
Rücklagen gesamt	0	0

Anlage 7

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Haushaltsplan		davon voraussichtlich fällige Auszahlungen			
Jahr	TEUR 1	2026 TEUR 2	2027 TEUR 3	2028 TEUR 4	2029 TEUR 5
2026	5.000	0	4.860	70	70
2025	8.129	8.129	0	0	0
Summe	13.129	8.129	4.860	70	70
<i>Nachrichtlich: im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen:</i>		10.900	2.000	9.000	7.000

Eine Verpflichtungsermächtigung ist eine besondere haushaltsrechtliche Ermächtigung. Sie berechtigt zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen oder Investitionsfördermaßnahmen belasten. Die Verpflichtungsermächtigung unterscheidet sich vom Haushaltsansatz dadurch, dass sie lediglich zur Auftragsvergabe ermächtigt, nicht aber zur Leistung einer Auszahlung. Für die Auszahlung bedarf es in einem späteren Haushaltsjahr eines Haushaltsansatzes.

Die Verpflichtungsermächtigungen dürfen zu Lasten der dem Haushaltsjahr folgenden drei Jahre veranschlagt werden, bei Bedarf bis zum Abschluss der Maßnahme. Sie sind nur zulässig, wenn ihre Finanzierung in künftigen Haushaltsjahren möglich ist. Sie gelten weiter, bis die Haushaltssatzung für das folgende Jahr erlassen ist. Verpflichtungsermächtigungen können nicht auf das folgende Jahr übertragen werden, sondern müssen bei Bedarf neu veranschlagt werden.

Die Verpflichtungsermächtigungen 2026 in Höhe von 5.000 T€ sind in folgenden Budgets veranschlagt:

- Budget 0.3 – Erwerb bewegliches Vermögen Verwaltung 305 T€
- Budget 1.1 – Amt für Schulen, Kultur und Sport: 650 T€
- Budget 3.3 – Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz: 1.295 T€
- Budget 4.5 – Amt für Straßen- und Radwegebau: 2.750 T€

Eine detaillierte Übersicht zu den jeweiligen Maßnahmen ist in den einzelnen Budgets dargestellt.

Anlage 8

Verwaltungsinterne Leistungsverrechnungen

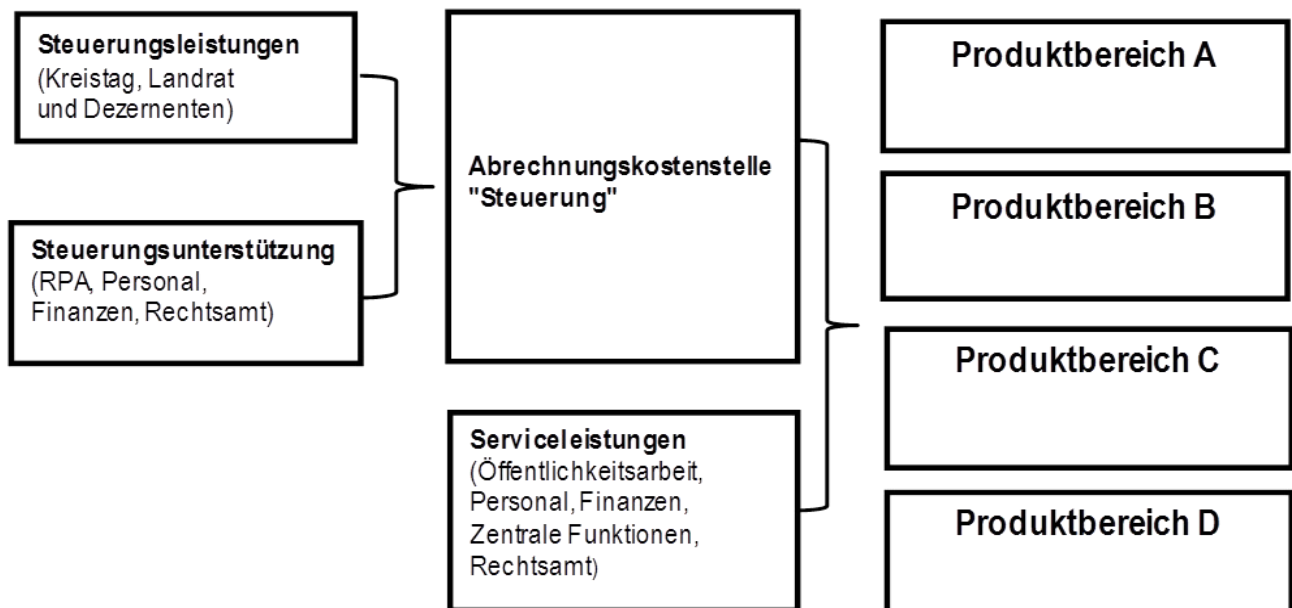
1. Begriff

Gegenstand der verwaltungsinternen Leistungsverrechnungen ist die Ermittlung und Verteilung sämtlicher Steuerungs- und Serviceleistungen innerhalb einer Kommune.

Dadurch sind die Vorgaben des neuen Haushaltsrechts nach dem Ressourcenverbrauchskonzept auf doppischer Grundlage erfüllt, da alle Aufwendungen (auch der nicht zahlungswirksame Vermögensverzehr) dargestellt werden und durch Erträge gedeckt sind.

Der Rhein-Neckar-Kreis weist bereits seit dem Haushaltsjahr 1998 die internen Leistungsverrechnungen flächendeckend und vollständig aus.

Zur Verdeutlichung der vielfältigen Leistungsbeziehungen innerhalb des Kernhaushaltes soll folgendes Schaubild dienen:



Unter **Steuerung und Steuerungsunterstützung** (Overhead) sind alle Leistungen zu fassen, die zur Steuerung der Gesamtverwaltung notwendig sind. Diese Leistungen werden im „Kommunalen Produktplan Baden-Württemberg“ bei der Produktgruppe 11.1* abgebildet. Leistungen der Steuerung und der Steuerungsunterstützung werden zunächst bei der Abrechnungskostenstelle „Steuerung“ gesammelt.

Serviceleistungen sind ebenfalls verwaltungsinterne Produkte. Sie werden vorrangig für die externen Produkte bzw. Produktbereiche, aber auch für andere Servicestellen erbracht und sind im „Kommunalen Produktplan Baden-Württemberg“ bei der Produktgruppe 11.2* zu finden.

Externe Produkte der Produktbereiche sind alle Leistungen, die eine Kommune im Rahmen ihrer Daseinsfürsorge für die Einwohner und alle anderen Stellen außerhalb der eigenen Verwaltung erbringt.

2. Grundlagen

Nach § 16 Abs. 5 GemHVO sind die internen Leistungsverrechnungen in den Teilhaushalten zu verrechnen.

Den Berechnungen zur Ermittlung der internen Leistungsverrechnungen liegen die Leitlinien zur kommunalen Kostenrechnung in Baden-Württemberg zu Grunde.

Außerdem entspricht die Vorgehensweise den Festlegungen des Vergleichsringes „Kommunales Rechnungswesen“, an dem alle 35 Landkreise in Baden-Württemberg beteiligt sind. Der Rhein-Neckar-Kreis ist daneben in den Vergleichsringen „Führerscheinwesen“, „Kfz-Zulassung“, „Gebäudemanagement“ und „Personalwesen“ tätig.

3. Vorgehensweise

3.1 Zusammenfassung

Für das Jahr 2026 ergeben sich auf der Basis der Planzahlen insgesamt folgende Leistungsverrechnungen:

Erstattungen <u>innerhalb</u> des Kernhaushalts	64.599.738,15 €
Erstattungen <u>außerhalb</u> des Kernhaushalts	<u>2.003.529,86 €</u>
	<u>66.603.268,01 €</u>

Innerhalb des Kernhaushalts sind sämtliche Ämter bzw. Einrichtungen in Höhe der beanspruchten Leistung erstattungspflichtig. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich hier eine Erhöhung um 3,2 Mio. € bzw. 5,2 %.

Außerhalb des Kernhaushalts werden für den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis, die Freiherr von Ulner'schen Stiftung, die AVR Kommunal Service GmbH, die AVR Kommunal AöR, die GRN gGmbH, die Jugendeinrichtung Stift Sunnisheim gGmbH und für den Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar Leistungen erbracht. Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Steigerung um rund 348 T€ bzw. 21 %. Ursächlich hierfür sind insbesondere höhere Erstattungen des Eigenbetriebs Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis aufgrund einer höheren Inanspruchnahme von Serviceleistungen. In der **Anlage 8.1** sind die Erstattungen 2026 außerhalb des Kernhaushalts zusammengestellt.

3.2 Bereiche, die Steuerungs- und Serviceleistungen erbringen

a. Vorbemerkungen

Die Verteilung der Kosten der Bereiche, die Steuerungs- und Serviceleistungen erbringen, erfolgt entsprechend dem **Verursacherprinzip** anhand von festgesetzten Preisen (Aufwand je Leistungseinheit).

Die **Personalkosten** werden über die Kostenverteilung in den Personalstammsätzen direkt auf die Produkte gebucht. Dies erfolgt anhand qualifizierter Zeitschätzungen der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Dabei werden sämtliche Kostenbestandteile (Arbeitgeberanteile, Arbeitnehmeranteile etc.) berücksichtigt.

Die **Sachkosten** und die **kalkulatorischen Kosten** werden, soweit möglich, den Produkten unmittelbar zugeordnet.

Die Verteilung der Steuerungskosten erfolgt ausschließlich auf die Bereiche, die im Kernhaushalt geführt werden. Dadurch werden auf ausgelagerte Bereiche keine unmittelbaren Steuerungskosten verrechnet, obwohl für diese auch Steuerungsleistungen erbracht werden. Der Steuerungszuschlag, der im Preis für die Serviceleistungen enthalten ist, deckt nicht die unmittelbaren Leistungen der Steuerung für Dritte ab, d. h. Dritte werden nicht mit originären Steuerungskosten z. B. für den Kreistag einschließlich der Ausschüsse belastet.

Daher wird der Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis unmittelbar mit Steuerungskosten nach der folgenden Systematik in Form von Vorwegerstattungen belastet:

- **Kreistag und Ausschüsse:**
Spitzabrechnung nach der Anzahl der Tagesordnungspunkte
- **Landrat, Rechnungsprüfungsamt:**
Spitzabrechnung nach einer qualifizierten Zeitschätzung

Es handelt sich hierbei ausschließlich um Steuerungsleistungen. Servicebereiche rechnen ihre Leistungen mit Dritten wie bisher nach Aufwand einschließlich des Steuerungszuschlages ab.

Die Mietaufwendungen an den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis werden auf der Abrechnungskostenstelle „Verwaltungsgebäude“ gesammelt und anschließend auf die jeweiligen Fachämter mit einem einheitlichen Mietpreis nach der belegten Fläche verteilt. Daneben werden die pauschal vom EBVIT angeforderten Erstattungen für die IT-Nutzung auf den Abrechnungskostenstellen „EBVIT“ und „IT-Konzern“ verbucht und entsprechend der Inanspruchnahme auf die jeweiligen Fachämter verteilt.

b. Steuerungsleistungen

Steuerungsleistungen sind verwaltungsinterne Produkte, die in ihrer Gesamtheit der Steuerung einer Kommune dienen und die nicht von Dritten erbracht werden können. Außerdem besteht für die Produktverantwortlichen keinerlei Einflussnahme, ob bzw. inwieweit diese Leistungen beansprucht werden. Die Kosten sind für sie fremdbestimmt.

Die Summe der Steuerungsleistungen für das Jahr 2026 beläuft sich auf insgesamt 8.464.664,48 €. Diese werden von folgenden Bereichen erbracht:

Rechnungsprüfungsamt, Büro des Landrats, Stabsstelle Wirtschaftsförderung, Haupt- und Personalamt, Amt für Schulen, Kultur und Sport, Kämmereiamt, Rechtsamt, Ordnungsamt sowie Kommunalrechtsamt.

Gegenüber dem Vorjahr ergibt sich eine Erhöhung um rd. 484 T€ bzw. 6,1 %.

Die Steuerungsleistungen werden auf die Budgets, die Endprodukte erbringen, zu 50% anhand des bereinigten Haushaltsvolumens (ohne Transferaufwendungen; ohne Teilhaushalt 7, ohne Service- und Steuerungsleistungen; ohne sonstige Förderleistungen) und zu 50% anhand der dortigen Mitarbeiter verteilt.

Eine Aufteilung von Steuerungsleistungen auf die Serviceämter erfolgt nicht. Werden Leistungen dieser Bereiche für Dritte erbracht, wird ein Steuerungszuschlag erhoben, der sich aus der Höhe der gesamten Steuerungsleistungen bezogen auf das bereinigte Haushaltsvolumen von 222.411.375,87 € ergibt. Der Steuerungszuschlag wird auf Leistungen der Querschnittsämter für Dritte erhoben und deckt die anteiligen Steuerungsleistungen für die Querschnittsämter selbst.

Dieser Steuerungszuschlag beläuft sich im Jahr 2026 auf **3,87 %** (Vorjahr: 3,63 %).

3.3 Verteilungsmaßstäbe für Steuerungs- und Serviceleistungen

Die erbrachten Steuerungs- und Serviceleistungen in Höhe von 64.599.738,15 € für die Ämter und Einrichtungen werden anhand von internen Produktkosten, die mit Hilfe eines Betriebsabrechnungsbogens errechnet werden, vervielfacht mit der nachgefragten Leistungsmenge verteilt (Preis*Menge).

Dabei ergeben sich für die Produkte im Jahr 2026 folgende Preise:

Bereich / Produkt	Leistungserbringer	Leistungsempfänger	Verteilungsmaßstab	Preis
Steuerungsleistungen	Rechnungsprüfungsamt, Büro des Landrats, Haupt- und Personalamt, Kämmereramt, Kommunalrechtsamt, Rechtsamt	Fachämter	50% Köpfe und 50% bereinigtes Haushaltsvolumen	
Büro des Landrats Service	Büro des Landrats			
1130020103	Internet/Intranet, Präsentationen des Kreises	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	75,87 €
1130030103	Herausgabe von Print- und Non-Print Medien	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	37,67 €
1130040103	Werbung, Vermarktung, Ausschreibungen	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	61,63 €
1130050103	Medienarbeit	Fachämter	Preis pro Pressemitteilung	829,48 €
Haupt- und Personalamt Service	Haupt- und Personalamt			
1120010110	Organisationsberatung	Fachämter	Preis pro Personalbetreuungsfall	132,87 €
1120030110	EDV im Personalwesen	Fachämter	Preis pro Personalbetreuungsfall	219,38 €
1121010110	Personalbedarfsdeckung	Fachämter	Preis pro Stellenbesetzungsverfahren	2.370,29 €
1121020110	Personalbetreuung	Fachämter	Preis pro Personalbetreuungsfall	482,94 €
1121030110	Ausbildung	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	943,43 €
1121040110	Fortbildung (ämterübergreifend)	Fachämter	Preis pro Personalbetreuungsfall	46,61 €
1121040210	Personalentwicklung	Fachämter	Preis pro Personalbetreuungsfall	193,06 €
1121050110	Bezügeabrechnung	Fachämter	Preis pro Abrechnungsfall	240,81 €
1121060110	Freiwillige soziale Leistungen	Fachämter	Preis pro Personalbetreuungsfall	139,81 €
1121070110	Arbeitsschutz, Arbeitsmed. u. Betr. Gesundheitsm.	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	283,86 €
1121080110	Aufwendungen für Gesamtverwaltung (Service)	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	-315,23 €
1123050110	Abschluss, Verwaltung und Abwicklung von Versicherungen	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	311,12 €
1124010110	Räuml. Infrastrukturplanung u. -ausstatt.	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	196,19 €
1125050110	Fahrzeuge	Fachämter	Preis pro gefahrenen Kilometer	2,25 €
1125050210	Betreuung der Sonderfahrzeuge	Fachämter	Preis pro Sonderfahrzeug	4.198,53 €
1125050310	Sonstige Dienstleistungen Fuhrpark	Fachämter	Prozent, Aut. d. Arbeitszeit d. Fuhrparkverwalter	
1126010110	Zentrale Beschaffung	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	174,58 €
1126020110	Boten, Zustell- und Postdienste	Fachämter	Preis pro Poststück	1,52 €
1126030110	Drucke	Fachämter	Preis pro Druck	0,07 €
1126030210	Sonstige Dienstleistungen Druckerei	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	85,24 €
1126040210	sonst. zentrale Dienstleistungen	Fachämter	Preis pro Personalbetreuungsfall	20,24 €
Verwaltungsgebäude Service	Verwaltungsgebäude	Fachämter	Verteilung nach belegter Fläche	412,28 €
Sächliche Gemeinkosten	Büromaterial, Papier, Vordrucke, Bücher, Zeitschriften	Fachämter	Verteilung nach Mitarbeitern und nach Verbräuchen	
Kämmereramt Service	Kämmereramt			
1120030114	EDV im Finanzwesen	Fachämter	Preis pro Benutzer	2.601,53 €
1122010114	Gebührenkalkulation	Fachämter	Abz. d. prozent. Aufteilung der Arbeitszeit im Jahr	
1122010214	Anlagenbuchhaltung - beweglich	Fachämter	Preis pro Anlage	2,45 €
1122010314	Anlagenbuchhaltung - unbeweglich	Fachämter	Preis pro Anlage	45,10 €
1122010514	Haushalts- und betriebswirtschaftliche Dienstleistungen	Fachämter	Abz. d. prozent. Aufteilung der Arbeitszeit im Jahr	
1122020114	Aufgaben des Landkreises als Steuerschuldner	Fachämter	Abz. d. prozent. Aufteilung der Arbeitszeit im Jahr	
1122060114	Buchhaltung und Zahlungsverkehr (Sonstiges)	Fachämter	Preis pro Fall	4,30 €
1122060314	Buchhaltung und Zahlungsverkehr (Jugend u. Soziales)	Fachämter	Preis pro Fall	0,52 €
1122070114	Zwangswise Einziehung (Sonstiges)	Fachämter	Preis pro Fall	34,73 €
1122070314	Zwangswise Einziehung (Jugend und Soziales)	Fachämter	Preis pro Fall	537,45 €
1122070414	Forderungsmanagement	Fachämter	Preis pro Fall	3,64 €
1122080114	Abwicklung von Geld- und Sachspenden	Fachämter	Abz. d. prozent. Aufteilung der Arbeitszeit im Jahr	
Amt für Schulen, Kultur und Sport Service	Amt für Schulen, Nahverkehr, Kultur und Sport	Schulen	Verteilung auf die Schulen, Medienzentrum	
1126040112	Zentrale Registratur	Fachämter	Preis pro laufender Meter	28,86 €
1126040212	Elektronische Schriftgutverwaltung	Fachämter	Preis pro PC	99,47 €
1130030112	Herausgabe von Print- und Non-Print Medien	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	60,49 €
Rechtsamt Service	Rechtsamt			
1123020130	Allgemeine Rechtsberatung	Fachämter	Vert. Rechtsangelegenh. n. prozent. Aut. d. Arbeitszeit	
1123030130	Gerichtliche Vertretung in Rechtssachen	Fachämter	Vert. Rechtsangelegenh. n. prozent. Aut. d. Arbeitszeit	
1126010130	Zentrale Vergabestelle	Fachämter	Preis pro Mitarbeiter	255,87 €
1126060130	Bearbeitung von Sonder-OWI intern	Fachämter	Vert. Sonderordnungswidrigkeiten n. prozent. Aut. d. Arbeitszeit	
1126060330	Bearbeitung von Verkehrs-OWI intern mobil	Straßenverkehrsamt	Verrechnung mit Produkt 1221040141	
1126060530	Bearbeitung von Verkehrs-OWI intern stationär	Straßenverkehrsamt	Verrechnung mit Produkt 1221040341	
Straßenverkehrsamt Service	Straßenverkehrsamt			
1126040141	Infazentrale Information	Fachämter	Verteilung nach Nutzung Information	

3.4 Mitwirkungsleistungen

Mitwirkungsleistungen sind Leistungen eigener Fachämter außerhalb von Steuerung und Service.

Für das **Jahr 2026** ergeben sich auf der Basis der Planzahlen insgesamt Mitwirkungsleistungen von **257.400,00 €** (Vorjahr: 294.200,00 €). Im Wesentlichen handelt es sich dabei um Leistungen des Vermessungsamts für das Amt für Landwirtschaft und Naturschutz.

3.5 Abrechnungen

Die **Erstattungen innerhalb des Kernhaushalts** (Steuerungs- und Serviceleistungen) werden vom Kämmerereiamt monatlich verbucht. Die Verrechnungen erfolgen dabei auf Grund der tatsächlichen Verbuchungen im laufenden Haushaltsjahr innerhalb des SAP Moduls CO (Kostenrechnung).

Die **Erstattungen außerhalb des Kernhaushalts** werden von den jeweiligen Fachämtern angefordert. Diese errechneten Haushaltsansätze werden in der nachfolgenden Anlage aufgezeigt:

Anlage 8.1

Zusammenstellung der Erstattungen 2026 außerhalb des Kernhaushalts

Bereiche, die Leistungen erhalten	Bereiche, die Leistungen erbringen						Summen
	0 1	0 2	0 3	0 5	1 1	3 1	
Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik	116.600,00	115.960,27	955.219,81	572.036,85	33.850,84	3.359,39	1.797.027,16
AVR Kommunal AöR	61.000,00	0,00					61.000,00
Freiherr-von-Ulner'sche Stiftung	11.700,00			78.702,70			90.402,70
GRN gGmbH	11.700,00						11.700,00
Zweckverband High-Speed-Netz RN	27.700,00						27.700,00
AVR Gesellschaften (Innenrevision)	500,00						500,00
Stift Sunnisheim	15.200,00						15.200,00
Summen	244.400,00	115.960,27	955.219,81	650.739,55	33.850,84	3.359,39	2.003.529,86

Dargestellt sind nur die Erstattungen im Rahmen der Internen Leistungsverrechnung.

**Finanzplan
und
Investitionsprogramm
für die
Jahre 2025 – 2029**

I. Ergebnishaushalt

Nr.		Finanzplan Ergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ansatz 2025 T€	Ansatz 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€
			2	3	4	5	6
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	5.700	5.700	5.928	6.165	6.412
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	715.547	774.635	800.420	831.289	854.582
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	3.814	3.268	3.334	3.400	3.468
4	+	Sonstige Transfererträge	20.469	21.087	21.298	21.511	21.727
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	4.016	4.031	4.147	4.267	4.391
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.715	1.486	1.473	1.449	1.451
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	111.815	81.932	79.777	80.092	80.461
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	3.635	3.327	2.916	2.954	2.874
9	+	Aktivierbare Eigenleistungen u. Bestandsveränderungen	116	280	297	241	214
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	1.473	1.526	1.697	1.571	1.605
11	=	Summe der ordentlichen Erträge (Summe aus Nummern 1 bis 10)	868.299	897.272	921.286	952.942	977.184
12	-	Personalaufwendungen	-138.587	-140.360	-143.772	-147.506	-151.088
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-64.462	-54.068	-58.582	-58.071	-58.781
15	-	Abschreibungen	-16.780	-17.052	-17.377	-17.709	-18.047
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-2.002	-2.008	-2.088	-1.984	-2.144
17	-	Transferaufwendungen	-503.941	-516.485	-533.731	-556.151	-568.842
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-144.993	-157.913	-161.311	-166.506	-171.049
19	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe aus Nummern 12 bis 18)	-870.765	-887.887	-916.861	-947.926	-969.951
20	=	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nummern 11 und 19)	-2.466	9.385	4.425	5.016	7.233
21	+	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0
22	-	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
23	=	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus Nummern 21 und 22)	0	0	0	0	0
24	=	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Überschuss oder Fehlbetrag; Summe aus Nummern 20 und 23)	-2.466	9.385	4.425	5.016	7.233
25		nachrichtlich: Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen: Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren*		-9.385	-3.830		
26		Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses			-595	-5.016	-7.233
27		Minderung des Basiskapitals nach Artikel 13 Absatz 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts					
28		Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses					
29		Verwendung des Überschusses des Sonderergebnisses zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses					
30		Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses					
31		Verrechnung eines Fehlbetrages beim Sonderergebnis mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses					
32		Verrechnung eines Fehlbetrages beim ordentlichen Ergebnis mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses					
33		Fehlbetragsvortrag auf das ordentliche Ergebnis folgender Haushaltsjahre **	5.551				
34		Verrechnung eines Fehlbetrages beim ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital					
35		Verrechnung eines Fehlbetrages beim Sonderergebnis mit dem Basiskapital					

* Plan 2026: Vollständige Abdeckung Fehlbetrag 2024 i.H.v. 7.664 T€ und anteilige Abdeckung Fehlbetrag 2025 i.H.v. 1.721 T€

** berücksichtigt ist der zum Zeitpunkt der Haushaltsplanung (Stand 31.10.2025) prognostizierte Fehlbetrag 2025 i.H.v. 5.551 T€

II. Finanzhaushalt

Nr.		Finanzplan Finanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2025 T€	Ansatz 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€
			2	3	4	5	6
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	5.700	5.700	5.928	6.165	6.412
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	715.547	774.635	800.420	831.289	854.582
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	20.469	21.087	21.298	21.511	21.727
4	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	4.016	4.031	4.147	4.267	4.391
5	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	1.715	1.486	1.473	1.449	1.451
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	111.815	81.932	79.777	80.092	80.461
7	+	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	3.635	3.327	2.916	2.954	2.874
8	+	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	1.440	1.501	1.672	1.551	1.590
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe aus Nummern 1 bis 8, ohne außerordentliche zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerung)	864.337	893.699	917.631	949.280	973.487
10	-	Personalauszahlungen	-138.804	-140.542	-144.055	-147.657	-151.348
11	-	Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-64.462	-54.068	-58.582	-58.071	-58.781
13	-	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	-2.002	-2.008	-2.088	-1.984	-2.144
14	-	Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	-503.941	-516.485	-533.731	-556.151	-568.842
15	-	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	-144.993	-157.913	-161.311	-166.506	-171.049
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe aus Nummern 10 bis 15)	-854.202	-871.016	-899.767	-930.368	-952.164
17	=	Zahlungsmittelüberschuss / -bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus Nummern 9 und 16)	10.135	22.683	17.864	18.912	21.323
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	3.528	3.050	12.842	10.726	11.546
19	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	15	10	10	10	10
21	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	580	603	605	608	611
22	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0
23	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummern 18 bis 22)	4.123	3.663	13.457	11.344	12.167
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	-60	-287	-383	-55	-115
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	-2.769	-6.364	-6.457	-8.515	-6.397
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	-3.018	-2.702	-4.455	-2.685	-3.435
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	-1	-201	-1	-1	-1
28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	-18.434	-5.049	-18.620	-21.999	-26.540
29	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	-250	-23	-153	-53	-53
30	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummern 24 bis 29)	-24.532	-14.626	-30.069	-33.308	-36.541
31	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nummern 23 und 30)	-20.409	-10.963	-16.612	-21.964	-24.374
32	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf (Summe aus Nummern 17 und 31)	-10.274	11.720	1.252	-3.052	-3.051

Nr.		Finanzplan Finanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ansatz 2025 T€	Ansatz 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€
			2	3	4	5	6
33	+	Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	17.950	10.900	2.000	9.000	7.000
34	-	Auszahlung für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	-732	-1.080	-1.401	-1.468	-1.800
35	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss / -bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummern 33 und 34)	17.218	9.820	599	7.532	5.200
36	=	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus Nummern 32 u. 35)	6.944	21.540	1.851	4.480	2.149
37		nachrichtlich: den voraussichtlichen Bestand an liquiden Eigenmitteln zum Jahresbeginn	-10.230	-1.998	13.575	15.640	17.135
38		den voraussichtlichen Bestand an inneren Darlehen zum Jahresbeginn	0	0			

Entwicklung bereinigte liquide Eigenmittel	Jahr 2025 T€	Jahr 2026 T€	Jahr 2027 T€	Jahr 2028 T€	Jahr 2029 T€
Zahlungsmittelbestand zum 01.01.2025	758				
abzgl. Bestand an Kassenkrediten zum Jahresbeginn	-10.988				
abzgl. Änderung Finanzierungsmittelbestand lt. Plan	6.944	21.540	1.851	4.480	2.149
abzgl. Änderung lt. Hochrechnung (Stand 10/2025)	-31.040				
zzgl. Sondereffekte Geflüchtete	12.447	-5.968	215	-2.986	-646
abzgl. zweckgebundene Erträge	-536				
zzgl. gebundene Mittel aus gewährten Kassenkrediten an Dritte	20.417				
bereinigte liquide Eigenmittel zum 31.12.	-1.998	13.575	15.640	17.135	18.638
Anteil an den Gesamtauszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit (nach dem Durchschnitt der 3 vorangegangenen Haushaltsjahre)	-0,3%	1,7%	1,9%	2,0%	2,1%

III. Rechtsgrundlagen

Der Rhein-Neckar-Kreis hat nach § 48 Landkreisordnung (LKrO) i.V.m. § 85 Gemeindeordnung (GemO) und § 9 Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO) seiner Haushaltswirtschaft eine fünfjährige Finanzplanung zu Grunde zu legen. In der Finanzplanung sind die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie das zu veranschlagende Gesamtergebnis des Ergebnishaushalts und eine Übersicht über die Entwicklung der Einzahlungen und Auszahlungen des Finanzhaushalts darzustellen. Der Finanzplan stellt ein mittelfristiges Arbeitsprogramm für die Verwaltung und die Kreisgremien dar, das den Rahmen der künftigen haushaltspolitischen Entscheidungen absteckt. Nach § 85 Abs. 4 GemO ist der Finanzplan einschließlich Investitionsprogramm dem Kreistag spätestens mit dem Entwurf der Haushaltssatzung vorzulegen und von diesem spätestens mit der Haushaltssatzung zu beschließen.

Der Finanzplan ermöglicht eine kontinuierliche Haushaltswirtschaft über das Haushaltsjahr hinaus und damit eine Konzentration der zur Verfügung stehenden Finanzmittel auf die anstehenden Aufgaben. Insbesondere sollen auch die Wechselwirkungen zwischen Investitionsentscheidungen, Kreditfinanzierung und Kreisumlage aufgezeigt werden. Dadurch werden die Folgen haushaltspolitischer Entscheidungen der Kreisgremien auf das ordentliche Ergebnis, den positiven oder negativen Cash Flow des Ergebnishaushalts (Zahlungsmittelüberschuss bzw. -bedarf), die Veränderung der liquiden Mittel und nicht zuletzt auch auf die Verschuldung über einen längeren Zeitraum ersichtlich.

IV. Planungsgrundlagen

In der Finanzplanung wird die Entwicklung des Gesamthaushalts auf der Grundlage des Haushaltsjahres 2026 fortgeschrieben. Für den Bereich der Kostenerstattung durch das Land im Rahmen der vorläufigen Unterbringung von Geflüchteten wird sich in 2026 eine Änderung dahingehend ergeben, dass nicht mehr – wie bisher – sämtliche Kosten, die in diesem Bereich anfallen, mit dem Land spitz abgerechnet werden können. Die volle Kostenerstattung umfasst ab dem Jahr 2026 nur noch den Betrieb der Gemeinschaftsunterkünfte (GUK), während die anderen Produktbereiche (Verwaltung GUK, Betreuung GUK, Hilfe für Flüchtlinge - Transferleistungen und Krankenhilfe) nur noch über eine Grundpauschale abgegolten werden. Die Verwaltung rechnet damit, dass die Pauschale nicht auskömmlich ist, um die anfallenden Kosten zu finanzieren. Für den Betrieb der Gemeinschaftsunterkünfte werden Kostenerstattungen von jährlich rd. 13,3 Mio. € eingeplant. Außerdem werden für den Bereich der Anschlussunterbringung ab 2026 ff. Zuweisungen des Landes von jährlich rd. 7 Mio. € veranschlagt. Der Zuweisungsbetrag orientiert sich an den Netto-Ist-Aufwendungen des Vorjahres für Transferleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG).

Die Ansätze 2026 für die Zuweisungen und Umlagen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG) werden auf der Grundlage der vorläufigen Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden (Veröffentlichung vom 31.10.2025), der Fortschreibung der Orientierungsdaten zur kommunalen Haushalts- und Finanzplanung in den Jahren 2026 ff. vom 11.11.2025 und der aktualisierten Modellrechnung des Statistischen Landesamtes zu den Leistungen im kommunalen Finanzausgleich 2026 vom 11.11.2025 berechnet. Für die Folgejahre werden die Ansätze unter Beachtung der Systematik des Finanzausgleichs kalkuliert.

Das Investitionsprogramm für die Jahre 2026 – 2029 wurde nach derzeitigem Kenntnisstand aufgestellt.

V. Erläuterungen zur Finanzplanung

1. Kommunalen Finanzausgleich

Darstellung der wichtigsten Parameter

Die Entwicklung der Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden ist ein wichtiger Parameter für die Beurteilung der finanziellen Rahmenbedingungen des Rhein-Neckar-Kreises. Unter Berücksichtigung der Steuerschätzung vom Oktober 2025 werden für die Kommunen in Baden-Württemberg in den Jahren 2026 ff. zwar weiter ansteigende Steuereinnahmen erwartet. Diese fallen jedoch in allen Jahren geringer aus, als bei der Steuerschätzung vom Mai 2025 angenommen. Landesweit wird in den Jahren 2026 - 2029 gegenüber der Mai-Schätzung ein Rückgang der Steuereinnahmen um rd. 0,7 Mrd. € prognostiziert, was vor allem auf einen Rückgang der Gewerbesteuererinnahmen zurückzuführen ist. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten. Einen deutlichen Aufwärtstrend wird es hier wohl nicht geben, da die wirtschaftliche Lage in Deutschland nach wie vor schwierig ist. Gründe hierfür sind u.a. strukturelle

Belastungen, internationale Handelskonflikte und die US-Zollpolitik. Ob die gewünschten Effekte des Sondervermögens Infrastruktur der Bundesregierung auf die deutsche Wirtschaft tatsächlich eintreten ist fraglich. Wichtig wäre hierbei, dass die im Koalitionsvertrag geplanten Maßnahmen zur Entlastung der Wirtschaft auch konsequent umgesetzt werden. Insofern ist die weitere Entwicklung der Steuereinnahmen kaum vorhersehbar. Trotz dieser trüben Aussichten wird im Rhein-Neckar-Kreis für das Jahr 2027 ein Anstieg der Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden um rd. 47,6 Mio. € gegenüber dem Vorjahr auf 1.257,4 Mio. € erwartet. Grundlage dieser Prognose ist eine Umfrage bei den kreisangehörigen Gemeinden zur Entwicklung der Steuereinnahmen 2025, wobei einige wenige Gemeinden, nach einem Einbruch im Vorjahr, deutlich höhere Erträge aus der Gewerbesteuer erwarten. Für die Jahre 2028 ff. werden weiter ansteigende Steuereinnahmen prognostiziert, so dass für das Jahr 2028 ein Anstieg von 2 % und für das Jahr 2029 von 3 % einkalkuliert wird. Am Ende des Finanzplanungszeitraums werden die Steuerkraftsummen der Kommunen mit 1.321,0 Mio. € prognostiziert. Beim Kopfbetrag zur Ermittlung der Bedarfsmesszahl erwartet die Verwaltung in 2027 eine Erhöhung gegenüber dem Vorjahr um 3 % auf 1.020 €. Für die Folgejahre ist eine Steigerungsrate von 3,5 % vorgesehen.

Im Hinblick auf das finanzpolitische Ziel zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit des Rhein-Neckar-Kreises und der kreisangehörigen Gemeinden und dem sich daraus ergebenden Spannungsverhältnis zwischen Mindestliquidität, Begrenzung der Verschuldung und Höhe der Kreisumlage ist für das Jahr 2026 eine Erhöhung des Kreisumlage-Hebesatzes um 1,5 Prozentpunkte auf 32,75 % vorgesehen. Die Anhebung war notwendig, um hinsichtlich der aktuell schwierigen Haushaltslage des Kreises im Jahr 2026 ein positives ordentliches Ergebnis zu erzielen und damit den Fehlbetrag 2024 in Höhe von 7,7 Mio. € ausgleichen zu können. Darüber hinaus muss die anhaltend schlechte Liquiditätslage des Kreises wieder deutlich verbessert werden. Ziel bei der Haushaltsplanung 2026 war es daher, die Mindestliquidität von 16,0 Mio. € möglichst zu erreichen, um unterjährig die Zahlungsfähigkeit des Kreises auch ohne die Inanspruchnahme von Kassenkrediten gewährleisten zu können. Dieses Ziel wurde um 2,4 Mio. € verfehlt. Die Mehrerträge aus der Kreisumlage führen zu einem höheren Zahlungsmittelüberschuss des Ergebnishaushalts, der grundsätzlich für die Finanzierung der geplanten Investitionen zur Verfügung steht. Nach den Planungen 2026 werden die Investitionen jedoch weitgehend über Kreditaufnahmen finanziert, so dass der Überschuss des Ergebnishaushalts für die Stabilisierung der Liquidität verwendet werden kann. Aus heutiger Sicht ist im Jahr 2027 aufgrund weiter steigender Aufwendungen eine weitere Anpassung des Hebesatzes auf 34,75 % und im Jahr 2028 auf 35,0 % notwendig. Für das Jahr 2029 wird dann eine Absenkung auf 34,75 % erwartet.

Im Einzelnen ergibt sich folgende Übersicht:

	Steuerkraftsummen Gemeinden Mio. €	Steuerkraftsumme Landkreis Mio. €	Kopfbetrag € je EW	Hebesatz Kreisumlage %
Basis für 2026 (Steuerkraft 2024)	1.209,8	1.332,9	1.008	32,75
Basis für 2027 (Steuerkraft 2025)	1.257,4	1.375,5	1.020	34,75
Basis für 2028 (Steuerkraft 2026)	1.282,5	1.419,5	1.056	35,00
Basis für 2029 (Steuerkraft 2027)	1.321,0	1.444,6	1.088	34,75

Zuweisungen und Umlagen nach dem Finanzausgleichsgesetz (FAG)

Der Saldo aus den Zuweisungen und Umlagen nach dem Finanzausgleichsgesetz einschließlich Kreisumlage wird in den Jahren 2027 - 2029 weiter ansteigen. Ursächlich hierfür sind insbesondere höhere Erträge aus der Kreisumlage bedingt durch die steigenden Steuerkraftsummen der kreisangehörigen Gemeinden und die Anhebung des Kreisumlage-Hebesatzes sowie ein Plus bei den Schlüsselzuweisungen in den Jahren 2028 und 2029. Aufgrund der höheren Erträge aus dem Finanzausgleich ist es möglich, auch in den Jahren 2027 ff. trotz stetig anwachsender Aufwendungen ausgeglichene Haushalte vorzulegen und ab dem Jahr 2028 sogar die gesetzlich vorgegebene Mindestliquidität zu erreichen. Die Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses musste beim Jahresabschluss 2024 zum teilweisen Ausgleich des entstandenen Fehlbetrages vollständig in Anspruch genommen werden. Aufgrund der negativen Budgetentwicklung 2025 geht die Verwaltung derzeit davon aus, dass auch beim Jahresabschluss 2025 ein Fehletrag von 5,6 Mio. € auszuweisen ist. Dieser kann nach den gesetzlichen Bestimmungen aufgrund der fehlenden Rücklagenmittel auf die drei folgenden Haushaltsjahre vorgetragen werden und ist insofern spätestens im Jahr 2028

auszugleichen. Nach den derzeitigen Planungen kann die Abdeckung zum Teil über das positive ordentliche Ergebnis 2026 erfolgen. Der danach verbleibende Fehlbetrag kann über das Plus des ordentlichen Ergebnisses 2027 gedeckt werden. Eine Entnahme aus dem Basiskapital, die dann erfolgen muss, wenn der Ausgleich eines Fehlbetrages innerhalb der Dreijahresfrist nicht möglich ist, kann damit abgewendet werden.

Bei den Daten aus dem Finanzausgleich ist auch zu berücksichtigen, dass bei der Berechnung der Planwerte verschiedene Annahmen getroffen werden, die nur sehr schwer einschätzbar sind, wie z.B. tatsächliche Höhe der jährlichen Kopfbeträge, Entwicklung der Einwohnerzahlen, künftige Erträge aus der Grunderwerbsteuer oder die gewichteten Kreisumlage-Hebesätze in Baden-Württemberg in den einzelnen Jahren der Finanzplanung. Außerdem können die wirtschaftlichen und finanziellen Auswirkungen der weltweiten Krisen wie z.B. der andauernde Ukraine-Krieg und der schwierigen geopolitischen Lage auf die künftigen Jahre nach wie vor nur sehr schwer beurteilt werden.

Die Zuweisungen und Umlagen im kommunalen Finanzausgleich stellen sich in der Finanzplanung wie folgt dar:

Finanzausgleich im engeren Sinn Zuweisungen / Umlagen	2025 Mio. €	2026 Mio. €	2027 Mio. €	2028 Mio. €	2029 Mio. €
Schlüsselzuweisungen § 8 FAG	74,2	93,4	79,2	88,4	92,1
Finanzzuweisungen § 11 Abs. 1 FAG	8,9	8,9	8,9	8,9	9,0
Finanzzuweisungen § 11 Abs. 4 FAG	25,9	26,7	27,5	28,3	29,2
Kreisumlage § 35 FAG	379,0	396,2	436,9	448,9	459,0
KVJS-Umlage	-3,0	-2,9	-3,2	-3,4	-3,5
Status-Quo-Ausgleich § 22 FAG	-4,1	-2,2	-3,0	-3,0	-3,0
FAG-Umlage § 1a FAG	-19,3	-27,2	-26,1	-30,3	-27,3
Saldo	461,6	492,9	520,2	537,8	555,5

Eine weitere Berechnungsgrundlage für die FAG-Leistungen bildet die jährliche Entwicklung der Grunderwerbsteuer, da die Ist-Erträge des Vorvorjahres für die Ermittlung der Steuerkraftsumme und der Steuerkraftmesszahl des Kreises sowie der FAG-Umlage relevant sind.

Bei den Erträgen aus der Grunderwerbsteuer zeichnet sich im Jahresverlauf 2025 – nach deutlichen Rückgängen in den beiden Vorjahren – erstmals wieder eine positive Entwicklung ab. Insofern prognostiziert die Verwaltung zum Jahresende Erträge von 43,5 Mio. € (+7,5 Mio. € im Vergleich zur Planung). Für die Jahre 2026 ff. wird davon ausgegangen, dass sich die Baukonjunktur und der Immobilienmarkt weiter stabilisieren. Auf dieser Grundlage wird mit einem stetig ansteigenden Grunderwerbsteueraufkommen gerechnet, so dass folgende Ansätze eingeplant werden:

- 2026 43,5 Mio. €
- 2027: 44,5 Mio. €
- 2028: 46,5 Mio. €
- 2029: 48,5 Mio. €

2. Erträge des Ergebnishaushalts

Ausgehend von den Planwerten im Haushalt 2026 mit ordentlichen Erträgen von 897,3 Mio. € werden diese mit folgenden Parametern fortgeschrieben:

Bezeichnung	Jahreszuwachs / Prognose 2027 - 2029
Steuern und ähnliche Abgaben	
- Weitergabe Wohngeldnetzentlastung SGB II	+4,0 % jährlich (analog zur Steigerung bei den Aufwendungen)
Zuweisungen / Zuwendungen	
- Gebühren, Zwangsgelder, Bußgelder Untere Verwaltungsbehörden	+2,0 % jährlich
- Zuweisungen Land Anschlussunterbringung Flüchtlinge	+3,0 % jährlich
- Zuweisungen Grundsicherung SGB XII	+4,0 % jährlich (analog zur Steigerung bei den Aufwendungen)
- übrige Zuweisungen Land / Bund	+3,0 % jährlich
- Bundesbeteiligung an den Kosten der Unterkunft (SGB II)	+4,0 % jährlich (analog zur Steigerung bei den Aufwendungen)
Sonstige Transfererträge	
- Ersatz von sozialen Leistungen in Einrichtungen	+1,0 % jährlich
- Ersatz von sozialen Leistungen in besonderen Wohnformen	+4,0 % jährlich (analog zur Steigerung bei den Aufwendungen)
- Ersatz von sozialen Leistungen außerhalb von Einrichtungen und übrige Ersatzleistungen (z.B. übergeleitete Unterhaltsansprüche, Rückzahlung gewährter Hilfen, Leistungen von anderen Sozialleistungsträgern)	+1,0 % jährlich (analog zur Steigerung bei den Aufwendungen)
öffentlich-rechtliche Leistungsentgelte	
- Verwaltungsgebühren / Benutzungsgebühren	+2,0 % jährlich
- Elternbeiträge Kindertagesstätten (0 - 3 Jahre)	+3,0 % jährlich
privatrechtliche Leistungsentgelte	
- ILS Heidelberg Rhein-Neckar-Kreis gGmbH, Mieterträge überlassene Betriebsgegenstände	0,8 Mio. € / Jahr
- übrige privatrechtliche Erträge	+1,0 % jährlich
Kostenerstattungen / Kostenumlagen	
- Erstattungen Land für Geflüchtete (Betrieb Gemeinschaftsunterkunft, Ankunftszentrum BW Patrick-Henry-Village und Unbegleitete Minderjährige Ausländer - UMA)	100 % der Aufwendungen
- Erstattungen Land Bundesteilhabegesetz (BTHG)	+ 9,0 Mio. € / Jahr zum Ausgleich der BTHG-bedingten Mehraufwendungen (Transferaufwand, Personal- und Sachkosten)
- übrige Erstattungen von Bund, Land, Gemeinden, Dritten	+2,0 % bzw. + 3,0 % jährlich
Zinsen und ähnliche Erträge	
- für Gesellschafterdarlehen, gewährte Kassenkredite, Avalprovisionen für verbürgte Darlehen	entsprechend der Zins- und Tilgungspläne
- Gewinnausschüttung AVR UmweltService GmbH u. AVR BioTerra GmbH & Co. KG	entsprechend den Planwerten im Wirtschaftsplan der AVR UmweltService GmbH und der AVR BioTerra GmbH & Co. KG
Sonstige ordentliche Erträge	+2,0 % jährlich

Unter Berücksichtigung der vorstehenden Berechnungsgrundlagen werden in den Jahren 2027 ff. weiter ansteigende Erträge erwartet. In den einzelnen Jahren sind folgende ordentliche Erträge ausgewiesen:

- 2026: 897,3 Mio. €
- 2027: 921,3 Mio. €
- 2028: 952,9 Mio. €
- 2029: 977,2 Mio. €

3. Aufwendungen des Ergebnishaushalts

Bei den Aufwendungen stellen die Transferleistungen für den sozialen Bereich und die Personalaufwendungen die größten Positionen dar. Das ständig wachsende strukturelle Defizit im Sozialbereich hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Finanzplanung. Bei den erwarteten geringen volkswirtschaftlichen Wachstumsraten wird es immer schwieriger, die Steigerungen im Sozialbereich auszugleichen.

Bei den Personalaufwendungen wird unter Berücksichtigung der voraussichtlichen Tarifentwicklung ein Anstieg um jährlich 2,5 % prognostiziert. Ausgehend vom Ansatz 2026 in Höhe von 140,4 Mio. € werden die Personalkosten zum Ende des Finanzplanungszeitraumes voraussichtlich 151,1 Mio. € betragen (+10,7 Mio. €).

Bei den sozialen Leistungen nach dem AsylbLG an Geflüchtete in der vorläufigen Unterbringung wird für die Ermittlung der Ansätze im Finanzplanungszeitraum davon ausgegangen, dass im Jahresdurchschnitt rd. 700 bis 800 Leistungsempfänger in den Gemeinschaftsunterkünften untergebracht sind. Durch das nicht absehbare Ende des Ukraine-Krieges, den immer noch schwelenden Konflikt in Nahost und die schwierigen geopolitischen Entwicklungen geht die Verwaltung davon aus, dass sich die Flüchtlingszahlen in den kommenden Jahren weiterhin auf dem für das Jahr 2026 prognostizierten Niveau bewegen werden. Ferner sind monatliche Transferleistungen von 520 € je Geflüchteten und Krankenaufwendungen von insgesamt rd. 1,8 Mio. € einkalkuliert. Unter diesen Voraussetzungen errechnet sich ein Ansatz 2027 ff. von jährlich rd. 6,6 Mio. €.

Bei der Unterbringung der Unbegleiteten Minderjährigen Ausländerinnen und Ausländer (UMA) geht die Verwaltung davon aus, dass die Zuweisungszahlen im Jahr 2026 unter Berücksichtigung der Entwicklungen 2025 zurückgehen. Allerdings ist auch hier im Hinblick auf die weltweiten Konflikte nur schwer abschätzbar, wie sich die Fallzahlen im Finanzplanungszeitraum entwickeln werden. Gleichwohl wurde für die Jahre 2027 ff. ein weiterer langsamer Rückgang der Zugangszahlen angenommen, so dass sich auch die Aufwendungen für deren Unterbringung vermindern. Unter Berücksichtigung der getroffenen Annahmen wird für das Jahr 2027 ein Ansatz von 12,0 Mio. €, für 2028 von 11,0 Mio. € und für 2029 von 10,0 Mio. € eingeplant. Die vorstehenden Transferleistungen werden dem Rhein-Neckar-Kreis zu 100 % durch das Land Baden-Württemberg bzw. andere Jugendhilfeträger erstattet, was bei den Erträgen aus Kostenerstattungen und Kostenumlagen entsprechend veranschlagt ist.

Trotz der Ende 2024 erfolgten Einigung zwischen dem Land und den Kommunalen Spitzenverbänden über den Nachweis der BTHG-bedingten Mehraufwendungen bei der Sozialen Teilhabe auf der Basis eines Berechnungstools lässt eine Spitzabrechnung dieser Aufwendungen mit dem Land weiter auf sich warten. Nach wie vor gewährt das Land den Kreisen lediglich jährliche Abschlagzahlungen von landesweit 198 Mio. €. Der Anteil des Rhein-Neckar-Kreises beläuft sich auf 9,1 Mio. € und umfasst neben den Erstattungen für die in diesem Zusammenhang anfallenden Personalaufwendungen (2,6 Mio. €) auch den Ausgleich der BTHG-bedingt zusätzlichen Transferaufwendungen von 6,5 Mio. €. Da nicht absehbar ist, ab welchem Zeitpunkt eine Spitzabrechnung erfolgen wird, wurden im gesamten Finanzplanungszeitraum BTHG-bedingte Transferaufwendungen von 6,5 Mio. € eingeplant. Auf der Ertragsseite wurde mit den o.g. Erträgen eine Erstattungsquote von 100 % berücksichtigt, so dass die BTHG-bedingten Mehraufwendungen auch in den Jahren 2026 ff. ergebnisneutral dargestellt werden.

Die übrigen sozialen Leistungen sind im Haushalt 2026 mit insgesamt 392,9 Mio. € ausgewiesen. In Anlehnung an die bei der Ermittlung der Planwerte 2026 berücksichtigten durchschnittlichen Steigerungsraten wird im weiteren Finanzplanungszeitraum ein jährlicher Zuwachs um 4,0 % bei den Transferaufwendungen außerhalb von Einrichtungen und in besonderen Wohnformen im Rahmen der Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung sowie um 3,0 % bei den Transferaufwendungen in Einrichtungen angenommen. Insofern sind zum Ende des Finanzplanungszeitraums übrigen sozialen Leistungen von insgesamt 437,2 Mio. € veranschlagt. (+44,3 Mio. € ggü. Planwert 2026).

Neben den Sozialen Leistungen sind bei den Transferaufwendungen auch noch die Umlagen des Finanzausgleichs (32,3 Mio. € im Jahr 2027, 36,6 Mio. € im Jahr 2028 und 33,8 Mio. € im Jahr 2029), die Zuweisungen an Dritte (rd. 21,2 Mio. € / Jahr), die freiwilligen Förderleistungen (rd. 12,2 Mio. € / Jahr) und die Zuweisungen an verbundene Unternehmen (rd. 26,1 Mio. € / Jahr) eingeplant. Darüber hinaus sind hier auch die Zuweisungen an Gemeinden insbesondere

für den Bereich ÖPNV mit einem Ansatz von 10,0 Mio. € im Jahr 2026 veranschlagt. Aufgrund der Neuvergabe verschiedener Linienbündel zum Jahresende 2025 bzw. 2026 mit deutlich höheren Gesamtkosten werden die Zuweisungen an Gemeinden für den ÖPNV ab 2027 weiter ansteigen bis auf 15,8 Mio. € im Jahr 2029 (+5,8 Mio. € ggü. 2026).

Die Leistungsbeteiligung für die Umsetzung der Grundsicherung für Arbeitsuchende nach dem SGB II (Kosten der Unterkunft) wird bei den sonstigen Aufwendungen geplant und verbucht. Auf der Basis des Planansatzes 2026 mit 86,0 Mio. € wird über den gesamten Finanzplanungszeitraum eine Steigerungsrate von 4 % angenommen. Allerdings beteiligt sich der Bund derzeit mit 72,5% an den Kosten der Unterkunft, so dass sich die Nettoaufwendungen des Kreises auf 27,5 % belaufen. Die Nettoaufwendungen werden zum Ende des Finanzplanungszeitraums mit 30,4 Mio. € prognostiziert. Gegenüber dem Jahr 2026 bedeutet dies ein Zuwachs in Höhe von 3,4 Mio. €.

Darüber hinaus stellen sich die Berechnungsgrundlagen für die Entwicklung der ordentlichen Aufwendungen in den Jahren 2027 – 2029 wie folgt dar:

Bezeichnung	Jahreszuwachs / Prognose 2027 - 2029
Personalaufwendungen	+2,5 % jährlich
Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	
- Mietaufwendungen Liegenschaften	analog zu den Planwerten im Wirtschaftsplan des EBVIT
- Kostenerstattungen an EBVIT für die IT der Verwaltung und der Schulen	analog zu den Planwerten im Wirtschaftsplan des EBVIT
- Aufwendungen im Bereich Straßenunterhaltung	3,8 Mio. € / Jahr
- Aufwendungen für die vorläufige Unterbringung von Geflüchteten (Betrieb GUK)	12,4 Mio. € / Jahr
- übrige Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	+2,0 % bzw. + 3,0 % jährlich
Zinsaufwendungen	
- für aufgenommene Kredite	entsprechend der Zins- und Tilgungspläne
- für Kontokorrentkredite / Kreditmanagementkonto	0,6 Mio. € / Jahr
- Bankgebühren	0,1 Mio. € / Jahr
Transferaufwendungen	
- Soziale Leistungen in Einrichtungen	+3,0 % jährlich
- Soziale Leistungen in besonderen Wohnformen	+4,0 % jährlich
- Soziale Leistungen außerhalb von Einrichtungen	+4,0 % jährlich
- Zuweisungen an Gemeinden (ÖPNV-Förderung)	+2,0 % jährlich; 2027 zzgl. 2,0 Mio. € und 2028 zzgl. 3,1 Mio. € wg. Neuvergabe versch. Linienbündel
- übrige Zuweisungen an Dritte	+2,0 % jährlich
- Zuweisungen an verbundene Unternehmen:	
Stift Sunnisheim gGmbH	0,1 Mio. € / Jahr
GRN gGmbH	25,5 Mio. € / Jahr
Zweckverband High-Speed-Netz Rhein-Neckar	0,7 Mio. € / Jahr
- Fördermaßnahmen	+12,2 Mio. € / Jahr
Sonstige ordentliche Aufwendungen	
- Aufwendungen für die vorläufige Unterbringung von Geflüchteten (Betrieb GUK)	0,1 Mio. € / Jahr
- Leistungen Grundsicherung für Arbeitssuchende SGB II	+4,0 % jährlich
- Erstattungen an EBVIT insbesondere für Informationstechnik	analog zu den Planwerten im Wirtschaftsplan des EBVIT
- übrige sonstige ordentliche Aufwendungen	+2,0 % bzw. + 3,0 % jährlich

Unter Berücksichtigung der dargestellten Parameter wird in den Jahren 2027 bis 2029 eine jährliche Erhöhung der Aufwendungen prognostiziert. In den einzelnen Jahren sind folgende ordentliche Aufwendungen vorgesehen:

- 2026: 887,9 Mio. €
- 2027: 916,9 Mio. €
- 2028: 947,9 Mio. €
- 2029: 970,0 Mio. €

4. Ordentliche Ergebnisse

Nachdem im Haushaltsjahr 2025 noch ein negatives Ergebnis ausgewiesen ist, werden aufgrund der vorstehend erläuterten Entwicklungen der Erträge und Aufwendungen für die Jahre 2026 ff. folgende positive ordentliche Ergebnisse erwartet:

- 2026: 9,4 Mio. €
- 2027: 4,4 Mio. €
- 2028: 5,0 Mio. €
- 2029: 7,2 Mio. €

Die Erwirtschaftung positiver ordentlicher Ergebnisse ist auch erforderlich, um die umfangreichen Investitionsvorhaben kommender Jahre finanzieren zu können und darüber hinaus die anhaltend schlechte Liquiditätslage des Kreises zu verbessern. Diese blieb auch im Jahr 2025, trotz einer restriktiven Bewirtschaftung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel, weiter angespannt, so dass in den ersten 10 Monaten des Jahres 2025 nahezu dauerhaft Kassenkredite benötigt wurden, um die Zahlungsfähigkeit des Kreises zu gewährleisten. Lediglich die um 3 Monate vorgezogenen Zuweisungen aus dem Finanzausgleich 2025 führten im Juni kurzfristig zu einer Entlastung, so dass zum Monatsende - erstmals seit Oktober 2023 - ein positiver Kassenbestand vorhanden war. Aufgrund der hohen monatlichen Zahlungsverpflichtungen waren die vorhandenen Mittel bereits Mitte Juli wieder aufgebraucht, und es musste erneut ein Kassenkredit in Anspruch genommen werden. Umso wichtiger ist es daher, beim Cash Flow des Ergebnishaushalts einen Überschuss zu erzielen, der es ermöglicht, einen Teil der Investitionen neben den Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und den geplanten Kreditaufnahmen über Eigenmittel zu finanzieren. Nach den derzeitigen Planungen wird beim Cash Flow des Ergebnishaushalts im Jahr 2026 ein Überschuss von 22,7 Mio. € prognostiziert. Dieser positive Trend setzt sich im gesamten Finanzplanungszeitraum fort. Die dadurch erwirtschafteten Nettoinvestitionsraten werden auch im Hinblick auf das Erreichen der gesetzlich vorgegebenen Mindestliquidität benötigt. In den einzelnen Jahren ergibt sich folgendes Bild:

	2025 Mio.€	2026 Mio.€	2027 Mio.€	2028 Mio.€	2029 Mio.€
ordentliches Ergebnis	-2,5	9,4	4,4	5,0	7,2
Cash Flow des Ergebnishaushalts	10,1	22,7	17,9	18,9	21,3
Nettoinvestitionsrate	9,4	21,6	16,5	17,4	19,5

5. Investitionstätigkeit 2026 – 2029

Dem in den Jahren 2026 bis 2029 im Kernhaushalt vorgesehenen Investitionsvolumen (incl. Zuweisungen an den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik) von insgesamt 114,5 Mio. € stehen Einnahmen aus Kostenbeteiligungen Dritter und der Veräußerung von Sach- und Finanzvermögen von 13,9 Mio. € gegenüber. Außerdem wurden in den Jahren 2027 - 2029 Zuweisungen von insgesamt 26,7 Mio. € aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes eingeplant. Das Programm der Bundesregierung umfasst einen Zeitraum von 12 Jahren. Insgesamt erhält der Rhein-Neckar-Kreis in diesem Zeitraum Zuweisungen von 106,5 Mio. € und damit jährlich rund 8,9 Mio. €.

Unter Berücksichtigung der Ein- und Auszahlungen beträgt die Nettobelastung des Kreises im Finanzplanungszeitraum 73,9 Mio. €. Die Finanzierung erfolgt über Kreditaufnahmen von 28,9 Mio. € und über den ab 2026 erwirtschafteten Cash Flow des Ergebnishaushalts.

Die Nettobelastung (Auszahlungen abzüglich Einzahlungen aus Investitionstätigkeit) der einzelnen Bereiche stellt sich wie folgt dar:

	2025 Mio. €	2026 Mio. €	2027 Mio. €	2028 Mio. €	2029 Mio. €
Erwerb bewegliches Vermögen Verwaltung	-0,8	-0,1	-0,5	-0,2	-0,2
Erwerb bewegliches / immaterielles Vermögen Feuerwehrwesen	-0,6	-0,7	-1,1	-0,4	-0,8
Erwerb bewegliches Vermögen Straßenmeistereien	-0,2	-0,2	-0,7	-0,2	-0,2
Erwerb bewegliches Vermögen Schulen, Kreisarchiv, Kunstpflege	-1,4	-1,3	-1,4	-1,5	-1,7
Investitionsfördermaßnahmen (insbesondere ÖPNV)	-1,6	-1,1	-1,3	-0,8	-0,6
Straßenbaumaßnahmen incl. Grunderwerb	-2,2	-5,9	-4,6	-7,8	-6,2
Investitionszuweisungen EBVIT - bauliche Maßnahmen	0,0	0,0	-16,4	-20,5	-24,1
Investitionszuweisungen EBVIT - Biodiversität	0,0	0,0	-0,1	-0,1	-0,1
Investitionszuweisungen GRN gGmbH - bauliche Maßnahmen	-14,2	-2,0	0,0	0,0	0,0
Gesellschafterdarlehen GRN MVZ gGmbH	0,0	-0,2	0,0	0,0	0,0
Rückflüsse aus der Tilgung der Gesellschafterdarlehen	0,6	0,6	0,6	0,6	0,6
Zuweisungen Land Sondervermögen Infrastruktur	0,0	0,0	8,9	8,9	8,9
Summe Nettoinvestitionen	-20,4	-10,9	-16,6	-22,0	-24,4

Neben den im Vorbericht Ziffer 3.3.5 Finanzhaushalt und in den jeweiligen Budgets für das Jahr 2026 dargestellten Investitionen sind in den weiteren Jahren der Finanzplanung folgende ÖPNV- bzw. Straßenbaumaßnahmen relevant:

- S-Bahn Rhein-Neckar, 2. Stufe, nördlicher Streckenabschnitt
- S-Bahn Rhein-Neckar, 2. Stufe, südlicher Streckenabschnitt
- Krebsbachtalbahn – Ausbau Infrastruktur
- RNV Haltestellen Weinheim Händelstraße bis Freiburger Straße (4 Haltestellen)
- Maßnahmen aus dem Radwegeprogramm
- Maßnahmen aus dem investiven Deckenprogramm
- Neubau verschiedener signalisierter Fußgängerüberwege und Fußgängerfurten
- Grundhafte Erneuerung / Ersatzneubau von verschiedenen Brücken
- K 4178 Meckesheim, Beseitigung Bahnübergang

Außerdem sind im Finanzplanungszeitraum in den Wirtschaftsplänen des EBVIT folgende wesentlichen Baumaßnahmen veranschlagt, die teilweise über Investitionszuweisungen des Kreises finanziert werden:

- Energetische Sanierung von Verwaltungsgebäude an verschiedenen Standorten
- Erweiterung der Fläche an verschiedenen Zentren beruflicher Schulen
- Energetische Sanierung von Schulgebäuden an verschiedenen Standorten
- Neubau Stift Sunnisheim
- weiterer Ausbau der PV-Anlagen

Die jährlichen Einzahlungen und Auszahlungen sowie die Gesamtkosten der geplanten Einzelmaßnahmen sind im Investitionsprogramm detailliert dargestellt.

6. Entwicklung der Verschuldung

Die in den Jahren 2026 bis 2029 geplanten umfangreichen Investitionsvorhaben, wie z.B. energetische Sanierung von Verwaltungs- und Schulgebäuden, der Neubau bei der Jugendeinrichtung Stift Sunnisheim, verschiedene Straßenbaumaßnahmen und Investitionsfördermaßnahmen des ÖPNV müssen teilweise über Kreditaufnahmen finanziert werden.

Im Haushalt des Rhein-Neckar-Kreises sind in den Jahren 2026 ff. zur Finanzierung von Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen Kreditaufnahmen von 28,9 Mio. € vorgesehen. Außerdem stehen Kostenbeteiligungen Dritter, Zuweisungen aus dem Sondervermögen Infrastruktur und Klimaneutralität des Bundes und der Überschuss beim Cash Flow des Ergebnishaushalts zur Verfügung.

Weiterhin sind im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs Bau, Vermögen und Informationstechnik in den Jahren 2026 bis 2029 Darlehensaufnahmen von 62,3 Mio. €²⁰ ausgewiesen. Mit den Krediten werden verschiedene bauliche Maßnahmen und die Investitionen in die IT der Verwaltung und der Schulen sowie des Konzerns Rhein-Neckar-Kreis finanziert.

Unter Berücksichtigung der ordentlichen Tilgungsleistungen des Kreises (5,7 Mio. €) und des EBVIT (32,2 Mio. €) wird sich der Gesamtschuldenstand von ursprünglich 127,5 Mio. € (zum 31.12.2025) auf voraussichtlich 180,8 Mio. € zum Jahresende 2029 deutlich erhöhen (+53,3 Mio. €).

Eine detaillierte Darstellung der Kreditaufnahmen und der Tilgungsleistungen des Kreises und des EBVIT in den einzelnen Jahren der Finanzplanung ergibt sich aus der noch folgenden Ziffer VI Finanzielle Entwicklung.

7. Entwicklung der bereinigten liquiden Eigenmittel

Gemäß § 89 GemO hat die Kommune die rechtzeitige Leistung der Auszahlungen zu gewährleisten bzw. nach § 22 GemHVO müssen liquide Mittel für ihren Zweck rechtzeitig verfügbar sein. Die bereinigten liquiden Eigenmittel des Kreises werden sich Ende 2026 voraussichtlich wie folgt darstellen:

- Zahlungsmittelbestand zum 01.01.2025	0,8 Mio. €
- abzgl. Bestand an Kassenkrediten zum 01.01.2025	-11,0 Mio. €
- abzgl. Veränderung Finanzierungsmittelbestand 2025 (lt. Hochrechnung 31.10.2025)	-24,1 Mio. €
- zzgl. Sondereffekte Geflüchtete aus Vorjahren	+12,5 Mio. €
- abzgl. zweckgebundene Erträge	-0,5 Mio. €
- zzgl. gebundene Mittel aus gewährten Kassenkrediten an Dritte	+20,4 Mio. €
- zzgl. positive Veränderung Finanzierungsmittelbestand lt. Plan 2026	+21,5 Mio. €
- <u>abzgl. Sondereffekte Geflüchtete 2026</u>	<u>-6,0 Mio. €</u>
Voraussichtliche bereinigte liquide Eigenmittel zum 31.12.2026	+13,6 Mio. €

Dies entspricht einem Anteil von 1,7 % an den Gesamtauszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit nach dem Durchschnitt der drei vorangegangenen Haushaltsjahre. Die gesetzliche Sollvorschrift nach § 22 Abs. 2 GemHVO wird damit im Jahr 2026 um 0,3 Prozentpunkte unterschritten. Auch im Jahr 2027 wird die Sollvorgabe mit einem Wert von 1,9 % noch knapp verfehlt. Ab dem Jahr 2028 kann die Mindestliquidität aus heutiger Sicht mit Werten von 2,0 % bzw. 2,1 % dann wieder erreicht werden.

²⁰ incl. Kreditermächtigungen Vorjahr in Höhe von 11,1 Mio. €

8. Überblick über die Top Kennzahlen im Finanzplanungszeitraum

	Hochrechnung 31.10.2025 Mio. €	Plan 2026 Mio.€	Plan 2027 Mio.€	Plan 2028 Mio.€	Plan 2029 Mio.€
Gesamtergebnis	-5,6	9,4	4,4	5,0	7,2
Saldo aus Investitionstätigkeit	-37,0	-10,9	-16,6	-22,0	-24,4
bereinigte liquide Eigenmittel zum 31.12	-2,0	13,6	15,6	17,1	18,6
prozentualer Anteil in	-0,3%	1,7%	1,9%	2,0%	2,1%
Kreditaufnahmen (RNK)	6,7	10,9	2,0	9,0	7,0
Kreditaufnahmen EBVIT*	19,3	38,3	3,0	9,9	11,1
Verschuldung zum 31.12. (RNK und EBVIT)	127,5	165,3	161,6	171,8	180,8

* 2026 incl. Kreditemächtigung Vorjahr i.H.v. 11,1 Mio. €

VI. Finanzielle Entwicklung

1. Entwicklung der Nettoneuverschuldung bzw. Rückführung der Verschuldung

a. Kernhaushalt	2025 T€	2026 T€	2027 T€	2028 T€	2029 T€	Gesamt T€
Kreditaufnahmen	17.950	10.900	2.000	9.000	7.000	46.850
abzgl. Tilgung	-732	-1.080	-1.401	-1.468	-1.800	-6.481
Nettoneuverschuldung (+)/ Rückführung der Verschuldung (-)	17.218	9.820	599	7.532	5.200	40.369

b. Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik	2025 T€	2026 T€	2027 T€	2028 T€	2029 T€	Gesamt T€
Kreditaufnahmen	16.887	27.203	3.002	9.948	11.080	68.120
zzgl. Neuaufnahmen aus Vorjahren	13.511	11.087	0	0	0	24.598
abzgl. Tilgung	-7.175	-10.360	-7.277	-7.277	-7.328	-39.417
Nettoneuverschuldung (+)/ Rückführung der Verschuldung (-)	23.223	27.930	-4.275	2.671	3.752	53.301

2. Entwicklung der Gesamtverschuldung

	2025 T€	2026 T€	2027 T€	2028 T€	2029 T€
a. Kernhaushalt					
Anfangsbestand zum 01.01.		29.488	39.308	39.907	47.439
zzgl. Neuaufnahmen		10.900	2.000	9.000	7.000
abzgl. Tilgung		-1.080	-1.401	-1.468	-1.800
Endstand zum 31.12.	29.488	39.308	39.907	47.439	52.639
b. Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik					
Anfangsbestand zum 01.01.		98.045	125.975	121.700	124.371
zzgl. Neuaufnahmen		27.203	3.002	9.948	11.080
zzgl. Neuaufnahmen aus Vorjahren		11.087	0	0	0
abzgl. Tilgung		-10.360	-7.277	-7.277	-7.328
Endstand zum 31.12.	98.045	125.975	121.700	124.371	128.123
c. Gesamtverschuldung zum 31.12.	127.533	165.283	161.607	171.810	180.762

nachrichtlich: Zinsaufwand Kernhaushalt und Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik:

	2025 T€	2026 T€	2027 T€	2028 T€	2029 T€
Kernhaushalt	922	931	1.209	1.304	1.562
Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik	2.977	3.294	3.712	3.707	3.832
Summe	3.899	4.225	4.921	5.011	5.394

3. Entwicklung der Nettoinvestitionsrate und des Finanzierungsmittelbestandes

Kernhaushalt	2025 T€	2026 T€	2027 T€	2028 T€	2029 T€	Gesamt T€
<i>nachrichtlich: ordentliches Ergebnis</i>	-2.466	9.385	4.425	5.016	7.233	23.593
Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	10.135	22.683	17.864	18.912	21.323	90.917
abzgl. Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit (Tilgung von Krediten)	-732	-1.080	-1.401	-1.468	-1.800	-6.481
Nettoinvestitionsrate	9.403	21.603	16.463	17.444	19.523	84.436
Veränderung des Finanzierungsmittelbestands	6.944	21.540	1.851	4.480	2.149	36.964

IV. Investitionsprogramm

Bezeichnung	Gesamtangaben zur Maßnahme - nachrichtlich - T€ 1)	bisher finanziert T€	Ermächtigungs- übertragungen 2024 T€	Planung 2025 T€	Planung 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€	Finanzbedarf weitere Jahre - nachrichtlich - T€
Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit				10.135	22.683	17.864	18.912	21.323	
Teilhaushalt 0 - Steuerung, ÖPNV und Wirtschaftsförderung									
Budget 0.1 - Rechnungsprüfungsamt									
- I010030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 01 (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	
Budget 0.2 - Büro des Landrats									
- I030030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 03 (Sonstiges)			-50	0	0	0	0	0	
Budget 0.3 - Haupt- und Personalamt 2)									
- I100030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 10 (Sonstiges)			0	-612	-13	-455	-150	-150	
Budget 0.5 - Kämmereramt									
- I140030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 14 (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	
Budget 0.6 - Stabsstelle Wirtschaftsförderung									
- I040030002 Ausz. für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Stabsst. Wirtschaftsförd. (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit Teilhaushalt 0			-50	-612	-13	-455	-150	-150	
Teilhaushalt 1 - Bildung									
Budget 1.1 - Amt für Schulen, Kultur und Sport									
- I120080002 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen der Kommunalen Partner (Medienzentrum)			0	18	6	8	8	9	
- I120030023 Auszahl. für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Medienzentrum (Sonstiges)			0	-25	-28	-30	-30	-35	
- I120030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 12 (Sonstiges)			0	-62	-21	0	0	0	
- I120030025 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Kreisarchiv (Sonstiges)			0	-8	-8	-8	-10	-10	
- I120030026 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Kunst			0	-17	-17	-17	-20	-20	
- I120070013 Auszahlungen für Investitionszuweisungen Digitalpakt / IT -Strategie			-319	0	0	0	0	0	
<i>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</i>			-319	-112	-74	-55	-60	-65	
<i>Saldo aus Investitionstätigkeit</i>			-319	-94	-68	-47	-52	-56	
Produktgruppe 21.20 - Bereitstellung und Betrieb von sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentren									
- I120080001 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen der Kommunalen Partner (Martinsschule)			0	35	44	44	100	60	
- I12003000x Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (Sonstiges)			-102	-80	-130	-120	-120	-120	
<i>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</i>			-102	-80	-130	-120	-120	-120	
<i>Saldo aus Investitionstätigkeit</i>			-102	-45	-86	-76	-20	-60	
Produktgruppe 21.30 - Bereitstellung und Betrieb von berufsbildenden Schulen									
- I1200300xx Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen (Sonstiges)			-772	-1.241	-1.182	-1.300	-1.400	-1.500	
- I120030031 Auszahlungen Lernfabrik 4.0 (Hubert-Sternberg-Schule, Wiesloch)			0	0	0	-30	-30	-30	
<i>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</i>			-772	-1.241	-1.182	-1.330	-1.430	-1.530	
Saldo aus Investitionstätigkeit Teilhaushalt 1			-1.193	-1.380	-1.336	-1.453	-1.502	-1.646	

Bezeichnung	Gesamtangaben zur Maßnahme - nachrichtlich - T€ 1)	bisher finanziert T€	Ermächtigungs- übertragungen 2024 T€	Planung 2025 T€	Planung 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€	Finanzbedarf weitere Jahre - nachrichtlich - T€
Teilhaushalt 2 - Soziales und Jugend									
Budget 2.1 - Sozialamt									
- I200030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 20 (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	
Budget 2.2 - Jugendamt									
- I210030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 21 (Sonstiges)			0	-6	0	0	0	0	
Budget 2.3 - Versorgungsamt									
- I220030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 22 (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit Teilhaushalt 2			0	-6	0	0	0	0	
Teilhaushalt 3 - Sicherheit und Ordnung									
Budget 3.1 - Rechtsamt									
- I300030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 30 (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	
Budget 3.2 - Ordnungsamt									
- I310010001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 31 (GUK)			0	-25	0	0	0	0	
- I310030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 31 (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	
<i>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</i>			0	-25	0	0	0	0	
Budget 3.3 - Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz									
- I320080001 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land (Amt 32)			150	0	0	474	50	274	
- I320080002 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land (Leitstelle)			160	0	0	0	0	0	
- I320030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 32 (Sonstiges)			-958	-274	-462	-1.445	-220	-1.020	
- I320030001 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem Anlagevermögen Amt 32 (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	
- I320030002 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Leitstelle (Sonstiges)			-675	-55	-235	-15	-170	-15	
- I320030002 Auszahlungen für den Erwerb von immateriellem Anlagevermögen Leitstelle (Sonstiges)			-125	-250	-20	-150	-50	-50	
- I320030003 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 32 (Amt 10)			0	0	0	0	0	0	
- I320070001 Auszahlungen für Investitionszuweisungen (Feuer-/Katastrophenschutz)			0	-10	-10	-10	-10	-10	
<i>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</i>			-1.758	-589	-727	-1.620	-450	-1.095	
<i>Saldo aus Investitionstätigkeit</i>			-1.448	-589	-727	-1.146	-400	-821	
Budget 3.4 - Gesundheitsamt									
- I340030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 34 (Sonstiges)			0	-5	-2	0	0	0	
- I340030003 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 34 (IT)			0	0	0	0	0	0	
<i>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</i>			0	-5	-2	0	0	0	
Budget 3.5 - Veterinäramt und Verbraucherschutz									
- I350030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 35 (Sonstiges)			0	0	-10	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit Teilhaushalt 3			-1.448	-619	-739	-1.146	-400	-821	

Bezeichnung	Gesamtangaben zur Maßnahme - nachrichtlich - T€ 1)	bisher finanziert T€	Ermächtigungs- übertragungen 2024 T€	Planung 2025 T€	Planung 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€	Finanzbedarf weitere Jahre - nachrichtlich - T€
Teilhaushalt 4 - Umwelt und Technik									
Budget 4.1 - Baurechtsamt									
- I40030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 40 (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	
Budget 4.2 - Straßenverkehrsamt									
- I410030002 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 41 (Sonstiges)			0	-3	-6	0	0	0	
Budget 4.3 - Amt für Gewerbeaufsicht und Umweltschutz									
- I420030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 42 (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	
Budget 4.4 - Wasserrechtsamt									
- I430030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 43 (Sonstiges)			0	0	-7	0	0	0	
Budget 4.5 - Amt für Straßen- und Radwegebau									
- I440060001 Einzahlungen aus der Veräußerung v. beweglichem Anlagevermögen (Amt 44)			0	15	10	10	10	10	
- I440080001 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land (Amt 44)			0	15	15	15	15	15	
- I440080001 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Bund (Amt 44)			69	270	320	320	320	320	
<i>Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</i>			69	300	345	345	345	345	
- I440030002 Erwerb bewegliches Anlagevermögen Amt 44 (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	
- I44003000* Erwerb immaterielles Anlagevermögen Amt 44 (Sonstiges)			0	0	-3	-3	-3	-3	
- I44003000* Erwerb bewegliches Anlagevermögen Straßenmeistereien			-792	-535	-535	-1.035	-535	-535	
<i>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</i>			-792	-535	-538	-1.038	-538	-538	
<i>Saldo aus Investitionstätigkeit</i>			-723	-235	-193	-693	-193	-193	
Planungskosten Grunderwerb global									
- I440080000 Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken			0	0	0	0	0	0	
- I440020000 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken			-22	-10	-25	-25	-25	-25	
- I440020000 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen			-39	-10	-25	-25	-25	-25	
<i>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</i>			-61	-20	-50	-50	-50	-50	
<i>Saldo aus Investitionstätigkeit</i>			-61	-20	-50	-50	-50	-50	
Bauliche Maßnahmen aufgrund verkehrsrechtlicher Anordnungen									
- I440021111 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen			0	-25	-25	-25	-25	-25	
<i>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)</i>			0	-25	-25	-25	-25	-25	
- I440021111 Aktivierte Eigenleistungen			0	-3	-3	-3	-3	-3	
Gesamtkosten der Maßnahme			0	-28	-28	-28	-28	-28	
Radwegeprogramm									
- I440082226 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land			0	298	506	1.521	290	290	
- I440082226 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Bund			0	238	253	760	0	0	
- I440082226 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden			7	0	0	0	0	0	
<i>Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</i>			7	536	759	2.281	290	290	
- I440022226 Auszahlungen für Investitionszuweisungen an Gemeinden			0	0	0	0	0	0	
- I440022226 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken			-33	-50	-50	-50	-30	-30	
- I440022226 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen			-1.367	-600	-1.062	-3.557	-565	-565	
<i>Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</i>			-1.400	-650	-1.112	-3.607	-595	-595	
<i>Saldo aus Investitionstätigkeit</i>			-1.393	-114	-353	-1.326	-305	-305	
- I440022226 Aktivierte Eigenleistungen			-36	-30	-51	-180	-30	-30	
Gesamtkosten der Maßnahme			-1.429	-144	-404	-1.506	-335	-335	

Bezeichnung	Gesamtangaben zur Maßnahme - nachrichtlich - T€ 1)	bisher finanziert T€	Ermächtigungs- übertragungen 2024 T€	Planung 2025 T€	Planung 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€	Finanzbedarf weitere Jahre - nachrichtlich - T€
investive Deckenmaßnahmen									
- I44002227 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen			-14	-170	-1.170	-1.500	-1.500	-1.500	-7.500
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)			-14	-170	-1.170	-1.500	-1.500	-1.500	-7.500
- I44002227 Aktivierte Eigenleistungen			-1	-3	-84	-75	-75	-75	-375
Gesamtkosten der Maßnahme			-15	-173	-1.254	-1.575	-1.575	-1.575	-7.875
Neubau/Erneuerung Fußgängerfurten/-überwege									
- I44002225 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen			-350	-220	-270	-200	-200	-200	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)			-350	-220	-270	-200	-200	-200	
- I44002225 Aktivierte Eigenleistungen			0	-11	-14	-10	-10	-10	
Gesamtkosten der Maßnahme			-350	-231	-284	-210	-210	-210	
Barrierefreier Umbau von Bushaltestellen									
- I440082224 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	389	208	181	0	0	0	0	0	0
- I440082224 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	63	0	63	0	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	452	208	244	0	0	0	0	0	0
- I440022224 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- I440022224 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-1.050	-647	-403	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.050	-647	-403	0	0	0	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-598	-439	-159	0	0	0	0	0	0
- I440022224 Aktivierte Eigenleistungen	-52	-32	-20	0	0	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	-650	-471	-179	0	0	0	0	0	
Ersatzneubau / Erhaltung von Bauwerken (Brücken etc.)									
- I440082228 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	500	0	0	0	0	0	500	0	0
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	500	0	0	0	0	0	500	0	0
- I440022228 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-1.458	0	0	0	-108	-150	-1.200	0	0
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-1.458	0	0	0	-108	-150	-1.200	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-958	0	0	0	-108	-150	-700	0	0
- I440022228 Aktivierte Eigenleistungen	-29	0	0	0	-2	-3	-24	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	-987	0	0	0	-110	-153	-724	0	
K 4101 Hangsicherung Dilsberg - Mückenloch									
- I440021011 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-1.500	-56	-1.444	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-1.500	-56	-1.444	0	0	0	0	0	0
- I440021011 Aktivierte Eigenleistungen	-75	-3	-72	0	0	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	-1.575	-59	-1.516	0	0	0	0	0	
K 4101 Entwässerung bei Mückenloch									
- I440021012 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-300	0	0	0	-300	0	0	0	0
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-300	0	0	0	-300	0	0	0	0
- I440021012 Aktivierte Eigenleistungen	-15	0	0	0	-15	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	-315	0	0	0	-315	0	0	0	

Bezeichnung	Gesamtangaben zur Maßnahme - nachrichtlich - T€ 1)	bisher finanziert T€	Ermächtigungs- übertragungen 2024 T€	Planung 2025 T€	Planung 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€	Finanzbedarf weitere Jahre - nachrichtlich - T€
K 4105 Kurvenaufweitung OD Schönbrunn									
- I440021051 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	0	9	0	0	0	0	0	0	
- I440021051 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-130	-129	-7	0	0	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-130	-129	-7	0	0	0	0	0	
- I440021051 Aktivierte Eigenleistungen	-5	-7	0	0	0	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-135	-127	-7	0	0	0	0	0	
K 4108 Ausbau OD Schönbrunn-Allemühl									
- I440081081 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	
- I440081081 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	0	
- I440081081 Einzahlungen aus der Abwicklung von Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	
- I440021081 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	-4	-12	-22	0	0	0	0	0	
- I440021081 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-2.264	-1.128	-50	0	0	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-2.268	-1.140	-72	0	0	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.268	-1.140	-72	0	0	0	0	0	
- I440021081 Aktivierte Eigenleistungen	-45	-37	-1	0	0	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-2.313	-1.177	-73	0	0	0	0	0	
K 4124 Ersatzneubau Stützmauer Wünschmichelbach									
- I440021241 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-200	-154	0	-14	0	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-200	-154	0	-14	0	0	0	0	
- I440021241 Aktivierte Eigenleistungen	-10	-8	0	-1	0	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-210	-162	0	-15	0	0	0	0	
K 4124 Vollausbau Steinklingen - Wünschmichelbach mit barrierefr. Bushaltestellen									
- I440081242 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	
- I440081242 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	8	0	8	0	0	0	0	0	
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	8	0	8	0	0	0	0	0	
- I440021242 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-750	0	-255	0	0	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-750	0	-255	0	0	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-742	0	-247	0	0	0	0	0	
- I440021242 Aktivierte Eigenleistungen	-37	0	-13	0	0	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-779	0	-260	0	0	0	0	0	
K 4139 Brückenerneuerung Edingen-Neckarhausen									
- I440081391 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	786	331	0	0	0	0	0	0	
- I440021391 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	-20	-10	0	0	0	0	0	0	
- I440021391 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-2.111	-1.034	-60	0	0	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-2.131	-1.044	-60	0	0	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.345	-713	-60	0	0	0	0	0	
- I440021391 Aktivierte Eigenleistungen	-20	-54	-1	0	0	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-1.365	-767	-61	0	0	0	0	0	

Bezeichnung	Gesamtangaben zur Maßnahme - nachrichtlich - T€ 1)	bisher finanziert T€	Ermächtigungs- übertragungen 2024 T€	Planung 2025 T€	Planung 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€	Finanzbedarf weitere Jahre - nachrichtlich - T€
K 4143 Ersatzneubau Lärmschutzwand Brühl									
- I440021432 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-600	0	0	-100	-500	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-600	0	0	-100	-500	0	0	0	
- I440021432 Aktivierte Eigenleistungen	-12	0	0	-2	-10	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-612	0	0	-102	-510	0	0	0	
K 4153 Vollausbau OD Sandhausen, Augasse - Konrad-Adenauer-Straße									
- I440021534 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-320	0	0	0	-320	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-320	0	0	0	-320	0	0	0	
- I440021534 Aktivierte Eigenleistungen	-16	0	0	0	-16	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-336	0	0	0	-336	0	0	0	
K 4153 Rad- u. Wirtschaftswegbrücke Landgraben Sandhausen									
- I440081535 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	50	0	0	0	0	
- I440021535 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-310	0	0	-250	-60	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-310	0	0	-250	-60	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-310	0	0	-200	-60	0	0	0	
- I440021535 Aktivierte Eigenleistungen	-16	0	0	-12	-3	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-326	0	0	-212	-63	0	0	0	
K 4153 Ersatzneubau Verkehrssignalanlage 3193 Sandhausen (Carl-Benz-Straße)									
- I440021537 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-180	0	0	-180	0	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-180	0	0	-180	0	0	0	0	
- I440021537 Aktivierte Eigenleistungen	-9	0	0	-9	0	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-189	0	0	-189	0	0	0	0	
K 4155 Vollausbau OD St. Ilgen									
- I440021551 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-150	-115	0	0	-35	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-150	-115	0	0	-35	0	0	0	
- I440021551 Aktivierte Eigenleistungen	-7	-6	0	0	-2	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-157	-121	0	0	-37	0	0	0	
K 4155 Leimen (Leimbachstr.) - St. Ilgen (Tinquoux-Allee)									
- I440081552 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Gemeinden	35	35	0	0	0	0	0	0	
- I440021552 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-1.151	-812	-339	0	-339	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-1.151	-812	-339	0	-339	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.116	-777	-339	0	-339	0	0	0	
- I440021552 Aktivierte Eigenleistungen	-39	-39	0	0	0	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-1.155	-816	-339	0	-339	0	0	0	

Bezeichnung	Gesamtangaben zur Maßnahme - nachrichtlich - T€ 1)	bisher finanziert T€	Ermächtigungs- übertragungen 2024 T€	Planung 2025 T€	Planung 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€	Finanzbedarf weitere Jahre - nachrichtlich - T€
K 4155 Vollausbau OD St. Ilgen 2. BA									
- I440021553 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-120	0	0	0	-120	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-120	0	0	0	-120	0	0	0	
- I440021553 Aktivierte Eigenleistungen	-6	0	0	0	-6	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-126	0	0	0	-126	0	0	0	
K 4160 Vollausbau OD Bammental									
- I440021602 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-1.290	-1.025	0	-150	-115	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-1.290	-1.025	0	-150	-115	0	0	0	
- I440021602 Aktivierte Eigenleistungen	-31	-17	0	-8	-6	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-1.321	-1.042	0	-158	-121	0	0	0	
K 4160 Erneuerung Grundwasserwanne Bammental									
- I440021603 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-700	0	0	-100	-600	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-700	0	0	-100	-600	0	0	0	
- I440021603 Aktivierte Eigenleistungen	-35	0	0	-5	-30	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-735	0	0	-105	-630	0	0	0	
K 4175; grundlegende Erneuerung OD Balzfeld									
- I440021751 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-700	0	-450	-250	0	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-700	0	-450	-250	0	0	0	0	
- I440021751 Aktivierte Eigenleistungen	-35	0	-23	-12	0	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-735	0	-473	-262	0	0	0	0	
K 4178 Meckesheim Beseitigung Bahnübergang									
- I440081781 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	2.000	0	0	0	0	0	0	0	2.000
- I440081781 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Dritten	8.333	0	0	0	0	0	0	0	8.333
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	10.333	0	0	0	0	0	0	0	10.333
- I440021781 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	-500	0	-1.000	0	0	0	0	-60	0
- I440021781 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-13.000	-1.113	-91	-500	-1.000	-1.000	-5.000	-4.082	0
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-13.500	-1.113	-1.091	-500	-1.000	-1.000	-5.000	-4.142	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-3.167	-1.113	-1.091	-500	-1.000	-1.000	-5.000	-4.142	10.333
- I440021702 Aktivierte Eigenleistungen	-270	-19	-17	-10	-20	-20	-100	-97	0
Gesamtkosten der Maßnahme	-3.437	-1.132	-1.108	-510	-1.020	-1.020	-5.100	-4.239	10.333
K 4179; Vollausbau OD Epfenbach									
- I440021791 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-100	-86	-13	0	0	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-100	-86	-13	0	0	0	0	0	
- I440021791 Aktivierte Eigenleistungen	-5	-4	-1	0	0	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-105	-90	-14	0	0	0	0	0	
K 4191; Fahrbahnaufweitung OD Reichartshausen									
- I440021911 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-60	0	0	-60	0	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-60	0	0	-60	0	0	0	0	
- I440021911 Aktivierte Eigenleistungen	-3	0	0	-3	0	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-63	0	0	-63	0	0	0	0	
K 4200; Ersatzneubau VSA 4571 Rainbach									
- I440022005 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-150	0	0	0	-150	0	0	0	
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-150	0	0	0	-150	0	0	0	
- I440022005 Aktivierte Eigenleistungen	-8	0	0	0	-8	0	0	0	
Gesamtkosten der Maßnahme	-158	0	0	0	-158	0	0	0	

Bezeichnung	Gesamtangaben zur Maßnahme - nachrichtlich - T€ 1)	bisher finanziert T€	Ermächtigungs- übertragungen 2024 T€	Planung 2025 T€	Planung 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€	Finanzbedarf weitere Jahre - nachrichtlich - T€
K 4229 Kreisverbindungsstraße Weinheim									
- I440082291 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	26.371	26.027	0	0	0	0	0	0	0
- I440082291 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	1.420	1.596	0	0	0	0	0	0	0
- I440082291 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Dritten	1.125	1.075	0	0	0	0	0	0	0
- I440082291 Einzahlungen aus der Veräußerung von Grundstücken	0	225	0	0	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	28.916	28.923	0	0	0	0	0	0	0
- I440022291 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	-4.502	-3.792	-52	0	-212	-308	0	0	0
- I440022291 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-40.077	-40.190	0	0	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-44.579	-43.982	-52	0	-212	-308	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-15.663	-15.059	-52	0	-212	-308	0	0	0
- I440022291 Aktivierte Eigenleistungen	-1.185	-1.232	-1	0	-4	-6	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	-16.848	-16.291	-53	0	-216	-314	0	0	
K 4281 Neubau Stützmauer Ortsdurchfahrt Daisbach									
- I440022811 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-165	0	0	0	-165	0	0	0	0
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (=Saldo)	-165	0	0	0	-165	0	0	0	0
- I440022811 Aktivierte Eigenleistungen	-8	0	0	0	-8	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	-173	0	0	0	-173	0	0	0	
K 4283; Amphibienleiteinrichtung Adersbach-Steinsfurt									
- I440082831 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	325	0	325	0	0	0	0	0	0
Summe Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	325	0	325	0	0	0	0	0	0
- I440022831 Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- I440022831 Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen	-790	0	-622	-140	0	0	0	0	0
Summe Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	-790	0	-622	-140	0	0	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-465	0	-297	-140	0	0	0	0	0
- I440022831 Aktivierte Eigenleistungen	-40	0	-31	-7	0	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	-505	0	-328	-147	0	0	0	0	
Budget 4.6 - Amt für Nahverkehr									
- I450030002 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 45 (Sonstiges)			0	0	0	0	0	0	0
Gutachterliche Untersuchungen ÖPNV									
- I450080000 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von verb. Unternehmen			0	0	0	0	0	0	0
- I450070000 Auszahlungen für Investitionszuweisungen			0	0	0	0	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit			0	0	0	0	0	0	0
S-Bahn Rhein-Neckar 1. Stufe									
- I450080001 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	671	658	0	0	0	0	0	0	0
- I450070001 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-1.375	-1.348	0	-14	-14	0	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-704	-690	0	-14	-14	0	0	0	0
RNV-Ausbau Bergstraße									
- I450080002 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	7.100	7.022	0	17	0	0	0	0	0
- I450070002 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-14.200	-14.044	0	-35	0	0	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-7.100	-7.022	0	-18	0	0	0	0	0
Ausbau Eisenz- und Schwarzbachtalbahn									
- I450080003 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	10.982	9.661	0	1.321	1.321	0	0	0	0
- I450070003 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-26.622	-26.411	0	-211	-196	0	0	0	0
Saldo aus Investitionstätigkeit	-15.640	-16.750	0	1.110	1.125	0	0	0	0

Bezeichnung	Gesamtangaben zur Maßnahme - nachrichtlich - T€ 1)	bisher finanziert T€	Ermächtigungs- übertragungen 2024 T€	Planung 2025 T€	Planung 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€	Finanzbedarf weitere Jahre - nachrichtlich - T€
Ausbau Bahnhof Oftersheim									
- I450070004 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-455	-330	0	-125	-125	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-455	-330	0	-125	-125	0	0	0	
S-Bahn Rhein-Neckar, 2. Stufe - nördlicher Streckenabschnitt									
- I450080005 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	8.250	6.914	0	512	0	370	56	432	
- I450070005 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-17.486	-14.775	0	-983	0	-740	-112	-720	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-9.236	-7.861	0	-471	0	-370	-56	-288	
S-Bahn Rhein-Neckar, 2. Stufe - südlicher Streckenabschnitt									
- I450080006 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	7.612	6.358	1.214	211	428	190	247	1.006	
- I450070006 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-15.373	-12.716	-1.330	-573	-1.171	-379	-494	-915	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-7.761	-6.358	-116	-362	-743	-189	-247	91	
Stadtbahn Heilbronn - Streckenabschnitt Sinsheim									
- I450080007 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	375	605	0	19	0	0	0	0	
- I450070007 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-750	-961	0	-37	0	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-375	-356	0	-18	0	0	0	0	
S-Bahn Rhein-Neckar, Haltepunkt Sinsheim Museum/Stadion									
- I450080008 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	2.418	1.599	0	129	129	0	0	0	
- I450070008 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-4.836	-3.199	0	-947	-947	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.418	-1.600	0	-818	-818	0	0	0	
S-Bahn Rhein-Neckar, 2. Stufe - Abschnitt Heidelberg - Bruchsal									
- I450080009 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	1.306	1.177	0	129	28	0	0	0	
- I450070009 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-2.612	-2.354	0	-258	-58	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.306	-1.177	0	-129	-30	0	0	0	
S-Bahn Rhein-Neckar, Knoten Mannheim, Heidelberg									
- I450070010 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-331	-205	-126	0	0	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-331	-205	-126	0	0	0	0	0	
RNV-Ausbau Haltestelle Luisenstraße Weinheim									
- I450070016 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-1.502	-1.042	0	-460	-460	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-1.502	-1.042	0	-460	-460	0	0	0	
Krebsbachtalbahn Ausbau Infrastruktur									
- I450080017 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	2.600	10	0	265	0	265	265	265	397
- I450070017 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-5.581	-20	-50	-530	0	-815	-530	-530	-795
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.981	-10	-50	-265	0	-550	-265	-265	-398
RNV-Ausbau Autobahnbrücke Eppelheim									
- I450070019 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-525	-524	0	-1	-1	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit	-525	-524	0	-1	-1	0	0	0	
RNV Haltestellen Weinheim Händelstr. bis Freiburger Str. (4 Haltestellen)									
- I450080025 Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Gemeinden	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- I450070025 Auszahlungen für Investitionszuweisungen	-2.778	0	-92	0	-67	-201	-268	-160	-613
Saldo aus Investitionstätigkeit	-2.778	0	-92	0	-67	-201	-268	-160	-613
Saldo aus Investitionstätigkeit Teilhaushalt 4			-7.156	-4.052	-7.231	-6.562	-8.809	-7.037	1.822

Bezeichnung	Gesamtangaben zur Maßnahme - nachrichtlich - T€ 1)	bisher finanziert T€	Ermächtigungs- übertragungen 2024 T€	Planung 2025 T€	Planung 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€	Finanzbedarf weitere Jahre - nachrichtlich - T€
Teilhaushalt 5 - Kommunalaufsicht und Ländlicher Raum									
Budget 5.1 - Kommunalrechtsamt									
- I500030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 50 (Sonstiges)				0	0	0	0	0	
Budget 5.2 - Vermessungsamt									
- I510030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 51 (Sonstiges)			-11	-25	-41	0	0	0	
Budget 5.3 - Amt für Flurneueordnung									
- I520030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 52 (Sonstiges)				0	0	0	0	0	
Budget 5.4 - Amt für Landwirtschaft und Naturschutz									
- I530030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 53 (Sonstiges)			0	0	-3	0	0	0	
Budget 5.5 - Kreisforstamt									
- I540030001 Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Anlagevermögen Amt 54 (Sonstiges)			0	-45	-2	0	0	0	
Saldo aus Investitionstätigkeit Teilhaushalt 5			-11	-70	-46	0	0	0	
Teilhaushalt 7 - Allgemeine Finanzwirtschaft									
Ausleihungen an Dritte									
Einzahlungen aus Rückflüssen der Gesellschafterdarlehen an die AVR Gruppe			0	283	283	283	283	283	
Einzahlungen aus Rückflüsse des Gesellschafterdarlehens an die GRN gGmbH			0	197	220	222	225	228	
Einzahlungen aus Rückflüsse des Darlehens an das Psych. Zentrum Nordbaden			0	100	100	100	100	100	
Summe Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen			0	580	603	605	608	611	
Auszahlung Ausleihungen an verb. Unternehmen			0	0	-200	0	0	0	
Produkt 1124020214 Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik (EBVT)									
- I140070003 Auszahlungen für Investitionszuweisungen EBVT - bauliche Maßnahmen			-17.596	0	0	-16.335	-20.445	-24.065	
- I140070006 Auszahlungen für Investitionszuweisungen EBVT - IT			-1.546	0	0	0	0	0	
- I140070006 Auszahlungen für Investitionszuweisungen EBVT - Biodiversität			-184	0	0	-140	-140	-140	
Summe Auszahlungen für Investitionszuweisungen EBVT			-19.326	0	0	-16.475	-20.585	-24.205	
Produkt 4110010114 GRN gGmbH									
- I140070002 Auszahlungen für Investitionszuweisungen GRN gGmbH - bauliche Maßnahmen			0	-14.250	-2.000	0	0	0	
Summe Auszahlungen für Investitionszuweisungen GRN gGmbH			0	-14.250	-2.000	0	0	0	
Summe Auszahlungen für Investitionszuweisungen			-19.326	-14.250	-2.000	-16.475	-20.585	-24.205	
Produkt 6110010114 Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen									
- I140040006 Zuweisungen Land Sondervermögen Infrastruktur			0	0	0	8.875	8.875	8.875	
Summe Einzahlungen Sondervermögen Infrastruktur			0	0	0	8.875	8.875	8.875	
- I140040002 Erwerb von Beteiligungen			0	-1	-1	-1	-1	-1	
Summe Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen				-1	-1	-1	-1	-1	
Saldo aus Investitionstätigkeit Teilhaushalt 7			-19.326	-13.671	-1.598	-6.996	-11.103	-14.720	
<i>nachrichtlich: Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten</i>				17.950	10.900	2.000	9.000	7.000	
<i>nachrichtlich: Tilgung von Krediten</i>				-732	-1.080	-1.401	-1.468	-1.800	
Finanzierungsmittelbestand				6.944	21.540	1.851	4.480	2.149	

Bezeichnung	Gesamtangaben zur Maßnahme - nachrichtlich - T€ 1)	bisher finanziert T€	Ermächtigungs- übertragungen 2024 T€	Planung 2025 T€	Planung 2026 T€	Planung 2027 T€	Planung 2028 T€	Planung 2029 T€	Finanzbedarf weitere Jahre - nachrichtlich - T€
Zusammenfassung:									
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Bund (Straßenmeistereien)			69	270	320	320	320	320	
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land (Feuerwehrwesen, Straßenmeistereien)			310	15	15	489	65	289	
Einzahlungen aus der Veräußerung v. bewegl. Vermögen (allg. Vw, Feuerwehrwesen, Straßenmeistereien)			0	15	10	10	10	10	
Auszahlungen für den Erwerb v. bewegl. Vermögen (allg. Vw, Feuerwehrwesen, Straßenmeistereien - Sonstiges)			-2.485	-1.647	-1.337	-2.950	-1.075	-1.720	
Auszahlungen für den Erwerb v. immat. Vermögen (allg. Vw, Feuerwehrwesen, Straßenmeistereien, IT)			-125	-250	-23	-153	-53	-53	
Auszahlungen für Investitionszuweisungen (Feuer-/Katastrophenschutz)			0	-10	-10	-10	-10	-10	
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen der Kommunale Partner (Bereich Schulen)			0	53	50	52	108	69	
Auszahlungen für den Erwerb v. bewegl. Vermögen (Schulen, Kreisarchiv, Medienzentrum, Kunst)			-874	-1.371	-1.365	-1.475	-1.580	-1.685	
Auszahlungen für Investitionszuweisungen Digitalpakt / IT-Strategie			-319	0	0	0	0	0	
Auszahlungen Lernfabrik 4.0 (Hubert-Sternberg-Schule, Wiesloch)			0	0	0	-30	-30	-30	
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Dritten (ÖPNV)			1.214	2.603	1.906	825	568	1.703	397
Auszahlungen für Investitionszuweisungen (ÖPNV)			-1.596	-4.174	-3.039	-2.135	-1.404	-2.325	-1.406
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen von Dritten (Straßenbaumaßnahmen)			584	586	759	2.281	790	290	10.333
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken (Straßenbaumaßnahmen)			-1.129	-60	-287	-383	-55	-115	0
Auszahlungen für Tiefbaumaßnahmen (Straßenbaumaßnahmen)			-5.504	-2.769	-6.364	-6.457	-8.515	-6.397	-7.500
Auszahlungen für Investitionszuweisungen an Eigenbetriebe und Eigengesellschaften			-19.326	-14.250	-2.000	-16.475	-20.585	-24.205	
Auszahlung von Kapitaleinlagen an Eigenbetriebe und Eigengesellschaften			0	-1	-1	-1	-1	-1	
Einzahlung Zuweisungen Land Sondervermögen Infrastruktur			0	0	0	8.875	8.875	8.875	
Einzahlungen aus den Rückflüssen von Darlehen an Eigenbetriebe und Eigengesellschaften			0	580	603	605	608	611	
Auszahlungen von Ausleihungen an verbundene Unternehmen			0	0	-200				
Summe (Saldo aus Investitionstätigkeit)			-29.180	-20.409	-10.963	-16.612	-21.964	-24.374	

1) In dieser Spalte werden die zum Zeitpunkt der Planaufstellung voraussichtlichen Gesamtkosten und Gesamtzusendungen der jeweiligen Maßnahme dargestellt. Größtenteils liegt bereits eine Genehmigung des jeweiligen Ausschusses vor oder die Maßnahmen gelten mit der Beschlussfassung über den Haushalt als genehmigt.

2) Ab 2027 wird der Ansatz für den Erwerb von beweglichem Vermögen für die Verwaltung (Sonstiges) zentral im Budget 0.3 - Haupt- und Personalamt veranschlagt. Eine Aufteilung auf die einzelnen Fachämter wurde im Rahmen der Planung nicht vorgenommen.

Anlage 10

Abschreibungen, Auflösung von Zuweisungen und kalkulatorische Zinsen**1. Vorgehensweise**

Grundlage für die Bewertung des Vermögens sind die Vorgaben der GemHVO sowie die (unverbindlichen) Leitlinien zur kommunalen Kostenrechnung in Baden-Württemberg, die im Juni 1997 vom Innenministerium herausgegeben wurden. Außerdem werden die Vereinbarungen des Vergleichs rings „Kommunales Rechnungswesen“, an dem sich flächendeckend alle Landkreise in Baden-Württemberg beteiligen, angewandt.

Ziel der Ausweisung von Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen ist es, jedem Amt (Budget) die nach dem Verursacherprinzip maßgebenden Abschreibungen und Zinsen zuzuordnen.

2. Haushaltsplanung 2026**2.1 Zusammenfassung der Ergebnisse**

Auf den weiteren Seiten sind die Ergebnisse der Berechnungen der Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen für das gesamte Verwaltungsanlagevermögen und die Verteilung dieser Kosten auf die verursachenden Budgets aufgeführt.

Insgesamt ergeben sich Kosten in Höhe von	19.416.600,00 €
- davon Abschreibungen in Höhe von	16.249.800,00 €
- davon kalkulatorische Zinsen in Höhe von	3.166.800,00 €

Insgesamt ergeben sich Erlöse in Höhe von	4.207.900,00 €
- davon Auflösungen in Höhe von	3.293.000,00 €
- davon kalkulatorische Zinsen in Höhe von	914.900,00 €

2.2 Bewertungsgrundsätze**• Unbewegliches Anlagevermögen**

Es werden die Anschaffungs- und Herstellungskosten zu Grunde gelegt.

Die Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen für die kreiseigenen Liegenschaften sind im Erfolgsplan des Eigenbetriebs Bau, Vermögen und Informationstechnik ausgewiesen. Im Kernhaushalt werden lediglich die Abschreibungen und Zinsen für das Infrastrukturvermögen (z.B. Straßenbaumaßnahmen, Tunnel, Brücken, etc.) veranschlagt.

Nach den Vereinbarungen des Vergleichs rings „Kommunales Rechnungswesen“ werden geleistete Investitionszuschüsse mit den Anschaffungs- und Herstellungskosten ausgewiesen und entsprechend der Bindungszeit bzw. pauschal für 20 Jahre abgeschrieben und verzinst.

Die jeweiligen Abschreibungen werden anhand des sich ergebenden Restbuchwertes unter Berücksichtigung der Restnutzungsdauer berechnet. Investitionszuschüsse für Grundstückskosten einschließlich Grunderwerbssteuer werden hierbei nicht berücksichtigt, da diese keinem Werteverzehr unterliegen. Sie werden lediglich verzinst.

Die Zinsen ergeben sich, indem der jeweilige Restbuchwert im arithmetischen Mittel (01.01. und 31.12.) einschließlich Grundstücke **mit dem kalkulatorischen Mischzinssatz für 2026 von 1,1 %** multipliziert wird.

Die sich ergebenden Abschreibungen und kalkulatorischen Zinsen werden anschließend verursachungsgerecht auf die einzelnen Budgets verteilt.

- **Bewegliches Anlagevermögen**

Durch die organisatorische Einbindung der Informationstechnik (IT) in den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik ist das gesamte Immaterielle Vermögen und die Hardware zum 01.01.2020 auf den Eigenbetrieb übergegangen. Die entsprechenden Abschreibungen und Zinsen werden daher im Wirtschaftsplan des Eigenbetriebs ausgewiesen.

Im Kernhaushalt werden die beweglichen Anlagegegenstände einzeln erfasst und bewertet. Eine Aktivierung von beweglichen Anlagegütern erfolgte ab einer Wertgrenze von 1.000 € ohne Umsatzsteuer.

Bei der Berechnung der geplanten Abschreibungen wird davon ausgegangen, dass die Neuanschaffungen gleichmäßig über das ganze Jahr verteilt anfallen. Daher wird für alle Zugänge des Jahres 2026 nur die hälftige Abschreibung berechnet. Die Zinsen ergeben sich auch hier unter Zugrundelegung des **kalkulatorischen Mischzinssatzes von 1,1 %**.

- **Auflösung von empfangenen Zuweisungen und Zuschüssen**

Empfangene Zuweisungen und Zuschüsse, die zur Herstellung oder Beschaffung von Verwaltungsvermögen verwendet werden, sind entsprechend dem Abschreibungssatz aufzulösen und werden als Erträge verursachungsgerecht im entsprechenden Budget veranschlagt und verbucht.

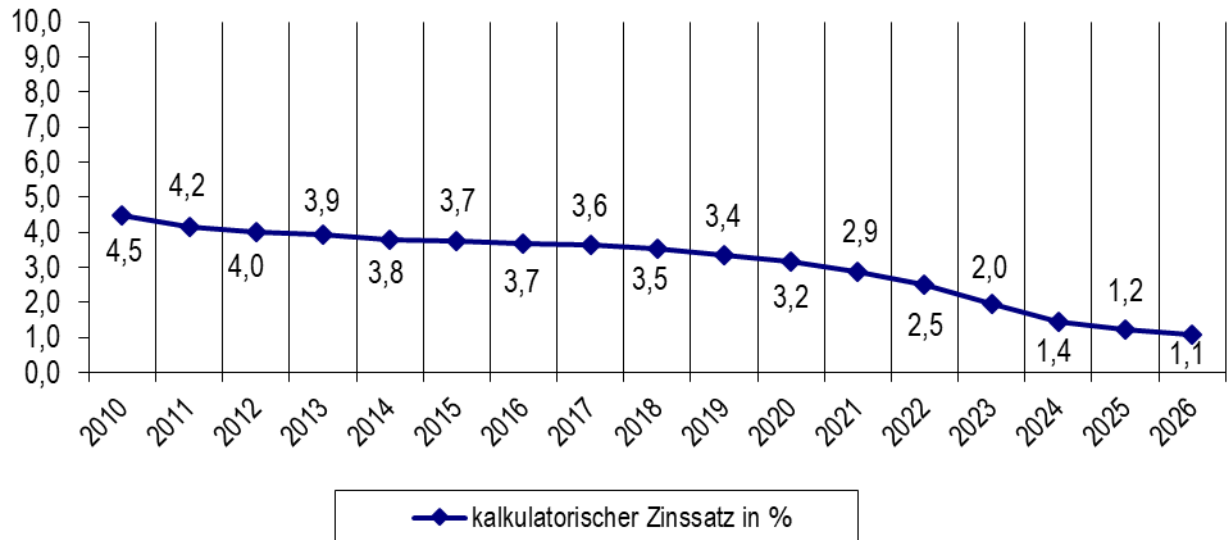
2.3 Kalkulatorischer Zinssatz

Die kalkulatorischen Zinsen errechnen sich aus dem um Zuweisungen und Zuschüsse gekürzten Anlagekapital vervielfacht mit einem Zinssatz. Die Höhe der Verzinsung ist gesetzlich nicht exakt vorgeschrieben. § 4 GemHVO und § 14 Abs. 3 KAG sprechen lediglich von einer "angemessenen Verzinsung". Vor diesem Hintergrund wurde den Berechnungen bis zum Haushaltsjahr 2004 ein einheitlicher kalkulatorischer Mischzins zugrunde gelegt, der sich aus Eigen- und Fremdkapitalzinsen nach dem durchschnittlichen Verhältnis der Eigen- und Fremdfinanzierung ergab.

Aufgrund der Ausführungen der GPA anlässlich der überörtlichen Prüfung wird bei der kalkulatorischen Verzinsung des Anlagekapitals ausschließlich auf die voraussichtlichen Fremdkapitalzinsen im Prognosezeitraum abgestellt. Die Ermittlung des kalkulatorischen Zinssatzes erfolgt daher seit dem Haushaltsjahr 2005 auf Grundlage der durchschnittlichen Soll-Zinssätze der vergangenen 5 Jahre.

Diese Zinsermittlung ergibt im Jahr 2026 für den Rhein-Neckar-Kreis einen **kalkulatorischen Mischzins von 1,1 %**.

Kalkulatorischer Zinssatz 2010 - 2026



Abschreibungen und kalkulatorische Zinsen 2026							
Bezeichnung	Budget	Kostenstelle	Produkt	Abschreibungen im. VG und Sachverm. 2026	Sonstige Abschreibungen 2026	Kalkulatorische Zinsen 2026	Gesamt 2026
Büro des Landrats	0.2	3001000		0,00 €	11.100,00 €	100,00 €	11.200,00 €
Haupt- und Personalamt	0.3	10001000		0,00 €	2.100,00 €	0,00 €	2.100,00 €
Abrechnungskostenstelle Verwaltungsgebäude	0.3	10008000		15.300,00 €	612.200,00 €	140.100,00 €	767.600,00 €
Organisationsberatung	0.3		1120010110	100,00 €	0,00 €	0,00 €	100,00 €
Kantinen	0.3		1121060210	5.400,00 €	0,00 €	300,00 €	5.700,00 €
Fahrzeuge	0.3		1125050110	55.400,00 €	0,00 €	2.500,00 €	57.900,00 €
Boten-, Zustell- und Postdienste	0.3		1126020110	9.100,00 €	0,00 €	500,00 €	9.600,00 €
Buchhaltung und Zahlungsverkehr (Sonstiges)	0.5		1122060114	7.000,00 €	0,00 €	200,00 €	7.200,00 €
Tourismus	0.6		5750010104	0,00 €	4.200,00 €	0,00 €	4.200,00 €
Amt für Schulen, Kultur und Sport	1.1	12001000		1.600,00 €	0,00 €	100,00 €	1.700,00 €
Schulgebäude Schwetzingen	1.1	12009000		0,00 €	234.600,00 €	27.400,00 €	262.000,00 €
Schulgebäude Sinsheim	1.1	12009001		0,00 €	43.200,00 €	5.900,00 €	49.100,00 €
Schulgebäude Weinheim	1.1	12009002		0,00 €	85.600,00 €	7.400,00 €	93.000,00 €
Schulgebäude Wiesloch	1.1	12009003		0,00 €	63.000,00 €	5.100,00 €	68.100,00 €
Verrechnungskostenstelle nichtaufteilbarer Schulaufwand	1.1	12009004		4.300,00 €	31.000,00 €	5.100,00 €	40.400,00 €
Comenius Schule Schwetzingen	1.1		212003010112	7.400,00 €	80.900,00 €	21.300,00 €	109.600,00 €
Steinsberg-Schule Sinsheim	1.1		212003010212	15.800,00 €	144.400,00 €	77.300,00 €	237.500,00 €
Maria-Montessori-Schule Weinheim	1.1		212003010312	14.800,00 €	52.800,00 €	5.100,00 €	72.700,00 €
Martinsschule Ladenburg	1.1		212003050412	23.800,00 €	175.700,00 €	39.700,00 €	239.200,00 €
Ehrhart-Schott-Schule Schwetzingen	1.1		2130010112	171.600,00 €	13.300,00 €	9.500,00 €	194.400,00 €
Friedrich-Hecker-Schule Sinsheim	1.1		2130010212	243.700,00 €	117.200,00 €	15.900,00 €	376.800,00 €
Hans-Freudenberg-Schule Weinheim	1.1		2130010312	184.900,00 €	234.900,00 €	50.000,00 €	469.800,00 €
Hubert Sternberg-Schule Wiesloch	1.1		2130010412	189.000,00 €	55.200,00 €	9.100,00 €	253.300,00 €
Theodor-Frey-Schule Eberbach	1.1		2130010512	79.300,00 €	65.500,00 €	5.600,00 €	150.400,00 €
Carl-Theodor-Schule Schwetzingen	1.1		2130020112	8.300,00 €	3.400,00 €	400,00 €	12.100,00 €
Max-Weber-Schule Sinsheim	1.1		2130020212	3.400,00 €	96.200,00 €	1.600,00 €	101.200,00 €
Johann-Philipp-Reis Schule Weinheim	1.1		2130020312	6.600,00 €	83.700,00 €	1.400,00 €	91.700,00 €
Johann-Philipp-Bronner-Schule Wiesloch	1.1		2130020412	15.700,00 €	42.500,00 €	1.500,00 €	59.700,00 €
Albert-Schweitzer-Schule Sinsheim	1.1		2130030212	13.300,00 €	131.800,00 €	4.600,00 €	149.700,00 €
Helen-Keller Schule Weinheim	1.1		2130030312	43.900,00 €	220.900,00 €	37.200,00 €	302.000,00 €
Louise-Otto-Peters-Schule Außenstelle Wiesloch	1.1		2130030412	5.800,00 €	54.000,00 €	1.400,00 €	61.200,00 €
Louise-Otto-Peters Schule Hockenheim	1.1		2130030612	34.800,00 €	22.400,00 €	8.100,00 €	65.300,00 €
Schülerinternat Eberbach	1.1		2140020212	200,00 €	0,00 €	0,00 €	200,00 €
Medienzentrum	1.1		2150040112	23.000,00 €	0,00 €	500,00 €	23.500,00 €
Pflege der Archivbestände	1.1		2521010112	1.600,00 €	100,00 €	100,00 €	1.800,00 €
Benutzerdienst	1.1		2521020112	7.900,00 €	0,00 €	200,00 €	8.100,00 €
Kulturförderung	1.1		2810010112	0,00 €	0,00 €	9.400,00 €	9.400,00 €
Kultur im Kreis	1.1		2810020112	1.200,00 €	0,00 €	100,00 €	1.300,00 €
Schulsozialarbeit	1.1		3620020112	500,00 €	0,00 €	0,00 €	500,00 €
Sportförderung	1.1		4210010112	0,00 €	22.000,00 €	2.300,00 €	24.300,00 €
Sozialamt	2.1	20001001		0,00 €	5.100,00 €	0,00 €	5.100,00 €
Jugendamt	2.2	21001001		1.100,00 €	6.500,00 €	100,00 €	7.700,00 €
Jugendsozialarbeit, Jugendsozialarbeit an Schulen im Rahmen SGB VIII	2.2		362002	300,00 €	0,00 €	0,00 €	300,00 €
Versorgungsamt	2.3	22001001		0,00 €	200,00 €	0,00 €	200,00 €
Stabsstelle Sozialplanung, Vertragswesen und Förderung	2.4	23001000		0,00 €	2.600,00 €	0,00 €	2.600,00 €
Förderung von Trägern der freien Wohlfahrtspflege	2.4		31600123	0,00 €	18.900,00 €	1.900,00 €	20.800,00 €
Waffenrecht	3.2		1220030531	100,00 €	0,00 €	0,00 €	100,00 €
Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für Asylbewerber/-innen	3.2		1222090131	800,00 €	0,00 €	0,00 €	800,00 €
Betrieb Gemeinschaftsunterkünfte	3.2		3140060231	30.400,00 €	196.700,00 €	19.400,00 €	246.500,00 €
Amt für Feuerwehr und Katastrophenschutz	3.3	32001000		0,00 €	1.300,00 €	0,00 €	1.300,00 €
Kreisbrandmeister	3.3		1260010132	900,00 €	0,00 €	0,00 €	900,00 €
Integrierte Leitstelle	3.3		1260050232	765.900,00 €	0,00 €	23.600,00 €	789.500,00 €
Rettungsdienst	3.3		1270010132	2.900,00 €	0,00 €	100,00 €	3.000,00 €
Katastropheneinweiser	3.3		1280010132	48.700,00 €	2.000,00 €	7.400,00 €	58.100,00 €
Führungs- und Lagezentrum	3.3		1280030132	82.500,00 €	11.700,00 €	2.900,00 €	97.100,00 €
Gesundheitsamt	3.4	34001000		500,00 €	0,00 €	0,00 €	500,00 €
Untersuchung/Beratung im Vorschulalter	3.4		4140040134	400,00 €	14.800,00 €	200,00 €	15.400,00 €
Gesundheitsmonitoring, Beratung von und in Einrichtungen	3.4		4140050134	100,00 €	0,00 €	0,00 €	100,00 €
Veterinäramt und Verbraucherschutz	3.5	35001000		2.600,00 €	0,00 €	0,00 €	2.600,00 €
Betriebskontrollen	3.5		1226010135	700,00 €	0,00 €	0,00 €	700,00 €
Probenahme	3.5		1226020135	700,00 €	0,00 €	0,00 €	700,00 €
Tiergesundheit, Tierseuchenbekämpfung	3.5		1226040135	10.700,00 €	0,00 €	1.000,00 €	11.700,00 €
Baurechtsamt	4.1	40001000		0,00 €	1.600,00 €	0,00 €	1.600,00 €
Mobile Geschwindigkeitsmessungen	4.2		1221040141	83.600,00 €	0,00 €	3.700,00 €	87.300,00 €
Stationäre Geschwindigkeitsmessanlagen	4.2		1221040341	2.500,00 €	0,00 €	100,00 €	2.600,00 €
Zulassung und Abmeldung v. Fahrzeugen Sinsheim	4.2		1221050141	400,00 €	0,00 €	100,00 €	500,00 €
Zulassung und Abmeldung v. Fahrzeugen Weinheim	4.2		1221050241	100,00 €	0,00 €	0,00 €	100,00 €
Zulassung und Abmeldung v. Fahrzeugen Wiesloch	4.2		1221050341	400,00 €	12.100,00 €	100,00 €	12.600,00 €
Bearbeitung von Fahrerlaubnissen Weinheim	4.2		1221070241	100,00 €	0,00 €	0,00 €	100,00 €
Zentraler Händlerservice	4.2		1221100141	100,00 €	0,00 €	0,00 €	100,00 €
Amt für Gewerbeaufsicht u. Umweltschutz	4.3	42001000		2.200,00 €	2.400,00 €	100,00 €	4.700,00 €
Wasserrechtsamt	4.4	43001000		0,00 €	3.000,00 €	0,00 €	3.000,00 €
Amt für Straßen- und Radwegebau	4.5	44001001		12.400,00 €	0,00 €	700,00 €	13.100,00 €
Verrechnungskostenstelle Gemeinschaftsaufwand	4.5	44009000		846.200,00 €	0,00 €	35.300,00 €	881.500,00 €
Bereitstellung (Bau) von Kreisstraßen	4.5		5420010244	4.044.500,00 €	97.300,00 €	1.357.300,00 €	5.499.100,00 €
Nachhaltige Mobilität	4.6		5110140145	0,00 €	2.400,00 €	0,00 €	2.400,00 €
ÖPNV-Förderung	4.6		5470010345	0,00 €	3.011.800,00 €	442.600,00 €	3.454.400,00 €
Vermessungsamt	5.2	51001000		26.900,00 €	2.000,00 €	1.400,00 €	30.300,00 €
Amt für Flurmeuordnung	5.3	52001000		200,00 €	300,00 €	0,00 €	500,00 €
Amt für Landwirtschaft u. Naturschutz	5.4	53001000		21.800,00 €	1.700,00 €	1.000,00 €	24.500,00 €
Zuschuss an den EBVT	7.1		1124020214	0,00 €	956.600,00 €	338.200,00 €	1.294.800,00 €
Zuschuss an den GRN gGmbH	7.1		4110010114	0,00 €	1.864.900,00 €	376.500,00 €	2.241.400,00 €
Leitungsgebundene Breitbandinfrastruktur	7.1		5360010114	0,00 €	144.600,00 €	56.100,00 €	200.700,00 €
Summe (gerundet)				7.185.400,00 €	9.064.400,00 €	3.166.800,00 €	19.416.600,00 €

Auflösung von empfangenen Zuweisungen 2026						
Bezeichnung	Budget	Kostenstelle	Produkt	Auflösungen 2026	Kalkulatorische Zinsen 2026	Gesamt 2026
Fahrzeuge	0.3	120090004	1125050110	6.500,00 €	200,00 €	6.700,00 €
Boten-, Zustell- und Postdienste	0.3		1126020110	3.100,00 €	200,00 €	3.300,00 €
Buchhaltung und Zahlungsverkehr (Sonstiges)	0.5		1122060114	4.300,00 €	100,00 €	4.400,00 €
Verrechnungskostenstelle nichtaufteilbarer Schulaufwand	1.1			2.900,00 €	100,00 €	3.000,00 €
Comenius Schule Schwetzingen	1.1		212003010112	700,00 €	0,00 €	700,00 €
Steinsberg-Schule Sinsheim	1.1		212003010212	700,00 €	0,00 €	700,00 €
Maria-Montessori-Schule Weinheim	1.1		212003010312	2.500,00 €	200,00 €	2.700,00 €
Martinsschule Ladenburg	1.1		212003050412	20.700,00 €	1.100,00 €	21.800,00 €
Ehrhart-Schott-Schule Schwetzingen	1.1		2130010112	10.700,00 €	500,00 €	11.200,00 €
Friedrich-Hecker-Schule Sinsheim	1.1		2130010212	12.300,00 €	300,00 €	12.600,00 €
Hans-Freudenberg-Schule Weinheim	1.1		2130010312	6.900,00 €	400,00 €	7.300,00 €
Hubert Sternberg-Schule Wiesloch	1.1		2130010412	25.000,00 €	1.600,00 €	26.600,00 €
Theodor-Frey-Schule Eberbach	1.1		2130010512	1.000,00 €	0,00 €	1.000,00 €
Max-Weber-Schule Sinsheim	1.1		2130020212	200,00 €	0,00 €	200,00 €
Johann-Philipp-Reis Schule Weinheim	1.1		2130020312	1.200,00 €	100,00 €	1.300,00 €
Johann-Philipp-Bronner-Schule Wiesloch	1.1		2130020412	2.700,00 €	200,00 €	2.900,00 €
Helen-Keller Schule Weinheim	1.1		2130030312	800,00 €	0,00 €	800,00 €
Louise-Otto-Peters-Schule Wiesloch	1.1		2130030412	300,00 €	0,00 €	300,00 €
Medienzentrum	1.1	44001001	2150040112	6.000,00 €	200,00 €	6.200,00 €
Kulturförderung	1.1		2810010112	0,00 €	500,00 €	500,00 €
Integrierte Leitstelle	3.3		1260050232	39.200,00 €	700,00 €	39.900,00 €
Katastrophenabwehr	3.3		1280010132	1.000,00 €	800,00 €	1.800,00 €
Führungs- und Lagezentrum	3.3		1280030132	18.700,00 €	400,00 €	19.100,00 €
Untersuchung/Beratung im Vorschulalter (Frühförderung)	3.4		4140040134	11.500,00 €	100,00 €	11.600,00 €
Tiergesundheit, Tierseuchenbekämpfung	3.5		1226040135	10.200,00 €	1.000,00 €	11.200,00 €
Amt für Straßen- und Radwegebau	4.5			255.300,00 €	10.800,00 €	266.100,00 €
Bereitstellung (Bau) von Kreisstraßen	4.5		5420010244	1.613.600,00 €	707.500,00 €	2.321.100,00 €
Nachhaltige Mobilität	4.6		5110140145	1.300,00 €	0,00 €	1.300,00 €
ÖPNV-Förderung	4.6		5470010345	1.227.700,00 €	187.700,00 €	1.415.400,00 €
Zuschuss an den EBVT	7.1		1124020214	6.000,00 €	200,00 €	6.200,00 €
Summe (gerundet)				3.293.000,00 €	914.900,00 €	4.207.900,00 €

Anlage 11
Nachweis der Bürgschaftsübernahmen des Kreises

- Stand: 01.12.2025 -

I. Bürgschaften für die AVR UmweltService GmbH

Nr.	Darlehensbetrag	Datum der Wertstellung	Zinssatz	Zahlungsweise	Zinsbindung	Kreditgeber
1	1.022.583,76 €	01.01.2009	4,41%	Ratendarlehen vierteljährlich 8.457,32 €	variabel	Sparkasse Heidelberg
2	1.789.521,58 €	01.04.2008	1,09%	Ratendarlehen vierteljährlich 14.819,07 €	30.02.2028	Sparkasse Heidelberg
3	1.942.909,15 €	01.04.2008	1,19%	Ratendarlehen vierteljährlich 16.185,26 €	30.03.2028	Helaba Frankfurt
4	2.045.167,52 €	01.09.2008	4,41%	Ratendarlehen vierteljährlich 16.328,46 €	variabel	Sparkasse Heidelberg
5	5.000.000,00 €	30.06.2011	0,26%	Ratendarlehen vierteljährlich 83.125 €	30.12.2028	Sparkasse Heidelberg
6	1.742.000,00 €	17.10.2013	3,81%	Ratendarlehen vierteljährlich 21.775 €	variabel	Volksbank Kraichgau
7	1.485.000,00 €	11.03.2014	3,81%	Ratendarlehen vierteljährlich 15.000 €	variabel	Volksbank Kraichgau
8	3.792.500,00 €	11.03.2014	2,65%	Ratendarlehen vierteljährlich 51.250 €	30.06.2032	Volksbank Kraichgau
9	3.545.918,17 €	01.01.2014	0,39%	Annuität vierteljährlich 70.000 €	30.03.2029	Sparkasse Heidelberg
10	6.934.390,39 €	31.03.2014	0,39%	Annuität vierteljährlich 140.000 €	30.09.2028	Sparkasse Heidelberg
11	1.300.000,00 €	05.06.2014	3,81%	Ratendarlehen vierteljährlich 16.250 €	variabel	Volksbank Kraichgau
12	1.400.000,00 €	05.06.2014	3,81%	Ratendarlehen vierteljährlich 17.500 €	variabel	Volksbank Kraichgau
13	1.100.000,00 €	14.11.2014	4,30%	Ratendarlehen vierteljährlich 11.000 €	variabel	Volksbank Kraichgau
14	1.600.000,00 €	22.01.2015	3,81%	Ratendarlehen vierteljährlich 20.000 €	variabel	Volksbank Kraichgau
15	3.100.000,00 €	22.01.2015	3,81%	Ratendarlehen vierteljährlich 38.750 €	variabel	Volksbank Kraichgau
16	2.955.000,00 €	18.06.2015	3,81%	Ratendarlehen vierteljährlich 36.938 €	variabel	Volksbank Kraichgau
17	1.713.000,00 €	12.02.2016	0,94%	Ratendarlehen vierteljährlich 47.583 €	30.12.2024	Sparkasse Heidelberg

Nr.	Darlehensbetrag	Datum der Wertstellung	Zinssatz	Zahlungsweise	Zinsbindung	Kreditgeber
18	2.500.000,00 €	30.06.2016	1,28%	Ratendarlehen vierteljährlich 41.667 €	30.06.2031	Sparkasse Kraichgau
19	1.600.000,00 €	21.12.2016	0,71%	Ratendarlehen vierteljährlich 44.444 €	30.12.2025	Sparkasse Heidelberg
20	2.540.000,00 €	11.05.2018	3,81%	Ratendarlehen vierteljährlich 31.750 €	variabel	Volksbank Kraichgau
21	2.480.000,00 €	25.05.2018	0,88%	Ratendarlehen vierteljährlich 68.889 €	30.06.2027	Sparkasse Heidelberg
22	3.790.000,00 €	24.06.2019	0,45%	Ratendarlehen vierteljährlich 105.280 €	30.06.2028	Volksbank Kraichgau
23	1.410.000,00 €	24.06.2019	0,84%	Ratendarlehen vierteljährlich 23.500 €	30.06.2034	Sparkasse Kraichgau
24	3.000.000,00 €	15.11.2019	0,37%	Ratendarlehen vierteljährlich 49.180,33 €	30.12.2034	Sparkasse Kraichgau
25	4.520.000,00 €	15.11.2019	0,35%	Ratendarlehen vierteljährlich 85.283,02 €	30.12.2032	Sparkasse Kraichgau
26	2.790.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	13.01.2020	0,75%	Ratendarlehen vierteljährlich 77.500,00 €	30.12.2028	Sparkasse Heidelberg
27	1.686.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	21.01.2021	0,25%	Ratendarlehen vierteljährlich 60.125,00 €	31.12.2027	Volksbank Kraichgau
28	3.129.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	29.12.2022	2,48%	Ratendarlehen vierteljährlich 111.750 €	30.12.2029	Sparkasse Kraichgau
29	4.661.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	13.11.2023	3,81%	Ratendarlehen vierteljährlich 116.525 €	30.09.2033	Sparkasse Kraichgau
30	3.367.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	14.11.2024	3,04%	Ratendarlehen vierteljährlich 95.528 €	30.09.2033	Sparkasse Kraichgau
31	3.542.000,00 € hiervon verbürgt 80 %		2,90%	Ratendarlehen vierteljährlich 80.500 €	30.03.2036	Sparkasse Kraichgau
83.482.990,57 €		Summe der verbürgten Darlehen für die AVR UmweltService GmbH				

Zum **31.12.2024** war ein Betrag in Höhe von **35.267 T€** valuiert.

II. Bürgschaften für die AVR BioTerra GmbH & Co. KG

Nr.	Darlehensbetrag	Datum der Wertstellung	Zinssatz	Zahlungsweise	Zinsbindung	Kreditgeber
1	32.500.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	30.06.2018	1,18%	vierteljährlich beginnend 30.06.2020	30.06.2039	Deutsche Leasing Finance Sparkasse Kraigau Sparkasse Pforzheim
32.500.000,00 €		Summe der verbürgten Darlehen für die AVR BioTerra GmbH & Co. KG				

Zum **31.12.2024** war ein Betrag in Höhe von **19.066 T€** valuiert.
Es besteht eine Rückbürgschaft des Mitgeschafters in Höhe seiner Anteile (49 %).

III. Bürgschaften für die Jugendeinrichtung Stift Sunnisheim gGmbH

Nr.	Darlehensbetrag	Datum der Wertstellung	Zinssatz	Zahlungsweise	Zinsbindung	Kreditgeber
1	300.000,00 €	Kontokorrent				Sparkasse Heidelberg
2	1.800.000,00 €	30.04.2010	3,60%		30.04.2030	Sparkasse Heidelberg
2.100.000,00 €		Summe der Bürgschaften für die Jugendeinrichtung Stift Sunnisheim gGmbH				

Zum **31.12.2024** war ein Betrag von **1.204 T€** (ohne Berücksichtigung des Kontokorrentkredits in Höhe von 350 T€) valuiert.

IV. Bürgschaften für die Gesundheitseinrichtungen Rhein-Neckar gGmbH

Nr.	Darlehensbetrag	Datum der Wertstellung	Zinssatz	Zahlungsweise	Zinsbindung	Kreditgeber
1	159.993,32 €	30.09.2006	0,75%	Ratendarlehen vierteljährlich 3.033 €	2031	Sparkasse Heidelberg
2	5.252.964,20 €	30.06.2006	4,20%	Ratendarlehen halbjährlich 186.225 €	2028	Sparkasse Heidelberg
3	1.500.000,00 €	Kontokorrent				Sparkasse Kraichgau
4	1.000.000,00 €	Kontokorrent				Sparkasse Kraichgau
5	500.000,00 €	Kontokorrent				Sparkasse Kraichgau
6	250.000,00 €	Kontokorrent				Sparkasse Kraichgau
7	500.000,00 €	Kontokorrent				Sparkasse Kraichgau

Nr.	Darlehensbetrag	Datum der Wertstellung	Zinssatz	Zahlungsweise	Zinsbindung	Kreditgeber
8	4.500.000,00 €	29.06.2007	0,90%	Ratendarlehen vierteljährlich 73.350 €	2027	Landesbank Baden-Württemberg
9	3.774.354,66 €	31.12.2009	0,54%	Ratendarlehen vierteljährlich 58.750 €	2031	Helaba Frankfurt
10	1.200.000,00 €	23.12.2010	0,25%	Ratendarlehen vierteljährlich 19.050 €	2030	Sparkasse Heidelberg
11	3.000.000,00 €	01.12.2011	0,49%	Ratendarlehen vierteljährlich 22.193 €	2031	Sparkasse Heidelberg
12	3.650.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	06.06.2014	2,15%	Ratendarlehen vierteljährlich 36.500 €	2024	Volksbank Kraichgau
13	3.000.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	19.12.2014	1,45%	Ratendarlehen vierteljährlich 30.000 €	2024	Volksbank Kraichgau
14	2.496.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	12.08.2016	1,19%	Ratendarlehen vierteljährlich 33.000 €	2026	Volksbank Kraichgau
15	15.000.000,00 €	Kontokorrent				Sparkasse Heidelberg
16	2.700.000,00 €	28.12.2016	0,78%	Ratendarlehen vierteljährlich 67.500 €	2026	Sparkasse Heidelberg
17	3.000.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	23.12.2016	1,35%	Ratendarlehen vierteljährlich 30.000 €	2026	Volksbank Kraichgau
18	11.000.000,00 €	30.10.2017	1,44%	Ratendarlehen vierteljährlich 82.000 €	2032	Sparkasse Heidelberg
19	925.000,00 €	19.08.2019	0,35%	Ratendarlehen vierteljährlich 9.250 €	2029	Volksbank Kraichgau
20	2.500.000,00 €	19.08.2019	0,15%	Ratendarlehen vierteljährlich 62.500 €	2029	Volksbank Kraichgau
21	5.000.000,00 €	15.10.2019	0,65%	Ratendarlehen vierteljährlich 37.500 €	2034	Volksbank Kraichgau
22	3.150.000,00 €	15.10.2019	0,35%	Ratendarlehen vierteljährlich 31.500 €	2029	Volksbank Kraichgau
23	4.400.000,00 €	15.10.2019	0,35%	Ratendarlehen vierteljährlich 44.000 €	2029	Volksbank Kraichgau
24	1.560.000,00 €	13.12.2019	0,35%	Ratendarlehen vierteljährlich 15.600 €	2029	Volksbank Kraichgau
25	1.100.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	13.12.2019	0,45%	Ratendarlehen vierteljährlich 11.000 €	2029	Volksbank Kraichgau
26	440.000,00 € hiervon verbürgt 80 %	13.12.2019	0,45%	Ratendarlehen vierteljährlich 4.400 €	2029	Volksbank Kraichgau

Nr.	Darlehensbetrag	Datum der Wertstellung	Zinssatz	Zahlungsweise	Zinsbindung	Kreditgeber
27	300.000,00 €	13.12.2019	0,35%	Ratendarlehen vierteljährlich 3.000 €	2029	Volksbank Kraichgau
28	180.450,00 €	Leasing				LS Leasing & Service GmbH
29	1.550.000,00 €	25.08.2022	2,05%	Ratendarlehen vierteljährlich 15.500 €	2032	Volksbank Kraichgau
30	2.450.000,00 €	25.08.2022	2,05%	Ratendarlehen vierteljährlich 18.565 €	2032	Volksbank Kraichgau
31	3.500.000,00 €	25.08.2022	1,80%	Ratendarlehen vierteljährlich 87.500 €	2032	Volksbank Kraichgau
32	4.700.000,00 € hiervon 80% verbürgt	21.09.2022	2,08%	Ratendarlehen vierteljährlich 47.000 €	2032	Volksbank Kraichgau
33	300.000,00 € hiervon 80 % verbürgt	08.05.2024	3,17%	Ratendarlehen vierteljährlich 3.750 €	2034	Volksbank Kraichgau
34	800.000,00 € hiervon 80 % verbürgt	08.05.2024	3,17%	Ratendarlehen vierteljährlich 10.000 €	2034	Volksbank Kraichgau
35	3.341.998,00 €	08.05.2024	3,10%	Ratendarlehen vierteljährlich 41.775 €	2034	Volksbank Kraichgau
36	250.000,00 € hiervon 80 % verbürgt	08.05.2024	3,17%	Ratendarlehen vierteljährlich 3.125 €	2034	Volksbank Kraichgau
37	1.200.000,00 €	08.05.2024	3,10%	Ratendarlehen vierteljährlich 15.000 €	2034	Volksbank Kraichgau
38	800.000,00 €	08.05.2024	3,10%	Ratendarlehen vierteljährlich 10.000 €	2034	Volksbank Kraichgau
39	400.000,00 €	08.05.2024	3,10%	Ratendarlehen vierteljährlich 5.000 €	2034	Volksbank Kraichgau
40	1.200.000,00 €	08.05.2024	3,10%	Ratendarlehen vierteljährlich 15.000 €	2034	Volksbank Kraichgau
41	1.000.000,00 €	08.05.2024	3,10%	Ratendarlehen vierteljährlich 12.500 €	2034	Volksbank Kraichgau
42	2.600.000,00 €	08.05.2024	3,10%	Ratendarlehen vierteljährlich 32.500 €	2034	Volksbank Kraichgau
43	250.000,00 € hiervon 80 % verbürgt	08.05.2024	3,17%	Ratendarlehen vierteljährlich 3.125 €	2034	Volksbank Kraichgau
44	900.000,00 €	08.05.2024	3,10%	Ratendarlehen vierteljährlich 11.250 €	2034	Volksbank Kraichgau

Nr.	Darlehensbetrag	Datum der Wertstellung	Zinssatz	Zahlungsweise	Zinsbindung	Kreditgeber
45	500.000,00 €	08.05.2024	3,10%	Ratendarlehen vierteljährlich 6.250 €	2034	Volksbank Kraichgau
46	350.000,00 €	23.10.2025	3,05%	Ratendarlehen vierteljährlich 8.750 €	2035	Volksbank Kraichgau
47	250.000,00 €	23.10.2025	3,05%	Ratendarlehen vierteljährlich 6.250 €	2035	Volksbank Kraichgau
108.380.760,18 €		Summe der verbürgten Darlehen für die GRN gGmbH				

Zum **31.12.2024** war ein Betrag in Höhe von **55.258 T€** (ohne Berücksichtigung der Kontokorrentkredite in Höhe von 18.750 T€) valuiert.

Anlage 12
Übersicht über die Zuordnung der Produktbereiche und Produktgruppen zu den Teilhaushalten

Produktbereich: 11 - Innere Verwaltung					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
11.10	Steuerung			TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
11.11	Organisation und Dokumentation kommunaler Willensbildung			TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
11.12	Steuerungsunterstützung und Controlling	1112010101	Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen (Standards)	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1112010110	Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen (Standards)	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1112010210	Geschäftsprozessoptimierung	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1112020110	Ziel-, Leistungs- und Budgetvereinbarung	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1112030110	Vollzug des Ziel-, Leistungs- und Budget	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1112010114	Grundsätze/Strategien Finanzwirtschaft	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1112020114	Haushalts- und Finanzplanung	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1112030114	Haushaltscontrolling/Rechenschaftsbericht	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1112040114	Beteiligungsmanagement	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1112010130	Grundsätze, Strategien, Handlungsrahmen	TH3	Sicherheit und Ordnung
11.13	Rechnungsprüfung			TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
11.14	Zentrale Funktionen	1114060103	Repräsentation	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1114070104	Europa	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1114010110	Gleichstellung von Frau und Mann innerhalb der Verwaltung	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1114020110	Gleichstellung von Frau und Mann, externe Aufgabenwahrnehmung	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1114030110	Gesamtpersonalrat	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1114040110	Schwerbehindertenvertretung	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1114050110	Datenschutz	TH1	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1114060112	Repräsentation	TH1	Bildung
		1114060150	Auszeichnungen und Ehrungen	TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
		1114110123	Kommunaler Behindertenbeauftragter	TH2	Soziales und Jugend
11.20	Organisation und EDV			TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
11.21	Personalwesen			TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
11.22	Finanzverwaltung, Kasse	1122010114	Gebührenkalkulation	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122010214	Anlagenbuchhaltung - beweglich	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122010314	Anlagenbuchhaltung - unbeweglich	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122010514	Haushalts- und betriebswirtschaftliche Dienstleistungen	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122020114	Aufgaben des Landkreises als Steuerschuldner	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122030114	Verwaltung der Freiherr von Ulnerschen Stiftung	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122060114	Buchhaltung und Zahlungsverkehr (Sonstiges)	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122060314	Buchhaltung und Zahlungsverkehr (Jugend- u. Sozialhilfe)	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122070114	Zwangsweise Einziehung (Sonstiges)	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122070314	Zwangsweise Einziehung (Jugend- und Sozialhilfe)	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122070414	Forderungsmanagement	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122080114	Abwicklung von Geld- und Sachspenden	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1122030214	Zuschuss an die Freiherr von Ulnerschen Stiftung	TH7	Allg. Finanzwirtschaft
11.23	Justizariat	1123050110	Abschluss, Verwaltung und Abwicklung von Versicherungen	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		112304	Entscheidungen in Rechtssachen	TH2	Soziales und Jugend
		1123020130	Allgemeine Rechtsberatung, rechtliche Gestaltung und außergerichtliche Vertretung in Rechtssachen	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1123030130	Gerichtliche Vertretung in Rechtssachen	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1123040131	Personenstandsaufsicht	TH3	Sicherheit und Ordnung
11.24	Gebäudemanagement, Technisches Immobilienmanagement	1124010110	Räumliche Infrastrukturplanung und Ausstattung	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1124020214	Zuschuss an den Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik	TH7	Allg. Finanzwirtschaft
11.25	Grünanlagen, Werkstätten und Fahrzeuge			TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung

* Der Ausweis einzelner Produkte ist nur notwendig, wenn die Produkte einer Produktgruppe auf unterschiedliche Teilhaushalte aufgeteilt werden.

Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
11.26	Zentrale Dienstleistungen	1126010110	Zentrale Beschaffung	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1126020110	Boten-, Zustell- und Postdienste	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1126030110	Drucke	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1126030210	Sonstige Dienstleistungen Druckerei	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1126040210	Sonstige Zentrale Dienstleistungen	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1126040112	Zentrale Registratur	TH1	Bildung
		1126040212	Elektronische Schriftgutverwaltung	TH1	Bildung
		1126010130	Zentrale Vergabestelle	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1126060130	Bearbeitung von Sonderordnungswidrigkeiten intern	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1126060230	Bearbeitung von Sonderordnungswidrigkeiten extern	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1126060330	Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten intern mobil	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1126060430	Bearbeitung von Verkehrsowis extern	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1126060530	Bearbeitung von Verkehrsordnungswidrigkeiten intern stationär	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1126040141	Zentrale Information	TH4	Umwelt und Technik
11.30	Presse - und Öffentlichkeitsarbeit	1130020103	Internet/ Intranet, Präsentationen des Rhein- Neckar - Kreises	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1130030103	Herausgabe von Print - und Non - Print - Medien	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1130040103	Werbung, Vermarktung, Ausschreibungen, Bekanntmachungen	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1130050103	Pressearbeit	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1130030112	Herausgabe von Print - und Non - Print - Medien	TH1	Bildung
11.31	Kommunalaufsicht	1131050131	Widersprüche im Melde-/Passwesen	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1131050132	Bearb. von Widersprüchen im Bereich Feuerwehrwesen	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1131010150	Prüfung der Gesetzmäßigkeit	TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
		1131020150	Überörtliche Prüfung	TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
		1131030150	Prüfung und Weiterleitung von Anträgen auf Gewährung von Landes- und Bundeszuweisungen	TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
		1131040150	Wahrnehmung der Aufgaben als Dienstvorgesetzter u. oberste Dienstbehörde für Bürgermeister	TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
		1131050150	Widersprüche in Selbstverwaltungangelegenheiten der kreisangehörigen Gemeinden, Gemeindeverwaltungsverbänden und Zweckverbänden	TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
Produktbereich: 12 - Sicherheit und Ordnung					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
12.10	Statistik und Wahlen	1210010104	Zensus 2021	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1210030150	Wahlen und Abstimmungen	TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
12.20	Ordnungswesen	1220020131	Bearbeitung von Angelegenheiten der Gefahrenabwehr/	TH3	Sicherheit und Ordnung
			Bearbeitung von Widersprüchen im Bereich Kreispolizeibehörde		
		1220020231	Heimaufsicht	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1220020331	Maßnahmen nach dem Unterbringungsgesetz	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1220030231	Jagdwesen	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1220030331	Erteilung eines Jagdscheins	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1220030431	Waffenaufbewahrungskontrollen	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1220030531	Waffenrecht	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1220030631	Sprengstoffrecht	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1220050131	Bearbeitung v. Gaststättenlaubnissen	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1220070131	sonstige gewerberechtliche Erlaubnisse	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1220080131	Überwachung von Gewerbebetrieben und Veranstaltungen	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1220080231	Bewachungsgewerbe	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1220030142	Sprengstoffrecht	TH4	Umwelt und Technik
12.21	Verkehrswesen			TH4	Umwelt und Technik
12.22	Einwohnerwesen	1222040103	Bürgerservice	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1222040110	Bürgerservice und Einheitlicher Ansprechpartner	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
		1222050131	Staatsangehörigkeitswesen	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1222060131	Eingliederung von Spätaussiedlern	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1222080131	Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für EU/Nicht-EU Ausländer/-innen	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1222090131	Bearbeitung von Aufenthaltsregelungen für Asylbewerber/-innen	TH3	Sicherheit und Ordnung
12.23	Personenstandswesen			TH3	Sicherheit und Ordnung
12.25	Sozialversicherung			TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung

Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
12.26	Verbraucherschutz, Lebensmittelüberwachung, Veterinärwesen und Ernährung	1226010135	Betriebskontrollen	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1226020135	Probenahme	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1226030135	Überwachung der Fleischhygiene	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1226030235	Überwachung der Geflügelfleischhygiene	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1226030335	Ambulante Fleischhygieneüberwachung	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1226040135	Tiergesundheit, Tierseuchenbekämpfung und Tierkörperentsorgung einschließlich Veterinärkontrollrecht	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1226050135	Tierarzneimittelüberwachung	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1226060135	Allgemeiner Tierschutz	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1226080135	Ernährungs- u. Verbraucherinformation	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1226090135	Sonstige Begutachtungen, Stellungnahmen u. Gutachten	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1226040314	Tierkörperbeseitigung	TH7	Allg. Finanzwirtschaft
12.60	Brandschutz			TH3	Sicherheit und Ordnung
12.70	Rettungsdienst	1270010132	Rettungsdienst	TH3	Sicherheit und Ordnung
		1270010145	Personenbeförderung / Krankentransport	TH4	Umwelt und Technik
12.80	Katastrophenschutz			TH3	Sicherheit und Ordnung
Produktbereich: 21 - Schulträgeraufgaben					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
21.20	Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren und Schulkindergärten			TH1	Bildung
21.30	Berufsbildende Schulen			TH1	Bildung
21.40	Schülerbezogene Leistungen	2140020212	Schülerinternat Eberbach	TH1	Bildung
		2140010145	Schülerbeförderung Gemeinden	TH4	Umwelt und Technik
		2140010245	Schülerbeförderung kreiseigener Schulen	TH4	Umwelt und Technik
21.50	Sonstige schulischen Aufgaben und Einrichtungen			TH1	Bildung
Produktbereich: 25 - Museen, Archiv, Zoo					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
25.21	Archiv			TH1	Bildung
Produktbereich: 26 - Theater, Konzerte, Musikschulen					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
26.20	Musikpflege			TH1	Bildung
Produktbereich: 28 - Sonstige Kulturpflege					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
28.10	Sonstige Kulturpflege			TH1	Bildung
Produktbereich: 31 - Soziale Hilfen					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
31.10	Grundversorgung und Hilfen nach SGB XII	311001	Hilfe zur Pflege	TH2	Soziales und Jugend
		3110020145	Beförderung von Menschen mit Behinderung (=Eingliederungshilfe)	TH4	Umwelt und Technik
		311003	Hilfen zur Gesundheit	TH2	Soziales und Jugend
		311004	Hilfen für blinde Menschen	TH2	Soziales und Jugend
		311005	Hilfe zum Lebensunterhalt	TH2	Soziales und Jugend
		311006	Sonstige Leistungen zur Sicherung der Lebensgrundlage nach SGB XII	TH2	Soziales und Jugend
		311007	Hilfen zur Überwindung besonderer sozialer Schwierigkeiten	TH2	Soziales und Jugend
		311008	Grundsicherung im Alter u. bei Erwerbsminderung Erstatt. durch den Bund	TH2	Soziales und Jugend
31.20	Grundsicherung für Arbeitssuchende nach SGB II			TH2	Soziales und Jugend

Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
31.30	Hilfe für Flüchtlinge und Aussiedler			TH3	Sicherheit und Ordnung
31.40	Soziale Einrichtungen			TH3	Sicherheit und Ordnung
31.50	Leistungen nach dem Bundesversorgungsgesetz			TH2	Soziales und Jugend
31.60	Sonstige Förderung von Trägern der Wohlfahrtspflege			TH2	Soziales und Jugend
31.70	Betreuungsleistungen			TH2	Soziales und Jugend
31.80	Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	318001	Gewährung von Wohngeld	TH2	Soziales und Jugend
		318002	Soziale Vergünstigungen und Sozialpässe	TH2	Soziales und Jugend
		318003	Schuldenregulierung im Rahmen der Insolvenzordnung (Verbraucherinsolvenz)	TH2	Soziales und Jugend
		318004	Hilfe zur Unterhaltssicherung	TH2	Soziales und Jugend
		318005	Leistungen nach BAföG und AFBG	TH2	Soziales und Jugend
		318006	Leistungen im Rahmen der allgemeinen Daseinsvorsorge	TH2	Soziales und Jugend
		318007	Pflegestützpunkte nach § 92c SGB XI	TH2	Soziales und Jugend
		318008	Beratung und Angebote für ältere Menschen	TH2	Soziales und Jugend
		3180090131	Flüchtlingssozialarbeit (und Pflichtsprachangebote) in der vorläufigen Unterbringung (Betreuung GUK)	TH3	Sicherheit und Ordnung
		3180100131	Betreuung und Förderung der Integration von Flüchtlingen, Stabsstelle Integration	TH3	Sicherheit und Ordnung
31.90	Leistungen für Bildung und Teilhabe nach §6 b BKGG			TH2	Soziales und Jugend
32.10	Leistungen nach Teil 2 SGB IX - Eingliederungshilferecht			TH2	Soziales und Jugend
Produktbereich: 36 - Kinder-, Jugend- und Familienhilfe					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
36.20	Allgemeine Förderung junger Menschen	3620020112	Jugendsozialarbeit an Schulen im Rahmen SGB VIII	TH1	Bildung
		362001	Kinder- und Jugendarbeit	TH2	Soziales und Jugend
		362002	Jugendsozialarbeit, Jugendsozialarbeit in Schulen im Rahmen SGB VIII	TH2	Soziales und Jugend
36.30	Hilfen für junge Menschen und ihre Familien	363003	Individuelle Hilfen für junge Menschen und ihre Familien einschließlich Krisen	TH2	Soziales und Jugend
		363004	Mitwirkung in gerichtlichen Verfahren	TH2	Soziales und Jugend
		363005	Beistandschaft/ Amtsvormundschaft	TH2	Soziales und Jugend
		363006	Institutionelle Förderung der Jugendhilfe	TH2	Soziales und Jugend
		3630060114	Zuschuss an die Stift Sunnisheim gGmbH	TH7	Allg. Finanzwirtschaft
36.50	Förderung von Kindern in Tageseinrichtungen und in Tagespflege			TH2	Soziales und Jugend
36.80	Kooperation und Vernetzung			TH2	Soziales und Jugend
36.90	Unterhaltsvorschussleistungen			TH2	Soziales und Jugend
Produktbereich: 37 - Schwerbehindertenrecht und soziales Entschädigungsrecht					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
37.10	Schwerbehindertenrecht			TH2	Soziales und Jugend
37.20	Soziales Entschädigungsrecht			TH2	Soziales und Jugend
Produktbereich: 41: Gesundheitsdienste					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
41.10	Krankenhäuser			TH7	Allg. Finanzwirtschaft
41.40	Maßnahmen der Gesundheitspflege			TH3	Sicherheit und Ordnung
Produktbereich: 42 - Sport und Bäder					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
42.10	Förderung des Sports			TH1	Bildung

Produktbereich: 51 - Räumliche Planung und Entwicklung					
Produktgruppe		Produkt*	Teilhaushalt		
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
51.10	Stadtentwicklung, städtebauliche Planung, Verkehrsplanung und Stadterneuerung			TH4	Umwelt und Technik
51.11			TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum	
51.12			TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum	
Produktbereich: 52 - Bauen und Wohnen					
Produktgruppe		Produkt*	Teilhaushalt		
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
52.10	Bauordnung			TH4	Umwelt und Technik
52.20	Wohnbauförderung und Wohnungsversorgung			TH4	Umwelt und Technik
52.30	Denkmalschutz und Denkmalpflege			TH4	Umwelt und Technik
Produktbereich: 53 - Ver- und Entsorgung					
Produktgruppe		Produkt*	Teilhaushalt		
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
53.60	Telekommunikationseinrichtungen			TH7	Allgemeine Finanzwirtschaft
53.70	Abfallwirtschaft			TH7	Allgemeine Finanzwirtschaft
Produktbereich: 54 Verkehrsflächen und -anlagen, ÖPNV					
Produktgruppe		Produkt*	Teilhaushalt		
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
54.20	Kreisstraßen			TH4	Umwelt und Technik
54.30	Landesstraßen			TH4	Umwelt und Technik
54.40	Bundesstraßen			TH4	Umwelt und Technik
54.50	Straßenreinigung und Winterdienst			TH4	Umwelt und Technik
54.70	ÖPNV			TH4	Umwelt und Technik
Produktbereich: 55 - Natur- und Landschaftspflege, Friedhofswesen					
Produktgruppe		Produkt*	Teilhaushalt		
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
55.10	Öffentliches Grün/ Landschaftsbau			TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
55.20	Wasserrechtliche Maßnahmen			TH4	Umwelt und Technik
55.30	Friedhof und Bestattung			TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
55.40	Naturschutz und Landschaftspflege			TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
55.50	Forstwirtschaft			TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
55.51	Landwirtschaft			TH5	Kommunalaufsicht und ländlicher Raum
Produktbereich: 56 - Umweltschutz					
Produktgruppe		Produkt*	Teilhaushalt		
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
56.10	Umweltschutzmaßnahmen	5610040142	Abfallrecht	TH4	Umwelt und Technik
		5610050142	Immissionsschutzrechtliche Maßnahmen	TH4	Umwelt und Technik
		5610010143	Altlasten	TH4	Umwelt und Technik
		5610010243	Technische Erkundungen	TH4	Umwelt und Technik
		5610020143	Sonstige bodenschutzrechtliche Maßnahmen	TH4	Umwelt und Technik
		5610070103	Klimaschutz	TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
56.20	Arbeitsschutz			TH4	Umwelt und Technik

Produktbereich: 57 - Wirtschaft und Tourismus					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
57.10	Wirtschaftsförderung			TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
57.50	Tourismus			TH0	Steuerung und Wirtschaftsförderung
Produktbereich: 61 - Allgemeine Finanzwirtschaft					
Produktgruppe		Produkt*		Teilhaushalt	
Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung	Nr.	Bezeichnung
61.10	Steuern, allgemeine Zuweisungen, allgemeine Umlagen			TH7	Allg. Finanzwirtschaft
61.20	Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft			TH7	Allg. Finanzwirtschaft
61.30	Jahresabschlussbuchungen, Abwicklung der Vorjahre			TH7	Allg. Finanzwirtschaft

Teil II

Strategische Ziele

Strategieprozess 2026 ist ausgesetzt

Teil III

**Eigenbetrieb
Bau, Vermögen und Informationstechnik
Rhein-Neckar-Kreis**

Wirtschaftsplan 2026

**Wirtschaftsplan 2026
des Eigenbetriebs
„Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis“**

<u>Inhaltsverzeichnis:</u>	<u>Seite:</u>
Feststellungsbeschluss	3
Vorbericht	4
Erfolgsplan	6
Anlagen zum Erfolgsplan	10
Liquiditätsplan	22
Investitionsmaßnahmen	25
Stellenübersicht	37
Schuldennachweis	40

Eigenbetrieb

„Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis“

Wirtschaftsplan 2026

Gemäß § 14 (3) Eigenbetriebsgesetz, in der derzeit gültigen Fassung, wird der Wirtschaftsplan für das Wirtschaftsjahr 2026 des Eigenbetriebs „Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis“ festgesetzt auf:

1.	Im Erfolgsplan:	
	Gesamtbetrag der Erträge	76.796.600 €
	Gesamtbetrag der Aufwendungen	80.005.200 €
	Jahresergebnis	-3.208.600 €
2.	Liquiditätsplan:	
a)	Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	71.163.600 €
	Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	64.462.400 €
	Zahlungsmittelüberschuss	6.701.200 €
b)	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0 €
	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	31.270.300 €
	Saldo Investitionstätigkeit	-31.270.300 €
c)	Finanzierungsmittelbedarf aus a) und b)	-24.569.100 €
d)	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	28.520.700 €
	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	13.653.500 €
	Saldo Finanzierungstätigkeit	14.867.200 €
e)	Änderung des Finanzierungsmittelbestandes zum Jahresende	
	Saldo Liquiditätsplan aus c) und d)	-9.701.900 €
3. a)	Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen	27.202.900 €
b)	Gesamtbetrag der Verpflichtungsermächtigungen	33.362.000 €
4.	Der Höchstbetrag der Kassenkredite	7.500.000 €

Heidelberg, den 16.12.2025



Stefan Dallinger
Landrat

Vorbericht
zum
Wirtschaftsplan 2026

des Eigenbetriebs „Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis“

Der zum 01.01.2008 gegründete Eigenbetrieb „Bau und Vermögen Rhein-Neckar-Kreis“ mit Änderung zum 01.01.2019 zum Eigenbetrieb „Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis“ umfasst einerseits den Bau, die Unterhaltung und den Betrieb der bebauten und unbebauten Liegenschaften des Rhein-Neckar-Kreises und andererseits Leistungen im Zusammenhang mit der Beschaffung, Beratung, Betreuung, Betrieb und Service im Bereich Informationstechnik (IT) in einer wirtschaftlich und organisatorisch selbständigen Einheit.

Träger dieses Eigenbetriebs ist der Rhein-Neckar-Kreis.

Rechtsgrundlage für die Aufstellung des Wirtschaftsplans ist das Gesetz über die Eigenbetriebe der Gemeinden (Eigenbetriebsgesetz – EigBG) in der Fassung vom 08. Januar 1992 (GBl. S. 21), zuletzt geändert durch Gesetz vom 17. Juni 2020 (GBl. S. 403) und die Eigenbetriebsverordnung (EigBVO-HGB) in der Fassung vom 1. Oktober 2020 (GBl. S. 827).

Zielsetzung des Geschäftsbereiches Bau dieses Eigenbetriebs ist die Bündelung der technischen Aufgaben des Rhein-Neckar-Kreises im Hochbau, unter Berücksichtigung der rechtlichen Rahmenbedingungen.

Speziell die energetische Optimierung der kommunalen Liegenschaften einschließlich regenerativer Energieerzeugung und intelligentem Nutzerverhalten soll zur Verringerung von klimaschädlichen Emissionen, insbesondere CO₂-Ausstoß, im Rhein-Neckar-Kreis führen.

Der Aufgabenbereich Energiemanagement soll weiter ausgebaut werden, um den Eigengesellschaften ein Energiemanagement, wie bereits bei den Schul- und Verwaltungsgebäuden umgesetzt, anbieten zu können.

Insoweit ergeben sich mit dem Eigenbetrieb und der Bereitschaft zur Entwicklung von Inhouse-Partnerschaften neue Chancen zur Reduzierung der Bewirtschaftungskosten und der Entwicklung eines kreisweiten, effizienten Energiemanagements.

Im Geschäftsbereich Informationstechnik werden im Zusammenhang mit der Beschaffung, Beratung, Betreuung, Betrieb und Service die Leistungen zusammengeführt.

Ein Teilbereich bildet IT-Projekte ab, die ausschließlich den Rhein-Neckar-Kreis betreffen. Zielsetzung ist es, eine zukunftsfähige IT-Ausstattung an Schulen zu gewährleisten, sowie in der Verwaltung zu einer Steigerung der elektronischen Geschäftsprozesse zwischen Wirtschaft, Verwaltung und Bürgern zu führen.

In einem zweiten Teilbereich sind IT-Maßnahmen abgebildet, die für den Konzern (einschließlich Eigengesellschaften) Rhein-Neckar-Kreis ausgeführt werden. Wesentliche Maßnahmen sind der Aufbau eines gemeinsamen Rechenzentrums und die Etablierung gemeinsamer Beschaffungen.

Strategisches Ziel ist die Etablierung einer kosteneffizienten gemeinsamen RNK-IT, die den Rhein-Neckar-Kreis und seine Gesellschaften aus einer Hand mit allen benötigten IT-Services versorgt.

Im Eigenbetrieb „Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis“ werden alle technischen Einrichtungen des Rhein-Neckar-Kreises zusammengefasst.

Erfolgsplan 2026

Nr.		Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Umsatzerlöse:			
a)	Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis	44.737.050	53.727.200	56.639.600
b)	Erlöse von Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreis	3.076.935	4.568.900	5.795.900
c)	Erlöse von Externen	4.588.274	5.174.400	5.326.800
d)	Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen	5.942.239	6.011.600	5.633.000
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	256.348	650.000	450.000
4.	sonstige betriebliche Erträge	3.523.504	354.000	2.951.300
5.	Materialaufwand:			
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren:			
1.	Energiekosten	3.664.019	5.621.900	5.284.800
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen:			
1.	Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude	4.331.880	6.625.000	6.599.900
2.	Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen		950.000	470.000
3.	sonstiger Materialaufwand	22.200.254	24.392.900	27.260.300
6.	Personalaufwand:			
a)	Löhne und Gehälter	10.603.394	16.219.400	17.715.200
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	3.295.580 1.245.101		
7.	Abschreibungen:			
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	10.721.996	11.679.100	12.248.700
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in dem Unternehmen, der Einrichtung oder dem Hilfsbetrieb üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0
c)	Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter	1.173.811	1.917.500	4.234.400
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	6.368.238	3.169.600	2.841.800
9.	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen	2.126.194 0	2.976.700 0	3.294.100 0
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	84.729	21.800	28.000
15.	Ergebnis nach Steuern	-2.445.746	-3.087.800	-3.180.600
16.	sonstige Steuern	10.434	12.200	28.000
17.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag*	-2.456.180	-3.100.000	-3.208.600
	nachrichtlich			
18.	Vorauszahlungen der Gemeinde auf die spätere Fehlbetragsabdeckung	0	0	0
19.	Vorauszahlungen an die Gemeinde auf die spätere Überschussabführung	0	0	0

*Der Jahresfehlbetrag ist über den Gewinnvortrag finanziert

Erfolgsplan 2026 - Finanzplanung

Nr.		Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR
1.	Umsatzerlöse:						
a)	Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis	44.737.050	53.727.200	56.639.600	62.126.700	61.820.500	62.679.500
b)	Erlöse von Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreis	3.076.935	4.568.900	5.795.900	5.898.300	6.002.600	6.002.600
c)	Erlöse von Externen	4.588.274	5.174.400	5.326.800	5.327.500	5.328.400	5.329.300
d)	Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen	5.942.239	6.011.600	5.633.000	5.484.900	4.914.000	4.685.600
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0	0	0	0
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	256.348	650.000	450.000	450.000	450.000	450.000
4.	sonstige betriebliche Erträge	3.523.504	354.000	2.951.300	2.782.300	2.764.200	2.764.200
5.	Materialaufwand:						
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren:						
1.	Energiekosten	3.664.019	5.621.900	5.284.800	5.562.900	5.638.300	5.835.700
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen:						
1.	Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude	4.331.880	6.625.000	6.599.900	6.599.900	6.599.900	6.599.900
2.	Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen		950.000	470.000	470.000	470.000	470.000
3.	sonstiger Materialaufwand	22.200.254	24.392.900	27.260.300	28.021.200	27.107.100	27.264.000
6.	Personalaufwand:						
a)	Löhne und Gehälter	10.603.394	16.219.400	17.715.200	18.178.400	18.458.800	18.710.600
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	3.295.580 1.245.101					
7.	Abschreibungen:						
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	10.721.996	11.679.100	12.248.700	12.293.300	11.825.700	11.570.000
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in dem Unternehmen, der Einrichtung oder dem Hilfsbetrieb üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0	0	0	0
c)	Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter	1.173.811	1.917.500	4.234.400	4.140.700	4.170.800	4.097.400
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	6.368.238	3.169.600	2.841.800	3.034.800	3.245.600	3.475.700
9.	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0	0 0
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen	2.126.194 0	2.976.700 0	3.294.100 0	3.712.500 0	3.707.500 0	3.831.900 0
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	84.729	21.800	28.000	28.000	28.000	28.000
15.	Ergebnis nach Steuern	-2.445.746	-3.087.800	-3.180.600	28.000	28.000	28.000
16.	sonstige Steuern	10.434	12.200	28.000	28.000	28.000	28.000
17.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag*	-2.456.180	-3.100.000	-3.208.600	0	0	0
	nachrichtlich						
18.	Vorauszahlungen der Gemeinde auf die spätere Fehlbetragsabdeckung	0	0	0			
19.	Vorauszahlungen an die Gemeinde auf die spätere Überschussabführung	0	0	0			

*Der Jahresfehlbetrag ist über den Gewinnvortrag finanziert

Erläuterungen zum Erfolgsplan:

Der Erfolgsplan des Eigenbetriebs „Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis“ weist im Jahr 2026 Erträge in Höhe von **76.797 T€** und Aufwendungen in Höhe von **80.005 T€** aus.

Davon weist das Budget des Geschäftsbereichs Bau Erträge in Höhe von **42.291 T€** und Aufwendungen von **45.412 T€** auf.

Das Budget des Geschäftsbereichs Informationstechnik weist Erträge von **34.506 T€** und Aufwendungen von **34.593 T€** auf.

Das Gesamtergebnis in Höhe von **-3.208 T€** resultiert aus einem Verlust im Geschäftsbereich Bau von 3.121 T€ und Verlust im Geschäftsbereich IT von 87 T€. Der Verlust soll mit Gewinnen aus Vorjahren finanziert werden.

Geschäftsbereich Bau:

Die Erträge erhöhen sich insgesamt um 821 T€ gegenüber dem Vorjahr.

Die Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis erhöhen sich um 1.084 T€ auf 31.798 T€.

Die Erlöse von Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreises bleiben unverändert bei 500 T€ und die Erlöse von Externen erhöhen sich um 138 T€. Die Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen reduzieren sich um 198 T€ und die aktivierten Eigenleistungen verringern sich um 200 T€. Die sonstigen betrieblichen Erträge sinken um 3 T€.

Die Erträge im Geschäftsbereich Bau setzen sich wie folgt zusammen:

- Erlöse vom RNK	31.797.600 €
- Erlöse von Eigengesellschaften des RNK	500.000 €
- Erlöse von Externen	5.277.400 €
- Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen	4.207.500 €
- Aktivierte Eigenleistungen	450.000 €
- Sonstige betriebliche Erträge	58.200 €
	42.290.700 €

Die Aufwendungen erhöhen sich um 926 T€ gegenüber dem Vorjahr auf **45.412 T€**.

Die Ansätze wurden auf der Grundlage der Ergebnisse 2024, der Planansätze aus dem Jahr 2025 und unter Berücksichtigung von absehbaren Veränderungen im Wirtschaftsjahr 2025 ermittelt.

Im Bereich des Materialaufwandes reduzieren sich Energiekosten um 337 T€ im Vergleich zum Vorjahr.

Die **Bauunterhaltungsaufwendungen** in Höhe von **6.600 T€** setzen sich aus Kosten für den Zentralbereich von 3 T€, die Verwaltungsgebäude von 800 T€, für die Schulen von 4.310 T€ und für das Allgemeine Grundvermögen in Höhe von 1.487 T€ zusammen.

Für kurzfristige bauliche Veränderungen stehen zusätzlich Sondermittel in Höhe von **450 T€** zur Verfügung.

Die Personalkosten erhöhen sich um 216 T€ auf 6,7 Mio. €.

Ansonsten wird auf die Ausführungen in den einzelnen Bereichen verwiesen.

Geschäftsbereich IT:

Der seit dem Jahr 2020 veranschlagte Geschäftsbereich IT untergliedert sich in zwei Teilbereiche.

Ein Teilbereich bildet IT-Projekte ab, die ausschließlich den Rhein-Neckar-Kreis betreffen. In einem zweiten Teilbereich sind IT-Maßnahmen abgebildet, die für den Konzern (einschließlich Eigengesellschaften) Rhein-Neckar-Kreis ausgeführt werden.

Die Erträge erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 5.489 T€.

Die Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis erhöhen sich um 1.828 T€, die Erlöse der Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreises erhöhen sich um 1.227 T€.

Die **Erträge** des Geschäftsbereichs IT setzen sich wie folgt zusammen:

- Erlöse vom RNK	24.842.000 €
- Erlöse von Eigengesellschaften des RNK	5.295.900 €
- Erlöse von Externen	49.400 €
- Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen	1.425.500 €
- Sonstige betriebliche Erträge	<u>2.893.100 €</u>
	34.505.900 €

Die Aufwendungen belaufen sich auf **34.593.200 €** und erhöhen sich gegenüber dem Vorjahr um 5.493 T€.

Die darin enthaltenen Materialaufwendungen erhöhen sich um 2.190 T€ auf 14.253 T€, die sonstigen Aufwendungen reduzieren sich um 365 T€ auf 673 T€, die Personalkosten erhöhen sich um 1.280 T€ auf 10.989 T€. Die Abschreibungen und der Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter steigen um 2.428 T€ auf 7.053 T€.

Der sich aus der Differenz zwischen Erträgen und Aufwendungen ergebende Verlust in Höhe von **87.300 €** entspricht dem Eigenanteil des Eigenbetriebes laut Betriebsführungsvertrag vom 01.07.2023 zwischen dem Rhein-Neckar-Kreis und seinen Eigengesellschaften.

Ansonsten wird auf die Ausführungen in den einzelnen Bereichen verwiesen.

Erfolgsplan 2026 - Bereich Zentralbereich

Nr.		Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Umsatzerlöse:			
a)	Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis	82.501	100.000	100.000
b)	Erlöse von Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreis	391.387	500.000	500.000
c)	Erlöse von Externen	17.823	8.000	14.000
d)	Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen	1.097	0	14.900
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	256.348	650.000	450.000
4.	sonstige betriebliche Erträge	172.239	61.500	58.200
5.	Materialaufwand:			
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren:			
1.	Energiekosten	11.813	0	0
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen:			
1.	Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude	8.886	0	3.000
2.	Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen		0	
3.	sonstiger Materialaufwand	538.879	685.100	710.400
6.	Personalaufwand:			
a)	Löhne und Gehälter	4.295.278	6.475.300	6.726.300
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	1.419.750 582.518		
7.	Abschreibungen:			
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	13.878	15.800	26.700
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in dem Unternehmen, der Einrichtung oder dem Hilfsbetrieb üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0
c)	Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter	6.664	20.000	10.000
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	1.917.338	2.126.800	2.162.300
9.	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen	0 0	86.200 0	134.800 0
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
15.	Ergebnis nach Steuern	-7.291.091	-8.089.700	-8.636.400
16.	sonstige Steuern	0	0	0
	<i>interne Leistungsverrechnung</i>	-6.879.629	-8.089.700	-8.636.400
17.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-411.462	0	0

Erläuterungen:

Im Zentralbereich werden Erträge und Aufwendungen in Höhe von **1.137 T€** eingeplant.

Die Aufwendungen im Zentralbereich werden größtenteils nach Abzug der dort geplanten direkten Erträge durch Interne Leistungsverrechnung (8.636 T€) auf alle Verwaltungs- und Schulgebäude, sowie auf das Allgemeine Grundvermögen, die Informationstechnik und auf den IT-Konzern verteilt.

Ansonsten fallen Erträge vor allem für aktivierte Eigenleistungen in Höhe von 450 T€ und Erlöse von Eigengesellschaften in Höhe von 500 T€ an.

Ein wesentlicher Anteil der Aufwendungen im Zentralbereich entfällt mit 6.726 T€ auf die Personalausgaben und die damit verbundenen sozialen Abgaben und Ausgaben für Altersversorgung und Unterstützung.

Wesentliche Erträge:

- Erlöse von RNK, Eigengesellschaften, Externen und aus der Auflösung von Zuweisungen	629 T€
- Aktivierte Eigenleistungen	450 T€
- Sonstige Erträge	58 T€

Summe Erträge	<u>1.137 T€</u>

Wesentliche Aufwendungen:

- Personalaufwendungen	6.726 T€
- Betriebskosten	1.156 T€
- Kostenerstattungen an den RNK	1.720 T€
- Abschreibungen und Zinsen	171 T€
- Interne Leistungsverrechnungen	<u>-8.636 T€</u>

Summe Aufwendungen	<u>1.137 T€</u>

Erfolgsplan 2026 - Bereich Verwaltungsgebäude

Nr.		Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Umsatzerlöse:			
a)	Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis	7.022.732	9.569.400	9.908.500
b)	Erlöse von Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreis	0	0	0
c)	Erlöse von Externen	700.939	1.295.100	1.374.700
d)	Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen	653.923	1.041.900	1.007.800
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4.	sonstige betriebliche Erträge	225.509	0	0
5.	Materialaufwand:			
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren:			
1.	Energiekosten	840.138	1.599.600	1.666.000
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen:			
1.	Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude	873.004	900.000	800.000
2.	Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen		150.000	150.000
3.	sonstiger Materialaufwand	4.290.795	5.146.700	5.046.800
6.	Personalaufwand:			
a)	Löhne und Gehälter	0	0	0
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	0		
7.	Abschreibungen:			
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.310.823	2.265.800	2.737.400
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in dem Unternehmen, der Einrichtung oder dem Hilfsbetrieb üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0
c)	Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter	1.565	0	0
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	8.522	0	0
9.	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen	770.336	1.549.300	1.553.000
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	1.748	0	0
15.	Ergebnis nach Steuern	506.175	295.000	337.800
16.	sonstige Steuern	0	0	0
	<i>interne Leistungsverrechnung</i>	898.384	1.215.300	1.472.600
17.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-392.209	-920.300	-1.134.800

Erläuterungen:

Im Bereich der Verwaltungsgebäude werden Erträge in Höhe von **12.291 T€** und Aufwendungen in Höhe von **13.426 T€** ausgewiesen.

Die Erträge sind hauptsächlich auf Mieteinnahmen des Rhein-Neckar-Kreises in Höhe von **9.908 T€** zurückzuführen.

Bei den Aufwendungen sind vor allem Ausgaben für die Bewirtschaftung in Höhe von **6.713 T€**, der Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude in Höhe von **800 T€**, **150 T€** an Sondermitteln für kurzfristige bauliche Veränderungen sowie Abschreibungen von **2.737 T€** und Zinsen von **1.553 T€** geplant.

Die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude umfasst sowohl die Bauunterhaltung in Höhe von **550 T€**, als auch spezielle Einzelmaßnahmen von insgesamt **250 T€**, die sich an der baulichen Notwendigkeit einerseits und den finanziellen Möglichkeiten andererseits orientieren.

Wesentliche Erträge:

- Erlöse vom RNK	9.908 T€
- Erlöse von Externen	1.375 T€
- Sonstige Erträge	<u>1.008 T€</u>
Summe Erträge	<u>12.291 T€</u>

Wesentliche Aufwendungen:

- Bewirtschaftung	6.713 T€
- Unterhaltung	800 T€
- Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen	150 T€
- Abschreibung und Zinsen	4.290 T€
- Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen	<u>1.473 T€</u>
Summe Aufwendungen	<u>13.426 T€</u>

Erfolgsplan 2026 - Bereich Schulgebäude

Nr.		Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Umsatzerlöse:			
a)	Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis	18.760.026	19.788.500	20.111.900
b)	Erlöse von Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreis	0	0	0
c)	Erlöse von Externen	222.398	358.800	306.200
d)	Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen	2.690.142	2.912.600	2.722.100
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4.	sonstige betriebliche Erträge	836.871	0	0
5.	Materialaufwand:			
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren:			
1.	Energiekosten	2.374.990	3.344.600	2.967.500
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen:			
1.	Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude	2.898.767	4.450.000	4.310.000
2.	Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen		600.000	300.000
3.	sonstiger Materialaufwand	5.433.161	5.801.900	6.352.800
6.	Personalaufwand:			
a)	Löhne und Gehälter	32.000	35.000	0
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	0 0		
7.	Abschreibungen:			
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	4.725.978	5.169.100	5.143.300
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in dem Unternehmen, der Einrichtung oder dem Hilfsbetrieb üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0
c)	Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter	6.616	0	0
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	119.821	0	0
9.	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen	778.880 0	833.400 0	969.200 0
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	46.362	13.800	7.200
15.	Ergebnis nach Steuern	6.092.861	2.812.100	3.090.200
16.	sonstige Steuern	493	500	5.200
	<i>interne Leistungsverrechnung</i>	3.737.313,41	4.684.300	4.867.900
17.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	2.355.054	-1.872.700	-1.782.900

Erläuterungen:

Im Bereich der Schulgebäude werden Erträge in Höhe von **23.140 T€** und Aufwendungen in Höhe von **24.923 T€** ausgewiesen.

Die Erträge sind hauptsächlich auf Mieteinnahmen des Rhein-Neckar-Kreises in Höhe von **20.112 T€** zurückzuführen.

Bei den Aufwendungen sind vor allem Ausgaben für die Bewirtschaftung in Höhe von **9.320 T€**, für die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude in Höhe von **4.310 T€**, **300 T€** an Sondermitteln für kurzfristige bauliche Veränderungen sowie Abschreibungen von **5.143 T€** und Zinsen von **969 T€** geplant.

Die **Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude** teilt sich in Kosten der allgemeinen Bauunterhaltung und in Kosten für die Umsetzung von Einzelmaßnahmen auf. Im Rahmen der allgemeinen Bauunterhaltung werden Reparaturen mit einem Kostenvolumen von ca. 1.310 T€ vorgenommen. Sanierungen, Umbau- und Modernisierungsmaßnahmen werden als Einzelmaßnahmen in einer Gesamthöhe von rund 3.300 T€ geplant, so sind unter anderem die Erneuerung der Elektroverteilung am ZbS Eberbach, die sukzessive Erneuerung der Brandmeldeanlage am ZbS Weinheim, Umbauarbeiten am Gebäude F1 am ZbS Sinsheim und die sukzessive Erneuerung der Sicherheitsbeleuchtung am ZbS Wiesloch vorgesehen. Dabei werden aufgrund der allgemeinen Haushaltlage wie bereits im Jahr 2025 alle Maßnahmen nach sicherheits- und betriebsrelevanten Aspekten priorisiert.

Wesentliche Erträge:

- Erlöse vom RNK	20.112 T€
- Erlöse von Externen	306 T€
- Sonstige Erträge	<u>2.722 T€</u>
Summe Erträge	<u>23.140 T€</u>

Wesentliche Aufwendungen:

- Bewirtschaftung	9.320 T€
- Unterhaltung	4.310 T€
- Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen	300 T€
- Abschreibung und Zinsen	6.113 T€
- Sonstige Aufwendungen	12 T€
- Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen	<u>4.868 T€</u>
Summe Aufwendungen	<u>24.923 T€</u>

Erfolgsplan 2026 - Bereich Allgemeine Grundvermögen

Nr.		Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Umsatzerlöse:			
a)	Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis	635.569	1.255.200	1.677.200
b)	Erlöse von Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreis	0	0	0
c)	Erlöse von Externen	3.594.836	3.477.500	3.582.500
d)	Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen	651.402	451.100	462.700
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4.	sonstige betriebliche Erträge	1.881.561	0	0
5.	Materialaufwand:			
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren:			
1.	Energiekosten	437.079	677.700	651.300
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen:			
1.	Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude	551.224	1.275.000	1.486.900
2.	Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen		200.000	0
3.	sonstiger Materialaufwand	921.025	696.600	897.200
6.	Personalaufwand:			
a)	Löhne und Gehälter	0	0	0
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	0		
7.	Abschreibungen:			
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	1.621.880	1.501.400	1.512.500
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in dem Unternehmen, der Einrichtung oder dem Hilfsbetrieb üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0
c)	Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter	348	0	0
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	3.237.861	4.300	6.000
9.	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen	0	0	0
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen	474.832	381.800	539.200
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	38.380	8.000	20.800
15.	Ergebnis nach Steuern	-519.260	439.000	608.500
16.	sonstige Steuern	9.941	11.700	22.800
	<i>interne Leistungsverrechnung</i>	495.561	651.000	789.300
17.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-1.024.761	-223.700	-203.600

Erläuterungen:

Im Bereich des Allgemeinen Grundvermögens werden Erträge in Höhe von **5.722 T€** und Aufwendungen in Höhe von **5.926 T€** ausgewiesen.

Das Allgemeine Grundvermögen umfasst folgende Liegenschaften:

- Wohn- und Geschäftsgebäude
- Sonstiges Grundvermögen
- Gemeinschaftsunterkünfte
- Gebäude Stift Sunnisheim
- Personalwohnhäuser Gesundheitseinrichtungen
- Ärztehaus Weinheim
- Deponie Sinsheim
- Straßenmeistereien Eberbach, Neckarbischofsheim, Bammental, Wiesloch, Weinheim
- Verwahrstellen Wiesloch, Bammental, Eberbach, Ketsch, Sinsheim, Hirschberg

Die oben genannten Erträge ergeben sich überwiegend aus der Vermietung und Verpachtung der im Bereich des Allgemeinen Grundvermögens enthaltenen Immobilien. Hiervon entfallen insgesamt **1.677 T€** auf Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis und **3.583 T€** auf Mieten und Pachten von Externen.

Bei den Aufwendungen sind vor allem Ausgaben für die Bewirtschaftung in Höhe von **1.555 T€**, die Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude in Höhe von **1.487 T€** sowie Abschreibungen von **1.512 T€** und Zinsen von **539 T€** geplant.

Wesentliche Erträge:

- Erlöse vom RNK	1.677 T€
- Erlöse von Externen	3.583 T€
- Sonstige Erträge	<u>462 T€</u>
Summe Erträge	<u>5.722 T€</u>

Wesentliche Aufwendungen:

- Bewirtschaftung	1.555 T€
- Unterhaltung	1.487 T€
- Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen	0 T€
- Abschreibung und Zinsen	2.052 T€
- Sonstige Aufwendungen	43 T€
- Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen	<u>789 T€</u>
Summe Aufwendungen	<u>5.926 T€</u>

Erfolgsplan 2026 - Bereich Informationstechnik

Nr.		Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Umsatzerlöse:			
a)	Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis	13.235.635	14.956.800	16.188.900
b)	Erlöse von Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreis	0	383.600	180.100
c)	Erlöse von Externen	52.277	35.000	49.400
d)	Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen	1.759.572	1.604.900	1.424.400
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4.	sonstige betriebliche Erträge	403.516	292.500	2.893.100
5.	Materialaufwand:			
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren:			
1.	Energiekosten	0	0	0
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen:			
1.	Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude	0	0	0
2.	Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen	0	0	20.000
3.	sonstiger Materialaufwand	8.018.408	8.024.400	9.160.400
6.	Personalaufwand:			
a)	Löhne und Gehälter	3.600.584	3.996.400	4.430.000
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	1.104.213 417.341		
7.	Abschreibungen:			
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	2.168.440	1.971.000	2.191.900
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in dem Unternehmen, der Einrichtung oder dem Hilfsbetrieb üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0
c)	Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter	1.078.247	1.867.500	3.924.700
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	437.367	433.400	180.900
9.	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen	0 0	0 0	0 0
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	0	0	0
15.	Ergebnis nach Steuern	-956.259	980.100	828.000
16.	sonstige Steuern	0	0	0
	<i>interne Leistungsverrechnung</i>	1.154.117	980.100	828.000
17.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-2.110.376	0	0

Erläuterungen:

Zur Abbildung der IT-Kosten von Verwaltung und Schulen werden diese in einem gesonderten Bereich des Eigenbetriebes dargestellt.

Die Steuerungs- und Serviceleistungen der IT sind weiterentwickelt und ergänzt worden.

Die Serviceleistungen umfassen die Erhaltung, Wartung und Instandhaltung von Hard- und Software, die Auswahl, Beschaffung und Installation von Fachverfahren, den Betrieb, die Beschaffung und die Unterhaltung von Rechensystemen, Netzen und Telekommunikationstechnik wie Telefonen und mobilen Endgeräten. Weiterhin werden Kosten im Zusammenhang mit dem Internet, Intranet, Softwareentwicklung und -pflege, IT-Ausbildung, IT-Fortbildung und Schulungen sowie Digitalisierung abgebildet. Zur Erarbeitung und Weiterentwicklung von Rahmenregelungen und Standards werden Konzepte erstellt und Strategien entwickelt, die zur Steigerung von elektronischen Geschäftsprozessen führen.

Im Wirtschaftsjahr **2026** sind im **Bereich der Informationstechnik** Erträge und Aufwendungen in Höhe von **20.736 T€** eingeplant.

Die Erstattungen des Rhein-Neckar-Kreises belaufen sich auf **16.189 T€** und die Auflösungen von Zuweisungen auf **1.424 T€**.

Die Aufwendungen für den Materialaufwand betragen **9.180 T€**. Darin enthalten sind Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen 20 T€, EDV-Kosten in Höhe von 7.111 T€, EDV-Leitungskosten in Höhe von 462 T€, Mieten und Wartungen des beweglichen Vermögens von 845 T€, Fernmelde- und Mobilfunkgebühren von 231 T€, sonstiger Materialaufwand von 460 T€ und Papier für Schulen und sonstige Bewirtschaftung der Grundstücke von 51 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen **181 T€**, davon Rechts- und Beratungskosten 50 T€, Geschäftsaufwendungen 10 T€, Kosten für Aus- und Fortbildung 36 T€ und sonstige Kosten, wie Versicherungen, Bewirtungsaufwendungen, Fahrzeugkosten, Mitgliedsbeiträge, Bücher/Zeitschriften in Höhe von 85 T€.

Die Personalaufwendungen betragen **4.430 T€**. Der Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter (< 800 € netto) beträgt **3.925 T€**, die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen **2.192 T€**. Die Gemeinkosten betragen **828 T€**.

Wesentliche Erträge:

- Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis	16.189 T€
- Erlöse von Eigengesellschaften	180 T€
- Erlöse von Externen	49 T€
- Sonstige Erträge	<u>4.318 T€</u>
Summe Erträge	<u>20.736 T€</u>

Wesentliche Aufwendungen:

- Materialaufwendungen	9.180 T€
- sonstige betrieblichen Aufwendungen	181 T€
- Personalaufwendungen	4.430 T€
- Erwerb geringwertige Wirtschaftsgüter (< 800 € netto)	3.925 T€
- Abschreibungen	2.192 T€
- Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen	<u>828 T€</u>
Summe Aufwendungen	<u>20.736 T€</u>

Erfolgsplan 2026 - Bereich Informationstechnik für den Konzern RNK

Nr.		Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
1.	Umsatzerlöse:			
a)	Erlöse vom Rhein-Neckar-Kreis	5.000.586	8.057.300	8.653.100
b)	Erlöse von Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreis	2.685.549	3.685.300	5.115.800
c)	Erlöse von Externen	0	0	0
d)	Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen	186.104	1.100	1.100
2.	Erhöhung oder Verminderung des Bestands an fertigen und unfertigen Erzeugnissen	0	0	0
3.	andere aktivierte Eigenleistungen	0	0	0
4.	sonstige betriebliche Erträge	3.808	0	0
5.	Materialaufwand:			
a)	Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren:			
1.	Energiekosten	0	0	0
b)	Aufwendungen für bezogene Leistungen:			
1.	Unterhaltung der Grundstücke und Gebäude	0	0	0
2.	Sondermittel für kurzfristige bauliche Veränderungen	0	0	0
3.	sonstiger Materialaufwand	2.997.986	4.038.200	5.092.700
6.	Personalaufwand:			
a)	Löhne und Gehälter	2.675.531	5.712.700	6.558.900
b)	soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung, davon für Altersversorgung	771.617 245.242		
7.	Abschreibungen:			
a)	auf immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens und Sachanlagen	880.998	756.000	636.900
b)	auf Vermögensgegenstände des Umlaufvermögens, soweit diese die in dem Unternehmen, der Einrichtung oder dem Hilfsbetrieb üblichen Abschreibungen überschreiten	0	0	0
c)	Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter	80.371	30.000	299.700
8.	sonstige betriebliche Aufwendungen	647.329	605.100	492.600
9.	Erträge aus Beteiligungen, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
10.	Erträge aus anderen Wertpapieren und Ausleihungen des Finanzanlagevermögens, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
11.	sonstige Zinsen und ähnliche Erträge, davon aus verbundenen Unternehmen	0 0	0 0	0 0
12.	Abschreibungen auf Finanzanlagen und auf Wertpapiere des Umlaufvermögens	0	0	0
13.	Zinsen und ähnliche Aufwendungen, davon an verbundene Unternehmen	102.146 0	126.000 0	97.900 0
14.	Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	-1.760	0	0
15.	Ergebnis nach Steuern	-278.172	475.700	591.300
16.	sonstige Steuern	0	0	0
	<i>interne Leistungsverrechnung</i>	594.254	559.000	678.600
17.	Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag	-872.425	-83.300	-87.300

Erläuterungen:

Mit dem Aufbau einer Konzern-IT Struktur innerhalb des Rhein-Neckar-Kreises ist die verstärkte Kooperation zwischen dem Kreis und seinen Tochtergesellschaften, den GRN Gesundheitszentren, den AVR-Unternehmen, des Stifts Sunnisheim und dem Eigenbetrieb beabsichtigt.

Wesentliche Maßnahmen sind der Aufbau eines gemeinsamen Rechenzentrums und die Etablierung gemeinsamer Beschaffungen.

Das Budget des Jahres **2026** im Bereich der **Informationstechnik** für den **Konzern Rhein-Neckar-Kreis** weist Erträge in Höhe von **13.770 T€** und Aufwendungen in Höhe von **13.857 T€** aus.

Die Erlöse des Rhein-Neckar-Kreises belaufen sich auf **8.653 T€** und die Erlöse der Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreises auf **5.116 T€**.

Die Aufwendungen für den Materialaufwand betragen **5.093 T€**, davon EDV-Kosten in Höhe von 4.439 T€, EDV-Leitungskosten von 283 T€, Wartungen des beweglichen Vermögens 163 T€, Mieten (beweglich) IT 160 T€, sonstiger Materialaufwand und Mobilfunkgebühren 48 T€.

Die sonstigen betrieblichen Aufwendungen betragen **492 T€**, davon Aus- und Fortbildungskosten 209 T€, Rechts- und Beratungskosten 133 T€, Erstattung an GRN 150 T€.

Die Personalaufwendungen betragen **6.559 T€**. Die Abschreibungen auf immaterielle Vermögensgegenstände und Sachanlagen betragen **637 T€**, der Erwerb geringwertiger Wirtschaftsgüter **300 T€**. Die Zinsen betragen **98 T€** und die Gemeinkosten **678 T€**.

Der Bereich Informationstechnik für den Konzern Rhein-Neckar-Kreis erzielt im Wirtschaftsjahr 2026 einen **Verlust** in Höhe von **87.300 €**. Dies entspricht laut Betriebsführungsvertrag vom 01.07.2023 dem durch den Eigenbetrieb zu tragenden Anteil.

Wesentliche Erträge:

- Erstattungen vom Rhein-Neckar-Kreis	8.653 T€
- Erlöse von Eigengesellschaften des Rhein-Neckar-Kreises netto:	
- GRN gGmbH	4.085 T€
- AVR Gesellschaften	772 T€
- Stift Sunnisheim	90 T€
- Erstattungen von Zweckverbänden	169 T€
- Erträge aus der Auflösung von Zuweisungen	1 T€

Summe Erträge **13.770 T€**

Wesentliche Aufwendungen:

- Materialaufwendungen	5.093 T€
- sonstige betrieblichen Aufwendungen	492 T€
- Personalaufwendungen	6.559 T€
- Erwerb geringwertige Wirtschaftsgüter (< 800 € netto)	300 T€
- Abschreibungen und Zinsen	735 T€
- Innerbetriebliche Leistungsverrechnungen	678 T€

Summe Aufwendungen **13.857 T€**

Anlage 2 nach § 2 Absatz 2 Satz 1 und § 4 i.V.m. § 14 EigBG

Liquiditätsplan einschließlich Finanzplanung

Nr.		Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR
4	- Einzahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	-56.182.111	-64.474.500	-71.163.600		-76.584.800	-76.365.700	-77.225.600
8	+ Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit	51.732.340	58.930.300	64.462.400		66.063.900	65.746.500	66.509.300
9	= Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Geschäftstätigkeit	-4.449.771	-5.544.200	-6.701.200		-10.520.900	-10.619.200	-10.716.300
10	- Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des immateriellen Anlagevermögens	0	0	0		0	0	0
11	- Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Sachanlagevermögens	-6.525.720	0	0		0	-3.400.000	0
12	- Einzahlungen aus Abgängen von Gegenständen des Finanzanlagevermögens	0	0	0		0	0	0
13	- Einzahlungen aus der Rückzahlung geleisteter Investitionszuschüsse durch Dritte	0	0	0		0	0	0
14	- Erhaltene Zinsen	0	0	0		0	0	0
15	- Erhaltene Dividenden	0	0	0		0	0	0
16	= Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-6.525.720	0	0	0	0	-3.400.000	0
17	+ Auszahlungen für Investitionen in das immaterielle Anlagevermögen	655.872	672.500	283.000	0	0	0	0
18	+ Auszahlungen für Investitionen in das Sachanlagevermögen	24.858.203	18.101.500	30.987.300	33.362.000	24.517.600	43.952.200	45.191.100
19	+ Auszahlungen für Investitionen in das Finanzanlagevermögen	0						
20	+ Auszahlungen für geleistete Investitionszuschüsse an Dritte	0						
21	= Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	25.514.075	18.774.000	31.270.300	33.362.000	24.517.600	43.952.200	45.191.100
22	= Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	18.988.355	18.774.000	31.270.300	33.362.000	24.517.600	40.552.200	45.191.100
23	= Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	14.538.584	13.229.800	24.569.100	33.362.000	13.996.700	29.933.000	34.474.800
24	- Einzahlungen aus Eigenkapitalzuführungen	0	0					
25	- Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen beim Landkreis und anderen Eigenbetrieben ¹	0						
26	- Einzahlungen aus der Aufnahme von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen bei Dritten ¹	-8.572.100	-16.886.800	-27.202.900	0	-3.002.000	-9.948.300	-11.080.100
27	- Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen	0						
28	- Einzahlungen aus Investitionszuweisungen des Landkreises	-7.685.242	0	0	0	-16.475.600	-20.585.200	-24.205.000
29	- Einzahlungen aus Investitionszuweisungen Dritter	-2.551.741	-653.000	-1.317.800	0	-3.790.000	-8.768.700	-8.656.000
30	= Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	-18.809.083	-17.539.800	-28.520.700	0	-23.267.600	-39.302.200	-43.941.100
31	+ Auszahlungen aus Eigenkapitalherabsetzungen ²	0						
32	+ Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen gegenüber dem Landkreis und anderen Eigenbetrieben ³	0						
33	+ Auszahlungen aus der Tilgung von Investitionskrediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen gegenüber Dritten ³	6.076.835	7.174.900	10.359.400		7.276.800	7.277.400	7.327.700
34	+ Auszahlungen aus der Rückzahlung von Investitionsbeiträgen	0						
35	+ Auszahlungen aus der Rückzahlung von Investitionszuweisungen des Landkreises	0						
36	+ Auszahlungen aus der Rückzahlung von Investitionszuweisungen Dritter	0						
37	+ Gezahlte Zinsen	2.126.194	2.976.700	3.294.100		3.712.500	3.707.500	3.831.900
38	= Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	8.203.029	10.151.600	13.653.500	0	10.989.300	10.984.900	11.159.600
39	= Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	-10.606.054	-7.388.200	-14.867.200	0	-12.278.300	-28.317.300	-32.781.500
40	= Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Wirtschaftsjahres	3.932.530	5.841.600	9.701.900	33.362.000	1.718.400	1.615.700	1.693.300
41	nachrichtlich: Voraussichtlicher Bestand an liquiden Eigenmitteln zum Jahresbeginn ⁴		14.173.000	18.067.000		8.365.100	6.646.700	5.031.000
42	voraussichtlicher Bestand an inneren Darlehen zum Jahresbeginn							
43	+ Auszahlung von Kassenkrediten an Eigengesellschaften							

¹⁾ Nur Investitionskredite, keine Einzahlungen aus der Aufnahme von Kassenkrediten

²⁾ Einschließlich der Auszahlungen für Überschussabführungen an den Landkreis (auch Vorauszahlungen)

³⁾ Nur Investitionskredite, keine Auszahlungen aus der Tilgung von Kassenkrediten

⁴⁾ Die Ermittlung des voraussichtlichen Bestands an liquiden Eigenmitteln zum Jahresbeginn entspricht der Vorgaben aus Anlage 3

1. Liquiditätsplan einschließlich Finanzplanung

Anlage 3 nach §2 Absatz 2 Satz 2 EigBVO-HGB

Voraussichtliche Entwicklung der Liquidität

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Liquiditätsplan		Finanzplanung		
		Wirtschaftsjahr 2025 EUR	Wirtschaftsjahr 2026 EUR	Wirtschaftsjahr 2027 EUR	Wirtschaftsjahr 2028 EUR	Wirtschaftsjahr 2029 EUR
		1	2	3	4	5
1	Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn	9.015.500				
2a	+ Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresbeginn	0				
2b	+ Investmentzertifikate, Kapitalmarktpapiere, Geldmarktpapiere und sonstige Wertpapiere	0				
2c	+ Forderungen aus Liquiditätsbeziehungen zum Kernhaushalt, zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, selbstständigen Kommunalanstalten und anderen Eigenbetrieben der Gemeinde	5.525.000				
3a	- Bestand an Kassenkrediten zum Jahresbeginn	0				
3b	- Verbindlichkeiten aus Liquiditätsbeziehungen zum Kernhaushalt, zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen, selbstständigen Kommunalanstalten und anderen Eigenbetrieben der Gemeinde	-367.500				
4	= liquide Eigenmittel zum Jahresbeginn	14.173.000				
5	- mittelübertragungsbedingter Liquiditätsbedarf (§ 2 Absatz 4 EigBVO-HGB)	3.894.000				
6	+/- veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands (§ 2 i. V. m. Anlage 2 Nummer 40 EigBVO-HGB)		-9.701.900	-1.718.400	-1.615.700	-1.693.300
7	= voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende	18.067.000	8.365.100	6.646.700	5.031.000	3.337.700
8	- davon für bestimmte Zwecke gebunden	0	0	0	0	0
9	= vorauss. liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel	18.067.000	8.365.100	6.646.700	5.031.000	3.337.700

Der **Liquiditätsplan** enthält alle voraussichtlich eingehenden ergebnis- und vermögenswirksamen Einzahlungen und zu leistenden ergebnis- und vermögenswirksamen Auszahlungen aus laufender Geschäftstätigkeit, aus Investitionstätigkeit und aus Finanzierungstätigkeit sowie die jeweiligen Salden des Wirtschaftsjahres. Die Mittel für die einzelnen Vorhaben sind übertragbar. Soweit nichts anderes bestimmt, sind die Ansätze für verschiedene Vorhaben gegenseitig deckungsfähig.

Die Finanzplanung enthält die geplanten Investitionsausgaben und Finanzierungsmittel bis zum Jahr 2029. Sie wird jährlich im Rahmen der Wirtschaftspläne aktualisiert und fortgeschrieben. Der Finanzierungsbedarf und die Verpflichtungsermächtigungen für Investitionen sind nach Vorhaben getrennt veranschlagt und erläutert.

Der Finanzierungsgehlbestand im Jahr 2026 in Höhe von 9,7 Mio. € erfolgt über den Einsatz vorhandener Liquidität aus den Vorjahren.

2. Finanzierungsmittel und Finanzierungsbedarf

Die Finanzierungsmittel und der Finanzierungsbedarf betragen jeweils 50.471.300 €.

2.1 Finanzierungsmittel

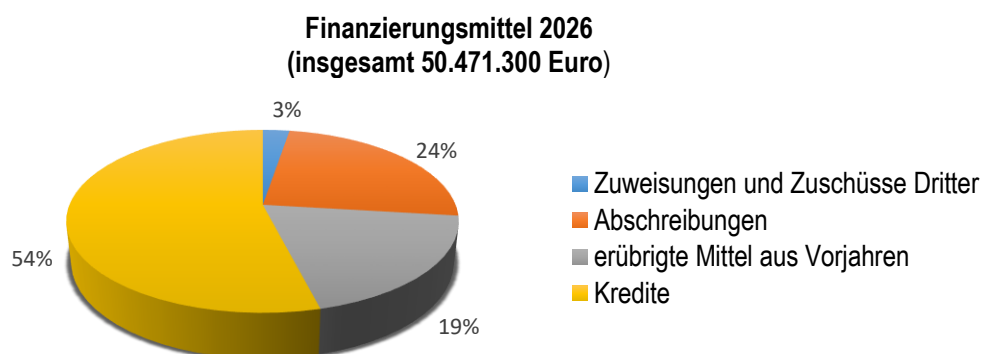
An Eigenmittel stehen dem Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik zur Verfügung:

1. Zuweisungen und Zuschüsse Dritter	1.317.800 €
2. Abschreibungen	12.248.700 €
3. Erübrigte Mittel aus Vorjahren	9.701.900 €

23.268.400 €

Dies entspricht 46,1 % des Finanzierungsbedarfs.

Die vorgesehene Kreditaufnahme in Höhe von 27.202.900 € entspricht einem Finanzierungsanteil von 53,9 %.

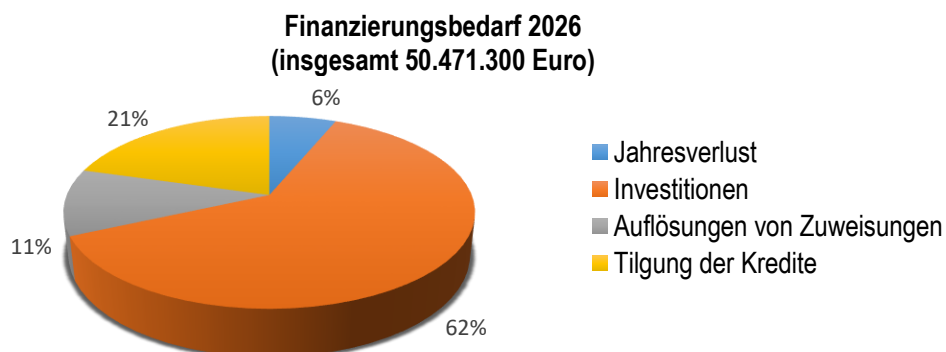


2.2 Finanzierungsbedarf

Der Finanzierungsbedarf setzt sich zusammen aus:

1. Jahresverlust	3.208.600 €
2. Investitionen	31.270.300 €
3. Auflösungen von Zuweisungen	5.633.000 €
4. Tilgung der Kredite	10.359.400 €

50.471.300 €



3. Investitionsmaßnahmen

Die detaillierte Aufstellung der Investitionen ist der Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen (Anlage 5) zu entnehmen. Die angegebenen Planansätze beruhen zum Teil auf Schätzungen, da Entwurfsplanungen mit genauen Kostenermittlungen zum jetzigen Zeitpunkt nicht für alle Maßnahmen vorliegen.

Es sind Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsjahr 2026 in Höhe von 33.362 T€ vorgesehen. Wesentliche Verpflichtungsermächtigungen sind für die energetische Sanierung beim Zentrum beruflicher Schulen Sinsheim das Gebäude A in Höhe von 27.425 T€, die energetische Sanierung beim Zentrum beruflicher Schulen Schwetzingen mit 1.326 T€, für die energetische Sanierung am Zentrum beruflicher Schulen in Weinheim mit 1.383 T€, sowie für die energetische Sanierung am Zentrum beruflicher Schulen Wiesloch in Höhe von 1.185 T€.

Übersicht über die aus Verpflichtungsermächtigungen voraussichtlich fällig werdenden Auszahlungen

Verpflichtungsermächtigungen im Wirtschaftsplan		davon voraussichtlich fällige Auszahlungen			
		2026	2027	2028	2029
Jahr	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR	TEUR
	1	2	3	4	5
2023	9.370	0	0	0	0
2024	7.968	6.500	1.468	0	0
2025	27.213	18.207	8.538	468	0
2026	33.362	0	16.849	10.014	6.499
Summe:	77.913	24.707	26.855	10.482	6.499
Nachrichtlich im Finanzplan vorgesehene Kreditaufnahmen:		27.203	3.002	9.948	11.080

Das Volumen des Investitionsprogramms liegt 2026 bei 31.270 T€.

Wesentliche Investitionen:

- Verwaltungsgebäude Heidelberg Römerstraße, Neubau Gebäude D	7,2 Mio. €
- Verwaltungsgebäude Heidelberg Römerstraße, Gebäude C, Außensanierung	3,0 Mio. €
- Verwaltungsgebäude Wiesloch, energetische Sanierung	0,3 Mio. €
- Verwaltungsgebäude allgemein, PV-Anlagen	0,3 Mio. €
- Zentrum beruflicher Schulen Schwetzingen, energetische Sanierung	0,3 Mio. €
- Zentrum beruflicher Schulen Sinsheim, energetische Sanierung Geb. A	7,9 Mio. €
- Zentrum beruflicher Schulen Weinheim, energetische Sanierung	0,9 Mio. €
- Zentrum beruflicher Schulen Weinheim, Wärmeerzeugung	0,9 Mio. €
- Zentrum beruflicher Schulen Wiesloch, energetische Sanierung	0,8 Mio. €
- SBBZ Ladenburg, Erweiterung der Wärmeerzeugung	0,7 Mio. €
- SBBZ Sinsheim, Restzahlungen des Neubaus	1,3 Mio. €
- Schulen allgemein, PV-Anlagen	1,0 Mio. €
- Stift Sunnisheim, Neubau	1,3 Mio. €
- Ausstattung von Büroarbeitsplätzen im Bereich IT	1,7 Mio. €
- Ausstattung der Ämter des Kernhaushaltes im Bereich IT	0,3 Mio. €
- Ausstattung der Schulen im Bereich IT	0,9 Mio. €
- Ausstattung des Konzerns im Bereich IT	0,8 Mio. €

Weitere Erläuterungen sind im Anschluss an das Investitionsprogramm zu finden.

Einzelarstellung der Investitionsmaßnahmen

Anlage 5 nach §2 Absatz 3 Satz 2 und § 4 EigBVO-HGB

Zusammenfassung aller Bereiche	Gesamtangaben zur Maßnahme	Bisher finanziert	Mittel-übertragungen	Ergebnis	Planung	Planung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung	Planung	Planung	Finanzbedarf weitere Jahre
	-nachrichtlich- EUR	EUR	2024 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR	2026 EUR	2027 EUR	2028 EUR	2029 EUR	-nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9	10	11
Zusammenfassung											
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz Plus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Land	-2.654.900	-2.780.560	-926.300	-227.341	-370.000	-1.000.000	0	-3.500.000	-8.568.700	-8.456.000	-45.834.300
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Bund	0	0	0	-50.000	-100.000	-117.800	0	-90.000	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz	0	-1.854.074	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-17.974.283	-13.477.200	-6.893.439	0	0	0	-16.475.600	-20.585.200	-24.205.000	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Kommunen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Dritten	0	0	0	0	-130.000	-200.000	0	-200.000	-200.000	-200.000	0
Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	-751.680	0	0	0	0	0	0	-3.400.000	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	-2.654.900	-23.360.597	-14.403.500	-7.170.780	-600.000	-1.317.800	0	-20.265.600	-32.753.900	-32.861.000	-45.834.300
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	8.096.497	0	22.809	500.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0
Auszahlungen für Baumaßnahmen	98.573.000	20.890.915	18.738.300	18.097.782	12.450.800	27.311.200	33.312.000	21.967.600	41.407.200	42.646.100	180.919.700
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	11.023.231	3.011.700	2.694.770	1.371.700	3.626.100	0	2.500.000	2.495.000	2.495.000	0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	1.709.003	0	655.872	672.500	283.000	0	0	0	0	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	98.573.000	41.719.646	21.750.000	21.471.233	14.995.000	31.270.300	33.362.000	24.517.600	43.952.200	45.191.100	180.919.700
Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	95.918.100	18.359.049	7.346.500	14.300.453	14.395.000	29.952.500	33.362.000	4.252.000	11.198.300	12.330.100	135.085.400
Aktiviere Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	98.573.000	41.719.646	21.750.000	21.471.233	14.995.000	31.270.300	33.362.000	24.517.600	43.952.200	45.191.100	180.919.700
Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen											

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

Einzelarstellung der Investitionsmaßnahmen

Zentralbereich	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen 2024 EUR	Ergebnis 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9	10	11
Zentralbereich											
Erwerb von bewegl. Sachen des AV											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-204.222	-30.000	0	0	0	0	-10.000	-10.000	0	0
- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. SV	0	388.666	0	0	10.000	10.000	0	10.000	10.000	10.000	0
Erwerb von Büromöbeln											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-297.746	0	0	0	0	0	-20.000	-20.000	0	0
- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. SV	0	318.165	0	5.912	12.000	30.000	0	20.000	20.000	20.000	0
Erwerb von PCs und Monitoren und ähnliches											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-15.477	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. SV	0	20.345	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Erwerb von Fahrzeugen											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-1.260	-100.000	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. SV	0	177.272	71.100	28.930	55.000	75.000	0	0	0	0	0
Geräte und Maschinen zur Pflege der Liegenschaften											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-21.965	0	0	0	0	0	-20.000	0	0	0
- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. SV	0	193.152	24.500	125.522	60.000	75.000	0	20.000	15.000	15.000	0
Biodiversität											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-377.394	-183.800	-111.131	0	0	0	-140.000	-140.000	-140.000	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	377.394	183.400	111.565	20.000	140.000	0	140.000	140.000	140.000	0
<i>Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit</i>	0	-918.063	-313.800	-111.131	0	0	0	-190.000	-170.000	-140.000	0
<i>Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit</i>	0	1.474.995	279.000	271.928	157.000	330.000	0	190.000	185.000	185.000	0
Zusammenfassung:											
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz Plus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Bund	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-918.063	-313.800	-111.131	0	0	0	-190.000	-170.000	-140.000	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Kommunen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Dritten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	0	-918.063	-313.800	-111.131	0	0	0	-190.000	-170.000	-140.000	0
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	377.394	183.400	111.565	20.000	140.000	0	140.000	140.000	140.000	0
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	1.097.601	95.600	160.364	137.000	190.000	0	50.000	45.000	45.000	0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	1.474.995	279.000	271.928	157.000	330.000	0	190.000	185.000	185.000	0
Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	0	556.932	-34.800	160.798	157.000	330.000	0	0	15.000	45.000	0
Aktiviere Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	0	1.474.995	279.000	271.928	157.000	330.000	0	190.000	185.000	185.000	0
Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen											

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Verwaltungsgebäude	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR 1 ¹⁾	Bisher finanziert EUR 2 ²⁾	Mittel- übertragungen 2024 EUR 3 ³⁾	Ergebnis 2024 EUR 4	Planung 2025 EUR 5 ³⁾	Planung 2026 EUR 6	Verpflichtungs- ermächtigungen 2026 EUR 7	Planung 2027 EUR 8 ⁴⁾	Planung 2028 EUR 9	Planung 2029 EUR 10	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR 11
Verwaltungsgebäude											
Heidelberg Kurfürsten-Anlage, IT-Sicherheit , Verkabelung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-706.424	-200.000	0	0	0	0	-100.000	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	733.454	300.000	0	100.000	100.000	0	100.000	100.000	100.000	0
Heidelberg Besucherleitsystem, Kundenservice, Erschließung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	525.000	232.000	0	0	0	0	0
Heidelberg Kurfürsten-Anlage 38, energetische Sanierung Geb. B											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8.939.000
Heidelberg Kurfürsten-Anlage 40, energetische Sanierung Geb. A											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	0	0	0	0	0	0	-511.000	-1.212.300	-3.400.200	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	178.300	178.300	511.000	511.000	1.212.300	4.991.700	4.991.700
Heidelberg Römerstr., Generalsanierung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Bund	0	0	0	-50.000	-100.000	-117.800	0	0	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-54.393	-5.565.000	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	17.895.000	2.034.233	6.355.200	8.644.406	0	3.000.000	0	0	0	0	0
Heidelberg Römerstr., Neubau des Verbindungsbau											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	21.770.000	861.158	5.099.600	1.759.803	6.859.400	7.190.000	0	0	0	0	0
Heidelberg Römerstr., energetische Sanierung Geb. C											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	8.969.000
Ladenburg ILS gGmbH, energetische Sanierung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	0	0	0	0	0	0	-95.900	-274.900	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	95.900	274.900	652.100	5.612.900
Ladenburg ILS gGmbH, Wärmepumpe											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	57.600	302.400	0	0	0	0	0

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Verwaltungsgebäude	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen 2024 EUR	Ergebnis 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9	10	11
Verwaltungsgebäude											
Sinsheim Muthstraße, energetische Sanierung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	11.014.000
Wiesloch Adelsförsterpfad, energetische Sanierung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	0	0	0	0	0	0	-681.600	-513.000	-2.806.500	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	100.200	287.300	681.600	681.600	2.806.500	2.806.500	0
PV-Anlagen allgemein											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	400.000	0	285.000	285.000	0	285.000	285.000	285.000	1.710.000
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	-760.817	-5.765.000	-50.000	-100.000	-117.800	0	-1.388.500	-2.000.200	-6.206.700	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	39.665.000	3.628.846	12.154.800	10.404.208	8.105.500	11.575.000	1.192.600	1.673.500	4.678.700	8.835.300	41.236.600
Zusammenfassung:											
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz Plus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Bund	0	0	0	-50.000	-100.000	-117.800	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-760.817	-5.765.000	0	0	0	0	-1.388.500	-2.000.200	-6.206.700	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Kommunen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Dritten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	0	-760.817	-5.765.000	-50.000	-100.000	-117.800	0	-1.388.500	-2.000.200	-6.206.700	0
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Baumaßnahmen	39.665.000	3.628.846	12.154.800	10.404.208	8.105.500	11.575.000	1.192.600	1.673.500	4.678.700	8.835.300	41.236.600
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Vermögensgegenständen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	39.665.000	3.628.846	12.154.800	10.404.208	8.105.500	11.575.000	1.192.600	1.673.500	4.678.700	8.835.300	41.236.600
Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	39.665.000	2.868.029	6.389.800	10.354.208	8.005.500	11.457.200	1.192.600	285.000	2.678.500	2.628.600	41.236.600
Aktiverte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	39.665.000	3.628.846	12.154.800	10.404.208	8.105.500	11.575.000	1.192.600	1.673.500	4.678.700	8.835.300	41.236.600
Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen											

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Schulen	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen 2024 EUR	Ergebnis 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9	10	11
Gebäude Zentrum beruflicher Schulen und Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren											
ZbS Eberbach, energetische Sanierung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	-923.000	-764.200	-3.370.800
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	-506.100	-1.086.200	-1.528.300	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	253.800	0	506.100	506.100	2.009.200	2.292.500	10.112.400
ZbS Schwetzingen, energetische Sanierung, Flächenbedarf											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	-2.383.900	-1.842.100	-5.849.700
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	-1.325.600	-3.142.400	-3.684.200	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	300.000	0	453.800	300.000	1.325.600	1.325.600	5.526.300	5.526.300	17.549.000
ZbS Sinsheim, energetische Sanierung ohne Geb. A											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.215.900	-7.819.600
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	-294.700	-699.000	-1.732.700	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	102.800	0	294.700	294.700	699.000	2.948.600	23.458.700
ZbS Sinsheim, energetische Sanierung Geb. A											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz Plus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	-1.000.000	0	-3.500.000	-3.500.000	-3.000.000	-1.000.000
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	-800.000	0	0	0	0	-6.724.100	-6.513.700	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	37.400.000	0	1.261.000	238.963	609.600	7.865.600	27.424.800	10.912.100	10.013.700	6.499.000	0
ZbS Weinheim, energetische Sanierung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-11.129.500
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	-184.500	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	347.500	0	0	0	184.500	529.000	32.675.000
ZbS Weinheim, energetische Sanierung Geb. D1 + D2, Flächenbedarf											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.761.800	-1.633.800	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	-1.382.800	-3.000.000	-1.930.100	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	885.100	1.382.800	1.382.800	5.285.500	4.901.500	0
ZbS Weinheim, Wärmeerzeugung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Bund	0	0	0	0	0	0	0	-90.000	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	890.000	0	0	0	0	0
ZbS Wiesloch, energetische Sanierung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-13.624.300
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	-79.400	-227.600	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	446.400	0	0	79.400	227.600	671.900	39.894.000
ZbS Wiesloch, energetische Sanierung F2, Flächenbedarf											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	-1.185.400	-3.361.600	-3.416.000	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	772.900	1.185.400	1.185.400	5.145.700	3.416.000	0
SBBZ Schwetzingen, energetische Sanierung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.413.700
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4.241.000
SBBZ Weinheim, energetische Sanierung											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.626.700
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	4.880.000

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Schulen	Gesamtangaben zur Maßnahme	Bisher finanziert	Mittel-übertragungen	Ergebnis	Planung	Planung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung	Planung	Planung	Finanzbedarf weitere Jahre
	-nachrichtlich-EUR	EUR	2024 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR	2026 EUR	2027 EUR	2028 EUR	2029 EUR	-nachrichtlich-EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9	10	11
Gebäude Zentrum beruflicher Schulen und Sonderpädagogische Bildungs- und Beratungszentren											
SBBZ Ladenburg, Wärmepumpe (Erweiterung Wärmeerzeugung)											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	142.400	747.600	0	0	0	0	0
SBBZ Ladenburg, Errichtung von Containern											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	200.000	0	0	0	0	0
SBBZ Sinsheim, Neubau Steinsbergschule											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Land	-2.654.900	-1.927.500	-607.400	-120.000	-370.000	0	0	0	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Klimaschutz	0	-1.000.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	-553.822	-550.000	-5.000.000	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	19.900.000	13.304.873	405.000	6.355.174	0	1.300.000	0	0	0	0	0
IT Verkabelungen allgemein											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	-578.339	-852.100	-334.579	0	0	0	-200.000	-200.000	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	1.608.000	636.589	1.020.500	737.894	200.000	200.000	0	200.000	200.000	200.000	0
PV-Anlagen allgemein											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Klimaschutz	0	-814.074	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	-224.700	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	565.648	639.600	174.543	960.000	960.000	0	960.000	960.000	960.000	5.760.000
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	-2.654.900	-4.873.735	-3.034.200	-5.454.579	-370.000	-1.000.000	0	-15.288.100	-26.983.700	-20.747.300	-45.834.300
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	58.908.000	14.507.110	3.626.100	7.506.574	3.516.300	14.121.200	32.119.400	16.846.100	30.251.500	27.944.800	138.570.100
Zusammenfassung:											
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz Plus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Land	-2.654.900	-1.927.500	-607.400	-120.000	-370.000	-1.000.000	0	-3.500.000	-8.568.700	-8.456.000	-45.834.300
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Bund	0	0	0	0	0	0	0	-90.000	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz	0	-1.814.074	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-1.132.160	-2.426.800	-5.334.579	0	0	0	-11.698.100	-18.415.000	-12.291.300	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Kommunen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Dritten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	-2.654.900	-4.873.735	-3.034.200	-5.454.579	-370.000	-1.000.000	0	-15.288.100	-26.983.700	-20.747.300	-45.834.300
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Baumaßnahmen	58.908.000	14.507.110	3.626.100	7.506.574	3.516.300	14.121.200	32.119.400	16.846.100	30.251.500	27.944.800	138.570.100
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	58.908.000	14.507.110	3.626.100	7.506.574	3.516.300	14.121.200	32.119.400	16.846.100	30.251.500	27.944.800	138.570.100
Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	56.253.100	9.633.375	591.900	2.051.995	3.146.300	13.121.200	32.119.400	1.558.000	3.267.800	7.197.500	92.735.800
Aktiverte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	58.908.000	14.507.110	3.626.100	7.506.574	3.516.300	14.121.200	32.119.400	16.846.100	30.251.500	27.944.800	138.570.100
Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen											

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EIGVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

Einzeldarstellung der Investitionsmaßnahmen

Allgemeines Grundvermögen	Gesamtangaben zur Maßnahme	Bisher finanziert	Mittel-übertragungen	Ergebnis	Planung	Planung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung	Planung	Planung	Finanzbedarf weitere Jahre
	-nachrichtlich-EUR	EUR	2024 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR	2026 EUR	2027 EUR	2028 EUR	2029 EUR	-nachrichtlich-EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9	10	11
Allgemeines Grundvermögen											
Grundstücksfond											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	-7.119.655	0	0	0	0	0	-50.000	0	0	0
- Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	8.096.497	0	22.809	500.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0
Verkauf Grundstücke KKH Sinsheim											
- Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	-751.680	0	0	0	0	0	0	-2.400.000	0	0
Verkauf Steinsbergsschule "Alt"											
- Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	-1.000.000	0	0
Sinsheim Stift, Brandschutz inkl. Konzept, aller Gebäude											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	-2.253.791	-3.175.400	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	2.293.153	300.000	48.799	150.000	0	0	0	0	0	0
Sinsheim Stift, Neubau											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	0	0	0	0	0	-3.149.000	0	-5.567.000	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	44.748	1.929.600	26.635	500.000	1.316.000	0	3.149.000	6.178.000	5.567.000	0
PV-Anlagen allgemein											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz	0	-40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom RNK	0	0	-250.000	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	39.665	544.400	0	159.000	159.000	0	159.000	159.000	159.000	1.113.000
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	-10.165.125	-3.425.400	0	0	0	0	-3.199.000	-3.400.000	-5.567.000	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	10.474.063	2.774.000	98.244	1.309.000	1.525.000	50.000	3.358.000	6.387.000	5.776.000	1.113.000
Zusammenfassung:											
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz Plus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Bund	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz	0	-40.000	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-9.373.445	-3.425.400	0	0	0	0	-3.199.000	0	-5.567.000	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Kommunen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Dritten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	-751.680	0	0	0	0	0	0	-3.400.000	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	0	-10.165.125	-3.425.400	0	0	0	0	-3.199.000	-3.400.000	-5.567.000	0
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	8.096.497	0	22.809	500.000	50.000	50.000	50.000	50.000	50.000	0
Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	2.377.566	2.774.000	75.434	809.000	1.475.000	0	3.308.000	6.337.000	5.726.000	1.113.000
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	10.474.063	2.774.000	98.244	1.309.000	1.525.000	50.000	3.358.000	6.387.000	5.776.000	1.113.000
Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	0	308.938	-651.400	98.244	1.309.000	1.525.000	50.000	159.000	2.987.000	209.000	1.113.000
Aktiverte Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	0	10.474.063	2.774.000	98.244	1.309.000	1.525.000	50.000	3.358.000	6.387.000	5.776.000	1.113.000
Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen											

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

Einzelarstellung der Investitionsmaßnahmen

Informationstechnik	Gesamtangaben zur Maßnahme	Bisher finanziert	Mittel-übertragungen	Ergebnis	Planung	Planung	Verpflichtungs-ermächtigungen	Planung	Planung	Planung	Finanzbedarf weitere Jahre
	-nachrichtlich- EUR	EUR	2024 EUR	2024 EUR	2025 EUR	2026 EUR	2026 EUR	2027 EUR	2028 EUR	2029 EUR	-nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9	10	11
Informationstechnik											
Ausstattung/Beschaffung Büroarbeitsplätze											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-2.078.802	-1.546.200	0	0	0	0	0	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Dritten	0	0	0	0	-130.000	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Sachvermögen	0	1.653.922	914.100	197.285	363.000	1.741.000	0	800.000	800.000	800.000	0
- Auszahlungen für den Erwerb von immat. Vermögensgegenständen	0	890.638	0	434.893	220.000	0	0	0	0	0	0
Ausstattung/Beschaffung der Ämter des Kernhaushaltes											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Land	0	-81.753	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-1.685.532	0	0	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Sachvermögen	0	1.293.813	644.600	172.477	121.700	160.600	0	500.000	500.000	500.000	0
- Auszahlungen für den Erwerb von immat. Vermögensgegenständen	0	740.254	0	189.656	402.500	128.000	0	0	0	0	0
Ausstattung/Beschaffung der Schulen											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Land (DigitalPakt)	0	-771.307	-318.900	-107.341	0	0	0	0	0	0	0
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-2.025.465	0	-1.447.730	0	0	0	0	0	0	0
- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Sachvermögen	0	4.461.180	11.600	1.532.395	100.000	870.000	0	100.000	100.000	100.000	0
- Auszahlungen für den Erwerb von immat. Vermögensgegenständen	0	35.396	0	31.322	0	0	0	0	0	0	0
Ausstattung/Beschaffung der Kommunen/Zweckverband											
- Einzahlungen aus Investitionszuwendungen vom Dritten	0	0	0	0	0	-200.000	0	-200.000	-200.000	-200.000	0
- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Sachvermögen	0	93.746	106.300	0	0	50.000	0	50.000	50.000	50.000	0
- Auszahlungen für den Erwerb von immat. Vermögensgegenständen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	-6.642.858	-1.865.100	-1.555.071	-130.000	-200.000	0	-200.000	-200.000	-200.000	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	9.168.948	1.676.600	2.558.030	1.207.200	2.949.600	0	1.450.000	1.450.000	1.450.000	0
Zusammenfassung:											
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz Plus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Land	0	-853.060	-318.900	-107.341	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Bund	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	-5.789.798	-1.546.200	-1.447.730	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Kommunen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Dritten	0	0	0	0	-130.000	-200.000	0	-200.000	-200.000	-200.000	0
Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	0	-6.642.858	-1.865.100	-1.555.071	-130.000	-200.000	0	-200.000	-200.000	-200.000	0
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	7.502.660	1.676.600	1.902.158	584.700	2.821.600	0	1.450.000	1.450.000	1.450.000	0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	1.666.288	0	655.872	622.500	128.000	0	0	0	0	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	9.168.948	1.676.600	2.558.030	1.207.200	2.949.600	0	1.450.000	1.450.000	1.450.000	0
Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	0	2.526.090	-188.500	1.002.959	1.077.200	2.749.600	0	1.250.000	1.250.000	1.250.000	0
Aktiviere Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	0	9.168.948	1.676.600	2.558.030	1.207.200	2.949.600	0	1.450.000	1.450.000	1.450.000	0
Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen											

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

Einzelarstellung der Investitionsmaßnahmen

Konzern des Rhein-Neckar-Kreises	Gesamtangaben zur Maßnahme -nachrichtlich- EUR	Bisher finanziert EUR	Mittel- übertragungen 2024 EUR	Ergebnis 2024 EUR	Planung 2025 EUR	Planung 2026 EUR	Verpflichtungs- ermächtigungen 2026 EUR	Planung 2027 EUR	Planung 2028 EUR	Planung 2029 EUR	Finanzbedarf weitere Jahre -nachrichtlich- EUR
	1 ¹⁾	2 ²⁾	3 ³⁾	4	5 ³⁾	6	7	8 ⁴⁾	9	10	11
Konzern des Rhein-Neckar-Kreises											
Ausstattung/Beschaffung Konzern											
- Auszahlungen für den Erwerb von bewegl. Sachvermögen	0	2.422.970	1.239.500	632.249	650.000	614.500	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
- Auszahlungen für den Erwerb von immat. Vermögensgegenständen	0	42.715	0	0	50.000	155.000	0	0	0	0	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	2.465.685	1.239.500	632.249	700.000	769.500	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
Zusammenfassung:											
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz Plus	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Land	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Bund	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Klimaschutz	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen RNK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Kommunen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionszuwendungen Dritten	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Summe der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	2.422.970	1.239.500	632.249	650.000	614.500	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	42.715	0	0	50.000	155.000	0	0	0	0	0
Summe der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	2.465.685	1.239.500	632.249	700.000	769.500	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
Saldo aus Investitionstätigkeit und Finanzierungstätigkeit	0	2.465.685	1.239.500	632.249	700.000	769.500	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
Aktiviere Eigenleistungen	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0
Gesamtkosten der Maßnahme	0	2.465.685	1.239.500	632.249	700.000	769.500	0	1.000.000	1.000.000	1.000.000	0
Schätzung der nach Fertigstellung der Maßnahme entstehenden jährlichen Ergebnisbelastungen											

¹⁾ In dieser Spalte werden die insgesamt zu der Maßnahme geplanten Beträge (vgl. § 2 Absatz 3 EigBVO-HGB) nachrichtlich angegeben (Beträge müssen ggf. in einer Nebenrechnung ermittelt werden); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

²⁾ Rechnungsergebnisse aus Vorvorjahren (einschließlich Spalte 4); bei Ein-Jahres-Vorhaben ist diese Spalte entbehrlich.

³⁾ Spalten können zu Spalte "Ansatz Vorjahr zzgl. Mittelübertragungen aus Vorvorjahr" zusammengefasst werden.

⁴⁾ Spalte optional bei Vorhaben mit einer Laufzeit über den Finanzplanungszeitraum hinaus.

Erläuterungen zum Investitionsprogramm:

- Verwaltungsgebäude

Für Baumaßnahmen an den **Verwaltungsgebäuden** sind im Jahr 2026 insgesamt **11.575 T€** vorgesehen. Es werden Zuwendungen vom Bund in Höhe von **118 T€** erwartet. Somit ergibt sich ein **Finanzierungsbedarf** in Höhe von **11.457 T€**.

Bei dem **Verwaltungsgebäude in Heidelberg** (Kurfürsten-Anlage 38 - 40) werden im Investitionsprogramm für die IT-Sicherheit **100 T€** sowie **232 T€** für ein Besucherleitsystem mit Kundenservice bereitgestellt. Für das Gebäude A in der Kurfürsten-Anlage 40 wird für die energetische Sanierung ein Ansatz von **178 T€** angesetzt.

In **Heidelberg** wird für die Außensanierung am Gebäude C in der **Römerstraße** ein Ansatz in Höhe von **3.000 T€** vorgesehen.

Für den Neubau des Verbindungsbaus (Gebäude D) zwischen der **Römerstraße und der Kurfürsten-Anlage in Heidelberg** sind Kosten in Höhe von **7.190 T€** eingeplant.

In **Ladenburg** werden bei der **Integrierten Leitstelle gGmbH** Mittel für eine Wärmepumpe in Höhe von **302 T€** eingestellt.

Für die energetische Sanierung am **Verwaltungsgebäude in Wiesloch** werden Planungskosten in Höhe von **287 T€** angesetzt.

Bei den **Verwaltungsgebäuden des Rhein-Neckar-Kreises** sind für PV-Anlagen **285 T€** vorgesehen.

Es werden Zuwendungen vom Bund für die Sanierung der LED-Beleuchtung im **Verwaltungsgebäude in der Römerstraße** (Gebäude C) in Höhe **118 T€** bereitgestellt.

- Schulgebäude

Im Bereich der **Schulgebäude** sind im Jahr 2026 insgesamt **14.121 T€** an Baumaßnahmen vorgesehen. Es werden Zuwendungen vom Land in Höhe von **1.000 T€** erwartet. Somit ergibt sich für das Jahr 2026 ein **Finanzierungsbedarf** von **13.121 T€**.

Für das Gebäude A am **Zentrum beruflicher Schulen in Schwetzingen** werden für die energetische Sanierung Kosten in Höhe von **300 T€** vorgesehen.

Am **Zentrum beruflicher Schulen in Sinsheim** werden **7.866 T€** für die energetische Sanierung des Gebäudes A bereitgestellt. Hierzu werden **1.000 T€** Zuwendungen vom Land erwartet.

Bei dem **Zentrum beruflicher Schulen in Weinheim** werden Planungskosten für die energetische Sanierung in Höhe von **885 T€** sowie **890 T€** für die Wärmeerzeugung eingeplant.

Für die energetische Sanierung beim **Zentrum beruflicher Schulen in Wiesloch** werden für das Gebäude F2 Planungsleistungen in Höhe von **772 T€** eingestellt.

Bei dem **Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum mit dem Förderschwerpunkt „Geistige Entwicklung“ Steinsbergschule in Sinsheim** werden für den Neubau **1.300 T€** an Restzahlungen eingeplant.

Um die Wärmeerzeugung zu erweitern, werden beim **Sonderpädagogischen Bildungs- und Beratungszentrum in Ladenburg** für eine Wärmepumpe **748 T€** angesetzt. Des Weiteren werden **200 T€** für die Errichtung von Schulcontainern bereitgestellt.

Für die Schulen werden **960 T€** für PV-Anlagen und **200 T€** für IT Verkabelungen eingeplant.

- **Allgemeines Grundvermögen**

Im Bereich des **allgemeinen Grundvermögens** sind für Baumaßnahmen im Jahr 2026 insgesamt **1.475 T€** und für den Grunderwerb **50 T€** vorgesehen. Es ergibt sich ein **Finanzierungsbedarf** in Höhe von **1.525 T€**.

Für den **Grundstücksfonds** werden **50 T€** eingestellt.

Beim **Stift Sunnisheim** werden für den Neubau **1.316 T€** eingeplant.

Allgemein werden Kosten für PV-Anlagen in Höhe von **159 T€** bereitgestellt.

- **Informationstechnik**

Die **Informationstechnik** ist für die Beschaffung bzw. Ausstattung von Hardware und Software für Verwaltung und Schulen des Rhein-Neckar-Kreises und den IT-Konzern zuständig. Im Wirtschaftsjahr 2026 ist hierfür ein Investitionsvolumen von **3.719 T€** geplant. Für den Teilbereich IT-Konzern werden Darlehen in Höhe von **769 T€** sowie **200 T€** Zuwendungen von Dritten im Teilbereich IT eingeplant. Es entsteht ein **Finanzierungsbedarf** in Höhe von **2.750 T€**.

Bei der Informationstechnik werden für die Ausstattung von Hardware **1.741 T€** eingeplant.

Für die Fachämter der Verwaltung des Kernhaushaltes sind **289 T€** bereitgestellt, davon 161 T€ für Hardware und 128 T€ für Software.

Im Wirtschaftsjahr 2026 werden für Beschaffungen bei den Schulen **870 T€** angesetzt.

Für die Ausstattung bei den Kommunen/Zweckverbänden werden für die Beschaffung von Hardware **50 T€** eingeplant. Hierfür werden Zuwendungen von Dritten in Höhe von **200 T€**, welche die Vorjahre mitfinanziert, erwartet.

Im Teilbereich IT-Konzern werden **769 T€** eingestellt, davon für die Hardware 614 T€, für die Software 155 T€.

Stellenplan für das Haushaltsjahr 2026

Teil A: Beamte

Nachrichtlich Beamte:

Laufbahngruppe	Besoldungs- gruppe	Zahl der Stellen			Nachrichtlich	
		insges.	darunter		Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2024	Vermerke, Erläuterungen
			Leer- stellen	Stellen 2025		
Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik						
Höherer Dienst	B2	1,00		1,00	1,00	
	A16	0,00		0,00	0,00	
	A15	0,00		0,00	0,00	
	A14	3,00		3,00	2,00	
	A13	0,00		0,00	0,00	
Gehobener Dienst	A13	4,00		4,00	2,00	
	A12	1,00		1,00	1,00	
	A11	3,00		3,00	3,00	
	A10	0,00		0,00	0,00	
Mittlerer Dienst	A10	0,00		0,00	0,00	
	A9	0,00		0,00	0,00	
	A8	0,00		0,00	0,00	
Insgesamt		12,00		12,00	9,00	

1) Die Stellen der Beamten sind nur nachrichtlich angegeben; sie sind im Stellenplan des Rhein-Neckar-Kreises nachgewiesen.

Teil B: Beschäftigte

Entgeltgruppe bzw. Sondertarif	Zahl der Stellen			Nachrichtlich	
	insges.	darunter		Zahl der tatsächlich besetzten Stellen am 30.06.2025	Vermerke, Erläuterungen
			Stellen 2025		
Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik					
AT	1,00		1,00	1,00	
E14	1,00		1,00	2,00	
E13	8,00		6,00	5,00	
E12	6,00		8,00	8,60	
E11	67,15		65,15	57,20	
E10	22,50		22,25	20,79	
E9c	11,30		12,30	11,50	
E9b	5,50		5,50	5,65	
E9a	8,07		8,07	8,30	
E8	20,50		20,50	17,00	
E7	2,50		2,50	4,36	
E6	10,00		10,00	13,09	
E1 - E5	17,31		16,31	15,00	
Insgesamt	180,84		178,59	169,49	
Stellen insgesamt					
Teil A + Teil B	192,84		190,59	178,49	

Teil C: - nachrichtlich - Aufteilung der Stellen

I. Nachrichtlich Beamte: 1)

Gliederung in Funktionsbereiche	höherer Dienst					gehobener Dienst				mittlerer Dienst			
	B2	A16	A15	A14	A13	A13	A12	A11	A10	A10	A9	A8	Summe
Betriebsleitung inkl. Stabsstellen und Abt. Finanzen	1,00												1,00
Geschäftsbereich Bau				2,00		1,00	1,00	1,00					5,00
Geschäftsbereich IT				1,00		3,00		2,00					6,00
insgesamt:	1,00	0,00	0,00	3,00	0,00	4,00	1,00	3,00	0,00	0,00	0,00	0,00	12,00

1) Die Stellen der Beamten sind nur nachrichtlich angegeben; sie sind im Stellenplan des Rhein-Neckar-Kreises nachgewiesen.

II. Beschäftigte

Gliederung in Funktionsbereiche														
	AT	E14	E13	E12	E11	E10	E9c	E9b	E9a	E8	E7	E6	E1-5	Summe
Betriebsleitung inkl. Stabsstellen und Abt. Finanzen	1,00		1,00		3,50	3,00	3,80	0,50					1,25	14,05
Geschäftsbereich Bau				1,00	14,00	2,50	4,50	5,00	4,07	5,50	2,50	10,00	15,06	64,14
Geschäftsbereich IT		1,00	7,00	5,00	49,65	17,00	3,00		4,00	15,00			1,00	102,65
insgesamt:	1,00	1,00	8,00	6,00	67,15	22,50	11,30	5,50	8,07	20,50	2,50	10,00	17,31	180,84

Teil D: - nachrichtlich - sonstige Nachwuchskräfte

Bezeichnung	Art der Vergütung	Zahl 2026	vorgesehen 2025	beschäftigt am 30.06.2025	Erläuterungen
Auszubildende in privatrechtlichen Ausbildungsverhältnissen (Geschäftsbereich Bau)	Ausbildungsvergütung	1,00	1,00	0,00	
Auszubildende in privatrechtlichen Ausbildungsverhältnissen (Geschäftsbereich IT)	Ausbildungsvergütung	18,00	16,00	12,00	
Gesamt		19,00	17,00	12,00	

Schuldennachweis Eigenbetrieb BVIT

2026

Zusammenstellung

Bereich	ursprünglich in EUR	Stand 01.2025 in EUR	Stand 01.2026 in EUR	Zinsen in EUR	Tilgung in EUR	Neuaufnahme in EUR	Sondertilgung in EUR	Stand 01.2027 in EUR
Sonstiger Öffentlicher Bereich	10.956.550,41	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige öffentliche Sonderrechnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kreditmarkt *	179.759.464,78	85.284.421,82	79.189.077,28	2.090.891,32	5.653.929,97	0,00	-3.092.948,84	70.442.198,47
Trägerdarlehen / Kreditmarkt	9.497.453,46	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme	200.213.468,65	85.284.421,82	79.189.077,28	2.090.891,32	5.653.929,97	0,00	-3.092.948,84	70.442.198,47
geplante Kreditaufnahme (Vorjahr/e)		0,00	0,00	593.297,64	910.297,63	0,00	0,00	17.945.253,55
geplante Kreditaufnahme (neu)		0,00	18.855.551,18	609.941,95	702.224,13	38.289.700,00	0,00	37.587.475,87
geplante Vorfälligkeitsentschädigung				0,00				
Gesamtsumme (incl. Kreditaufn.)	200.213.468,65	85.284.421,82	98.044.628,46	3.294.130,91	7.266.451,73	38.289.700,00	-3.092.948,84	125.974.927,89

* Im Bereich Kreditmarkt ist zum Stand 01.2027 ein Derivat (Payer-Swap) i. H. v. 6.130.500,00 Euro enthalten.

Finanzplanung 2026 bis 2029

Zusammenstellung

Bereich	2026			2027			2028			2029		
	Zinsen	Tilgung	Stand	Zinsen	Tilgung	Stand	Zinsen	Tilgung	Stand	Zinsen	Tilgung	Stand
Sonstiger Öffentlicher Bereich	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Sonstige öffentliche Sonderrechnung	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Kreditmarkt *	2.090.891,32	5.653.929,97	70.442.198,47	1.902.616,62	4.828.720,09	65.613.478,38	1.769.879,97	4.446.779,14	61.166.699,24	1.648.658,00	3.980.008,65	57.186.690,59
Sondertilgung		3.092.948,84										
Trägerdarlehen / Kreditmarkt	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Gesamtsumme	2.090.891,32	8.746.878,81	70.442.198,47	1.902.616,62	4.828.720,09	65.613.478,38	1.769.879,97	4.446.779,14	61.166.699,24	1.648.658,00	3.980.008,65	57.186.690,59
geplante Kreditaufnahme (Vorjahr/e)	593.297,64	910.297,63	17.945.253,55	1.764.359,49	2.314.745,90	53.217.983,52	1.780.901,30	2.581.472,56	53.505.147,64	2.008.485,12	3.079.719,40	60.124.604,82
geplante Kreditaufnahme (neu)	609.941,95	702.224,13	37.587.475,87	45.532,00	133.363,33	2.868.636,67	156.672,80	249.123,42	9.699.176,58	174.781,60	267.984,87	10.812.115,13
geplante Vorfälligkeitsentschädigung	0,00			0,00			0,00			0,00		
Gesamtsumme (incl. Kreditaufn.)	3.294.130,91	10.359.400,57	125.974.927,89	3.712.508,11	7.276.829,32	121.700.098,57	3.707.454,07	7.277.375,12	124.371.023,46	3.831.924,72	7.327.712,91	128.123.410,54

Schuldennachweis Eigenbetrieb 2026

Kreditmarkt *

*) R = Ratendarlehen/A = Annuitätendar
**) j=jährl./h=halbjährl./v=viertelj./m=mon

Lfd. Nr.	Gläubiger	Dar. Nr.	fest bis im Jahr	Datum d. Aufnahme	Datum Ende	Art d. Darl. *)	Anfängl. Tilgungs- %	Zinssatz in %	1.Zins- zahlung	1.Tilgungs- zahlung	Zahlungs- weise**)	ursprünglich in EUR	Stand 01.2025 in EUR	Stand 01.2026 in EUR	Zinsen in EUR	Tilgung in EUR	Neuaufnahme in EUR	Sondertilgung in EUR	Stand 01.2027 in EUR	Stand bei Umschuld.	
1	Helaba Frankfurt	000019	30.03.2025	30.12.1998	30.03.2025	A	2,000	4,570	30.03.1999	30.03.1999	v	3.579.043,17	8.046,90	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
2	Helaba Frankfurt	020	fest	01.07.1998		A	2,000	5,350	30.09.1998	30.09.1998	v	656.446,06	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
3	Hamburger Commercial Bank AG	000027	fest	05.08.2002	30.03.2027	A	2,000	5,222	30.09.2002	30.09.2002	v	5.000.000,00	761.289,18	433.596,01	15.956,66	345.143,34	0,00	0,00	88.452,67	0,00	
4	LB Baden-Württemberg	000035	fest	12.02.2003	30.03.2029	A	2,000	4,650	30.03.2003	30.06.2003	v	10.000.000,00	2.544.571,43	1.988.287,22	82.394,01	582.605,99	0,00	0,00	1.405.681,23	0,00	
5	Kreditanst. f.Wiederaufbau	028	fest	05.06.2003		R	3,330	4,000	15.08.2003	15.02.2004	Zv/ T:h	9.000.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
6	Kreditanst. f.Wiederaufbau	031	fest	18.06.2004		R	3,330	4,650	15.08.2004	15.02.2005	Zv/ T:h	7.421.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	
7	LB Baden-Württemberg	000043	fest	28.11.2005	30.03.2034	A	2,000	3,790	30.03.2006	30.03.2006	v	8.500.000,00	3.800.821,02	3.447.535,77	125.491,43	366.658,57	0,00	0,00	3.080.877,20	0,00	
8	LB Baden-Württemberg	000302	fest	28.02.2007	30.11.2025	A	3,730	3,840	30.05.2007	30.05.2007	v	6.110.483,56	349.460,45	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	LB Baden-Württemberg	004	fest	30.03.2007	30.12.2023	A	4,450	3,860	30.06.2007	30.06.2007	h	685.839,32	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Helaba Frankfurt	000060	fest	28.12.2007	30.12.2027	A	4,000	3,868	30.03.2008	30.03.2008	v	8.497.036,42	1.605.401,86	1.042.233,03	31.892,30	585.270,22	0,00	0,00	456.962,81	0,00	
11	Helaba Frankfurt	000078	fest	30.12.2008	30.12.2032	A	2,580	3,978	30.03.2009	30.03.2009	v	4.544.333,95	1.976.799,88	1.755.840,27	66.446,35	229.881,37	0,00	0,00	1.525.958,90	0,00	
12	Sparkasse Heidelberg	045	fest	30.09.2010		R	3,125	1,138	30.03.2011	30.03.2011	h	5.627.570,44	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	L-Bank	047	fest	25.11.2010		R	1,000	2,630	15.02.2011	15.05.2012	v	1.440.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	L-Bank	048	fest	25.11.2010		R	1,000	2,630	15.02.2011	15.05.2012	v	300.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	L-Bank	049	fest	25.11.2010		R	1,000	2,630	15.02.2011	15.05.2012	v	130.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000086	fest	01.07.2011	30.06.2027	R	3,310	3,310	30.12.2011	30.12.2011	h	5.451.708,86	726.708,86	376.708,86	9.572,81	350.000,00	0,00	0,00	26.708,86	0,00	0,00
17	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000094	fest	17.08.2011	15.11.2030	R	3,130	3,130	15.11.2011	15.02.2012	v	3.000.000,00	947.352,00	789.456,00	22.856,67	157.896,00	0,00	0,00	631.560,00	0,00	0,00
18	DZ HYP AG	052	fest	30.09.2011		A	8,718	2,610	31.12.2011	31.12.2011	v	950.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	L-Bank	053	fest	16.01.2012		R		3,410	15.02.2012	15.08.2012	v	1.990.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	L-Bank	054	fest	01.03.2012		R		3,280	15.05.2012	15.08.2012	v	387.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	L-Bank	000108	fest	02.04.2012	15.02.2032	R		2,250	15.05.2012	15.05.2013	v	1.020.000,00	389.166,00	335.478,00	1.198,30	53.688,00	0,00	0,00	281.790,00	0,00	0,00
22	L-Bank	056	fest	28.03.2012		R		3,280	15.05.2012	15.08.2012	v	800.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	L-Bank	057	fest	28.03.2012		R		3,280	15.05.2012	15.08.2012	v	975.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000116	fest, 15.02.2032	23.05.2012	30.06.2118	R		2,470	15.08.2012	15.02.2013	v	3.700.000,00	2.168.944,00	2.041.356,00	49.239,71	127.588,00	0,00	0,00	1.913.768,00	0,00	0,00
25	L-Bank	000124	fest	05.11.2012	16.02.2032	R		2,160	15.11.2012	15.05.2013	v	700.000,00	267.063,00	230.239,00	822,42	36.844,00	0,00	0,00	193.395,00	0,00	0,00
26	L-Bank	000132	fest	05.11.2012	16.02.2032	R		2,160	15.11.2012	15.05.2013	v	380.000,00	145.000,00	125.000,00	446,50	20.000,00	0,00	0,00	105.000,00	0,00	0,00
27	Sparkasse Heidelberg	000140	30.01.2023	02.01.2013	15.11.2041	R	1,000	3,430	31.03.2013	30.09.2018	v	6.700.000,00	6.264.500,00	6.197.500,00	165.419,66	67.000,00	0,00	0,00	6.130.500,00	0,00	0,00
28	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000159	fest, 15.02.2022	06.11.2012	15.11.2031	R	3,450	2,380	15.02.2013	15.02.2013	v	2.000.000,00	1.172.384,00	1.103.416,00	25.645,78	68.968,00	0,00	0,00	1.034.448,00	0,00	0,00
29	LIGA Bank	000167	31.12.2033	31.05.2013	30.12.2033	R	5,000	3,159	31.12.2013	31.12.2013	m	6.000.000,00	2.700.000,00	2.400.000,00	72.262,13	300.000,00	0,00	0,00	2.100.000,00	0,00	0,00
30	LIGA Bank	000175	30.11.2024	18.12.2014	30.12.2034	R		1,093	31.12.2014	31.12.2014	v	3.000.000,00	1.481.481,36	1.333.333,20	33.120,00	148.148,16	0,00	0,00	1.185.185,04	0,00	0,00
31	Sparkasse Heidelberg	000183	fest	18.12.2014	30.03.2026	R		1,050	31.12.2014	31.12.2014	v	1.947.000,00	1.027.687,50	936.337,50	9.471,86	91.350,00	0,00	0,00	844.987,50	0,00	0,00
32	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000191	fest	14.12.2015	15.08.2025	R		0,000	15.11.2017	15.11.2017	v	700.000,00	65.625,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000205	fest	14.12.2015	15.08.2025	R		0,000	15.11.2017	15.11.2017	v	700.000,00	65.625,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000213	fest 15.11.2025	14.12.2015	15.08.2035	R		0,000	15.11.2018	15.11.2018	v	1.999.000,00	1.264.050,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000221		30.06.2016	15.08.2035	R		0,000	15.11.2018	15.11.2018	v	1.602.000,00	1.013.025,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	Kreditanst. f.Wiederaufbau	071		30.06.2016		R		0,000	15.11.2018	15.11.2018	v	1.999.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	LIGA Bank	000248		01.12.2016	30.12.2042	R		0,852	30.03.2017	30.03.2017	v	5.000.000,00	3.461.538,56	3.269.230,88	27.143,51	176.282,04	0,00	-3.092.948,84	0,00	0,00	0,00
38	KfW	000230		01.12.2016	15.08.2026	R		0,200	31.12.2017	31.12.2017	v	800.000,00	175.000,00	75.000,00	75,00	75.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
39	KfW	000256		13.06.2017	15.02.2044	R		0,160	15.05.2022	15.05.2022	v	6.100.000,00	5.175.673,50	4.903.633,50	6.362,14	272.040,00	0,00	0,00	4.631.593,50	0,00	0,00
40	L-Bank	000264		02.01.2019	30.12.2036	R		1,440	30.03.2019	30.03.2019	v	700.000,00	466.666,48	427.777,56	5.950,00	38.888,92	0,00	0,00	388.888,64	0,00	0,00
41	L-Bank	000272		02.01.2019	30.09.2032	R		1,440	30.03.2019	30.03.2019	v	600.000,00	399.999,84	366.666,48	5.100,00	33.333,12	0,00	0,00	333.333,12	0,00	0,00
42	L-Bank	000280		02.01.2019	30.12.2038	R		1,530	30.03.2019	30.03.2019	v	900.000,00	630.000,00	585.000,00	8.692,31	45.000,00	0,00	0,00	540.000,00	0,00	0,00
43	IN26	000299		15.02.2021	15.05.2031	R		0,000	15.05.2021	15.05.2021	v	3.168.776,00	2.034.680,00	1.717.664,00	0,00	317.016,00	0,00	0,00	1.400.648,00	0,00	0,00
44	KfW	000310	30.09.2027	29.09.2022	30.09.2027	R		2,850	30.12.2022	30.12.2023	v	950.000,00	653.125,00	415.625,00	9.307,03	237.500,00	0,00	0,00	178.125,00	0,00	0,00
45	KfW	000329	30.12.2042	29.09.2022	30.09.2052	R		3,130	30.12.2022	30.12.2027	v	14.280.000,00	14.280.000,00	14.280.000,00	446.964,00	0,00	0,00	14.280.000,00	0,00	0,00	0,00
46	KfW	000337	30.12.2042	26.10.2022	30.12.2052	R		3,320	30.12.2022	31.03.2028	v	3.582.000,00	3.582.000,00	3.582.000,00	118.922,40	0,00	0,00	3.582.000,00	0,00	0,00	0,00
47	KfW	000345	30.12.2027	26.10.2022	30.12.2027	R		2,770	30.12.2022	31.03.2024	v	1.115.000,00	836.248,00	557.496,00	12.547,10	278.752,00	0,00	0,00	278.744,00	0,00	0,00
48	KfW	100501	30.12.2033	09.08.2023	30.09.2043	R	4,000	3,250	24.11.2723	10.02.2752	v	1.902.600,00	1.902.600,00	1.902.600,00	61.834,52	0,00	0,00	1.902.600,00	0,00	0,00	0,00
49	KfW	100510	30.09.2028	09.08.2023	30.09.2028	R		3,330	30.09.2023	31.12.2024	v	1.540.900,00	1.444.593,00	1.059.365,00	30.466,32	385.228,00	0,00	0,00	674.137,00	0,00	0,00
50	KfW	100510	30.12.2033	09.08.2023	30.09.2053	R	4,000	3,250	30.09.2023	10.02.2752	V	9.950.000,00	9.950.000,00	9.950.000,00	323.375,00	0,00	0,00	9.950.000,00	0,00	0,00	0,00
51	Sparkasse Heidelberg	100536	30.12.2033	09.08.2023	30.09.2043	R	5,000	3,230	30.09.2023	30											

Finanzplanung 2026 bis 2029

Kreditmarkt *

Lfd. Nr.	Gläubiger	Darl. Nr.	2026			2027			2028			2029		
			Zinsen	Tilgung	Stand	Zinsen	Tilgung	Stand	Zinsen	Tilgung	Stand	Zinsen	Tilgung	Stand
1	Helaba Frankfurt	000019	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
2	Helaba Frankfurt	020	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
3	Hamburger Commercial Bank AG	000027	15.956,66	345.143,34	88.452,67	1.154,75	88.452,67	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
4	LB Baden-Württemberg	000035	82.394,01	582.605,99	1.405.681,23	54.826,75	610.173,25	795.507,98	25.955,10	639.044,90	156.463,08	1.818,88	156.463,08	0,00
5	Kreditanst. f.Wiederaufbau	028	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
6	Kreditanst. f.Wiederaufbau	031	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
7	LB Baden-Württemberg	000043	125.491,43	366.658,57	3.080.877,20	111.396,31	380.753,69	2.700.123,51	96.759,36	395.390,64	2.304.732,87	81.559,72	410.590,28	1.894.142,59
8	LB Baden-Württemberg	000302	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
9	LB Baden-Württemberg	004	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
10	Helaba Frankfurt	000060	31.892,30	585.270,22	456.962,81	8.923,57	456.962,81	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
11	Helaba Frankfurt	000078	66.446,35	229.881,37	1.525.958,90	57.164,35	239.163,37	1.286.795,53	47.507,56	248.820,16	1.037.975,37	37.460,87	258.866,85	779.108,52
12	Sparkasse Heidelberg	045	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
13	L-Bank	047	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
14	L-Bank	048	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
15	L-Bank	049	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
16	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000086	9.572,81	350.000,00	26.708,86	442,03	26.708,86	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
17	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000094	22.856,67	157.896,00	631.560,00	17.914,52	157.896,00	473.664,00	12.972,38	157.896,00	315.768,00	8.030,23	157.896,00	157.872,00
18	DZ HYP AG	052	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
19	L-Bank	053	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
20	L-Bank	054	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
21	L-Bank	000108	1.198,30	53.688,00	281.790,00	994,30	53.688,00	228.102,00	790,29	53.688,00	174.414,00	586,26	53.688,00	120.726,00
22	L-Bank	056	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
23	L-Bank	057	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
24	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000116	49.239,71	127.588,00	1.913.768,00	46.088,29	127.588,00	1.786.180,00	42.936,86	127.588,00	1.658.592,00	39.785,44	127.588,00	1.531.004,00
25	L-Bank	000124	822,42	36.844,00	193.395,00	682,39	36.844,00	156.551,00	542,38	36.844,00	119.707,00	402,38	36.844,00	82.863,00
26	L-Bank	000132	446,50	20.000,00	105.000,00	370,50	20.000,00	85.000,00	294,50	20.000,00	65.000,00	218,50	20.000,00	45.000,00
27	Sparkasse Heidelberg	000140	165.419,66	67.000,00	6.130.500,00	163.624,06	67.000,00	6.063.500,00	161.828,46	67.000,00	5.996.500,00	160.032,86	67.000,00	5.929.500,00
28	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000159	25.645,78	68.968,00	1.034.448,00	24.004,34	68.968,00	965.480,00	22.362,90	68.968,00	896.512,00	20.721,46	68.968,00	827.544,00
29	LIGA Bank	000167	72.262,13	300.000,00	2.100.000,00	62.785,13	300.000,00	1.800.000,00	53.308,13	300.000,00	1.500.000,00	43.831,13	300.000,00	1.200.000,00
30	LIGA Bank	000175	33.120,00	148.148,16	1.185.185,04	29.280,00	148.148,16	1.037.036,88	25.440,00	148.148,16	888.888,72	21.600,00	148.148,16	740.740,56
31	Sparkasse Heidelberg	000183	9.471,86	91.350,00	844.987,50	8.512,68	91.350,00	753.637,50	7.553,50	91.350,00	662.287,50	6.594,33	91.350,00	570.937,50
32	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000191	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
33	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000205	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
34	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000213	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
35	Kreditanst. f.Wiederaufbau	000221	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
36	Kreditanst. f.Wiederaufbau	071	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
37	LIGA Bank	000248	27.143,51	176.282,04	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
38	KfW	000230	75,00	75.000,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
39	KfW	000256	6.362,14	272.040,00	4.631.593,50	6.001,70	272.040,00	4.359.553,50	5.641,24	272.040,00	4.087.513,50	5.280,78	272.040,00	3.815.473,50
40	L-Bank	000264	5.950,00	38.888,92	388.888,64	5.390,00	38.888,92	349.999,72	4.830,00	38.888,92	311.110,80	4.270,00	38.888,92	272.221,88
41	L-Bank	000272	5.100,00	33.333,36	333.333,12	4.620,00	33.333,36	299.999,76	4.140,00	33.333,36	266.666,40	3.660,00	33.333,36	233.333,04
42	L-Bank	000280	8.692,31	45.000,00	540.000,00	8.003,82	45.000,00	495.000,00	7.315,31	45.000,00	450.000,00	6.626,82	45.000,00	405.000,00
43	N26	000299	0,00	317.016,00	1.400.648,00	0,00	317.016,00	1.083.632,00	0,00	317.016,00	766.616,00	0,00	317.016,00	449.600,00
44	KfW	000310	9.307,03	237.500,00	178.125,00	2.538,28	178.125,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
45	KfW	000329	446.964,00	0,00	14.280.000,00	446.964,00	142.800,00	14.137.200,00	435.789,90	571.200,00	13.566.000,00	417.911,34	571.200,00	12.994.800,00
46	KfW	000337	118.922,40	0,00	3.582.000,00	118.922,40	0,00	3.582.000,00	117.138,56	143.280,00	3.438.720,00	112.381,67	143.280,00	3.295.440,00
47	KfW	000345	12.547,10	278.752,00	278.744,00	4.825,66	278.744,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
48	KfW	100501	61.834,52	0,00	1.902.600,00	61.834,52	0,00	1.902.600,00	61.834,52	19.026,00	1.883.574,00	61.372,46	0,00	1.883.574,00
49	KfW	100510	30.466,32	385.228,00	674.137,00	17.638,22	385.228,00	288.909,00	4.801,33	288.909,00	0,00	0,00	0,00	0,00
50	KfW	100510	323.375,00	0,00	9.950.000,00	323.375,00	0,00	9.950.000,00	323.375,00	99.500,00	9.850.500,00	315.326,56	398.000,00	9.452.500,00
51	Sparkasse Heidelberg	100536	29.194,28	52.020,00	871.335,00	27.514,02	52.020,00	819.315,00	25.833,78	52.020,00	767.295,00	24.153,54	52.020,00	715.275,00
52	KfW	101567	95.922,32	0,00	3.462.900,00	95.922,32	0,00	3.462.900,00	95.922,32	0,00	3.462.900,00	95.922,32	0,00	3.462.900,00
53	KfW	101559	141.524,84	0,00	5.109.200,00	141.524,84	0,00	5.109.200,00	141.524,84	0,00	5.109.200,00	141.524,84	0,00	5.109.200,00
54	LIGA Bank	102008	24.595,26	94.236,00	824.553,00	21.971,74	94.236,00	730.317,00	19.348,21	94.236,00	636.081,00	16.724,66	94.236,00	541.845,00
55	LIGA Bank	102016	30.678,70	117.592,00	1.028.866,00	27.406,13	117.592,00	911.274,00	24.133,54	117.592,00	793.682,00	20.860,95	117.592,00	676.090,00
56			0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe			2.090.891,32	5.653.929,97	70.442.198,47	1.902.616,62	4.828.720,09	65.613.478,38	1.769.879,97	4.446.779,14	61.166.699,24	1.648.658,00	3.980.008,65	57.186.690,59

Teil IV

Freiherr von Ulner'sche Stiftung

Haushaltssatzung Haushaltsplan 2026

INHALTSVERZEICHNIS

Freiherr von Ulner'sche Stiftung Haushaltssatzung und Haushaltsplan 2026

	<i>ab Seite</i>
A. Haushaltssatzung	3
B. Vorbericht	5
1. Vorbemerkung	5
2. Rückblick auf die Haushaltsjahre 2024/2025	5
3. Grundlagen des Haushaltsjahres 2026	9
- Ergebnishaushalt	9
- Finanzhaushalt	10
C. Haushaltsplan	
1. Budgetierungsregelungen	12
2. Gesamthaushalt	14
- Gesamtergebnishaushalt	15
- Gesamtfinanzhaushalt	17
- Haushaltsquerschnitt der Teilhaushalte des Gesamtergebnishaushalts	19
- Haushaltsquerschnitt der Teilhaushalte des Gesamtfinanzhaushalts	20
3. Teilhaushalte	21
- Teilhaushalt 0 Stiftungsverwaltung und Hilfen	21
- Teilhaushalt 1 Allgemeine Finanzwirtschaft	27
D. Anlagen	
1. Finanzplanung	31
2. Zuordnung der Produktgruppen zu den einzelnen Teilhaushalten	34
3. Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen	34

A. Haushaltssatzung 2026

Haushaltssatzung der Freiherr von Ulner'schen Stiftung für das Haushaltsjahr 2026

Haushaltssatzung der Freiherr von Ulner'schen Stiftung für das Haushaltsjahr 2026

Aufgrund der §§ 19, 48 und 49 der Landkreisordnung für Baden-Württemberg i.V. mit § 79 der Gemeindeordnung für Baden-Württemberg hat der Kreistag am **16.12.2025** die folgende Haushaltssatzung für das **Haushaltsjahr 2026** beschlossen:

§ 1 Ergebnishaushalt und Finanzhaushalt

Der **Haushaltsplan** wird festgesetzt

1.	im Ergebnishaushalt mit den folgenden Beträgen	
1.1	Gesamtbetrag der ordentlichen Erträge von	263.200,00 €
1.2	Gesamtbetrag der ordentlichen Aufwendungen von	228.300,00 €
1.3	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus 1.1 und 1.2) von	34.900,00 €
1.4	Gesamtbetrag der außerordentlichen Erträge von	0,00 €
1.5	Gesamtbetrag der außerordentlichen Aufwendungen von	0,00 €
1.6	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus 1.4 und 1.5) von	0,00 €
1.7	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Summe aus 1.3 und 1.6) von	34.900,00 €
2.	im Finanzhaushalt mit den folgenden Beträgen	
2.1	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	262.700,00 €
2.2	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit von	206.000,00 €
2.3	Zahlungsmittelüberschuss /-bedarf des Ergebnishaushalts (Saldo aus 2.1 und 2.2) von	56.700,00 €
2.4	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Investitionstätigkeit von	0,00 €
2.5	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Investitionstätigkeit von	0,00 €
2.6	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus 2.4 und 2.5) von	0,00 €
2.7	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf (Saldo aus 2.3 und 2.6) von	56.700,00 €
2.8	Gesamtbetrag der Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0,00 €
2.9	Gesamtbetrag der Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit von	0,00 €
2.10	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss /-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus 2.8 und 2.9) von	0,00 €
2.11	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands, Saldo des Finanzhaushalts (Saldo aus 2.7 und 2.10) von	56.700,00 €

§ 2 Kreditermächtigung

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Kreditaufnahmen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen (Kreditermächtigung) wird festgesetzt auf **0,00 €**

§ 3 Verpflichtungsermächtigungen

Der Gesamtbetrag der vorgesehenen Ermächtigungen zum Eingehen von Verpflichtungen, die künftige Haushaltsjahre mit Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen belasten (Verpflichtungsermächtigungen), wird festgesetzt auf **0,00 €**

§ 4 Kassenkredite

Der **Höchstbetrag der Kassenkredite** wird festgesetzt auf **15.000,00 €**

Heidelberg, den 16.12.2025



Stefan Dallinger
Landrat

B. Vorbericht

1. Vorbemerkung

Die im Jahre 1367 gegründete Freiherr von Ulner'sche Stiftung ist eine rechtsfähige kommunale Stiftung gemäß § 31 Stiftungsgesetz, die seit 01.01.1979 dem Rhein-Neckar-Kreis angegliedert ist.

Nach § 2 Nr. 1 der Stiftungssatzung vom 24.03.1998 erfüllt die Stiftung nachfolgende Aufgaben:

- a) Unterstützung von hilfebedürftigen Einwohnern des Rhein-Neckar-Kreises
- b) Förderung von Maßnahmen zur Stärkung von Hilfen im Sinne von Nr. 1a
- c) Unterstützung der Rahmenbedingungen für bürgerschaftliches Engagement mit Zielsetzungen im Sinne von Nr. 1a.

Die Stiftung verfolgt ausschließlich und unmittelbar mildtätige Zwecke.

Die Stiftung ist als rechtlich selbständige örtliche Stiftung Treuhandvermögen des Rhein-Neckar-Kreises (§ 97 Abs. 1 GemO). Für die Stiftung ist eine Sonderrechnung zu führen. Die Vorschriften über die Haushaltswirtschaft gelten entsprechend (§ 96 Abs. 3 Satz 2 GemO), soweit das Stiftungsgesetz nichts anderes bestimmt. Außerdem richten sich die Verwaltung und die rechtsverbindliche Vertretung gemäß § 31 Abs. 1 Satz 2 StiftG nach den Vorschriften der Landkreisordnung.

2. Rückblick auf die Jahre 2024 und 2025

2.1 Rückblick auf das Rechnungsjahr 2024

Die Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan für das Jahr 2024 wurde vom Kreistag in seiner Sitzung am 12.12.2023 verabschiedet und hatte folgendes Volumen:

Ergebnishaushalt 2024:

Summe der ordentlichen Erträge	223.200,00 €
Summe der ordentlichen Aufwendungen	206.050,00 €
ordentliches Ergebnis	17.150,00 €

Finanzhaushalt 2024:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	222.700,00 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	181.450,00 €
Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit	41.250,00 €

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €
Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	0,00 €

Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes	41.250,00 €

Im Vergleich dazu hat das Rechnungsjahr 2024 mit nachfolgendem Ergebnis abgeschlossen:

Ergebnisrechnung 2024:

Summe der ordentlichen Erträge	229.384,77 €
Summe der ordentlichen Aufwendungen	190.066,95 €
ordentliches Ergebnis	39.317,82 €

Summe der außerordentlichen Erträge	646,48 €
Summe der außerordentlichen Aufwendungen	646,48 €
Sonderergebnis	0,00 €

Gesamtergebnis der Ergebnisrechnung	39.317,82 €

Finanzrechnung 2024:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	223.089,31 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	174.603,93 €
Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit	48.485,38 €

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €
Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0,00 €

Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes	48.485,38 €

Endbestand an Zahlungsmitteln	137.255,71 €

Stand der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	186.908,30 €

Stand der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	412.581,84 €

In der Ergebnisrechnung war zum Jahresende 2024 ein ordentliches Ergebnis von 39,3 T€ ausgewiesen. Um 6,2 T€ gestiegene Erträge und eine Einsparung bei den Aufwendungen von 16,0 T€ haben zu einer positiven Veränderung von 22,2 T€ gegenüber dem Planansatz beigetragen. Geplant war ein ordentliches Ergebnis von 17,2 €. Der im ordentlichen Ergebnis zu verzeichnende Überschuss wurde beim Jahresabschluss der Rücklage des ordentlichen Ergebnisses zugeführt.

Das Sonderergebnis der Ergebnisrechnung schloss mit einem Saldo 0 T€.

Die Zuweisungen und Zuschüsse vom Kernhaushalt beliefen sich auf 48,6 T€ und betrugen somit 5,6 T€ weniger als der Ansatz.

Die Erträge aus aufgelösten Investitionszuwendungen betrugen wie im Vorjahr 0,5 T€.

Im Bereich der privatrechtlichen Leistungsentgelte war ein Mehrertrag von 2,5 T€ zu verzeichnen.

Die Zinserträge beliefen sich auf 51,5 T€.

Der Ansatz für Sach- und Dienstleistungen wurde hauptsächlich wegen Minderaufwendungen bei der Bauunterhaltung um 16,4 T€ unterschritten.

Für die Beihilfen an hilfebedürftige Einwohnerinnen und Einwohner und die Projektförderungen standen im Jahr 2024 Mittel in Höhe von 79,0 T€ zur Verfügung (11,0 T€ davon durch Haushaltsübertragung aus dem Jahr 2023). Im Jahr 2024 konnten in 12 Fällen Beihilfen in Höhe von 8,4 T€ an Hilfebedürftige bewilligt werden. Von den nicht verbrauchten Beihilfemitteln wurden 24,0 T€ im Bereich der Projektförderung eingesetzt, sodass insgesamt eine Fördersumme von 62,0 T€ zur Auszahlung kam. In Anlehnung an das Strategische Ziel „Handlungsstrategien zur Bekämpfung der Armut“ des Rhein-Neckar-Kreises wurden 2024 die Tafelläden im Rhein-Neckar-Kreis unterstützt. Die Verteilung auf die einzelnen Tafelläden erfolgte anhand der jeweiligen Anzahl an ausgestellten Einkaufsberechtigungen.

Bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen reduzierte sich der Aufwand gegenüber dem Plan saldiert um 1,8 T€, auf Grund von geringeren Kostenerstattungen an den Kernhaushalt und den EBVIT um 6,2 T€ und höheren Rechts- und Beratungskosten von 4,4 T€.

Das Sonderergebnis der Ergebnisrechnung schloss mit einem Saldo von 0 € ab. Aufgrund eines Wasserschadens im Wohnhaus in Sinsheim entstanden Reparaturaufwendungen von rd. 650 €, denen Erstattungen durch die Versicherung in gleicher Höhe gegenüberstanden.

Erträge:

Zuweisungen Kernhaushalt	48.580,00 €
Spende	1.050,00 €
Auflösung Zuweisungen u. Sonderposten	525,98 €
Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	127.755,75 €
Zinserträge Stiftung / Zustiftung	51.468,04 €
Erträge / Dividende Kautionsanteile	0,00 €
Sonstige Erträge	5,00 €

Summe Erträge 2024 **229.384,77 €**

Aufwendungen:

Bewirtschaftung Grundstücke, Wohnhäuser	3.833,94 €
Bauunterhaltung Wohnhäuser	8.602,50 €
Erbbauzins Wohnhaus Sinsheim	2.141,91 €
Wartung bewegl. Vermögen / Erwerb geringw. Vermögen	264,30 €
Aus- und Fortbildung	325,00 €
Beihilfen nach § 2 Nr. 1 a der Satzung	8.374,88 €
Förderung nach § 2 Nr. 1 b und c der Satzung	62.000,00 €
Geschäftsaufwendungen, Versicherungen	606,54 €
Rechts- und Beratungskosten, Mitgliedsbeiträge, sonst. zahl.w. Aufwend.	5.310,47 €
Verwaltungskostenerstattung an den Rhein-Neckar-Kreis und an den EBVIT	74.007,83 €
Abschreibungen	24.599,58 €

Summe Aufwendungen 2024 **190.066,95 €**

Die Finanzrechnung, d.h. das Ist des Jahres 2024, weist zum Jahresende 2024 einen Zahlungsmittelüberschuss aus laufender Verwaltungstätigkeit von 48,5 T€ aus und ist somit um rd. 9,2 T€ höher als das ordentliche Ergebnis.

Die Differenz lässt sich hauptsächlich durch die nicht zahlungswirksamen Buchungen (Abschreibungen, Auflösung von Sonderposten) in Höhe von saldiert 24,0 T€ erklären. Darüber hinaus gingen einige der Zinsgutschriften für das Jahr 2024 erst im Januar 2025 ein und es erfolgten Auszahlungen für Rechnungen aufgrund des Jahreswechsels erst im Folgejahr.

2.2 Überblick über den Haushaltsplan 2025

Der Kreistag hat in seiner Sitzung am 17.12.2024 die Haushaltssatzung einschließlich Haushaltsplan für das Jahr 2025 mit folgendem Inhalt beschlossen:

Ergebnishaushalt 2025:

Summe der ordentlichen Erträge	225.960,00 €
Summe der ordentlichen Aufwendungen	201.150,00 €
ordentliches Ergebnis	24.810,00 €

Finanzhaushalt 2025:

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	225.460,00 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	178.850,00 €
Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit	46.610,00 €

Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €
Finanzierungsmittelüberschuss/ -bedarf aus Investitionstätigkeit	0,00 €

Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes	46.610,00 €

Durch die Verlängerung von 3 Erbbaurechtsverträgen und einer höheren Verzinsung der Geldanlagen wird sich in 2025 die Ertragslage positiver entwickeln als geplant. Außerdem wird der geplante Aufwand aus Bauunterhaltung voraussichtlich nicht erreicht. Beim ordentliche Ergebnis ist daher mit einer Verbesserung von ca. 28,0 T€ zu rechnen.

3. Grundlagen des Haushaltsjahres 2026

3.1 Gesamtergebnishaushalt

Ordentliche Erträge

Zuweisungen des Rhein-Neckar-Kreises		65.400 €
Auflösung von empfangenen Zuweisungen		500 €
Privatrechtliche Leistungsentgelte		163.000 €
- Miete Wohnhäuser incl. Nebenkosten	63.400 €	
- Erbbauzinsen	98.000 €	
- Pacht unbebaute Grundstücke	1.600 €	
Zinsen und ähnliche Erträge		34.300 €
Summe ordentliche Erträge		263.200 €

Ordentliche Aufwendungen

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen		35.800 €
- Bauunterhaltung der Wohnhäuser allgemein	15.000 €	
- Bewirtschaftung Grundstücke, Wohnhäuser	17.750 €	
- Wartung	350 €	
- Erbbauzins	2.200 €	
- Aus- und Fortbildung	500 €	
Planmäßige Abschreibungen		22.300 €
Transferaufwendungen nach § 2 Nr. 1a, b und c der Satzung		75.100 €
Zinsen und ähnliche Aufwendungen		500 €
Sonstige ordentliche Aufwendungen		94.600 €
- Rechts- und Beratungskosten	2.000 €	
- Aufwendungen für Mitgliedsbeiträge und Versicherungen	1.200 €	
- Verwaltungskostenerstattungen an den RNK	90.400 €	
- Verwaltungskostenerstattungen an den EBVIT	1.000 €	
Summe ordentliche Aufwendungen		228.300 €

Veranschlagtes ordentliches Ergebnis **34.900 €**

Für das Jahr 2026 werden Erträge in Höhe von 263 T€ veranschlagt. Demgegenüber stehen Aufwendungen in Höhe von 228 T€, so dass sich das ordentliche Ergebnis auf +35,0 T€ beläuft.

Die Zuweisungen des Kreises betragen 65,4 T€.

Die Kostenerstattungen an den Rhein-Neckar-Kreis für die Verwaltung der Freiherr von Ulner'schen Stiftung (Leistungen des Kämmereriamtes und des Rechnungsprüfungsamtes) werden in Höhe von 90,4 T€ geplant (Vorjahr 84,6 T€). Diesen Aufwendungen stehen Zuweisungen (s.o.) des Kreises in Höhe von 65,4 T€ gegenüber. Demnach verbleibt bei der Stiftung eine geplante Nettobelastung wie im Vorjahr in Höhe von 25 T€.

Im Haushalt 2026 werden Erträge aus privatrechtlichen Leistungsentgelten (Erbbauzinsen, Mieten, Pachten) in Höhe von insgesamt 163,0 T€ (Vorjahr 134,6 T€) eingeplant, da die Erträge aus den Mieten steigen und drei Erbbaurechtsverträge zu höheren Konditionen verlängert wurden. Die von der Stiftung zu zahlende höhere Grundsteuer für die Grundstücke der beiden Wohnhäuser in Weinheim und Sinsheim wird anteilig bei den Mieterträgen für die Nebenkosten berücksichtigt (s. auch nachfolgende Erläuterungen zu den Aufwendungen).

Aufgrund von langfristig abgeschlossen Geldanlagen ist trotz fallendem Zinsniveau mit einem leicht höheren Ertrag als im Vorjahr (+3,1 T€) geplant. Des Weiteren können 200 € Dividende aus einer in Form von Genossenschaftsanteilen gewährten Kautio erwirtschaftet werden.

Bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen in Höhe von 35,8 T€ entfällt auf Maßnahmen der Bauunterhaltung der beiden Stiftungsgebäude ein Planansatz von 15 T€. Hiervon sind 6 T€ für das Wohnhaus in Sinsheim und 9 T€ für das Wohnhaus in Weinheim geplant. Der Ansatz ist für allgemeine Instandhaltungsmaßnahmen an den beiden Wohnhäusern gedacht. Die Kosten der Bewirtschaftung von 17,8 T€ für die beiden Stiftungshäuser wurden auf Grund der gestiegenen Grundsteuer erhöht. Des Weiteren sind für die Wartung der Rauchmelder 0,4 T€, die zu zahlende Erbbaupacht des Hauses in Sinsheim 2,2 T€ sowie für die Aus- und Fortbildung 0,5 T€ eingeplant.

Der Ansatz der Transferaufwendungen (Beihilfen nach § 2 Nr. 1a, b und c der Satzung) beträgt insgesamt 75,1 T€. Für die Beihilfen nach § 2 Nr. 1a der Satzung stehen 35 T€ zur Verfügung, ebenso werden für die Projektförderungen 40,1 T€ eingeplant. Die Maßnahmen der Projektförderungen werden durch die Erträge eines Erbbaugrundstückes, das mit Mitteln der Zustiftung gekauft wurde, sowie mit den Zinserträgen der Geldanlagen finanziert. Aufgrund der gesicherten Konditionen für die Geldanlagen kann deshalb mit einem höheren Ansatz der Fördermittel kalkuliert werden.

Für die Geldanlage werden Gebühren von 0,5 T€ geplant.

Insgesamt belaufen sich die sonstigen ordentlichen Aufwendungen auf 94,6 T€ (Vorjahr 86,8 T€). Die Kostenerstattungen wurden mit 91,4 T€ eingeplant, davon entfallen 90,4 T€ auf den Kreishaushalt sowie 1,0 T€ auf den EBVIT. Ein weiterer Ansatz von 1,2 T€ wurde für Mitgliedsbeiträge (0,6 T€) sowie Versicherungen (0,6 T€) gebildet. Es werden Rechts- und Beratungskosten in Höhe von 2,0 T€ eingeplant.

3.2 Gesamtfinanzhaushalt

Finanzhaushalt 2026

Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	262.700,00 €
Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	206.000,00 €
Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit	56.700,00 €
Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €
Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0,00 €
Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit	0,00 €

Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes **56.700,00 €**

Im Plan 2026 ist ein Zahlungsmittelüberschuss aus lfd. Verwaltungstätigkeit von 56,7 T€ ausgewiesen. Dies bedeutet, dass die voraussichtlich verfügbaren liquiden Eigenmittel der Freiherr von Ulner'schen Stiftung in Höhe von 1.973.135 € um diesen Betrag zunehmen werden.

Ab dem Jahr 2025 ff ist aus heutiger Sicht mit einer positiven Veränderung des Finanzierungsmittelbestandes zu rechnen, so dass die liquiden Mittel zum Jahresende 2029 voraussichtlich 1.973.135 € betragen werden.

Im Einzelnen stellt sich die Entwicklung der Liquiden Mittel in den Jahren 2025 – 2029 wie folgt dar:

Nr.	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Finanzhaushalt		Finanzplanung		
		2025	2026	2027	2028	2029
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5
1	Zahlungsmittelbestand zum Jahresbeginn	137.226				
2a	+ Sonstige Einlagen aus Kassenmitteln zum Jahresbeginn	1.550.000				
2b	+ Investmentzertifikate, Kapitalmarktpapiere, Geldmarktpapiere und sonstige Wertpapiere					
2c	+ Forderungen aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen					
3a	- Bestand an Kassenkrediten zum Jahresbeginn					
3b	- Verbindlichkeiten aus Liquiditätsbeziehungen zu verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Sondervermögen					
4	= liquide Eigenmittel zum Jahresbeginn	1.687.226				
5	- Auszahlungen aufgrund von übertragenen Ermächtigungen der Vorvorjahre					
6	+ Einzahlungen aus nicht in Anspruch genommenen Kreditemmächtigungen für Investitionen und Investitionsfördermaßnahmen aus Vorvorjahr					
7	+ Einzahlungen aus übertrag. Ermächtigungen für Inv.-Zuwendungen, -Beiträge und ähnl. Entg. für Inv.-Tätigkeit aus Vorvorjahren (§ 21 Abs. 1, § 3 Nr. 18, 19 GemHVO)					
8	+/- veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands (§ 3 Nr. 36 GemHVO)	46.610	56.700	55.945	62.522	64.132
9	= voraussichtliche liquide Eigenmittel zum Jahresende	1.733.836	1.790.536	1.846.481	1.909.003	1.973.135
10	- davon: für zweckgebundene Rücklagen gebunden					
11	- für sonstige bestimmte Zwecke gebunden					
12	= vorauss. liquide Eigenmittel zum Jahresende ohne gebundene Mittel	1.733.836	1.790.536	1.846.481	1.909.003	1.973.135
13	nachrichtlich: voraussichtliche Mindestliquidität (§ 22 Abs. 2 GemHVO)	2.896	3.221	3.535	3.597	3.611

C. Haushaltsplan

1. Budgetierungsregelungen

1.1 Grundlagen

Grundlagen dieser Budgetierungsregelungen sind die §§ 4, 18 – 21 der Gemeindehaushaltsverordnung (GemHVO).

Entsprechend § 4 Abs. 1 GemHVO wurde der Gesamthaushalt in Teilhaushalte und diese wiederum in einen Teilergebnis- und Teilfinanzhaushalt gegliedert.

Nach § 4 Abs. 2 GemHVO bildet jeder Teilhaushalt mindestens eine Bewirtschaftungseinheit. Für jeden Teilhaushalt wurde ein Verantwortlicher benannt.

1.2 Finanzverantwortung für die Einhaltung der Budgets

Oberstes Ziel des Haushaltsvollzugs ist die wirtschaftliche Erfüllung der Aufgaben im Rahmen der bereitgestellten Haushaltsmittel.

Die Budgetverantwortlichen haben dafür Sorge zu tragen, dass ihr Budget eingehalten wird. Insbesondere ist darauf zu achten, dass das im Teilergebnishaushalt ausgewiesene ordentliche Ergebnis grundsätzlich nicht überschritten wird. Im Teilfinanzhaushalt sind die veranschlagten Auszahlungen aus Investitionstätigkeit einzuhalten.

1.3 Deckungsfähigkeit

Nach § 19 Abs. 2 und 3 GemHVO kann im Haushaltsplan bestimmt werden, dass Mehrerträge bestimmte Aufwendungsansätze des Ergebnishaushalts erhöhen. Dabei gelten diese Mehraufwendungen nicht als überplanmäßige Aufwendungen. Diese Regelung kommt in den nachfolgenden Fällen zur Anwendung:

- a. Mehrerträge bei den Zinsen aus den Geldanlagen des bisherigen Stiftungsvermögens (Sachkonto 36170200) können zur Deckung von Mehraufwendungen bei den Beihilfen nach § 2 Nr. 1a der Stiftungssatzung (Sachkonto 43390200) und der Förderung nach § 2 Nr. 1b und c der Stiftungssatzung (Sachkonto 43390210) verwendet werden.
- b. Die Aufwendungen für die Förderung nach § 2 Nr. 1a der Stiftungssatzung und die Aufwendungen für die Förderung nach § 2 Nr. 1b und c der Stiftungssatzung sind gegenseitig deckungsfähig.

Die Aufwendungen im Ergebnishaushalt, die zu einem Teilhaushalt gehören, sind grundsätzlich gegenseitig deckungsfähig. Das Gleiche gilt für die Auszahlungen und Verpflichtungsermächtigungen für Investitionstätigkeit im Finanzhaushalt (vgl. § 20 Abs. 1 und 3 GemHVO). Abweichend von diesem Grundsatz wird folgende Festlegung getroffen:

Minderaufwendungen eines Teilhaushalts können zur Deckung von Auszahlungen im Finanzhaushalt des jeweiligen Teilhaushalts verwendet werden. Dies gilt nicht, wenn die Verbesserung aus geringeren Transferaufwendungen resultiert.

1.4 Übertragbarkeit von Haushaltsmitteln

Gemäß § 21 Abs. 2 GemHVO können Ansätze für Aufwendungen und Auszahlungen eines Budgets ganz oder teilweise für übertragbar erklärt werden. Sie bleiben bis längstens zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres verfügbar.

Die Ansätze für Auszahlungen für Investitionen und Investitionsförderungsmaßnahmen sowie die Ansätze für zweckgebundene investive Einzahlungen aus Investitionszuwendungen sowie aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen Entgelten für Investitionstätigkeiten, deren Eingang sicher ist, bleiben gemäß § 21 Abs. 1 GemHVO bis zur Fälligkeit der letzten Zahlung für ihren Zweck verfügbar, bei Baumaßnahmen und Beschaffungen längstens jedoch zwei Jahre nach Schluss des Haushaltsjahres, in dem der Bau oder der Gegenstand in seinen wesentlichen Teilen in Benutzung genommen werden kann.

Dies gilt jeweils entsprechend für überplanmäßige und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen, wenn sie bis zum Ende des Haushaltsjahres in Anspruch genommen, jedoch noch nicht geleistet worden sind.

Die Übertragung von ordentlichen Aufwendungen wird davon abhängig gemacht, inwieweit eine Verbesserung des ordentlichen Ergebnisses im jeweiligen Budget durch ein **aktives Handeln** des Budgetverantwortlichen erzielt werden konnte. Über die tatsächliche Übertragung der Mittel entscheiden die beschließenden Ausschüsse bzw. der Dezernent I entsprechend den Vorgaben der Hauptsatzung.

Werden dagegen mehr Mittel benötigt, die zu einem höheren Ressourcenverbrauch beim ordentlichen Ergebnis führen, werden diese auf die Budgets der Folgejahre angerechnet, sofern sie nicht auf unvertretbare Gegebenheiten zurückzuführen sind.

2. Gesamthaushalt

Gesamtergebnishaushalt

lfd. Nr.		Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen u. Zuwendungen, Umlagen	49.630	59.600	65.400
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	526	500	500
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	127.756	134.660	163.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	51.468	31.200	34.300
9	+	Aktiviertete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	5	0	0
11	=	Ordentliche Erträge	229.385	225.960	263.200
12	-	Personalaufwendungen	0	0	0
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.168-	31.550-	35.800-
15	-	Abschreibungen	24.600-	22.300-	22.300-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	298-	500-	500-
17	-	Transferaufwendungen	70.375-	60.000-	75.100-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	79.626-	86.800-	94.600-
19	=	Ordentliche Aufwendungen	190.067-	201.150-	228.300-
20	=	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis	39.318	24.810	34.900
21	+	Außerordentliche Erträge	646	0	0
22	-	Außerordentliche Aufwendungen	646-	0	0
23	=	Veranschlagtes Sonderergebnis	0	0	0
24	=	Veranschlagtes Gesamtergebnis	39.318	24.810	34.900
25		Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren	0	0	0
26		Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	39.318-	24.810-	34.900-
27		Minderung des Basiskapitals nach Artikel 13 Absatz 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts	0	0	0
28		Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	0	0	0
29		Verwendung des Überschusses des Sonderergebnisses zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses	0	0	0
30		Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0	0	0
31		Verrechnung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0	0	0
32		Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses	0	0	0

Ifd. Nr.		Gesamtergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026
			EUR	EUR	EUR
			1	2	3
33		Fehlbetragsvortrag auf das ordentliche Ergebnis folgender Haushaltsjahre	0	0	0
34		Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit dem Basiskapital	0	0	0
35		Verrechnung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis mit dem Basiskapital	0	0	0

Gesamtfinanzhaushalt

lfd. Nr.		Gesamtfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	51.230	59.600	65.400	0
3	+	Sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0
4	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0	0
5	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	127.044	134.660	163.000	0
6	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0
7	+	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	44.810	31.200	34.300	0
8	+	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	5	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	223.089	225.460	262.700	0
10	-	Personalauszahlungen	0	0	0	0
11	-	Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	22.412-	31.550-	35.800-	0
13	-	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	440-	500-	500-	0
14	-	Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	70.538-	60.000-	75.100-	0
15	-	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	81.214-	86.800-	94.600-	0
16	=	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	174.604-	178.850-	206.000-	0
17	=	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	48.485	46.610	56.700	0
18	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
19	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
20	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
21	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
22	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
23	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
24	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
25	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
26	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
27	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
28	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
29	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
30	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
31	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0

Ifd. Nr.		Gesamtfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024	Ansatz 2025	Ansatz 2026	VE 2026
			EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4
32	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	48.485	46.610	56.700	0
33	+	Einzahlungen aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
34	-	Auszahlungen für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0
35	=	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit	0	0	0	0
36	=	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestands zum Ende des Haushaltsjahres	48.485	46.610	56.700	0
37		den voraussichtlichen Bestand an liquiden Eigenmitteln zum Jahresbeginn	0	0	0	0
38		den voraussichtlichen Bestand an inneren Darlehen zum Jahresbeginn	0	0	0	0

Haushaltsquerschnitt Ergebnishaushalt

Haushaltsquerschnitt des Ergebnishaushalts		Erträge aus Nutzungs-entgelten, Zuwendungen u. Umlagen, privatrechtl. Leistungs-entgelte, Kostenerstattungen u.-umlagen	Sonstige Erträge	Personal-aufwen-dungen	Aufwen-dungen für Sach- und Dienstleis-tungen	Transfer-aufwen-dungen	Sonstige Aufwen-dungen	Erträge aus internen Leis-tungen	Aufwen-dungen für interne Leis-tungen	Kalkula-torische Kosten	Nettores-sourcen-bedarf / -über-schuss
		(KoGr 31, 33, 34)	(KoGr 30, 32, 35-37, 50)	(KoGr 40, 41)	(KoGr 42)	(KoGr 43)	(KoGr 44 – 47,51)	(KoGr 38)	(KoGr 48)		(Spalten 1 bis 9)
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8	9	10
11	Innere Verwaltung	222.900	0	0	35.800-	0	116.900-	28.700	17.507-	23.100-	58.293
31	Soziale Hilfen	6.000	0	0	0	75.100-	0	0	10.619-	0	79.719-
61	Allg. Finanzwirtschaft	0	34.300	0	0	0	500-	0	574-	0	33.226
6120	- davon sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	0	34.300	0	0	0	500-	0	574-	0	33.226
2000	Gesamtsumme	228.900	34.300	0	35.800-	75.100-	117.400-	28.700	28.700-	23.100-	11.800

Haushaltsquerschnitt Finanzhaushalt

Haushaltsquerschnitt des Finanzhaushalts		anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	Anteiliger veranschl. Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Spalten 1-3)	Einzahlungen aus Finanzierungstätigkeit	Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit	anteiliger veranschl. Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Spalten 1-3,5,6)	Verpflichtungsermächtigungen
		EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5	6	7	8
TH0	Stiftungsverwaltung und Hilfen	22.900	0	0	22.900	0	0	22.900	0
TH1	Allgemeine Finanzwirtschaft	33.800	0	0	33.800	0	0	33.800	0
2000	Gesamtsumme	56.700	0	0	56.700	0	0	56.700	0

Teilhaushalt 0

Stiftungsverwaltung und Hilfen

Verantwortlicher Dezernent:
Ulrich Bäuerlein

TH0 Stiftungsverwaltung und Hilfen

Budgetverantwortung: Frau A. Götz

Produktbereich: 11 Innere Verwaltung

Produktgruppen:

- 11.22 Finanzverwaltung, Kasse
- 11.24 Grundstücks- und Gebäudemanagement,
 technisches Immobilienmanagement

Produkte:

- 11220301 Verwaltung der Stiftung
- 11240901 Wohngebäude in Weinheim
- 11240902 Wohngebäude in Sinsheim
- 11241001 Grundvermögen

Produktbereich: 31 Soziale Hilfen

Produktgruppen:

- 31.80 Sonstige soziale Hilfen und Leistungen

Produkte:

- 31800601 Unterstützung von hilfsbedürftigen Einwohnern des
 Rhein-Neckar-Kreises (§ 2 Nr. 1 a der Satzung)
- 31800602 Leistungen nach § 2 Nr. 1 b und c der Satzung (Zustiftung)

Produktgruppe 11.22 Finanzverwaltung, Kasse

11220301 Verwaltung der Stiftung

Haushalts- und Investitionsplanung der Freiherr von Ullner'schen Stiftung einschl. Aufstellung des Planentwurfs; Überwachung des Haushaltsvollzugs; Rechenschaftsbericht zur Jahresrechnung; Steuerung des Vermögenseinsatzes; Geldanlagen

Produktgruppe 11.24 Grundstücks- u. Gebäudemanagement, technisches Immobilienmanagement

11240901 Wohngebäude in Weinheim

Abschluss, Aufhebung und Verwaltung von Mietverträgen; kaufmännische Bewirtschaftung des stiftungseigenen Wohnhauses in Weinheim, Hauptstraße 44

11240902 Wohngebäude in Sinsheim

Abschluss, Aufhebung und Verwaltung von Mietverträgen; kaufmännische Bewirtschaftung des stiftungseigenen Wohnhauses in Sinsheim, Am Mönchsrain 23

11241001 Grundvermögen

Abschluss, Aufhebung und Verwaltung von Pachtverträgen und Erbbaurechtsverträgen; kaufmännische Bewirtschaftung der stiftungseigenen Grundstücke

Produktgruppe 31.80 sonstige soziale Hilfen und Leistungen

**31800601 Unterstützung von hilfsbedürftigen Einwohnern des Rhein-Neckar-Kreises
(§ 2 Nr. 1 a der Satzung)**

Gewährung einmaliger Beihilfen für Einwohnerinnen und Einwohner des Rhein-Neckar-Kreises zur Abwendung einer finanziellen Notlage

31800602 Leistungen nach § 2 Nr. 1 b und c der Satzung (Zustiftung)

Finanzielle Unterstützung verschiedener Projekte und Selbsthilfegruppen mit folgenden Förderschwerpunkten:

- Förderung von Projekten für benachteiligte Jugendliche
- Unterstützung des gesellschaftlichen und bürgerschaftlichen Engagements
- Förderung der Altenhilfe
- Förderung der Seniorenarbeit

Kennzahlen	2024	2025	2026
Anteil der Transferaufwendungen an den ordentlichen Erträgen (gesamt)	30,7 %	26,6%	28,5 %

Strukturzahlen	2024	2025	2026
Anzahl der bebauten Grundstücke	23	23	23
- davon Mietwohnungen (Wohnhaus Weinheim)	2	2	2
- davon im Wege des Erbbaurechts vergeben	22	22	22
Anzahl der Mietwohnungen auf Erbbaugrundstück (Wohnhaus Sinsheim)	1	1	1
Anzahl der unbebauten Grundstücke	14	14	14
Anzahl der gewährten Hilfen nach § 2 Nr. 1a der Satzung	18	30	35
Anzahl der geförderten Projekte/Gruppen nach § 2 Nr. 1b und c der Satzung	13	5	5

TH0 **Stiftungsverwaltung und Hilfen**

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Umlagen	49.630	59.600	65.400
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	526	500	500
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	127.756	134.660	163.000
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	0	0	0
9	+	Aktivierete Eigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	5	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	177.917	194.760	228.900
12	-	Personalaufwendungen	0	0	0
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	15.168-	31.550-	35.800-
15	-	Abschreibungen	24.600-	22.300-	22.300-
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	70.375-	60.000-	75.100-
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	79.626-	86.800-	94.600-
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	189.768-	200.650-	227.800-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	11.852-	5.890-	1.100
21	+	Erträge aus internen Leistungen	26.412	26.700	28.700
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	25.884-	26.166-	28.126-
23	-	kalkulatorische Kosten	30.017-	25.400-	23.100-
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	29.489-	24.866-	22.526-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	41.341-	30.756-	21.426-

zu lfd. Nr. 2 und 3:

Zuweisungen und Umlagen, aufgelösten Investitionszuwendungen:

- Zuweisungen und Zuschüsse vom Kernhaushalt (Stiftung)	65.400 €
- Auflösung von Investitionszuschüssen	500 €
Summe	65.900 €

zu lfd. Nr. 6:

Privatrechtliche Leistungsentgelte:

- Miete und Nebenkosten für das Wohnhaus in Weinheim und Sinsheim	63.400 €
- Erbbauzinsen	98.000 €
- Pacht unbebaute Grundstücke	1.600 €
Summe	163.000 €

zu lfd. Nr. 14:

Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen:

- Bewirtschaftung Grundstücke und Wohnhäuser	17.750 €
- Unterhaltung der Wohnhäuser in Weinheim und Sinsheim (allgemein)	15.000 €
- Mieten u. Pachten (Erbbauzins)	2.200 €
- Aus- und Fortbildung	500 €
- Wartung	350 €
Summe	35.800 €

zu lfd. Nr. 15:

Planmäßige Abschreibungen:

- Abschreibung Sachvermögen	22.300 €
Summe	22.300 €

zu lfd. Nr. 17:

Transferaufwendungen:

- Beihilfen nach § 2 Nr. 1 a der Satzung für hilfsbedürftige Kreiseinwohner	35.000 €
- Förderung nach § 2 Nr. 1 b und c der Satzung	40.100 €
Summe	75.100 €

zu lfd. Nr. 18:

Sonstige ordentliche Aufwendungen:

- Mitgliedsbeiträge, Versicherungen	1.200 €
- Verwaltungskostenerstattungen an den Rhein-Neckar-Kreis	90.400 €
- Verwaltungskostenerstattungen an den EBVIT	1.000 €
- Rechts- und Beratungskosten	2.000 €
Summe	94.600 €

zu lfd. Nr. 23:

Kalkulatorische Kosten:

- kalkulatorische Zinsen Wohnhaus in Weinheim	4.200 €
- kalkulatorische Verzinsung von Zuweisungen und Zuschüssen Wohnhaus Weinheim	-100 €
- kalkulatorische Zinsen Wohnhaus in Sinsheim	3.300 €
- kalkulatorische Zinsen übrige Grundstücke	15.700 €
Summe	23.100 €

TH0 **Stiftungsverwaltung und Hilfen**

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	178.279	194.260	228.400	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	174.164-	178.350-	205.500-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	4.115	15.910	22.900	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	4.115	15.910	22.900	0

Teilhaushalt 1

Allgemeine Finanzwirtschaft

Verantwortlicher Dezernent:
Ulrich Bäuerlein

TH1 Allgemeine Finanzwirtschaft

Budgetverantwortung: Frau A. Götz

Produktbereich: 61 Allgemeine Finanzwirtschaft

Produktgruppen:

Produkte:

61.20 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

61200101 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Produktgruppe 61.20 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

61200101 Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft

Zinserträge aus Geldanlagen der Stiftung, Zinserträge aus Kassenkrediten, Zinserträge und Zinsaufwendungen für das Girokonto

TH1 Allgemeine Finanzwirtschaft

lfd. Nr.		Teilergebnishaushalt Ertrags- und Aufwandsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR
			1	2	3
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	0	0	0
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	0	0	0
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	0	0	0
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	51.468	31.200	34.300
9	+	Aktivierteneigenleistungen und Bestandsveränderungen	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0
11	=	Anteilige ordentliche Erträge	51.468	31.200	34.300
12	-	Personalaufwendungen	0	0	0
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	0	0	0
15	-	Abschreibungen	0	0	0
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	298-	500-	500-
17	-	Transferaufwendungen	0	0	0
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	0	0	0
19	=	Anteilige ordentliche Aufwendungen	298-	500-	500-
20	=	Anteiliges veranschlagtes ordentliches Ergebnis	51.170	30.700	33.800
21	+	Erträge aus internen Leistungen	0	0	0
22	-	Aufwendungen für interne Leistungen	528-	534-	574-
23	-	kalkulatorische Kosten	0	0	0
24	=	Veranschlagtes kalkulatorisches Ergebnis	528-	534-	574-
25	=	Veranschlagter Nettoressourcenbedarf/-überschuss	50.641	30.166	33.226

zu lfd. Nr. 8:

Zinsen und ähnliche Erträge:

- Dividende	200 €
- Zinseinnahmen Stiftungsvermögen	34.100 €
Summe	34.300 €

TH1 Allgemeine Finanzwirtschaft

lfd. Nr.		Teilfinanzhaushalt Einzahlungs- und Auszahlungsarten	Ergebnis 2024 EUR	Ansatz 2025 EUR	Ansatz 2026 EUR	VE 2026 EUR
			1	2	3	4
1	+	Summe der Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (ohne außerord. zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerungen)	44.810	31.200	34.300	0
2	-	Summe der Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit	440-	500-	500-	0
3	=	Anteiliger Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf des Ergebnishaushalts	44.370	30.700	33.800	0
4	+	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0
5	+	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnl. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0
6	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0
7	+	Einzahlungen aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0
8	+	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0
9	=	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
10	-	Auszahlungen für den Erwerb von Grundstücken und Gebäuden	0	0	0	0
11	-	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0
12	-	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichem Sachvermögen	0	0	0	0
13	-	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0
14	-	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0
15	-	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0
16	=	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
17	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit	0	0	0	0
18	=	Anteiliger veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf	44.370	30.700	33.800	0

D. Anlagen

Anlage 1

Finanzplanung für die Jahre 2025 bis 2029

I. Ergebnishaushalt

Nr.		Finanzplan Ergebnishaushalt	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Planung 2027	Planung 2028	Planung 2029
		Ertrags- und Aufwandsarten	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
			1	2	3	4	5
1	+	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0
2	+	Zuweisungen und Zuwendungen, Umlagen	59.600	65.400	67.200	69.000	70.900
3	+	Aufgelöste Investitionszuwendungen und -beiträge	500	500	500	500	500
4	+	Sonstige Transfererträge	0	0	0	0	0
5	+	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0	0	0
6	+	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	134.660	163.000	163.660	165.659	167.698
7	+	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0
8	+	Zinsen und ähnliche Erträge	31.200	34.300	30.200	30.200	30.200
9	+	Aktivierete Eigenleistungen u. Bestandsveränderungen	0	0	0	0	0
10	+	Sonstige ordentliche Erträge	0	0	0	0	0
11	=	Summe der ordentlichen Erträge (Summe aus Nummern 1 bis 10)	225.960	263.200	261.560	265.359	269.298
12	-	Personalaufwendungen	0	0	0	0	0
13	-	Versorgungsaufwendungen	0	0	0	0	0
14	-	Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen	-31.550	-35.800	-34.165	-34.537	-34.916
15	-	Abschreibungen	-22.300	-22.300	-22.300	-22.300	-22.300
16	-	Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-500	-500	0	0	0
17	-	Transferaufwendungen	-60.000	-75.100	-71.000	-71.000	-71.000
18	-	Sonstige ordentliche Aufwendungen	-86.800	-94.600	-99.950	-96.800	-98.750
19	=	Summe der ordentlichen Aufwendungen (Summe aus Nummern 12 bis 18)	-201.150	-228.300	-227.415	-224.637	-226.966
20	=	Veranschlagtes ordentliches Ergebnis (Saldo aus Nummern 11 und 19)	24.810	34.900	34.145	40.722	42.332
21	+	Außerordentliche Erträge	0	0	0	0	0
22	-	Außerordentliche Aufwendungen	0	0	0	0	0
23	=	Veranschlagtes Sonderergebnis (Saldo aus Nummern 21 und 22)	0	0	0	0	0
24	=	Veranschlagtes Gesamtergebnis (Überschuss oder Fehlbetrag; Summe aus Nummern 20 und 23)	24.810	34.900	34.145	40.722	42.332
25		nachrichtlich: Behandlung von Überschüssen und Fehlbeträgen: Abdeckung von Fehlbeträgen aus Vorjahren					
26		Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	-24.810	-34.900	-34.145	-40.722	-42.332
27		Minderung des Basiskapitals nach Artikel 13 Absatz 6 des Gesetzes zur Reform des Gemeindehaushaltsrechts					
28		Entnahme aus der Rücklage aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses					
29		Verwendung des Überschusses des Sonderergebnisses zum Ausgleich des ordentlichen Ergebnisses					
30		Zuführung zur Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses					
31		Verrechnung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses					
32		Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis mit der Rücklage aus Überschüssen des Sonderergebnisses					
33		Fehlbetragsvortrag auf das ordentliche Ergebnis folgender Haushaltsjahre					
34		Verrechnung eines Fehlbetrags beim ordentlichen Ergebnis					
35		Verrechnung eines Fehlbetrags beim Sonderergebnis mit dem Basiskapital					

II. Finanzhaushalt

Nr.	Finanzplan Finanzhaushalt	Ansatz 2025	Ansatz 2026	Planung 2027	Planung 2028	Planung 2029
	Einzahlungs- und Auszahlungsarten	EUR	EUR	EUR	EUR	EUR
		1	2	3	4	5
1 +	Steuern und ähnliche Abgaben	0	0	0	0	0
2 +	Zuweisungen und Zuwendungen und allgemeine Umlagen	59.600	65.400	67.200	69.000	70.900
3 +	sonstige Transfereinzahlungen	0	0	0	0	0
4 +	Entgelte für öffentliche Leistungen oder Einrichtungen	0	0	0	0	0
5 +	Sonstige privatrechtliche Leistungsentgelte	134.660	163.000	163.660	165.659	167.698
6 +	Kostenerstattungen und Kostenumlagen	0	0	0	0	0
7 +	Zinsen und ähnliche Einzahlungen	31.200	34.300	30.200	30.200	30.200
8 +	Sonstige haushaltswirksame Einzahlungen	0	0	0	0	0
9 =	Einzahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe aus Nummern 1 bis 8, ohne außerordentliche zahlungswirksame Erträge aus Vermögensveräußerung)	225.460	262.700	261.060	264.859	268.798
10	Personalauszahlungen	0	0	0	0	0
11 -	Versorgungsauszahlungen	0	0	0	0	0
12 -	Auszahlungen für Sach- und Dienstleistungen	-31.550	-35.800	-34.165	-34.537	-34.916
13 -	Zinsen und ähnliche Auszahlungen	0	0	0	0	0
14 -	Transferauszahlungen (ohne Investitionszuschüsse)	-60.000	-75.100	-71.000	-71.000	-71.000
15 -	Sonstige haushaltswirksame Auszahlungen	-87.300	-95.100	-99.950	-96.800	-98.750
16 -	Auszahlungen aus laufender Verwaltungstätigkeit (Summe aus Nummern 10 bis 15)	-178.850	-206.000	-205.115	-202.337	-204.666
17 =	Zahlungsmittelüberschuss/-bedarf aus laufender Verwaltungstätigkeit (Saldo aus Nummern 9 und 16)	46.610	56.700	55.945	62.522	64.132
18 +	Einzahlungen aus Investitionszuwendungen	0	0	0	0	0
19 +	Einzahlungen aus Investitionsbeiträgen und ähnlichen. Entgelten für Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0
20 +	Einzahlung aus der Veräußerung von Sachvermögen	0	0	0	0	0
21 +	Einzahlung aus der Veräußerung von Finanzvermögen	0	0	0	0	0
22 +	Einzahlungen für sonstige Investitionstätigkeit	0	0	0	0	0
23 =	Einzahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummern 18 bis 22)	0	0	0	0	0
24 -	Auszahlung für den Erwerb v. Grundstücken u. Gebäuden	0	0	0	0	0
25 -	Auszahlungen für Baumaßnahmen	0	0	0	0	0
26 -	Auszahlungen für den Erwerb von beweglichen Sachvermögen	0	0	0	0	0
27 -	Auszahlungen für den Erwerb von Finanzvermögen	0	0	0	0	0
28 -	Auszahlungen für Investitionsförderungsmaßnahmen	0	0	0	0	0
29 -	Auszahlungen für den Erwerb von immateriellen Vermögensgegenständen	0	0	0	0	0
30 =	Auszahlungen aus Investitionstätigkeit (Summe aus Nummern 24 bis 29)	0	0	0	0	0
31 =	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Investitionstätigkeit (Saldo aus Nummern 23 und 30)	0	0	0	0	0
32 =	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf (Summe aus Nummern 17 und 31)	46.610	56.700	55.945	62.522	64.132
33 +	Einzahlung aus der Aufnahme von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0	0
34 -	Auszahlung für die Tilgung von Krediten und wirtschaftlich vergleichbaren Vorgängen für Investitionen	0	0	0	0	0
35 =	Veranschlagter Finanzierungsmittelüberschuss/-bedarf aus Finanzierungstätigkeit (Saldo aus Nummern 33 u. 34)	0	0	0	0	0
36 =	Veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbe- standes zum Ende des Haushaltsjahres (Saldo aus Nummern 32 und 35)	46.610	56.700	55.945	62.522	64.132
37	nachrichtlich: den voraussichtlichen Bestand an liquiden Eigenmitteln zum Jahresbeginn	1.687.226	1.733.836	1.790.536	1.846.481	1.909.003
38	den voraussichtlichen Bestand an inneren Darlehen zum Jahresbeginn	0	0			

Entwicklung Liquidität	Jahr 2025 €	Jahr 2026 €	Jahr 2027 €	Jahr 2028 €	Jahr 2029 €
Zahlungsmittelbestand zum 01.01.	137.226				
Festgeldanlage Zustiftung zum 01.01.	1.550.000				
Änderung Finanzierungsmittelbestand lt. Plan	46.610	56.700	55.945	62.522	64.132
Veränderung aufgrund unterjähriger Entwicklung	0				
Liquide Mittel zum 31.12.	1.733.836	1.790.536	1.846.481	1.909.003	1.973.135

Anlage 2

Zuordnung der Produktgruppen zu den einzelnen Teilhaushalten

Produktbereich	Produktgruppe	Teilhaushalte
11 – Innere Verwaltung	11.22 – Finanzverwaltung, Kasse 11.24 – Grundstücks- und Gebäudemanagement, technisches Immobilienmanagement	TH 0
31 – Soziale Hilfen	31.80 – Sonstige soziale Hilfen und Leistungen	TH 0
61 – Allgemeine Finanzwirtschaft	61.20 – Sonstige allgemeine Finanzwirtschaft	TH 1

Anlage 3

Übersicht über den voraussichtlichen Stand der Rücklagen

Art	voraussichtlicher Stand zu Beginn des Haushaltsjahres	voraussichtlicher Stand zum Ende des Haushaltsjahres
	TEUR	
1. ErgebnISRücklagen	624.300	659.200
1.1 Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen Ergebnisses	211.718	246.618
1.2 Rücklagen aus Überschüssen des Sonderergebnisses	412.582	412.582
2. Zweckgebundene Rücklagen	0	0
Rücklagen gesamt	624.300	659.200

Glossar

Abschreibung	Abschreibungen erfassen den Werteverzehr für materielle und immaterielle Gegenstände des Anlagevermögens. Mit ihrer Hilfe werden die für diese Güter anfallenden Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten erfolgswirksam auf mehrere Rechnungsperioden (Haushaltsjahre) aufgeteilt. Man unterscheidet zwischen planmäßigen und außerplanmäßigen bzw. außerordentlichen Abschreibungen.
Abschreibungszeitraum	Die Nutzungsdauer bzw. die wirtschaftliche Lebensdauer eines Vermögensgegenstandes muss aufgrund bestimmter Annahmen im Vorhinein geschätzt werden. Eine nachträgliche Änderung der Nutzungsdauer kann nur unter bestimmten Voraussetzungen erfolgen. (Bsp. Vermögensgegenstand wird durch Feuer beschädigt).
Aktivseite/Aktiva	Bei der in Kontoform aufgestellten Bilanz wird die linke Seite als Aktivseite bezeichnet. Die dort aufgeführten Aktiva umfassen die Gesamtheit des Anlage- und Umlaufvermögens sowie der Rechnungsabgrenzungsposten (vgl. Definitionen a.a.O.). Diese Seite gibt Auskunft über die Mittelverwendung. Gegenseite: Passiva
Aktivierung	Aktivierung bezeichnet das buchhalterische Verfahren zur Erfassung von Vermögensgegenständen als Aktiva.
Anlagenbuchhaltung	In der Anlagenbuchhaltung wird das Anlagevermögen erfasst und bewertet. Sie dient dem Zweck, die Vermögensgegenstände des Anlagevermögens nach Art und Menge aufzuzeichnen sowie die Werte des Anlagenbestandes fortzuschreiben. Darüber hinaus ermöglicht die Anlagenbuchhaltung, die gebrauchsbedingte Abnutzung der Vermögensgegenstände wertmäßig in Form von Abschreibungen zu erfassen.
Anlagevermögen	Zum Anlagevermögen gehören alle Gegenstände, die dem Landkreis langfristig zu dienen bestimmt sind (Gegensatz Umlaufvermögen). Das Anlagevermögen setzt sich zusammen aus dem Immateriellen Vermögen (z. B. Konzessionen), Sachanlagen (z. B. Grundstücke und Gebäude) und Finanzanlagen (z. B. Beteiligungen).
Aufwand bzw. Aufwendungen	Aufwand stellt den wertmäßigen, zahlungs- und nicht zahlungswirksamen Verbrauch von Gütern und Dienstleistungen (Ressourcenverbrauch) eines Haushaltsjahres dar.
Aufwandskonto	Bezeichnung sämtlicher Konten, die zur Erfassung und Verrechnung von Aufwand dienen.
Außerordentliche Abschreibung	Wertkorrektur aufgrund einer voraussichtlich dauernden Wertminderung eines Vermögensgegenstandes, die nicht im Abschreibungsplan (planmäßige Abschreibung) berücksichtigt worden ist. Beispiele: Blitzschlag zerstört EDV-Anlage, technische Veralterung von Anlagegütern aufgrund von technischen Weiterentwicklungen.
Außerordentliche Aufwendung	Hierunter sind solche Aufwendungen zu verstehen, die – im Gegensatz zu den ordentlichen Aufwendungen – außerhalb der eigentlichen gewöhnlichen Geschäftstätigkeit und unregelmäßig (selten) anfallen.

Außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	Aufwendungen und Auszahlungen, für die im Haushaltsplan keine Ermächtigungen veranschlagt und keine aus den Vorjahren übertragenen Ansätze verfügbar sind.
Auszahlungen	Unter Auszahlungen versteht man alle reinen Zahlungsvorgänge, die zu einer Verminderung des Zahlungsmittelbestandes durch den Abfluss liquider Mittel (z. B. Barauszahlung oder Überweisung) führen.
Bestandskonten	Die Konten, auf denen die Zu- und Abgänge im Bestand von Vermögensgegenständen, Schulden und Eigenkapital aufgezeichnet werden, bezeichnet man als Bestandskonten. Bestandskonten werden mit ihrem Anfangsbestand aus der Eröffnungsbilanz abgeleitet, der Schlussbestand geht in die Schlussbilanz ein. Man unterscheidet aktive und passive Bestandskonten. Bestandskonten auf der Aktivseite der Bilanz zeigen das Vermögen (z.B. Anlagevermögen, Umlaufvermögen), während Bestandskonten auf der Passivseite Auskunft über die Finanzierung des Vermögens (z. B. durch Eigen- oder Fremdkapital) geben.
Betriebskostenzuschuss	Betriebskostenzuschüsse sind eine besondere Form der Zuwendungen des Landkreises an den unternehmerischen Bereich. Geleistete Betriebskostenzuschüsse stellen für den Landkreis Aufwand dar; eine Aktivierung findet nicht statt.
Bewertung	Bewertung nennt sich der Vorgang, bei dem der Wert der einzelnen unter den Bilanzpositionen (Aktiva, Passiva) zu findenden Vermögensgegenstände ermittelt wird.
Bilanz	Die Bilanz ist ein Bestandteil des Jahresabschlusses. In ihr werden das Vermögen (Aktiva) und das Kapital (Passiva) einander wertmäßig zu einem bestimmten Stichtag (31.12.) in Kontenform gegenübergestellt. Die linke Seite der Bilanz gibt somit Auskunft über die Verwendung der eingesetzten finanziellen Mittel, d. h. über die Zusammensetzung des Vermögens. Die rechte Bilanzseite gibt durch den Ausweis des Fremdkapitals (Ansprüche der Gläubiger, z. B. Banken gegenüber einem Kreditnehmer) und des Reinvermögens (als Differenz zwischen Vermögen und Fremdkapital) Auskunft über die Mittelherkunft. Es besteht somit Bilanzgleichheit, d. h. die Bilanz ist immer ausgeglichen (Aktiva = Passiva)
Buchwert	Buchwert ist der in der Bilanz nach den Bewertungsregeln ausgewiesene Wert eines einzelnen Aktiv- oder Passivpostens. Er ergibt sich z. B. bei abschreibbaren Vermögensgegenständen aus der Differenz zwischen Anschaffungswert und kumulierten Abschreibungen. Er gibt damit Auskunft über den Restwert und den Gebrauchszustand einer Anlage.
Budget	Als Budget bezeichnet man die im Haushaltsplan für einen abgegrenzten Aufgabenbereich veranschlagten Personal- und Sachmittel (Ermächtigungen), die dem zuständigen Verantwortungsbereich zur Bewirtschaftung im Rahmen vorgegebener Leistungsziele (vgl. Definition a.a.O.) zugewiesen sind.
Budgetierung	Budgetierung stellt eine Möglichkeit dar, Verantwortung zu dezentralisieren. Dies geschieht, indem eine Organisationseinheit die Verantwortung für ihren Mitteleinsatz innerhalb eines Finanzrahmens zur Aufgabenerfüllung selbst bestimmen kann.
Cashflow	Der Cashflow (Geldfluss) stellt einen Wert dar, der Aufschluss über die Fi-

nanzlage (liquide Mittel) gibt. In der Finanzrechnung (vgl. Definition a.a.O.) werden der Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit, der Cashflow aus Investitionstätigkeit sowie der Cashflow aus Finanzierungstätigkeit ausgewiesen. Der Cashflow aus laufender Verwaltungstätigkeit zeigt die Fähigkeit einer Kommune, finanzielle Mittel aus der laufenden Verwaltungstätigkeit heraus zu erwirtschaften. Er steht für Investitionen und Schuldentilgung zur Verfügung.

Controlling

Controlling ist nicht Kontrolle, sondern Steuerung als eine Form der Führungsunterstützung. Durch die Bereitstellung von Informationen und Methoden für die verschiedenen Ebenen des politisch-administrativen Führungssystems wird die ziel- bzw. ergebnisorientierte Steuerung der Effektivität, der Effizienz und des Finanzmittelbedarfes ermöglicht.

Deckungsfähigkeit

Unter Deckungsfähigkeit versteht man die Ermächtigung, Ausgaben über den Haushaltsansatz hinaus zu leisten, wenn bei einem anderen Haushaltsansatz noch Mittel verfügbar sind. Unterschieden wird die echte Deckungsfähigkeit. Sie bezieht sich ausschließlich auf die Aufwands/Auszahlungsseite und die unechte Deckungsfähigkeit, bei der Mehrerträge/höhere Einzahlungen zu Leistung höherer Aufwendungen/Auszahlungen verwendet werden dürfen.

Doppelte Buchführung („Doppik“)

Als Buchführung wird die planmäßige und lückenlose Aufzeichnung aller Geschäftsvorfälle einer Organisationseinheit bezeichnet, wobei das Ziel verfolgt wird, dem Betrachter jederzeit einen Überblick über die Lage und Entwicklung des Vermögens zu ermöglichen. Bei der doppischen Buchführung erfolgt die Buchung auf mindestens zwei Konten. Sie bedient sich dabei der so genannten Bestandskonten (für die Erstellung einer Bilanz) und der Erfolgskonten (für die Erstellung einer Erfolgsrechnung und zur Ermittlung des Erfolges). Für den Begriff der doppelten Buchführung hat sich auch das Kunstwort „Doppik“ (= **Doppelte Buchführung in Konten**) etabliert.

Drei-Komponenten-Modell

Das Drei-Komponenten-Modell wurde erstmals von Prof. Lüder im Rahmen des Speyerer Verfahrens für die Doppik im öffentlichen Bereich vorgeschlagen. Das Drei-Komponenten-Modell ergänzt die in der Privatwirtschaft üblichen Jahresabschlussteile Bilanz und Gewinn- und Verlustrechnung um die Finanzrechnung als dritte Komponente. Hiermit soll das Budgetrecht des Gemeinderats gewahrt und eine Zahlungskomponente integriert werden, auf deren Basis die neue Haushaltsplanung erfolgt.

Durchlaufende Gelder

Zahlungen, die für einen Dritten lediglich eingenommen und ausgegeben werden.

Eigenkapital

Eigenkapital ist eine rechnerische Größe. In der Doppik wird darunter die Differenz zwischen dem Vermögen (Aktiva) einer Organisation und den Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen) sowie den Sonderposten verstanden. Jahresüberschüsse erhöhen und Jahresfehlbeträge mindern das Eigenkapital. Ergibt sich aus der Differenz ein negatives Eigenkapital, wird dies durch einen Ausgleichsposten „Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag“ auf der Aktivseite ausgewiesen.

Einzahlungen

Einzahlungen sind Barzahlungen und bargeldlose Zahlungen, die die Liquidität erhöhen (Kassenbestand, Bankguthaben).

Erfolgskonten

Die Konten, auf denen Aufwendungen und Erträge verrechnet werden, bezeichnet man als Erfolgskonten. Auf Aufwandskonten werden Aufwendungen, z.B. Miet-, Personal-, und Energieaufwendungen etc. erfasst. Auf Ertragskonten werden die Erträge gebucht, z.B. Gebühren. Mit dem Abschluss der Auf-

wands- und Ertragskonten in der Ergebnisrechnung wird das Jahresergebnis in dem abzuschließenden Geschäftsjahr festgestellt.

Ergebnishaushalt

Der Ergebnishaushalt ist Bestandteil des Haushaltsplans nach dem neuen kommunalen Haushaltsrecht (NKHR). Im Ergebnishaushalt werden die geplanten Erträge und Aufwendungen nach Arten getrennt ausgewiesen.

Ergebnisrechnung

Die Ergebnisrechnung weist durch Gegenüberstellung der tatsächlichen Aufwendungen und Erträge eines Haushaltsjahres das Jahresergebnis aus. Übersteigen die Erträge die Aufwendungen, entsteht als Saldo ein Jahresüberschuss; anderenfalls wird eine Jahresunterdeckung/-fehlbetrag ausgewiesen. Die Ergebnisrechnung entspricht der kaufmännischen Gewinn- und Verlustrechnung.

Eröffnungsbilanz

Der Landkreis hat im ersten Haushaltsjahr, in dem die Bestimmungen des neuen kommunalen Haushaltsrechts anzuwenden sind, eine Eröffnungsbilanz zu erstellen. Für die erstmalige Bewertung im Rahmen der Eröffnungsbilanz gelten besondere Regeln. Insbesondere gibt es Bewertungsvereinfachungen bzw. Erleichterungen.

Erträge

Erträge stellen zahlungswirksamer und nicht zahlungswirksamer Wertzuwachs (Ressourcenaufkommen) eines Haushaltsjahres dar.

Fehlbetrag

Unterschiedsbetrag, um den die ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen im Ergebnishaushalt oder im Jahresabschluss der Ergebnisrechnung höher sind als die ordentlichen und außerordentlichen Erträge.

Finanzanlagen

Finanzanlagen sind Anteile an Unternehmen oder Sondervermögen, Ausleihungen oder Wertpapiere, die dazu bestimmt sind, dauernd dem (Verwaltungs-) Betrieb zu dienen.

Finanzmittel

Die Finanzmittel umfassen den Bestand an Bargeld und die Guthaben bzw. Kontokorrentverbindlichkeiten auf Girokonten. Synonym werden auch die Begriffe „finanzielle Mittel“ und „Zahlungsmittel“ verwendet.

Finanzhaushalt

Der Finanzhaushalt ist Bestandteil des Haushaltsplans nach dem NKHR. Im Finanzhaushalt werden die geplanten Ein- und Auszahlungen getrennt nach Zahlungsarten (z. B. Personalzahlungen, Transferzahlungen) ausgewiesen.

Finanzrechnung

Die Finanzrechnung ist Teil des so genannten Drei-Komponenten-Modells. Sie beinhaltet alle Ein- und Auszahlungen. In der Finanzrechnung werden auch nicht ergebniswirksame Ein- und Auszahlungen erfasst. Dies betrifft in erster Linie die investiven Zahlungen; aber auch Einzahlungen und Auszahlungen aus Finanzierungstätigkeit sowie die haushaltsunwirksamen Zahlungsvorgänge.

Forderungen

Werden Waren oder Dienstleistungen gegen spätere Zahlung geliefert bzw. erbracht („auf Ziel“), so hat der Verkäufer eine Forderung (Anspruch auf Erfüllung) gegenüber dem Käufer in Höhe des Rechnungsbetrages zum Fälligkeitsdatum.

Fremdkapital

Fremdkapital wird auf der Passivseite der Bilanz geführt. Es bezeichnet gegenwärtige und zukünftige Schulden (Verbindlichkeiten und Rückstellungen mit Verbindlichkeitscharakter) gegenüber Dritten, die rechtlich entstanden oder wirtschaftlich verursacht sind. Fremdkapital stellt eine der Quellen der Mittelherkunft dar und gibt in Relation zum Eigenkapital den Anteil der Fremd-

finanzierung des Vermögens an.

Gemeinkosten	Kosten, die im Gegensatz zu den Einzelkosten keinem Kostenträger oder Kostenstelle (vgl. Definitionen a.a.O.) direkt bzw. unmittelbar zurechenbar sind oder für die aus wirtschaftlichen Gründen eine Zurechnung nicht sinnvoll ist. Sie werden auch als indirekte Kosten oder Kostenträgergemeinkosten bezeichnet. Im Rahmen der Kostenstellenrechnung werden sie den Kostenträgern anteilig zugeordnet.
Generationengerechtigkeit	Generationengerechtigkeit (intergenerative Gerechtigkeit) ist die Forderung nach einer Ethik, die u. a. auch die Rechte nachrückender Generationen berücksichtigt. Die Doppik stellt einen Schritt zu mehr Generationengerechtigkeit dar, da sie den Ressourcenverbrauch periodengerecht erfasst und für Steuerungsmaßnahmen aufbereitet.
Geringwertige Wirtschaftsgüter (GWG)	„GWG“ ist im Allgemeinen die Bezeichnung für abnutzbare bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens, die selbständig nutzbar sind und deren Anschaffungs- oder Herstellungskosten so niedrig liegen (bis 1.000 € netto im Einzelfall), dass ihre Anschaffung wie Kosten behandelt werden. Sie können also im Rahmen der Bewertung des Anlagevermögens zum Zeitpunkt der Anschaffung, Herstellung oder Einlage in voller Höhe als Aufwand angesetzt werden (vgl. Abschreibung).
Haushaltsquerschnitt	Der Haushaltsquerschnitt zeigt die Zusammenfassung des Haushaltsplans nach Kostenarten und Produktgruppen.
Inventar	Das Inventar ist das Bestandsverzeichnis aller Vermögensgegenstände des Landkreises. Es wird auf Grundlage einer Inventur erstellt und dient als Grundlage für das Erstellen der Bilanz.
Inventur	Die Inventur ist die mengen- und wertmäßige Bestandsaufnahme des Vermögens, auch der Schulden, des Landkreises zu einem bestimmten Zeitpunkt. Diese Bestandsaufnahme erfolgt vom Grundsatz her körperlich (durch Messen, Zählen, Wiegen) sowie durch Verfahren der Buchinventur. Bestimmte Vermögensgüter, wie z. B. Forderungen, brauchen nur wertmäßig bestimmt werden. Die Ergebnisse der Inventur werden in einem Verzeichnis, dem Inventar, festgehalten.
Investitionsförderungs-maßnahme	Zuweisungen, Zuschüsse und Darlehen für Investitionen Dritter und für Investitionen der Sondervermögen mit Sonderrechnung (z. B. Eigenbetrieb).
Jahresabschluss	Ein Jahresabschluss besteht aus der Bilanz, der Ergebnisrechnung, der Finanzrechnung sowie dem Anhang. Hinzu kommt ein Lagebericht.
Jahresergebnis	Das Jahresergebnis ist die Differenz aller Erträge und Aufwendungen.
Jahresfehlbetrag	Ein Jahresfehlbetrag (Verlust) entsteht, wenn die Aufwendungen eines Haushaltsjahres die Erträge dieses Haushaltsjahres übersteigen. Gegensatz: Jahresüberschuss (Gewinn).
Jahresüberschuss	Ein Jahresüberschuss (Gewinn) entsteht, wenn die Erträge die Aufwendungen des Haushaltsjahres übersteigen.
Kalkulatorische Zinsen	Die kalkulatorischen Zinsen stellen das kostenmäßige Äquivalent für das in einer Einrichtung gebundene Kapital dar. Die Ermittlung der kalkulatorischen Zinsen geht davon aus, dass die zur Verfügung gestellten Budgetmittel für

andere öffentliche Zwecke verwendet werden könnten.

Kassenkredit	Kurzfristiger Kredit zur Überbrückung des verzögerten oder späteren Eingangs von Deckungsmitteln, soweit keine anderen liquiden Mittel eingesetzt werden können.
Kommunaler Versorgungsverband Baden-Württemberg (KVBW)	Dem KVBW obliegt als Hauptaufgabe die Gewährung von Versorgungsbezügen nach beamtenrechtlichen Vorschriften an seine Angehörigen. Weitere Pflichtaufgaben sind die Gewährung von Beihilfen in Geburts-, Krankheits-, Pflege- und Todesfällen an die Versorgungsempfänger sowie die Durchführung der Nachversicherung. Darüber hinaus nimmt der KVBW aufgrund einer Regelung in der Allgemeinen Satzung die Erstattung von Besoldung und Entgelt bei längerer Arbeitsunfähigkeit und - auf Antrag der Mitglieder - die Gewährung der Beihilfen in Geburts-, Krankheits-, Pflege- und Todesfällen an deren Beschäftigte wahr.
Kontenplan	Als Kontenplan bezeichnet man die auf der Grundlage des Kontenrahmens aufgestellte örtliche Gliederung der Buchungskonten.
Kontenplan NKR	Kontenplan N eu e s K ommunales R echt (Nachfolgekontenrahmen des GKG, Gemeinsamer Kontenrahmen für Gemeinden). Der Kontenplan ist ein Verzeichnis der Erfolgs- und Bestandskonten.
Kosten- und Leistungsrechnung (KLR)	Die KLR ist ein betriebswirtschaftliches Instrument, das die Kosten, die bei der Leistungserstellung entstehen, erfasst und verursachergerecht zuordnet und so dazu beiträgt, die Kosten- und Leistungstransparenz zu verbessern.
Kostenstelle	Bezeichnet die organisatorische Einheit, die Kosten verursacht und diese beeinflussen und steuern kann.
Kostenträger (Produkt)	Kostenträger werden beim Rhein-Neckar-Kreis Produkte genannt. Auf Produkte bzw. Leistungen (vgl. Definition hierzu a.a.O.) werden die Erlöse und Kosten verrechnet. Ein Kostenträger gibt an, wer bzw. welches Budget die Kosten zu tragen hat.
Leistung	Bewertbares Arbeitsergebnis einer Verwaltungseinheit, das zur Aufgabenerfüllung im Haushaltsjahr erzeugt wird.
Leistungsziele	Angestrebter Stand an Leistungen am Ende eines bestimmten Zeitraums, der durch quantitative und qualitative Größen beschrieben wird.
Liquidität	Unter Liquidität versteht man die Fähigkeit, alle notwendigen Zahlungen in der vorgesehenen Frist zu leisten. Die Liquidität ist gewahrt, wenn genügend flüssige Mittel (liquide Mittel) für den laufenden Zahlungsverkehr vorhanden sind und zur Erfüllung zukünftiger Zahlungsverpflichtungen ausreichende, fristgerecht realisierbare Vermögenswerte bereitstehen.
Mitwirkungsleistungen	Darunter versteht man Leistungen der Fachämter für andere Bereiche außerhalb von Steuerungs- und Serviceleistungen (vgl. Definitionen a.a.O.).
Outputsteuerung / Output	Outputsteuerung ist die Steuerung auf der Grundlage von Zielvorgaben und der Definition und Beschreibung von Produkten und somit den Ergebnissen des Verwaltungshandelns. Hierdurch soll die Mitarbeiter-, Kunden- und Bedarfsorientierung und die Wirtschaftlichkeit der Verwaltung verbessert werden. Wichtige Voraussetzung für eine Umsetzung der Outputsteuerung ist eine konsequente Delegation von Aufgabe und Verantwortung.

Passivseite / Passiva	Bei der in Kontoform aufgestellten Bilanz wird die rechte Seite als Passivseite bezeichnet. Die dort aufgeführten Passiva umfassen einerseits das Eigenkapital, zu dem das Nettoeigenkapital, die Kapital- und Gewinnrücklagen, ein Gewinnvortrag sowie der Jahresüberschuss gehören. Daneben gibt das Fremdkapital an, wie hoch die Verbindlichkeiten gegenüber Dritten sind. Weiter gehören auch Rückstellungen und Sonderposten mit zu den Passiva. Insgesamt stellt die Passivseite die Herkunft des Kapitals der Organisation dar.
Pauschalwertberichtigung	Die Pauschalwertberichtigung dient der Berücksichtigung des allgemeinen Ausfallrisikos bei Forderungen. Diesem nicht vorhersehbaren allgemeinen Ausfall- bzw. Kreditrisiko wird durch eine Pauschalabschreibung Rechnung getragen.
Periodengerechtigkeit	Periodengerechtigkeit bedeutet, dass nicht der Zeitpunkt der Zahlung für die Zuordnung zu einem Geschäftsjahr entscheidend ist, sondern die Periode, in der der Verbrauch tatsächlich anfällt. Gleiches gilt für Investitionen. Der Verbrauch wird über die Ermittlung von Abschreibungsbeträgen periodengerecht über mehrere Geschäftsjahre verteilt.
Produkt	Ein Produkt ist eine Leistung (vgl. Definition hierzu a.a.O.) oder eine Gruppe von Leistungen, die für Stellen außerhalb einer Verwaltungseinheit erbracht werden.
Produktbereich	Zusammenfassung von inhaltlich zusammengehörenden Produktgruppen innerhalb der Produkthierarchie.
Produktbeschreibungen	Die Produktbeschreibung dient der Konkretisierung und Definition einzelner Produkte.
Produktgruppen	Zusammenfassung von inhaltlich zusammengehörenden Produkten innerhalb der Produkthierarchie.
Produktplan Baden-Württemberg	Kommunaler Produktplan mit der Darstellung der Produktbereiche, Produktgruppen und Produkte einschließlich Ziele und Kennzahlen.
Rechnungsabgrenzungsposten	Deren Aufgabe besteht in der Rechnungsabgrenzung, um periodengerecht den Erfolg einer Periode von dem der jeweiligen Folgeperiode abzugrenzen. Dabei werden die so genannten aktiven und passiven Rechnungsabgrenzungsposten unterschieden. Die aktive Rechnungsabgrenzung stellt eine Forderung (vgl. Definition a.a.O.) dar. Sie entsteht, wenn ein Aufwand des neuen Jahres bereits im alten Jahr eine Ausgabe darstellt. Erträge des neuen Jahres, die im alten Jahr bereits Einnahmen sind, werden auf Konten für passive Rechnungsabgrenzung (Verbindlichkeit, vgl. Definition a.a.O.) gebucht.
Ressourcenverbrauch	Der Ressourcenverbrauch entspricht dem Werteverzehr. In der kaufmännischen und kommunalen Rechnungslegung wird der Ressourcenverbrauch mit Aufwand gleichgesetzt. Beispiele für Ressourcenverbrauch sind daher Personalaufwendungen, Transferaufwendungen und bilanzielle Abschreibungen.
Restbuchwert	Der Restbuchwert einer Anlage ist der innerhalb der Anlagenrechnung für das Ende der Abrechnungsperiode ausgewiesene Wert, der sich nach Abzug der in den zurückliegenden Perioden vorgenommenen Abschreibungen von der Abschreibungssumme zum jeweiligen Zeitpunkt ergibt.
Restnutzungsdauer	Die zu einem bestimmten Bilanzstichtag noch verbleibende Nutzungsdauer eines Anlagegutes.

Rücklagen	Rücklagen sind ein Teil des Eigenkapitals einer Organisation. sie bestehen aus den Rücklagen aus Überschüssen des ordentlichen und des Sonderergebnisses, Bewertungsrücklagen für Überschüsse des Bewertungsergebnisses, zweckgebundenen Rücklagen und sonstigen Rücklagen.
Rückstellungen	Rückstellungen sind Passivposten in der Bilanz, die für ungewisse Verbindlichkeiten gebildet werden müssen. Rückstellungen sind zu bilden für Aufwendungen, die zum Bilanzstichtag zwar dem Grunde nach feststehen, nicht jedoch bezüglich ihrer Höhe oder ihrer Fälligkeit.
Schlussbilanz	Bilanz am Ende einer Rechnungsperiode.
Serviceleistungen	Interne Serviceleistungen sind Leistungen einer Organisationseinheit für eine andere Einheit innerhalb des Landratsamtes. Sie sind von den Budgetverantwortlichen durch die Abnahme der angebotenen Serviceleistung beeinflussbar.
Sonderposten	Der Bilanzabschnitt „Sonderposten“ umfasst Bilanzpositionen auf der Passivseite. Sonderposten sind vor allem für erhaltene Investitionszuwendungen zu bilden.
Steuerungsleistungen	Unter Steuerung und Steuerungsunterstützung (Overhead) sind alle Leistungen zu fassen, die zur Steuerung der Gesamtverwaltung notwendig sind.
Transfererträge und -aufwendungen	Erträge und Aufwendungen ohne unmittelbar damit zusammenhängende Gegenleistung (z.B. Sozialhilfe- und Jugendhilfeleistungen).
Überplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen	Aufwendungen oder Auszahlungen, die die im Haushaltsplan veranschlagten Beträge und die aus Vorjahren übertragenen Ermächtigungen übersteigen.
Überschuss	Unterschiedsbetrag, um den die ordentlichen und außerordentlichen Erträge im Ergebnishaushalt oder im Jahresabschluss der Ergebnisrechnung die ordentlichen und außerordentlichen Aufwendungen übersteigen.
Umlaufvermögen	Das Umlaufvermögen besteht aus den Vermögensgegenständen einer Organisation, die nicht zur dauernden Nutzung im Betrieb bestimmt sind. Hierzu gehören z. B. die Bestände an Rohstoffen, Guthaben auf Konten und Bargeld.
Umschuldung	Ablösung von Krediten durch andere Kredite.
Verbindlichkeiten	Eine Verbindlichkeit stellt eine Verpflichtung zur Leistung dar. Diese Verpflichtung kann aus einer Vereinbarung (Vertrag) oder auf anderer rechtlichen Grundlage beruhen. Aufgrund einer solchen Verpflichtung kann ein Gläubiger gegenüber dem Schuldner die Leistung rechtlich durchsetzen.
Verfügunsmittel	Beträge, die dem Landrat für dienstliche Zwecke, für die kein Aufwand veranschlagt sind, zur Verfügung stehen.
Verlust	Als Verlust/Jahresfehlbetrag wird die negative Differenz aus Ertrag und Aufwand bezeichnet.
Vorschüsse und Verwahrgelder	Durchlaufende Gelder (vgl. Definition a.a.O.), die sich nicht auf den Haushalt des Landkreises auswirken.

Abkürzungsverzeichnis

a. a. O.	am angegebenen Ort
Abs.	Absatz
abzgl.	abzüglich
AdVermiG	Gesetz über die Vermittlung und Annahme als Kind und über das Verbot der Vermittlung von Ersatzmüttern
ADV-Programme	fortgeschrittene (advanced) Programme
AED's	automatische externe Defibrillatoren
AEZ	Abfallentsorgungszentrum
AFBG	Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz
AG	Aktiengesellschaft
AGG	Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz
AGLPartG	Gesetz zur Ausführung des Lebenspartnerschaftsgesetzes
AGPStG	Gesetz zur Ausführung des Personenstandsgesetzes
AGV	Allgemeines Grundvermögen
AGZensG	Gesetz zur Ausführung des Zensusgesetzes 2011
ähnl.	ähnlich
ALB	Automatisiertes Liegenschaftsbuch
ALKIS	Amtliche Liegenschaftskataster-Informationssystem
allg.	allgemein
AMG	Gesetz über den Verkehr mit Arzneimitteln
Ant.	Anteil
AO	Abgabenordnung
AP	Anfangspunkt
ArbStättV	Arbeitsstättenverordnung
ArbZeitG	Arbeitszeitgesetz
AsylbLG	Asylbewerberleistungsgesetz
ATZ	Altersteilzeit
AufenthaltsG	Aufenthaltsgesetz
AufenthaltsVO	Aufenthaltsverordnung
Ausb.-Verg.	Ausbildungsvergütung
außerordentl.	außerordentliche
AV	Anlagenvermögen
AVR mbH	Abfallverwertungsgesellschaft Rhein-Neckar-Kreis mbH
BA	Bauabschnitt
BAB	Bundesautobahn
BadegVO	Badegewässerverordnung
BAföG	Berufsausbildungsförderungsgesetz
BAMF	Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
BAT/BMT-G II	Bundesangestelltentarif/Bundesmanteltarifvertrags-Gesetz II
BauGB	Baugesetzbuch
BauNVO	Baunutzungsverordnung
BBodSchG	Bundesbodenschutzgesetz
BBodSchV	Bundes - Bodenschutz- und Altlastenverordnung
BEA	Bedarfsorientierte Landeserstaufnahmestelle
BEJ	Berufseinstiegsjahr
Bes. - Gr.	Besoldungsgruppe
BestattVO	Bestattungsverordnung
BetrSichV	Betriebssicherheitsverordnung
bew.	beweglich
BFQ	Berufsfachschulen zum Erwerb von Zusatzqualifikationen
BlmSchG	Bundes-Immissionsschutzgesetz
BioabfallVO	Bioabfallverordnung
BJagdG	Bundesjagdgesetz
BKGG	Bundeskindergeldgesetz
BMAS	Bundesministerium für Arbeit und Soziales
BmTierSSchV	Binnenmarkt-Tierseuchenschutzverordnung
BO-Kraft	Verordnung über den Betrieb von Kraftfahrtunternehmen im Personenverkehr
Bookme	Datenbanksystem
BRF	Beratungsdienst für Rindvieh und Futterbau
BSFM	Bezirksschornsteinfegermeister
BSI	Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik
BtG	Betreuungsgesetz
BuT	Bildung und Teilhabe
BVE	Berufsvorbereitende Eingliederung

BVFG	Bundesvertriebenengesetz
BVG	Bundesversorgungsgesetz
BVJ	Berufsvorbereitungsjahr
BW	Baden-Württemberg
BWG	Bundeswahlgesetz
BZ	Bildungszentrum
BZG	Bildungszentrum Gesundheit Rhein-Neckar gGmbH
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
ChancenG	Chancengleichheitsgesetz
ChemG	Gesetz zum Schutz vor gefährlichen Stoffen
ChemVerbotsV	Verordnung über Verbote und Beschränkungen des Inverkehrbringens gefährlicher Stoffe, Zubereitungen und Erzeugnisse nach dem Chemikaliengesetz
CO2	Kohlenstoffdioxid
d. h.	das heißt
DA	Direktaufwand
DAU	Digitaler Alarmumsetzer
DDR	Deutsch Demokratische Republik
DirektZahlVerpfIV	Direktzahlungsverpflichtungsverordnung
div.	diverse
DIW	Deutsches Institut für Wirtschaft
DRK	Deutsches Rotes Kreuz
DSchG	Denkmalschutzgesetz
dt.	deutsch
DüngeVO	Düngeverordnung
DüngMG	Düngemittelgesetz
DV-Programme	Datenverarbeitungsprogramme
EA	Einheitlicher Ansprechpartner
eAkte	elektronische Akte
eAT	elektronischer Aufenthaltstitel
EDV	elektronische Datenverarbeitung
ehem.	ehemals
EBBVIT	Eigenbetrieb Bau, Vermögen und Informationstechnik Rhein-Neckar-Kreis
EigBG	Eigenbetriebsgesetz
einschl.	einschließlich
EKrG	Eisenbahnkreuzungsgesetz
ELR	Entwicklungsprogramm ländlicher Raum
ELW	Einsatzleitwagen
Entn.	Entnahme
ePZA	elektronischen Postzustellungsauftrag
EQ	Einstiegsqualifikation
Erghh./ ErgHH	Ergebnishaushalt
ESF	Europäischer Sozialfond
ESU	Einschulungsuntersuchung
etc.	et cetera
ETRS89	Europäisches Terrestrisches Referenzsystem 1989
EU	Europäische Union
EuWG	Europawahlgesetz
evtl.	eventuell
EW	Einwohner
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWVA	Eigenwasserversorgungsanlage
EZ	Elternzeit
FAG	Finanzausgleichsgesetz
FahrIG	Fahrlehrergesetz
FahrpersonalG	Fahrpersonalgesetz
Fam.	Familie
Fehlbetr.	Fehlbetrag
FeV	Fahrerlaubnisverordnung
ff	fort folgende
FGF	Fußgängerfurten
finanz.	finanziell
FinHH	Finanzaushalt
FliegBautenZuVO	Fliegende Bauten Zuständigkeitsverordnung

FlüAG	Flüchtlingsaufnahmegesetz
FlurbG	Flurbereinigungsgesetz
FLZ	Führungs- und Lagezentrum
FN	Fortführungsnachweis
Förd.	Förderung
Fördermaßn.	Fördermaßnahmen
FreizügigkeitsG	Freizügigkeitsgesetz
FSJ	Freiwilliges Soziales Jahr
FSP	Berufspraktikum bzw. Anerkennungsjahr
FTG	Gesetz über Sonn- und Feiertage
FwG	Feuerwehrgesetz
FZV	Fahrzeugzulassungsverordnung
GastG	Gaststättengesetz
GastVO	Gaststättenverordnung
GBI.	Gesetzblatt
GefStoffV	Gefahrstoffverordnung
GemHVO	Gemeindehaushaltsverordnung
GemKVO	Gemeinekassenverordnung
GemO	Gemeindeordnung
GemPrO	Gemeindeprüfungsordnung
geringf.	geringfügig
GewO	Gewerbeordnung
GewStG	Gewerbesteuergesetz
ggü.	gegenüber
GK	Gauß-Krüger (Koordinatensystem in der Vermessungstechnik)
GKG	gemeinsamer Kontenrahmen für Gemeinden
GKZ	Gesetz über kommunale Zusammenarbeit
GLT	Gebäudeleitetchnik (Software zur Steuerung und Überwachung von Gebäuden)
GmbHG	Gesetz betreffend die Gesellschaften mit beschränkter Haftung
GPA	Gemeindeprüfungsanstalt
GPSG	Gesetz über technische Arbeitsmittel und Verbraucherprodukte
GräbG	Gräbergesetz
GRN gGmbH	Gesundheitszentren Rhein-Neckar gGmbH
GRW	Geh- und Radweg
GU	Gemeinsamer Unterricht
GUK	Gemeinschaftsunterkunft
GüKG	Güterkraftverkehrsgesetz
GVFG	Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
GWB	Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkung
GWG	geringwertige Wirtschaftsgüter
ha	Hektar
Helpdesk	Datenbanksystem
HHE	Haushaltsermächtigung
HHG	Häftlingshilfegesetz
HISTE	mit Hilfe der historischen Erhebung
HOAI	Honorarordnung für Architekten und Ingenieure
HRI	Handelsblatt Research Institute
HWWI	Hamburgisches WeltWirtschaftsInstitut
HzE	Hilfe zur Erziehung
i. H. v.	in Höhe von
i. R.	im Rahmen
i. V. m.	in Verbindung mit
IBB-Stelle	Informations-, Beratungs- und Beschwerdestelle
IFSG	Infektionsschutzgesetz
IfW	Institut für Weltwirtschaft
ILS	integrierte Leitstelle
incl.	inklusive
ind.	individuell
insb./ insbes.	insbesondere
insg.	insgesamt
InsO	Insolvenzordnung
INVEKOS	Integriertes Verwaltungs- und Kontrollsystem
JEVG	Justizvergütungs- und -entschädigungsgesetz
JGG	Jugendhilfegesetz

K	Kreisstraße
KAG	Kommunalabgabengesetz
kalk.	kalkulatorisch
KatSG	Katastrophenschutzgesetz
Katwarn	Katastrophenwarnsystem
KBM	Kreisbrandmeister
KdU	Kosten der Unterkunft
KFA	Kommunaler Finanzierungsanteil
KfW	Kreditanstalt für Wiederaufbau
KFZ	Kraftfahrzeug
KG	Kellergeschoss
KGK	Kommunale Gesundheitskonferenz
KH	Krankenhaus
Kiga	Kindergarten
KiTa	Kindertagesstätte
KIVBF	Kommunale Informationsverarbeitung Baden-Franken
KJHG	Kinder- und Jugendhilfegesetz
KKH	Kreiskrankenhaus
KlärschlammVO	Klärschlammverordnung
KleinG	Kleingartengesetz
KliBA gGmbH	Klimaschutz- und Energie - Beratungsagentur gGmbH
KLR	Kosten- und Leistungsrechnung
km	Kilometer
KomWG	Kommunalwahlgesetz
KrW-/AbfG	Gesetz zur Förderung der Kreislaufwirtschaft und Sicherung der umweltverträglichen Beseitigung von Abfällen
KStG	Körperschaftsteuergesetz
KÜP	koordiniertes Überwachungsprogramm
KVBW	Kommunales Versorgungsverband Baden-Württemberg
KVJS	Kommunalverband für Jugend und Soziales
KVP	Kreisverkehrsplatz
KVS	Kreisverbindungsstraße
LAbfG	Landesabfallgesetz
LadSchlIG	Ladenschlussgesetz
LAG	Lastenausgleichsgesetz
LaIS	Landschaftspflegeinformationssystem
LBesG	Landesbesoldungsgesetz
LBesO	Landesbesoldungsordnung
LBG	Landesbeamtengesetz
LBHG	Landesblindenhilfegesetz
LBO	Landesbauordnung
LBodSchAG	Landesbodenschutz- und Altlastengesetz
LD SG	Landesdatenschutzgesetz
Leist.	Leistungen
LEV	Landschaftserhaltungsverband
LFGB	Lebensmittel-, Bedarfsgegenstände und Futtermittelgesetzbuch
lfd.	laufend
LGebG	Landesgebührengesetz
LG VFG	Landesgemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz
LHeimG	Landesheimgesetz
LJagdG	Landesjagdgesetz
LKatSG	Landeskatastrophenschutzgesetz
LKrO	Landkreisordnung
LLG	Landwirtschafts- und Landeskulturgesetz
LMBG	Lebensmittel und Bedarfsgegenständengesetz
LOWiG	Landesordnungswidrigkeitengesetz
LPartG	Lebenspartnerschaftsgesetz
LPersVG	Landespersonalvertretungsgesetz
LPR	Landschaftspflegerichtlinie
LPZVO	Verordnung über die Gewährung von Prämien und Zulagen für besondere Leistungen
LSA	Lichtsignalanlage
lt.	laut
ltd.	leitend
LVwVfG	Landesverwaltungsverfahrensgesetz

LVwVG	Landesverwaltungsvollstreckungsgesetz
LWaldG	Landeswaldgesetz
LWB	Landeswohlfahrtsverband Baden
LWG	Landeswahlgesetz
MaBV	Verordnung über die Pflichten der Makler, Darlehens- und Anlagenvermittler, Anlageberater, Bauträger und Baubetreuer
MANV	Massenanfall von Verletzten
MarktstrG	Marktstrukturgesetz
MEKA	Marktentlastungs- und Kulturlandschaftsausgleich
MEKOS	Datenbanksystem
MEPL	Maßnahmen und Entwicklungsplan ländlicher Raum
MG	Meldegesetz
MGVO	Milchgarantiemengenverordnung
Mio.	Million
MLR	Ministerium ländlicher Raum
NamÄndG	Namensänderungsgesetz
NAS	Network Attached Storage (dt. netzgebundener Speicher)
NaturSchG	Naturschutzgesetz
NEA	Netzersatzanlage
Neub.	Neubau
NKHR	Neues Kommunales Haushaltsrecht
Nr.	Nummer
o. g.	oben genannt
ÖbV	öffentlich bestellter Vermessungsingenieur
OD	Ortsdurchfahrt
öffentl. rechtl.	öffentlich rechtlich
ÖGDG	Gesetz über den öffentlichen Gesundheitsdienst
ÖPNV	öffentlicher Personennahverkehr
ÖPNVG	öffentlicher Personennahverkehrsgesetz
Oracle	Datenbanksystem
OrdenG	Gesetz über Titel, Orden und Ehrenzeichen
ordentl. Ergebn.	ordentliches Ergebnis
OSSY	Datenbanksystem
Owi	Ordnungswidrigkeit
OWiG	Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
OWiZuVO	Verordnung der Landesregierung über Zuständigkeiten nach dem Gesetz über Ordnungswidrigkeiten
PaßG	Passgesetz
PbefG	Personenbeförderungsgesetz
PfiSchG	Pflanzenschutzgesetz
PHV	Patrick Henry Village
PolG	Polizeigesetz
PolVOgH	Polizeiverordnung über das Halten gefährlicher Hunde
PStG	Personenstandsgesetz
PsychKHG	Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz
rd.	rund
RDG	Rettungsdienstgesetz
RNK	Rhein-Neckar-Kreis
RP	Regierungspräsidium
RPA	Rechnungsprüfungsamt
Rückl.	Rücklagen
RVO	Rechtsverordnung
RWA-Anlage	Rauch- und Wärmeabzugsanlage
RWI	Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung (vormals Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsforschung)
s. u.	siehe unten
SammlG	Sammlungsgesetz
SAP HCM	SAP Human Capital Management (Personalverwaltung)
SchfG	Gesetz über das Schornsteinfegerwesen
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschland
SGB	Sozialgesetzbuch
sog.	sogenannte
Sonderten.	Sonderergebnis
Sonder-Schal.	Sonderschlüssel
SprengG	Sprengstoffgesetz
SQL	Datenbanksystem

STA	Stellenanteil
STAG	Staatsangehörigkeitsgesetz
Stellv.	Stellvertreter
Stift	Stiftungsgesetz für Baden-Württemberg
STI-Prävention	sexuell übertragbare Infektionen- Prävention; (engl.: sexually transmitted infections)
StPO	Strafprozessordnung
StrG	Straßengesetz
StrRehaG	Gesetz über die Rehabilitation und Entschädigung von Opfern rechtsstaatswidriger Strafverfolgungsmaßnahmen im Beitrittsgebiet (Strafrechtliches Rehabilitierungsgesetz)
StVG	Straßenverkehrsgesetz
StVO	Straßenverkehrsordnung
StVZO	Straßenverkehrszulassungsordnung
tat. bes.	tatsächlich beschäftigt
Teilnahmebeit.	Teilnahmebeitrag
TEUR /T€	tausend Euro
TH/THH	Teilhaushalt
TierGesundheitsG	Tiergesundheitsgesetz
TierKBG	Tierkörperbeseitigungsgesetz
TierNebG	Tierische Nebenprodukte Beseitigungsgesetze
TierseuchenG	Tierseuchengesetz
Treasury	Software zur Vermögensverwaltung
TrinkwV	Trinkwasserverordnung
TSchutzG	Tierschutzgesetz
TUI	Technikunterstützte Informationsverarbeitung
TV	Tarifvertrag
TVO	Trinkwasserverordnung
TVöD VKA	Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände
TZ	Teilzeit
u.	und
u. a.	unter anderem
Übernah.	Übernahme
UBG	Unterbringungsgesetz
UFB	Untere Forstbehörde
ULB	Untere Landwirtschaftsbehörde
UMA	Unbegleitete minderjährige Ausländer
USG	Unterhaltssicherungsgesetz
UStG	Umsatzsteuergesetzes
USV-Anlage	Unterbrechungsfreie Stromversorgungsanlage
usw.	und so weiter
UTM	Universal Transverse Mercator (UTM- Koordinatensystem ermöglicht es, jedem Punkt der Erde einen eindeutigen Hoch- und Rechtswert zuzuordnen)
UVG	Unterhaltsvorschussgesetz
UVP	Umweltverträglichkeitsprüfung
ÜWH	Übergangswohnheim
VAB	Vorqualifizierung Arbeit und Beruf
VE	Verpflichtungsermächtigung
Veranschl.	Veranschlagung
VermG	Vermessungsgesetz
Vermitt.	Vermittlung
VersammlG	Versammlungsgesetz
Verw.tätigk.	Verwaltungstätigkeit
vgl.	vergleiche
VHS	Video Home System
ViehVerkehrsVO	Viehverkehrsverordnung
VIG	Verbraucherinformationsgesetz
VKfV	Verwaltungskostenfeststellungsverordnung
VKST	Vorkostenstelle
VLF	Landwirtschaftliche Fachbildung
VmH	Vermögenshaushalt
VO(EG)	Verordnung (Europäische Gemeinschaft)
VOB	Vergabe- und Vertragsordnung für Bauleistungen
VOF	Verdingungsordnung für freiberufliche Leistungen
VOL	Verdingungsordnung für Leistungen
vorges.	vorgesehen

VOSch	Verordnung über das Schornsteinfegerwesen
VRG	Verwaltungsreformgesetz
VRN	Verkehrsverbund Rhein-Neckar
VRRN	Verband Region Rhein-Neckar
VwGO	Verwaltungsgerichtsordnung
VwH	Verwaltungshaushalt
VwV	Verwaltungsvorschrift
VZ	Vollzeit
WaffenG	Waffengesetz
WEG	Wohnungseigentümergebot
WfbM	Werkstatt für behinderte Menschen
WG	Wassergesetz
WHG	Wasserhaushaltsgesetz
WoEigG	Wohneigentumsgesetz
WoFG	Gesetz über die Wohnraumförderung
WoGG	Wohngeldgesetz
WPlan	Wirtschaftsplan
Zahlungsmittelbed.	Zahlungsmittelbedarf
z. B.	zum Beispiel
z. T.	zum Teil
ZensG	Zensusgesetz 2011
Z-Feu	Zuwendungen Feuerwehrwesen
Ziff.	Ziffer
ZPO	Zivilprozessordnung
ZRN	Zweckverband Verkehrsverbund Rhein-Neckar
ZSG	Zivilschutzgesetz
Zuführ.	Zuführung
zus. besch.	zusätzlich beschäftigt
zw.	zwischen
ZWVA	Zentrale Wasserversorgungsanlage